

Pia Antonia Girschkowski

**Auswirkungen
des Strukturwandels
in der Region Bonn
auf die Entwicklung
der Jugendkriminalität**

Band 17

**Bochumer Schriften
zur Rechtsdogmatik
und Kriminalpolitik**



Bochumer Schriften
zur Rechtsdogmatik und Kriminalpolitik

Herausgegeben von

Thomas Feltes, Rolf Dietrich Herzberg und Holm Putzke

Band 17

Auswirkungen des Strukturwandels in der Region Bonn auf die Entwicklung der Jugendkriminalität

Pia Antonia Girschkowski



2011

Felix-Verlag • Holzkirchen/Obb.

Girschkowski, Pia Antonia: Auswirkungen des Strukturwandels in der Region Bonn auf die Entwicklung der Jugendkriminalität / von Pia Antonia Girschkowski – Holzkirchen: Felix-Verlag, 2011 (Bochumer Schriften zur Rechtsdogmatik und Kriminalpolitik; Bd. XVII), Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 2011

ISBN 978-3-86293-517-8

© 2011 Felix-Verlag GbR, Sufferloher Str. 7, D-83607 Holzkirchen/Obb.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und sonstige Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlags und Quellenangabe.

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten (Allgäu)

Printed in Germany

ISBN 978-3-86293-517-8

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist im Wintersemester 2010/2011 von der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation angenommen worden.

Meinem Doktorvater, Professor *Dr. Thomas Feltes*, möchte ich ganz herzlich danken für die hervorragende wissenschaftliche Betreuung sowie das jederzeit entgegengebrachte Interesse und Engagement für den Fortgang dieser Arbeit. Ihm verdanke ich auch die Aufnahme der Dissertation in die Reihe „Bochumer Schriften zur Rechtsdogmatik und Kriminalpolitik“ des Felix-Verlages. Mein Dank gilt auch Herrn Professor *Dr. Gereon Wolter* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Großer Dank gilt dem Polizeipräsidium Bonn, das die Anregung zu dieser Themenstellung gegeben hat. Dort waren Frau *Hewer-Brösch*, Herr *Göbel* und Herr *Dittrich* meine Ansprechpartner. Herrn *Busch*, der mir das Datenmaterial der Bonner Kriminalstatistik zur Verfügung stellte, danke ich für seine fachliche Unterstützung. Ebenso danke ich den Mitarbeitern der Statistikstelle der Stadt Bonn.

Danken möchte ich auch Herrn Professor *Dr. Holm Putzke* und dem Felix-Verlag für die verlegerische Betreuung und die Drucklegung dieses Buches.

In besonderem Maße danke ich *Karl Georg Heidrich*, der mir mit unendlicher Geduld in zahlreichen Gesprächen dabei half, niemals die Übersicht über die vielen Zahlen zu verlieren. Schließlich möchte ich mich auch ganz herzlich bei meinen Eltern für ihre fortwährende Motivation und das Korrekturlesen bedanken.

Bochum, im September 2011

Antonia Girschkowski

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
1. Kapitel: Einführung und Problemstellung der Arbeit	1
1.1 Ziel und Aufbau der Arbeit.....	3
1.2 Untersuchungsgebiet.....	4
2. Kapitel: Begriffsklärungen, theoretische Grundlagen und Forschungsstand	9
2.1 Begriffsklärung Strukturwandel unter Berücksichtigung der besonderen Situation Bonns	9
2.2 Kriminalität und abweichendes Verhalten.....	20
2.3 Theoretische Erklärungsansätze.....	20
2.4 Aktueller Forschungsstand.....	41
3. Kapitel: Der Strukturwandel in der Region Bonn	66
3.1 Entwicklung der Region Bonn im Zeitraum von 1949 bis 1991	67
3.2 Entwicklung einzelner Regionen	80
3.3 Der Strukturwandel im juristischen Kontext	84
3.4 Entwicklung der Region Bonn im Zeitraum 1991 bis 2008	88
3.5 Strukturelle Veränderungen in ausgewählten Bereichen.....	104
3.6 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	113
4. Kapitel: Jugendkriminalität	117
4.1 Einführung	117
4.2 Analyse der Entwicklung der Jugendkriminalität anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik.....	122
5. Kapitel: Zusammenhänge zwischen Strukturwandel und regionaler Entwicklung der Jugendkriminalität	170
5.1 Die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Entwicklung der Jugendkriminalität in den Untersuchungsbereichen	170
5.2 Die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Entwicklung der Jugendkriminalität von 1990–2008 in Bonn.....	180
5.3 Ergebnisse	204
5.4 Örtliche Verteilung der Kriminalität.....	209
5.5 Zusammenfassung.....	214
6. Kapitel: Fazit	217
Abbildungsverzeichnis	225
Tabellenverzeichnis	232
Literaturverzeichnis	233

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einführung und Problemstellung der Arbeit	1
1.1 Ziel und Aufbau der Arbeit.....	3
1.2 Untersuchungsgebiet.....	4
2. Kapitel: Begriffsklärungen, theoretische Grundlagen und Forschungsstand	9
2.1 Begriffsklärung Strukturwandel unter Berücksichtigung der besonderen Situation Bonns	9
2.1.1 Ökonomischer Strukturwandel.....	10
2.1.2 Sozialer Wandel.....	15
2.2 Kriminalität und abweichendes Verhalten.....	20
2.3 Theoretische Erklärungsansätze.....	20
2.3.1 Entwicklung der Kriminalsoziologie.....	22
2.3.2 Darstellung ausgewählter Theorien	24
2.3.2.1 Anomietheorie.....	24
2.3.2.2 Ökologischer Ansatz / Theorie der sozialen Desorganisation.....	26
2.3.2.3 Subkulturtheorie.....	31
2.3.2.4 Lifestyletheorie	32
2.3.2.5 Rational-Choice Theorie	35
2.3.2.6 Zusammenfassung.....	36
2.3.3 Kriminalgeografie.....	36
2.3.3.1 Zum Begriff der Kriminalgeografie.....	36
2.3.3.2 Gegenstand und Ziele der Kriminalgeografie.....	37
2.3.3.3 Überblick über bisherige Veröffentlichungen.....	38
2.4 Aktueller Forschungsstand.....	41
2.4.1 Schicht und soziale Integration	41
2.4.2 Familie	45
2.4.3 Peer-Groups und Freizeitgestaltung	49
2.4.4 Jugendarbeitslosigkeit	53
2.4.5 Wohnumfeld	56
2.4.6 Frustrationserlebnisse in Schule oder Ausbildung	60
2.4.7 Drogenkonsum	62
2.4.8 Zusammenfassung	65
3. Kapitel: Der Strukturwandel in der Region Bonn	66
3.1 Entwicklung der Region Bonn im Zeitraum von 1949 bis 1991	67
3.1.1 Städtebauliche Entwicklung der Region Bonn.....	69
3.1.1.1 Eingemeindungen.....	69
3.1.1.2 Entwicklung der Wohn- und Funktionsbebauung	70

3.1.2	Demografische Entwicklung in der Region Bonn	73
3.1.3	Entwicklung der Wirtschaftsstruktur der Region Bonn.....	78
3.2	Entwicklung einzelner Regionen	80
3.2.1	Untersuchungsbereich Bonn.....	81
3.2.2	Untersuchungsbereich Duisdorf	81
3.2.3	Untersuchungsbereich Bad Godesberg.....	82
3.2.4	Zusammenfassung	83
3.3	Der Strukturwandel im juristischen Kontext.....	84
3.3.1	Hauptstadtbeschluss vom 20. Juni 1991	85
3.3.2	Berlin/Bonn-Gesetz	85
3.4	Entwicklung der Region Bonn im Zeitraum 1991 bis 2008	88
3.4.1	Angestrebte Ziele und deren Umsetzung.....	89
3.4.2	Strukturelle Veränderungen in der Region Bonn	91
3.4.2.1	Städtebauliche Entwicklung.....	91
3.4.2.2	Demografische Entwicklung.....	92
3.4.2.3	Entwicklung der Wirtschaftsstruktur	99
3.4.2.3.1	Wirtschaftsleistung	100
3.4.2.3.2	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	101
3.5	Strukturelle Veränderungen in ausgewählten Bereichen	104
3.5.1	Untersuchungsbereich Duisdorf	104
3.5.1.1	Städtebauliche Entwicklung.....	104
3.5.1.2	Demografische Entwicklung.....	105
3.5.1.3	Beschäftigungsentwicklung	106
3.5.2	Untersuchungsbereich Bonn.....	107
3.5.2.1	Städtebauliche Entwicklung.....	107
3.5.2.2	Demografische Entwicklung.....	108
3.5.2.3	Beschäftigungsentwicklung	109
3.5.3	Untersuchungsbereich Bad Godesberg.....	110
3.5.3.1	Städtebauliche Entwicklung.....	110
3.5.3.2	Demografische Entwicklung.....	110
3.5.3.3	Beschäftigungsentwicklung	112
3.6	Zusammenfassung der Ergebnisse	113
3.6.1	Städtebau.....	113
3.6.2	Demografische Entwicklung	114
3.6.3	Beschäftigungsentwicklung.....	115
4.	Kapitel: Jugendkriminalität.....	117
4.1	Einführung.....	117
4.1.1	Erläuterung der verwendeten Begriffe.....	118
4.1.2	Überblick über die erfassten Delikte und die Klassifizierung der Tatverdächtigen	121

4.2	Analyse der Entwicklung der Jugendkriminalität anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik.....	122
4.2.1	Hellfelddaten und Dunkelfeld	123
4.2.2	Jugendkriminalität in Bonn 1985	125
4.2.2.1	Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit anderen Städten.....	128
4.2.2.2	Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalen	131
4.2.3	Jugendkriminalität in Bonn 1990	133
4.2.3.1	Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit anderen Städten.....	134
4.2.3.2	Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalen	139
4.2.4	Jugendkriminalität in den drei Untersuchungsbereichen, insbesondere im Vergleich mit der Stadt Bonn	141
4.2.5	Zusammenfassung der Jugendkriminalitätsentwicklung in Bonn zwischen 1985 und 1990	141
4.2.6	Jugendkriminalität in Bonn 2008	143
4.2.6.1	Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit anderen Städten.....	144
4.2.6.2	Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalen	149
4.2.7	Jugendkriminalität in den drei Untersuchungsbereichen.....	153
4.2.7.1	Untersuchungsbereich Bonn	153
4.2.7.2	Untersuchungsbereich Duisdorf.....	154
4.2.7.3	Untersuchungsbereich Bad Godesberg	155
4.2.8	Örtliche Verteilung der Kriminalität in Bonn.....	157
4.2.9	Zusammenfassung der Entwicklung der Jugendkriminalität in Bonn und den Untersuchungsbereichen zwischen 1990 und 2008	158
4.2.10	Ergebnis der Auswertung	166
5.	Kapitel: Zusammenhänge zwischen Strukturwandel und regionaler Entwicklung der Jugendkriminalität	170
5.1	Die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Entwicklung der Jugendkriminalität in den Untersuchungsbereichen	170
5.1.1	Untersuchungsbereich Bonn.....	170
5.1.2	Untersuchungsbereich Duisdorf	174
5.1.3	Untersuchungsbereich Bad Godesberg.....	177
5.2	Die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Entwicklung der Jugendkriminalität von 1990–2008 in Bonn.....	180
5.2.1	Auswirkungen durch städtebauliche Veränderungen	182
5.2.2	Auswirkungen durch demografische Veränderungen	184
5.2.2.1	Allgemeine Bevölkerungsentwicklung 1990–2008	184

5.2.2.2 Zusammenhang zwischen allgemeiner Bevölkerungsentwicklung und registrierter Kriminalität.....	184
5.2.2.3 Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Jugendkriminalität.....	186
5.2.2.4 Zusammenhang zwischen ausländischer Bevölkerungsentwicklung und Kriminalitätsentwicklung.....	192
5.2.3 Auswirkungen durch wirtschaftliche Veränderungen	200
5.3 Ergebnisse	204
5.4 Örtliche Verteilung der Kriminalität.....	209
5.5 Zusammenfassung.....	214
6. Kapitel: Fazit	217
Abbildungsverzeichnis.....	225
Tabellenverzeichnis.....	232
Literaturverzeichnis.....	233

1. Kapitel: Einführung und Problemstellung der Arbeit

Bei einer Betrachtung der polizeilichen Kriminalstatistik für die Stadt Bonn wird deutlich, dass der registrierte Anstieg der Straftaten seit dem Hauptstadtbeschluss 1991 vornehmlich die jüngeren Altersgruppen betrifft. Jugendkriminalität beruht auf einem Beziehungsgeflecht von individuellen und sozialen Einflussgrößen.¹ Hierzu zählen auch die Bedingungen des Lebensumfeldes, die sich für die Stadt Bonn durch den durchlaufenen Strukturwandel in kurzer Zeit grundlegend verändert haben.

Der gegenwärtige soziale und ökonomische Wandel ist gekennzeichnet durch Migrationsbewegungen, die zu einer ethnisch-kulturellen Heterogenisierung führen, einer sozialen Polarisierung von Arm und Reich sowie einer Deindustrialisierung im Bereich des Arbeitsmarktes.² Kriminalität wird dabei als Folge der krisenhaften Entwicklung der modernen Gesellschaft angesehen.³ Dieser Veränderungsprozess betrifft natürlich auch die Bundesstadt Bonn. Zusätzlich mussten die Stadt und ihre Bewohner die Auswirkungen des Regierungsumzuges sowie den damit verbundenen Strukturwandel bewältigen.

Strukturmerkmale wie Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnumfeld, Schicht oder die familiäre Situation kennzeichnen die wirtschaftliche und soziale Lage eines Gebietes und unterliegen einem beständigen Veränderungsprozess. In zahlreichen Untersuchungen wurde ein möglicher Zusammenhang zwischen Kriminalität und diesen ökonomischen, sozialen und demografischen Faktoren analysiert.⁴ Die Ergebnisse sind vielfältig und oftmals uneinig. Zudem ist fraglich, in wie weit sich die Kausalwirkung von urbanem Strukturwandel, sozialer Individualisierung und Segregation auf die Individualebene, also das delinquente Verhalten des Einzelnen, übertragen lässt.⁵

Kriminalität erwächst aus bestimmten Situationen und Konstellationen, die durch die städtische Umwelt begünstigt oder erschwert werden können. Städte spielen eine wichtige Rolle, da ein deutlicher Zusammenhang zwischen Kriminalitätsbelastung und Ortsgröße festgestellt wurde.

Bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts untersuchten Wissenschaftler der Chicagoer Schule die Auswirkungen des städtischen Wohnumfeldes auf die Kriminalität. Sie analysierten den Zusammenhang zwischen den in einem Stadtteil herrschenden ökologischen Bedingungen und seiner Kriminalitätsrate und stellten fest, dass sich

¹ *Bettinger*, Kriminalisierung und soziale Ausschließung, S. 441, 448.

² *Eisner*, Kriminalität in der Stadt, S. 3, 10.

³ *Eisner*, Kriminalität in der Stadt, S. 3 f.

⁴ Z.B. *Pfeiffer/Ohlemacher*, Anstieg der (Gewalt-)Kriminalität und der Armut junger Menschen, S. 178 ff.; *Entorf/Spengler*, Die Ökonomik der Kriminalität, S. 348 ff.; *Beki et. al.*, An Analysis of the crime rate, S. 401 ff.; *Oberwittler*, Soziale Probleme, S. 403 ff.

⁵ *Eisner*, Kriminalität in der Stadt, S. 3, 13 f.

Kriminalität auf bestimmte geographische Gebiete konzentriert. Diese Gebiete sind gekennzeichnet von baulichem Verfall, Armut und sozialer Desorganisation. In solchen baulich und sozial benachteiligten Bezirken können kriminogene Faktoren kumulieren. Als entscheidenden kriminogenen Faktor erkannten sie aber nicht die Baustruktur eines Stadtteils, sondern die Zusammensetzung der darin lebenden Bevölkerung. Die Zunahme innerstädtischer Jugendkriminalität wird als Folge von sozialer Desintegration interpretiert, die ihrerseits wiederum Folge wirtschaftlicher Strukturbrüche ist.⁶

Ausgelöst durch den Verlust der Hauptstadtfunktionen hat die Region Bonn in den letzten Jahren erhebliche strukturelle Veränderungen durchlaufen, die einhergingen mit einer Steigerung der registrierten Jugendkriminalität.

Diese Arbeit untersucht, ob und in welcher Weise sich die durch den Strukturwandel bedingten ökonomischen und sozialen Veränderungen in Bonn auf die Entwicklung der Jugendkriminalität ausgewirkt haben. Dabei werden die ökonomischen, demographischen und städtebaulichen Folgen des Strukturwandels über einen längeren Zeitraum analysiert, um ihre Ursächlichkeit für die Veränderung der Jugendkriminalität untersuchen zu können.

In der Literatur lassen sich verschiedene Fachdisziplinen identifizieren, die sich mit einem der beiden Themenfelder Strukturwandel oder Jugendkriminalität beschäftigen: Die Volkswirtschaftslehre befasst sich mit Wandlungen im wirtschaftlichen Bereich, während die Sozialwissenschaft den Wandel der Gesellschaft analysiert. Die Sozialgeografie untersucht die Beziehung von Gesellschaft und Raum und verbindet damit die Wissenschaften Soziologie und Geografie. Insbesondere für das Ruhrgebiet thematisieren einige Arbeiten die Folgen des Strukturwandels.⁷ Diese Arbeiten beschränken sich jedoch auf die wirtschaftliche und geografische Ebene. Eine Verknüpfung mit der Kriminalitätsentwicklung erfolgt nicht. Weitere Forschungen zum Thema Strukturwandel haben andere Untersuchungsschwerpunkte: Strukturwandel und Bevölkerung, Strukturwandel und Bildung, Strukturwandel und Arbeit, Strukturwandel und Industriegesellschaft.

Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen thematisieren die Entwicklung der Jugendkriminalität und deren städtischen Ursachen.⁸ Sie untersuchen für Städte die Entwicklung der Kriminalität über einen gewissen Zeitraum. Oftmals werten sie nicht nur die Hellfelddaten aus, also die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik, sondern erheben auch Dunkelfeldstudien über Kriminalität und die Kriminalitätsfurcht der Bürger. Arbeiten über Kriminalität und Raum sind der Kriminalgeografie

⁶ *Eisner*, Kriminalität in der Stadt, S. 3, 7.

⁷ Z.B.: *Goch*, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel (2002); *Göllner*, Die Zukunft des Ruhrgebiets (2003); *Bochum*, Industrie und Region (1984).

⁸ Z.B.: *Breyvogel*, Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität (1998); *Zinganel*, Real Crime: Architektur, Stadt & Verbrechen (2003); *Jehle*, Raum und Kriminalität (2001); *Hezel*, Kriminalität im städtischen Raum (1989).

zuzurechnen.⁹ Kriminalgeografische Arbeiten gehen von unterschiedlichen Ansätzen aus: zum einen beschränken sich die Inhalte auf die Zählung von Tatorten und Täterwohnsitzen innerhalb eines bestimmten Gebietes, zum anderen werden die Befunde mit verschiedenen kriminalitätsauslösenden Faktoren in Verbindung gesetzt, um so Kriminalität erklären zu können. Eine Weiterentwicklung der Kriminalgeografie stellen die Kriminologischen Regionalanalysen dar, die in zeitlich und räumlich begrenzter Form für ein bestimmtes Untersuchungsgebiet die Kriminalität dokumentieren. Sie dienen als Grundlage für die kommunale Kriminalprävention. So untersuchte das Kriminologische Seminar der Universität Bonn, unter der Leitung von Werner Rüter im Auftrag des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Bonn in dem Projekt KRABBE (Kriminologische Regionalanalyse Bonn und das zentrale Bürgerbefragungsprojekt) sowohl Daten der polizeilichen Kriminalstatistik und der zentralen Vorgangsverwaltung, als auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Stadtbewohner.¹⁰ Die öffentliche Diskussion über die kommunale Kriminalprävention führt auch zu einer zunehmenden Thematisierung möglicher Zusammenhänge zwischen städtebaulichen Aspekten und Kriminalität. Aus kriminalpräventiven Gründen ist dieser Forschungsbereich für die Polizei von großem Interesse.

1.1 Ziel und Aufbau der Arbeit

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es zu überprüfen, ob und in welcher Weise der tiefgreifende Veränderungsprozess, den der zweite Hauptstadtbeschluss aus dem Jahre 1991 auslöste, Einfluss auf die Entwicklung der Jugendkriminalität genommen hat. Ableitend aus der Zielsetzung lassen sich drei Fragestellungen konkretisieren:

- 1) Welche strukturellen Veränderungen lassen sich nach dem Regierungsumzug in der Stadt Bonn identifizieren?
- 2) Wie hat sich die Kriminalität und insbesondere die Jugendkriminalität in dem Untersuchungszeitraum in Bonn entwickelt?
- 3) Lassen sich Wirkungsbeziehungen zwischen den strukturellen Veränderungen und der Entwicklung der Jugendkriminalität in der Region Bonn aufdecken und wie lässt sich das registrierte Kriminalitätsbild erklären?

Zur Beantwortung dieser Leitfragen werden in Kapitel 2 die theoretischen Grundlagen und der aktuelle Forschungsstand aufgearbeitet. Dafür werden zunächst die Begriffe des ökonomischen Strukturwandels und des sozialen Wandels definiert sowie ökonomische und soziale Wandlungstheorien vorgestellt. Die sich anschließenden Theorien erklären die Ursachen für die Entstehung abweichenden Verhaltens. Weiterhin werden kriminogene Faktoren unter Berücksichtigung des jeweiligen Forschungsstandes aufgezeigt.

⁹ Z.B. *Schwind/Ahlborn/Weiß*, Kriminalitätsatlas Bochum (1978); *Plate/Schwinges/Weiß*, Strukturen der Kriminalität in Solingen (1985).

¹⁰ *Rüter*, Kommunale Kriminalitätsanalyse (2005).

Das 3. Kapitel thematisiert zunächst die geschichtliche Entwicklung der Stadt Bonn nach dem 2. Weltkrieg sowie die Hintergründe zur vorläufigen Hauptstadternenung. Die strukturelevanten Merkmale Demografie, Wirtschaft und Städtebau werden von diesem Zeitpunkt an bis zum Hauptstadtbeschluss aufgezeigt, um den damaligen Ist-Zustand zu ermitteln. Das Berlin/Bonn-Gesetz legt die finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten sowie die Ausgleichsmaßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels fest. Anschließend an die Darlegung der Beschlüsse werden mögliche Veränderungen bei den oben genannten strukturelevanten Merkmalen bis zum Jahr 2008 aufgezeigt, um Veränderungen, die sich in diesen Bereichen vollzogen haben, analysieren zu können.

Im 4. Kapitel wird die Entwicklung der Jugendkriminalität in Bonn seit 1985 aufgezeigt. Dabei werden die Daten Bonns nicht nur zu denen der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalens in Beziehung gesetzt, sondern auch zu den Werten von Vergleichsstädten.

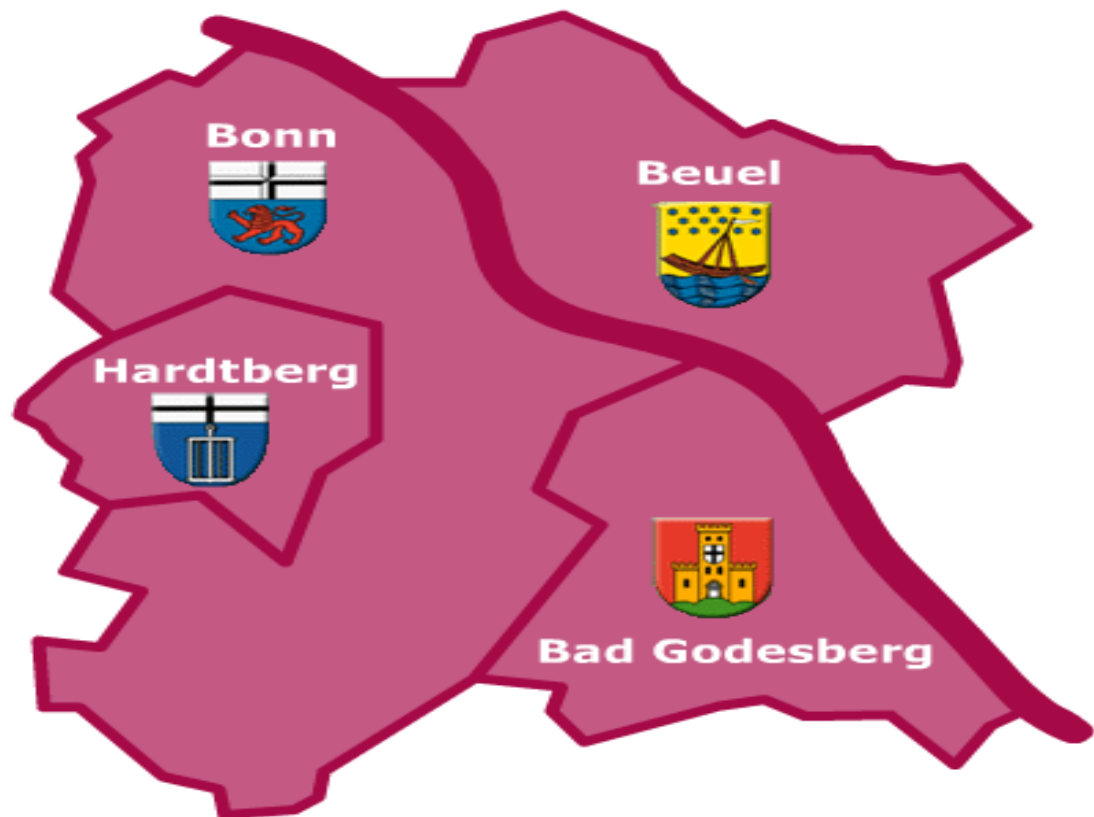
Schließlich wird im 5. Kapitel der Frage nachgegangen, ob Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der regionalen Jugendkriminalität und den strukturellen Veränderungen in Bonn nachzuweisen sind. Dafür werden die im 1. Kapitel erarbeiteten Daten des Strukturwandels in Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung gebracht. Als mögliche Verursachungsfaktoren für die gestiegene Jugendkriminalität werden städtebauliche, demografische und wirtschaftliche Aspekte untersucht. Zur Verdeutlichung wird die örtliche Verteilung der Kriminalität in der kleinräumigen Gliederung, den statistischen Bezirken, analysiert.

Das abschließende 6. Kapitel präzisiert die herausgearbeiteten Ergebnisse anhand der einleitenden drei Kernfragen.

1.2 Untersuchungsgebiet

Mit über 316.000 Einwohnern gehört Bonn heute zu den mittleren Großstädten und zu den zehn größten Städten in Nordrhein-Westfalen. Verwaltungsmäßig ist die kreisfreie Stadt Bonn dem Regierungsbezirk Köln zugeordnet und wird als Oberzentrum eingestuft. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht die Stadt Bonn, die in vier Bezirke gliedert – Bonn, Beuel, Hardtberg und Bad Godesberg –, die sich wiederum in 51 Ortsteile gliedern. Statistisch ist die Stadt in 65 Bezirke unterteilt.

Abbildung 1: Die vier Stadtbezirke der Bundesstadt Bonn:

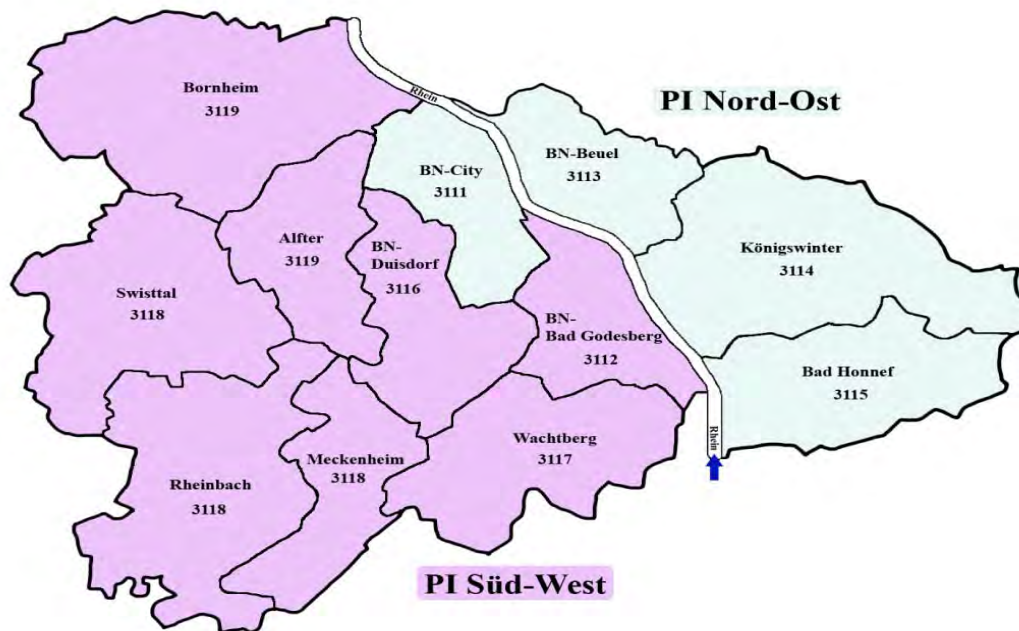


Quelle: http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/stadtbezirke/index.html, letzter Zugriff: 19.10.2010

In dieser Arbeit werden drei kleinräumigere Untersuchungsbereiche differenziert und hinsichtlich ihrer Betroffenheit durch den Verlust der Hauptstadtfunction und der eventuellen Folgen für die Entwicklung der Jugendkriminalität analysiert. Bei diesen drei Untersuchungsbereichen handelt es sich um die linksrheinischen Bezirke Bonn, Hardtberg und Bad Godesberg, die von dem Strukturwandel in besonderem Maße verändert und geprägt wurden. Während Hardtberg als Ministerien- und Behördenstandort diente und Ortsteile wie Medinghoven oder der Brüser Berg für die immer größer werdende Zahl der Bundesbediensteten entstanden, diente Bad Godesberg als bevorzugter Standort für Botschaften und Konsulate und war Wohnsitz vieler Regierungsbeamter. Der Zentrumsbezirk Bonn ist für die Stadtentwicklung von grundlegendem Interesse. Die oben genannten Kernfragen beziehen sich also auch auf diese drei Bereiche.

Der Analyse des Strukturwandels liegen die Daten der Statistikstelle der Bundesstadt Bonn zugrunde. Die Daten bezüglich der Kriminalitätsentwicklung beruhen auf der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS).

Abbildung 2: Aufgliederung der Bundesstadt Bonn durch die Polizei in der PKS

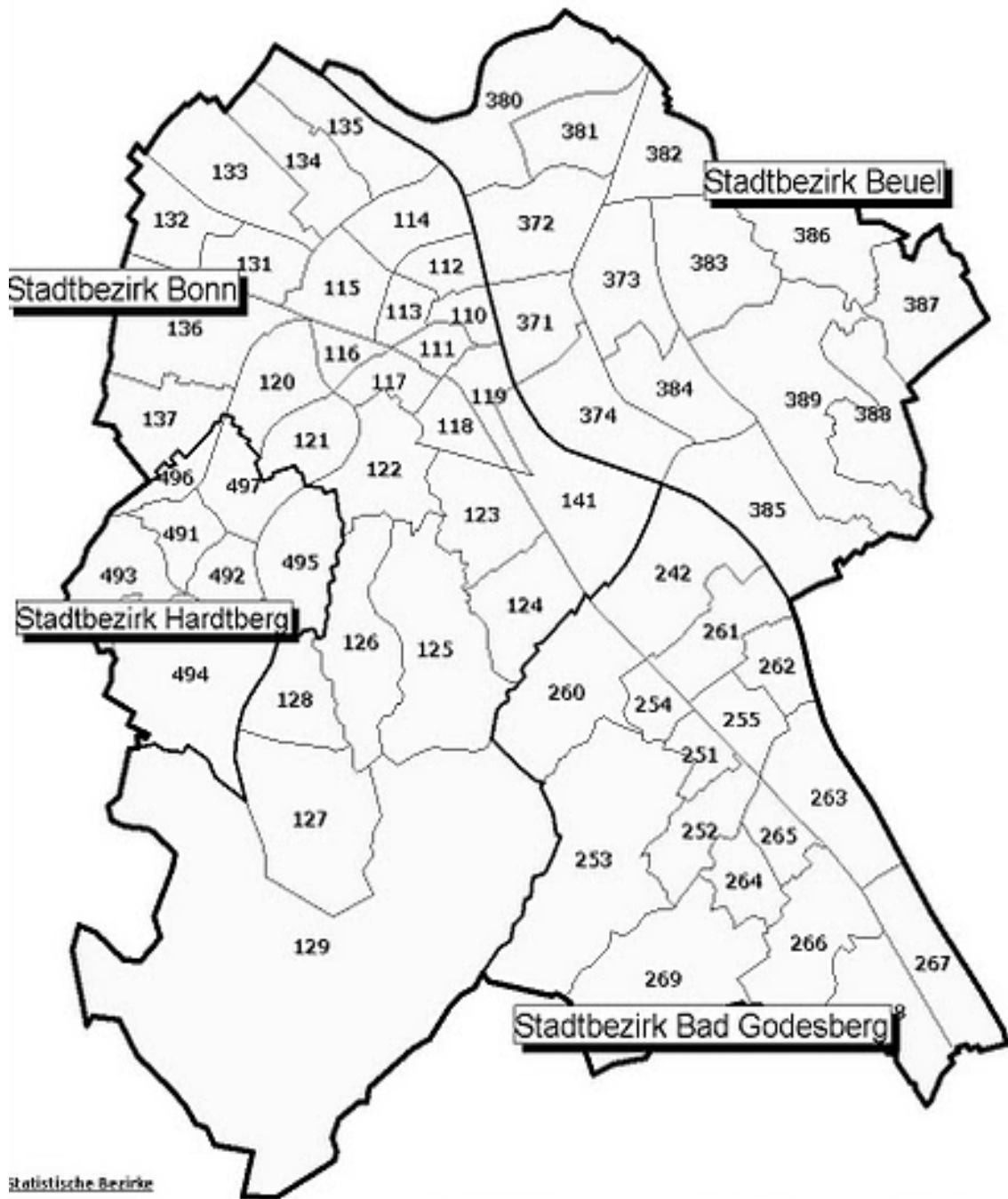


Quelle: PP Bonn, Polizeiliche Kriminalstatistik 2008, S. 116.

Ein möglicher Zusammenhang zwischen Strukturwandel und Kriminalitätsentwicklung kann nur dann untersucht werden, wenn übereinstimmende Untersuchungsgebiete zu Grunde liegen. Die von der Polizei verwendete Untergliederung des Stadtbezirks entspricht nicht immer der von der Statistikstelle gewählten Einteilung, so dass für diese Arbeit eine Anpassung vorgenommen wurde, um identische Untersuchungsgebiete zu erhalten. Dabei handelt es sich nicht um eine willkürliche Anpassung, sondern lediglich um eine veränderte Grenzziehung: Wie auf den Abbildungen 3 und 4 verdeutlicht, wurde, um eine Übereinstimmung mit dem PKS-Bezirk Duisdorf zu erreichen, der Stadtbezirk Hardtberg um die statistischen Bezirke Lessenich/Meßdorf (137), Röttgen (127), Ückersdorf (128) und Kottenforst¹¹ (129), die eigentlich dem Stadtbezirk Bonn zugerechnet werden, erweitert. Dieser Untersuchungsbereich wird in dieser Arbeit „Duisdorf“ genannt. Dem Stadtbezirk Godesberg wird das Gronau-Bundesviertel (141) zugeschlagen. Der Stadtbezirk Bonn wurde infolgedessen um Hardtberg und Godesberg verkleinert.

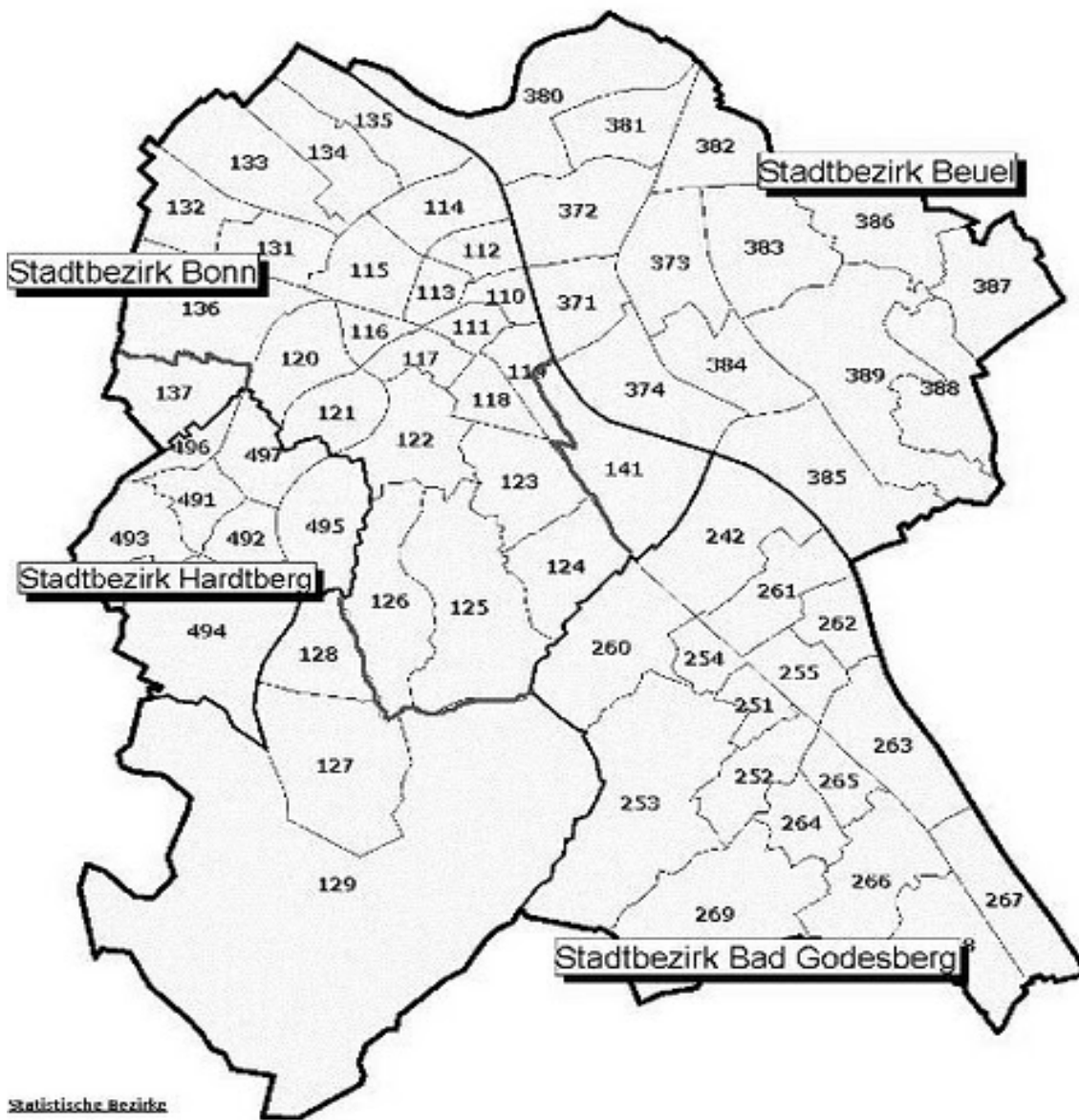
¹¹ Bei dem statistischen Bezirk Kottenforst handelt es sich um ein nicht besiedeltes Waldgebiet. Für die meisten Berechnungen ist es daher nicht bedeutsam.

Abbildung 3: Bundesstadt Bonn – Statistische Bezirke



Quelle: Statistikstelle der Bundesstadt Bonn,
http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/100/1600/StatistischeBezirke.gif, letzter Zugriff: 07.10.2009

Abbildung 4: Anpassung der Untersuchungsbezirke für diese Arbeit



Quelle: eigene Bearbeitung anhand der Daten der Statistikstelle der Bundesstadt Bonn,
http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/100/1600/StatistischeBezirke.gif, letzter Zugriff: 07.10.2009

2. Kapitel: Begriffsklärungen, theoretische Grundlagen und Forschungsstand

2.1 Begriffsklärung Strukturwandel unter Berücksichtigung der besonderen Situation Bonns

Die theoretischen Ausführungen zum Thema Strukturwandel bieten die Grundlage für die nachfolgende Untersuchung, ob und in welchem Maße Struktur und Entwicklung der registrierten Kriminalität durch soziostrukturelle und wirtschaftliche Veränderungen beeinflusst wurden.

In Abschnitt 2.1. wird zunächst der Begriff des Strukturwandels definiert, um daran anschließend – in Abschnitt 2.1.1. – Ursachen und Folgen eines ökonomischen Strukturwandels aufzuzeigen. Im Rahmen der Fragestellung ist es notwendig, den regionalen und sektoralen Wandel – als spezielle Formen des Strukturwandels – herauszustellen, um die strukturellen Veränderungen in Bonn zu verdeutlichen. Es folgt eine Darstellung strukturpolitischer Maßnahmen. Die durch den Verlust der Hauptstadtfunktion erwarteten negativen Folgen für Bonn sollten durch vorausschauende politische Entscheidungen vermieden werden.

In Abschnitt 2.1.2. werden die mit dem ökonomischen Strukturwandel verflochtenen sozialen Veränderungen anhand dreier Ansätze zur Erklärung sozialen Wandels aufgezeigt. Hierbei steht die Frage im Mittelpunkt, wie und warum sich Gesellschaften verändern und wie sich dieser Wandel auf die verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen auswirkt. Ob sich die mit der Modernisierung einhergehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Lebensformen auf die registrierte Kriminalität auswirken, wird in Kapitel 5 anhand ausgewählter Daten zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur untersucht.

Die ökonomische und soziologische Betrachtung des Strukturwandels kann nicht getrennt voneinander erfolgen. Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere der technische Wandel, prägt die Sozialstruktur einer Gesellschaft und treibt ihren Wandel voran.¹² Wirtschaftliche Aktivitäten sind immer in ein soziales Umfeld eingebettet und damit mit Institutionen der Sozialstruktur und der Kultur verbunden.

Das Zusammenspiel ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Faktoren bestimmt die Struktur einer Region und hat damit naturgemäß auch Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung.¹³ Diese Faktoren unterliegen in einer offenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einem permanenten Wandlungsprozess, der das Resultat zahlreicher miteinander verflochtener ökonomischer und sozialer Einzelvorgänge ist. Dabei beruht der strukturelle Wandel nicht allein auf ökonomischen Einflüssen, sondern auch auf sozialen Voraussetzungen und regionalen Potentialen

¹² *Andorka*, Einführung in die sozialwissenschaftliche Gesellschaftsanalyse, S. 387; *Voelzkow*, Wirtschaft und Arbeit, S. 389, 391, 394.

¹³ *Goch*, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel, S. 15.

und Eigenarten.¹⁴ Zudem können auch politische Entscheidungen einen Strukturwandel auslösen. Strukturwandel kann aus endogenen und exogenen Faktoren resultieren.¹⁵ Endogene Faktoren beschreiben die Ausstattung einer Region (z.B. Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte, Infrastruktur, regionale Produktionskosten, Verfügbarkeit von Gewerbeflächen, Nachfrage- und Kapitalpotential) und bestimmen damit ihre Entwicklungsfähigkeit mit. Sie beziehen sich auf einen innergesellschaftlichen Wandel. Exogene Ursachen sind die nicht unmittelbar aus dem Wirtschaftsgeschehen resultierenden Ursachen, insbesondere politische Entscheidungen sowie strukturelevante Maßnahmen und Regulierungen des Staates.¹⁶

2.1.1 Ökonomischer Strukturwandel

Ein ökonomischer Strukturwandel resultiert aus einer Veränderung der regionalen Wirtschaftsstruktur, also des Aufbaus und der inneren Gliederung der Wirtschaft eines Gebietes.¹⁷ Als Wandel der Wirtschaftsstruktur gilt die dauerhafte und langfristige Verschiebung der einzelnen wirtschaftlichen Teile, die nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückgeführt werden kann, sondern Folgeerscheinung eines ungleichmäßigen Wachstums aufgrund von Veränderungen der Angebots-, Nachfrage- und Faktorenmehrung ist.¹⁸ Unter den Begriff Strukturwandel sind folglich alle sektoralen, branchenspezifischen und technisch-arbeitsorganisatorischen Veränderungen zu fassen. Auslöser eines Strukturwandels können technischer Fortschritt, Wandlungen der Güternachfrage oder auch Veränderungen der Produktionsfaktoren sein. Mit Veränderungen der Produktionsstruktur gehen Wandlungen in der Beschäftigungsstruktur einher. Ökonomischer Strukturwandel ist gekennzeichnet durch den Bedeutungswandel der verschiedenen Wirtschaftszweige. Es kommt zu Verschiebungen zwischen den Sektoren und Branchen der Wirtschaft und folglich auch zu einer Veränderung der Zusammensetzung der abhängig Beschäftigten und zu einem Wandel der Qualifikationsanforderungen.¹⁹

Regionaler Strukturwandel kann als Veränderung der örtlichen Wirtschaftsstruktur definiert werden.²⁰ Er bezieht sich auf den Wandel der räumlichen Zusammensetzung der Wertschöpfung und der damit zusammenhängenden Arbeits- und Lebensverhältnisse in einer Region. Ursachen für einen regionalen Strukturwandel sind zum einen sektoraler Natur, das bedeutet z.B., dass in verschiedenen Arbeitsmarktregionen aufgrund mangelnder Innovationsfähigkeit oder fehlender Erneuerung und Verbesserung bestehender Prozesse und Strukturen die Erwerbstätigkeit besonders

¹⁴ Goch, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel, S. 15 f.

¹⁵ Goch, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel, S. 16.

¹⁶ Peters, Wirtschaftspolitik, S. 245.

¹⁷ Krol/Schmid, Volkswirtschaftslehre, S. 377.

¹⁸ Reiterer, Moderne Gesellschaften, S. 175 f.; Krol/Schmid, Volkswirtschaftslehre, S. 377.

¹⁹ Wienert, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, S. 294.

²⁰ Haas/Neumair, Wirtschaftsgeographie, S. 74.

stark zurückgeht.²¹ Es kommt dann zu einer Schwächung im Wettbewerb mit vergleichbaren Regionen.

Eine Volkswirtschaft kann nach drei Wirtschaftssektoren unterteilt werden: dem landwirtschaftlichen Sektor (primärer Sektor), dem produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) sowie dem Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor).²² Diese Unterscheidung verdeutlicht den Wandlungsprozess einer Volkswirtschaft von einer Agrar- in eine Industrie- und schließlich eine Dienstleistungsgesellschaft.²³ Ein sektoraler Strukturwandel kann aber ebenso einen innersektoralen Wandel bedeuten, also Verschiebungen innerhalb einer der drei Sektoren. Der Strukturwandel wird anhand der Bruttowertschöpfung und der Zahl der Beschäftigten erfasst.²⁴ Charakteristische Merkmale des Strukturwandels sind daher Veränderungen in der Erwerbsstruktur, insbesondere die Verlagerung der Erwerbstätigkeit in den tertiären Sektor.²⁵ Diese Veränderungen können sich möglicherweise auf die Entwicklung der registrierten Kriminalität auswirken. Eine Tertiärisierung der Wirtschaft bedeutet gleichzeitig einen Rückgang des produzierenden Gewerbes und damit einen Verlust dieser Arbeitsplätze. Die Frage, inwieweit Arbeitslosigkeit und Kriminalität miteinander verknüpft sind, wird in Abschnitt 2.4 erörtert.

In Bonn, wie auch in der gesamten Bundesrepublik, hat zwischen 1950 und 2000 ein ausgeprägter sektoraler Strukturwandel stattgefunden. In den 1990er Jahren fand eine Neuorientierung des Marktes zur Dienstleistungswirtschaft statt. Der Anteil des primären Sektors ist seitdem erheblich gesunken. Im sekundären Sektor kann eine vergleichbare Entwicklung festgestellt werden. Beim tertiären Sektor ist dagegen eine positive Entwicklung zu beobachten. Dort stieg die Anzahl der Beschäftigten überproportional. Diese Verschiebung innerhalb der drei Sektoren wird als sektoraler Strukturwandel bezeichnet.²⁶

Exogene Einflussfaktoren können zu einem Wandel der sektoralen Wirtschaftsstruktur führen. Hierzu zählen unter anderem ordnungs- und regulierungsbedingte Merkmale, also staatlich bestimmte Eingriffe, die der Lenkung der wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung dienen.²⁷ In Bonn wurden diese exogenen Faktoren genutzt, um die erwarteten negativen Folgen des Verlustes der Hauptstadtfunktion zu vermeiden, indem beispielsweise die Ansiedlung internationaler Organisationen gefördert wurde.

Aber auch endogene Einflussfaktoren können einen sektoralen Strukturwandel bedingen. Hierzu zählen u.a. vorhandene Verwaltungsstrukturen, regionales politi-

²¹ *Peters*, Wirtschaftspolitik, S. 244.

²² *Krol/Schmid*, Volkswirtschaftslehre, S. 377.

²³ *Haas/Neumann*, Wirtschaftsgeographie, S. 74; *Neumann*, Strukturwandel und Strukturpolitik, S. 18.

²⁴ *Krol/Schmid*, Volkswirtschaftslehre, S. 377.

²⁵ *Hipp*, Innovationsprozesse im Dienstleistungssektor, S. 61.

²⁶ *Neumann*, Strukturwandel und Strukturpolitik, S. 18.

²⁷ *Krol/Schmid*, Volkswirtschaftslehre, S. 384 f.

ches Verhalten, die lebensgeschichtliche Prägung, wie auch das soziale Umfeld oder der religiöse und kulturelle Hintergrund.²⁸

Strukturwandel bedeutet für Bonn eine zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft, also eine Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes hin zum Dienstleistungssektor. Dieser ist personalintensiv und kann nur begrenzt durch technischen Fortschritt die Produktivität steigern. Aber auch innerhalb des Dienstleistungssektors findet durch Umstrukturierung ein innersektoraler Wandel statt. Die langfristige Verschiebung zwischen, bzw. innerhalb der Sektoren der Wirtschaft ist ein wesentlicher Teil des Strukturwandels. Die Region Bonn ist zwar keine alte Industrieregion, aber der Strukturwandel ist ganz wesentlich ein innersektoraler Wandel. Die wirtschaftlichen Veränderungen der Stadt Bonn werden im nächsten Kapitel anhand des wirtschaftlichen Wachstums, der lokalen Kaufkraft, der Arbeitslosenquote sowie der Beschäftigungsstruktur dargestellt. Da die wirtschaftliche Entwicklung ein wichtiger Faktor des Strukturwandels ist, kann angenommen werden, dass sie auch die Entwicklung der Kriminalität beeinflusst.

Ein Indikator für den Strukturwandel ist mithin das wirtschaftliche Wachstum, das mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts gemessen werden kann. Mit der zunehmenden Tertiärisierung sind auch veränderte Anforderungen im Bereich der beruflichen Sozialisation verbunden. Die im tertiären Sektor neu geschaffenen Stellen sind überwiegend hoch qualifizierte Büro- und Verwaltungstätigkeiten. Jugendliche können an den höheren Qualifikationsanforderungen scheitern und ihre Tätigkeit im Bereich einfacher Dienstleistung als Abwertung sehen.

Die sozioökonomische Entwicklung der Region Bonn wurde seit 1950 stark von politischen Entscheidungen beeinflusst. Diese Interventionen prägten, korrigierten und beschleunigten die natürliche Marktentwicklung. Die beiden Hauptstadtbeschlüsse in den Jahren 1949 und 1991 führten zu einem umfangreichen Strukturwandel. Die Entscheidung, Bonn zur Bundeshauptstadt und damit zum Regierungssitz zu ernennen, brachte für die Stadt rasante Erneuerungen im städtebaulichen Bereich. Aufgrund des Zuzugs von Regierungsbeamten, Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung, Journalisten, Botschaftsangehöriger und anderer an die Politik gebundener Personen sowie Verbänden kam es zu einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum. Ministerien, hohe Regierungsbeamte, Konsulate oder neu angesiedelte Unternehmen benötigten darüber hinaus repräsentative Büroflächen und Gebäude, die nur teilweise neu errichtet wurden. Der sich vergrößernde Raumbedarf Bonns wurde durch die Eingemeindungen im Jahr 1969 bewältigt. Zusätzlich konnten die ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen bebaut werden, da sich der primäre Sektor rückläufig entwickelte. Es entstanden u.a. reine Wohnsiedlungen, sog. Trabantenstädte wie die Reutersiedlung, die von den Politikern während der Woche als Schlafstätte genutzt wurde. Solche Siedlungen, die nur zur Deckung des Wohnbedarfs konzipiert wurden, sind heute – nach der Neubelegung – in städtebaulicher

²⁸ Goch, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel, S. 16.

Hinsicht kritisch zu sehen, da sie unter bestimmten Voraussetzungen Kriminalität fördern können. Die städtebauliche Entwicklung des ursprünglich kleinstädtisch geprägten Bonn ist durch eine zunehmende Urbanisierung, Expansion und Verdichtung gekennzeichnet, die im Hinblick auf die registrierte Kriminalität ebenfalls kritisch betrachtet werden kann. Folgen wie abnehmende soziale Kontrolle, wachsende Anonymität oder Segregation können delinquenzbegünstigende Faktoren sein. Andererseits förderte die Hauptstadtfunktion auch positive Entwicklungen, wie die Stadtsanierung und -erweiterung.

Die Übernahme der Hauptstadtfunktion wirkte sich auch in einer Veränderung der Beschäftigtenzahl und -struktur aus. Die Veränderung von einer landwirtschaftlich geprägten Wirtschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft wäre auch, wenn auch langsamer, ohne die Hauptstadternennung vollzogen worden. Allerdings begünstigte, beschleunigte und förderte diese den Prozess. Daneben bescherte diese Stellung der Stadt auch zahlreiche Synergieeffekte. Insbesondere gewann der Standort Bonn enorm an Attraktivität für die Ansiedlung von Unternehmen. Es entstanden zahlreiche neue Arbeitsplätze, die sich nicht nur auf den politischen und politiknahen Bereich beschränkten, sondern auch durch die Ansiedlung neuer Unternehmen oder auch durch die erhöhte Nachfrage in der Baubranche geschaffen wurden. Die wachsende Bevölkerung steigerte die Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs, wie z.B. Lebensmittel, Bekleidung, Gastronomie oder Apotheken. Das sich erhöhende touristische Interesse an der Hauptstadt und die Vielzahl an Seminaren und Kongressen belebten die Tourismus- und Hotelbranche. So profitierte die gesamte Bonner Wirtschaft von dem neuen Status, wobei der personalintensive Dienstleistungssektor jedoch überproportional bevorzugt wurde.

Mit dem zweiten Hauptstadtbeschluss, dem Ausgangspunkt für den daraus folgenden Strukturwandel durch den Wegzug der Regierung, musste für die auf die Verwaltung und den Dienstleistungssektor ausgerichteten Mitarbeiter und Angestellten ein Ersatz in Form adäquater Arbeitsplätze geschaffen werden. Bonn erreichte diesen innersektoralen Strukturwandel durch die Ansiedlung großer Firmen, beispielsweise der Post, Postbank, Telekom oder von UN-Organisationen, die ihren Sitz in die Bundesstadt verlegten und dadurch neue Arbeitsplätze schufen.

Das Besondere des Strukturwandels in der Region Bonn ist, dass er durch eine Mehrheitsentscheidung eingeleitet wurde. Eine wirtschaftliche Fehlentwicklung, die den Wandel angekündigt hätte, lag nicht vor. Für die Ursachen und Folgen eines Strukturwandels und die damit einhergehende wachsende Bedeutung des tertiären Sektors gibt es zahlreiche Theorien, beispielsweise die von Jean Fourastié und Colin Clark entwickelte Drei-Sektoren-Hypothese²⁹ oder die auf Nicolai Kontratjef

²⁹ Bedeutsame Vertreter: Fischer 1933, Fourastié 1954, Wolfe 1955, Clark 1957; *Danieli/Backhaus/Laube*, Wirtschaftsgeografie und globalisierter Lebensraum, S. 36; *Krol/Schmid*, Volkswirtschaftslehre, S. 384; *Pierenkemper*, Wirtschaftsgeschichte, S. 125 ff.; *Haas/Neumair*, Wirtschaftsgeographie, S. 75.

und Joseph Schumpeter zurückgehende Theorie der langen Wellen³⁰. Alle diese Erklärungsansätze treffen den vorliegenden Fall nicht, denn hier wird der Strukturwandel durch einen politischen Akt, den Hauptstadtbeschluss von 1991 begründet und eingeleitet. Eine zielgerichtete und langfristige Strukturpolitik verbessert die Entwicklungschancen von Sektoren und Wirtschaftsräumen und verhinderte strukturelle Fehlentwicklungen.

Als Strukturpolitik im engeren Sinne werden alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen bezeichnet, die eine Beeinflussung, Gestaltung oder Festlegung der Wirtschaftsstruktur beabsichtigen.³¹ Die regionale Strukturpolitik zielt auf eine Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und ist in Art. 91a GG verankert. Ziel ist es, gleichwertige ökonomische und infrastrukturelle Lebensbedingungen zu schaffen, um dadurch Standortnachteile strukturschwacher Regionen auszugleichen.³² Die regionale Strukturpolitik kann sich dafür unterschiedlicher Mittel bedienen. Unter den verschiedenen Möglichkeiten werden hier die Zuschüsse für gewerbliche Investitionen und die damit zusammenhängende gewerbliche Infrastruktur beispielhaft erwähnt.³³ Durch die sektorale Strukturpolitik werden Produktion und Beschäftigung in einzelnen Wirtschaftszweigen beeinflusst. Mittel dazu sind u.a. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen.³⁴ Bezogen auf die beabsichtigte Wirkung können Entwicklungs-, Anpassungs- und Erhaltungsmaßnahmen unterschieden werden.

Die Theorie der zentralen Orte gehört zur Gruppe der Standortstrukturtheorien. Sie erklärt die Beziehung zwischen der Ansiedlung städtischer Agglomerate und der ungleichrangigen tertiären Versorgungszentren im Raum. Dabei ist der zentrale Ort in der Regel eine Stadt, also ein Standort, der zentrale Güter und Dienstleistungen von überörtlichem Bedarf anbietet.³⁵ Da regelmäßig ein Bedeutungsüberschuss für die unmittelbare Bevölkerung anzunehmen ist, geht die Einzugsregion bis zur oberen Grenze der Reichweite.³⁶ Diese von Christaller begründete Theorie hat bis heute große Bedeutung bei der Siedlungs- und Stadtplanung. Insbesondere folgten die kommunalen Gebietsreformen in den 1970er Jahren Christallers Überlegungen, was auch für die Bonner Eingemeindungen gilt.

Im Rahmen dieser Arbeit wird dargestellt, wie Bonn die ab 1991 aufgetretenen Veränderungen verarbeitete und sich dem Wandlungsprozess angepasste. Dabei profitierte die Stadt einerseits von bereits bestehenden Strukturen, wie beispielsweise dem vorhandenen Gebäudebestand oder der gut ausgebildeten Infrastruktur. Ande-

³⁰ *Huber*, Soziale Bewegungen, S. 425; *Haas/Neumair*, Wirtschaftsgeographie, S. 77; *Hipp*, Innovationsprozesse im Dienstleistungssektor, S. 64.

³¹ *Neumann*, Strukturwandel und Strukturpolitik, S. 101.

³² *Kraft*, Gesamtwirtschaftlich Entwicklung und Wirtschaftspolitik, S. 291, 336 f.

³³ *Peters*, Wirtschaftspolitik, S. 123.

³⁴ *Kraft*, Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik, S. 291, 335.

³⁵ *Peters*, Wirtschaftspolitik, S. 229.

³⁶ *Haas/Neumair*, Wirtschaftsgeographie, S. 46.

rerseits entstanden durch strukturpolitische Eingriffe neue Möglichkeiten und Voraussetzungen, den Ablauf des Änderungsprozesses zu beeinflussen.

Auch in Bonn wird der Strukturwandel nicht allein durch ökonomische Prozesse geprägt, sondern geht einher mit gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und institutionellen Faktoren, die Einfluss auf die regionale Entwicklung nehmen. Deshalb wird in dieser Arbeit der Begriff Strukturwandel nicht als ausschließlich wirtschaftlicher, sondern als umfassender sozioökonomischer Wandel aufgefasst.

2.1.2 Sozialer Wandel

Gesellschaften werden als sich selbst erhaltende, mehr oder weniger im Gleichgewicht befindliche Beziehungsgefüge verstanden.³⁷ Sie verfügen über Institutionen und eine Kultur, die die Lebensumstände und das Verhalten der Individuen formen. Der Begriff 'soziale Struktur' bezeichnet ein relativ stabiles, beständiges Muster sozialer Beziehungen, sozialer Positionen und Individuenmengen.³⁸

Gesellschaften, soziale Strukturen oder das Verhalten der Individuen unterliegen einem beständigen Wandel. Dieser beeinflusst das Zusammenleben von Menschen und ihre Einstellung zur Kriminalität. Der Begriff des sozialen Wandels ist aufgrund seiner Komplexität nicht einer einfachen Definition zugänglich, sondern beschreibt zahlreiche Wandlungsprozesse auf allen gesellschaftlichen Ebenen und muss vor dem Hintergrund der sozialen Struktur gesehen werden. Als sozialer Wandel können alle Veränderungen einer Gesellschaft hinsichtlich ihres strukturellen Aufbaus, ihrer Umwelt, des Positionsgefüges oder der herrschenden Werte bezeichnet werden.³⁹ Beschrieben werden also Veränderungen der gesamten Gesellschaft oder nur von Teilen davon, Veränderungen der ökonomischen Verhältnisse oder des ideellen Systems sowie auch Veränderungen von sozialen Strukturen⁴⁰ oder des sozialen Verhaltens. Der soziale Wandel resultiert aus den Veränderungen der Mitglieder und der sozialen Ordnung einer Gesellschaft.⁴¹ Es lassen sich folglich zahlreiche Formen nach unterschiedlichen Kriterien unterscheiden.

Verschiedene soziologische Theorien thematisieren die Frage nach Ursachen, Verlauf und voraussagbaren Änderungen in der Sozialstruktur von Gesellschaften.⁴² Dabei werden mehrere Einflussgrößen für die Auslösung eines sozialen Wandels verantwortlich gemacht, wobei drei Hauptfaktoren immer beteiligt sind: die physi-

³⁷ Weymann, Sozialer Wandel, S. 86.

³⁸ Joas, Die soziologische Perspektive, S. 11, 16; Schäfers, Sozialstruktur und sozialer Wandel, S. 3; Neumann, Strukturwandel und Strukturpolitik, S. 13.

³⁹ Grau, Einführung in die Soziologie, S. 48; Schäfers, Sozialstruktur und sozialer Wandel, S. 10; Janssen, Sozialer Wandel, S. 306.

⁴⁰ Ökonomische Strukturen, demografische Strukturen, soziale Ungleichheit, usw.

⁴¹ Meulemann, Soziologie von Anfang an, S. 331.

⁴² Jäger/Meyer, Sozialer Wandel in soziologischen Theorien, S. 20; Hradil, Sozialer Wandel, S. 642, 643.

sche Umgebung, kulturelle Faktoren sowie die politische Organisation.⁴³ Im vorliegenden Fall beruhen die Veränderungen – bedingt durch den Hauptstadtbeschluss – auf dem letztgenannten Faktor.

Die wichtigsten Ansätze zur Erklärung sozialen Wandels lassen sich vier grundlegenden sozialwissenschaftlichen Theoriebildungen zuordnen: dem Neo-Evolutionismus, dem symbolischen Interaktionismus, dem Konfliktansatz und der Modernisierungsforschung.⁴⁴

Gegenstand des Neo-Evolutionismus ist die Frage, wie Gesellschaften oder Institutionen funktional und stabil bleiben. Sozialer Wandel wird als Prozess der Differenzierung und Anpassung an veränderte Umweltbedingungen interpretiert.⁴⁵ Dabei setzt der Funktionalismus immer einen Systemzusammenhang voraus. Talcott Parsons, ein bekannter Vertreter des Neo-Evolutionismus, sieht die Gesellschaft als funktionierendes und stabiles Handlungssystem an, das grundsätzlich zu einem ausbalancierten Zustand tendiert. In seiner strukturfunktionalistischen Handlungstheorie⁴⁶ tritt sozialer Wandel dann ein, wenn eingespielte Austausch- und Gleichgewichtsprozesse zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen sowie den Subsystemen und der Gesamtgesellschaft außer Kontrolle geraten und ihre Grenzen nicht aufrechterhalten können.⁴⁷ Parsons schuf damit eine generelle Theorie des sozialen Wandels, die seither vielfältig ausdifferenziert wurde.

Konfliktansätze erklären soziales Verhalten und gesellschaftliche Zustände durch Konflikte und Konkurrenz zwischen Gruppen. Diese werden voneinander durch die Merkmale ökonomischer Positionen (Einkommen, Kapitalbesitz, Beruf), Bildungsstatus, ethnische oder soziale Zugehörigkeit, Religion oder Geschlecht getrennt.⁴⁸ Hierdurch entstehen strukturelle Spannungen, die sozialen Wandel herbeiführen. Karl Marx war einer der ersten und bekanntesten Vertreter der Konflikttheorien.⁴⁹

Der symbolische Interaktionismus bezieht sich im Gegensatz zu den beiden vorgenannten Theorien auf eine Mikroperspektive. Die wissenschaftlichen Betrachtungsweisen sind eher der Psychologie zuzurechnen. Die Grundannahme besteht darin, dass Menschen auf der Basis der Bedeutung von Dingen und Beziehungen handeln.⁵⁰ Bedeutungen entstehen in der Interaktion, die sich auf verschiedenen Ebenen vollzieht.

⁴³ Giddens, Soziologie, S. 696 ff.

⁴⁴ Feldmann, Soziologie Kompakt, S. 27; Janssen, Sozialer Wandel, S. 306, 307.

⁴⁵ Janssen, Sozialer Wandel, S. 306, 307.

⁴⁶ Parsons, Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, S. 55-74; Morel et al., Soziologische Theorie, S. 148.

⁴⁷ Weymann, Sozialer Wandel, S. 88.

⁴⁸ Feldmann, Soziologie Kompakt, S. 38.

⁴⁹ Hradil, Sozialer Wandel, S. 642, 644.

⁵⁰ Feldmann, Soziologie Kompakt, S. 43.

Neuere theoretische Ansätze sind z.B. die sog. neue Wirtschaftssoziologie⁵¹, die die Verknüpfung von ökonomischen mit sozialen Faktoren thematisiert, um der Einbettung des wirtschaftlichen Geschehens in soziale und kulturelle Gegebenheiten gerecht zu werden⁵² oder auch Modernisierungsansätze, die die Theorie der funktionalen Differenzierung anerkennen und einbeziehen.⁵³ Die Modernisierungsforschung versteht den sozialen Wandel als Prozess, der zur Etablierung relativ moderner sozialer Formen führt, wobei weniger moderne Sozialformen daneben bestehen bleiben.⁵⁴ Die Modernisierung kann sich auf den kulturellen, den sozialstrukturellen oder den Persönlichkeitsbereich beziehen.

Anthony Giddens beispielsweise vertritt in seiner Theorie der Strukturierung sozialer Gefüge die Ansicht, dass die Ursachen des sozialen Wandels in Faktoren der Umwelt, der Kultur und der Politik zu finden sind. Entscheidend sind jene Bedingungen, die den Verlauf sozialer Interaktion behindern oder auflösen.⁵⁵ Im vorliegenden Fall liegen die strukturellen Veränderungen in dem politischen Akt begründet, der 1991 mit dem zweiten Hauptstadtbeschluss initiiert wurde.

Modernisierungstheorien beschreiben den Übergang von traditionellen zu modernen Gesellschaften und nehmen an, dass die Entwicklungstrends Ausdruck bestimmter Zielsetzungen sind. Modernisierung beschreibt ökonomisches Wachstum sowie die sich gegenseitig beeinflussenden Strukturveränderungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei werden ökonomische Aspekte mit der politischen und sozialen Entwicklung verknüpft. Viele der allgemeinen Wandlungstheorien, wie die funktionalistische Theorie von Parsons⁵⁶, die Konflikttheorie von Dahrendorf⁵⁷, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung von Rostow⁵⁸ oder die Theorie der sozialen Mobilisierung von Deutsch⁵⁹, sind gleichzeitig Modernisierungstheorien.

Trends der Modernisierung sind auf vielen Ebenen der Sozialstruktur zu erkennen. Zahlreiche Vertreter sprechen allerdings der ökonomischen Entwicklung den höchsten Stellenwert zu, in deren Folge sich die kulturellen Werte und schließlich auch die zentralen gesellschaftlichen Institutionen wandeln.⁶⁰ Die Modernisierungstheorien bilden daher eine differenzierte Basis, auf der die gesammelten Daten zu den

⁵¹ Z.B. *Himmelstrand*, Interfaces in economic and social analysis, 1992; *Granovetter/Swedberg*, The sociology of economic life, 2001; *Swedberg*, Explorations in economic sociology, 1993; *Smelser/Swedberg*, The handbook of economic sociology, 2005.

⁵² *Wiswede*, Soziologie, S. 343.

⁵³ Z.B. *Jürgen Habermas*: Die Theorie des kommunikativen Handelns (1981); *Hans Joas* (1990, 1992); *Richard Münch* (1994); *Brock/Junge*, Die Theorie gesellschaftlicher Modernisierung (1995).

⁵⁴ *Janssen*, Sozialer Wandel, S. 306, 307.

⁵⁵ *Giddens*, Sociology, S. 44; *Jäger/Weinzierl*, Moderne Soziologische Theorien, S. 21.

⁵⁶ *Parsons*, Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, S. 55-74.

⁵⁷ Vgl. *Dahrendorf*, Der moderne soziale Konflikt, 1992; *Dahrendorf*, Soziale Klassen und Klassenkonflikte in der industriellen Gesellschaft, 1957.

⁵⁸ *Rostow*, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, 1960.

⁵⁹ *Deutsch*, Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung, 1979.

⁶⁰ *Rössel*, Die Erlebnisgesellschaft, S. 82, 83.

sozialen Folgen des Wandels beruhen. Diese Daten werden in einen Zusammenhang mit der Entwicklung der Jugendkriminalität zu bringen sein.

Wesentliche Aspekte für gesellschaftliche Veränderungen basieren auf dem schärfer werdenden Gegensatz zwischen Arm und Reich, auf einer sich ändernden Funktion der Familie oder auf Veränderungen, wie sie im Bildungsbereich zu beobachten sind. Die materiellen Lebensbedingungen haben sich durch den allgemeinen Wohlstandsanstieg und steigende soziale Sicherheit bei gleichzeitiger Fortdauer der strukturellen Ungleichheit verändert. Der zahlenmäßige Umfang der armen Bevölkerung ist nicht gewachsen, aber der Abstand der Armen zum durchschnittlichen Lebensstandard hat zugenommen. Da das Vermögen auf wenige konzentriert ist, besteht eine ausgeprägte soziale Ungleichheit der materiellen Lebensbedingungen.

Die wachsende Industrialisierung führte zu einer Verstädterung, die beispielsweise auch in der Veränderung der Institution Familie sichtbar wird.⁶¹ Die Industrialisierung bewirkte einen Funktionsverlust von Familien. Ursprünglich von der Familie wahrgenommene Aufgaben wie die Versorgung bedürftiger Angehöriger oder Kindererziehung sind an staatliche oder private Institutionen ausgelagert worden. Die klassische Rollenverteilung in der Familie hat sich weitgehend aufgelöst und es haben sich alternative Formen des Zusammenlebens entwickelt. Faktoren wie die Reformierung des Scheidungsrechts oder die Vereinfachung der Geburtenkontrolle wandelten die Familienstrukturen. Zusätzlich erleichterte die voranschreitende Technik die Hausarbeit, die Berufstätigkeit von Frauen stieg. Ein Wandel der Familie, die als Sozialisationsinstanz eine wichtige Rolle für Kinder und Jugendliche einnimmt, kann sich auch auf das Ausmaß der registrierten Kriminalität auswirken.

Veränderungen der Qualifikationsstruktur beruhen auch auf der Bildungsexpansion.⁶² Das Bildungsniveau aller gesellschaftlichen Schichten konnte angehoben und die Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis vermindert werden. Allerdings besteht die soziale Ungleichheit der Bildungsbeteiligung zwischen den Schichten fort. Bildung trägt mangels Chancengleichheit zur sozialen Ungleichheit bei. Bestimmte Personen werden besser gestellt als andere, da die soziale Herkunft das Bildungsniveau prägt. Menschen müssen heute flexibel sein, beruflich und geografisch mobil und lebenslang lernen, da Qualifikationen ständig erneuert oder neu erworben werden müssen. Der sog. Jedermannsmarkt⁶³, der sich durch geringe Qualifikationsanforderungen, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ungünstige Karrierechancen charakterisiert, ist ein Beispiel für die zunehmenden Veränderungen des Arbeitsmarktes. Zudem wirkt sich die Flexibilisierung der Arbeitswelt auch auf die private Lebensführung aus: auf partnerschaftliche Beziehungen, die Geburt von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.⁶⁴ Das Bevölkerungswachstum, der

⁶¹ *Fadaei-Tehrani/Green*, *Crime and Society*, S. 781, 784.

⁶² *Feldmann*, *Soziologie Kompakt*, S. 112.

⁶³ *Becker/Hecken*, *Berufliche Weiterbildung*, S. 133, 142; *Erlinghagen*, *Die Restrukturierung des Arbeitsmarktes*, S. 25.

⁶⁴ *Szydlik*, *Flexibilisierung und die Folgen*, S. 7.

Anstieg der Lebenserwartung, das Geburtendefizit und die zunehmende Alterung der Bevölkerung haben Folgen für die soziale Sicherheit und den Arbeitsmarkt.⁶⁵

Im Gegenzug gibt es verstärkte Individualisierungs- und Privatisierungstendenzen. Individualisierte Lebensformen ermöglichen dem Einzelnen die Selbstverwirklichung eigener Lebensansprüche. Andererseits ist er beim Scheitern seiner Lebensplanung auf sich allein gestellt, da dies nicht als gesamtgesellschaftliches Problem angesehen wird.⁶⁶

Der komplexe Modernisierungsprozess umfasst den Strukturwandel in unterschiedlichen Teilsystemen und führte unter anderem zu einer stärkeren Individualisierung und Erhöhung der individuellen Autonomie sowie zu einer funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Die durch den sozialen Wandel hervorgerufenen Veränderungen lösten zudem einen Wertewandel aus, den einige Theoretiker thematisieren.⁶⁷

Das Leben der Mitglieder einer Gesellschaft wird durch ihre Position innerhalb der Sozialstruktur, also durch ihren sozialen Status, grundlegend beeinflusst.⁶⁸ Dadurch wird die Möglichkeit eröffnet, Gesellschaften nach sozialen Merkmalen einzuteilen.⁶⁹ Bei einer Analyse der Sozialstruktur sind vor allem die strukturelevanten Elemente interessant, die für die Charakteristik eines gesellschaftlichen Systems und seine Integration entscheidend sind. Dies sind insbesondere solche Aspekte, die eine soziale Ungleichheit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufzeigen, wie beispielsweise bei Einkommen, Vermögen, Wohnverhältnissen, Bildung, Gesundheit oder Freizeit. Zusammengefasst werden diese sozialen Ungleichheiten unter dem Begriff der sozialen Schichtung.⁷⁰ Neben der Schichtung nach Alter und Geschlecht existiert in größeren traditionellen Gesellschaften und Industrieländern eine Schichtung nach Reichtum und Zugang zu kulturellen Gütern, die durch die Merkmale Beruf, Vermögen, Einkommen und Schulbildung gemessen werden kann. Als grundlegende Schichtungssystemen unterschieden werden: Kasten, Stände und soziale Schicht.

Die heutige Gesellschaftsstruktur kann durch Klassen- oder Schichtzugehörigkeit allerdings nicht mehr angemessen erklärt werden. Neuere Begrifflichkeiten wie 'soziale Milieus' oder 'Lebensstile' eröffnen eine differenzierte Sichtweise.⁷¹

⁶⁵ Geißler, Sozialstruktur, 672 f.

⁶⁶ Beck, Risikogesellschaft, S. 118.

⁶⁷ Inglehart, The silent Revolution, 1977; Helmut Klages, Werte- und Wertewandel, 2001; Noelle-Neumann, Die Schweigespirale, 1980; Elias, Über den Prozess der Zivilisation, 1976.

⁶⁸ Weymann, Interaktion, Sozialstruktur und Gesellschaft, S. 94; Andorka, Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse, S. 126.

⁶⁹ Meulemann, Soziologie von Anfang an, S. 331.

⁷⁰ Giddens, Soziologie, S. 264.

⁷¹ Vester et al., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, S. 23; Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, S. 106; Friedrichs/Blasius, Leben in benachteiligten Wohngebieten, S. 32 f.; Glatzer/Ostner, Sozialstruktur, S. 7, 15 f.; Heitmeyer et al., Gewalt in sozialen Milieus, S. 145, 146 f.

2.2 Kriminalität und abweichendes Verhalten

Der formelle Kriminalitätsbegriff entspringt dem Strafrecht und bezieht sich auf menschliches Verhalten, das unter Strafe gestellt ist, weil es andere Individuen oder die Gemeinschaft verletzt.⁷² Dieser strafrechtliche Kriminalitätsbegriff umfasst einen materiellen und einen formellen Aspekt. In materieller Hinsicht ist die Verletzung oder ernstliche Gefährdung eines anderen oder der Gemeinschaft erforderlich.⁷³ Hinzutreten muss der formelle Aspekt, dass dieses Verhalten ausdrücklich unter Strafe gestellt ist.⁷⁴ Kriminalität ist folglich keine feststehende Tatsache, sondern abhängig von den jeweiligen Gesetzen und ihrer Anwendung.

Der Begriff des sozialschädlichen bzw. sozialabweichenden Verhaltens (Devianz) umfasst Verhaltensweisen, die gegen gängige Normen und Werte einer Gesellschaft verstoßen, die aber nicht unter Strafe gestellt und daher auch nicht kriminell sein müssen.⁷⁵ Abweichung beinhaltet sowohl kriminelles Verhalten als auch solches, das zwar nicht illegal ist, aber als unmoralisch, eigenartig, unanständig oder unethisch angesehen wird und kann daher nur im Verhältnis zu den bestehenden sozialen Normen definiert werden.⁷⁶ Diese variieren wiederum vielfältig, beispielsweise zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen, zwischen verschiedenen sozialen Schichten, zwischen Berufsgruppen, zwischen geografischen Regionen oder auch zwischen den Geschlechtern.⁷⁷

Diese Arbeit analysiert die Bonner Kriminalitätsentwicklung anhand der Daten der polizeilichen Kriminalstatistik. Ihr liegt damit der strafrechtliche Kriminalitätsbegriff zu Grunde, da nur strafrechtlich verfolgbares Verhalten Eingang in die Statistik findet.

2.3 Theoretische Erklärungsansätze

„Normal ist einfach die Tatsache, dass eine Kriminalität besteht...“⁷⁸

Eine Kriminalitätstheorie ist eine zusammenhängende Erklärung über die Entstehung von Kriminalität. Für die Einstufung als Theorie genügt ein komplexes Aussagesystem, das zumindest eine Bedingung angibt, die im Zusammenhang mit Kriminalität steht.⁷⁹ Historisch beruht die Kriminologie auf drei Quellen: die in Italien begründeten Ansätze der Kriminalbiologie, die auf französische Denker zurückzuführende Kriminalsoziologie (vgl. 2.3.1) und die aus Deutschland stammende Kriminalpsychologie. Heute existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Kriminalitätstheorien, nach

⁷² Hellmer, Jugendkriminalität, S. 1; Hess/Scheerer, Theorie der Kriminalität, S. 69, 74.

⁷³ Hellmer, Jugendkriminalität, S. 1.

⁷⁴ Hellmer, Jugendkriminalität, S. 1.

⁷⁵ Dollinger/Raithel, Einführung in die Theorien abweichenden Verhaltens, S. 11; Bott, Kriminalitätsvorstellungen in der Kindheit, S. 107.

⁷⁶ Sack/Lindenberg, Abweichung und Kriminalität, S. 169, 171.

⁷⁷ Sack/Lindenberg, Abweichung und Kriminalität, S. 169, 172.

⁷⁸ Durkheim, Kriminalität als normales Phänomen, S. 3, 4.

⁷⁹ Heinz, Kriminalitätstheorien, S. 16, 18.

deren übereinstimmender Aussage kriminelles Verhalten nicht monokausal begründet werden kann, sondern auf mehreren, sich gegenseitig beeinflussenden und verstärkenden Faktoren beruht.⁸⁰ Diese können sowohl personenbezogener als auch gesellschaftlicher Ursache sein.⁸¹ Diskutiert werden auch Mehrfaktorenansätze. Die gesellschaftsbezogenen Ansätze, die die sozialen Umstände und deren Auswirkungen auf das menschliche Handeln fokussieren, werden als kriminalsoziologische Theorien in 2.3.2 ausführlich dargestellt. Diese basieren auf der Annahme, dass Kriminalität nicht täterbezogen individualistisch erklärt werden kann, sondern nur vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Strukturen.⁸² Ein bedeutender Vertreter ist Emile Durkheim, der den Begriff der Anomie prägte. Die soziologischen Theorien basieren auf vielfältigen und unterschiedlichen Annahmen. Gemein ist ihnen nur, dass sie Kriminalität nicht täterbezogen individualistisch erklären wollen, sondern sich hierfür an den gesellschaftlichen Strukturen orientieren (s. Abschnitt 2.3.1).

Die Jugendkriminologie beginnt etwa in Mittelalter, als Kinder und Jugendliche erstmalig eine besondere Behandlung durch das Strafrecht erfuhren.⁸³ Wissenschaftliche Erkenntnisse über die Psyche von Kindern und Jugendlichen sowie deren besondere soziale Situation wurden erst später gewonnen.⁸⁴ Sie führten zu einer Abspaltung des Jugendstrafrechts und der Ersetzung der Strafe durch besondere erzieherische Maßnahmen. Jugendkriminologische Forschung entwickelte sich entsprechend der allgemeinen altersübergreifenden Kriminalitätstheorien (s. Abschnitt 2.3.2) in drei Richtungen: in die psychiatrisch-psychologische Richtung, also Kriminalität als Individualschicksal, in die soziologische Richtung, also Kriminalität als soziales Phänomen, und in die kriminalgeografische Richtung, die zwischen den beiden erstgenannten steht.⁸⁵ Aufgrund der Vielschichtigkeit von Delinquenzverlaufsmustern Jugendlicher ist es schwierig, diese theoretisch zu erfassen. Im Folgenden werden dennoch zwei Ansätze vorgestellt, die speziell auf diese Altersgruppe ausgerichtet sind.

Terrie Moffitt entwickelte die sog. Tätertaxonomie. Dafür konzentriert er sich auf zwei Gruppen jugendlicher Straftäter: Jugendliche, die „life-course persistent antisocial behavior“ und Jugendliche, die „adolescence-limited antisocial behavior“ zeigen.⁸⁶ Bei Jugendlichen der zweiten Gruppe sind soziale Auffälligkeiten auf die Jugendphase beschränkt und können mit anomietheoretischen Gedanken erklärt werden. Voraussetzung für die Beendung der kriminellen Phase ist, dass die Jugendlichen in ihrer Sozialisation ausreichend kognitive und soziale Handlungsmus-

⁸⁰ *Dolde*, Theorie und Erklärung, S. 541, 545; *Göppinger*, Kriminologie, S. 103; *Schwind*, Kriminologie, S. 86.

⁸¹ *Schwind*, Kriminologie, S. 86.

⁸² *Lamnek*, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 62.

⁸³ *Hellmer*, Jugendkriminalität, S. 6.

⁸⁴ *Hellmer*, Jugendkriminalität, S. 6.

⁸⁵ *Hellmer*, Jugendkriminalität, S. 6 f.

⁸⁶ Daneben identifizierte er zwei weitere Gruppen: „abstainers“ und „recoveries“, *Thomas/Stelly*, Kriminologische Verlaufsforschung, S. 199, 202.

ter erlernt haben, um den Rollenwechsel zum Erwachsenen zu meistern. Das Leben von Jugendlichen der ersten Gruppe ist dauerhaft von Kriminalität geprägt. Sie zeigen kognitive, emotionale und psychische Defizite, die schon aus Dysfunktionen der frühen Kindheit resultieren können.⁸⁷ Wachsen diese Kinder unter defizitären familiären oder sozialen Umständen auf, können sie keine ausreichenden sozialen, moralischen, emotionalen oder kognitiven Kompetenzen entwickeln.⁸⁸ Hierdurch entstehen auffällige Verhaltensweisen. Der Anpassungsprozess der Jugendlichen an die Gesellschaft wird immer schwieriger und schließlich kann sich Kriminalität entwickeln. Moffitt konnte seine Theorie allerdings nicht empirisch belegen.⁸⁹

Robert Sampson und John Laub entwickelten eine altersabhängige soziale Kontrolltheorie, die auch empirisch bestätigt werden konnte. Sie nehmen an, dass abweichendes Verhalten in einem Lebensabschnitt von der Qualität der Bindungen zu den jeweils relevanten zentralen Institutionen sozialer Kontrolle abhängt.⁹⁰ Damit gewähren Sampson und Laub dem situativen Aspekt eine wichtige Rolle. Auffälliges Verhalten in Kindheit und Jugend führt zu einer negativen Reaktion der sozialen Umwelt und erschwert hierdurch dem Jugendlichen die Möglichkeit, eine starke Bindung aufzubauen.⁹¹ Es können aber Ereignisse und Erfahrungen, sog. „turning Points“ für den Jugendlichen als Wendepunkte fungieren und zu einer Abkehr von den bisherigen kriminellen Verhaltensweisen führen. Diese Verhaltensänderungen beruhen allerdings nicht primär auf den Lebensereignissen, sondern auf der hierdurch veränderten sozialen Einbindung und der damit verbundenen Zunahme der informellen Kontrolle.⁹²

2.3.1 Entwicklung der Kriminalsoziologie

Soziologische Kriminalitätstheorien betrachten soziale und gesellschaftliche Bedingungen als Ursache für das Auftreten von Kriminalität. Gemein ist diesen Erklärungsansätzen, dass eine Klassifizierung als abweichendes Verhalten von den sozialen Institutionen einer Gesellschaft abhängt.⁹³ Aus diesem Grunde bilden sie die theoretische Basis für diese Arbeit und werden im Weiteren Verlauf immer wieder aufgegriffen, um die konkreten Auswirkungen der strukturelevanten Faktoren für die Begehungen krimineller Handlungen zu erläutern. Im Folgenden werden zunächst die Anfänge der kriminalsoziologischen Studien dargestellt, um daran anschließend überblicksartig verschiedene Gruppen kriminalsoziologischer Theorien aufzuzeigen. In 2.3.2 werden ausgewählte Ansätze detaillierter betrachtet.

⁸⁷ *Thomas/Stelly*, Kriminologische Verlaufsforschung, S. 199, 202.

⁸⁸ *Thomas/Stelly*, Kriminologische Verlaufsforschung, S. 199, 202.

⁸⁹ *Thomas/Stelly*, Kriminologische Verlaufsforschung, S. 199, 203.

⁹⁰ *Thomas/Stelly*, Kriminologische Verlaufsforschung, S. 199, 203.

⁹¹ *Thomas/Stelly*, Kriminologische Verlaufsforschung, S. 199, 203 f.

⁹² *Thomas/Stelly*, Kriminologische Verlaufsforschung, S. 199, 203.

⁹³ *Giddens*, Soziologie, S. 191.

Die Kriminalsoziologie hat ihren Ursprung im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in England und Frankreich. Etwa zeitgleich mit der positivistischen Schule entwickelte sich die soziologische Analyse der Kriminalität durch die Moralstatistik von Adolphe Quetelet⁹⁴ und die Werke von Emile Durkheim, die die soziale Bedingung von Kriminalität und kriminellem Verhalten in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen stellten.⁹⁵ Quetelet entwickelte mit seinen Moralstatistiken einen ersten soziologischen Ansatz, indem er davon ausgeht, dass soziale Bedingungen und kriminelle Handlungen miteinander verknüpft sind.⁹⁶ Mit Hilfe statistischen Datenmaterials analysierte er Zusammenhänge und stellte Regelmäßigkeiten in der räumlichen Kriminalitätsverteilung fest. Quetelet erkannte zudem die noch heute geltende Alterskurve Delinquenter.⁹⁷

Bedeutung erlangte auch der Ansatz der strukturell-funktionalen Zusammenhänge, den Emile Durkheim Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte. Demzufolge ist Kriminalität ein normales Phänomen jeder Gesellschaft.⁹⁸ Er prägte den Begriff der Anomie, den er als Regel- oder Normlosigkeit in einer Gesellschaft definierte. Die Anomietheorie wurde von verschiedenen Wissenschaftlern weiterentwickelt (vgl. 2.3.2.1).

Einen weiteren Strang kriminalsoziologischer Theorien bilden die in der Chicago School entwickelten ökologischen Studien, die im frühen 20. Jahrhundert entstanden. Aufgrund der raschen Verstädterung und der damit einhergehenden sozialen Probleme thematisierten verschiedene Wissenschaftler die Frage, welchen Einfluss die städtische Umgebung auf kriminelles Verhalten hat. Da auch räumliche Verteilungen des Kriminalitätsaufkommens untersucht wurden, handelt es sich nicht um rein soziologische Theorien. Elemente dieser Ansätze, die unter 2.3.2.2 und 2.3.3 näher erläutert werden, sind Gegenstand einiger Subkulturtheorien.

Diese zählen ebenfalls zu den soziologischen Theorien, die im Rahmen der gesellschaftsbezogenen Theorien entwickelt wurden und die den ökologischen Ansatz ergänzen, bzw. modifizieren. Hierzu gehört zunächst die von William Whyte (1943) und Albert Cohen (1955) geschaffene Theorie der delinquenten Subkultur die postuliert, dass sozial benachteiligte Gruppen aus Frustration eigene Normen entwickelten, um sich so von der weißen Mittelschicht abzusetzen. Demgegenüber deutete Walter Miller (1958) in seinem Subkulturansatz Kriminalität nicht als Reaktion auf Frustrationserlebnisse, sondern er ging von einer eigenen Wertewelt der Unterschicht aus. Die von Richard Cloward und Lloyd Ohlin (1961) entwickelte Theorie der differentiellen Gelegenheiten beinhaltet Elemente der Anomietheorie, des ökologischen Ansatzes, der Kulturkonflikttheorie sowie der Theorie der differentiellen Assoziation. Sie wird hier als Fortentwicklung der Anomietheorie in 2.3.2.1 dargestellt.

⁹⁴ Ausführlich in Abschnitt 2.3.3.

⁹⁵ Eifler, *Kriminalsoziologie*, S. 9.

⁹⁶ Eifler, *Kriminalsoziologie*, S. 15.

⁹⁷ Eifler, *Kriminalsoziologie*, S. 16 f.

⁹⁸ Legnaro/Sack, *Materialien zur Kriminalsoziologie*, S. 32.

Nach der Theorie des Kulturkonflikts von Thorsten Sellin (1938) entsteht Kriminalität aus dem Konflikt unterschiedlicher Werte- und Verhaltensnormen.⁹⁹ Sie dient damit vornehmlich der Erklärung der Kriminalität von Zuwanderern, deren heimische Normen nicht mit denen des Einwanderungslandes übereinstimmen.

Der Labeling Approach stellt einen interaktionistischen Ansatz dar, der die gesellschaftliche Konstruktion von Kriminalität untersucht und damit auch als soziologischer Erklärungsansatz einzustufen ist. Er versteht sich nicht als ätiologischer Ansatz, sondern macht gesellschaftliche Zuschreibungsprozesse für die Entstehung kriminellen Verhaltens verantwortlich.¹⁰⁰ Eine Zuschreibung des Abweichens führt zu einer Übernahme dieser Rolle und damit zum Auftreten abweichenden Verhaltens. Aus dem Labeling Approach und dem symbolischen Interaktionismus entwickelte sich in den 1960 und 1970er Jahren die kritische Kriminologie.¹⁰¹

2.3.2 Darstellung ausgewählter Theorien

2.3.2.1 Anomietheorie

Der Begriff der Anomie wurde von Emile Durkheim eingeführt, von Merton in den späten 1930er Jahren zu der Anomietheorie weiterentwickelt und schließlich von anderen Autoren erweitert.¹⁰²

Die Theorie der strukturell-funktionalen Bedingtheit der Kriminalität gehört zu den ersten soziologisch orientierten Theorien und wurde von Emile Durkheim entwickelt.¹⁰³ Er bezeichnete kriminelles Verhalten als soziale Erscheinung, die gesellschaftlich gegeben und notwendig ist. Demzufolge ist Kriminalität nicht automatisch unsozial, sondern Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft, da sich erst durch abweichendes Verhalten die Geltung sozialer Normen erkennen lasse. Erst ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen gilt als pathologischer Gesellschaftszustand.

In seiner Studie „Über soziale Arbeitsteilung“ aus dem Jahre 1893 untersuchte er die Folgen des gesellschaftlichen Wandels und die damit einhergehenden sozialen Probleme.¹⁰⁴ Seiner Theorie zufolge führt die fortschreitende Industrialisierung und Verstädterung zu einem Verlust traditioneller Werte, der in einen Zustand der Anomie – also Norm- und Regellosigkeit – münden kann.¹⁰⁵ Die zunehmende Ar-

⁹⁹ *Schwind*, Kriminologie, S. 136; *Trautmann*, Migration, S. 83 f.

¹⁰⁰ *Lamnek*, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 101; *Schwind*, Kriminologie, S. 145; *Kersch*, Sozialwissenschaftliche Kriminalitätstheorien, S. 52 ff.

¹⁰¹ *Schneider*, Kriminologie in Europa I, S. 639; *Bott*, Kriminalitätsvorstellungen in der Kindheit, S. 117.

¹⁰² Z.B.: *Dubin*, Deviant Behavior and Social Structure, S. 147 ff.; *Harary*, Merton Revisited, S. 693; *Cloward/Ohlin*, Delinquency and Opportunity, S. 1 ff.; *Opp*, Abweichendes Verhalten und Gesellschaftsstruktur, S. 123 ff.

¹⁰³ *Legnaro/Sack*, Materialien zur Kriminalsoziologie, S. 32; *Schwind*, Kriminologie, S. 139.

¹⁰⁴ *Brock/Junge*, Die Theorie gesellschaftlicher Modernisierung, S. 165, 167; *Ortmann*, Abweichendes Verhalten, S. 88 f.

¹⁰⁵ *Pratt/Cullen*, Assessing Macro-Level, S. 373, 407 f.; *Eifler*, Kriminalsoziologie, S. 18.

beitsteilung begünstigt eine stärkere Individualisierung des Einzelnen, der sich dadurch immer weniger als Teil eines Ganzen fühlt. Der Zustand der Anomie ist gekennzeichnet durch das Fehlen moralischer Prinzipien, an denen sich Gesellschaftsmitglieder orientieren können¹⁰⁶ und kann zur Folge haben, dass das Kriminalitätsaufkommen das normale Maß übersteigt. Anomie ist also in diesem Kontext eine pathologische Form der Arbeitsteilung, die aber nur unter bestimmten Gegebenheiten auftritt und daher kein dauerhafter Gesellschaftszustand ist.¹⁰⁷

In seinem bekanntesten Werk „Der Selbstmord“ beschreibt Durkheim die Unbegrenztheit menschlicher Bedürfnisse, die durch mäßigende gesellschaftliche Einflüsse eingeschränkt werden müssen.¹⁰⁸ Werden die menschlichen Ansprüche nicht begrenzt, führt dies zu einem Zustand der Regellosigkeit, woraus ein Zustand der Anomie entstehen kann.¹⁰⁹ Diese Begrenzung der menschlichen Ziele auf ein realistisches Niveau kann nur durch die in einer Gesellschaft geltenden Normen und Werte erreicht werden. Sie findet in einem anomischen Gesellschaftszustand nicht statt.¹¹⁰

1938 erweiterte Robert Merton Durkheims Ansatz zu einer speziellen Kriminalitätstheorie und stellte damit einen Bezug zur Individualebene her.¹¹¹ Merton differenzierte zwischen der kulturellen Struktur – also den gesellschaftlich vorgegebenen Zielen – und der sozialen Struktur, die legitime Mittel zur Erreichung dieser Ziele zur Verfügung stellt.¹¹² Dabei geht er von einer ungleichen Verteilung der legalen Mittel aus, die Ziele zu erreichen. Die untere soziale Schicht ist benachteiligt.¹¹³ Diese Ziel-Mittel-Diskrepanz, bzw. das Ungleichgewicht zwischen kultureller und sozialer Struktur kann zu einem Zustand der Anomie und damit zu Kriminalität führen.¹¹⁴ Merton nahm aber nicht an, dass Menschen automatisch den illegitimen Weg wählen, wenn ihnen die legalen Mittel fehlen. Vielmehr unterliegen diese bei einer Ziel-Mittel-Diskrepanz einem „akuten Druck“, der ein irrationales Verhalten wahrscheinlich macht.¹¹⁵

Die Theorie der unterschiedlichen Zugangschancen stellt eine Weiterentwicklung der Anomietheorie durch Richard Cloward und Lloyd Ohlin dar. Dabei orientieren sie sich auch an den Überlegungen der von Shaw und McKay entwickelten Desor-

¹⁰⁶ Cloward, Illegitime Mittel, Anomie und abweichendes Verhalten, S. 314, 316.

¹⁰⁷ Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung, S. 43.

¹⁰⁸ Dollinger/Raithel, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 103; Eifler, Kriminalsoziologie, S. 18 f.

¹⁰⁹ Jung, Kriminalsoziologie, S. 69.

¹¹⁰ Durkheim, Der Selbstmord, S. 283.

¹¹¹ Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 116; Eifler, Kriminalsoziologie, S. 27.

¹¹² Merton, Social Structure and Anomie, S. 37 f.; Merton, Soziologische Theorie und soziale Struktur, S. 156; Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 89.

¹¹³ Szabo, Urbanisierung und Kriminalität, S. 105, 117; Dollinger/Raithel, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 106.

¹¹⁴ Merton, Sozialstruktur und Anomie, S. 283, 292.

¹¹⁵ Merton, Soziologische Theorie und soziale Struktur, S. 170 f.

ganisationstheorie sowie an der von Sutherland geschaffenen Theorie der differentiellen Assoziation. Cloward und Ohlin gehen davon aus, dass alle Gesellschaftsmitglieder die gleichen Ziele anstreben, aber Unterschichtsangehörige nicht über die entsprechenden Möglichkeiten verfügen, diese Ziele zu realisieren.¹¹⁶ Wie in der Anomietheorie führen die unbegrenzten menschlichen Bedürfnisse zu einem Zusammenbruch der Normen.¹¹⁷ Kriminalität erfolgt damit als Reaktion auf die nicht bestehende Möglichkeit der Zielerreichung. Cloward und Ohlin nehmen allerdings an, dass die Wahrscheinlichkeit der Begehung krimineller Handlungen von der Verfügbarkeit illegitimer Mittel abhängt und die Zugangschancen zu den illegitimen Mitteln in einer Gesellschaft ebenfalls ungleich verteilt sind. Ihrer Ansicht nach müssen Individuen, um kriminell zu werden, Kontakt zu anderen Kriminellen haben, von denen sie solche Verhaltensweisen lernen können.¹¹⁸ Der Kontakt zu Subkulturen erleichtert deshalb den Zugang zu illegitimen Mitteln.¹¹⁹ In dieser Arbeit wird die Anomietheorie u.a. zur Erklärung in 3.1.3 herangezogen.

Weiterentwicklungen dieses Ansatzes wurden u.a. auch von Robert Agnew, der die General Strain Theory¹²⁰ entwickelte oder von Karl-Dieter Opp¹²¹ vorgenommen.

2.3.2.2 Ökologischer Ansatz / Theorie der sozialen Desorganisation

Ökologische Theorien begründen die geografische Verteilung abweichenden Verhaltens. Delinquentes Verhalten beruht demzufolge in erster Linie auf den Merkmalen der Stadtviertel und nicht auf den individuellen Eigenschaften der Bewohner.

Der von Shaw und McKay begründete Ökologische Ansatz ist eine Fortentwicklung der Chicagoer Schule aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die rasante Bevölkerungszunahme in Chicago führte zu einer raschen Verstädterung, die eine stark wachsende Kriminalität mit sich brachte. Park und Burgess untersuchten die Frage, in welcher Weise eine städtische Umgebung Kriminalität verursacht, indem sie die Verteilung delinquenten Kinder und Jugendlicher auf das Stadtgebiet von Lawrence untersuchten.¹²² Dabei entdeckten sie ein ungleichmäßiges Kriminalitätsaufkommen über das Stadtgebiet und identifizierten „natural areas“, also Gebiete mit besonders hohem Kriminalitätsaufkommen.¹²³ Hierzu zählen insbesondere zentrumsnahe Wohngebiete, die durch eine heterogene Bevölkerung mit niedrigem sozialökono-

¹¹⁶ Peters, Devianz und soziale Kontrolle, S. 46; Eifler, Kriminalsoziologie, S. 33.

¹¹⁷ Yablonsky, Juvenile Delinquency, S. 361; Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 127.

¹¹⁸ Cloward/Ohlin, Illegitimate Means and delinquent Subcultures, S. 45, 46 f.

¹¹⁹ Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 128.

¹²⁰ Agnew, Foundation for a General Strain Theory of Crime and Delinquency, S. 47 ff.; Agnew/White, an Empirical Test of General Strain Theory, S. 475 ff.; Yablonsky, Juvenile Delinquency, S. 364 f.; Fadaei-Tehrani/Green, Crime and Society, S. 781, 783.

¹²¹ Opp, Abweichendes Verhalten und Gesellschaftsstruktur, S. 133, 146 ff.

¹²² Fadaei-Tehrani/Green, Crime and Society, S. 781, 783; Weymann, Sozialer Wandel, S. 49; Eifler, Kriminalsoziologie, S. 20.

¹²³ Eifler, Kriminalsoziologie, S. 20 f.

mischen Status gekennzeichnet sind und eine schlechte Bausubstanz aufweisen.¹²⁴ Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse entwickelten sie die bis heute bekannte Concentric Zone Theory,¹²⁵ nach der eine Stadt, beginnend beim Zentrum, in konzentrische Ringe eingeteilt wird. Der Kriminalitätsschwerpunkt liegt dabei im Kreismittelpunkt und nimmt nach außen ab.

Aufbauend auf die Concentric Zone Theory von Park und Burgess untersuchten zunächst Shaw (1929) und anschließend Shaw und McKay (1942) die Zusammenhänge zwischen der Wohnumgebung und der Kriminalitätshäufung anhand der Verteilung jugendlicher Delinquenten auf die Stadtteile Chicagos und anderer amerikanischer Städte.¹²⁶ Sie wollten überprüfen, ob Jugenddelinquenz und städtisches Wachstum miteinander verknüpft sind und fanden innerhalb der Zonen differierende Kriminalitätsraten sowie andere Auffälligkeiten. Aus ihren Erkenntnissen entwickelten sie die Theorie der sozialen Desorganisation.

1942 veröffentlichten Shaw und McKay eine umfangreiche Studie über jugendliche Delinquenz. Bei der Untersuchung der Ursachen für die Konzentration abweichenden Verhaltens in bestimmten Stadtgebieten ermittelten sie sog. delinquency areas, also Gebiete, die durch überproportional hohe Kriminalitätsraten auffielen.¹²⁷ Diese Gebiete waren hinsichtlich verschiedener Faktoren wie Überbevölkerung, Häufung von einkommensschwächeren Familien oder hoher Bevölkerungsfluktuation auffällig. Hinzu kamen eine schlechte Bausubstanz, hohe Arbeitslosigkeit, niedrigen Bildungsstand, niedrige Einkommen sowie eine Vielzahl von instabilen Familien.¹²⁸ Diese ökologischen Faktoren begünstigen nach Shaw und McKay ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen, das auch dann stabil bleibt, wenn sich die Zusammensetzung der Bevölkerung fast vollständig verändert.¹²⁹ Als ursächlich für die Entstehung solcher sozial desorganisierter Stadtviertel mit unzureichender sozialer und institutioneller Kontrolle, werden drei strukturelle Merkmale herausgestellt: niedriger ökonomischer Status, ethnische Heterogenität (führt zu unüberbrückbaren Differenzen und damit zu keiner wachsenden Gemeinschaft der Bewohner) und residenzielle Mobilität (führt zu geringer informeller Kontrolle).¹³⁰ Zurückgeführt wurde diese Entwicklung auf einen intensiven strukturellen Wandlungsprozess.¹³¹ Die Untersuchungen bestätigten auch die Zonentheorie von Burgess, dass Kriminalität von den Außenbezirken bis zum Stadtzentrum zunimmt.¹³² Die Theorie der sozialen Desorganisation stimmt in vielen Grundgedanken – beispielsweise der ur-

¹²⁴ Eifler, Kriminalsoziologie, S. 20 f.

¹²⁵ Shaw/McKay, Juvenile Delinquency, S. 18, 326.

¹²⁶ Shaw/McKay, Juvenile Delinquency, S. 1 ff.

¹²⁷ Schwind, Kriminologie, S. 144.

¹²⁸ Pratt/Cullen, Assessing Macro-Level, S. 373, 406; Eifler, Kriminalsoziologie, S. 24.

¹²⁹ Shoemaker, Theories of Delinquency, S. 78; Sampson/Groves, Community Structure and Crime, S. 774.

¹³⁰ Sampson/Groves, Community Structure and Crime, S. 774.

¹³¹ Eifler, Kriminalsoziologie, S. 24.

¹³² Schwind, Kriminologie, S. 145.

sächlichen Verknüpfung von sozialen Faktoren und Kriminalität oder einer desorganisierten Sozialstruktur – mit der Anomietheorie überein. Kriminelles Verhalten ist demnach eine Folge unzureichender sozialräumlicher Bedingungen in bestimmten Stadtvierteln. Offen bleibt allerdings die Frage, warum nur wenige der benachteiligten Bewohner kriminell werden.

Byron Groves und Robert Sampson testeten die von Shaw und McKay entwickelte Desorganisationstheorie und erweiterten sie um zwei exogenen Faktoren: familiäre Störungen und Urbanisierung.¹³³ Sie verstanden soziale Desorganisation als die „Unfähigkeit einer Nachbarschaft, die gemeinsamen Werte ihrer Bewohner zu verwirklichen und eine wirksame soziale Kontrolle auszuüben.“¹³⁴

Weitere ökologische Ansätze sind die Defensible Space Theorie von Oscar Newman sowie die „Broken-Windows“ Theorie von Wilson und Kelling.

Der Architekt Oscar Newman entwickelte aus der Theorie der sozialen Desorganisation den Ansatz der „Design Ecology“, der hauptsächlich kriminalpräventive Fragestellungen thematisiert. Durch gestalterische Maßnahme in areas of Defensible Space soll Kriminalitätsaufkommen gesenkt werden.¹³⁵ Insbesondere befasste er sich auch mit dem Zusammenhang zwischen Wohnhausarchitektur und Kriminalitätsaufkommen und fand heraus, dass Hochhäuser eine deutlich höhere Gefährdung darstellen als Mehrfamilienhäuser mit bis zu drei Stockwerken, wobei natürlich auch die Sozialstruktur der Bewohner Einfluss nimmt.¹³⁶ Hochhäuser bergen durch bauliche Ausprägungen besondere Gefahrenquellen, um Opfer einer Straftat zu werden. So sind Gemeinschaftsbereiche im Inneren des Gebäudes sowie die Zugangswege oft schlecht überschaubar. Zudem schwächt Anonymität im Wohnumfeld die soziale Gemeinschaft und die informelle Sozialkontrolle.

Die „Broken-Windows“ Theorie wurde von James Q. Wilson und George L. Kelling entwickelt und gelangte im Rahmen der New Yorker „Zero Tolerance“ – Politik zu internationaler Bekanntheit.¹³⁷ Die Autoren sind der Ansicht, dass Unordnung in einer Gemeinde und Kriminalität ursächlich miteinander verbunden sind. Wird bei einem Gebäude ein zerbrochenes Fenster nicht repariert wird, so zieht es innerhalb kurzer Zeit die Zerstörung der restlichen Fenster nach sich.¹³⁸ Neben den zerbrochenen Scheiben werden auch andere Zeichen des physischen Verfalls einer Gegend genannt, wie z.B. herumliegender Müll, Graffitis oder kaputte Straßenbeleuchtung. Zerbrochene Fenster sowie die anderen Indizien symbolisieren eine ge-

¹³³ *Sampson/Groves*, Community Structure and Crime, S. 774, 781 f.; so auch *Vowell/Wells*, Some effects of Family, S. 16: sozial desorganisierte Gebiete fördern Kriminalität; *Ohlemacher*, Ökologische Regressionsanalyse, S. 706, 720: sozial desorganisierte Gebiete fördern Gewaltdelikte.

¹³⁴ *Sampson/Groves*, Community Structure and Crime, S. 774, 777.

¹³⁵ *Cozens et al.*, Crime and the Design, S. 136, 147 f.; *Eifler*, Kriminalsoziologie, S. 25.

¹³⁶ *Newman*, Defensible Space, S. 27.

¹³⁷ *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 97.

¹³⁸ *Wilson/Kelling*, Broken Windows, S. 54, 56.

ringe soziale Kontrolle und damit auch eine schwache Entdeckungs- und Sanktionierungswahrscheinlichkeit, was weitere potentielle Straftäter anlocken kann.¹³⁹ Unordnung in einer Gemeinde schürt die Kriminalitätsfurcht der Bewohner und führt zu deren sozialem Rückzug.¹⁴⁰ Hierdurch wird die soziale Kontrolle weiter geschwächt und das Kriminalitätsrisiko steigt.¹⁴¹

Die „Broken-Windows Theorie wurde in den 1990er Jahren in Form der Zero Tolerance Politik in New York durch zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Es kam zwar zu einem Rückgang der registrierten Kriminalität, ob aber der Erfolg tatsächlich der Anwendung dieser Theorie geschuldet werden kann, ist umstritten.¹⁴² Zudem zog das strikte Vorgehen gegen Kriminalität auch viele negative Aspekte nach sich. So kam es wegen der kompromisslosen Verfolgung auch kleinerer Vergehen zu zahlreichen Beschwerden wegen Amtsmissbrauchs der Polizei und Verletzungen der Bürgerrechte.¹⁴³ Insbesondere Angehörige von Randgruppen und Personen aus unteren sozialen Schichten waren die Leidtragenden und wurden massiv kriminalisiert.¹⁴⁴

Die Theorie der sozialen Desorganisation wies ursprünglich nur ökologische Merkmale von Stadtteilen oder Nachbarschaften auf, wie z.B. die Sozialstruktur, Fluktuation der Wohnbevölkerung oder Bevölkerungsdichte.¹⁴⁵ Neuere Ansätze erweiterten deshalb diese Theorie um Individualmerkmale der Bewohner. Hierzu gehört beispielweise die individuelle Wahrnehmung sozialer Desorganisation in Form von Incivilities, d.h. sichtbare Zeichen einer unzureichenden sozialen Kontrolle.¹⁴⁶ Diese Indizien physischen Verfalls werden von der Bevölkerung als hohes Viktimisierungsrisiko interpretiert.¹⁴⁷ Sie werden auch als „Signale der Unsicherheit“¹⁴⁸ oder als „signal events“¹⁴⁹ bezeichnet und bedeuten für potentielle Opfer eine erhöhte Kriminalitätsfurcht und für potentielle Täter eine nur geringe informelle soziale Kontrolle. Verschiedenen Studien zeigen, dass Bewohner umso häufiger Opfer von Straftaten in ihrem Stadtteil werden, je öfter sie dort Incivilities wahr-

¹³⁹ *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 98.

¹⁴⁰ *Streng*, Wie weit trägt das broken windows-Paradigma, S. 921, 924; *Schwind*, Kriminologie, S. 318.

¹⁴¹ *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 98; *Streng*, Wie weit trägt das broken-windows-Paradigma, S. 921, 929.

¹⁴² *Feltes*, Aussagewert der polizeilichen Aufklärungsquote, S. 36, 39; *Feltes*, Zur Einführung, S. 3, 6 ff.; *Hess*, Fixing Broken Windows, S. 32, 51 ff.; *Brückert/Steinert*, Das kriegerische Missverständnis, S. 17, 24 ff.; *Cozens et al.*, Crime and the Design, S. 136, 140 ff.; *Streng*, Wie weit trägt das broken windows-Paradigma, S. 921, 934 f., 936 ff.

¹⁴³ *Feltes*, Zur Einführung, S. 3, 8.

¹⁴⁴ *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 99.

¹⁴⁵ *Kubrin/Weitzer*, New Directions in Social Disorganization Theory, S. 374.

¹⁴⁶ *Lüdemann/Peter*, Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil, S. 25 f.; *Kubrin/Weitzer*, New Directions in Social Disorganization Theory, S. 374, 375.

¹⁴⁷ *Baier et al.*, Sicherheit und Kriminalität, S. 40; *Lüdemann/Peter*, Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil, S. 25, 26; *Borooah/Carcach*, Crime and Fear, S. 635.

¹⁴⁸ *Feltes*, Vandalismus, S. 277, 280.

¹⁴⁹ *Innes/Fielding*, From Community to communicative policing, Abschnitt 5.2.

nehmen.¹⁵⁰ In Anlehnung an die Broken-Windows-Theorie sinkt die informelle soziale Kontrolle mit abnehmenden Nachbarschaftskontakten und mit sinkendem Vertrauen in die Nachbarn.¹⁵¹ Das lokale Sozialkapital in Form der „collective efficacy“, also kollektives nachbarschaftliches Handeln in Form einer gemeinsamen informellen sozialen Kontrolle hat dagegen einen negativen Effekt auf die Viktimisierungen.¹⁵²

Rodney Stark entwickelte die ökologische Theorie der „deviant places“, in der er Aspekte des Wohnumfeldes für das Auftreten von Kriminalität verantwortlich macht. Wie Shaw und McKay stellte er fest, dass in bestimmten Gebieten die registrierte Kriminalität auf einem gleichbleibend hohen Niveau stagnierte, obwohl sich die Zusammensetzung der Bewohner verändert hatte. Hieraus folgerte er, dass Kriminalität auch durch räumliche Gegebenheiten provoziert werden kann. Er bestimmte fünf Faktoren, die Stadtgebiete mit hoher Kriminalitätsbelastung kennzeichnen: hohe Bevölkerungsdichte, Armut, Mischnutzung, hohe Fluktuation und baulicher Niedergang.¹⁵³ Diese Merkmale wirken sich seiner Theorie zufolge auf die moralische Ordnung der Bewohner aus, indem sie zu einer verminderten sozialen Kontrolle und dadurch zu einer höheren Anfälligkeit für abweichendes Verhalten führen.¹⁵⁴ Als besonders kriminalitätsfördernd stellt er eine hohe Wohndichte heraus. Zum einen erhöht sich dadurch das Konfliktpotential innerhalb der Familien. Die Menschen verbringen aufgrund der häuslichen Enge mehr Zeit außerhalb ihrer Wohnungen und können dadurch ihre Kinder weniger beaufsichtigen.¹⁵⁵ Zum anderen handelt es sich bei Gebieten mit hoher Wohndichte häufig um Mischgebiete, die aufgrund von Gewerbe- oder Industriezonen vermehrte Anreize zur Begehung von Straftaten bieten.¹⁵⁶ Stark nimmt weiterhin an, dass in diesen beengten Wohnkomplexen die Nachbarn voneinander vieles, insbesondere auch unschöne Dinge mitbekommen, sodass der Anreiz des Einzelnen sinkt, ein Bild konformen Verhaltens aufrechtzuerhalten.¹⁵⁷ Hierdurch wird abweichendes Verhalten begünstigt.¹⁵⁸

¹⁵⁰ *Lüdemann/Peter*, Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil, S. 25, 35; *Boroovah/Carcach*, Crime and Fear, S. 635, 641 f., 649; *DeKeseredy* et al., Perceived collective efficacy, S. 5, 6, 15 ff.; anders *Kube*, Städtebau als Aspekt kommunaler Kriminalprävention, S. 847, 854, der annimmt, dass sich incivilities primär auf die Kriminalitätsfurcht auswirken.

¹⁵¹ *Lüdemann/Peter*, Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil, S. 25, 27.

¹⁵² *Lüdemann/Peter*, Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil, S. 25, 26, 36; *Cancino*, The utility of social capital, S. 287, 292, 298, 301; *Bellair*, Social interaction and community crime, S. 677, 692 ff., 696 f.; *Brown* et al., Place attachment in a revitalizing neighborhood, S. 259, 265 ff.; *DeKeseredy* et al., Perceived collective efficacy, S. 5, 10 f.

¹⁵³ *Stark*, Deviant Places, S. 893 ff.

¹⁵⁴ *Stark*, Deviant Places, S. 893 ff.

¹⁵⁵ *Stark*, Deviant Places, S. 893 ff.

¹⁵⁶ *Stark*, Deviant Places, S. 893 ff.

¹⁵⁷ *Hermann/Laue*, Ökologie und Lebensstil, S. 89, 100.

¹⁵⁸ *Hermann/Laue*, Ökologie und Lebensstil, S. 89, 100.

2.3.2.3 Subkulturtheorie

Die wachsende Problematik jugendlicher Bandenkriminalität führte zur Entwicklung der Subkulturtheorien. Auf der theoretischen Basis der Chicagoer Schule und der Anomietheorie entstanden zahlreiche, teilweise widersprüchliche Ansätze.¹⁵⁹ Diese nehmen an, dass Angehörige der Unterschicht, die in sozial desorganisiertem Wohnumfeld leben die gesellschaftlich vorgegebenen Ziele nicht erreichen können und deshalb ein eigenes Wertesystem entwickeln.¹⁶⁰ In den von Shaw und McKay im Rahmen der Theorie der Desorganisation bezeichneten delinquency areas herrscht den Subkulturtheorien zu Folge also keine Desorganisation, sondern es prallen verschiedene subkulturelle Normensysteme aufeinander.¹⁶¹

Thorsten Sellin schuf 1938 die Theorie des Kulturkonflikts, der entsteht, wenn verschiedene nichtkonforme Normen- und Wertesysteme aufeinanderprallen. Diese Theorie kann der Erklärung von Einwandererkriminalität dienen. Sellin nimmt an, dass Auswanderer ihre geprägten Verhaltensmuster mitnehmen. In einer anders geprägten Umgebung kann es dann zu einem Konflikt der unterschiedlichen Werte- und Verhaltensnormen kommen, wenn die heimischen Normen denen des neuen Landes widersprechen.¹⁶² Entstehung von Kriminalität hängt damit maßgeblich von der Anpassungsfähigkeit und -willigkeit der Einwanderer ab.

Albert Cohen entwickelte im Jahr 1955 die Theorie der delinquenten Subkultur.¹⁶³ Jugendliche aus der Unterschicht streben nach Werten und Normen der Mittelschicht, die sie gelernt und akzeptiert haben, aber nicht erreichen können.¹⁶⁴ Wie in der Anomietheorie beschrieben, verfügen Jugendliche der Unterschicht nicht über ausreichende Möglichkeiten, ihre Ziele legal zu erreichen, woraus Unzufriedenheit und Frustration resultieren. Bietet die Gesellschaft keine Lösungen zur Abhilfe an, entwickelt sich hieraus ein Spannungszustand, der die Grundlage für auftretende Anpassungsprobleme ist und den die Jugendlichen auf unterschiedliche Weise überwinden können.¹⁶⁵ Sie haben die Möglichkeit, legal zu handeln oder ihre Bezugsgruppe zu wechseln. Handeln die Jugendlichen nicht nach diesen beiden Alternativen, besteht die Gefahr, dass sich mehrere Jugendliche mit Spannungszustand zusammenschließen, eigene Normen und Verhaltensmuster entwickeln und hieraus schlussendlich eine Subkultur in Form einer Bande entsteht. Delinquenz ist demzufolge die irrationale Reaktion einer Gruppe auf ihre Anpassungsprobleme.¹⁶⁶ Cohen setzt damit keine Subkulturen voraus, sondern nennt Gründe für deren Entstehung.

¹⁵⁹ Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 99, 147.

¹⁶⁰ Eifler, Kriminalsoziologie, S. 30 f.

¹⁶¹ Schwind, Kriminologie, S. 147; Jung, Kriminalsoziologie, S. 72.

¹⁶² Jung, Kriminalsoziologie, S. 73; Schwind, Kriminologie, S. 136; Mergen, Die Kriminologie, S. 118; Yablonsky, Juvenile Delinquency, S. 352.

¹⁶³ Yablonsky, Juvenile Delinquency, S. 365; Eifler, Kriminalsoziologie, S. 32.

¹⁶⁴ Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 158.

¹⁶⁵ Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 158.

¹⁶⁶ Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 158.

Miller entwickelte ebenfalls eine Subkulturtheorie, die auf der Annahme basiert, dass Kriminalität keine Reaktion auf Frustrationserlebnisse darstellt, sondern Ausdruck einer eigenen Wertewelt der Unterschicht ist. Subkulturgruppierungen resultieren demnach nicht aus Anpassungsproblemen der Unterschicht, sondern sind Ausdruck einer eigenständigen Kultur mit eigener Tradition.¹⁶⁷ Die Verletzung von Mittelschichtsnormen wird nicht beabsichtigt, sondern ist ein zwangsläufiges Nebenprodukt bei der Verfolgung eigener subkulturspezifischer Ziele.¹⁶⁸ Die Jugendlichen wollen also nicht die Mittelschichtsnormen aktiv verletzen, sondern sich ihren Unterschichtsnormen entsprechend konform verhalten.¹⁶⁹

2.3.2.4 Lifestyletheorie

Im Bereich der soziologischen Ungleichheitsforschung fokussieren Lebensstiluntersuchungen die milieu- und lebensstilspezifischen Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellem Status und abweichendem Verhalten.¹⁷⁰ Den Ursprung der Lebensstilforschung begründete Pierre Bourdieu.

In den 1980er Jahren begann in der Soziologie eine Diskussion über die Sozialstruktur. Begriffe wie Schicht und Klasse, die der Beschreibung der vertikalen Strukturierung der Gesellschaft dienen und lange Zeit gebräuchlich waren, scheinen für die heutige Sozialstruktur nicht mehr geeignet.¹⁷¹ Bedingt durch einen Wertewandel, in dem Pflichtwerte immer stärker durch Werte der Selbstverwirklichung und der individuellen Freiheit verdrängt wurden entstand eine terminologische Verschiebung hin zu sozialen Milieus oder Lebensstilen. In der heutigen Gesellschaft findet eine zunehmende Individualisierung, Modernisierung und Wohlstandssteigerung¹⁷² statt. Dieser Wertewandel führt zu neuen sozialen Ungleichheiten sowie zu einem Bedeutungsverlust von ökonomischen Faktoren.¹⁷³ Als erstrebenswerte Ziele gelten nunmehr beispielsweise ein hoher Bildungsstandart, zunehmende Mobilität, eine Verbesserung des Lebensstandards, eine Erhöhung der Lebenserwartung oder ein späterer Berufseintritt.¹⁷⁴ In positiver Hinsicht führt die funktionale Differenzie-

¹⁶⁷ *Lamnek*, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 99 f.; *Miller*, Die Kultur der Unterschicht, S. 339, 356, 358.

¹⁶⁸ *Himmel-Kesselring*, Subkulturen und „abweichendes Verhalten“, S. 62 ff.; *Lamnek*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 100.

¹⁶⁹ *Lamnek*, Theorien abweichenden Verhaltens I, S. 172.

¹⁷⁰ *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 118.

¹⁷¹ *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 36; *Friedrichs/Blasius*, Leben in benachteiligten Wohngebieten, S. 32; *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 118; anders *Geißler*, Kein Abschied von Klasse und Schicht, S. 319, 324 ff.: Unterschiede in den Lebenschancen hängen weiterhin mit den traditionellen Schichtkriterien zusammen.

¹⁷² Zunahme der Freizeit, die Bildungsexpansion und die Zunahme der sozialen und regionalen Mobilität.

¹⁷³ *Raithel*, Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, S. 178 f.; *Beck*, Jenseits von Klasse und Stand, S. 35, 60 f.; *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 118.

¹⁷⁴ *Geißler*, Kein Abschied von Klasse und Schicht, S. 319, 321; *Hradil*, Die Ungleichheit der „Sozialen Lage“, S. 101, 107; *Dölling/Hermann*, Werte, Milieus und Kriminalität, S. 237, 239.

rung der Gesellschaft zu einer größeren individuellen Freiheit, in negativer Hinsicht bringt der Modernisierungsprozess einen Verlust von Sicherheiten mit sich.¹⁷⁵ Um dieses veränderte Sozialverhalten besser untersuchen zu können, wurden Begriffe wie Milieus oder Lebensstile eingeführt, da sie eine flexiblere Analyse der sozialen Ungleichheit ermöglichen.¹⁷⁶ Aufgrund der Schichtspezifität von Verhaltensweisen ermöglicht dies eine bessere Erfassung des sozialen Wandels in einer Gesellschaft. Es ist umstritten, ob Lebensstile von den Individuen frei gewählt oder ob sie das Ergebnis von strukturellen Vorgaben sind.¹⁷⁷ Die Wahlfreiheit für einen Lebensstil nimmt jedoch mit dem Umfang des gesellschaftlichen und materiellen Wohlstandes zu.

Eine Form der Lebensstiltheorien beschäftigt sich mit dem Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, indem der Lebensstil von Personen mit der Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung verknüpft wird.¹⁷⁸ Es wird angenommen, dass unterschiedlichen Lebensstile von Personen zu einem unterschiedlichen Viktimisierungsrisiko führen. Hintergrund ist die Annahme, dass dieses weder zufällig noch gleichmäßig innerhalb der Bevölkerung verteilt ist.¹⁷⁹ Der individuelle Lebensstil resultiert dabei aus verschiedenen Faktoren wie der beruflichen Tätigkeit, den Freizeitaktivitäten oder den Arbeits-, Wohn- und Einkommensbedingungen.¹⁸⁰ Opferwerden hängt von der Wahrscheinlichkeit ab, „mit der sich Individuen zu bestimmten Zeiten und unter bestimmten Umständen an bestimmten Orten aufhalten, um mit bestimmten Arten von Menschen zusammenzutreffen.“¹⁸¹

Hindelang, Gottfredson und Garofalo entwickelten 1978 die „Lifestyle-Exposure“-Theorie. Sie definierten Lebensstil als die alltäglichen Routinebeschäftigungen sowohl im beruflichen Bereich als auch hinsichtlich der Freizeitaktivitäten.¹⁸² Diese Theorie beruht auf dem Gedanken, dass demografische Unterschiede zu unterschiedlichen Lebensbedingungen führen, was sich wiederum auf das Viktimisierungsrisiko auswirkt.¹⁸³ Die verschiedenen Lebensstile hängen insbesondere von den individuell zu erfüllenden Rollenerwartungen ab, die von demografischen Unterschieden wie Alter, Geschlecht, Rasse, Einkommen, Bildung, materiellem Status oder Beruf begründet werden.¹⁸⁴ Hierdurch kommt es bei Personen zu

¹⁷⁵ *Dölling/Hermann*, Werte, Milieus und Kriminalität, S. 237, 240.

¹⁷⁶ *Hartmann*, Lebensstilforschung, S. 197; *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 119; *Dölling/Hermann*, Werte, Milieus und Kriminalität, S. 237, 240; *Rössel*, Die Erlebnisgesellschaft, S. 82, 96.

¹⁷⁷ *Hartmann*, Lebensstilforschung, S. 43.

¹⁷⁸ *Roman*, Schools, neighborhoods, and violence, S. 10; *Stummvoll*, Forschungsfeld geographische Kriminalstrukturanalyse, S. 91, 96.

¹⁷⁹ *Schneider*, Der gegenwärtige Stand der kriminologischen Opferforschung, S. 316, 321.

¹⁸⁰ *Geißler*, Die Sozialstruktur Deutschlands, S. 109; *Schwind*, Kriminologie, S. 148 f.

¹⁸¹ *Schneider*, Der gegenwärtige Stand der kriminologischen Opferforschung, S. 316, 326; *Hindelang et al.*, Victims of personal crime, S. 251.

¹⁸² *Hindelang et al.*, Victims of personal crime, S. 241.

¹⁸³ *Miethe/Meier*, Crime and its social context, S. 32.

¹⁸⁴ *Hindelang*, Opferbefragungen, S. 115, 121.

unterschiedlichen Aussetzungen von Gefahrensituationen und damit auch zu differierenden Viktimisierungsrisiken.

Cohen und Felson entwickelten 1979 ebenfalls eine Lebensstiltheorie, bei der die situationsbedingten Einflussfaktoren für kriminelles Verhalten fokussiert werden.¹⁸⁵ Die Routine Activity Theory dient hauptsächlich der Erklärung des Viktimisierungsrisikos und der Kriminalitätsfurcht und stellt eine Weiterentwicklung des Lebensstil- und Gelegenheitsmodells dar. Die Begehung einer Straftat erfordert drei situative Faktoren: ein entschlossener Täter, ein geeignetes Ziel sowie die Abwesenheit Dritter.¹⁸⁶ Der Lebensstil der Individuen, z.B. das Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel, abendliches Ausgehen und Unternehmungen und als Folge das unbeaufsichtigte Zurücklassen der Wohnung, sind demzufolge kriminalitätsbegünstigende Faktoren.

Aus der Interpretation empirischer Befunde von Opferbefragungen wurden Faktoren abgeleitet, die eine Viktimisierung beeinflussen können.¹⁸⁷ Gerade im Bereich der Straßekriminalität hängt die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, maßgeblich davon ab, wie viel Zeit Personen außerhalb zuhause verbringen. So wirken sich insbesondere Alter und die Art der Sozialbindung, aber auch Geschlecht oder das Beschäftigungsverhältnis auf das individuelle Viktimisierungsrisiko aus: männliche, in Großstädten lebende Personen zwischen 17 und 24 Jahren zeigten aufgrund ihres Lebensstils die höchste Opferneigung.¹⁸⁸ Insbesondere das Alter hat einen negativen Effekt auf die persönliche Viktimisierung.¹⁸⁹ Die Lifestyletheorien begründen dies damit, dass außerhäusige Aktivitäten mit zunehmendem Alter sinken. Geschiedene, getrennt lebende oder ledige Personen zeigten eine höhere Quote als Verheiratete.¹⁹⁰ Männer werden häufiger Opfer als Frauen¹⁹¹ und Personen in einem regelmäßigen Beschäftigungsverhältnis weisen eine niedrigere Quote auf als Personen mit unre-

¹⁸⁵ *Cohen/Felson*, Social Change and Crime Rate Trends, S. 588 ff.; *Büttner/Spengler*, Lokale Determinanten der Kriminalität und Tätermobilität, S. 215, 219; *Sessar*, Zu einer Kriminologie ohne Täter, S. 1, 9.

¹⁸⁶ *Cohen/Felson*, Social Change and Crime Rate Trends, S. 588, 589; *Schneider*, Kriminologie in Europa I, S. 639, 644.

¹⁸⁷ *Eisner*, Das Ende der zivilisierten Stadt?, S. 40.

¹⁸⁸ *Hindelang*, Opferbefragungen, S. 115, 121; *Cohen/Land*, Age Structure and Crime, S. 170, 174; *Göppinger*, Kriminologie, S. 167; *Boroah/Carcach*, Crime and Fear, S. 635, 652; *Carrington*, Population aging and Crime, S. 331, 335.

¹⁸⁹ *Lüdemann/Peter*, Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil, S. 25, 37; *Boers*, Kriminalitätsfurcht, S. 75 ff.; *Miethe/Meier*, Crime and its social context, S. 35; *Heinz/Spieß*, Viktimisierung, Anzeigeerstattung, S. 2, 100; *Schneider*, Der gegenwärtige Stand der kriminologischen Opferforschung, S. 316, 323; *Heinz/Spieß*, Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung, S. 141, 150 ff.

¹⁹⁰ *Hindelang*, Opferbefragungen, S. 115, 121.

¹⁹¹ So *Miethe/Maier*, Crime and its social context, S. 34 f.; *Heinz/Spieß*, Viktimisierung, Anzeigeerstattung, S. 2, 100; *Hindelang*, Opferbefragungen, S. 115, 121; *Heinz/Spieß*, Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung, S. 141, 150; anders: *Lüdemann/Peter*, Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil, S. 25, 37.

gelmäßiger Arbeit.¹⁹² Mit steigendem Einkommen verringert sich die Viktimisierungsquote.¹⁹³ Haushalte mit Kindern und einem alleinerziehenden Elternteil weisen eine höhere Viktimisierung auf.¹⁹⁴ Außerhäusige Freizeitaktivitäten erhöhen das Opferrisiko ebenso wie der Alkoholkonsum in Bars und Nachtclubs.¹⁹⁵

Die empirische Lebensstilanalyse setzt nicht bei den Opfern, sondern den Tätern an und sucht die Assoziierung unterschiedlicher Lebensstile und delinquenter Verhaltensweisen zu erklären.¹⁹⁶ (Darstellung verschiedener Ergebnisse in 2.4.2).

2.3.2.5 Rational-Choice Theorie

Die Rational-Choice Ansätze¹⁹⁷ basieren auf den Ideen der klassischen Schule, wie sie von Cesare di Beccaria¹⁹⁸ begründet wurde, sowie den Gedanken der Wirtschaft und haben das Ziel, gesellschaftliche Verhältnisse und kriminelles Verhalten durch individuelles Handeln zu erklären.¹⁹⁹ Abweichendes Verhalten erfolgt nach einer Abwägung der Vor- und Nachteile. Stehen dem Individuum mehrere Handlungsalternativen zur Verfügung, wird es diejenige mit dem höchsten persönlichen Nutzen wählen.²⁰⁰ Abweichendes Verhalten muss also als bewusste Entscheidung verstanden werden, welche das Individuum aufgrund einer subjektiven Kosten-Nutzen-Überlegung getroffen hat.²⁰¹ Abweichendes Verhalten tritt um so eher auf, je wahrscheinlicher es ist, dass die abweichende Handlung zum Erfolg führt und je höher der zu erwartende Nutzen aus dieser Handlung ist.²⁰² Als Nutzen können die Vorteile der Tat, also beispielsweise die Beute oder die Bewunderung von Freunden genannt werden. Nachteile sind z.B. die Entdeckung und Bestrafung der Tat, der Ver-

¹⁹² *Borooah/Carcach*, Crime and Fear, S. 635, 652; *Schneider*, Der gegenwärtige Stand der kriminologischen Opferforschung, S. 316, 327.

¹⁹³ *Hindelang*, Opferbefragungen, S. 115, 121.

¹⁹⁴ *Schneider*, Der gegenwärtige Stand der kriminologischen Opferforschung, S. 316, 327.

¹⁹⁵ *Schissel*, The Influence of Economic Factors, S. 405, 407; *Schneider*, Der gegenwärtige Stand der kriminologischen Opferforschung, S. 316, 327.

¹⁹⁶ Lebensstiluntersuchungen speziell von Jugendlichen z.B. *Heitmeyer et al.*, Gewalt; *Ulbrich-Herrmann*, Gewalt bei Jugendlichen, S. 221 ff.; *Ulbrich-Herrmann*, Lebensstile Jugendlicher und Gewalt.

¹⁹⁷ Z.B. von *Becker*, Crime and Punishment, S. 1, 9 ff.; *Fetchenhauer/Simon*, Eine experimentelle Überprüfung, S. 301 ff.; *Sessar*, Zu einer Kriminologie ohne Täter, S. 1, 7 ff.; *van Dijk*, Understanding Crime Rates, S. 105, 106 ff.

¹⁹⁸ *Beccaria*, Dei delitti e delle pene (1764).

¹⁹⁹ *Shoemaker*, Theories of Delinquency, S. 16; *Lamnek*, Theorien abweichenden Verhaltens II, S. 164 f.

²⁰⁰ *Mehlkop/Becker*, Soziale Schichtung und Delinquenz, S. 95, 98; *Jäger/Meyer*, Sozialer Wandel in soziologischen Theorien der Gegenwart, S. 47; *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 54.

²⁰¹ *Fadaei-Tehrani/Green*, Crime and Society, S. 781, 782; *Dollinger/Raithel*, Einführung in die Theorien abweichenden Verhaltens, S. 54; *Sessar*, Zu einer Kriminologie ohne Täter, S. 1, 7.

²⁰² *Becker*, Crime and Punishment, S. 1, 9; *Sessar*, Zu einer Kriminologie ohne Täter, S. 1, 7.

lust der gesellschaftlichen Stellung oder ein schlechtes Gewissen.²⁰³ Die Ursache einer kriminellen Handlung beruht also nicht in einer von der Allgemeinheit abweichenden Motivation des Individuums, sondern in unterschiedlichen Kosten- und Nutzenüberlegungen.

2.3.2.6 Zusammenfassung

Kriminalität ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das aufgrund einer Vielzahl verschiedener und sich gegenseitig bedingender intervenierender Faktoren entsteht.²⁰⁴ Es wurden verschiedene Theorien aus unterschiedlichen Bezugswissenschaften vorgestellt. Keine dieser Theorien kann die Ursachen für das Entstehen von Kriminalität umfassend erklären. Die verschiedenen Ansätze knüpfen zwar an unterschiedlichen Bezugspunkten an, schließen sich aber nicht gegenseitig aus, sondern setzen individuelle Akzente und halten unterschiedliche Variablen für bedeutsam.

2.3.3 Kriminalgeografie

Diese Arbeit thematisiert die strukturellen Veränderungen der Stadt Bonn und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Jugendkriminalität. Eine Untersuchung über den Zusammenhang von wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozessen und Kriminalitätsbelastung ist der Wissenschaftsrichtung der Kriminalgeografie zuzuordnen. Kriminalgeografische Arbeiten befassen sich mit der Beziehung zwischen Raum und Kriminalität. Dabei werden Umfang und Struktur der Kriminalität mit dem Raum als möglichem kriminalitätsauslösendem Aspekt in Verbindung gesetzt. Die Darstellung kriminalgeografischer Forschungsansätze und -ergebnisse ist für diese Arbeit interessant, da auch für Bonn nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich räumliche und bauliche Gegebenheiten kriminalitätsfördernd oder -senkend auswirken können. Diese Zusammenhänge werden in Kapitel 5 aufgezeigt.

2.3.3.1 Zum Begriff der Kriminalgeografie

Der Begriff der Kriminalgeografie wird in der Literatur nicht einheitlich definiert. Es lassen sich zunächst zwei Richtungen feststellen: die kriminalistischen und die kriminologischen Ansätze.²⁰⁵ Während sich die kriminalistische Kriminalgeografie auf das Beschreiben der Kriminalitätsverteilung beschränkt²⁰⁶, geht die kriminologi-

²⁰³ *Becker*, Crime and Punishment, S. 1, 9; *Schwind*, Kriminologie, S. 117; untersucht von: *Eifler*, Kriminalität im Alltag, S. 126 ff.: stärksten Einfluss auf kriminelle Handlung hat der subjektiv erwartete Schaden durch eine Strafverfolgung.

²⁰⁴ *Dreher et al.*, Bevölkerungsumfragen in ländlichen und städtischen Regionen, S. 169.

²⁰⁵ *Hartwig*, Geographische Informationssysteme, S. 435; *Albrecht*, Kriminalgeografie, Städtebau und Kriminalität, S. 226; *Schwindt*, Kriminologie, S. 320.

²⁰⁶ So z.B. *Hellmer*, Kriminalitätsatlas der BRD, 1972 oder *Hellmer*, Kriminalgeografie und Verbrechensbekämpfung, 1974.

sche Kriminalgeografie weiter, indem sie nach den Ursachen für die Verteilung des Kriminalitätsaufkommens forscht.²⁰⁷

Herold bietet eine kriminalistisch- und zweckorientierte Definition der Kriminalgeografie an. Danach ist diese die „Wissenschaft von den Beziehungen, die zwischen der spezifischen Struktur eines Raumes und der in ihm örtlich und zeitlich anfallenden Kriminalität bestehen“.²⁰⁸

Hellmer definierte die Kriminalgeografie 1974 als „die Wissenschaft von der örtlichen Verteilung der Kriminalität, ihrem Zusammenhang mit sozialen Faktoren und von den regionalen Unterschieden in der Kriminalitätsbekämpfung.“²⁰⁹

Mergen beschränkte seine Begriffsbestimmung ebenfalls auf eine bloße Kriminalitätsverteilungslehre. Kriminalgeografie fokussiert sich demnach auf die Untersuchung der „räumlichen Verteilung der Kriminalität auf der Welt, in den verschiedenen Völkern und innerhalb dieser Völker“.²¹⁰ Diese Definition klammert soziologische, kulturelle und wirtschaftliche Einflussfaktoren und damit die Ursachenforschung aus.

Eine Definition der kriminologischen, also nach den Ursachen forschenden Kriminalgeografie muss über die Beschreibung der Kriminalitätsverteilung hinausgehen und auch Erklärungen für kriminelle Handlungen berücksichtigen. Eine solche Definition, die kriminologische und kriminalistische Aspekte vereint, entwickelte Schwind. Danach ist Kriminalgeografie „derjenige Zweig der kriminologisch-kriminalistischen Forschung, der kriminelles Verhalten in seiner raum-zeitlichen Verteilung erfasst und durch spezifische raumzeitliche Verbreitungs- und Verknüpfungsmuster demografischer, wirtschaftlicher, sozialer, psychischer und kultureller Einflussgrößen zu erklären versucht, und zwar mit dem Ziel der Verbrechensbekämpfung.“²¹¹

2.3.3.2 Gegenstand und Ziele der Kriminalgeografie

Die inhaltliche Ausgestaltung kriminalgeografischer Arbeiten variiert entsprechend der zugrunde liegenden Definition. Dieser Forschungszweig verfolgt neben repressiven Inhalten auch eine präventive Zielsetzung, da die aus ihr gewonnen Erkenntnisse zu einer Reduzierung der Kriminalität beitragen können.²¹² So wird u.a. die Kriminalitätsverteilung analysiert, was praktische Relevanz insbesondere für die polizeiliche Arbeit hat.

²⁰⁷ So z.B. *Opp*, Zur Erklärung delinquenten Verhaltens von Kindern und Jugendlichen; *Schwind* et al., Empirische Kriminalgeografie.

²⁰⁸ *Herold*, Die Bedeutung der Kriminalgeografie für die polizeiliche Praxis, S. 289, 290.

²⁰⁹ *Hellmer*, Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik, S. 13; *Hellmer*, Kriminalgeografie und Verbrechensbekämpfung, S. 99, 101.

²¹⁰ *Mergen*, Die Kriminologie, S. 289.

²¹¹ *Schwind*, Kriminalgeografie, S. 248, 249; *Schwind*, Kriminologie, S. 289.

²¹² *Kasperzak*, Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht, S. 11.

2.3.3.3 Überblick über bisherige Veröffentlichungen

Die Anfänge der Kriminalgeografie entwickelten sich aus den Kriminal- und Moralstatistiken.²¹³ Die frühesten Untersuchungen stammen von Andre Michel Guerry (1833) und Lambert Adolphe Jaques Quetelet (1835), die sich mit der Verbindung zwischen Kriminalitätsaufkommen und Raum befassten.²¹⁴ Anhand der Moralstatistiken untersuchten sie den Zusammenhang zwischen Kriminalität und sozialen Faktoren wie Armut, Bildung oder Bevölkerungsdichte. Allerdings beschränkten sich beide auf eine kartografische Darstellung der Kriminalitätsverteilung.²¹⁵

Kommunalen Bezug nahmen die ersten stadtgeografischen Arbeiten von Parent-Duchâtelet (1837) über die Prostitution in Paris oder von Mayhew (1862) über Kriminalität und soziale Probleme in London.²¹⁶

Wissenschaftler der Chicagoer Schule entwickelten seit den 1920er Jahren bedeutende Erklärungsansätze hinsichtlich der städtischen Verteilung von Kriminalität. Wichtige Erkenntnis war, dass die räumliche Verteilung der Kriminalität sowie der sozialen Probleme eng mit der Struktur und Entwicklung der Städte verknüpft ist. In ihren Untersuchungen stellten Ernest Burgess und Robert Ezra Park fest, dass Städte von innen nach außen wachsen und so ein Muster von konzentrischen Zonen entwickeln.²¹⁷ Hieraus schufen sie die sog. Zonentheorie, die eine Stadt in ringförmige Nutzungszonen einteilt. Je näher ein Gebiet demnach zum Stadtzentrum liegt, umso höher ist das Kriminalitätsaufkommen.²¹⁸ Die erste Zone bilden die Industrie- und Geschäftszentren der Innenstädte. Hieran schließt sich die zweite Zone an, die ein Übergangsgebiet bildet, in das sich die Innenstadt auszubreiten beginnt.²¹⁹ Die dritte Zone ist das Wohnviertel der Arbeiter, an die sich die vierte Zone, die Wohngebiete der gehobenen Sozialschichten, anschließen.²²⁰ Die fünfte Zone ist schließlich das Wohngebiet der Pendler aus den Stadtrandgebieten. Diese Zonentheorie blieb über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren relevant und konnte auch für andere US-Städte nachgewiesen werden.²²¹ Allerdings konnte diese Theorie auf die meisten europäischen Städte nicht übertragen werden.²²² Für diese gilt aufgrund der Eingemeindungen die sog. Mehrkerntheorie.

²¹³ *Mechler*, Studien zur Geschichte der Kriminalsoziologie S. 8.

²¹⁴ *Schwind*, Bestandsaufnahme, S. 6, 7.

²¹⁵ *Albrecht*, Kriminalgeografie, Städtebau und Kriminalität, S. 226 f.; *Schwind*, Kriminologie, S. 306.

²¹⁶ *Schwind*, Kriminologie, S. 321; *Albrecht*, Kriminalgeografie, Städtebau und Kriminalität, S. 226, 227.

²¹⁷ *Albrecht*, Erkenntnisse der Kriminalgeografie, S. 292, 300.

²¹⁸ *Bursik/Webb*, Community Change and Patterns of Delinquency, S. 24, 40.

²¹⁹ *Schwind*, Kriminologie, S. 145.

²²⁰ *Albrecht*, Erkenntnisse der Kriminalgeografie, S. 292, 300.

²²¹ *Shaw/McKay*, Juvenile Delinquency, S. 68 ff., 202 ff., 329 ff.

²²² *Opp*, Zur Erklärung delinquenten Verhaltens, S. 180 ff.: für Köln; *Frehsee*, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 248 f.: für Kiel; *Braun*, Jugendarbeitslosigkeit, S. 125, 194.

Park differenzierte auch zwischen verschiedenen Segregationstypen, um die ungleichmäßige Verteilung von sozialen Gruppen über das Stadtgebiet zu erklären. Diese siedeln sich dort an, wo sie die besten Lebensbedingungen erwarten. Gleichzeitig siedeln sich immer mehr Mitglieder derselben ethnischen Gruppe an, sodass es sich um segregierte Gebiete mit den Normen, der Kultur und dem Verhalten der jeweiligen Bewohner handelt.²²³ Diese Gebiete nannte Park natural areas. Des Weiteren unterscheidet Park sog. moral regions, die als Orte charakterisiert werden können, an denen sich bestimmte Temperamente und soziale Gruppen sammeln, um ihre undisziplinierte Leidenschaft auszuleben.²²⁴ Zu diesen Orten zählte er auch die Aufenthalts- und Wohnorte der Armen und Kriminellen.²²⁵ Entstehen solche segregierte Stadtteile mit einer geringen sozialen Kontrolle, kann ihnen eine kriminalitätsfördernde Wirkung zukommen.²²⁶

Clifford R. Shaw untersuchte 1929 die Wohnsitze von 60.000 männlichen Jugendlichen, die polizeilich oder gerichtlich registriert worden waren.²²⁷ Die Gebiete, in denen überproportional viele der Delinquenten wohnten, nannte er „delinquency areas“.

Shaw und McKay untersuchten neben Chicago weitere amerikanische Städte. Sie ermittelten ebenfalls delinquency areas, welche ein hohes Kriminalitätsaufkommen bei gleichzeitig ungünstiger sozialer Struktur und einer geringen sozialen Kontrolle aufwiesen. Sie bestätigten die Zonentheorie, d.h., je näher ein Gebiet zum Stadtzentrum liegt, desto höher ist der Anteil an Jugendkriminalität. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass kriminelles Verhalten nicht durch den Raum produziert wird, sondern durch die sozialen Bedingungen.²²⁸ Hierbei begünstigt insbesondere rascher Bevölkerungswechsel das Entstehen kriminellen Verhaltens.²²⁹

Nach dem zweiten Weltkrieg entstanden in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche kriminalgeografische Arbeiten, von denen im Folgenden einige aufgeführt werden:

Die erste ökologische Kriminalitätsstudie führte Karl-Dieter Opp 1968 durch, in der er die räumliche Verteilung der Kinder- und Jugendkriminalität in Köln untersuchte.²³⁰ Um die sehr unterschiedliche Kriminalitätsbelastung der Stadtteile zu erklären, verwendet er 38 Faktoren mit dem Ergebnis, dass die Stadtteile mit der höchsten Rate an Täterwohnsitzen außerhalb des Stadtzentrums liegen.²³¹ Hier muss allerdings zwischen Täterwohnsitz und Tatort differenziert werden.

²²³ Lamnek, Theorien abweichenden Verhaltens II, S. 215.

²²⁴ Park, The City, S. 45.

²²⁵ Häußermann/Siebel, Stadtsoziologie, S. 53 f.

²²⁶ Park, The City, S. 582, 593 f.

²²⁷ Schwind, Kriminologie, S. 144.

²²⁸ Schwind, Kriminologie, S. 146.

²²⁹ Schwind, Bestandsaufnahme, S. 11.

²³⁰ Opp, Zur Erklärung delinquenten Verhaltens, S. 22 ff.

²³¹ Opp, Zur Erklärung delinquenten Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen, S. 175 ff.

Herold (1968) errechnete die Kriminalitätsdichte für Bezirke der Stadt Nürnberg, um die Polizeiarbeit dort effektiver zu gestalten.²³² Dabei berücksichtigte er auch die Täterwohnsitze und die Tätermobilität. Er fand eine Kriminalitätshäufung in der Innenstadt und ein nur geringes Kriminalitätsaufkommen in den Randgebieten.²³³ Sein Nachfolger Helldörfer führte die Untersuchungen 1974 fort und bestätigte weitgehend die von Herold gefundenen Ergebnisse.

Hellmer entwickelte 1972 einen „Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik und West-Berlins“ anhand der vorhandenen Häufigkeitszahlen, die er mit sozioökonomischen Faktoren in Verbindung setzte.²³⁴ Kriminogene Faktoren findet er in den desintegrierenden Umständen der modernen Gesellschaft wie Entpersönlichung, Bevölkerungszusammenballung, Fluktuation, Industrialisierung oder Anonymität.²³⁵

Frehsee untersuchte die Jugend- und Heranwachsendenkriminalität in Kiel. Hierbei verwendete er zahlreiche sozioökonomische Daten. Er stellte die höchste Tatortbelastung in der Kieler Innenstadt fest, aber auch Randgebiete zeigten hohe Werte.²³⁶ Das Problem liegt in Trabantenvierteln, die jugendspezifische Bedürfnisse und Interessen nicht ausreichend beachten und sozialwidrige Bedingungen kumulieren lassen.²³⁷

Langer untersuchte die Zusammenhänge zwischen sozialgeografischen Raumstrukturen und Kriminalität, wobei er sich besonders der Straßenkriminalität widmete. Er ermittelte die höchste Kriminalitätsbelastung in der Innenstadt sowie den Unterzentren.²³⁸ Im Straßenraub stellte er einen hohen Anteil jugendlicher, männlicher und lediger Tatverdächtiger fest.²³⁹

Breitwieser untersuchte die Verteilung der Jugendkriminalität in der Stadt Linz. Dabei fand sie keinen Nachweis, dass demografische Merkmale und Kennzeichen der Wohnsituation mit Kriminalität zusammenhängen.²⁴⁰

Plate et al. veröffentlichten 1985 ihre Studie über die Auswirkungen von baulichen und infrastrukturellen Maßnahmen auf die Kriminalität in Solingen.²⁴¹ Sie untersuchten sowohl das Hell- als auch das Dunkelfeld und stellten einen Kriminalitätsschwerpunkt in den innerstädtischen Bezirken sowie in den um die direkten Zentren liegenden Bezirken fest.²⁴²

²³² Herold, Kriminalgeografie, in S. 81, 84 ff.; Herold, Die Bedeutung der Kriminalgeografie, S. 289, 293.

²³³ Schwind, Kriminalgeografie, S. 175; Schwind, Kriminologie, S. 311, 322.

²³⁴ Hellmer, Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik, 72 ff.

²³⁵ Hellmer, Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik, S. 85.

²³⁶ Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 134 ff.

²³⁷ Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 323.

²³⁸ Langer, Kriminalität als Indikator sozialgeographischer Raumstrukturen, S. 178 f.

²³⁹ Langer, Kriminalität als Indikator sozialgeographischer Raumstrukturen, S. 143.

²⁴⁰ Breitwieser, Jugenddelinquenz und Stadtstruktur, S. 32, 49 f.

²⁴¹ Plate et al., Strukturen der Kriminalität in Solingen, S. 110.

²⁴² Plate et al., Strukturen der Kriminalität in Solingen, S. 110.

Schwind, Ahlborn und Weiß erstellten 1978 einen Kriminalitätsatlas für Bochum. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die Sozialstruktur und nicht die Architektur Problemgebiete fördert.²⁴³ Sie ermittelten Merkmale, die für überdurchschnittlich viele Tatverdächtigen-Wohnsitze zuträfen wie Bevölkerungsdichte, Baustruktur, Altersstruktur, Ausländeranteil oder die Sozialstruktur.²⁴⁴

Schwind et al. untersuchten die Kriminalitätsentwicklung in Bochum während dreier Jahresmesspunkte. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die Verteilung der Tatorte innerhalb des Stadtgebietes mit der Stadtstruktur zusammenhängt.²⁴⁵ Kriminalitätsschwerpunkt ist der innerstädtische Bereich, sowie die durch Eingemeindungen entstandenen Unterzentren, die sog. Mehrkerntheorie.²⁴⁶

Manuel Eisner untersuchte 1993 und 1997 die Verknüpfung von räumlicher Strukturierung und Gewaltkriminalität in Schweizer Städten. In den letzten 30 Jahren nahm die registrierte Gewaltkriminalität insbesondere in den Innenstädten massiv zu.²⁴⁷

Oscar Newman entwickelte 1972 den sog. Defensible-Space-Ansatz (vgl. 2.3.2.2).

Rolinski widerlegte 1980 die Erkenntnisse von Newman, dass Kriminalität mit zunehmender Gemeindegröße und Höhe der Gebäude ansteigt. Danach ist nicht die Wohnhausarchitektur wesentliches Merkmal für die Entstehung von Kriminalität, sondern die fehlgeschlagenen Sozialisationsprozesse.²⁴⁸

Oberwittler und Köllisch untersuchten den Zusammenhang zwischen Jugendkriminalität und räumlichen Faktoren, insbesondere das Stadt-Land-Gefälle der registrierten Kriminalität. In ihrer Schülerbefragung fanden sie heraus, dass städtische Jugendliche häufiger delinquent werden und auch mehr Delikte begehen.²⁴⁹

2.4 Aktueller Forschungsstand

2.4.1 Schicht und soziale Integration

In diesem Abschnitt werden verschiedene Aspekte des ökonomischen und sozialen Wandels dargestellt. Diese Strukturmerkmale unterliegen einem beständigen Veränderungsprozess und können eine kriminogene Wirkung auf Individuen entfalten. Ob und in wie weit ihnen ein kriminalitätsfördernder Einfluss zukommt, wurde bereits in zahlreichen Forschungsstudien untersucht, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden.

²⁴³ *Schwind*, Zum Beitrag der Soziologie und Psychologie, S. 376, 377.

²⁴⁴ *Sommerer/Kulosa.*, Beschreibung der besonders mit Kriminalität, S. 115 ff.

²⁴⁵ *Schwind et al.*, Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich, S. 84, 89.

²⁴⁶ *Schwind et al.*, Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich, S. 84 f., 92 f.

²⁴⁷ *Eisner*, Die Zunahme von Jugendgewalt, S. 13, 17 ff.

²⁴⁸ *Rolinski*, Wohnhausarchitektur und Kriminalität, S.197 ff.; kritisch auch *Cozens et al.*, Crime and the Design, S. 136, 157 f.; *Kube*, Städtebau, Wohnhausarchitektur, S. 59.

²⁴⁹ *Oberwittler/Köllisch*, Jugendkriminalität in Stadt und Land, S. 135, 144.

Der Begriff soziale Schichtung bezeichnet die vertikale Gliederung einer Gesellschaft, die über ungleiche Mengen an Ressourcen verfügen, ungleiche Lebenschancen besitzen und einen ungleich großen gesellschaftlichen Einfluss haben.²⁵⁰ In den verschiedenen Schichten gibt es Unterschiede in der Art der Sozialisation von Kindern, da diese auf schichtspezifischen Wertvorstellungen beruhen.²⁵¹ Eine Untersuchung des Soziologen Melvin Kohn belegt, dass Menschen konstant an ihren schichtabhängigen Werten²⁵² festhalten und diese an ihre Kinder weitergeben. Insbesondere ältere Untersuchungen verwenden den Begriff der Schicht, um die unterschiedlichen Lebenschancen zu verdeutlichen. Diese Begrifflichkeit wird in jüngster Zeit oftmals durch Milieu- und Lebensstile ersetzt (vgl. 2.3.2.4).

Eine häufig genannte Hypothese ist, dass Angehörige unterer sozialer Schichten stärker zu kriminellen Verhalten neigen. Dieser Zusammenhang beruht auf den Gedanken der Anomietheorie von Merton, der Chancenstrukturtheorie von Cloward oder auch der Subkulturtheorien, die postulieren, dass es Angehörigen unterer sozialer Schichten schwerer fällt, ihre Ansprüche mit legitimen Mitteln zu erfüllen, sodass sie eine größerer Bereitschaft besitzen, diese Ziele durch illegitime Mittel zu erreichen. Es wird also eine finanziell angespannte Situation vorausgesetzt. Nicht berücksichtigt wird dabei die Möglichkeit, dass Unterschichtsziele nicht mit Mittelschichtszielen übereinstimmen müssen. Ob ein Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und delinquentem Verhalten besteht, ist bis heute nicht einheitlich geklärt.²⁵³

So bestätigen Rushing sowie Mehlkop und Becker die Annahmen der Anomietheorie, dass mit sinkenden Möglichkeiten der Zielerreichung abweichendes Verhalten steigt.²⁵⁴ Andere Untersuchungen und Dunkelfeldstudien stellten dagegen zwar eine erhöhte Registrierung von Jugendlichen mit Unterschichtsmerkmalen als Tatverdächtige fest, konnten aber keinen Zusammenhang zwischen Delinquenz und Schichtzugehörigkeit nachweisen.²⁵⁵ Sie nehmen vielmehr an, dass die schichtspezifische Ungleichverteilung der Kriminalität das Ergebnis eines komplexen Selekti-

²⁵⁰ Berger, Klassenstruktur und soziale Schichtung, S. 223, 224; Reiterer, Moderne Gesellschaften, S. 138.

²⁵¹ Geulen, Sozialisation, S. 123, 132.

²⁵² Kohn/Schoenbach, Class, Stratification, and Psychological Function, S. 154, 180 ff.; Kohn, Unresolved Interpretive Issues, S. 296, 309: Arbeitereltern legen danach mehr Wert auf Disziplin, Manieren, Sauberkeit, Ehrlichkeit, Gehorsam, Mittelschichteltern dagegen mehr auf Rücksichtnahme, Interesse am Wie und Warum der Dinge, Verantwortung und Selbstkontrolle.

²⁵³ Geißler, Soziale Schichtung und Kriminalität, S. 138; Hindelang et al., Correlates of Delinquency, S. 995, 1002; Weede, Mensch und Gesellschaft, S. 45; Loll, Prognose der Jugendkriminalität, S. 40; Feltes, Jugendkriminalität und Schule, S. 96, 97; Kaiser, Jugendkriminalität, S. 113, 116, 153; Tittle/Meier, Specifying the SES, S. 271.

²⁵⁴ Rushing, Class, Culture, S. 857, 864; Mehlkop/Becker, Soziale Schichtung und Delinquenz, S. 95, 115 ff.: untersucht für Ladendiebstahl und Steuerhinterziehung.

²⁵⁵ Feltes, Jugendkriminalität und Schule, S. 96, 98; Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 314; Short/Nye, Erfragtes Verhalten, S. 60, 62 ff.; Albrecht/Howe, Soziale Schicht und Delinquenz, S. 697, 713 ff., 717.

onsprozesses ist, der u.a. aus der informellen und formellen sozialen Kontrolle resultiert.²⁵⁶ Auch Wetzels kommt zu dem Ergebnis, dass die soziale Lage von nachrangiger Bedeutung für gewaltkriminelles Verhalten ist.²⁵⁷ Dunkelfeldstudien lassen dennoch den Schluss zu, dass Klein- und Gelegenheitskriminalität in allen Schichten etwa gleich häufig vorkommen, während in den unteren Schichten schwerwiegende Straftaten, insbesondere Gewaltdelikte, häufiger begangen werden als in den anderen Schichten.²⁵⁸

Die Annahme, delinquente Jugendliche stammen überwiegend aus der Unterschicht, dürfte nicht zutreffend sein, da selbst im ungünstigsten sozialen Umfeld nur eine Minderheit der Jugendlichen auffällig wird.²⁵⁹ Vielmehr tritt Jugendkriminalität in allen sozialen Schichten auf.²⁶⁰ Insbesondere die Bereicherungskriminalität, die die Jugendkriminalität dominiert, ist in der Regel keine Notkriminalität und damit auch keine Begleiterscheinung von Armut.²⁶¹ Sie muss eher als Begehrlichkeitskriminalität²⁶² eingestuft werden, die schichtunabhängig begangen wird. Dennoch ist es für Jugendliche aus guten wirtschaftlichen Verhältnissen einfacher, nicht kriminell oder stigmatisiert zu werden, da diese bessere Verteidigungsmöglichkeiten haben und Strafverfolgungsbehörden ihnen gegenüber oftmals milder gestimmt sind. Hierbei handelt es sich um schichtspezifische Selektions- und Etikettierungsprozesse, die u.a. die niedrigen Bildungsabschlüsse vieler Inhaftierter erklären können.²⁶³

Diese Aussagen beziehen sich zwar auf Schichten, treffen aber auch auf die neueren Begriffe des Lebensstils und Milieus zu, denn der Begriff Lebensstil dient der besseren Erfassung des sozialen Wandels über die Zeit und betont die Schichtspezifität von Verhaltensweisen.

Raithel führte eine empirische Untersuchung zu dem Zusammenhang zwischen Lebensstilen und Delinquenz durch. Er konnte für die Gewaltdelinquenz und den Ladendiebstahl den stärksten Zusammenhang mit actionbezogenen Film- und Fernsehkonsum finden.²⁶⁴ Bei Sachbeschädigungen bestand der engste Zusammenhang mit kreativen Aktivitäten.²⁶⁵ Er differenziert vier Lebensstile: hochkultureller Lebensstil, selbstdarstellender Lebensstil, zurückhaltender Lebensstil und hedonisti-

²⁵⁶ *Albrecht/Howe*, Soziale Schicht und Delinquenz, S. 697, 699; *Hradil*, Soziale Ungleichheit in Deutschland, S. 480, 483; *Feltes*, Aussagewert der polizeilichen Aufklärungsquote, S. 36, 38.

²⁵⁷ *Wetzels et al.*, Jugend und Gewalt, S. 212 ff.

²⁵⁸ *Albrecht/Howe*, Soziale Schicht und Delinquenz, S. 697 ff.; *Kaiser*, Kriminologie, S. 207; *Stark*, Deviant Places, S. 893 ff.; *Baier/Wetzels*, Freizeitverhalten, S. 69, 78.

²⁵⁹ *Tittle/Meier*, Specifying the SES, S. 271, 293.

²⁶⁰ *Shoemaker*, Theories of Delinquency, S. 3.

²⁶¹ *Hellmer*, Jugendkriminalität, S. 83.

²⁶² *Hellmer*, Jugendkriminalität, S. 83.

²⁶³ *Hradil*, Soziale Ungleichheit in Deutschland, S. 480; *Geißler*, Kein Abschied von Klasse und Schicht, S. 319, 330 f.; *Albrecht/Howe*, Soziale Schicht und Delinquenz, S. 697, 698.

²⁶⁴ *Raithel*, Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, S. 178, 184 f.

²⁶⁵ *Raithel*, Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, S. 178, 185.

scher Lebensstil²⁶⁶. Letzterer erwies sich als der insgesamt kriminalitätsbelastetste²⁶⁷, der hochkulturelle Lebensstil als der am wenigsten belastete.²⁶⁸

Heitmeyer et al. untersuchten die Ursachenzusammenhänge für gewalttätiges Verhalten Jugendlicher und konnten eine Differenzierung der gewaltbedingenden Einflüsse an verschiedene Milieus knüpfen.²⁶⁹ Dabei unterschieden sie zum einen vier gewaltaffine Einstellungen: die machiavellistische, die autoritaristische, die Law and Order Position sowie die Einstellung, dass Gewalt normal ist und zum anderen neun soziale Milieus, um Gewaltkriminalität zu erklären.²⁷⁰ Sie kamen zu dem Ergebnis, dass Einflussfaktoren für Gewaltverhalten milieuspezifisch, aber auch milieuspezifisch variieren. Ursachen für gewalttätiges Handeln resultieren demnach sowohl aus milieuübergreifenden als auch in dem Milieu selbst angelegten Faktoren und beruhen auch auf der Ungleichheit zwischen und innerhalb der Milieus.²⁷¹

Branger und Liechti untersuchten das Freizeitverhalten Jugendlicher als Dimension des Lebensstils und kamen zu dem Ergebnis, dass action-orientiertes Freizeitverhalten stark mit Gewaltdelinquenz für beide Geschlechter verbunden ist.²⁷² Auch die Untersuchung von Göppinger kam zu dem Ergebnis, dass die Lebensstile von Inhaftierten durch Defizite im Leistungsbereich gekennzeichnet sind, beispielsweise durch die Ausweitung der Freizeit zulasten des Leistungsbereichs oder auch unstrukturiertes Freizeitverhalten.²⁷³

Einer Lebensstiluntersuchung von Friedrich und Blasius zufolge ist das Ausmaß der Tolerierung devianter Verhaltensweisen umso höher, je stärker ein Gebiet benachteiligt ist.²⁷⁴

Auch die Nationalität ist kein kriminogener Faktor. Vielmehr kann eine nationenunabhängige Kombination von schlechter sozialer Lage, geringen Aufstiegsmöglichkeiten bei einer gleichzeitig steigenden Erwartungshaltung den Ausschlag zu kriminellen Handlungen geben.²⁷⁵

²⁶⁶ Raithel, Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, S. 178, 188 f.

²⁶⁷ Raithel, Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, S. 178, 190; Heitmeyer et al., Gewalt, S. 232.

²⁶⁸ Raithel, Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, S. 178, 190; Ulbrich-Herrmann, Lebensstile Jugendlicher und Gewalt, S. 154 f.

²⁶⁹ Heitmeyer et al., Gewalt in sozialen Milieus, S. 145 ff.; ähnlich auch Ulbrich-Herrmann, Lebensstile Jugendlicher und Gewalt, S. 124 ff., der sechs Lebensstile differenzierte.

²⁷⁰ Heitmeyer et al., Gewalt, S. 127 ff., 189 ff.

²⁷¹ Heitmeyer et al., Gewalt in sozialen Milieus, S. 145, 164 f.

²⁷² Branger/Liechti, Jugendgewalt und Freizeit, S. 69, 88.

²⁷³ Göppinger, Der Täter in seinen sozialen Bezügen, 185 ff.; so auch Bock, Die Methode der idealtypisch-vergleichenden Einzelfallsanalyse, S. 1, 24.

²⁷⁴ Friedrichs/Blasius, Leben in benachteiligten Wohngebieten, S. 185.

²⁷⁵ Eisner, Das Ende der sozialen Stadt?, S. 211.

2.4.2 Familie

Der Familie wird im Zusammenhang mit der Erklärung von Jugendkriminalität große Bedeutung beigemessen, denn sie ist die erste soziale Umwelt, mit der ein Kind konfrontiert ist.²⁷⁶ Auch wenn in der heutigen Gesellschaft verschiedene Institutionen Funktionen der Sozialisation übernehmen, ist die Familie immer noch die primäre Sozialisationsinstanz.²⁷⁷ Die kindliche Sozialisation beruht auf einem komplexen Zusammenspiel verschiedener Gegebenheiten, wie der familiären Umwelt, der Beziehung der Familienmitglieder zueinander oder der Stellung innerhalb der Geschwister.²⁷⁸ Der Begriff Sozialisation beschreibt den Vorgang, in dem die menschliche Persönlichkeit herausgebildet wird und sich das Kind die Kultur, Normen und Werte der umgebenden Gesellschaft aneignet.²⁷⁹

Eltern übernehmen drei bedeutsame Funktionen: Sie geben die sozial gebilligten Werte an die Kinder weiter als sog. Normentransfer,²⁸⁰ sie dienen als Vorbild, mit denen sich Kinder identifizieren und an denen sie sich orientieren können²⁸¹ und haben drittens eine Platzierungsfunktion, indem sie ihre Nachkommen mit der eigenen sozialen Rolle bekannt machen und die Kinder in bestimmte Kreise und Institutionen einführen.²⁸² In der Familie lernt und internalisiert das Kind soziale Fähigkeiten (wie z.B. Frustrationstoleranz, Selbstbeherrschung, Arbeitsdisziplin oder Empathie) sowie Wertvorstellungen.²⁸³ Die Familie hat deshalb einen nachhaltigen und prägenden Einfluss auf das Kind und bestimmt durch ihre Sozialisationsleistung die weitere Entwicklung. Mit steigendem Alter des Kindes nimmt der Einfluss der Familie ab. Spätere Delinquenz soll zu einem hohen Ausmaß Folge einer durch die elterliche Erziehung erworbene Persönlichkeitsstruktur sein.²⁸⁴

Es können verschiedene Aspekte von Störungen in der Familie unterschieden werden, die Defizite in der Erziehung verursachen können. Als Risikofaktoren für die emotionale und soziale Entwicklung von Kindern wurden u.a. kriminelle Eltern, Familiengröße, Erziehungsstile, elterliche Gewalt oder Scheidung empirisch untersucht.²⁸⁵ Kriminelles Verhalten wird somit zum Ausdruck von persönlichen und sozialen Problemen.

²⁷⁶ *Yablonsky*, Juvenile Delinquency, S. 303; *Loll*, Prognose der Jugendkriminalität von Deutschen und Ausländern, S. 43; *Kury*, Die Bedeutung der familialen Sozialisation, S. 147; *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 97.

²⁷⁷ *Geulen*, Sozialisation, S. 123, 135; *Peuckert*, Familienformen im sozialen Wandel, S. 28 ff.; *Kreppner*, Sozialisation, S. 321, 322.

²⁷⁸ *Geulen*, Sozialisation, S. 123, 135.

²⁷⁹ *Andorka*, Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse, S. 445.

²⁸⁰ *Fuchs et al.*, Gewalt an Schulen, S. 36; *Kaiser*, Jugendkriminalität, S. 159.

²⁸¹ *Schwind*, Kriminologie, S. 191.

²⁸² *Schwind*, Kriminologie, S. 191.

²⁸³ *Abels*, Jugend vor der Moderne, S. 278; *Schwind*, Kriminologie, S. 191.

²⁸⁴ *Seitz*, Familiäre Erziehung und Delinquenz, S. 50.

²⁸⁵ *Farrington*, Crime and the Family, S. 1.

Strukturell unvollständige Familien („Broken Homes“) können auch eine kriminalitätsfördernde Wirkung entfalten. Regelmäßig müssen aber weitere ungünstige Faktoren hinzutreten, sodass erst die Summierung der negativen Faktoren für die Entstehung des abweichenden Verhaltens verantwortlich gemacht werden kann. Auch ist nicht allein eine Scheidung für kindliche Sozialisationsdefizite ursächlich. Die vorausgehenden Streitigkeiten der Eltern und die dahinter liegenden Probleme spielen hierbei eine viel größere Rolle. Schon früh wurde festgestellt, dass eine Scheidung der Eltern weder zu größeren Schwierigkeiten in den Eltern-Kind-Beziehungen führen, noch das Glück der Familienmitglieder beeinträchtigen muss.²⁸⁶ Eine von Nye im Jahr 1957 durchgeführte Studie belegt, dass Kinder aus unglücklichen aber nach außen hin intakten Familien einen höheren Grad delinquenten Verhaltens zeigten und auch größere Schwierigkeiten für die Eltern-Kind-Anpassung bestanden als bei Kindern, die aus durch Scheidung unvollständigen Familien kamen.²⁸⁷ Ältere empirische Befunde zeigen, dass registrierte Tatverdächtige häufiger in strukturell unvollständigen Familien aufwachsen.²⁸⁸

Als kriminogene Faktoren gelten auch Störungen des familiären Klimas, sog. funktional unvollständigen Familien.²⁸⁹ Fehlentwicklungen können insbesondere durch eine emotionale Unterversorgung der Kleinkinder entstehen.²⁹⁰ Diesen Kindern kann die Erfahrung von Halt und Geborgenheit fehlen, die Voraussetzung für die Identitätsentwicklung ist, was mit ursächlich sein kann für späteres kriminelles Verhalten. Funktionale familiäre Störungen sind beispielsweise die mangelhafte Kontrolle der Eltern über ihre Kinder oder die elterliche Ablehnung. Als eine der wichtigsten Ursachen von jugendlicher Delinquenz wurde die mangelnde bzw. fehlerhafte familiäre Sozialisation festgestellt.²⁹¹ Als familiäre Risikofaktoren gelten insbesondere der häufige Wechsel von Bezugspersonen, zu wenig Zuwendung oder sogar Ablehnung durch die Eltern, mangelndes Interesse am Kind sowie negative Vorbilder der Eltern beispielsweise bezüglich Aggressivität oder der Normeinhaltung.²⁹² So verhalten sich Jugendliche, die sich im Elternhaus nicht akzeptiert fühlen und keine gute

²⁸⁶ *Short/Nye*, Erfragtes Verhalten als Indikator für abweichendes Verhalten, S. 60, 66; *Wetzels et al.*, Jugend und Gewalt, S. 250 f.; anders: *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 98 ff., die ungünstige Langzeitfolgen ausmachen.

²⁸⁷ *Short/Nye*, Erfragtes Verhalten als Indikator für abweichendes Verhalten, S. 60, 66; so auch *Tillmann et al.*, Schülergewalt als Schulproblem, S. 37; *Pfeiffer et al.*, Innerfamiliäre Gewalt, S. 23 f.

²⁸⁸ *Göppinger*, Kriminologie, S. 259; *Kaiser*, Jugendkriminalität, S. 160; *Frehsee*, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 292.

²⁸⁹ *Lukáts et al.*, Voraussetzungen und vorläufige Ergebnisse, S. 28, 29; *Hellmer*, Jugendkriminalität, S. 79 f.

²⁹⁰ *Schwind*, Kriminologie, S. 193; *Kury*, Die Bedeutung der familialen Sozialisation, S. 147, 151.

²⁹¹ *Mansel/Hurrelmann*, Aggressives und delinquentes Verhalten, S. 78, 99 ff.; *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 315 ff.; *Simons et al.*, A Cross-Cultural Examination, S. 47, 48; *Pfeiffer et al.*, Innerfamiliäre Gewalt, S. 6; *Smith/Thornberry*, The relationship between, S. 451, 463 ff.; *Zingraff et al.*, Child Maltreatment, S. 173; *Lansford et al.*, Early Physical Abuse, S. 233.

²⁹² *Raithel/Mansel*, Delinquenzbegünstigende Bedingungen, S. 25, 26; *Raithel*, Erziehungserfahrungen, S. 590, 591.

Beziehung zu ihren Eltern haben, häufiger aggressiv.²⁹³ Diese familiären Probleme führen oftmals zu außerhäusigen Freizeitaktivitäten und begünstigen auch den Anschluss an Peer-Groups.

Es wurde bereits empirisch nachgewiesen, dass der elterliche Erziehungsstil, insbesondere ein verwöhnender, übermäßig restriktiver, inkonsequenter oder gewalttätiger ein kriminogener Faktor sein kann.²⁹⁴ Dabei ist zu berücksichtigen, dass elterliches Erziehungsverhalten schichtabhängig ist.²⁹⁵ Neben dem Erziehungsstil ist das Beaufsichtigungs- und Überwachungsverhalten der Eltern eines der wichtigsten Faktoren für konformes bzw. nonkonformes Verhalten.²⁹⁶

Nicht empirisch nachgewiesen sind Einflüsse der Geschwisterzahl oder der Berufstätigkeit der Mutter.²⁹⁷

Zahlreiche empirische Untersuchungen wurden zu den Zusammenhängen zwischen Jugendkriminalität und innerfamiliärer Gewalterfahrungen in der Kindheit durchgeführt. Diese stellen einen erheblichen Risikofaktor für die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung dar, der sich häufig in einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Gewalttätigkeit im Jugendalter niederschlägt.²⁹⁸ So führen innerfamiliäre Gewalterfahrungen in der Kindheit, insbesondere wenn sich diese bis ins Jugendalter ausdehnen, zu einer deutlichen Erhöhung auch der selbstberichteten Delinquenz im Dunkelfeld.²⁹⁹ Bei familiärer Gewalt besteht die Tendenz der Jugendlichen darin, diese zu befürworten und als legitime Möglichkeit zur Durchsetzung eigener Ziele zu erlernen.³⁰⁰ Jugendliche mit familiären Gewalterfahrungen neigen dazu, Situation öfter als bedrohlich zu interpretieren und darauf auch aggressiv zu reagieren.³⁰¹ Ihnen fehlt oftmals die Fähigkeit, Konflikte zu akzeptieren und konstruktiv zu lösen.

²⁹³ *Mansel/Hurrelmann*, Aggressives und delinquentes Verhalten, S. 78, 101.

²⁹⁴ *Thomas et al.*, Familie und Delinquenz, S. 130, 324; *Raithel/Mansel*, Delinquenzbegünstigende Bedingungen, S. 25, 26; *Raithel*, Erfahrungserfahrungen, S. 590, 591; *Mansel/Hurrelmann*, Außen- und innengerichtete Formen der Problemverarbeitung, S. 147, 172 ff.; *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 315 ff.; *Prein/Seus*, Müßiggang, S. 43, 53; *Kury*, Die Bedeutung der familialen Sozialisation, S. 147, 153; *Farrington*, Crime and the Family, S. 1.

²⁹⁵ *Kury*, Die Bedeutung der familialen Sozialisation, S. 147, 154; *Petts*, Family and Religious Characteristics, S. 467.

²⁹⁶ *Thomas et al.*, Familie und Delinquenz, S. 130, 317, 324: Sie bestätigten damit die Kontrolltheorie von Sampson und Laub; *Prein/Seus*, Müßiggang, S. 43, 55; *Tillmann et al.*, Schülergewalt als Schulproblem, S. 38; *Baier et al.*, Sicherheit und Kriminalität, S. 71; *Petts*, Family and Religious Characteristics, S. 467; *Oberwittler*, Stadtstruktur, S. 135, 164.

²⁹⁷ *Kury*, Die Bedeutung der familialen Sozialisation, S. 147, 154 f.

²⁹⁸ *Wolfe*, Child Abuse, S. 70 f.; *Wetzels et al.*, Jugend und Gewalt, S. 55; *Wittich et al.*, Wenn zwei das gleiche berichten, S. 90 ff.; *Baier et al.*, Sicherheit und Kriminalität, S. 71; *Alfaro*, Report on the relationship, S. 175, 188 ff.; *Kaufman/Widom*, Childhood Victimization, S. 347, 348; *Lansford et al.*, Early Physical Abuse, S. 233; *Zingraff et al.*, Child Maltreatment, S. 173; *Pfeiffer et al.*, Innerfamiliäre Gewalt, S. 6.

²⁹⁹ *Wetzels/Enzmann*, Die Bedeutung der Zugehörigkeit zu devianten Cliquen, S. 116.

³⁰⁰ *Fuchs et al.*, Gewalt an Schulen, S. 39; *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 180 ff.; *Yexley et al.*, Correlation Between different Experiences, S. 707, 416; *Simons et al.*, A Cross-Cultural Examination, S. 47, 48; *Pfeiffer et al.*, Innerfamiliäre Gewalt, S. 4.

³⁰¹ *Zimmermann et al.*, Bindungsentwicklung, S. 329; *Pfeiffer et al.*, Innerfamiliäre Gewalt, S. 6.

Hierdurch erhöht sich die Gefahr von gewaltsamem Verhalten. Gewaltbereitschaft ist also zumindest teilweise im Sozialisationsprozess erlerntes Verhalten.³⁰²

Mansel/Hurrelmann³⁰³ und die Dresdener Forschungsgruppe Schulevaluation kommen zu dem Ergebnis, dass die familiäre Sozialisation – insbesondere ein inkonsequenter Erziehungsstil – maßgeblicher Auslöser für Gewalt ist. Langner/Sturzbrecher³⁰⁴ kommen zu ähnlichen Erkenntnissen: Neben Gewalterfahrungen stellt die emotionale Vernachlässigung einen wichtigen Erklärungsansatz dar.

Elterliche Gewalt hängt oftmals mit der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Lebenssituation zusammen.³⁰⁵ So wurden höhere Gewaltraten in statusniedrigeren Elternhäusern gefunden, die sozial benachteiligt sind und in einer finanziell angespannten Situation leben.³⁰⁶ Smith und Thornberry stellten in ihrer Untersuchung fest, in Familien der Unterschicht 20% der Kinder misshandelt werden. Nur 3,2% davon lebten bei beiden Eltern.³⁰⁷

Dennoch müssen Kinder mit schlechten familiären Erfahrungen nicht zwangsläufig delinquent werden. Sie können vielmehr durch die Herstellung einer positiven Bindung an die Gesellschaft und der damit verbundenen stärkeren informellen sozialen Kontrolle eine delinquente Karriere vermeiden.³⁰⁸ Elterliche Gewalt kann zu zahlreichen sozialen und psychischen Problemen führen, Kriminalität ist also nur eine mögliche Reaktion dieser Kinder.³⁰⁹

Vowell und Wells stellten fest, dass eine gute familiäre Beziehung wichtig für die jugendliche Selbstkontrolle ist, in sozial desorganisierten Gebieten jedoch eine niedrigere familiäre Bindung vorherrscht.³¹⁰

Wetzels fand heraus, dass Eltern mit einem niedrigen Bildungsniveau häufiger arbeitslos sind und sich dies auf die Schulbildung der Kinder auswirkt. In München war beispielsweise die elterliche Arbeitslosigkeit bei Hauptschülern fast doppelt so hoch wie bei Gymnasiasten.³¹¹

³⁰² Posner, Die Täterbefragung im Kontext, S. 157, 176; Pfeiffer/Wetzels, The structure and development of juvenile violence in Germany, S. 12; Yablonsky, Juvenile Delinquency, S. 127; Wetzels et al., Jugend und Gewalt, S. 54 f.

³⁰³ Mansel/Hurrelmann, Aggressives und delinquentes Verhalten, S. 78, 99 ff.; Mansel/Hurrelmann, Außen- und innengerichtete Formen der Problemverarbeitung, S. 147, 172 ff.

³⁰⁴ Langner/Sturzbrecher, Aufklatschen, S. 170, 176 ff.

³⁰⁵ Baier et al., Jugendliche in Deutschland, S. 55; Pfeiffer/Baier, Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, S. 194, 195.

³⁰⁶ Wetzels et al., Jugend und Gewalt, S. 235 f.; Fuchs et al., Gewalt an Schulen, S. 37; Wilmers et al., Jugendliche in Deutschland, S. 67; Tillmann et al., Schüलगewalt als Schulproblem, S. 165; Pfeiffer et al., Innerfamiliäre Gewalt, S. 11, 13; Wetzels, Gewalterfahrungen in der Kindheit, S. 171, 223.

³⁰⁷ Smith/Thornberry, Child maltreatment and delinquency, S. 451, 461 f.

³⁰⁸ Dölling, Grundstrukturen der Jugenddelinquenz, S. 155, 158; Thomas et al., Familie und Delinquenz, S. 130, 312; Pfeiffer et al., Innerfamiliäre Gewalt, S. 5 f.

³⁰⁹ Zingraff et al., Child Maltreatment, S. 174; Lansford et al., Early Physical Abuse, S. 233, 235.

³¹⁰ Vowell/Wells, Some effects of family, S. 10.

³¹¹ Wetzels et al., Jugend und Gewalt, S. 91.

2.4.3 Peer-Groups und Freizeitgestaltung

Jugendliche durchlaufen eine Entwicklungsphase, in der sie zur Bildung von sog. Peer-Groups (gleichaltrigen Gruppen) neigen.

Die Jugendforschung ermittelte, dass mit zunehmendem Alter und Nachlassen des Einflusses von Elternhaus oder Schule die Bedeutung des Freundeskreises immer weiter zunimmt.³¹² Diese sozialen Netzwerke geben den Jugendlichen emotionalen Rückhalt und vermitteln gleichzeitig die Möglichkeit – im Unterschied zu Familie oder Schule – Erfahrungen in gleichberechtigten und sozial gleichgestellten Beziehungen zu sammeln.³¹³ Hier können sie Anerkennung und Respekt unabhängig von Erwachsenen erreichen.³¹⁴ Während dieser Entwicklungsphase sind Jugendliche auf der Suche nach der eigenen Identität. Dabei orientieren sie sich oftmals an den Normen und Verhaltensweisen ihrer Bezugsgruppe. Peer-Groups können deshalb auf die Herausbildung und Festigung von Normen, Einstellungen und Verhaltens-tendenzen maßgeblichen Einfluss nehmen.³¹⁵ Die Gruppenzugehörigkeit schafft und sichert damit die soziale Identität.³¹⁶

Der Jugendstudie der Shell-AG zufolge bleiben Jugendliche den elterlichen Werten gegenüber aufgeschlossen – auch wenn sie in der Pubertät mit den Erwartungen ihrer Eltern in Konflikt geraten – wenn sie die Grenzen des Erlaubten austesten und innerhalb der Peer-Groups eigene Normen und Werte entwickeln.³¹⁷ Die Beeinflussungsmöglichkeiten der Peer-Group hängen maßgeblich von dem sozialen Umfeld des Jugendlichen ab, also seiner familiären, nachbarschaftlichen oder schulischen Einbindung.³¹⁸ Ist der Jugendliche in ein emotionales Unterstützungsverhältnis eingebunden, so hat der Freundeskreis eine vermittelnde und unterstützende Funktion, in der kriminelles Verhalten eine vorübergehende Phase sein kann. Fehlt jedoch die elterliche Unterstützung besteht die Möglichkeit, dass die Freunde zur maßgeblichen Bezugsgruppe werden. Eine soziale Konstellation, die zur Delinquenz führen kann.³¹⁹

Es besteht die Gefahr der Bildung eines delinquenzbegünstigenden Umfelds, da Jugendliche Delikte meist gemeinschaftlich begehen.³²⁰ Untersuchungen zeigen,

³¹² *Schwind*, Kriminologie, S. 268; *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 92 f.; *Rabold et al.*, Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover, S. 69; *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 53 f., 64 f.; *Kreppner*, Sozialisation, S. 321, 327.

³¹³ *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 150; *Walter*, Jugendkriminalität, S. 155.

³¹⁴ *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 93.

³¹⁵ *Baier/Wetzels*, Freizeitverhalten, S. 69, 72; *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 92.

³¹⁶ *Dollinger/Raithel*, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 96.

³¹⁷ *Fuchs-Heinritz*, Zukunftsorientierungen, S. 23, 35.

³¹⁸ *Engel/Hurrelmann*, Was Jugendliche wagen, S. 12.

³¹⁹ *Kühnel*, Die Bedeutung von sozialen Netzwerken, S. 122, 133 f.

³²⁰ *Fuchs et al.*, Gewalt an Schulen, S. 42; *Kühnel*, Die Bedeutung von sozialen Netzwerken, S. 122; *Wetzels/Enzmann*, Die Bedeutung der Zugehörigkeit zu devianten Cliques, S. 116, 121 ff.

dass die Einbindung in einen devianten Freundeskreis mit der Akzeptanz delinquenzbefürwortender Einstellungen verbunden ist und zu einer Erhöhung von jugenddelinquentem Verhalten führt.³²¹ Freunde haben einen großen Einfluss und je höher die Zahl der delinquenten Freunde ist, desto wahrscheinlicher ist delinquentes Verhalten.³²² Für Jugendliche ist dabei oftmals das Bedürfnis nach Selbstbestätigung und Kommunikation wichtiger, als die kriminelle Absicht.³²³

Zahlreiche empirische Studien zu den Auswirkungen von Freundesgruppen auf delinquentes Verhalten bestätigten, dass Jugendliche aus devianten Peer-Groups die mit Abstand höchste Ausprägung gewaltbefürwortender Einstellung zeigten.³²⁴ Peer-Groups haben damit einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung und Ausübung delinquenten Verhaltens. Dagegen konnten Plate et al. in Solingen keine gesteigerte Tendenz Jugendlicher zur gemeinschaftlichen Tatbegehung mit Gleichaltrigen nachweisen – mit Ausnahme von Raub und gefährlicher Körperverletzung.³²⁵ Auch in der Bremer Längsschnittstudie hatten Peer-Groups keine durchgehend delinquenzfördernde Wirkung.³²⁶ Studien zeigen, dass die Freundesgruppe nicht nur verschärfende, sondern auch abfedernde Funktion übernehmen kann.³²⁷

Der Einfluss der Freundesclique auf delinquente Verhaltensweisen kann durch die Theorie des differenziellen Lernens erklärt werden, der die Annahme zu Grunde liegt, dass abweichendes Verhalten in Interaktion erlernt wird.³²⁸

In der Regel spielen bei der Wahl der Freundesgruppe Gemeinsamkeiten hinsichtlich des Schulbesuchs oder des Wohnortes die wichtigste Rolle. Daher werden Freunde regelmäßig aus der gleichen Altersgruppe, der gleichen sozialen Schicht und ethnischen Gruppe gewählt.³²⁹ Ein Risiko besteht dann, wenn sich Jugendliche aus einem gestörten familiären Umfeld einer delinquenten Peer-Group anschließen,

³²¹ Tillmann et al., Schülergewalt als Schulproblem, S. 39 f.; Prein/Seus, Müßiggang, S. 43, 53; Elliott, Serious violent offenders, S. 1, 16; Engel/Hurrelmann, Was Jugendliche wagen, S. 98; Rabold et al., Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover, S. 69; Baier/Wetzels, Freizeitverhalten, S. 69, 70; Schumann (2006), Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz, S. 43, 56 f.; Giordano et al., Friendships and Delinquency, S. 1170 ff.; Agnew/White, An empirical Test of General Strain Theory, S. 475, 478 f.

³²² Baier et al., Kinder und Jugendliche in Deutschland, S. 81; Opp, Zur Erklärung delinquenten Verhaltens, S. 128; Oberwittler, Soziale Probleme, S. 403, 409.

³²³ Hellmer, Jugendkriminalität, S. 17.

³²⁴ Wetzels et al., Jugend und Gewalt, S. 268 f.; Heitmeyer et al., Gewalt, S. 352, 355; Thornberry et al., Delinquent Peers, S. 47, 53; Baier et al., Kinder und Jugendliche in Deutschland, S. 163.

³²⁵ Plate et al., Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 55 f.: Danach handelte knapp die Hälfte allein. Mit zunehmendem Alter stieg die Zahl der Alleinhandelnden, so auch Elliott, Serious Violent Offenders, S. 1, 16; anders: Baier et al., Kinder und Jugendliche in Deutschland, S. 163.

³²⁶ Schumann et al., Lebensverlauf und Delinquenz, S. 1109, 1125.

³²⁷ Engel/Hurrelmann, Was Jugendliche wagen, S. 12.

³²⁸ Dollinger/Raithel, Einführung in die Theorien abweichenden Verhaltens, S. 44; Meier, Aggression und Gewalt in der Schule, S. 60.

³²⁹ Oberwittler, Jugendkriminalität in sozialen Kontexten, S. 213; Geulen, Sozialisation, S. 123, 137; IMK 2008, S. 17; anders: Heitmeyer et al., Gewalt, S. 351.

um dadurch Wertschätzung und Anerkennung zu erhalten.³³⁰ Es muss deshalb auch der Zusammenhang zwischen familiärer Situation und Peer-Group berücksichtigt werden, da Jugendliche sich eher solchen Freundesgruppen anschließen, deren Haltung mit den Überzeugungen der Eltern übereinstimmen.³³¹ Wenn Jugendliche aus gewaltbelasteten Familien eher zu Gleichaltrigengruppen tendieren, die ihrerseits Gewalt favorisieren, kann eine Potenzierung der Risikolage stattfinden.³³² Es ist allerdings umstritten, ob sich Jugendliche mit einer gesteigerten Neigung zu delinquentem Verhalten aktiv entsprechenden Gruppen anschließen (Selektionsthese) oder ob die Gruppe den ursächlichen Einfluss auf die Begehung krimineller Handlungen ausübt (Ermöglichungsthese).³³³

Peer-Groups können aber nicht nur Kriminalität fördern können, sondern im Gegenteil auch normkonformes Verhalten. Entscheidend ist insofern, mit welcher Art der Gruppierung der Jugendliche Kontakt hat sowie welche Freizeitgestaltung er favorisiert, denn während der Freizeit begehen Jugendliche die meisten Delikte.³³⁴ Diese kann als „relativ frei verfügbarer Zeitraum außerhalb der Arbeitszeit“ definiert werden.³³⁵ Die Sozialisation des Jugendlichen wird also einerseits geprägt von seinem Freizeitverhalten, andererseits wirken sich die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die kulturellen Interessen sowie die individuelle Entwicklung auf die Gestaltung dieses Freiraums aus.

Verschiedene Untersuchungen thematisieren den Zusammenhang zwischen Kriminalität und Freizeitgestaltung und belegen, dass das Verbringen der Freizeit an risikobehafteten Orten wie Diskotheken, Bars oder Einkaufszentren die Wahrscheinlichkeit der Delinquenz erhöhen kann.³³⁶ Eine Schülerbefragung ermittelte, dass gruppenorientierter Freizeitstil mit Tätigkeiten wie „auf Partys gehen“ oder „abhängen“ kriminalitätsfördernd wirken kann.³³⁷ Andere Untersuchungen ermittelten, dass

³³⁰ Dollinger/Raithel, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 93.

³³¹ Fuchs et al., Gewalt an Schulen, S. 39; Wetzels et al., Jugend und Gewalt, S. 273 f., 276; Raithel, Erziehungserfahrungen, Wertorientierungen und Delinquenz Jugendlicher, S. 590, 599; Dollinger/Raithel, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 93; Wetzels/Enzmann, Die Bedeutung der Zugehörigkeit zu devianten Cliques, S. 116, 124, 127 ff.

³³² Raithel, Erziehungserfahrungen, Wertorientierungen und Delinquenz Jugendlicher, S. 590, 599; Wetzels et al., Jugend und Gewalt, S. 276 ff.; Pfeiffer/Wetzels, The structure and development of juvenile violence in Germany, S. 22.

³³³ Baier et al., Sicherheit und Kriminalität, S. 70; Dollinger/Raithel, Theorien abweichenden Verhaltens, S. 97; Baier/Wetzels, Freizeitverhalten, S. 69, 84 f.; Kombinationsmodell von Thornberry et al., Delinquent Peers, S. 47, 74; Lösel/Bliesener, Aggression und Delinquenz S. 15.

³³⁴ Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 356; Hellmer, Jugendkriminalität, S. 97; Walter, Jugendkriminalität, S. 156; Lösel, Freizeitverhalten und Delinquenz, S. 74.

³³⁵ Müller-Schneider, Freizeit und Erholung, S. 227.

³³⁶ Baier et al., Sicherheit und Kriminalität, S. 57; Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 356 ff.; Baier et al., Kinder und Jugendliche in Deutschland, S. 165.

³³⁷ Boers et al., Wertorientierungen, S. 141, 145 ff.; so auch: Wüstendörfer et al., Freizeitaktivitäten von Jugendlichen, S. 133, 136 f.; Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 382; Baier et al., Kinder und Jugendliche in Deutschland, S. 165.

delinquente Jungen ihre Freizeit überwiegend mit Gleichaltrigen außerhalb der eigenen Familie verbringen. Sie sind organisierten Freizeitbeschäftigungen gegenüber abgeneigt und bevorzugen negative besetzte Aktivitäten wie „rumhängen“.³³⁸ So besteht bei Jugendlichen, die ihre Pflichten zu Gunsten ihrer Freizeit vernachlässigen, eine kriminelle Gefährdung.³³⁹ Das gleiche gilt für junge Menschen, deren Freizeit keine festen Bindungen aufweist, z.B. an ein zu Hause, an andere Einrichtungen oder Vereine. Hierdurch erhöht sich das Risiko einer spontanen und unstrukturierten Freizeitgestaltung, in der Jugendliche die Alltagsroutine durch das bewusste Begehen von Abenteuern durchbrechen.³⁴⁰

Freizeit kann als eine Dimension des Lebensstils verstanden werden. Lebensstiluntersuchungen zeigen, dass die Begehung krimineller Handlungen einerseits durch die action- und erlebnisorientierten Komponente und andererseits durch gruppendynamische Prozesse begründet sein kann.³⁴¹ Branger und Liechti eruierten als häufigste Antwort der Jugendlichen die Äußerungen „Nervenkitzel“, „Reiz des Verbotenen“, „der Langweile entfliehen“, „Actionsuche“ aber auch „respektiert werden“, „den Kollegen imponieren“, „Anerkennungssuche“, „Aufmerksamkeit gewinnen“, „cool sein“, „Mutprobe“ oder „Gruppendruck“.³⁴²

Außerhäusige Freizeitbeschäftigungen, die Kontakte mit anderen Jugendlichen voraussetzen, stehen bevorzugt im Zusammenhang mit Gewaltdelinquenz.³⁴³ Dagegen haben familienzentrierte, häusliche Freizeitaktivitäten einen nur geringen Zusammenhang mit Gewaltkriminalität.

Baier et al. ermittelten, dass mit steigender Bildung der Anteil der Schüler mit delinquenten Freunden deutlich sinkt.³⁴⁴

Die Zugehörigkeit zu einer Peer-Group allein kann nicht als Ursache für kriminelle Aktivitäten angesehen werden. Das Risiko steigt erst, wenn ein gestörtes familiäres Umfeld sowie abweichende Gruppennormen hinzukommen.³⁴⁵

³³⁸ *Villmow/Kaiser*, Empirisch gesicherte Erkenntnisse über Ursachen der Kriminalität, S. 37 f., 120 ff.; *Stephan*, Freizeitgestaltung und Jugendkriminalität, S. 74, 76; *Branger/Liechti*, Jugendgewalt und Freizeit, S. 69, 74; *Wüstendörfer* et al., Freizeitaktivitäten von Jugendlichen, S. 133 ff.; *Göppinger*, Der Täter in seinen sozialen Bezügen, S. 93 ff.; *Lux*, Jugendgerichtshilfestatistik, S. 15; *Butz* et al., Bedingungsfaktoren jugendlichen Problemverhaltens, S. 348 ff.

³³⁹ *Lösel*, Freizeitverhalten und Delinquenz, S. 74, 75; *Göppinger*, Der Täter in seinen sozialen Bezügen, S. 91 f.; *Göppinger*, Kriminologie, S. 293.

³⁴⁰ *Baier* et al., Sicherheit und Kriminalität, S. 60 ff.; *Glueck*, Jugendliche Rechtsbrecher, S. 82 ff.; *Kaiser*, Randalierende Jugend, S. 189, 191; *Mayerhofer*, Der Kraftfahrzeugdiebstahl, S. 22.

³⁴¹ *Raithel*, Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, S. 178, 184 ff.; *Branger/Liechti*, Jugendgewalt und Freizeit, S. 69, 80 ff.

³⁴² *Branger/Liechti*, Jugendgewalt und Freizeit, S. 69, 74 f.

³⁴³ *Branger/Liechti*, Jugendgewalt und Freizeit, S. 69, 88.

³⁴⁴ *Baier* et al., Sicherheit und Kriminalität, S. 71.

³⁴⁵ *Heitmeyer* et al., Gewalt, S. 23.

2.4.4 Jugendarbeitslosigkeit

Arbeitslos ist, wer ohne Erwerbstätigkeit ist, dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung steht und sich arbeitslos meldet.³⁴⁶ Unter Jugendarbeitslosigkeit werden Personen bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres subsumiert – so auch bei der Statistikstelle der Stadt Bonn.

Ein wichtiger Aspekt der Sozialisation ist die Eingliederung in die Gesellschaft, indem junge Erwachsene nach Abschluss der Ausbildung oder des Studiums eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Dies eröffnet die Möglichkeit der Selbstverwirklichung sowie der finanziellen Unabhängigkeit. Treten junge Erwachsene dagegen nicht ins Erwerbsleben ein, erschwert dies nicht nur die Entwicklung einer selbstständigen sozialen und persönlichen Identität, sondern führt in der Regel auch zu finanziellen Problemen und einem sozialen Abstieg.³⁴⁷ Arbeitslosigkeit kann sich also insbesondere während der identitätsbildenden Jugendphase negativ auswirken, wenn es zu einer Verzögerung des Reifeprozesses, der sozialen Entwicklung oder dem Verlust von Zukunftsperspektiven führt.³⁴⁸ Die Frage, wie Delinquenz und Berufseintritt zusammenhängen, ist auch aufgrund der Age-Crime-Kurve interessant, nach der die Delikthäufigkeit bei den 18-Jährigen am stärksten ist und danach abnimmt. Insoweit kann unter Umständen der Übergang ins Berufsleben eine kriminalitätshemmende Wirkung entfalten.³⁴⁹ Allerdings ermöglicht auch die Berufstätigkeit Gelegenheitsstrukturen für die Begehung von Straftaten. Untersucht wurden in diesem Zusammenhang auch die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszufriedenheit.³⁵⁰

Es liegt die Vermutung nahe, dass Erwerbslosigkeit kriminelles Verhalten begünstigt oder sogar verursacht. Den Zusammenhang zwischen Kriminalitätsentwicklung und Arbeitslosenquote analysieren verschiedene Theorien:

Der Anomietheorie zufolge besteht eine Diskrepanz zwischen den gesellschaftlich vorgegebenen Zielen und den ungleich verteilten legalen Möglichkeiten, diese Ziele zu erreichen. Arbeitslose Jugendliche verfügen in der Regel nicht über die finanziellen Möglichkeiten, die erstrebten Ziele (z.B. Konsumgüter) mit legalen Mitteln zu erreichen.³⁵¹ Die Rational-Choice Theorie nimmt an, Arbeitslose könnten sich von illegalen Verhaltensweisen, trotz der vorhandenen Risiken, einen höheren Nutzen versprechen als von legalen. Nach den Überlegungen der Subkulturtheorien oder der Theorie der differentiellen Assoziation können arbeitslose Jugendliche in ihrer freien Zeit Gruppen bilden, in denen sich abweichende Normen herausbilden und in denen das Erlernen delinquenter Verhaltensweisen erleichtert wird. Die Kontroll-

³⁴⁶ Braun, Jugendarbeitslosigkeit, S. 125, 174.

³⁴⁷ Schwind, Kriminologie, S. 250 f.; Zenke, Über den Zusammenhang, S. 78; Wacker, Arbeitslosigkeit, S. 163, 178; Plewig, Jugendstrafrecht, S. 93, 94; Pfeiffer et al., Innerfamiliäre Gewalt, S. 3.

³⁴⁸ Schumann et al., Lebensverlauf und Delinquenz, S. 1109, 1112; Opaschowski, Soziale Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen, S. 77; Kofler, Beruf und Kriminalität, S. 2.

³⁴⁹ Albrecht, Arbeitslosigkeit, S. 117.

³⁵⁰ Z.B. Allan/Steffensmeier, Youth, underemployment, and property Crime, S. 107 ff.; Kofler, Beruf und Kriminalität, S. 138 ff.

³⁵¹ Opp, abweichendes Verhalten und Gesellschaftsstruktur, S. 30.

theorie, die ja nicht Kriminalität, sondern Konformität erklären möchte, sieht einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität darin, dass eine zeitliche Involviertheit sowie eine innere Bindung an erreichte Erfolge fehlen.³⁵²

Zu beachten ist, dass einige der genannten Theorien³⁵³ nicht primär auf die Arbeitslosigkeit, sondern auf eine daraus resultierende Armut abstellen. Es ist allerdings umstritten, ob eine schwierige ökonomische Lage zu kriminellen Verhalten führt.³⁵⁴ So konnte auch in Zeiten von erheblicher Wohlstandssteigerung in allen sozialen Schichten ein Anstieg des Kriminalitätsaufkommens festgestellt werden.³⁵⁵ Es wird auch vorgeschlagen, dass Armut nur unter der Bedingung einer hohen Einkommensungleichheit zu einer gesteigerten Kriminalitätsbegehung führt, da Einkommensunterschiede Hauptursache sozialer Schichtenbildung ist.³⁵⁶ Armut kann sich allerdings in Verbindung mit anderen Einflussfaktoren (z.B. Perspektivlosigkeit, fehlender innerer Halt, unterentwickeltes Rechtsbewusstsein, soziale Desorganisation) auf kriminelles Verhalten auswirken.³⁵⁷ Treffen diese kriminogenen Faktoren und Armut zusammen, können unter Umständen bestehende Hemmschwellen leichter fallen.³⁵⁸ Im Unterschied zu anderen Ländern besteht in Deutschland jedoch ein gutes soziales Netzwerk, das eine existentielle Bedrohung durch Arbeitslosigkeit nicht zulässt.

Obwohl die oben genannten Erklärungsmodelle einen Kausalzusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und abweichendem Verhalten nahelegen, konnte ein solcher bislang nicht eindeutig empirisch bewiesen werden, da die zahlreich durchgeführte Studien zu jeweils differierenden Ergebnissen führten.³⁵⁹ Obwohl Arbeitslose unter

³⁵² Schumann (2003), Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz, S. 9, 16.

³⁵³ Die Economic Deprivation Theory möchte den Zusammenhang zwischen Armut und Kriminalität erklären und unterscheidet zwischen absoluter und relativer Armut, vgl. z.B. Messner et al., Economic Deprivation, S. 591, 601; Meier, Neue Armut, S. 1069, 1073; oder Pratt/Cullen, Assessing Macro-Level, S. 373, 411 f.

³⁵⁴ Bejahend: Ohlemacher, Ökologische Regessionsanalyse, S. 706, 718 ff.: für absolute Armut mit Bereicherungsdelikten; Posner, Die Täterbefragung im Kontext, S. 157, 172; Cloward/Ohlin, Delinquency and Opportunity, S. 93 ff.; Tompa, Ökonomische Ungleichheit, S. 307, 308, 310 f.: für Eigentumskriminalität; Pratt/Cullen, Assessing Macro-Level, S. 373, 378; Pfeiffer, Anstieg der Jugendkriminalität, S. 101, 120 ff.; Pfeiffer/Ohlemacher, Anstieg der (Gewalt-) Kriminalität, S. 178, 183 ff.; verneinend: Blau/Blau, The Cost of Inequality, S. 114, 121; Braithwaite, The Myth of Social Class, S. 46, 48; Baier, Abweichendes Verhalten in Jugendalter, S. 381, 391; Schissel, The Influence of Economic Factors, S. 405, 423; differenziert: Meier, Neue Armut, S. 1069, 1073 ff., 1083.

³⁵⁵ Friedrichs, Kriminalität und sozio-ökonomischer Struktur, S. 50, 52; van Dijk, Understanding Crime Rates, S. 105.

³⁵⁶ Tompa, Ökonomische Ungleichheit, S. 307; Meier, Neue Armut, S. 1069, 1073: Begriff der relativen Armut; Friedrichs, Kriminalität und sozio-ökonomischer Struktur, S. 50, 52; Ohlemacher, Ökologische Regessionsanalyse, S. 706, 720 ff.; Currie, Market, Crime and Community, S. 147, 154, 157 ff.; Messner et al., Economic Deprivation, S. 591, 605.

³⁵⁷ Meier, Neue Armut, S. 1069, 1076; Schwind, Kriminologie, S. 253.

³⁵⁸ Ohlemacher, Ökologische Regessionsanalyse, S. 706, 713; Schwind, Kriminologie, S. 253.

³⁵⁹ Untersucht z.B. von Beki et al., An Analysis of the Crime Rate, S. 401 f., 410; Cantor/Land, Unemployment and Crime Rates, S. 317 ff.; Schwind, Kriminologie, S. 255; Messner et al.,

jugendlichen Tatverdächtigen überproportional häufig registriert werden³⁶⁰, kann nicht auf einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität geschlossen werden, da auch andere Erklärungsmöglichkeiten denkbar sind. Arbeitslose halten sich in der Regel häufiger im öffentlichen Raum auf, sodass sie einem größeren Kontroll- und Entdeckungsrisiko unterliegen, zumal Arbeitslosigkeit als stigmatisierende Zuschreibung zu einem erhöhten Verfolgungs- und Sanktionskriterium werden kann.³⁶¹ Wie oben bereits für Armut postuliert, wirkt sich Arbeitslosigkeit nicht zwangsläufig monokausal, sondern oftmals erst in Verbindung mit weiteren kriminogenen Faktoren delinquenzbegünstigend aus.³⁶² Schließlich ist es auch möglich, dass es sich bei Arbeitslosigkeit und Kriminalität um „parallel verlaufende Symptome derselben sozialen Fehlanpassung“ handelt, ähnlich den älteren Auffassungen, die eine Störung des Sozialisationsprozesses annehmen.³⁶³ So zeigten Untersuchungen auch unterschiedliche Auswirkungen der Arbeitslosigkeit hinsichtlich der Regionen, der Alters- oder Geschlechtsstruktur.³⁶⁴

Bereits Quetelet stellte 1869 einen Zusammenhang zwischen einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung einer Gesellschaft und steigendem Kriminalitätsaufkommen her.³⁶⁵ Eisner ermittelte einen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Gewaltkriminalität und der Arbeitslosenquote.³⁶⁶ Auch Albrecht und Lamnek nehmen eine erhöhte Jugendkriminalität bei zunehmender Jugendarbeitslosigkeit an.³⁶⁷ Martens stellte fest, dass Arbeitslose an Vermögens-, Eigentums- und Drogedelikten proportional stärker beteiligt sind als Berufstätige.³⁶⁸

Cantor und Cantor/Land stellten einen negativen zeitgleichen und einen positiven zeitverzögerten Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität fest.³⁶⁹

Economic Deprivation, S. 591, 599 ff.; *Hale/Sabbagh*, Testing the Relationship, S. 400 ff.; *Hale*, Unemployment and Crime, S. 426, 428; *Cantor/Land*, Exploring Possible Temporal Relationships, S. 418, 419; *Land et al.*, Unemployment and Crime Rate, S. 55 ff.; *Macmillan*, Changes in the Structure, S. 51, 66 ff.; *Schissel*, The Influence of Economic Factors, S. 405, 415 ff.

³⁶⁰ So *Schwind*, Kriminologie, S. 256 f.; *Lamnek*, Soziale Randständigkeit, S. 1, 7, 13 f.; *Spieß*, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, S. 33, 35 f.; *Schwind/Chiesinger*, Kriminalitätsanfall und Arbeitslosigkeit, S. 283, 290 f.; *Albrecht*, Arbeitslosigkeit, S. 117, 118; anders: *Plate et al.*, Strukturen der Kriminalität in Solingen, S. 57, die nur einen geringen Anteil von 14% Arbeitslosen an den Tatverdächtigen feststellten.

³⁶¹ *Schumann* (2006), Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz, S. 43, 64 f.; *Spieß*, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, S. 33, 34; *Albrecht*, Arbeitslosigkeit, S. 117, 118; *Schwind*, Kriminologie, S. 257.

³⁶² *Spieß*, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, S. 33, 36; *Schwind*, Kriminologie, S. 258.

³⁶³ *Schwind*, Kriminologie, S. 257 f.; *Spieß*, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, S. 33, 35.

³⁶⁴ *Eisenberg*, Kriminologie, S. 851.

³⁶⁵ *Quetelet*, Physique sociale, S. 279.

³⁶⁶ *Eisner*, Die Zunahme von Jugendgewalt, S. 13, 33 f.

³⁶⁷ *Albrecht/Lamnek*, Jugendkriminalität im Zerrbild der Statistik, S. 177.

³⁶⁸ *Martens*, Wirtschaftliche Krise, S. 183; so auch *Posner*, Die Täterbefragung im Kontext, S. 157, 176; *Greenberg*, Delinquency and the Age Structure of Society, S. 189, 198.

³⁶⁹ *Cantor/Land*, Unemployment and crime Rates, S. 317, 318, 322; Überprüft von *Paternoster/Bushway*, Theoretical and Empirical Work, S. 396 ff.

Andere Untersuchungen konnten keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und abweichendem Verhalten feststellen.³⁷⁰ Plate et al. Ermittelten auch nur den geringen Anteil von 14% Arbeitslosen an den Tatverdächtigen. Hier von war der überwiegende Anteil erst kurz, d.h. bis zu sechs Monaten, arbeitslos. Es handelte sich überwiegend um Aggressionsdelikte.³⁷¹ Auch Seus und Prein konnten nicht feststellen, dass Erwerbslosigkeit Gewalt- oder Eigentumsdelinquenz fördert.³⁷² Auch in der Bremer Längsschnittstudie waren es nicht ausschließlich die Erfolglosen, die am stärksten mit Delinquenz belastet waren.³⁷³

Eine fortgesetzte Arbeitslosigkeit mit dem Gefühl der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt ist jedoch ein Kriterium, das den Ausstieg aus der Gewaltdelinquenz verzögert oder erschwert, sodass ein Verfestigungsrisiko besteht.³⁷⁴ Heinemann zieht aus seinen Studien den Schluss, dass Arbeitslosigkeit nicht die Ursache für delinquentes Verhalten ist, sondern Arbeitslosigkeit und delinquentes Verhalten Indizien für einen allgemeinen Fehlanpassungsprozess sein können.³⁷⁵ Arbeitslosigkeit kann aufgrund von Faktoren wie Langeweile, zunehmender Aggressivität, Enttäuschung, dem Mangel an einträglicher Beschäftigung oder dem Gefühl der sozialen Ausgrenzung zu einer Erhöhung der Delinquenzgefährdung beitragen, ein monokausaler Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung ist jedoch empirisch nicht belegt.³⁷⁶

2.4.5 Wohnumfeld

Die Wohn- und Wohnumweltverhältnisse stellen einen möglichen kriminogenen Faktor dar, der in der Forschung an Bedeutung gewinnt.

Der polizeilichen Kriminalstatistik zufolge steigt die Zahl der registrierten Straftaten überproportional mit der Einwohnerzahl eines Ortes. Großstädte weisen also im Vergleich zu Gemeinden eine weitaus höhere Häufigkeitszahl auf. Dieses Stadt-Land-Gefälle wurde auch von Dunkelfeldforschungen bestätigt.³⁷⁷ Ursache für eine Kriminalitätshäufung in Großstädten ist u.a., dass sich Nachbarschaftsbeziehungen häufig gelockert haben, die Anonymität gewachsen und die informelle soziale Kon-

³⁷⁰ *Steinhilper*, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, S. 385, 388 f.; *Bednarzik/Heiland*, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, S. 155, 188; *Wacker*, Jugendarbeitslosigkeit und Aggression, S. 163, 173; *Friedrichs*, Kriminalität und sozio-ökonomische Struktur, S. 50, 56 f.; *Walter*, Jugendkriminalität, S. 67, 152; *Schumann* (2006), Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz, S. 43, 53 ff.

³⁷¹ *Plate et al.*, Strukturen der Kriminalität in Solingen, S. 57, 60.

³⁷² *Prein/Seus*, Müßiggang, S. 43, 55.

³⁷³ *Schuman et al.*, Lebensverlauf und Delinquenz, S. 1125, 1130.

³⁷⁴ *Prein/Seus*, Müßiggang, S. 43, 55.

³⁷⁵ *Heinemann*, Arbeitslose Jugendliche, S. 176.

³⁷⁶ *Prein/Seus*, Müßiggang, S. 43, 44; *Heinemann*, Arbeitslose Jugendliche, S. 170; *Allan/Steffensmeier*, Youth, Underemployment, and Property Crime, S. 107, 108; *Spieß*, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, S. 33, 35; *Albrecht*, Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität, S. 41, 46.

³⁷⁷ *Oberwittler/Köllisch*, Jugendkriminalität in Stadt und Land, S. 135 ff.; *Albrecht*, Erkenntnisse der Kriminalgeografie, S. 292, 297; *Hellmer*, Regionale Unterschiede, S. 57, 59: nach Hellmer ist das Stadt-Land-Gefälle bei Nichterwachsenen sehr viel stärker ausgeprägt.

trolle abgeschwächt ist. Zudem konzentrieren sich hier Tatobjekte und – gelegentlich. Diese Aspekte begünstigen die Begehung von Straftaten in städtischen Ballungsgebieten, können die überdurchschnittliche Kriminalitätshäufung aber nicht umfassend erklären.

Jugenddelinquenz kann gemäß der Theorie der sozialen Desorganisation durch ein gutes soziales Netzwerk mit einer funktionierenden Integration der Bewohner kontrolliert werden. Hohe Fluktuation, ethnische Heterogenität, familiäre Instabilität oder Armut können dagegen soziale Desorganisation hervorrufen und damit Kriminalität fördern.³⁷⁸

Heute wird verstärkt versucht, einen Zusammenhang zwischen städtebaulichen Aspekten und Kriminalität herzustellen. Dabei werden sowohl die Auswirkungen der Wohnhausarchitektur als auch die sozialräumlichen Faktoren – also die Wohnumwelt – untersucht. Es zeigt sich die Tendenz, dass überproportional viele Tatverdächtige in Gebieten mit einer ungünstigen Sozialstruktur leben.³⁷⁹ Die Baustruktur spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle und kann damit nicht unmittelbar als Indikator für soziale Problemgebiete oder hohes Kriminalitätsaufkommen fungieren.³⁸⁰ Dennoch können sich nach Schwind Baustruktur und Sozialstruktur zumindest mittelbar beeinflussen.³⁸¹ Altbauten mit einer schlechten Substanz haben in der Regel ein niedrigeres Mietniveau, was eine einkommensschwächere Bevölkerung anzieht und zu einer Konzentration dieser Mieter in Wohnungen minderer Qualität führt, sog. filtering-down-Prozess.³⁸² So zeigte eine Studie, dass sich in Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus insbesondere gesellschaftlich benachteiligte Mieter konzentrieren.³⁸³

Empirische Arbeiten zu dem Zusammenhang zwischen Wohnumfeld und Kriminalität ermittelten weitere kriminogene Faktoren. Danach finden sich in Hochhaus-siedlungen oftmals ungeschützte Bereiche in Fluren, Treppenhäusern, Fahrstühlen oder Eingangsbereichen, die Tatgelegenheiten schaffen. Daneben kann die rein funktionell gestaltete Wohnumwelt Kriminalität fördern, weil sich die Bewohner mit dieser nicht identifizieren und kein Verantwortungsgefühl dafür aufbauen.³⁸⁴ Dies begünstigt Vandalismus.

Zudem erschweren Hochhaussiedlungen den Kontakt zwischen den Bewohnern. Das kann die Zunahme von Anonymität und die Fluktuation der Bewohner begünstigen.

³⁷⁸ *Vowell/Wells*, Some effects of family, S. 16; *Oberwittler/Köllisch*, Jugendkriminalität in Stadt und Land, S. 135, 145; *Oberwittler*, Stadtstruktur, S. 135, 163 f.

³⁷⁹ *Schwind*, Kriminologie, S. 315.

³⁸⁰ *Schwind*, Kriminologie, S. 329 f.; *Plate et al.*, Strukturen der Kriminalität in Solingen, S. 145 f.

³⁸¹ *Schwind*, Wohnumwelt und Kriminalität, S. 25, 26, 29.

³⁸² *Schwind*, Kriminologie, S. 330 ff.

³⁸³ *Neuhöfer*, Überforderte Nachbarschaften, S. 35, 38 f.

³⁸⁴ *Kube*, Städtebau, Wohnhausarchitektur, S. 10.

tigen, was zu einer sinkenden informellen Kontrolle führt und sich damit kriminalitätsfördernd auswirken kann.³⁸⁵

Auch einer hohen Wohndichte wird ein negativer Einfluss auf das Kriminalitätsaufkommen zugeschrieben, der sog. overcrowding Effekt.³⁸⁶ Ein Zusammenleben mit vielen heterogenen Menschen auf engem Raum kann Spannung zwischen den Mietern hervorrufen, die Vandalismus und Kriminalität begünstigen.³⁸⁷ Eine hohe Bewohnerdichte geht oftmals auch mit einem hohen Anteil männlicher Jugendlicher einher, die statistisch auch häufiger kriminelle Handlungen begehen.³⁸⁸

Jugendliche, die in beengten Wohnsituationen leben und denen die Möglichkeit des Rückzugs fehlt, neigen regelmäßig zu vermehrten außerhäusigen Aktivitäten. Hierdurch entziehen sich der elterlichen Kontrolle, sind aber auch eher dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt, wenn sie sich – wie dargestellt – zu „Peer-Groups“ mit Kontakten zu abweichenden Verhaltensmustern zusammenschließen.³⁸⁹ Diese Gefahr gilt insbesondere, wenn für Jugendliche eine geeignete Freizeitinfrastruktur fehlt, in der sie ihre Zeit sinnvoll verbringen können. Weitere Probleme können durch eine mangelnde Identifikation der Jugendlichen mit ihrer Umgebung entstehen, indem ein Frustrations-Aggressions-Kreislauf beginnt.

Architektonische Gegebenheiten alleine produzieren keine Kriminalität. Es kann also kein monokausaler Zusammenhang zwischen Raumfaktoren und Kriminalität angenommen werden.³⁹⁰ Dennoch besteht eine Beziehung zwischen Raum und Deliktsvorkommen insofern, als gewisse Faktoren das Auftreten von Kriminalität begünstigen. Hierbei handelt es sich um eine komplexe Wechselbeziehung, die von verschiedenen Merkmalen beeinflusst wird. Zu diesen Faktoren gehören u.a. die Alters- und Sozialstruktur der Wohnbevölkerung, die Qualität der Nachbarschaft, die soziale Kontrolle, die große Baudichte oder auch ein hoher Anteil männlicher Minderjähriger. Insofern müssen sich also neben einer ungünstigen Baustruktur und schlechter Bausubstanz weitere Faktoren ursächlich auswirken.³⁹¹

Kriminalgeografische Arbeiten konnten die Verteilung des Kriminalitätsaufkommens nicht allein an der Lage der Stadtgebiete festmachen. Dies lässt den Schluss

³⁸⁵ Kube, Städtebau, Wohnhausarchitektur, S. 10; Schwind, Kriminologie, S. 326; Currie, Market, Crime and Community, S. 147, 160 f.; Bellair, Informal Surveillance, S. 137, 160 ff.

³⁸⁶ Kube, Städtebau als Aspekt kommunaler Kriminalprävention, S. 847, 854; Dörmann/Kube, Städtebau und Prävention, S. 443, 448.

³⁸⁷ Schwind, Kriminologie, S. 330.

³⁸⁸ Flade, Jugendkriminalität in Neubausiedlungen, S. 36.

³⁸⁹ Hellmer, Jugendkriminalität, S. 89; Friedrichs, Mensch und bauliche Umwelt, S. 27, 30; Plate et al., Strukturen der Kriminalität in Solingen, S. 12 f.

³⁹⁰ Baier, Abweichendes Verhalten im Jugendalter, S. 381, 390: fand in seiner Untersuchung heraus, dass allein die Wahrnehmung gesellschaftlicher Desorganisation nicht als Ursache für Delinquenz genügt; ähnlich auch Flade, Zur öffentlichen Sicherheit, S. 114 ff.

³⁹¹ Schwind, Kriminologie, S. 316, 328; Hermann/Laue, Ökologie und Lebensstil, S. 89, 97; Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 259 ff.; Dörmann/Kube, Städtebau und Prävention, S. 443; Kube, Städtebau als Aspekt kommunaler Kriminalprävention, S. 854.

zu, dass die Kriminalitätsbegehung auf andere Merkmale zurückgeführt werden kann. So weisen Gebiete mit hoher Kriminalitätsrate bestimmte Strukturen auf, die in zahlreichen Arbeiten zu den Zusammenhängen zwischen baulich-räumlichen Besonderheiten und dem Kriminalitätsaufkommen untersucht wurden.

Je mehr Mietwohnungen in einem Gebiet sind und je niedriger der Mietspiegel ist, desto eher steigt das Kriminalitätsaufkommen.³⁹² Newman stellte zudem bei zunehmender Geschosshöhe eine Zunahme der registrierten Kriminalität fest.³⁹³ Ein negativer Zusammenhang besteht dagegen bei Einfamilienhäusern und Immobilieneigentum.³⁹⁴

Eine hohe Fluktuation der Wohnbevölkerung im Stadtteil sowie eine hohe Bevölkerungsdichte kann abweichendes Verhalten und Kriminalität fördern.³⁹⁵ Das liegt daran, dass die Entwicklung von stabilen sozialen Beziehungen erschwert wird, was sich negativ auf die informelle soziale Kontrolle auswirkt. Dies gilt nicht ausschließlich für Hochhaussiedlungen, sondern auch für dicht besiedelte Stadtteile. Eine hohe Bevölkerungsfluktuation führt zu einer Entfremdung der Menschen, einer Diffusion von Verantwortung und damit zu einer Schwächung der informellen sozialen Kontrolle.³⁹⁶ Hierdurch erhöht sich das Viktimisierungsrisiko der Bewohner und aufgrund der Vernachlässigung auch der Gebäudeverfall. Solche Gebiete ziehen regelmäßig Kriminelle an.

Es wurde bereits häufiger der Begriff der sozialen Kontrolle verwendet. Hierunter sind alle bewussten Verhaltensweisen von Bewohnern (informelle soziale Kontrolle) und behördlichen Institutionen (formelle soziale Kontrolle) zu verstehen, die sich damit gegenüber kriminellem Verhalten in einem Gebiet wehren.³⁹⁷ Soziale Kontrolle beeinflusst die Höhe des Kriminalitätsaufkommens durch eine Senkung der illegitimen Möglichkeiten und wird durch mehrere Faktoren bestimmt, die bereits verschiedentlich genannt wurden. Zusammenfassend gesagt, sinkt soziale Kontrolle mit steigender Fluktuation und Wohndichte der Bewohner. Sie steigt dagegen mit der Länge der Wohndauer und der Stabilität nachbarschaftlicher Kontakte.

³⁹² *Frehsee*, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 263; *Breitwieser*, Jugenddelinquenz und Stadtstruktur, S. 32, 40.

³⁹³ *Newman*, *Defensible Space*, S. 133; andere Ansicht vertritt: *Rolinski*, Wohnhausarchitektur und Kriminalität, S. 197 ff.

³⁹⁴ *Breitwieser*, Jugenddelinquenz und Stadtstruktur, S. 32, 49; *Opp*, Zur Erklärung delinquenten Verhaltens bei Kindern und Jugendlichen, S. 172.

³⁹⁵ *Lowenkamp et al.*, Replicating Sampson and Groves, S. 351, 360 ff.; *Wilamowitz-Möllendorff*, Zusammenhänge zwischen Dichte und der Erwachsenen- und Jugenddelinquenz, S. 74; anders: *Bröring*, Kriminologische Regionalanalyse, S. 181, 209, 212 f.

³⁹⁶ *Lüdemann/Peter*, Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil, S. 25, 28; *Bellair*, *Informal Surveillance*, S. 137, 152, 160.

³⁹⁷ *König*, Soziale Kontrolle, S. 253, 255.

2.4.6 Frustrationserlebnisse in Schule oder Ausbildung

Die Schule dient zwar primär der Vermittlung von Wissen, erlangt aber zunehmende Bedeutung als Sozialisationsinstanz neben dem Elternhaus und leistet dadurch eine wichtige Funktion für den Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen.³⁹⁸ Zudem vermittelt sie diesen auch kulturelle Werte und Einstellungen um sie mit der Gesellschaft vertraut zu machen und sie auf die Rolle als Erwachsene vorzubereiten.³⁹⁹ In der Schule gelten Regeln und Vorschriften, denen die Kinder gehorchen müssen. Hierdurch lernen sie Disziplin und Konformität.⁴⁰⁰

Die schulische Qualifikation ist in steigendem Maße ein Zuweisungsmechanismus für Lebenschancen, also Zugangs- bzw. Ausschlusskriterium am Arbeitsmarkt.⁴⁰¹ Allerdings sind Bildungschancen und Bildungserfolg auch von der sozioökonomischen Lage der Eltern, ihrer sozialen Herkunft und ihrer beruflichen Stellung abhängig.⁴⁰² Der Zugang zu attraktiven Ausbildungsplätzen wird also auch von Kriterien der sozialen Herkunft dem Geschlecht oder der Nationalität⁴⁰³ beeinflusst. Hauptschüler tragen folglich ein erhöhtes Risiko des beruflichen Scheitern und damit auch der Nicht-Teilhabe an wesentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.⁴⁰⁴

Verschiedene Studien zeigten, dass Jugendliche und Heranwachsende mit geringer Bildung sowie ohne, bzw. mit abgebrochener Ausbildung einen überdurchschnittlich großen Anteil der registrierten Straftäter ausmachen.⁴⁰⁵ Bei Delinquenten treten überdurchschnittlich häufig schulische Misserfolge auf,⁴⁰⁶ sodass es naheliegend ist, eine Korrelation zwischen Schulversagen und Kriminalität anzunehmen. Engel und Hurrelmann kommen zu dem Schluss, dass Jugendliche, die an den schulischen Anforderungen scheitern und damit auch die elterlichen Erwartungen nicht erfüllen, einem erhöhten Delinquenzrisiko unterliegen.⁴⁰⁷ Schumann ermittelte dagegen keinen Zusammenhang zwischen Schul- und Ausbildungsversagen und Delinquenz.⁴⁰⁸

Jugendliche müssen sowohl dem Lern- und Leistungsdruck in der Schule gerecht werden als auch dem sozialen Umgang mit Mitschülern und Lehrern. Schlechte Schulleistungen verletzen das Selbstwertgefühl der Jugendlichen und führen zu

³⁹⁸ *Schwind*, Kriminologie, S. 221 f.

³⁹⁹ *Geulen*, Sozialisation, S. 123, 139.

⁴⁰⁰ *Geulen*, Sozialisation, S. 123, 139.

⁴⁰¹ *Prein/Seus*, Müßiggang, S. 43, 44.

⁴⁰² *Hurrelmann*, Lebensphase Jugend, S. 84; *Frehsee*, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 304.

⁴⁰³ *Wetzels et al.*, Jugend und Gewalt, S. 87: Sie fanden heraus, dass Migranten niedrigere Bildungsabschlüsse anstreben als deutsche Altersgenossen.

⁴⁰⁴ *Prein/Seus*, Müßiggang, S. 43, 45.

⁴⁰⁵ *Göppinger*, Kriminologie, S. 199 f.; *Lukáts et al.*, Voraussetzungen und vorläufige Ergebnisse, S. 28, 30 f.

⁴⁰⁶ *Heitmeyer et al.*, Gewalt, S. 27; *Schöch*, Schule, S. 457 ff.; *Feltes*, Jugendkriminalität und Schule, S. 96.

⁴⁰⁷ *Engel/Hurrelmann*, Was Jugendliche wagen, S. 242, 248 ff.

⁴⁰⁸ *Schumann* (2006), Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz, S. 43 ff.; *Schumann et al.*, Lebensverlauf und Delinquenz, S. 1109, 1112.

Anerkennungsdefiziten und Frustrationsgefühlen.⁴⁰⁹ Dagegen werden Jugendliche, die eine hohe Schulbindung haben, d.h. die Schule mit positiven Aspekten besetzen und die dort geltenden Vorgaben respektieren, seltener auffällig.⁴¹⁰ Schulische Leistungsunterschiede hängen in hohem Maße von der sozialen Stellung des Elternhauses ab.⁴¹¹

Auch der Schulform kommt ein Einfluss auf die Begehung delinquenter Verhaltensweisen zu. So wurde in verschiedenen Untersuchungen gezeigt, dass in höheren Schulformen eine eher leichte verbale und soziale Gewalt vorherrscht, während in niedrigeren Bildungsbereichen physische Gewalt und Sachbeschädigung dominieren.⁴¹² In einer Münsteraner Dunkelfeldstudie konnten ebenfalls Schulformunterschiede aufgezeigt werden: eine geringere Beteiligung der Gymnasiasten im Gewaltverhalten, aber nur eingeschränkt bei den Eigentumsdelikten.⁴¹³ Baier et al. fanden in ihrer Dunkelfeldstudie heraus, dass Gymnasiasten die niedrigsten Täterraten aufwiesen, während sie besonders hohe Anteile an delinquenten Jugendlichen unter den Haupt- und Förderschülern fanden.⁴¹⁴ Danach weisen männliche Hauptschüler im höheren Jugendalter die höchste Delinquenzbelastung auf.⁴¹⁵ Auch Wilmers et al. fanden in einer Dunkelfeldbefragung deutlich höhere Raten von Hauptschülern bei Gewaltdelikten und Diebstählen.⁴¹⁶ Plate et al. oder Albrecht konnten dagegen keine Kausalität zwischen Deliktstruktur bzw. Kriminalität und Bildungsstand ermitteln.⁴¹⁷ Mansel und Hurrelmann konnten einen Zusammenhang zwischen Eigen-

⁴⁰⁹ Hurrelmann, Lebensphase Jugend, S. 97; Loll, Prognose der Jugendkriminalität von Deutschen und Ausländern, S. 43.

⁴¹⁰ Vowell/Wells, Some effects of family, S. 16; Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 301; Göppinger, Kriminologie, S. 222 f.; Villmow/Kaiser, Empirisch gesicherte Erkenntnisse, S. 107 ff.; Jenkins, School Delinquency, S. 337, 353, 356; Rabold et al., Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover, S. 65; Schneider, Kriminologie in Europa II, S. 700, 702.

⁴¹¹ Hagemann-White, Sozialisation, S. 13; vgl. auch Abschnitt 2.4.2.

⁴¹² Baier et al., Jugendliche in Deutschland, S. 66; Rabold et al., Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover, S. 65; Baier, Entwicklung der Jugenddelinquenz, S. 44; Raithel, Erziehungserfahrungen, Wertorientierungen und Delinquenz Jugendlicher, S. 590, 592, 594 f.; Pfeiffer/Wetzels, The structure and development of juvenile violence in Germany, S. 12 ff.; Baier/Pfeiffer, Hauptschulen und Gewalt, S. 17, 19 f.

⁴¹³ Brondies, Schule, S. 299, 308; anders: Mansel/Hurrelmann, Aggressives und delinquentes Verhalten, S. 78, 94, die einen deutlich überproportionalen Anteil der Hauptschüler bei schweren Eigentumsdelikten ausmachten.

⁴¹⁴ Baier et al., Jugendliche in Deutschland, S. 65; so auch Meier et al., Schule, Jugend und Gewalt, S. 168, 180 f.; Wetzels/Brettfeld, Gewalt und Delinquenz junger Menschen, S. 20; Baier/Pfeiffer, Hauptschulen und Gewalt, S. 17, 25; Heitmeyer et al., Gewalt, S. 337 ff., 341 ff.; Tillmann et al., Schüलगewalt als Schulproblem, S. 110; Fuchs et al., Gewalt an Schulen, S. 108; Rabold/Baier, Delinquentes Verhalten von Jugendlichen, S. 25; Albrecht/Howe, Soziale Schicht und Delinquenz, S. 697, 712.

⁴¹⁵ Raithel, Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, S. 178, 184; Mansel, Angst vor Gewalt, S. 94; Lösel et al., Hat die Delinquenz von Schülern zugenommen, S. 115, 120.

⁴¹⁶ Wilmers et al., Jugendliche in Deutschland, S. 90.

⁴¹⁷ Plate et al., Strukturen der Kriminalität, S. 61; Albrecht, Erkenntnisse der Kriminalgeografie, S. 292, 299; Mansel/Hurrelmann, Aggressives und delinquentes Verhalten, S. 78, 94 f.

tumsdelikten und bildungsmäßig unterprivilegierten Schülern feststellen, während bei Gewaltdelikten alle Schultypen zu annähernd gleichen Anteilen vertreten waren.⁴¹⁸ Es kann also eine negative Beziehung zwischen Schulbildung und Delinquenz vermutet werden, d.h., mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Kriminalität.⁴¹⁹ Pfeiffer et al. leiteten aus ihrer Schülerbefragung ab, dass Schüler mit einer niedrigeren Bildungsstufe deutlich häufiger aus Elternhäusern stammen, in denen massive Formen elterlicher Gewalt eine Rolle spielen.⁴²⁰

2.4.7 Drogenkonsum

„Drogen sind Substanzen, die über das Zentralnervensystem die subjektive Befindlichkeit eines Konsumenten direkt beeinflussen.“⁴²¹ Hierzu zählen die legalen Drogen Alkohol und Tabak, die als Genussmittel gelten sowie alle Formen illegaler Drogen, die unter das BtmG fallen.

Die Ursachenforschung für jugendlichen Drogenkonsum zeigt auf, dass es weder eine monokausale Erklärung noch einen einzelnen Risikofaktor gibt.⁴²² Drogenkonsum ist oftmals Symptom einer fehlgeschlagenen Sozialisation und steht regelmäßig in Wechselbeziehungen mit anderen Problemen.⁴²³ Die Herbeiführung eines Rauschzustandes ermöglicht Jugendlichen, sich belastendem Druck zu entziehen und dient oftmals zur Verarbeitung persönlicher Probleme.⁴²⁴ Schmid fand heraus, dass der Einfluss der Freunde nur eine geringe Rolle spielt, eine drogenbezogene Umfeldwahrnehmung allerdings das Risiko des Drogenkonsums massiv erhöht.⁴²⁵ Gefährdet sind insbesondere emotional labile und erlebnisbedürftige Jugendliche, die in allen sozialen Schichten zu finden sind. Allerdings bleibt die Erfahrung mit illegalen Drogen für die meisten eine Episode.⁴²⁶ In der Regel beginnt Drogenkonsum als Pöbier- und Experimentierverhalten, das bei etwa einem Drittel zu einer Abhängigkeit führt.⁴²⁷ Das Einstiegsalter ist seit den 1980er Jahren angestiegen.⁴²⁸ Insoweit bestätigt sich die Annahme nicht, Drogenstüchtige würden immer jünger.

Verschiedene Varianten krimineller Handlungen sind zu unterscheiden: Es gibt die unmittelbare Beschaffungskriminalität, also Erwerb, Besitz und Konsum sowie

⁴¹⁸ Mansel/Hurrelmann, Aggressives und delinquentes Verhalten, S. 78, 94 f.; Mansel, Angst vor Gewalt, S. 94: er stellte einen deutlich höheren Anteil von Hauptschülern bei Gewaltdelikten fest.

⁴¹⁹ Mechler, Studien zur Geschichte der Kriminalsoziologie, S. 73.

⁴²⁰ Pfeiffer et al., Innerfamiliäre Gewalt, S. 11.

⁴²¹ Hurrelmann, Lebensphase Jugend, S. 169.

⁴²² Schmid, Drogenkonsum bei Jugendlichen, S. 4.

⁴²³ Wittke, Drogensucht, S. 451, 458; Göppinger, Kriminologie, S. 592.

⁴²⁴ Wittke, Drogensucht, S. 451; Baier et al., Sicherheit und Kriminalität, S. 99; Engel/Hurrelmann, Was Jugendliche wagen, S. 26; Walter, Jugendkriminalität, S. 159.

⁴²⁵ Schmid, Drogenkonsum bei Jugendlichen, S. 4, 12.

⁴²⁶ Luedtke, Illegaler Drogenumgang, S. 241, 244; Walter, Jugendkriminalität, S. 156; Kerner, Jugendkriminalität, S. 28, 30.

⁴²⁷ Engel/Hurrelmann, Was Jugendliche wagen, S. 26.

⁴²⁸ Göppinger, Kriminologie, S. 591.

Verschaffungsdelikte, also Herstellung, Transport und Schmuggel. Beides ist im BtmG geregelt.⁴²⁹ Relevant ist daneben insbesondere die mittelbare oder sekundäre Beschaffungskriminalität. Das sind Delikte, die nicht den Drogenerwerb selbst betreffen, sondern seine Finanzierung ermöglichen.

Es liegt die Annahme nahe, dass ein Zusammenhang zwischen Drogenkonsum und Delinquenz besteht, weil Drogenabhängigkeit oftmals durch Kriminalität finanziert werden muss.⁴³⁰ Tatsächlich wird nur ein Drittel des Geldes aus der Begehung mittelbarer Beschaffungsdelikte aufgebracht.⁴³¹

Fraglich ist die Ursache-Wirkungs-Richtung zwischen Drogenkonsum und Kriminalität. Zwei Ansätze werden vertreten:

Der kausale Ansatz geht davon aus, dass Drogenkonsum und Kriminalität ursächlich zusammenhängen. Ein Teil der vor allem älteren Studien sieht Kriminalität als Folge des Drogenkonsums an, da für die Finanzierung der Sucht vermehrte delinquente Handlungen nötig sind.⁴³² Andere Studien nehmen an, dass der Drogenkonsument oftmals schon vor der Abhängigkeit strafbare Handlungen begonnen hat und erst dadurch in Kontakt mit Drogen kam.⁴³³ So belegt Kreuzer, dass Kriminalität keine unmittelbare Folge der Drogensucht ist. Nur 10% der Süchtigen wurden parallel mit dem Suchtbeginn kriminell.⁴³⁴ Die meisten Abhängigen waren schon davor straffällig. Drogenabhängigkeit ist demnach als Verstärker für kriminelles Verhalten anzusehen, nicht aber als Auslöser. Es ist allerdings eine differenzierte Betrachtung geboten, da Zusammenhänge zwischen Drogen und Delinquenz von verschiedenen Faktoren beeinflusst werden, wie beispielsweise dem familiären Hintergrund, den Opfererfahrungen, der Sozialisation oder der Freunde.⁴³⁵

Der zweite Ansatz basiert auf den Lebensstiltheorien. Da keine eindeutige Wirkungsrichtung ausgemacht werden kann, werden Drogen und Delinquenz als zwei Bestandteile eines delinquenten Lebensstils aufgefasst.⁴³⁶ Zu klären bleibt dann noch die Frage nach den Ursachen, die zu einem solchen Lebensstil geführt haben.⁴³⁷ Luedtke stellt die These auf, dass „bereits deviante Schüler illegale Drogen

⁴²⁹ Göppinger, *Kriminologie*, S. 588 f.

⁴³⁰ Göppinger, *Kriminologie*, S. 592.

⁴³¹ Kube/Erhardt, *Welchen Beitrag kann kriminalistisch-kriminologische Forschung zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität leisten?*, S. 14; Göppinger, *Kriminologie*, S. 592.

⁴³² Kerner, *Drogen und Kriminalität*, S. 93, 97: er bemängelt, dass es sich oftmals um ältere Studien handelt; Rautenberg, *Zusammenhänge zwischen Devianzbereitschaft, kriminellem Verhalten und Drogenmissbrauch*, S. 84.

⁴³³ Thornberry et al., *Delinquent Peers*, S. 47, 70; Göppinger, *Kriminologie*, S. 592; Luedtke, *Illegaler Drogenumgang*, S. 241, 258.

⁴³⁴ Kreuzer, *Endstation Sucht?*, S. 276, 283 ff.

⁴³⁵ Rautenberg, *Zusammenhänge zwischen Devianzbereitschaft, kriminellem Verhalten und Drogenmissbrauch*, S. 85; Kreuzer, *Endstation Sucht?*, S. 276 f.

⁴³⁶ Luedtke, *Drogen und Gewalt*, S. 115, 120.

⁴³⁷ Egg/Rautenberg, *Drogenmissbrauch und Kriminalität*, S. 399, 403.

wählen, weil sie zur bestehenden Lebensführung bzw. zu einem devianten Lebensstil passen“.⁴³⁸

Empirische Untersuchungen unterliegen der nahezu unmöglichen Aufgabe, den Umfang und die Struktur der Delinquenz festzustellen. Eine Unterscheidung, welche strafbaren Handlungen der Finanzierung des Drogenbedarfs dienen und welche dem Lebensunterhalt ist äußerst schwierig. Die Verstöße gegen das BtmG machen den größten Anteil der Delikte aus. Die Deliktsstrukturen des StGB sind sehr breit gefächert, von Raub bis zum Wohnungseinbruchsdiebstahl. Nach Erhardt⁴³⁹ ist Kriminalität bei Drogenabhängigen alltäglich, aber als Bagatellkriminalität in Form von Ladendiebstählen (indirekte Beschaffungskriminalität), Schwarzfahrten (Folgekriminalität) oder kleinen Drogengeschäften.

Untersucht wurde auch der Zusammenhang zwischen Drogen und Gewaltkriminalität. Im Jahr 2008 führten 32,9% der ermittelten Tatverdächtigen Gewaltdelikte unter Alkoholeinfluss aus.⁴⁴⁰ Allerdings müssen neben der Drogenwirkung auch die Konsummotivation und der soziale Kontext berücksichtigt werden, da pharmakologisch nur wenige Substanzen ein erhöhtes Maß an Gewaltbereitschaft hervorrufen können (z.B. Alkohol oder Kokain).⁴⁴¹

Verschiedene Untersuchungen ermittelten einen Zusammenhang zwischen Drogenmissbrauch und Kriminalität.⁴⁴² Als ursächliche Faktoren konnte u.a. das Versagen Jugendlicher im Leistungsbereich, persönliche Schwierigkeiten oder Familie-Umwelt-Konflikte herausgestellt werden.⁴⁴³ Daneben wird den Peer-Groups eine große Bedeutung beigemessen, da die Motivation für den Konsum oftmals aus dem Kontakt mit Freunden resultiert.⁴⁴⁴ Lebensstiluntersuchungen beschäftigen sich mit Strukturmerkmalen und Werten, die ihrerseits einen Drogenkonsum positiv oder negativ beeinflussen können. So sind insbesondere die Freundesgruppe und die Freizeitaktivitäten hierfür bedeutsam.

⁴³⁸ Luedtke, Drogen und Gewalt, S. 115, 135.

⁴³⁹ Erhardt, Zur Beschaffungskriminalität von Drogenabhängigen, S. 47 ff.

⁴⁴⁰ BKA, PKS 2008, S. 71.

⁴⁴¹ Fuchs et al., Gewalt an Schulen, S. 240; Luedtke, Drogen und Gewalt, S. 115, 119.

⁴⁴² Engel/Hurrelmann, Was Jugendliche wagen, S. 237; Kaplan/Liu, Longitudinal Analysis, S. 415, 418 ff.; Kreuzer, Drogen und Delinquenz, S. 385 ff.; Erhardt, Zur Beschaffungskriminalität von Drogenabhängigen, S.46 ff.; Rautenberg, Zusammenhänge zwischen Devianzbereitschaft, kriminellem Verhalten und Drogenmissbrauch, S. 39 ff.; anders: Kerner, Drogen und Kriminalität, S. 93, 97.

⁴⁴³ Engel/Hurrelmann, Was Jugendliche wagen, S. 26; Kerner, Drogen und Kriminalität, S. 93, 96.

⁴⁴⁴ Baier/Wetzels, Freizeitverhalten, S. 84; Luedtke, Drogen und Gewalt, S. 115, 122, 129 ff.; Reuband, Soziale Determinanten des Drogengebrauchs, S. 202.

Nach Wetzels et al. ist Drogenmissbrauch ein bildungs- und geschlechtsunabhängiger Bestandteil eines devianten Lebensstils, zu dessen Lebensweise auch die Begehung von Straftaten gehört.⁴⁴⁵

2.4.8 Zusammenfassung

Es wurden verschiedene kriminogene Faktoren vorgestellt, die großteils im sozialen Umfeld der Jugendlichen angesiedelt sind. Abschließen lässt sich festhalten, dass delinquentes Verhalten als Endpunkt einer langen Ursachenkette von Belastungen durch ungünstige Sozialisationsbedingungen in der Familie und dem Wohnumfeld, gefolgt von Schulversagen, fehlendem Schulabschluss, mangelnder Berufsausbildung, falscher Freunde und Arbeitslosigkeit gesehen werden kann.⁴⁴⁶ Zwar begünstigen diese kriminogenen Faktoren die Entstehung von Straffälligkeit, aber jugenddelinquentes Verhalten kann nie monokausal auf eine dieser Faktoren zurückgeführt werden, weil immer ein durch vielfältige individuelle und situative Konstellationen bedingtes Verursachungsgeflecht besteht.

Mansel und Hurrelmann verstehen delinquentes Verhalten Jugendlicher nur zu geringen Teilen als Folge von spezifischen Erfahrungen im Sozialisationsprozess oder als Reaktion auf die aktuellen Lebensbedingungen.⁴⁴⁷ „Vielmehr scheinen sie Verhaltensformen darzustellen, die in situativen Handlungskontexten ausgeführt werden und dabei spezifischen Gelegenheitsstrukturen folgen.“⁴⁴⁸ So nehmen auch Thomas et al. an, dass die Sozialisationsbedingen alleine nicht für die Erklärung von Kriminalität ausreichen, sondern die aktuelle Einbindung und die Lebensumstände des Individuums für die Erklärung von sozialen Auffälligkeiten herangezogen werden müssen.⁴⁴⁹

⁴⁴⁵ *Wetzels et al.*, Gewalt im Leben Münchener Schüler, S. 198; so auch *Walter*, Jugendkriminalität, S. 165; *Rautenberg*, Zusammenhänge zwischen Devianzbereitschaft, kriminellem Verhalten und Drogenmissbrauch, S. 85.

⁴⁴⁶ *Schneider*, Kriminologie in Europa II, S. 700, 705; *Hurrelmann*, Lebensphase Jugend, S. 165.

⁴⁴⁷ *Mansel/Hurrelmann*, Aggressives und delinquentes Verhalten Jugendlicher, S. 78, 102.

⁴⁴⁸ *Mansel/Hurrelmann*, Aggressives und delinquentes Verhalten Jugendlicher, S. 78, 102; so auch *Lösel/Bliesener*, Aggression und Delinquenz, S. 20: z.B. für Eigentumsdelikte nach spontaner Kosten-Nutzen-Bewertung.

⁴⁴⁹ *Thomas et al.*, Familie und Delinquenz, S. 130, 325.

3. Kapitel: Der Strukturwandel in der Region Bonn

Es ist schwierig, den Beginn der strukturellen Veränderungen an einen bestimmten Zeitpunkt zu knüpfen. Am 20. Juni 1991 wurde im sog. Hauptstadtbeschluss der Wegzug von Parlament und Teilen der Bundesregierung beschlossen, Bonn verlor damit seinen Status als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Am 7. Mai 1994 trat das sog. Berlin/Bonn-Gesetz in Kraft, welches der Stadt in § 6 Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von 1,43 Mrd. Euro zur Bewältigung des Strukturwandels zusicherte. Zudem schrieb es eine faire Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn fest und sicherte der Stadt auch weiterhin die Wahrnehmung politischer Aufgaben zu. Im Sommer 1999 kam es zum endgültigen Umzug großer Teile der Bundesregierung und des Parlaments. Zwar fand der Regierungsumzug erst im Sommer 1999 statt, dennoch wird in dieser Arbeit auf das Jahr 1991 abgestellt, da zu diesem Zeitpunkt die in Bonn bestehenden Strukturen als gesichert angenommen werden können. Die Bemühungen der Stadt Bonn, einer strukturellen Schwächung in der Region entgegenzuwirken, wurden zügig eingeleitet und sollten bis zum Regierungswegzug greifen. Als Zäsur für nachhaltige Veränderungen bietet sich damit das Jahr 1991 an. Die überkommenen Strukturen bestehen noch. Sie beginnen sich aber ab diesem Zeitpunkt zu verändern.

Der Begriff 'strukturelle Veränderungen' umfasst hier städtebauliche, wirtschaftliche und demografische Aspekte: Quantität und Qualität des Wohnungsbestandes, Flächennutzung und Neubauvorhaben können mögliche Bedingungsfaktoren für die Entstehung von Kriminalität sein, denn die Kriminalitätsbelastung einer Stadt ist abhängig von der jeweiligen Raumstruktur. Zentrum und Unterzentren weisen wegen ihrer besonderen Struktur eine höhere Belastung auf.

Die ökonomischen Veränderungen werden anhand des wirtschaftlichen Wachstums, der lokalen Kaufkraft sowie der Arbeitslosenquote dargestellt. Da jeder Strukturwandel eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden ist, können auch hier Kausalzusammenhänge für kriminelle Handlungen gefunden werden. Hintergrund ist die Annahme, dass Wohlstand in einer Gesellschaft Anreize für Eigentumskriminalität bieten kann, da mit Wohlstand eine größere Verbreitung attraktiver Güter einhergeht.⁴⁵⁰ Andererseits befriedigt mehr Wohlstand die Bedürfnisse von mehr Menschen, wodurch seltener der Anlass gegeben ist, Eigentum mit illegitimen Mitteln zu erlangen. Die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst zudem auch die Verhaltensmuster der Bürger. Wachsender Wohlstand führt zu einer Zunahme an Aktivitäten außerhalb des häuslichen Bereichs, während es in wirtschaftlich angespannten Situationen zu einer Zunahme der Aktivitäten innerhalb der häuslichen Sphäre kommt.⁴⁵¹ Dies bedingt sowohl eine Veränderungen der Kontrollstrukturen, als auch des Risikos, Opfer einer Straftat zu werden.

⁴⁵⁰ LKA NRW, Trends der Kriminalität in NRW, S. 19.

⁴⁵¹ *Schissel*, The Influence of Economic Factors, S. 405, 407; LKA NRW, Trends der Kriminalität in NRW, S. 20.

Der soziale Wandel wird durch die Darstellung der Altersstruktur und der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Bevölkerung aufgezeigt. Darüber hinaus wird die Entwicklung der nichtdeutschen Wohnbevölkerung dargestellt und auf Faktoren wie Schulbildung eingegangen.

3.1 Entwicklung der Region Bonn im Zeitraum von 1949 bis 1991

„Bonn strahlt wahrhaftig nichts aus!“⁴⁵² Diese Eigenschaft bewog den Parlamentarischen Rat⁴⁵³ 1949 – neben der Metropole Frankfurt am Main – das mittelstädtische Bonn als möglichen Standort für die vorläufige Bundeshauptstadt vorzuschlagen. Für Frankfurt sprach seine historische Rolle als freie Reichsstadt. Es war Wahl- und Krönungsort der Deutschen Kaiser, hatte demokratische Tradition als Sitz der ersten Deutschen Nationalversammlung 1848/49 in der Paulskirche und eine günstige geografische Lage am Schnittpunkt der drei westlichen Besatzungszonen. „Der Parlamentarische Rat wird Wert darauf legen müssen, eine Stadt ausfindig zu machen, in der sich der geplante Aufbau der Bundesregierung mit dem geringst möglichen Druck auf die Bevölkerung und die Wirtschaft ermöglichen lässt, um die Institutionen des Bundes in ihrem Entstehen nicht zu stark vorzubelasten und eine günstige Atmosphäre für die Aufnahme des Bundes in der Öffentlichkeit herzustellen.“⁴⁵⁴ Inoffiziell stand wahrscheinlich die Überlegung im Vordergrund, dass mit der Wahl von Bonn als Bundeshauptstadt der provisorische Charakter stärker zum Ausdruck gebracht werden konnte als mit der Wahl Frankfurts.⁴⁵⁵

Am 10. Mai 1949 gewann Bonn die vorläufige Hauptstadtfrage – wohl auch aufgrund der Initiative von Konrad Adenauer, der sich als Präsident des Parlamentarischen Rates für die Stadt einsetzte.⁴⁵⁶ Am 23. Mai verkündete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz⁴⁵⁷, nach dem am 14. August der erste Bundestag gewählt wurde. Am 15. September wählte der Bundestag Konrad Adenauer zum Bundeskanzler. Der Bundestag bestimmte Bonn am 3. November zur vorläufigen Hauptstadt und bestätigte damit das Votum des Parlamentarischen Rates.⁴⁵⁸

Da für die Ministerien keine passenden Gebäude bereit standen, zogen die Minister mit ihren Mitarbeitern in leer stehende Kasernen und schmucklose Zweckbauten ein. Die Regierungsbehörden verteilten sich über das gesamte Bonner Stadtgebiet. So entstand ein Konzept der dezentralen Bundesstandorte in Bonn, Bad Godesberg – Nord und Duisdorf/Hardhöhe.

⁴⁵² Vogt, Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4, S. 9.

⁴⁵³ Der Parlamentarische Rat bestand aus 70 Delegierten, Präsident Konrad Adenauer, und hatte den Auftrag, eine demokratische Verfassung zu erarbeiten sowie den vorläufigen Sitz für die Bundesorgane festzulegen. Am 1. September 1948 wurde der Parlamentarische Rat in Bonn eröffnet.

⁴⁵⁴ Bonner Geschichtsblätter Band 26, Bonn 1949-1974, S. 284.

⁴⁵⁵ Roth, Hans Schafgans, S. 31.

⁴⁵⁶ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 653; Schnee, Bonn, S. 109.

⁴⁵⁷ Hallbauer, Strukturwandel in Stadt und Umland, S. 29.

⁴⁵⁸ Seufert, Junge Stadt am alten Strom, S. 158.

1956 beschloss der Bundestag das Verbot, weiterhin Bundesbauten in Bonn von der öffentlichen Hand errichten zu lassen.⁴⁵⁹ Da weiter steigender Bedarf an Verwaltungsgebäuden bestand, übernahmen private Unternehmen und Investoren die Finanzierungen. Das von 1956 bis 1965 bestehende Bauverbot für Bundesbauten⁴⁶⁰ führte zur Unterbringung zahlreicher Bundesdienststellen in angemieteten Objekten und der verstärkten Dezentralisierung einzelner Behörden.

Bis zum Mauerbau im Jahre 1961 gab es sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb des Bundestages immer wieder Diskussionen über die Hauptstadtfrage. Die Mehrheiten sprachen sich dabei für Berlin aus.

Ab Mitte der 1960er Jahre stellte sich der Bund auf eine längere Anwesenheit in der provisorischen Hauptstadt ein. Das Bauverbot von 1956 wurde aufgehoben und das Hochhaus für die Abgeordneten („Langer Eugen“) erbaut. Die Verkehrsinfrastruktur verbesserte sich durch den Bau mehrerer Autobahnen und eines Stadtbahntunnels.

1969 löste sich der Landkreis Bonn im Rahmen einer NRW-weiten Gebietsreform auf und wurde Bestandteil des Rhein-Sieg Kreises. Die Städte Bad Godesberg und Beuel sowie neun Gemeinden des Amtes Duisdorf und Teile des Amtes Oberkassel wurden eingemeindet.⁴⁶¹ Die Eingemeindungen führten zu einer Verdoppelung der Einwohnerzahl.

Mit den 1960er Jahren endete die Zeit des Wiederaufbaus, der Konsolidierung des Staates und die durch den Kalten Krieg geprägte Stagnation der Nachkriegspolitik. Die in den 1970er Jahren abgeschlossenen Ostverträge waren Anzeichen für einen politischen Wandel. Bonn erhielt endgültig seine Anerkennung als Hauptstadt.

1970 wurde der erste der drei jeweils zehnjährigen Bonn-Verträge über den Ausbau Bonns als Sitz der Bundesregierung und über den Ausgleich der damit verbundenen Sonderbelastungen zwischen Bund, Land und Stadt geschlossen.⁴⁶² Im Zusammenhang mit dem ein Jahr später geschlossenen Viermächteabkommen⁴⁶³ wurde auf die in Berlin stattfindenden Hauptstadtdemonstrationen verzichtet, die für eine Verlegung der Hauptstadt nach Berlin plädierten. Es bestand damit keine Rivalität mehr zwischen Bonn und Berlin. 1975 und 1980 folgten weitere Verträge. Der Wille zu dieser Entwicklung wurde durch die Regierungserklärung von Willy Brandt am 18. Januar 1973 unterstrichen, in der sich der Bund erstmals uneingeschränkt zu seiner Hauptstadt Bonn bekannte und ein deutliches Bekenntnis zum Ausbau der Stadt abgab. Die Zeit Bonns als Provisorium war damit beendet.

⁴⁵⁹ *Müller-List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 663.

⁴⁶⁰ *Pommerin*, Von Berlin nach Bonn, S. 201 f.; *Kuls*, Bonn als Bundeshauptstadt, S. 5, 9.

⁴⁶¹ *Weber*, Bonn Lexikon, S. 109.

⁴⁶² *Müller-List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 663.

⁴⁶³ *Van Rey*, Bonner Stadtgeschichte, S. 250.

3.1.1 Städtebauliche Entwicklung der Region Bonn

Die Entwicklung einer Stadt basiert auf einem Geflecht von öffentlicher Planung, Entscheidungen von Grundstückseigentümern und Investoren sowie der Nachfrage gewerblicher und privater Nutzer. Ursächlich bedingt werden diese Faktoren auch durch die Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.

Die Untersuchung der städtebaulichen Veränderungen in der Zeit nach dem zweiten Hauptstadtbeschluss ist für diese Arbeit wichtig, um einen möglichen Zusammenhang zwischen Raumstruktur und Kriminalitätsentwicklung herzustellen zu können. Architektur und Städtebau können durch schlecht überschaubare und wenig gesicherte Räume Tatgelegenheiten schaffen, bei denen mit geringem Aufwand und Risiko Straftaten verübt werden können. Insbesondere Hochhaussiedlungen stehen im Verdacht, kriminelle Handlungen zu begünstigen, da eine Menschenverdichtung auf engstem Raum Anonymität steigert und soziale Kontrolle erschwert.

Ebenfalls interessant sind Überlegungen zur residentiellen Segregation. Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind nicht gleichmäßig, sondern nach Merkmalen der sozialräumlichen Unterschiede über das Stadtgebiet verteilt. Es ist bekannt, dass gewisse Stadtgebiete eine höhere Kriminalitätsbelastung aufweisen als andere. Dies gilt für Stadtteile mit Cityfunktionen, aber auch für Gebiete, die wegen ihrer schlechten Bausubstanz als unattraktiv angesehen werden. Diese Gebiete zeichnen sich oftmals durch einen niedrigen sozioökonomischen Status, eine hohe Bevölkerungsfuktuation, hohe Wohnungsleerstände sowie ein hohen Anteil benachteiligter Minderheiten aus.⁴⁶⁴

Neben den genannten Aspekten verknüpfen auch die Subkulturtheorien (siehe Abschnitt 2.3.2.3) indirekt Wohnumfeld und Kriminalität, indem angenommen wird, dass sich schlecht integrierte, minderprivilegierte Jugendliche zu Subkulturen mit eigenen Normen- und Wertgefügen zusammenschließen. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die Bündelung dieser Jugendlichen in einem nahen Wohnumfeld, z.B. in Hochhaussiedlungen.

3.1.1.1 Eingemeindungen

Um 1900 hatte sich Bonn stark ausgedehnt. In der Folge wurden am 1. Juni 1904 die Orte Poppelsdorf, Endenich, Kessenich und Dottendorf eingemeindet, mit denen die Stadt zusammengewachsen war.

Zum Zeitpunkt der Übernahme der Hauptstadtfunktion besaß Bonn von allen Großstädten der Bundesrepublik mit rund 32 km² das zweitkleinste Stadtgebiet.⁴⁶⁵ Durch die mit dem sog. Bonn-Gesetz⁴⁶⁶ einhergehende NRW-Gebietsreform vom 1. August 1969 war Bonn im Rahmen der Bildung des Rhein-Sieg-Kreises zu einer kreis-

⁴⁶⁴ *Beermann*, Kooperativer Wohnungsrückbau, S. 45.

⁴⁶⁵ *Müller-List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 664.

⁴⁶⁶ Gesetz zur kommunalen Neugliederung des Raumes Bonn, das am 1. Juli 1969 in Kraft trat.

freien Stadt geworden. Das Bonner Stadtgebiet hatte sich damit von 31,8 km² auf rund 137 km² mehr als vervierfacht.⁴⁶⁷

Die einst selbständigen Städte Bad Godesberg und Beuel entwickelten sich zu eigenen Stadtbezirken. Bonn selbst wurde um die Orte Ippendorf, Röttgen, Lessenich/Meßdorf und Buschdorf erweitert. Lengsdorf und Duisdorf bildeten zusammen mit einigen Neubaugebieten den Stadtbezirk Hardtberg. Die Stadt Bad Godesberg hatte zuvor ihrerseits etliche Orte⁴⁶⁸ eingemeindet.

Die bebaute Fläche nahm von 1950 bis 1965 in Alt-Bonn⁴⁶⁹ von rund 743 auf 1.155 ha zu, also um etwa 60 %. Die kommunale Neuordnung von 1969 vergrößerte die Fläche auf knapp 3.000 ha, die in den nächsten 15 Jahren auf etwa 3.500 ha anwuchs.

Die Eingemeindungen lösten einen Suburbanisierungsprozess aus. Es kam zu einer Dekonzentration von Arbeitsplätzen, Bevölkerung und Infrastruktur in den verdichteten Regionen. Hiervon waren insbesondere die Stadtteile Bonn und Bad Godesberg betroffen. Die Suburbanisierung führt zu längeren Abwesenheiten von dem eigenen Zuhause, zur Anonymisierung öffentlicher Räume und zum Abbau informeller sozialer Kontrolle. Hierdurch vermehren sich Tatgelegenheiten für Eigentums- und Gewaltkriminalität.⁴⁷⁰

3.1.1.2 Entwicklung der Wohn- und Funktionsbebauung

Wohnung und Haus haben für das individuelle und familiäre Leben eine herausragende Bedeutung, die auch in Art. 13 GG verankert ist und Wohnung als Kern des individuellen und gemeinschaftlichen Lebens schützt.

Bonn zählte mit einem allgemeinen mittleren Schadensgrad von 17,7 % zu den im 2. Weltkrieg weniger schwer beschädigten Städten in Deutschland.⁴⁷¹ Die Mehrzahl der Stadtviertel, wie die Nord- und Südstadt, wiesen nur eine geringe Zerstörung auf. Die Innenstadt und die Altstadt hingegen waren durch Flächenbrände infolge des verheerenden Luftangriffs vom 18. Oktober 1944 völlig verwüstet.

Bei Kriegsende waren in Bonn 50 % der Wohnungen zerstört.⁴⁷² Deshalb ging man schon zum Jahresbeginn 1949 daran, die Planungen der erforderlichen Baumaßnahmen zu intensivieren und umzusetzen. Bis zum Wahltag des ersten Deutschen Bundestages am 14. August 1949⁴⁷³ wurden 20 Millionen Mark in Bonn verbaut.

⁴⁶⁷ *Fehre*, Strukturwandel von der alten zur neuen Stadt Bonn, S. 506 ff.

⁴⁶⁸ Plittersdorf und Rüngsdorf im Jahr 1899, Friesdorf 1904 sowie Muffendorf (1915) und Lannesdorf und Mehlem (1935).

⁴⁶⁹ D.h. vor der NRW Gebietsreform.

⁴⁷⁰ *Keim*, Gewalt – Kriminalität, S. 67-78.

⁴⁷¹ *Kähling*, Aufgelockert und gegliedert, S. 10.

⁴⁷² *Schnee*, Bonn, S. 106.

⁴⁷³ *Müller-List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 655.

Notwendiger Wohnraum wurde geschaffen und die Verkehrssituation durch Instandsetzung und Ausbau des Straßennetzes verbessert.⁴⁷⁴

Der Bestand an Wohngebäuden vergrößerte sich zwischen 1950 und 1965 von 9.579 auf fast 14.500 und von 37.357 im Jahr 1970 auf 43.450 im Jahr 1985.⁴⁷⁵

Tabelle 1: Wohnungsbau in Bonn 1950–1990

	Wohngebäude	Wohnungen gesamt
1950	9.579	24.226
1960	13.294	39.906
1970	37.357	100.112
1980	40.665	116.961
1987	46.286	131.468
1990	47.460	135.531

Quelle: Statistikstelle der Stadt Bonn

Nachdem sich die Bundesorgane in Bonn etabliert hatten, galt es nach Meinung Konrad Adenauers „in möglichst kurzer Frist die nötigen Wohnungen zu erstellen“.⁴⁷⁶ Die große Zahl der hinzugezogenen Bundesbediensteten, die weit über der ursprünglichen Schätzung lag, führte in den ersten Jahren zu erheblichen Unterbringungsproblemen. Wurde im Frühjahr 1949 noch von 2000 Bundesbediensteten ausgegangen, so ging der Hauptstadtausschuss infolge der höheren Anzahl von Ministerien nun von mehr als 5000 Mitarbeitern aus.⁴⁷⁷ Damit verdoppelte sich der Raumbedarf von 20.500 auf 52.000 m².⁴⁷⁸ Bis Ende 1953 war der Vorkriegsbestand an Wohnungen in Bonn wieder erreicht⁴⁷⁹, aber erst die planmäßige Erschließung neuer Wohngebiete brachte eine Entspannung. Bis 1960 hatte die Wohndichte mit 3,6 Personen je Wohnung den Vorkriegsstand erreicht.

Der neue Status der Stadt brachte es mit sich, dass zunehmend Verbände, Institutionen und Diplomaten nach Residenzen für ihre Hauptstadtrepräsentanz suchten. Viele Bonner sowie zugezogene Beamte und Angestellte waren auf Wohnungssuche. Überall in der Stadt wurden Wohnhäuser errichtet. 1950 wurden in Bonn rund 9.500 Wohnhäuser gezählt, 1970 waren es über 37.300. Die Zahl der Wohnungen stieg im gleichen Zeitraum von 24.000 auf 100.000.⁴⁸⁰ Langfristig konnte es aber nur dann

⁴⁷⁴ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 655.

⁴⁷⁵ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 678.

⁴⁷⁶ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 677; Auf der 19. Sitzung des Bundeskabinetts am 4.11. 1949, Kabinettsprotokolle, S. 172.

⁴⁷⁷ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 659.

⁴⁷⁸ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 659.

⁴⁷⁹ Der kriegsbedingte Wohnungsverlust führte zum Ansteigen der Wohndichte um über 40%.

⁴⁸⁰ Schnee, Bonn, S. 110.

ausreichend Wohn- und Büroraum geben, wenn mehr Fläche ausgewiesen wurde. Da das Bauland in Bonn begrenzt war, ließ es sich nur durch die Eingemeindung der umliegenden Städte und Dörfer erweitern (siehe 3.1.1.1.). Für die Ansiedlung der Bundesbehörden musste daher das gesamte Bonner Umland mit einbezogen werden.⁴⁸¹ Wie in Tabelle 1 verdeutlicht, sind in Bonn stetig neue Wohnungen entstanden. Zwischen 1950 und 1990 hat sich die Zahl der Wohnungen mehr als verfünffacht.

Der bei der Übernahme der Hauptstadtfunktion in Bonn bestehende Engpass bei den Unterkunftsmöglichkeiten hatte zu einer erheblichen Streuung der Bundesbehörden im Bonner Stadtgebiet geführt.⁴⁸² Dennoch hatten sich vier Zentren hauptstadtbezogener Einrichtungen herausgebildet: 1. Das Regierungsviertel, 2. die dem Rhein zugewandten Ortsteile in Bad Godesberg mit zahlreichen Diplomatischen Vertretungen, 3. die Kasernenkomplexe in Duisdorf mit mehreren großen Ministerien und 4. der Bereich von Finanz- und Innenministerium im Bonner Norden.⁴⁸³

Erst die kommunale Neugliederung im Jahre 1969 und die Anerkennung Bonns als vorläufige Hauptstadt 1973 ermöglichte eine Gesamtplanung für den Hauptstadtausbau. Der Bund verpflichtete sich vertraglich, die umfangreichen Leistungen durch Zuwendungen abzumildern. Im Gegenzug hatte die Stadt Bonn in angemessener Frist kommunale Einrichtungen, die für die Tätigkeit der Bundesorgane in Bonn unerlässlich waren zu schaffen und zu unterhalten. Als Grundkonzept war vorgesehen, dass eine Hauptstadt „mit menschlichem Maßstab“ entstehen sollte.⁴⁸⁴

Am 11. September 1975 wurde die „Vereinbarung über den weiteren Ausbau Bonns als Bundeshauptstadt“⁴⁸⁵ unterzeichnet. Die Vertragspartner verpflichteten sich zum Ausbau eines funktionsfähigen und in die Stadt integrierten Parlaments- und Regierungsviertels. Der Bund übernahm zwei Drittel der Kosten, von dem restlichen Drittel übernahm das Land 85% und die Stadt Bonn 15%.⁴⁸⁶ Die beiden außerhalb des Regierungsviertels gelegenen Ministerienstandorte in Duisdorf und im Bonner Norden blieben erhalten, da eine dezentrale Unterbringung der Mehrpoligkeit der Stadt besser entsprach und zur Entspannung der Verkehrsproblematik beitrug.⁴⁸⁷

Die seit 1950 stark wachsende Bevölkerung machte auch eine Vielzahl von Baumaßnahmen im Bereich der städtischen Infrastruktur notwendig.⁴⁸⁸ Neben mehreren Schulen entstanden zwei Stadttheater, eins in Bonn und eins in Bad Godesberg,

⁴⁸¹ Höroldt, 25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn, S. 77 ff.; Kuls, Bonn als Bundeshauptstadt, S. 4.

⁴⁸² Kuls, Bonn als Bundeshauptstadt, S. 4, 9 ff.

⁴⁸³ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 671.

⁴⁸⁴ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 674.

⁴⁸⁵ Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städteförderungsgesetz, S. 33.

⁴⁸⁶ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 675.

⁴⁸⁷ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 675.

⁴⁸⁸ Höroldt, 25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn, S. 96, 100 f.

zwei Rathäuser (in Godesberg und Beuel), das Bonner Stadthaus⁴⁸⁹, die Beethovenhalle, die Godesberger Stadthalle, Hallen- und Freibäder, der Sportpark Nord, die Sportanlagen in Pennenfeld sowie zwei Heizkraftwerke. Im Bereich des Verkehrswesens wurde Anfang der 1970er Jahre das U-Bahn-Netz und der City Ring erbaut, der die Innenstadt vom Durchgangsverkehr entlastete.

Um die Ministerien und Behörden an einem zentralen Ort um den bisherigen Standort des Bundestages und des Bundeskanzleramtes zusammenzufassen, wurde 1975 ein 672 ha großer Bereich zwischen den Stadtbezirken Bonn und Bad Godesberg in einer Entwicklungsmaßnahme nach dem Städtebauförderungsgesetz ausgewiesen. So entstand das Regierungsviertel. Dennoch blieben die Bundeseinrichtungen auf mehr als 200 Einzelstandorte über das gesamte Stadtgebiet verteilt.⁴⁹⁰

Im Mai 1983 versprach Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung, dass innerhalb der nächsten Jahre Bauinvestitionen in nie dagewesener Höhe eingesetzt würden, um das bauliche Provisorium Bonn zu beenden und die Bundesrepublik repräsentativ darzustellen. Es entstanden unter anderem der Plenarsaal, das Hotel Petersberg, die Kunst- und Ausstellungshalle des Bundes, das Kunstmuseum und das Haus der Geschichte.

3.1.2 Demografische Entwicklung in der Region Bonn

Die Entwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur ist für diese Arbeit aus verschiedenen Gründen interessant. Zum einen spiegelt die Einwohnerdichte das Maß der potentiell angreifbaren Personen wieder. Zum anderen ist die alters- und geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Bevölkerung relevant, da Männer häufiger für delinquentes Verhalten polizeilich registriert werden als Frauen und Jugendliche und Heranwachsende öfter erfasst werden als die ältere Bevölkerungsschicht der über 60-Jährigen. Nach Hellmer⁴⁹¹ korrelieren die Geschlechts- und Altersstruktur mit der Kriminalitätsbelastung.

1948 hatte Bonn 3.336 Einwohner je Quadratkilometer⁴⁹² und belegte damit Platz 4⁴⁹³ der Großstädte mit der größten Bevölkerungsdichte. 1970 lag Bonns Einwohnerdichte dann bei 1.943 Einwohnern je Quadratkilometer und damit an 42. Stelle in der Bundesrepublik. 1986 zählte Bonn 2.057 Einwohner je Quadratkilometer und lag damit an 19. Stelle. Die Einwohnerdichte gibt an, wie viele Menschen auf engem Raum wohnen. Wohnen viele Menschen auf engem Raum, erhöht sich die potentielle Gefährdung Einzelner. Zudem steigert sich rein statistisch die Gefahr kriminellen Verhaltens.

⁴⁸⁹ 1978 wurde das für 180 Mio. Mark erbaute Stadthaus eröffnet, das als Sitz der Verwaltung fungiert.

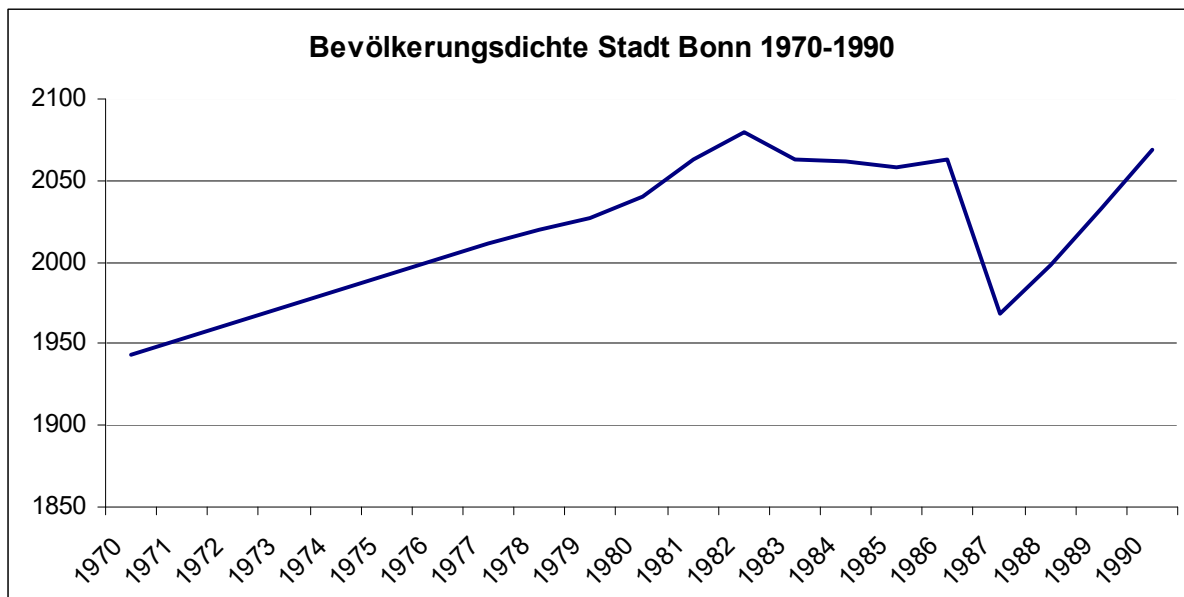
⁴⁹⁰ *Flagge/Stock*, Architektur und Demokratie, S. 245.

⁴⁹¹ *Hellmer*, Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik Deutschland, S. 62 ff., 73.

⁴⁹² *Müller-List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 685.

⁴⁹³ Hinter Berlin, Kiel und Herne.

Abbildung 5: Bevölkerungsdichte der Stadt Bonn, 1970–1990



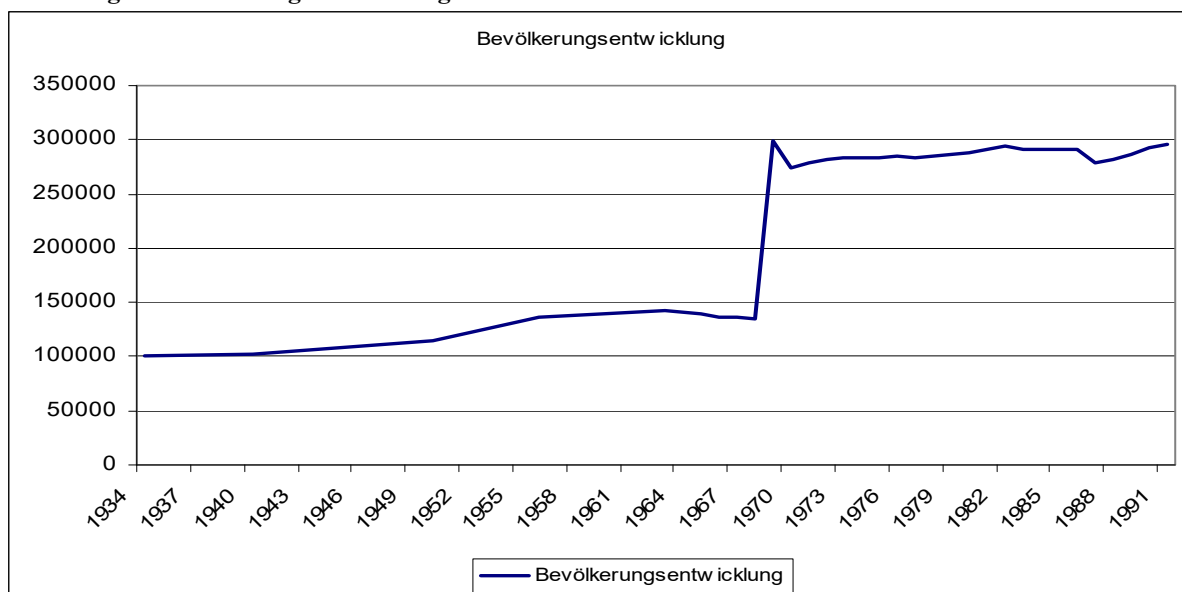
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=D54599C0E67FC65F0E6201B5C9EF9150>
<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=9A78784302637DE22136293233F648CC> ,
 letzter Zugriff: 19.09.2010

Die Stadt Bonn überschritt im Jahr 1934 erstmalig die 100.000er-Marke. Nach der Wahl zur Bundeshauptstadt ist die Einwohnerzahl innerhalb eines Jahres um fast 7.000 Personen rasant gestiegen und hat sich dann bis 1961 um rund 34% vergrößert.⁴⁹⁴ Nach den Eingemeindungen aufgrund der Neugliederung des Bonner Raumes im Jahr 1969 stieg die Einwohnerzahl auf 275.000.⁴⁹⁵ Im Verlauf der 1970er Jahre nahm die Bevölkerung um 4,2% zu. Allerdings verlagerte sich das Wachstum immer stärker in das Umland. Im Rhein-Sieg-Kreis wuchs die Bevölkerung zwischen 1961 und 1970 um fast 28% und bis 1980 noch einmal um knapp 20%.

⁴⁹⁴ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 685.

⁴⁹⁵ Schnee, Bonn, S. 111.

Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Bonn 1934–1990

Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Düsseldorf 2009

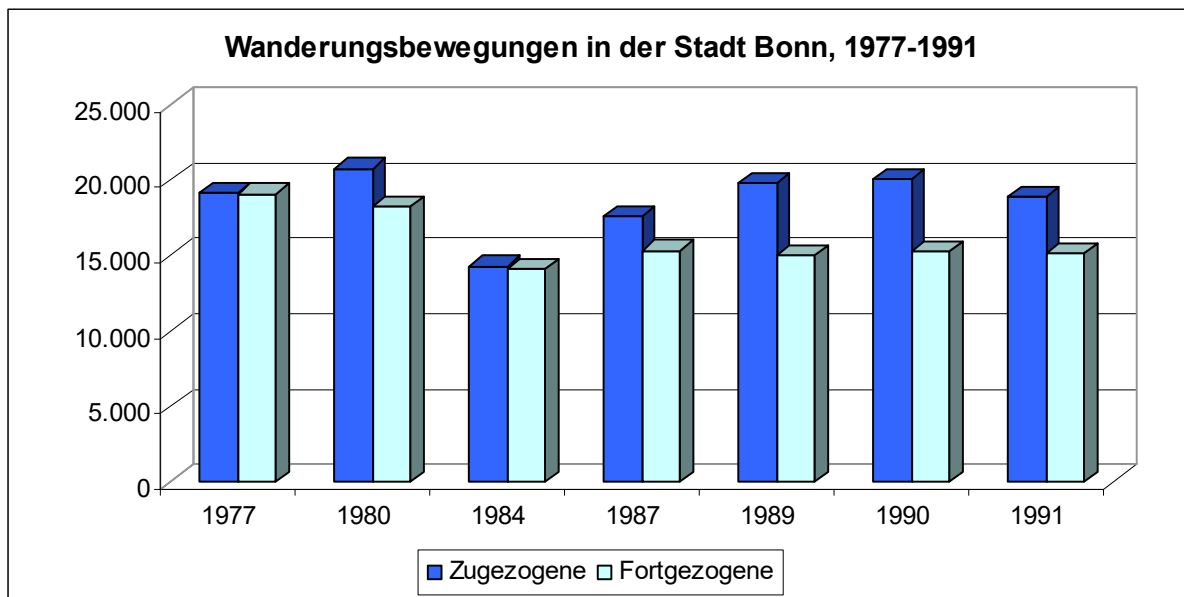
<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=E23E64D5FFC4098B447DAB2346EF888F>, letzter Zugriff: 18.09.201^0

Auf die Bevölkerungsentwicklung wirken sich drei Teilprozesse aus: die Sterbefälle, die Geburten sowie Zu- und Wegzüge.⁴⁹⁶ Der sprunghafte Anstieg der Bevölkerungszahlen 1969 beruht auf der Eingemeindung. Hierdurch stieg die Bevölkerung um über 160.000 auf 299.376 Stadtbewohner. Der Rückgang im Jahr 1987 – verdeutlicht in Abbildung 6 – ist das Ergebnis der durchgeführten Volkszählung.

In den späten 1960er Jahren setzte bundesweit ein Geburtenrückgang ein, der in Bonn zu einem deutlichen Rückgang der Altersgruppe der unter 15-Jährigen führte. Die Zuwanderung in der Gruppe der 15- bis 45-Jährigen ist vermutlich auf die Universität und die hauptstadtbedingten Einrichtungen zurückzuführen. Dem bundesweiten Trend entsprechend hat auch der Anteil über 65-Jähriger stark zugenommen. Abbildung 7 verdeutlicht, dass Bonn ein stetiges Bevölkerungswachstum verzeichnete. Wanderungsbewegungen wirken sich natürlich auch verändernd auf die Bonner Sozialstruktur aus.

⁴⁹⁶ Hradil, Sozialer Wandel, S. 642, 644.

Abbildung 7: Wanderungsbewegung in der Stadt Bonn, 1977–1991



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online.jsessionid=C85FEC72A24BBC462D8FCE98A65F9509>, letzter Zugriff: 13.09.2010

Bei einer Betrachtung der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bonner Bevölkerung seit 1950, fällt die mit der kommunalen Neuordnung von 1969 verbundene Strukturveränderung auf.⁴⁹⁷ Im Bereich der Altersverteilung hatte der Zusammenschluss verjüngende Wirkung. Auf 100 „alte“ Menschen über 65 Jahren kamen nun 148 Kinder unter 15 Jahren statt 118 im alten Bonn. Zwar hatte sich auch der Frauenüberschuss von 119 auf 117 je 100 männliche Einwohnern etwas abgeschwächt, dennoch war in Bonn auch noch 1980 ein über dem Bundesdurchschnitt liegender Frauenüberschuss festzustellen. Auf 1.000 Frauen kamen 1987 nur 869 Männer, im Bundesdurchschnitt lag der Wert bei 916 Männern.⁴⁹⁸

In der Zeitspanne von 1975 bis 1985 stieg der Ausländeranteil in Bonn relativ stark an. Im Bonner Stadtgebiet wies der Stadtbezirk Hardtberg mit seiner vorwiegend jungen Bebauung den niedrigsten Ausländeranteil auf. Der höchste Anteil wurde in Bad Godesberg verzeichnet – vermutlich wegen der Vielzahl der dort befindlichen Botschaften und Konsulate. Eine von Kemper/Kosack für das Jahr 1982 durchgeführte Forschung ergab, dass die Ausländer schwerpunktmäßig in den alten Ortskernen, der City sowie in citynahen Wohnbereichen von Bonn und Bad Godesberg wohnten, während ihr Anteil in den Außenbereichen auffallend niedrig war.⁴⁹⁹

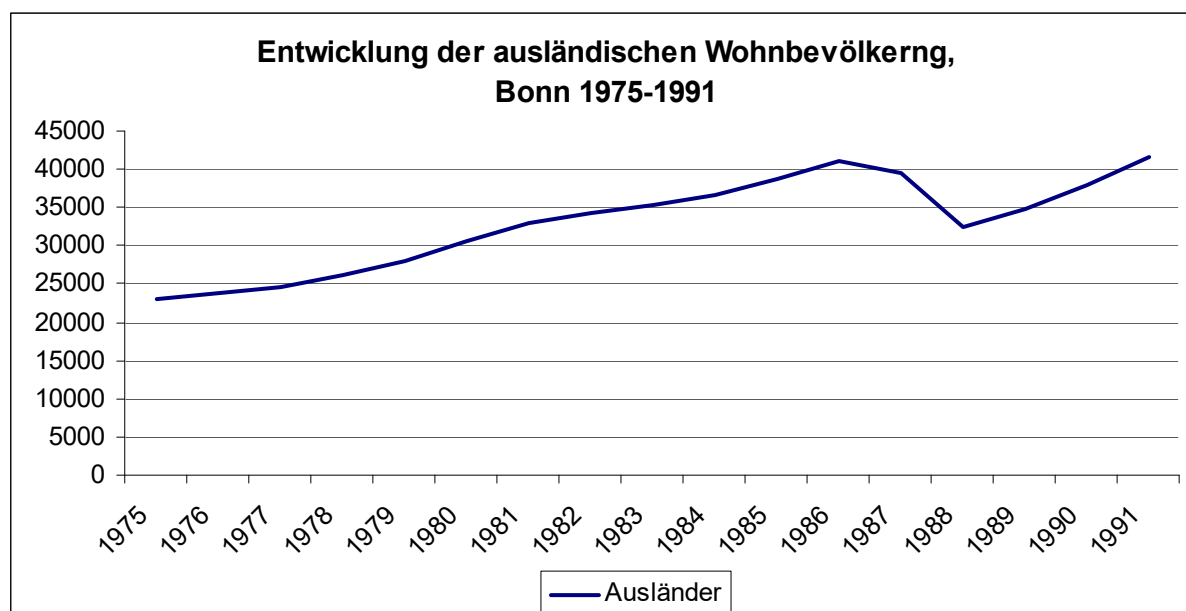
⁴⁹⁷ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 687.

⁴⁹⁸ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 867.

⁴⁹⁹ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 689.

Zwischen 1970 und 1987 verdoppelte sich die Zahl der Ausländer in Bonn.

Abbildung 8: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Bonn 1975–1991



(bis einschließlich 1986 geschätzte Werte)

Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=838C23E4651E4871932520D6F371E0D4>, letzter Zugriff: 13.09.2010

Seit 1949 ist die Zahl der in Bonn immatrikulierten Studenten enorm gestiegen: von etwa 6.000 im Jahr 1949 auf knapp 10.000 im Jahr 1960. 1970 waren gut 16.000 Studenten eingeschrieben und 1980 etwa 30.000.⁵⁰⁰ Seit Ende der 1980er Jahre ist die Uni mit mehr als 40.000 Studenten nach Köln und Münster die drittgrößte Hochschule des Landes Nordrhein-Westfalen.⁵⁰¹

Schon 1949 verstärkte sich in Bonn der Trend zu einer qualifizierten Schulbildung. Der Anteil der Gymnasiasten war mit 19,9% gut doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt von 9,9%. Die Hauptstadtfunktion und der damit verbundene starke Zuzug bildungsfreundlicher Schichten steigerte diese Tendenz. Bis 1984 entfielen nur noch etwa ein Fünftel aller Schüler auf die Haupt- oder Sonderschulen. Seit 1973 besuchten mehr als die Hälfte aller Schüler ein Gymnasium, 1985 war der Anteil der Gymnasiasten auf nahezu zwei Drittel angestiegen (64,8% der Schüler ab der 5. Klasse).⁵⁰² Bonn verfügte Ende der 1980er Jahre über 21 Gymnasien und ein Abendgymnasium und damit im Vergleich zu anderen Städten seiner Größe mit Abstand über die meisten Gymnasien. Münster, Karlsruhe oder Mannheim z.B. be-

⁵⁰⁰ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 727.

⁵⁰¹ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 727.

⁵⁰² Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 730.

sitzen bei vergleichbarer Einwohnerzahl 14, 15 und 13 Gymnasien.⁵⁰³ Die Zahl der Grund- und Hauptschulen sowie der Sonderschulen hat sich von 1949 bis 1973 zwar um etwa 60% erhöht, die Schülerzahl hat jedoch nur leicht zugenommen. In diesen Schulen finden sich zudem sowohl 1973 als auch 1985 prozentual die meisten ausländischen Schüler.⁵⁰⁴ Berücksichtigt werden muss aber, dass etwa 40% der ausländischen Kinder aus Diplomatenfamilien stammen. Diese verteilten sich im Jahr 1973 auf die verschiedenen Schultypen wie folgt: Grundschulen 45,5%, Hauptschulen 7,4%, Sonderschulen 2,2%, Realschulen 6,4% und Gymnasien 38,5%.⁵⁰⁵ Damit entspricht die Verteilung der Diplomatenkinder etwa derjenigen der gesamten Bonner Schüler, mit einer leicht erhöhten Tendenz zum Gymnasium.⁵⁰⁶ Im Jahr 1973 besuchten fast dreimal so viele Kinder ein Gymnasium wie eine Hauptschule, 1985 sogar 4,5-mal so viele.

3.1.3 Entwicklung der Wirtschaftsstruktur der Region Bonn

Das ökonomische System ist als ein selbstständiges Handlungssystem mit eigener Strukturbildung anzusehen, das allerdings mit den anderen Sozialsystemen – dem Bildungssystem, der Siedlungsstruktur, den Freizeitgewohnheiten, der sozialen Sicherheit, der Familienstruktur oder dem kulturellen System – eng verknüpft ist. Die Wirtschaft prägt die Sozialstruktur der Gesellschaft und treibt deren Wandel voran.⁵⁰⁷ Schwind et al. kommen in ihrem Kriminalitätsatlas Bochum zu der Erkenntnis, dass der tertiäre Wirtschaftssektor in einem hohen Maß entwendbare Güter zur Verfügung stellt.⁵⁰⁸ Hierdurch kann sich eine in Kapitel 5 zu untersuchende Bedeutung für die Entwicklung der Eigentumskriminalität ergeben. In zahlreichen Studien wird ein möglicher Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Aspekten und kriminellem Verhalten untersucht. Ein besonderer Fokus wird dabei auf die Arbeitslosigkeit gelegt, da angenommen wird, dass eine wirtschaftlich angespannte Situation Kriminalität, insbesondere Eigentumsdelikte, fördere. Diese Annahme basiert auf der in Abschnitt 2.3.2.1 dargestellten Anomietheorie. Hiernach haben arbeitslose Jugendliche mangels entsprechender finanzieller Mittel nicht die Möglichkeit, die als erstrebenswert geltenden Güter mit legalen Mitteln zu erwerben.

Der mit der Ernennung zur Hauptstadt verbundene beschleunigte Wiederaufbau und die Verbesserung zahlreicher Einrichtungen brachte für die Stadt Bonn eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung mit sich. Die Investitionen konnten nicht aus laufenden Steuermitteln bestritten werden. Zwar erhielt Bonn für die Aufgaben der Kriegsschädenbeseitigung und die Förderung des Schulbaus über den allgemeinen Rahmen hinaus Zuschüsse vom Land. Der größte Teil der Finanzmittel musste aber

⁵⁰³ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 731.

⁵⁰⁴ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 731.

⁵⁰⁵ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 731.

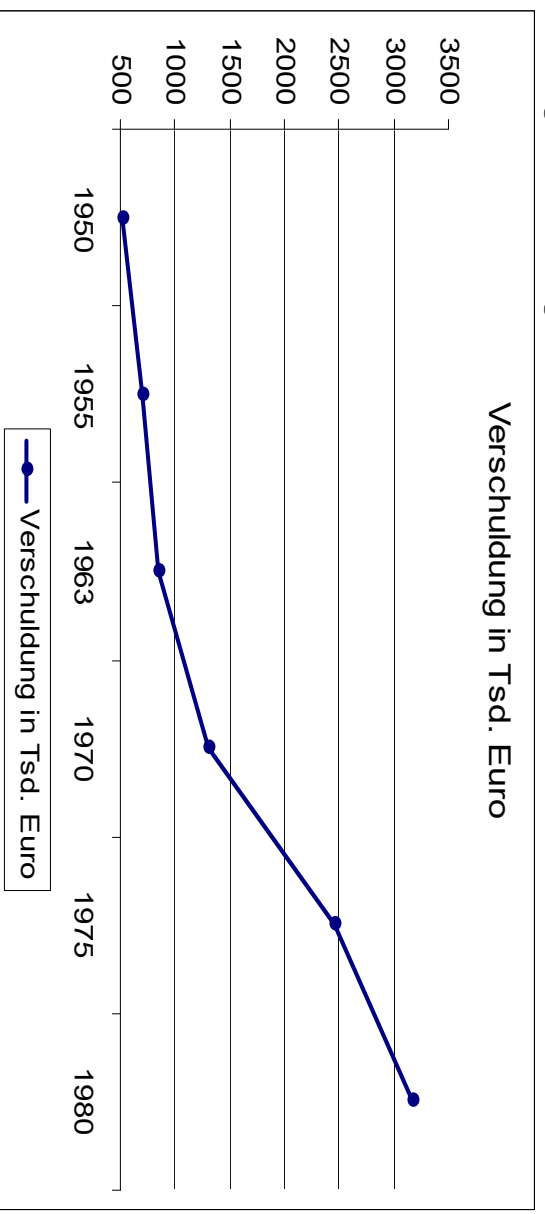
⁵⁰⁶ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 731.

⁵⁰⁷ Voelzkow, Wirtschaft und Arbeit, S. 389, 391.

⁵⁰⁸ Schwind, Zum Beitrag der Soziologie, S. 376, 377.

über Kredite beschafft werden. Dies führte dazu, dass die Stadt schon zu Beginn der 1950er Jahre die höchste Pro-Kopf Verschuldung aller Städte in Nordrhein-Westfalen hatte.⁵⁰⁹ Der Schuldenstand stieg von 14, 6 Mio. DM⁵¹⁰ im Jahr 1950 auf 51, 6 Mio. DM im Jahr 1955⁵¹¹ und vervierfachte sich damit innerhalb von fünf Jahren. Der Grund für den Widerspruch zwischen der Aufgabenfülle und der Begrenztheit der städtischen Einnahmequellen lag darin, dass nicht genug Gewerbe in Relation zur Größe der Stadt vorhanden war, die finanzielle Kraft der Gemeinden aber sehr stark vom örtlich ansässigen Gewerbe abhängig ist.⁵¹² Trotz der angespannten Haushaltssituation wurden umfangreiche Investitionsmaßnahmen durchgeführt.⁵¹³

Abbildung 9: Verschuldung der Stadt Bonn 1950–1980



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten von Müller List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 710.

Die kommunale Neugliederung 1969 brachte zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich, da auch noch eine gleichwertige Entwicklung aller Orte im Bereich des Kindergarten-, Straßen- und Kanalbaus zu gewährleisten war.

Die Funktion Bonns als Regierungssitz und Universitätsstadt schlug sich deutlich in der Wirtschaftsstruktur der Bevölkerung nieder.⁵¹⁴ 1950 lebten noch fast 5.000 Menschen von der Landwirtschaft. Ihr Anteil schrumpfte um ca. ein Drittel, sodass es 1970 nur noch etwa 1.700 Menschen waren. Der Anteil der Beschäftigten im primären Wirtschaftssektor ging von 2,5 auf 0,6% zurück. Auch im produzierenden Gewerbe war ein rückläufiger Trend zu beobachten. Statt 33% in 1950 waren 1970 nur noch 21,8% der Bonner Bevölkerung im sekundären Sektor tätig. Der Anteil der im Dienstleistungsbereich Tätigen stieg dagegen im genannten Zeitraum um ein

⁵⁰⁹ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 705.

⁵¹⁰ Das sind 123 DM je Kopf der Bevölkerung.

⁵¹¹ Das sind pro Kopf 372 DM.

⁵¹² Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 706.

⁵¹³ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 706.

⁵¹⁴ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 691.

Fünftel. 1950 waren gut 40% im tertiären Sektor beschäftigt, 1970 waren es schon 53%.

1987 waren von insgesamt 116.825 Erwerbstätigen 79,6% im tertiären Sektor und 19,7% im produzierenden Gewerbe tätig. Die Anteile der Erwerbstätigen in den drei Produktionssektoren sind ein wichtiger Indikator für den Strukturwandel des ökonomischen Systems in Bonn.

Darüber hinaus entwickelte sich Bonn zur Stadt der Beamten und Angestellten. Ihr Anteil stieg von 36% im Jahr 1950 auf 62% im Jahr 1970. 1952 waren rund 9.200 Menschen für den Bund tätig, 1989 waren es bereits rund 50.000 Beschäftigte.

1987 gab es in der Stadt Bonn insgesamt 13.363 Arbeitsstätten mit 163.250 (134.119 sozialversicherungspflichtig) Beschäftigten, davon waren 4,4% ausländische Arbeitnehmer. Auf Wirtschaftszweige verteilt, ergibt sich folgendes Bild: 6,0% waren tätige Inhaber, 15,9 % Beamte/Richter, 47,7 % Angestellte, 23,8 % Arbeiter sowie 6,6 % Auszubildende und unbezahlte mit helfenden Familienangehörigen.⁵¹⁵ Die Verteilung der Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen ist interessant, weil eine Verschiebung hin zum Dienstleistungssektor stattgefunden hat. Zwar ist dieser in der Regel personalintensiv, allerdings finden gering Qualifizierte tendenziell leichter eine Anstellung in der Industrie.

1949 siedelten die Vertretungen der Bundesländer von Frankfurt nach Bonn über.⁵¹⁶ Von den insgesamt 133 diplomatischen Vertretungen hatten 115 ihren Sitz in der Stadt.⁵¹⁷ Darüber hinaus waren über 300 öffentliche und private Verbände aus Kultur, Politik, Publizistik und Wirtschaft in Bonn angesiedelt. Aus dieser Ansammlung aus Bundesorganen, Ministerien, Ländervertretungen, Verbänden und Organisationen leiteten sich die Haupterwerbsquellen im Dienstleistungsbereich ab.⁵¹⁸ 1950 wurde die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten auf 10.000 geschätzt, 1974 bereits auf über 50.000.

Dank seines hohen Beschäftigungsanteils im relativ konjunkturunabhängigen öffentlichen Dienst blieb der Raum Bonn lange Zeit von hohen Arbeitslosenquoten verschont. Zu Beginn der 1970er Jahre geriet jedoch auch Bonn in eine lang anhaltende Rezessionsphase, in der sich die Zahl der Arbeitslosen zwischen 1973 und 1975 verdreifachte. Ab 1976 sank die Zahl der Arbeitslosen auf 2,7 % im Jahr 1979, stieg aber ab 1980 wieder an.

3.2 Entwicklung einzelner Regionen

Im Gegensatz zu den Daten für den Zeitraum 1991 bis 2009 sind bis 1990 so gut wie keine validen Daten für die einzelnen Bereiche abrufbar. Aus diesem Grund ist

⁵¹⁵ Statistikstelle der Bundesstadt Bonn, Sonderstatistik Nr. 7 (August 1989).

⁵¹⁶ *Müller-List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 694.

⁵¹⁷ *Müller-List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 694.

⁵¹⁸ *Müller-List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 694.

eine differenzierte Betrachtung jedes einzelnen dieser drei Bereiche nach städtebaulicher, wirtschaftlicher und demografischer Entwicklung in eigenständigen Kapiteln mangels ausreichender Datenbasis nicht sinnvoll. Für die drei Bereiche werden die genannten Aspekte in dem folgenden Abschnitt zusammengefasst.

3.2.1 Untersuchungsbereich Bonn

Der Untersuchungsbereich Bonn dehnt sich auf 63,48 Quadratkilometern⁵¹⁹ aus. Dies entspricht etwa 45% der Gesamtfläche des Bonner Stadtgebietes. Auf dieser Fläche lebten 1991 139.713 Menschen. Die Einwohnerdichte lag damit bei 2.200,9 Einwohnern pro Quadratkilometer.⁵²⁰

Städtebauliche Entwicklung:

Nach der kommunalen Neugliederung wurde der Stadtbezirk Bonn aus der alten Stadt Bonn und den ursprünglich selbständigen Gemeinden Ippendorf, Buschdorf, Lessenich und Röttgen gebildet. Die zentralen Einrichtungen von Bildung, Kultur und Freizeit befinden sich überwiegend in diesem Stadtbezirk.

Im Jahr 1987 gab es im Untersuchungsbereich Bonn 60.522 Wohnungen, davon waren 21,9 % öffentlich gefördert. Damit ist die Zahl von 1968 um nahezu 10.000 Wohngebäude angestiegen.

In der Zeit zwischen 1986 und 1987 stagnierte die Zahl der Bonner Bevölkerung bei gleichzeitiger Erhöhung des Wohngebäudebestands.

Entwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur:

1987 waren 121.557 Einwohner im Untersuchungsbereich Bonn gemeldet. Am 31.12.1991 lebten dort 138.724 Einwohner. Davon waren 118.898 Deutsche und 14,3% Ausländer.

Wirtschaftliche Entwicklung:

Der Untersuchungsbereich Bonn übt als ursprünglicher Ortskern innerstädtische Funktionen aus. 1987 gab es im Bereich Bonn insgesamt 6.299 Arbeitsstätten mit 83.186 tätigen Beschäftigten. 5,7% tätige Inhaber, 13% Beamte/Richter, 49,7% Angestellte, 26,9% Arbeiter und 4,7% sonstige.

3.2.2 Untersuchungsbereich Duisdorf

Duisdorf ist der kleinste Stadtbezirk Bonns. Er wurde 1969 aus Teilen des ehemaligen Amtes Duisdorf und den Orten Hardthöhe und Lengsdorf gebildet. Der Stadtbezirk umfasste 1991 1.074,6 ha, auf denen 41.305 Einwohner lebten.⁵²¹ Die Einwohnerdichte pro Quadratkilometer betrug 3.843,8.

⁵¹⁹ Statistikstelle der Bundesstadt Bonn, Indikatorenkatalog der Bonner Ortsteile, Januar 2009.

⁵²⁰ Statistik der Stadt Bonn zum 31.12.2008.

⁵²¹ Statistikstelle der Bundesstadt Bonn.

Städtebauliche Entwicklung:

Duisdorf war seit jeher eigenständig und wurde erst im Zuge der NRW-Gebietsreform im Jahre 1969 Bonn zugeschlagen. Während des Zweiten Weltkriegs wurden in Duisdorf Kasernen gebaut, die nach dem Krieg eine neue Verwendung suchten. Diese fanden sie durch den Hauptstadtbeschluss. Die ehemalige Troilo-Kaserne wurde von 1961–62 für das Bundesarbeits- und das Bundeslandwirtschaftsministerium umgebaut. Ebenfalls 1961–1962 und in den Jahren 1967–1969 wurde die Gallwitzkaserne für das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesverteidigungsministerium auf der Hardthöhe nutzbar gemacht.⁵²² Die entstandenen Ministerienkomplexe erforderten einen starken Neubau von Wohnraum, der sich bis 1965 verdreifachte⁵²³ und bis 1987 einen Wohnungsbestand von 24.759 Einheiten umfasste. Davon waren 21,8% öffentlich gefördert. Für die Reutersiedlung⁵²⁴ mit 400 Wohneinheiten wurden eine Millionen DM aus Wohnungsbaumitteln bereitgestellt.⁵²⁵

Entwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur:

1987 lebten in Duisdorf 28.456 Einwohner, davon 19.171 weibliche Personen. Der Ausländeranteil betrug 5,4%, die Erwerbsquote lag bei 44,8%, der Anteil der Arbeitslosengeldempfänger bei 4,6%. Am 31.12.1991 lebten 41.998 Einwohner im Ort, davon waren 38.782 Deutsche und 7,7% Ausländer. Während Hardtberg in 1949 über kein gut entwickeltes Schulsystem verfügte, besaß es 1990 fünf weiterführende Schulen.

Wirtschaftliche Entwicklung:

Duisdorf war ursprünglich überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Die erste Veränderung dieser Struktur und ein Aufschwung setzten Ende der 1930er Jahre mit dem Bau von Kasernen ein. 1987 gab es in Duisdorf insgesamt 1.080 Arbeitsstätten mit 16.823 beschäftigten Personen, davon waren 5,8% tätige Inhaber, 23,9% Beamte/Richter, 43,9 % Angestellte, 19,9% Arbeiter und 6,3% sonstige.

3.2.3 Untersuchungsbereich Bad Godesberg

Seit 1969 ist Bad Godesberg einer der vier Stadtbezirke von Bonn. Im Jahr 1991 lebten auf einer Fläche von 3.015,0 ha 67.203 Menschen, das entspricht 2.290 Einwohner pro Quadratkilometer.⁵²⁶

Städtebauliche Entwicklung:

Bad Godesberg hatte stets eine eigenständige Geschichte. Diese reicht aus der Römerzeit bis zur NRW-Gebietsreform 1969, als der Ort der Stadt Bonn zugeschlagen

⁵²² Zänker, Bauen im Bonner Raum, S. 136-144.

⁵²³ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 682.

⁵²⁴ Die Reutersiedlung wurde als Wohnmöglichkeit für Mitarbeiter der Bundesverwaltung errichtet.

⁵²⁵ Müller-List, Geschichte der Stadt Bonn, S. 641, 648.

⁵²⁶ Statistikstelle der Bundesstadt Bonn.

wurde. Den sich 1949 schnell im Gebiet der Bundeshauptstadt konzentrierenden diplomatischen Vertretungen, Verbänden und Interessensvertretungen stand vor allem die großzügige und wenig zerstörte Bausubstanz in Bad Godesberg zur Verfügung. Der Standort Bad Godesberg wurde auch zum neuen Ministerienstandort. Hier wurden neben den sog. Kreuzbauten (den Ministerienhochbauten) die Neubauten für das Post- und das Verkehrsministerium errichtet. Bad Godesberg wurde zu einer Wohnstadt für Bundesbeamte und Angestellte, sodass der enorme Wohnungsbedarf durch Neubauten gedeckt werden musste. In der Plittersdorfer Aue wurde eine großzügige Wohnstadt für die amerikanischen Angestellten mit Hallenbad, Schule und Kirche erbaut.⁵²⁷ Durch die Erschließung neuer Flächen entstanden in den 1960er Jahren ganze Stadtteile, beispielsweise in Mehlem, Rüngsdorf, Heiderhof oder Pennenfeld. Im Norden Godesbergs entstand Mitte der 1970er Jahre der Komplex des Wissenschaftszentrums, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes. Versicherungs- und Handelsunternehmen sowie Hotelketten errichteten zahlreiche Hotels, Büro- und Geschäftsbauten.⁵²⁸

In Bad Godesberg fehlte bei Kriegsende 26.000 m² Wohnraum.⁵²⁹ 1987 wurden 30.876 Wohnungen erfasst, davon waren 15,7 % öffentlich gefördert.

Entwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur:

1987 lebten im Stadtbezirk Godesberg 71.723 Einwohner. Am 31.12.1991 waren insgesamt 70.375 Einwohner gemeldet, davon waren 59.156 deutsche Staatsangehörige und 15,9% Ausländer.

Wirtschaftliche Entwicklung:

Bad Godesberg überstand den Zweiten Weltkrieg nahezu unzerstört. Aufgrund der besonders reizvollen Lage zwischen Rhein und verschiedenen Höhenzügen sowie der geringen Kriegsfolgen war Godesberg der bevorzugte Standort für Wohngebäude und kulturelle Einrichtungen. Dies erklärt auch, weshalb sich der Ort zum bevorzugten Standort für Konsulate und Botschaften entwickelte. Denkmal geschützte Villen in Parkanlagen prägten das Bild stärker als eine innerstädtisch gewachsene Infrastruktur – die Fußgängerzone entstand erst Jahre später künstlich am Reißbrett.

1987 gab es im Bereich Bad Godesberg insgesamt 4.073 Arbeitsstätten mit 47.862 beschäftigten Personen. Davon 6,1% tätige Inhaber, 19,3% Beamte/Richter, 51% Angestellte, 17,9% Arbeiter und 5% sonstige.

3.2.4 Zusammenfassung

Bonn war sowohl hinsichtlich der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur als auch bei der städtebaulichen Ausgestaltung stark durch seinen Hauptstadtcharakter ge-

⁵²⁷ *Seufert*, Junge Stadt am alten Strom, S. 159.

⁵²⁸ *Müller List*, Geschichte der Stadt Bonn, S. 676.

⁵²⁹ *Schnee*, Bonn, S. 106.

prägt. Hauptstadtbezogene Einrichtungen waren über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Bad Godesberg diente primär der Wohnfunktion von Konsulaten und höheren Beamten und übernahm damit eine Repräsentationsstellung. In Duisdorf entstanden dagegen aus den ungenutzten Kasernen zahlreiche Ministerienkomplexe, die eine Vielzahl von Arbeitsplätzen schufen. Zusätzlich mussten neue Wohn- und Schlaf-siedlungen erbaut werden, um der stetig wachsenden Bevölkerung Platz zu schaffen. Der Untersuchungsbereich Bonn war als innerstädtisch gelegener Bezirk Mittelpunkt der Stadt und übernahm mit seiner großen und schönen Fußgängerzone die Cityfunktion. Das Stadtbild ist geprägt durch die 1969 stattgefundenen Eingemeindungen. Godesberg und Duisdorf haben sich einen eigenen Stadtkern und – charakter erhalten, sodass mehrere eigenständige Innenstädte existieren. In wirtschaftlicher Hinsicht war Bonn nie eine Industrieregion, sondern immer dienstleistungsorientiert.

In neun der 65 statistischen Bezirke ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen größer als der Seniorenanteil. Dies sind die Bezirke Neu-Tannenbusch (132), Buschdorf (133), Dransdorf (136) – diese gehören alle zum Untersuchungsbereich Innenstadt – Lessenich/Meßdorf (137), Medinghoven (493) und Brüser Berg (494) – diese gehören zum Untersuchungsbereich Duisdorf. Die Familienstände sind hinsichtlich ihrer räumlichen Verteilung mit der Altersstruktur gekoppelt. Mehr als die Hälfte der Einwohner der Bonner City und citynahen Wohngebiete waren ledig. Dagegen waren mehr als die Hälfte der Einwohner in Röttgen (127), Lessenich/Meßdorf (137), und in vielen Bezirken des Beueler Außenrings sowie im Finkenhof (492) und Neu-Duisdorf (497) verheiratet. 1987 war in nur 9 der 65 statistischen Bezirke der Kinder- und Jugendlichenanteil größer als der Seniorenanteil. In den Bezirken Auerberg (134), Dransdorf (136) und Godesberg-Nord (254) hatten mindestens 30% der Erwerbspersonen eine Beschäftigung im produzierenden Gewerbe, dagegen gingen über vier Fünftel der Erwerbstätigen der Bezirke Bonner Talviertel (118), Venusberg (125), Gronau (141), Heiderhof (269) und Finkenhof (492) einer Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe nach. Mehr als 15% der Erwerbstätigen des Bezirkes Zentrum-Münsterviertel (111) waren selbstständig. Hohe Arbeiteranteile von über 40% wurden in den Gewerbegebieten Ellerviertel (115), Güterbahnhof (116), Dransdorf (136) und Godesberg-Nord (254) registriert.

3.3 Der Strukturwandel im juristischen Kontext

Der Hauptstadtbeschluss war eine politische Entscheidung, die sich jedoch erheblich auf die wirtschaftliche und soziale Struktur Bonns auswirkte. Aus diesem Grund wird zu zeigen sein, in wie weit politische Beschlüsse, wie beispielsweise das Fünf-Säulen-Modell oder die Vereinbarung über die Zahlung von Ausgleichsmaßnahmen, die Auswirkungen des Regierungsumzugs abfedern konnten. Alle diese politischen Entscheidungen wirken sich auf die ökonomische Situation und die Sozialstruktur der Stadt aus und dürfen aus diesem Grund nicht unerwähnt bleiben.

In folgenden Abschnitt 3.3.1. wird zunächst der Beschluss des Deutschen Bundestages erläutert, der Berlin zur Hauptstadt und damit zum Sitz des Bundestages und der Bundesregierung bestimmte. Aus dieser Entscheidung entstand später das Berlin/Bonn-Gesetz, dessen Inhalt aufgrund der besonderen Bedeutung für Bonn in Abschnitt 3.3.2. überblicksartig vorgestellt wird.

3.3.1 Hauptstadtbeschluss vom 20. Juni 1991

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde Berlin durch Einigungsvertrag am 3. Oktober 1990 zur Bundeshauptstadt. Der Deutsche Bundestag beschloss am 20. Juni 1991 mit 338 gegen 320 Stimmen im so genannten Hauptstadtbeschluss, dass Berlin Sitz des Bundestages und der Bundesregierung werden sollte. Nachfolgend einigten sich die Stadt Bonn und der Bund darauf, dass Bonn auch weiterhin eine bundespolitisch bedeutende Rolle einnehmen und schädliche Folgen des Teilumzugs auf die Sozial- und Wirtschaftsstruktur durch sog. Ausgleichsmaßnahmen verhindert werden sollten. Dies führte schließlich zum Berlin/Bonn-Gesetz vom 28. April 1994.

Der Umzug von Bundestag und Bundesregierung begann am 5. Juli 1999, am 1. September 1999 war offizieller Arbeitsbeginn in Berlin.

3.3.2 Berlin/Bonn-Gesetz

Das am 10. März 1994 vom Bundestag beschlossene Berlin/Bonn-Gesetz⁵³⁰ bekräftigte den Hauptstadtbeschluss des deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 und legte die künftige Organisation der Bundesregierung fest. Es trat am 7. Mai 1994 in Kraft und gilt unverändert bis heute.

Die Stadt Bonn formuliert auf ihrer Internetseite⁵³¹:

„Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991, seinen Sitz und den Kernbereich der Regierungsfunktionen nach Berlin zu verlagern, haben die Stadt Bonn und die Region an Sieg und Ahr vor gewaltige Aufgaben gestellt. Als Folge des Beschlusses weist das Berlin/Bonn-Gesetz der Bundesstadt Bonn wichtige politische Funktionen auf Dauer zu und eröffnete damit Chancen für eine gute Entwicklung von Stadt und Region. Die politischen Schwerpunkte werden durch die im Gesetz festgeschriebene faire Arbeitsteilung zwischen den beiden Städten und den damit verbundenen Ausbau Bonns als Standort nationaler, internationaler und supranationaler Einrichtungen markiert. Die Ausgleichsvereinbarung, die der Stadt und der Region 1,43 Mrd. Euro zur Verfügung stellte, ermöglichte eine strukturelle Anpassung und damit eine positive wirtschaftliche Entwicklung.“

⁵³⁰ Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des deutschen Bundestages von 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands.

⁵³¹ www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/bonn_ausgleich/index.html?lang=de#ziel_de_0_9, letzter Zugriff: 14.07.2009.

Um eine „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ zwischen Berlin und Bonn sicherzustellen, schreibt § 1 des Gesetzes in Anlehnung an das Fünf-Säulen-Modell „Erhalt und Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt Bonn in folgenden Politikbereichen“ fest:

- Bildung und Wissenschaft, Kultur, Forschung und Technologie, Telekommunikation,
- Umwelt und Gesundheit,
- Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
- Entwicklungspolitik, nationale und supranationale Einrichtungen,
- Verteidigung.

Dieses sog. Fünf-Säulen-Konzept entstand als Leitlinie und Grundlage einer künftigen gemeinschaftlichen Regionalentwicklung für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler.⁵³²

Aufgrund der genannten – in Bonn verbleibenden – Politikbereiche behielten folgende sechs Bundesministerien dort ihren Hauptsitz und richteten in Berlin einen zweiten Dienstsitz ein:

- Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung,
- Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
- Ministerium für Bildung und Forschung,
- Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft,
- Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie
- Ministerium für Verteidigung.

Das ursprünglich 7. Ministerium für Post und Telekommunikation wurde aufgelöst und in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die entsprechenden Unternehmen Deutsche Telekom AG, Deutsche Post AG und Postbank AG und ihre Tochtergesellschaften wurden privatisiert, behielten aber ihren Sitz in Bonn.

Für die in Bonn verbliebenen Ministerien beschloss die Bundesregierung im Jahr 1992, dass sie maximal 10% ihres Personals an den zweiten Dienstsitz Berlin verlegen dürfen. 1998 hob das Rot-Grüne Bundeskabinett die Obergrenze auf 25% an. Im November 2002 vergrößerte die Bundesbildungsministerin ihren Berliner Stab von 100 auf 250 ihrer 1.000 Mitarbeiter. Problematisch hieran ist, dass in Bonn nur noch die reine Projektverwaltung und Durchführungsreferate bleiben sollten, während in Berlin künftig alle politisch und strategisch tätigen Teile des Ministeriums

⁵³² Die Umsetzung der Zukunftsziele vollzieht sich über die Realisierung von Leitprojekten in den jeweiligen Säulen. Die Fünf Säulen:

- Region der Wissenschaft und Forschung
- Modell einer umweltgerechten Stadtlandschaft und Kulturregion
- Region zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur
- Zentrum für europäische und internationale Zusammenarbeit
- Bonn als Bundesstadt.

arbeiten.⁵³³ Dies widerspricht dem Sinn des Berlin/Bonn-Gesetzes, dessen § 1 vorgibt, dass auch in Bonn politische Funktionen wahrgenommen werden sollen. Anderenfalls verliert Bonn mangels politischer Entscheidungsträger seine Berechtigung als Bundesstadt.

§ 4 Abs.4 des Berlin/Bonn-Gesetzes legt fest, dass „insgesamt der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien in der Bundesstadt Bonn erhalten“ bleiben. Zwei der neun nach Berlin verlegten Ministerien⁵³⁴ ließen deshalb ihre meisten Mitarbeiter in Bonn.

Zur Sicherung des Standortes der Bundesministerien war vorgesehen, dass der größte Teil der ministeriellen Arbeitsplätze in der ehemaligen Hauptstadt verbleibt. Die ihren ersten Dienstsitz in Bonn nehmenden Ministerien richteten eine Außenstelle in Berlin ein. Im Gegenzug beließen die nach Berlin ziehenden Ministerien einen Zweitsitz in Bonn ebenso wie das Bundespräsidialamt und das Bundeskanzleramt – einschließlich Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Zum Ausgleich war festgelegt worden, über 20 Bundesbehörden aus Berlin und dem Rhein-Main-Gebiet nach Bonn zu verlegen.

Durch die Verlegung fielen in Bonn von 26.000 Arbeitsplätzen ca. 11.400 weg. Um diesen Verlust auszugleichen, sah das Gesetz in § 7 vor, dass über 20 Bundesämter mit etwa 7.600 Arbeitsplätzen nach Bonn umziehen sollten.⁵³⁵

Des Weiteren soll nach § 6 des Berlin/Bonn-Gesetzes Bonn als Standort der Entwicklungspolitik mit nationalen, internationalen und supranationalen Einrichtungen ausgebaut werden. In der Stadt unterhalten 170 internationale Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen ihre Büros. Im Haus Carstanjen in Bad Godesberg residiert die mit 200 Mitarbeitern größte UN-Einrichtung Deutschlands, das Sekretariat der Klimarahmenkonvention.

§ 6 Abs. 1 Berlin/Bonn Gesetz regelt die Ausgleichsmaßnahmen. Durch die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich sowie durch Unterstützung bei notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen soll der Verlust des Parlaments- und Regierungssitzes für die Region Bonn ausgeglichen werden. Nach § 6 Abs. 2 soll der Ausgleich insbesondere in vier Bereichen erfolgen: Wissenschaft, Kultur, Entwicklungspolitik und Wirtschaft. In § 6 Abs. 4 Berlin/Bonn-Gesetz ist darüber hinaus festgeschrieben, dass der Bund die Bundesstadt Bonn „bei der ihr vom Bund zur Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Repräsentati-

⁵³³ *Leyendecker*, Ministerien befürchten neue Umzugswelle.

⁵³⁴ Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung und das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

⁵³⁵ Dazu gehörten u.a. das Bundeskartellamt, das Bundesversicherungsamt, die Bundesaufsichtsämter für das Kredit- und Versicherungswesen, der Bundesrechnungshof sowie das Bundesinstitut für Berufsbildung, das allein schon 500 Mitarbeiter beschäftigt, und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte.

on vereinbarungsgemäß übertragenen besonderen Aufgaben“ unterstützt.⁵³⁶ Diese besonderen Aufgaben erfüllte Bonn bis Ende 1999 mit finanzieller Unterstützung der „Bonn-Vereinbarung“ zwischen Bund, Land und Stadt.

Mit dem Gesetz erhielt die Stadt am 28. April 1994 – dem Verkündungsdatum des Berlin/Bonn-Gesetzes – den offiziellen Titel *Bundesstadt*, eine in Deutschland einmalige Bezeichnung. „Die neuartige Schaffung des Rechtsbegriffs der Bundesstadt im Berlin/Bonn-Gesetz dient zum einen dazu, die Bedeutung der Stadt Bonn als bleibenden Sitz einiger Bundesministerien und oberer Bundesbehörden hervorzuheben. Andererseits bezweckt der Begriff eine symbolische Anerkennung Bonns für Leistungen zum Aufbau und zur Identifikation eines demokratischen, an bundesstaatlichen Prinzipien orientierten Deutschlands.“⁵³⁷ Die Verleihung des Titels *Bundesstadt* verdeutlicht, dass Bonn ein zweites politisches Zentrum der Bundesrepublik sein soll und schuf damit die Neuheit, dass ein Staat zwei politische Mittelpunkte hat: eine Bundeshauptstadt und eine Bundesstadt.

3.4 Entwicklung der Region Bonn im Zeitraum 1991 bis 2008

Mit der Wiedervereinigung im November 1989 machte der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt mit Regierungssitz zu einer Bedingung für den Einigungsvertrag.

Während der Verhandlungen wurde § 2 des Einigungsvertrages von 2. Oktober 1990 wie folgt formuliert: „Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.“

Am 20. Juni 1991 beschloss der Deutsche Bundestag im so genannten Hauptstadtbeschluss die Verlegung des Parlaments und von Teilen der Bundesregierung nach Berlin.

In langwierigen Verhandlungen mit der Bundesregierung erreichten Oberstadtdirektor Dieter Diekmann und Oberbürgermeister Dr. Hans Daniels, dass die befürchteten negativen Auswirkungen des Bundestagsbeschlusses vom 20. Juni 1991 abgemildert werden konnten. Ein Teil des Berlin/Bonn-Gesetzes war Grundlage für die Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29. Juni 1994, die ein Fördervolumen von 1,437 Milliarden Euro im Zeitraum 1995 bis 2004 vorsah. Damit wurden die im Berlin/Bonn-Gesetz festgelegten Bereiche Wissenschaft, Kultur, internationale Einrichtungen und eine zukunftssträchtige Wirtschaftsstruktur gefördert.

Bereits wenige Tage nach dem Bundestagsbeschluss legte die Stadt Bonn ein umfassendes Konzept zum Strukturwandel, das Fünf-Säulen-Modell vor. Am 29. Juni

⁵³⁶ § 1 Abs.2 Nr. 5 Berlin/Bonn-Gesetz.

⁵³⁷ *Pagenkopf*, Die Hauptstadt in der deutschen Rechtsgeschichte, S. 160.

1994 wurde im Bonner Rathaus der Ausgleichsvertrag⁵³⁸ unterzeichnet, der nach einer Laufzeit von zehn Jahren im Dezember 2004 endete. 1,43 Mrd. Euro zahlte der Bund als Ausgleichsmittel an die Stadt und die mit betroffenen Landkreise, denn die Volkszählung im Jahr 1987 hatte ergeben, dass in Bonn fast 14.000 Mitarbeiter von Bundeseinrichtungen wohnten, im Rhein-Sieg-Kreis fast 7.000 und im Kreis Ahrweiler über 950. Von den Ausgleichszahlungen in Höhe von 1,43 Mrd. Euro erhielt Bonn über 700 Mio., der Rhein-Sieg-Kreis über 600 Mio. und der Kreis Ahrweiler über 120 Mio. Euro. Es wurden 70 Ausgleichsprojekte verwirklicht, mit denen in der Region unmittelbar rund 2.000 neue und mittelbar etwa 23.000 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten wurden.

3.4.1 Angestrebte Ziele und deren Umsetzung

§ 6 des Berlin/Bonn-Gesetzes ist Grundlage der Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn. Für den Zeitraum von 1995 bis 2004 wurde ein Fördervolumen von 1,437 Milliarden Euro festgelegt. Nach Art. 8 dieser Vereinbarung erhielt die Stadt zusätzlich weiterhin Mittel aus der Bonn Vereinbarung 1990, der Vereinbarung über den Bau von Verkehrswegen in Bonn und der Vereinbarung über die Entwicklungsmaßnahmen „Parlaments- und Regierungsviertel Bonn“.

Mit der Förderung der sog. Ausgleichsprojekte sollte einer vermuteten Schwächung Bonns und der Region aufgrund der Verlegung von Parlament und Teilen der Regierung entgegengewirkt werden. Mit der Fördersumme wurden verschiedene Ausgleichsmaßnahmen und konkrete Aktionspläne finanziert.

Tabelle 2: Aufteilung der Ausgleichsmittel

Wissenschaftsstandort	ca. 861 Mio. Euro
Kulturstandort	ca. 60 Mio. Euro
Wirtschaftlicher Strukturwandel der Region Bonn	ca. 74 Mio. Euro
Verkehr (ICE-Anbindung)	ca. 256 Mio. Euro
Soforthilfe (einschließlich Darlehen)	ca. 97 Mio. Euro
Grundstücksleistungen	ca. 51 Mio. Euro
IKBB539-Rücklage	ca. 38 Mio. Euro
Gesamt	ca. 1,437 Mrd. Euro

Quelle: eigene Tabelle anhand der Daten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29. Juni 1994, S. 4.

<http://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/6.pdf>, letzter Zugriff: 26.04.2010

⁵³⁸ Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn, die am 1. Januar 1995 für die Dauer von 10 Jahren in Kraft trat.

⁵³⁹ Internationales Kongresszentrum des Bundeshauses Bonn.

Ein Großteil der Mittel entfiel mit 861 Millionen Euro auf den Bereich der Wissenschaft und Bildung und diente, unter anderem durch die Gründung des Spitzenforschungszentrums Caesar oder der Errichtung der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg, der Stärkung und Sicherung des Wissenschaftsstandortes Bonn. Der Kulturstandort wurde mit 60 Millionen Euro, der wirtschaftliche Strukturwandel der Region mit rund 74 Millionen Euro u.a. für die Schaffung von 24 Gewerbegebieten gefördert. In den Verkehrsbereich flossen circa 256 Millionen Euro u.a. für die Bahnanbindung des Flughafens. An Soforthilfe wurden 97 Millionen Euro gezahlt und auf Grundstücksleistungen entfielen ungefähr 51 Millionen Euro. Das bedeutendste Ausgleichsprojekt, die Erweiterung des *Internationalen Kongresszentrums des Bundeshauses Bonn* wurde mit einer Rücklage von 38 Millionen Euro sowie der Überlassung von Grundstücken im Wert von 51 Millionen Euro unterstützt.

Die Forschungseinrichtung Caesar⁵⁴⁰ ist mit 350 Mio. Euro und einem zehnpromigen Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen das größte wissenschaftliche Einzelprojekt des Berlin/Bonn-Ausgleichs. Mit der Summe von 358 Mio. Euro aus dem Berlin/Bonn-Ausgleich wurden zwei Fachhochschulen gegründet: die Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg mit drei Standorten in St. Augustin, Rheinbach und Hennef und der Rhein-Ahr-Campus in Remagen.

Ein wesentliches Ziel der Um- und Neustrukturierung der Stadt Bonn ist der kontinuierliche Auf- und Ausbau eines Standortes international tätiger Einrichtungen mit Schwerpunkt im Non-Profit-Bereich der Dienstleistungen.

Im Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik mit nationalen, internationalen und supranationalen Einrichtungen, als einer der fünf im Berlin/Bonn-Gesetz genannten Säulen, haben sich in erster Linie Organisationen der Vereinten Nationen mit finanzieller Unterstützung des Bundes in Bonn angesiedelt. Seit 1996 darf sich Bonn neben New York, Genf und Wien UN-Stadt nennen. 19 UN-Organisationen beschäftigen mehr als 650 Mitarbeiter. Eine Folge der Ansiedlung der UN-Organisationen und des Internationalen Paralympischen Komitees sind große Kongresse mit Teilnehmern aus aller Welt.

2003 beschloss das Bundeskabinett, den UN-Campus einzurichten und stellte dafür über 73 Mio. Euro bereit. Die UN-Organisationen sind im Sommer 2006 eingezogen.

Die Bundesstadt bleibt Standort von sechs Bundesministerien mit rund 10.700 Beschäftigten. Nach Bonn verlagert wurden 20 Bundesbehörden und Einrichtungen des Bundes mit rund 6.700 Arbeitsplätzen. Insgesamt wurden 90 Ausgleichsprojekte und weitere rund 210 Einzelmaßnahmen unterstützt.⁵⁴¹ Mit Hilfe der Ausgleichsmittel sind in der Region unmittelbar etwa 2.000 und mittelbar bis zu 18.500 Arbeitsplätze geschaffen worden. In naher Zukunft wird mit weiteren 4.500 Arbeits-

⁵⁴⁰ Centre of Advanced European Studies and Research.

⁵⁴¹ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29. Juni 1994 – Bilanz.

plätzen gerechnet, sodass sich hieraus ein Arbeitsplatzeffekt von bis zu rund 25.000 Arbeitsplätzen ergibt.⁵⁴²

3.4.2 Strukturelle Veränderungen in der Region Bonn

In den folgenden Abschnitten wird die Bewältigung der Folgen des Regierungs- und Parlamentsumzugs dokumentiert und analysiert. Zunächst wird in Abschnitt 3.4.2.1 die städtebauliche Entwicklung der Stadt Bonn dargestellt. Die Ansiedlung neuer Unternehmen und die daraus resultierende enorme Vergrößerung der Büroflächen verdeutlicht die positive Entwicklung des Bonner Arbeitsmarktes ebenso wie den tertiären Strukturwandel.

Eine Darstellung der demografischen Entwicklung erfolgt in Abschnitt 3.4.2.2. Die wirtschaftlichen Veränderungen werden in Abschnitt 3.4.2.3. beschrieben

3.4.2.1 Städtebauliche Entwicklung

In den Jahren 1991 bis 2004 vergrößerte sich der Bestand an Büroflächen um 150.000 m² auf über 3,7 Mio. m². An der Bonner Zukunftsmeile⁵⁴³ wurden die Zentrale der Volksbank Bonn/Rhein-Sieg und ihr gegenüberliegend das Rheinauen-Carrée erbaut. Die Aktion Mensch sowie eine Münchener Baugesellschaft errichteten jeweils ein weiteres Bürohaus. Allein diese vier Gebäudekomplexe privater Investoren mit Baukosten von rund 120 Mio. Euro stellen zusammen weit über 50.000 Quadratmeter Bürofläche bereit.

2003 beschloss das Bundeskabinett die Einrichtung des UN-Campus und stellte dafür über 73 Mio. Euro zur Verfügung. Das Internationale Kongresszentrum Bundeshaus Bonn (IKBB) wurde unter Einbeziehung des Langen Eugen, des alten Bundeshauses und des ehemaligen Plenarsaals zum Campus der Vereinten Nationen ausgebaut, der im Jahr 2006 bezogen werden konnte.⁵⁴⁴

Die Zentrale der Deutschen Telekom AG errichtete mehrere Bürogebäude an den ehemaligen Standorten der Bonnfinanz, des Deutschen Roten Kreuzes, der CDU und der britischen Botschaft.

In Beuel bezog die T-Mobile 1995 mit 2.000 Mitarbeitern ihre neue Zentrale. Aufgrund des rasanten Firmenwachstums wurde 2003 auf einem Areal von 123.000 m² der T-Mobile-Campus fertig gestellt, auf dem etwa 5.000 Menschen arbeiten.

In Oberkassel entstand neben der Konrad-Adenauer-Brücke ein von Privatinvestoren finanzierter Bürokomplex, der BonnVisio – Innovationspark am Rhein.

⁵⁴² Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29. Juni 1994, S. 4.

⁵⁴³ Nahe am ehemaligen Regierungs- und Parlamentsviertel, an der Heinemannstraße und der Ludwig-Erhard-Allee.

⁵⁴⁴ *Van Rey*, Bonner Stadtgeschichte, S. 279.

Den größten Wandel erlebte das ehemalige Parlaments- und Regierungsviertel. 1987 gab es dort etwa 20.000 Arbeitsplätze. Inzwischen sind 15.000 hinzugekommen.⁵⁴⁵

Seit dem Berlin-Beschluss vom 20. Juni 1991 entstanden fast 23.000 neue Wohnungen, sodass Bonn mit 161.476 Wohnungen einen Höchststand erreicht hat.⁵⁴⁶ Gleichzeitig stieg die Wohnfläche von 10.400.943 m² im Jahr 1987 auf 12.720.757 m² im Jahr 2008. Ebenfalls einen Höchststand erreichte die Wohnraumdichte⁵⁴⁷ mit 40,2 m² je Einwohner. 1987 lag sie noch bei 37,4 m², fiel 1991 auf 35,7 m² und stieg seither kontinuierlich an.⁵⁴⁸

Tabelle 3: Wohnungsbau in Bonn 1991–2008

	Wohngebäude	Wohnfläche im Wohnbau/Wohnraumdichte
1991	47.825	10.578.200 m ² / 35,7
1992	48.146	10.672.300 m ² / 35,8
1999	50.795	11.619.800 m ² / 38,6
2000	51.208	11.744.300 m ² / 37,6
2002	51.833	11.938.600 m ² / 38,6
2007	53.340	12.367.500 m ² / 39,1
2008	54.160	12.720.757 m ² / 40,2

Quelle: eigene Tabelle anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT. NRW)

<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online;jsessionid=3E446FD32BA497E07C7779AFE8A2CD56>,
letzter Zugriff: 07.10.2010

3.4.2.2 Demografische Entwicklung

In der Region Bonn leben heute über eine Millionen Menschen auf einer Fläche von mehr als 2.082 km². Seit 1991 hat sich die Bevölkerungsdichte kontinuierlich erhöht. Auffallend sind die Rückschritte zwischen 1993 und 1996 und im Jahr 1999.

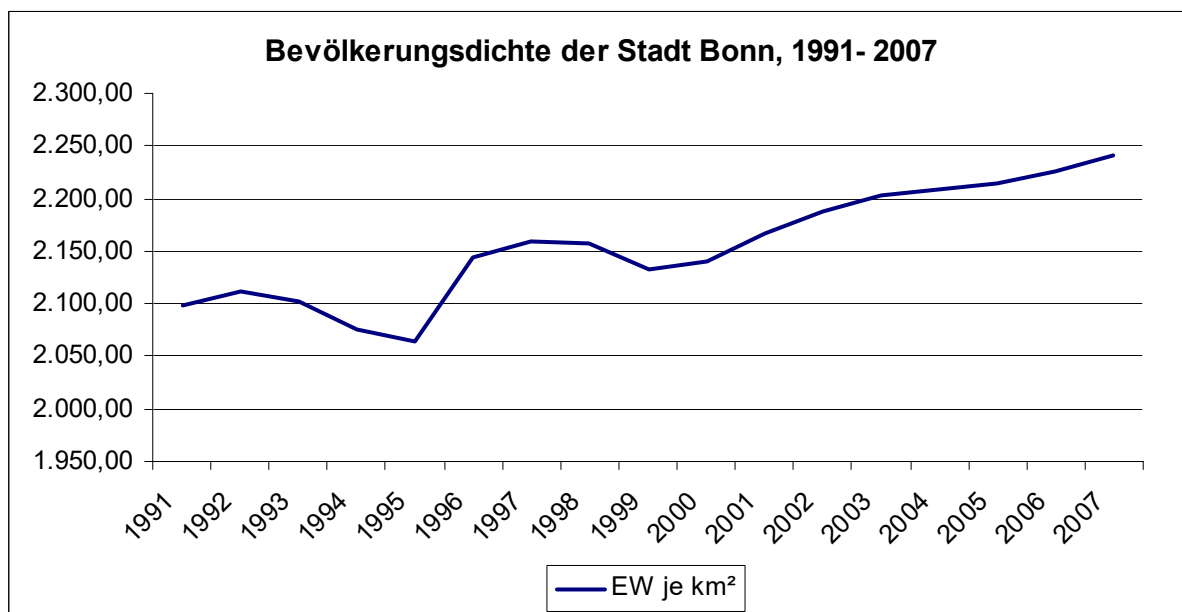
⁵⁴⁵ Leyendecker, Post und Business statt Politik und Beamte, S. 3.

⁵⁴⁶ Leyendecker, Dieckmann: Bonn wird die Krise bewältigen, S. 17.

⁵⁴⁷ M² Wohnfläche je Einwohner.

⁵⁴⁸ Vgl. auch Tabelle 1: Wohnungsbau in Bonn.

Abbildung 10: Bevölkerungsdichte der Stadt Bonn, 1991–2007

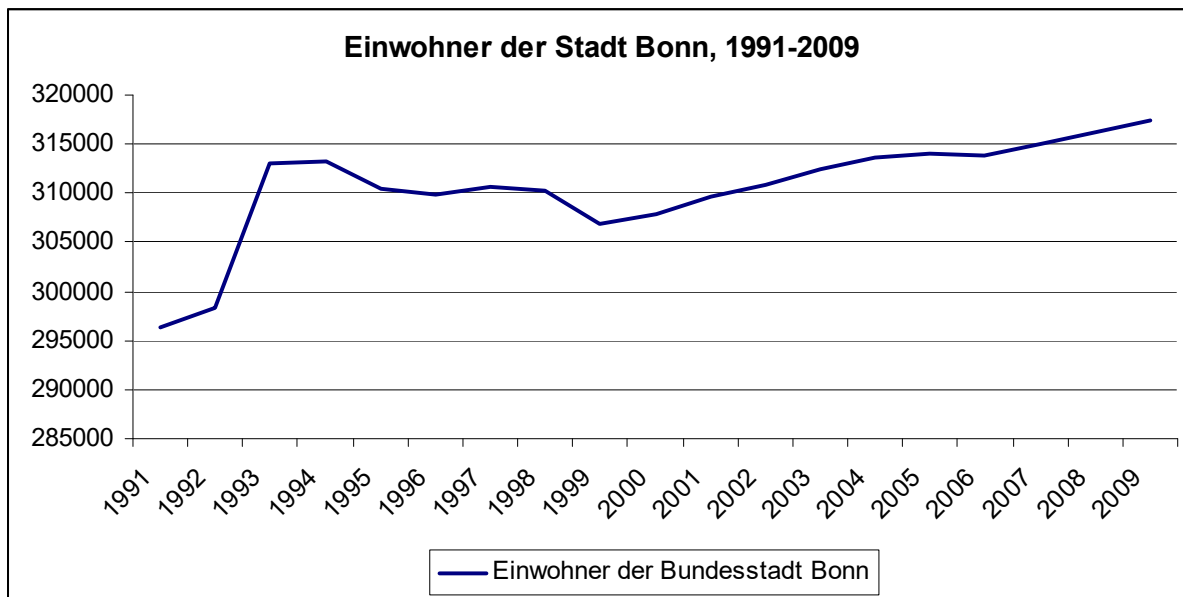


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn und eigenen Berechnungen.
http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10220, letzter Zugriff: 13.09.2010

Seit dem Jahr des Regierungsumzugs nach Berlin 1999 hat die Bundesstadt jährlich mehr als 1.000 Einwohner hinzugewonnen, so dass jetzt mit 317.380 Bewohnern⁵⁴⁹ der bisher höchste Stand ihrer Geschichte erreicht ist. Lediglich im Jahr 2006 ist ein minimaler Rückgang festzustellen. Bonn zählt damit zu den sechs deutschen Städten, in denen heute mehr Menschen leben als vor einem Jahrzehnt. Die Stadt verzeichnete im Zeitraum 1991–2009 einen ungleichmäßigen Anstieg der Bevölkerung um knapp 7%. Rückläufige Bevölkerungsentwicklungen wurden in den Jahren 1995 und 1996 sowie 1998 und 1999 erfasst.

⁵⁴⁹ Am 31.12.2009, Statistikstelle Bonn, http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10220, letzter Zugriff: 13.10.2009.

Abbildung 11: Bevölkerungsentwicklung der Bundesstadt Bonn 1991–2009



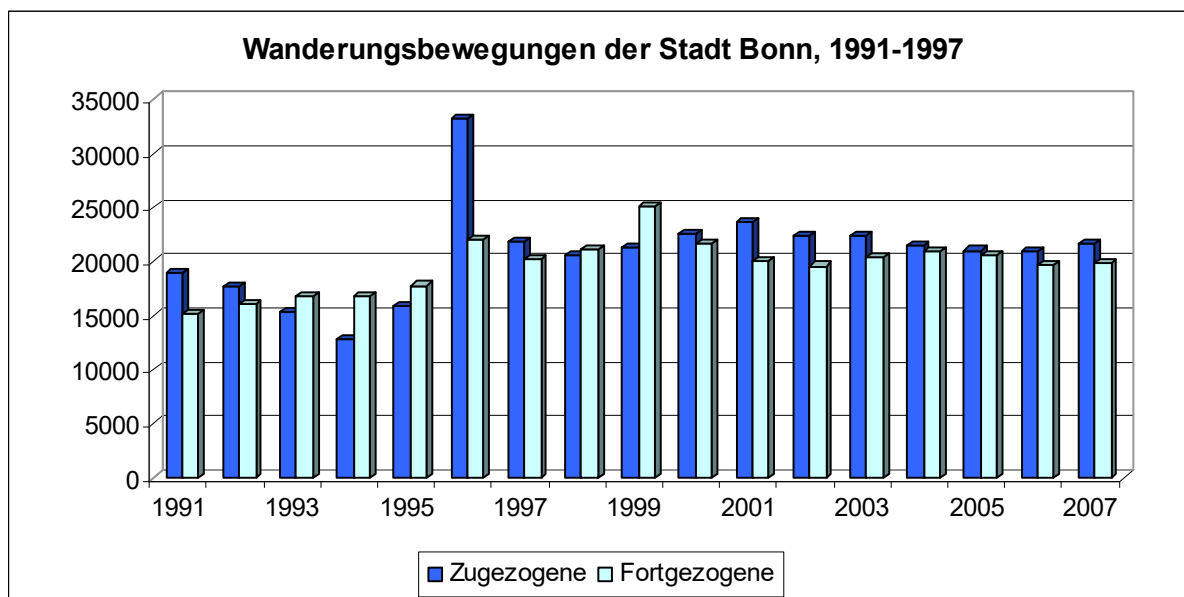
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Stichtag jew. 30.06.

<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=071DC4ABC2416F8EBA3420E93DE0A495>,
 letzter Zugriff: 07.10.2010

Die Bevölkerungsentwicklung wird von zwei Faktoren bestimmt: der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten und Todesfälle) und der sehr maßgeblichen Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge). Wie kaum eine andere Stadt ist Bonn im Umbruch. Seit 1997 ziehen jährlich rund 20.000 Menschen aus Bonn weg, gleichzeitig kommen etwas mehr hinzu. Abbildung 12 zeigt, dass zwischen 1993 und 1995 die Fortzüge die Zuzüge übersteigen. Ab 1997, mit Ausnahme von 1998 und 1999, übersteigen die Zuzüge dann wieder die Fortzüge. Trotz der hohen Abwanderung entwickelte sich die Bonner Bevölkerung in den Jahren 1993 und 1994 positiv (vgl. Abb. 11), wohingegen 1996 trotz der vielen Zuzüge eine negative Entwicklung registriert wurde. In Bonn konnte aber bereits seit 1987, vor Einsetzen des Strukturwandels, ein Überschuss an Zuzügen registriert werden. Die Ernennung Bonns zur UN-Stadt im Jahr 1996 könnte den hohen Wert der Zuzüge in diesem Jahr erklären.⁵⁵⁰ Die hohe Zahl der Abwanderungen im Jahr 1999 fällt zeitlich zusammen mit dem Regierungsumzug und wirkt sich negativ auf die Bevölkerungsentwicklung Bonns aus (vgl. Abb. 11).

⁵⁵⁰ Regionomica, Potentialanalyse, S. 25.

Abbildung 12: Wanderungsbewegungen der Stadt Bonn 1991–2007

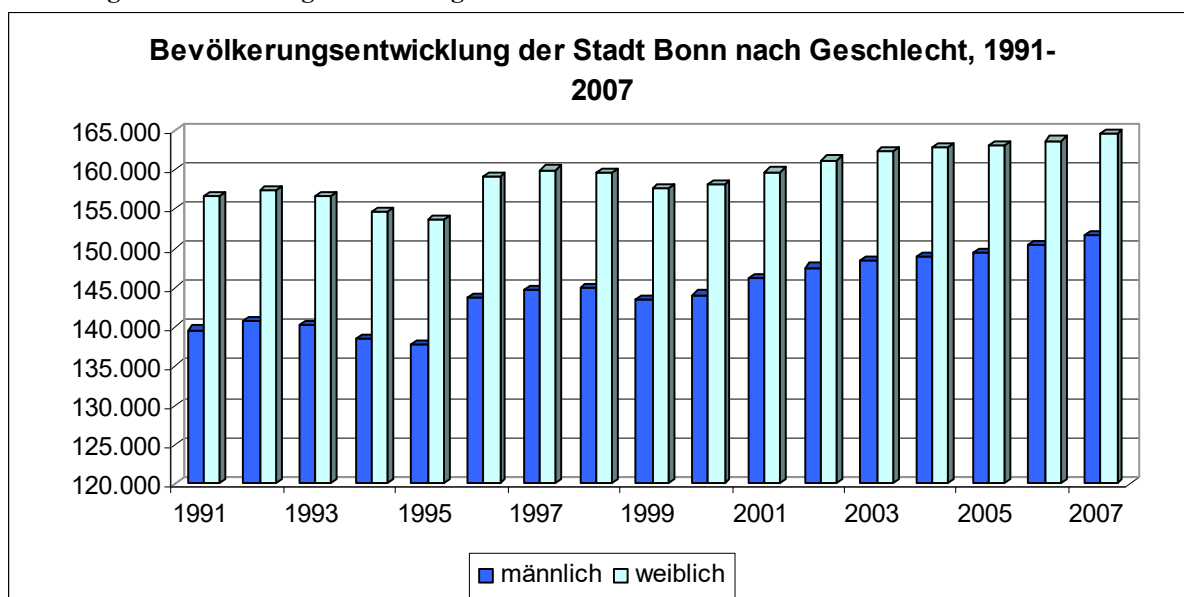


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=C85FEC72A24BBC462D8FCE98A65F9509>; letzter Zugriff: 28.09.2010

Der Rhein-Sieg Kreis hat heute fast 600.000 Einwohner bei einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs um 8.000 Menschen. Seit dem Umzugsbeschluss von 1991 nahm die Bevölkerung in der Region um 80.000 auf heute fast 1,1 Mio. Einwohner zu.

Auffällig ist dabei, dass sich die Geschlechterverteilung unterschiedlich entwickelte.

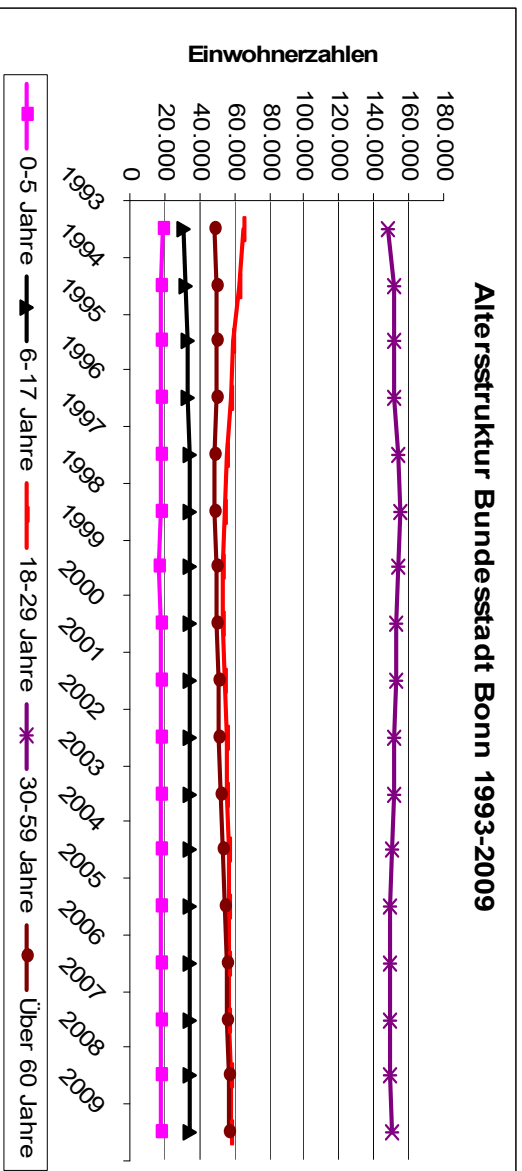
Abbildung 13: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Bonn nach Geschlecht



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/online;jsessionid=CA946ADC92D5182DEC643E33A2066AA3?operation=begriffsRecherche&suchanweisung=bonn&x=0&y=0>; letzter Zugriff: 12.12.2009

Trotz der 22% über 60-Jährigen ist Bonn mit einem Altersdurchschnitt von etwa 41 Jahren eine junge Stadt.⁵⁵¹ Für den Zeitraum bis 1997 gibt es speziell für Jugendliche keine gesonderte Statistik. Erst von 1997 an hat die polizeiliche Kriminalstatistik der Stadt Bonn die Entwicklung jugendlicher Einwohner statistisch erfasst. Danach hielt die Zahl der jugendlichen Einwohner in Bonn in den Jahren 1997 und 1998 ein konstantes Niveau. 1999 und 2000 kann aufgrund des Regierungsumzuges ein leichter Rückgang festgestellt werden, bevor die Zahl zwischen 2000 und 2005 deutlich ansteigt.

Abbildung 14: Altersstruktur Bundesstadt Bonn 1993–2009

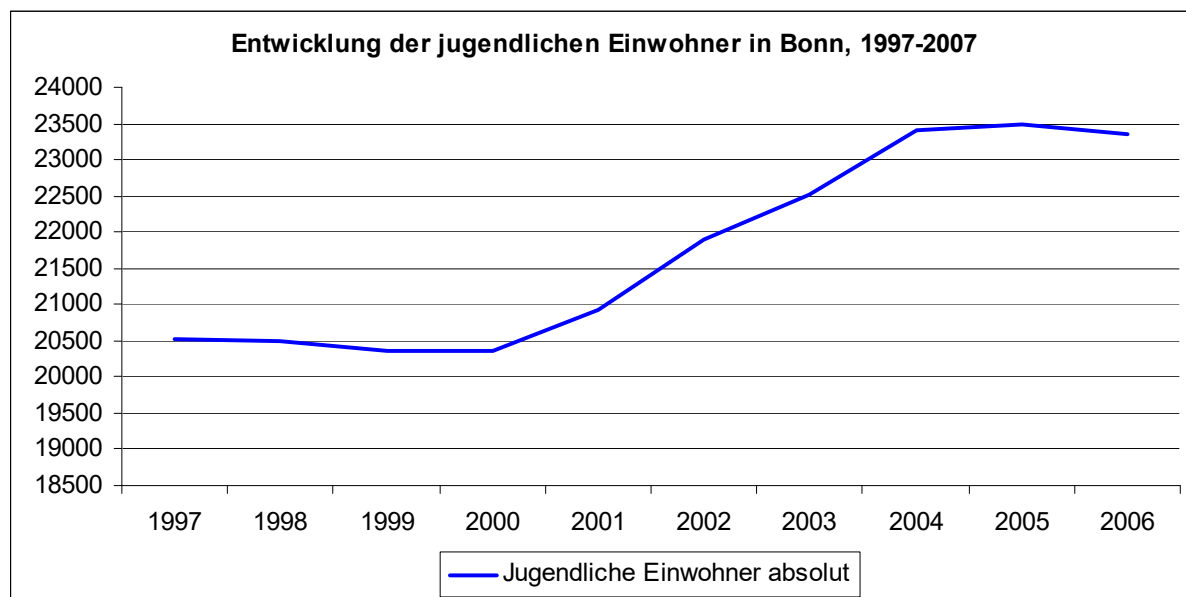


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn
http://www.w2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10220, letzter Zugriff: 13.09.2010

Die Zahl der Jugendlichen in Bonn entwickelte sich ebenfalls wegen des Regierungsumzuges zwischen 1998 und 2000 leicht rückläufig, stieg aber dann bis 2004 um rund 3.000 Personen an. Aktuell kann ein leichter Rückgang verzeichnet werden.

⁵⁵¹ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog 2009.

Abbildung 15: Entwicklung der jugendlichen Einwohner in Bonn, 1997–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn, Herr Schmitz

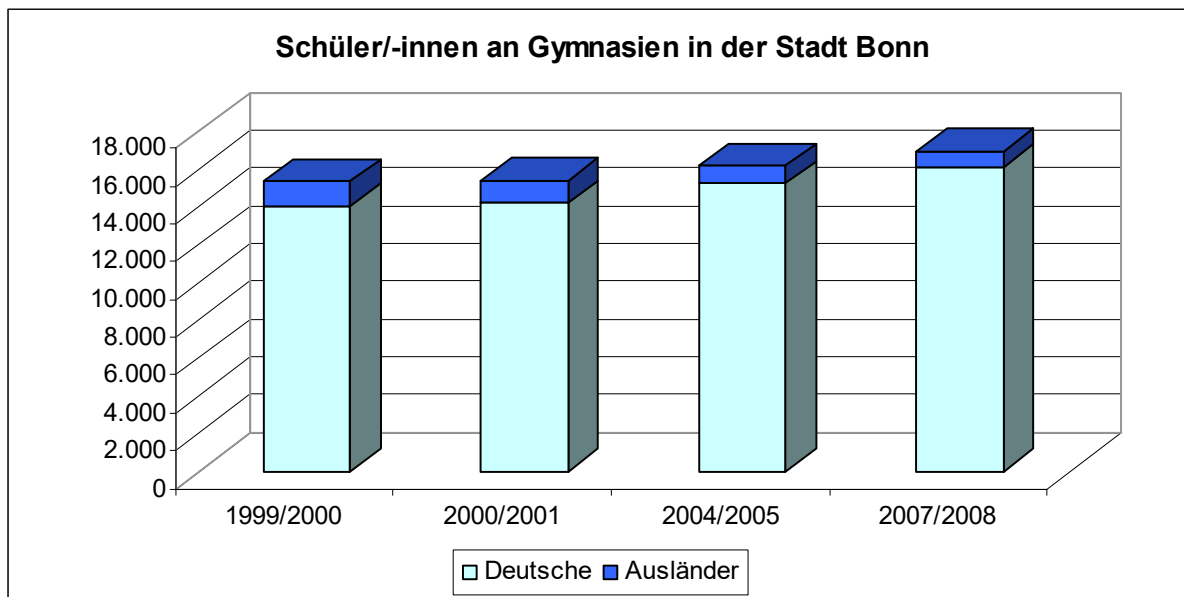
Für Investoren ist die Stadt auch wegen des überdurchschnittlichen Bildungsstandards der Bürger interessant. Knapp 18% aller Beschäftigten haben einen Hochschulabschluss, über 43% der Bonner haben Abitur, womit der Landesdurchschnitt um 16% überschritten wird.⁵⁵² Damit weist Bonn die höchste „Bildungsdichte“ in Nordrhein-Westfalen auf. Hinzu kommen die ca. 27.500 Studenten, die allein an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität immatrikuliert sind.⁵⁵³

Abbildung 16 zeigt eine deutliche Veränderung des Verhältnisses zwischen deutschen und ausländischen Gymnasiasten. Während 1999/2000 8,5% der Schüler nichtdeutscher Herkunft waren, wurden 2007/2008 nur noch 4,8% ausländische Gymnasiasten gezählt. Bei stetig steigenden Gymnasiastenzahlen und einem nahezu gleichbleibenden Ausländeranteil verringerte sich dennoch die Zahl der ausländischen Schüler. Der überdurchschnittliche Bildungsstandard in Bonn trifft folglich auf den Großteil der ausländischen Bevölkerung nicht mehr zu. Mögliche Ursache dieses Rückgangs könnte der Wegzug der Diplomatenkinder sein.

⁵⁵² *Schnee*, Bonn, S. 121.

⁵⁵³ Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, WS 2009/2010, www3.uni-bonn.de/studium/studienangebot/grundstaendige-studiengaenge/biologie/anzahl-der-studierenden-in-bonn, letzter Zugriff: 5.07.2010.

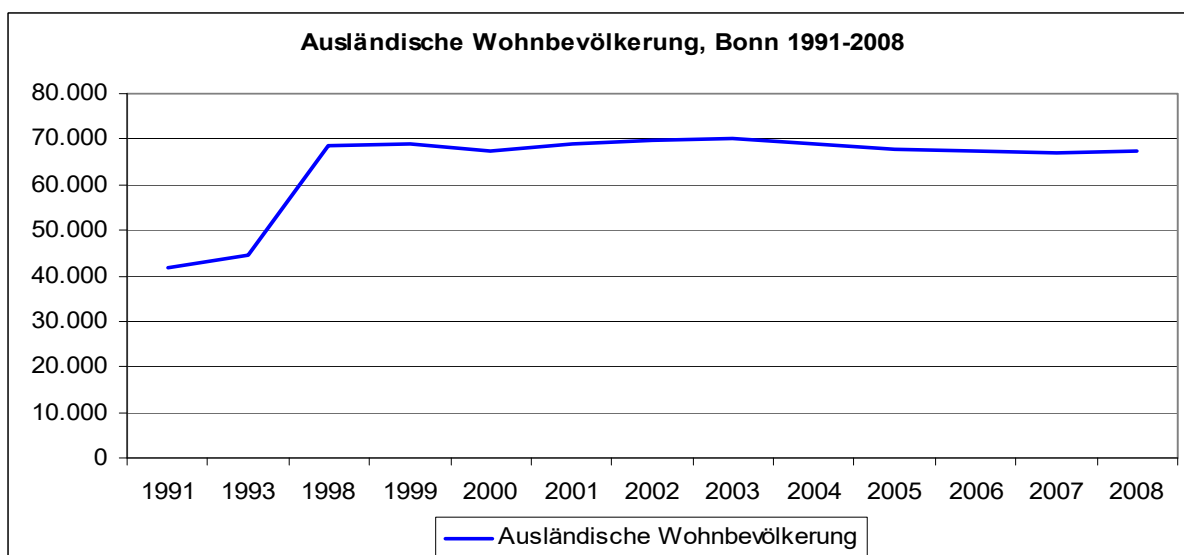
Abbildung 16: Schüler-/innen an Gymnasien (Klasse 5–13)



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/online;jsessionid=CA946ADC92D5182DEC643E33A2066AA3>, letzter Zugriff: 17.10.2010

Die Zahl der Ausländer stieg zwischen 1991 und 1999 um rund 60% auf 68.929 an. Seit 1999 veränderte sich diese Zahl nur marginal. 1991 waren prozentual 14% der Bonner Bevölkerung ausländischer Herkunft, 1999 waren es 17,3% und 2007 15,8%.⁵⁵⁴

Abbildung 17: Ausländische Wohnbevölkerung, Bonn 1991–2008

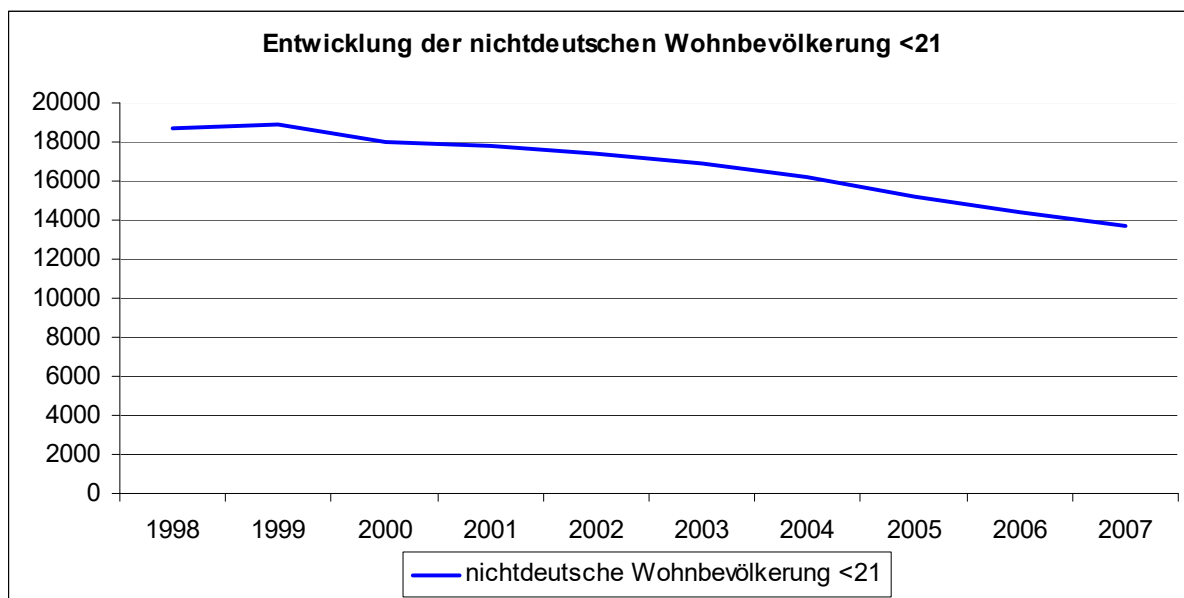


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten Statistikstelle der Stadt Bonn, zur Verfügung gestellt von Herrn Schmitz

⁵⁵⁴ Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/online;jsessionid=CA946ADC92D5182DEC643E33A2066AA3>, letzter Zugriff: 5.11.2009.

Bei der Betrachtung von Abbildung 18 zeigt sich ein anderes Bild für die Entwicklung der unter 21-jährigen nichtdeutschen Wohnbevölkerung. Hier ist zwischen 1998 und 2007 eine abnehmende Tendenz erkennbar.

Abbildung 18: Entwicklung der nichtdeutschen Wohnbevölkerung unter 21 Jahre



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn, zur Verfügung gestellt von Herrn Schmitz

Bedeutsam für die Entwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur ist auch der Anteil der Bewohner, die von städtischen Transferleistungen leben. Im Jahr 2003 empfangen 3,8% der Bonner Bevölkerung Sozialhilfe, 1997 waren es 3,5%.⁵⁵⁵ Je 1.000 Einwohner empfangen in Bonn durchschnittlich 91 Personen Hartz IV. Medinghoven im Stadtteil Duisdorf hat mit 292 Empfängern je 1.000 Einwohner den höchsten Anteil.⁵⁵⁶

2003 wohnten insgesamt 29.900 Familien – das entspricht 18,1% aller Bonner Haushalte – mit 50.100 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in der Stadt. Seit 1995 stieg die Zahl der Familien um 6% an. In den Wohnvierteln in und um das Bonner Zentrum haben weniger als 10% der Haushalte Kinder. In Ückersdorf dagegen liegt der Anteil der Familien mit Kindern bei 39,7%.

3.4.2.3 Entwicklung der Wirtschaftsstruktur

Die Stadt Bonn verzeichnet trotz des Verlustes der Hauptstadtfunktionen eine positive wirtschaftliche Entwicklung und hat seit 1991 einen erheblichen wirtschaftlichen Strukturwandel erfolgreich durchlaufen. Dabei profitierte der Arbeitsmarkt von der Ansiedlung zahlreicher Organisationen, Unternehmen und Bundeseinrich-

⁵⁵⁵ Herr Kosack, Statistikstelle der Bundesstadt Bonn.

⁵⁵⁶ Herr Kosack, Statistikstelle der Bundesstadt Bonn.

tungen. Diese positive Entwicklung findet ihren Niederschlag in einer hohen Kaufkraft der Bewohner sowie in einem stetigen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

3.4.2.3.1 Wirtschaftsleistung

Mit über 80% aller Unternehmen ist der Mittelstand der bedeutendste Wirtschaftsfaktor in der Region Bonn/Rhein-Sieg.

Insgesamt wird die Branchenstruktur noch immer vornehmlich durch den Dienstleistungssektor bestimmt. Hervorzuheben sind die Informations- und Telekommunikationsbranche, die Logistikbranche sowie andere produktionsnahe Dienstleister. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung liegt im Kammerbezirk der IHK Bonn/Rhein-Sieg mit 84,5% deutlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Im produzierenden Gewerbe sind die Kunststoffindustrie, der Maschinenbau und die Automobil-Zulieferer die Leitbranchen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hoch- und Fachhochschulabschluss erreicht in Bonn mit 22,8% den NRW-weit höchsten Wert.

Ein Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region ist die Kaufkraft je Einwohner. Diese gibt das einem Haushalt – nach Abzug wiederkehrender Zahlungsverpflichtungen – für Konsumzwecke zur Verfügung stehende Einkommen wieder. Im Jahr 2004 lag die Kaufkraft in Bonn bei 20.061 Euro pro Kopf, 2005 sank sie auf 19.834 Euro je Einwohner. Im Vergleich dazu betrug die Kaufkraft in Nordrhein-Westfalen 2004 bei 17.877 Euro und 2005 bei 18.235 pro Kopf. Im Bundesdurchschnitt lag sie im Jahr 2004 bei 17.119 Euro und 2005 bei 17.496 Euro pro Kopf. Damit lag in Bonn 2005 das verfügbare Jahreseinkommen und damit die Kaufkraft 12% über dem Landes- und 16% über dem Bundesdurchschnitt. Bonn belegte damit Platz 20 von 439 deutschen Städten und Landkreisen.

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Es bestimmt den Gesamtwert aller Güter, Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres erwirtschaftet werden und dem Endverbraucher dienen. Das Bruttoinlandsprodukt der Bundesstadt stieg in den Jahren nach der Wiedervereinigung dreimal so schnell wie im übrigen Nordrhein-Westfalen. 2009 lag es bei 42.388 Euro je Einwohner.⁵⁵⁷ Zwischen 2000 und 2005 wuchsen die Unternehmensumsätze um 24%. 2006 betrug der Jahresumsatz der Bonner Wirtschaft 87 Mrd. Euro.⁵⁵⁸ Trotz dieser positiven Werte betrug die Verschuldung der Stadt im Jahre 2009 1,3 Milliarden Euro.⁵⁵⁹

⁵⁵⁷ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2000: 36.356; 1995: 38.572), www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp?lang=de-DE#KR, letzter Zugriff: 20.07.2010.

⁵⁵⁸ *Schnee*, Bonn, S. 121.

⁵⁵⁹ *Leyendecker*, Dieckmann: Bonn wird die Krise bewältigen, S. 17.

3.4.2.3.2 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Region verzeichnet heute 35.000 Arbeitsplätze mehr als 1991. Insgesamt bietet die Stadt Bonn den rund 317.380⁵⁶⁰ Einwohnern ca. 198.500 Arbeitsplätze. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg seit dem Hauptstadtbeschluss um gut 8,5% an – von 1991 mit 134.189 auf 146.608 im Jahr 2007.⁵⁶¹ 1999 kam es zu einem Rückgang von über 4.000 Beschäftigten, der aber durch die gute Wirtschaftsentwicklung überkompensiert werden konnte. Während im Land Nordrhein-Westfalen zwischen 2000 und 2004 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 4,7% sank, verzeichnete Bonn nur einen Rückgang von 1,8%. Die Ursache für die vergleichsweise positive Entwicklung liegt in der Dynamik des Dienstleistungssektors. Durch eine Zuordnung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu den verschiedenen Wirtschaftsbereichen können die regionalen Schwerpunkte der Wirtschaftsstruktur analysiert werden. Diese gliedert sich in vier Bereiche: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aufzucht; Produzierendes Gewerbe; Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie sonstige Dienstleistungen.

Seit dem Jahr 2000 beschäftigt das produzierende Gewerbe mit rund 14% der Erwerbstätigen mehr Personen als die öffentliche Verwaltung mit rund 11%, bei der die Zahl der Beschäftigten zwischen 1999 und 2003 um rund 26,8% abnahm. Der Arbeitsmarkt ist durch einen starken Dienstleistungssektor gekennzeichnet. Insgesamt beschäftigt dieser Wirtschaftszweig 74% aller Erwerbstätigen. Die Zahl der Bundesbeschäftigten sank zwischen 1995 und 2000 um fast 24% und zwischen 2000 und 2007 noch einmal um rund 5,5%.⁵⁶²

Aufgrund des erfolgreichen Strukturwandels hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten positiv entwickelt. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer verringerte sich seit 1995 nur geringfügig. Von 8,6% im Jahr 1995 auf 8,0% im Jahr 2007, wobei allerdings ein positiver Trend erkennbar ist. Die 19 UN-Organisationen beschäftigen fast 700 Mitarbeiter. Hinzu kommen 160 Organisationen aus dem Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Zwischen 1999 und 2004 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 11% zu.

12 % der Bonner Beschäftigten sind in der öffentlichen Verwaltung tätig. In negativer Konsequenz führt dies zu einer schwächeren Bruttowertschöpfung. Da die Aussagen über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine Beamten enthalten, wird das Bild für Bonn leicht verzerrt. Wegen des Zuzugs von über 20 Bundesbehörden sowie zahlreichen Regierungs- oder regierungsnaher Institutionen ist davon auszugehen, dass in der Stadt eine vergleichsweise hohe Anzahl von Beamten arbei-

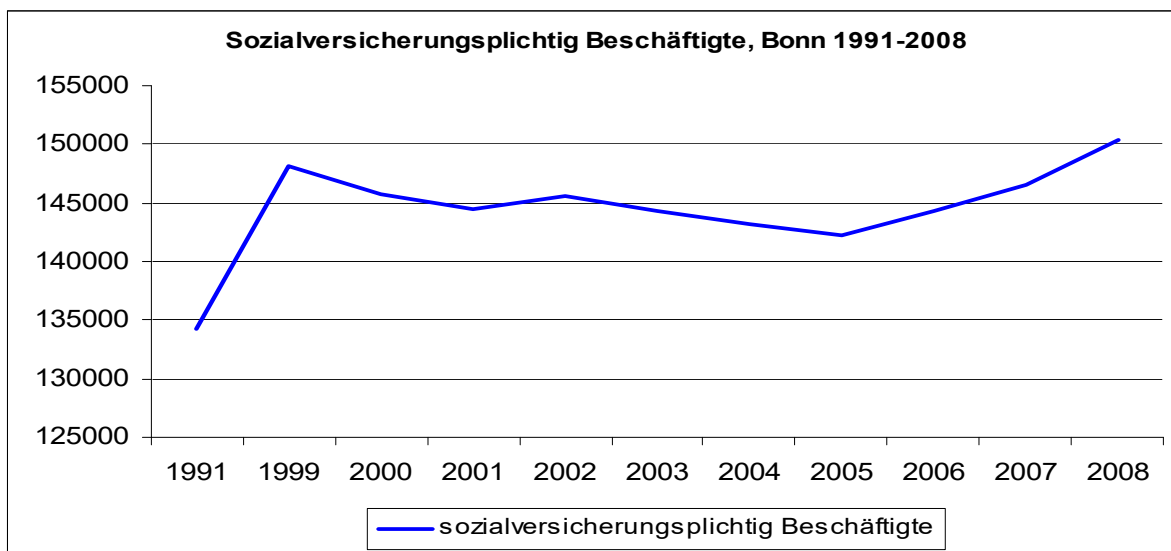
⁵⁶⁰ Am 31.12.2009, Statistikstelle Bonn.

⁵⁶¹ Landesdatenbank NRW: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/online;jsessionid=176A8107AC8FA242141180A80A84DFF6>, letzter Zugriff: 10.07.2010; IHK Bonn/Rhein-Sieg; Statistikstelle der Stadt Bonn.

⁵⁶² Statistische Ämter des Bundes und der Länder: <https://www.regionalstatistik.de/gene-sis/online/online;jsessionid=AD2766A0D3D99E27586C2E535A5E0E84?operation=statistikenVerzeichnis>, letzter Zugriff: 3.09.2009.

tet. Der Bund ist heute mit rund 21.000 Mitarbeitern in seinen verbliebenen Ministerien und Behörden der größte Arbeitgeber in der Region. Behörden stellen immer noch einen Großteil der Arbeitsplätze, da der Bund alle in seinem Eigentum befindlichen Liegenschaften nach dem Umzug mit anderen Bundesbehörden oder -institutionen neu besetzte. Allerdings hatte der Bund 1987 noch einen Beschäftigungsanteil von 52%, der heute nicht mehr erreicht wird. 1995 waren in Bonn je 1.000 Einwohner 194,7 Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, ein Wert, der sich bis 2007 auf 129,6 Personen je 1.000 Einwohner reduzierte. Einen starken Zuwachs verzeichnete dagegen der private Dienstleistungssektor, der zwischen 1991 und 2003 um etwa 23.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zunahm. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der Angestellten in der öffentlichen Verwaltung um etwa 7.000.

Abbildung 19: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bonn, 1991–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=587F4EDE492A005ADE64204CCFBA7207>, letzter Zugriff: 13.09.2010

Zusätzlich etablierten sich in Bonn etwa 150 nichtstaatliche oder halbstaatliche Organisationen, zu denen die Bundesstadt vor 1991 keinerlei Kontakt hatte.⁵⁶³ 18 UN-Einrichtungen beschäftigen etwa 750 Mitarbeiter. Erleichtert wurden die Ansiedlungen der UN-Behörden durch die gut ausgebaute Bonner Infrastruktur aus der Regierungszeit. So gibt es in Bonn nach wie vor internationale Kindergärten und Schulen.

Obwohl der Bund im Vergleich zur Privatwirtschaft immer noch Bonns größter Arbeitgeber ist, liegt die wirtschaftliche Zukunft der Stadt im doppelten Strukturwandel. Einerseits findet eine Umschichtung vom Produktions- zum Dienstleistungssektor, andererseits aber auch von den öffentlichen Dienstleistungen zu den privaten statt.

⁵⁶³ Seidel, Die Vereinten Nationen von Bonn, S. 8.

Seit dem Bonn/Berlin-Beschluss stieg die Zahl der in Bonn ansässigen Unternehmen um 44,4%, seit dem Regierungsumzug immerhin noch um 29,3%.⁵⁶⁴ Die wirtschaftlich und sozial nachteiligen Folgen des Umzugsbeschlusses von 1991 sind vor allem durch die Ansiedlung der Zentrale der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Post World Net und der Postbank AG mit ihren Zweigunternehmen aufgehoben worden, die rund 22.100 Arbeitsplätze bereit stellten. Mit über 9.000 Mitarbeitern ist die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität nach der Deutschen Telekom AG der zweitgrößte Arbeitgeber der Stadt. Insgesamt stellt der Wissenschaftsbereich mit mehr als 200 Einrichtungen und etwa 19.000 Mitarbeitern in der Region Bonn, Rhein-Sieg und Ahrweiler einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar.

In der Übersicht der Hauptsitze der Konzernzentralen in Deutschland nimmt Bonn mit 13 Zentralen den 7. Rang ein. Allein 5 der 30 in DAX gelisteten deutschen Unternehmen haben hier ihren Sitz. Mit ihnen liegt Bonns Börsenwert in der Börsenliga deutscher Städte auf dem 2. Platz.

Die bundesweit angespannte Arbeitsmarktlage hat natürlich auch die Region Bonn betroffen. Die Arbeitslosenquote liegt in der Region dennoch deutlich unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Sie sank von 6,5% im Jahr 1992 auf 6,2% im Jahr 2000 und stieg im Dezember 2009 leicht an auf 7,1%.⁵⁶⁵ Damit liegt sie unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt, der jeweils 7,8% betrug. Im Januar 2009 waren 7,4% der Arbeitslosen unter 25 Jahre alt.

Ein von der Prognos AG erstelltes Gutachten ging 1990 von insgesamt 65.000 Arbeitsplätzen mit Hauptstadtbezug aus, 54.500 davon waren durch den Umzug betroffen.⁵⁶⁶ Die strukturfördernden Ausgleichsmaßnahmen haben bewirkt, dass sich die Beschäftigungszahlen nach einer Rückentwicklung im Jahr 1999 wieder positiv darstellten. Seit dem Regierungsumzug zeigt sich eine Verlagerung der Beschäftigungsstruktur in den tertiären Bereich. Die massiven Arbeitsplatzverluste im öffentlichen Dienst – von 28.641 Beschäftigten im Jahr 1995 auf 20.587 2007⁵⁶⁷ – konnten durch behördliche Neuansiedlungen weitgehend kompensiert werden.

⁵⁶⁴ IHK Bonn/Rhein-Sieg:

<http://www.ihk->

[bonn.de/index.php?id=482&no_cache=1&tx_ttnews\[pS\]=1255914384&tx_ttnews\[author_id\]=20&tx_ttnews\[pointer\]=39&tx_ttnews\[tt_news\]=286&tx_ttnews\[backPid\]=496&cHash=6ce799586f](http://www.ihk-bonn.de/index.php?id=482&no_cache=1&tx_ttnews[pS]=1255914384&tx_ttnews[author_id]=20&tx_ttnews[pointer]=39&tx_ttnews[tt_news]=286&tx_ttnews[backPid]=496&cHash=6ce799586f), letzter Zugriff: 10.07.2010.

⁵⁶⁵ Statistikstelle der Stadt Bonn, Arbeitsagentur Bonn.

⁵⁶⁶ Prognos AG, Stellungnahme zu den Kosten, S. 17.

⁵⁶⁷ Statistische Ämter des Bundes und der Länder:

<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online;jsessionid=C40C2132B09627EB72C051BD9B8953C9?operation=begriffsRecherche&suchanweisung=bonn+%C3%B6ffentlicher+dienst&x=0&y=0>, letzter Zugriff: 10.07.2010.

3.5 Strukturelle Veränderungen in ausgewählten Bereichen

3.5.1 Untersuchungsbereich Duisdorf

3.5.1.1 Städtebauliche Entwicklung

Die besiedelte Fläche des Bezirkes Duisdorf beträgt heute 1.715 ha.⁵⁶⁸ Es leben rund 42.653⁵⁶⁹ Menschen hier. Die Einwohnerdichte beträgt 2.487,1 Einwohner pro Quadratkilometer.

Das Waldgebiet des Kottenforst umfasst eine Größe von 21,82 km², ist aber nicht bewohnt, sodass es in dieser Arbeit nicht auf die Fläche von Duisdorf angerechnet wird, obwohl es im kriminalstatistischen Erfassungsbereich der KPB (Kreispolizeibehörde) Bonn zu Duisdorf gehört.

Auf der Hardthöhe entstanden umfangreiche, vom Bund finanzierte Neubauten für das Verteidigungs- und das Umweltministerium.⁵⁷⁰ Das Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerium haben ihren Hauptsitz von Duisdorf nach Berlin verlegt, führen aber noch eine Außenstelle in Bonn. Für das Verteidigungsministerium ist Duisdorf noch der Hauptsitz.

Die Bonner Polizei interessiert sich insbesondere für den Duisdorfer Stadtteil Medinghoven, der unter städtebaulichen Aspekten als problematisch angesehen werden kann. Hier hat sich aufgrund des Berlin/Bonn-Gesetzes die Bevölkerungsstruktur völlig verändert: Zahlreiche Bundesbedienstete verließen Medinghoven und es kam zu einem verstärkten Zuzug von Personen mit Migrationshintergrund. In städtebaulicher Hinsicht wird Medinghoven durch eine in den 1970er Jahren entstandene Wohnsiedlung im Geschosswohnbau geprägt. Daneben gibt es viele Einfamilienhäuser. In demografischer Hinsicht wohnen in Medinghoven sehr viele junge Personen, gleichzeitig weist es einen hohen Migrantenanteil und eine hohe Zahl von Aussiedlern auf.

Am 31.12.2002 wurden insgesamt 7.976 Wohngebäude gezählt mit einer Wohnfläche von 1.710.103 m²⁵⁷¹. Am 31.12.2008 waren es 8.221 Wohngebäude mit einer Wohnfläche von 1.772.416 Quadratmetern.⁵⁷² Es sind einige Neubaugebiete geplant, in denen maximal dreigeschossige Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser entstehen sollen.⁵⁷³

⁵⁶⁸ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog der Bonner Ortsteile vom 24.07.2009. Kaufkraft in Deutschland = 100.

⁵⁶⁹ Statistikstelle der Stadt Bonn, am 31.12.2009.

⁵⁷⁰ *Van Rey*, Bonner Stadtgeschichte, S. 299.

⁵⁷¹ Statistikstelle der Stadt Bonn.

⁵⁷² Statistikstelle der Stadt Bonn.

⁵⁷³ *Willcke*, Ein Stadtbezirk im Wandel, S. 26: Baugebiet In der Grächt, Baugebiet Am Bruch oder auch das Grundstück der ehemaligen Gallwitz-Kaserne und der Bundesgrenzschutz-Sporthalle.

Duisdorf (Hardtberg) ist heute Standort des Verteidigungsministeriums, des Bundesgesundheitsministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die ehemalige Troilo-Kaserne wurde bis Ende der 1990er Jahre von den Bundesministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Arbeit und Soziales sowie vom Verteidigungsministerium genutzt. Die ehemalige Gallwitzkaserne war Sitz des Bundesministeriums für Wirtschaft. Sie beherbergt heute das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie das Bundesversicherungsamt.

3.5.1.2 Demografische Entwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung ist in Duisdorf seit dem Berlin/Bonn-Beschluss stabil geblieben. Sie stieg von 42.653 im Jahr 1993 auf 43.453 im Jahr 2009. Es können nur unwesentliche Veränderungen und insbesondere keine Auffälligkeiten festgestellt werden. Lediglich im Jahr 1999 sank die Bevölkerungszahl leicht um 500 Einwohner. Trotz der beschriebenen städtebaulichen und wirtschaftlichen Veränderungen liegt eine gleichbleibende Bevölkerungsentwicklung vor.

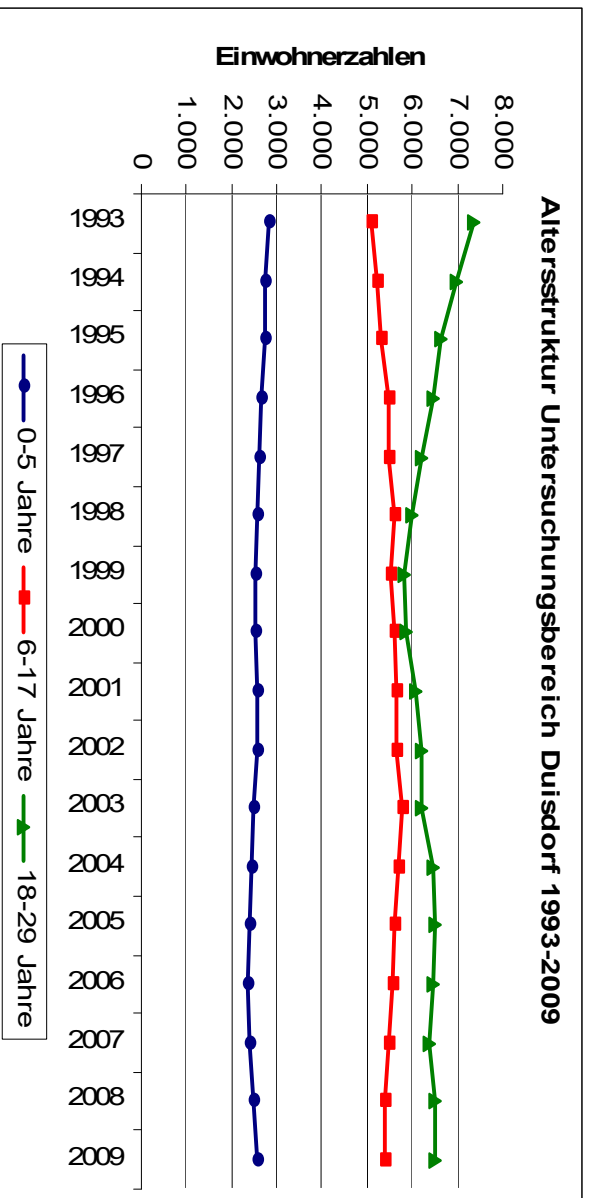
Abbildung 20: Einwohnerentwicklung im Untersuchungsbereich Duisdorf, 1993–2009



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn und eigener Berechnungen
http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

Abbildung 21 verdeutlicht, dass sich bei einer relativ beständigen Einwohnerzahl die Altersstruktur nur leicht verändert. Allerdings hat jede Veränderung der Altersstruktur auch Folgen für die Sozialstruktur. Bei den 0–5-Jährigen, den 18–29-Jährigen sowie den 30–59-Jährigen ist für den untersuchten Zeitraum ein leichter Rückgang zu registrieren, während bei der Zahl der 6–17-Jährigen ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist. 15,2% der Einwohner in Duisdorf sind zwischen 6 und 19 Jahre alt, damit hat Duisdorf mehr junge Menschen im schulfähigen Alter als die beiden anderen Untersuchungsgebiete.

Abbildung 21: Altersstruktur Duisdorf, 1993–2009



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn und eigener Berechnungen
http://www.wv2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

Deutlicher ist die Veränderung bei den über 60-Jährigen. Hier ist im Vergleich mit den anderen Alterssegmenten eine offensichtliche Zunahme zu erkennen. Hierdurch werden die Soziallasten höher. Der Anteil derer, die die Hauptsteuerlast tragen, bleibt relativ stabil. Interessant ist, dass im Jahr 1999 ein deutlicher Bevölkerungsrückgang stattgefunden hat. Hiervon war die Altersgruppe der 30–59-Jährigen mit einem Rückgang von fast 600 Personen am stärksten betroffen.

Diese konstante Bevölkerungsentwicklung spricht kaum für eine Veränderung der Kriminalstatistik. Sollte eine signifikante Veränderung eingetreten sein, liegen die Gründe hierfür jedenfalls nicht in der demografischen Entwicklung.

Zusätzlich zu den erhöhten Lasten, die durch die Zunahme der über 60-Jährigen entstehen, sind die städtischen Leistungen an Transferempfänger zwischen 2005 und 2008 nicht unerheblich von 542 auf 760 gestiegen.

3.5.1.3 Beschäftigungsentwicklung

Die Kaufkraftkennziffer lag im Jahr 1997 bei 119,1. Bis zum Jahr 2009 sank sie auf 111,8.⁵⁷⁴ Über diesem Durchschnitt liegen die zu Duisdorf gehörenden statistischen Bezirke Finkenhof mit 122 sowie Röttgen mit 118,9 und Ückersdorf mit 118,8 (vgl. Abb. 4). Die niedrigste Kaufkraft wurde in den Bezirken Medinghoven mit 101,3 und Duisdorf-Zentrum 104,3 errechnet.

Die Zahl der Arbeitslosen vergrößerte sich von Dezember 2000 bis Juli 2009 um fast 2 Prozentpunkte von 6,3% auf 8,1% der abhängig Erwerbstätigen. Sie liegt da-

⁵⁷⁴ Statistikstelle der Stadt Bonn. Indikatorenkatalog der Bonner Ortsteile, von 2001 und 2009.

mit im Jahr 2009 um 0,4 Prozentpunkte über dem städtischen Durchschnitt. Bezogen auf diese Zeitspanne stieg die Arbeitslosenquote der Stadt nur um 1,5 Prozentpunkte.⁵⁷⁵ Mit 2,9% sind in Ückersdorf sowie in Finkenhof (4,9%) die wenigsten Arbeitslosen verzeichnet. Ein großer Rückgang konnte in Duisdorf-Nord und Lengsdorf registriert werden. Dort verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen in Prozent der abhängig Erwerbstätigen von 7,6 auf 4,8% bzw. von 14,5 auf 10,2%. Auffällig ist die Arbeitslosenquote im Duisdorfer Stadtteil Medinghoven. Mit 17,6% im Jahr 2000 und 17,8% im Jahr 2009 hat sie den mit Abstand höchsten Wert aller 65 statistischen Bezirke.

In Duisdorf hat sich die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren um 2 Prozentpunkte auf 8,1% der Arbeitslosen erhöht und hat in einem Vergleich der drei Untersuchungsbereiche nun den ersten Platz eingenommen. Eine deutliche Vergrößerung konnte in Ückersdorf und Duisdorf-Nord festgestellt werden, wo sich die Zahl verfünffachte (von 0 auf 5%) bzw. fast verdreifachte, von 2,2% der Arbeitslosen auf 6,4%.

In einem Vergleich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Anzahl der Beschäftigten am Wohnort je 1000 Einwohnern) verschlechterte sich Duisdorf auf dem zweiten Platz, die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich jedoch von 432 auf 487.

3.5.2 Untersuchungsbereich Bonn

3.5.2.1 Städtebauliche Entwicklung

Die Fläche des Bezirks Bonn beträgt 54,72 km².⁵⁷⁶ Die besiedelte Fläche des Bezirkes Duisdorf beträgt heute 1.715 ha.⁵⁷⁷ Es leben dort rund 31.716 Menschen. Die Bevölkerungsdichte beträgt 2.451,6 Einwohner pro Quadratkilometer.

Am 31.12.2002 wurden insgesamt 18.522 Wohngebäude mit einer Wohnfläche von 4.842.281 Quadratmetern gezählt.⁵⁷⁸ Am 31.12.2008 waren es 19.063 Wohngebäude mit einer Wohnfläche von 5.000.102 m².⁵⁷⁹ In diesem Bereich lassen sich für die Kriminalstatistik schwerlich Unterschiede ausmachen. Aufgrund des Innenstadtbereichs liegt vermutlich eine hohe Ladendiebstahlszahl vor.

Im ehemaligen Parlaments- und Regierungsviertel wurden zwischen 1999 und 2003 für zwei Mrd. Euro neue Bürogebäude geschaffen. Damit verdoppelte sich die Bürofläche auf etwa 900.000 m².⁵⁸⁰ Es entstanden etwa 11.000 neue Arbeitsplätze.⁵⁸¹

⁵⁷⁵ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog der Bonner Ortsteile, von 2001 und 2009.

⁵⁷⁶ Statistikstelle der Stadt Bonn.

⁵⁷⁷ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog der Bonner Ortsteile vom 24.07.2009. Kaufkraft in Deutschland = 100.

⁵⁷⁸ Statistikstelle der Stadt Bonn.

⁵⁷⁹ Statistikstelle der Stadt Bonn.

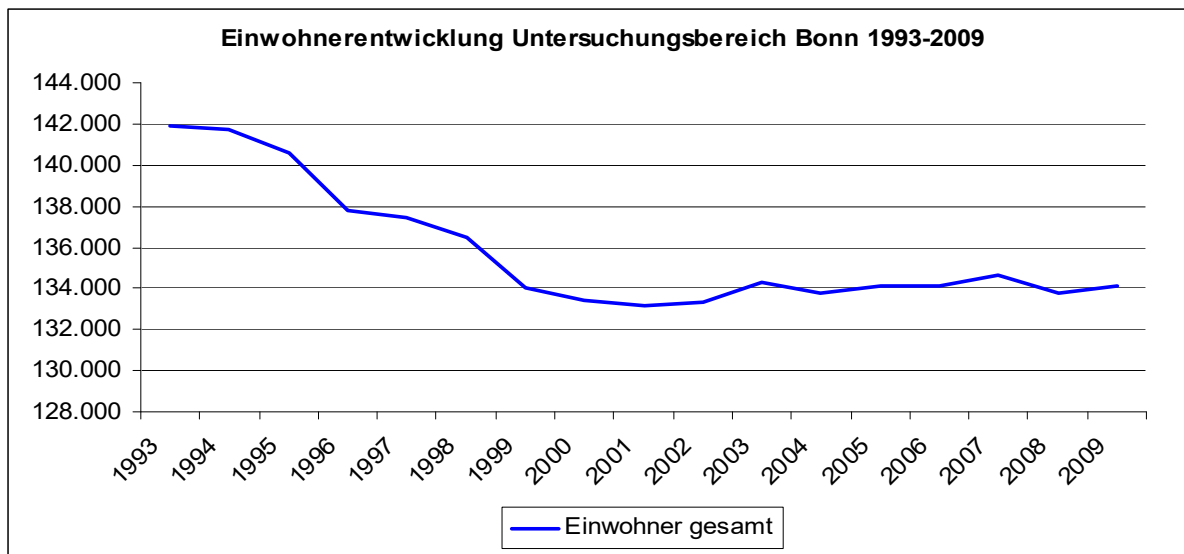
⁵⁸⁰ *Leyendecker*, Bonns neue Mitte.

⁵⁸¹ *Leyendecker*, Bonns neue Mitte.

3.5.2.2 Demografische Entwicklung

Die Bevölkerung des Stadtbezirks Bonn sank zwischen 1993 und 2009 um knapp 8.000 Einwohner von 141.931 auf 134.149. Auffällig ist, dass der Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2000 abgeschlossen war. Seitdem stagniert die Bevölkerungsentwicklung zwischen 133.200 und 134.700 Einwohner.

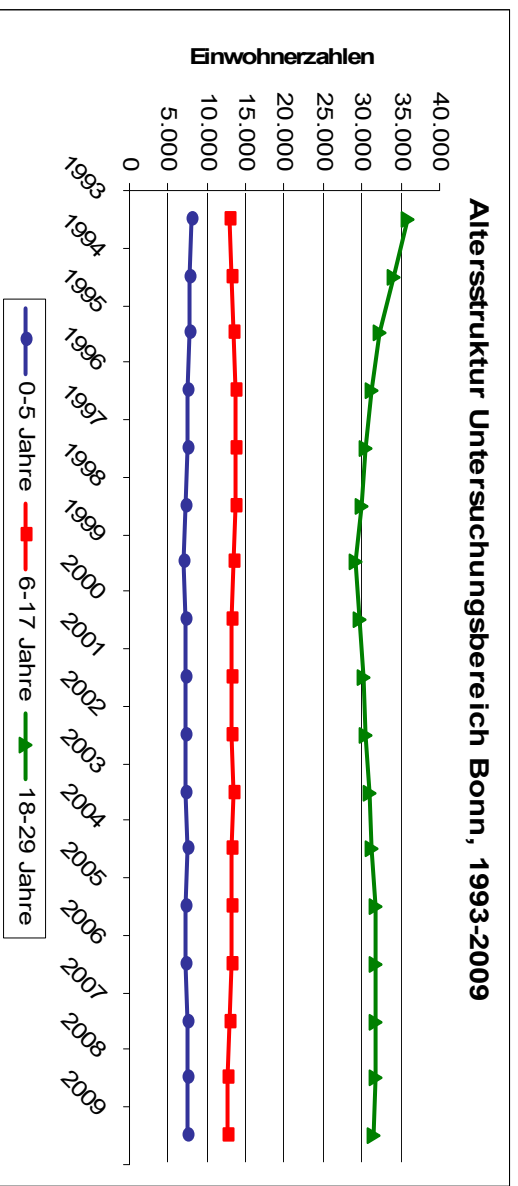
Abbildung 22: Einwohnerentwicklung im Untersuchungsbereich Bonn, 1993–2009



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn und eigener Berechnungen, http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

Bis auf die Altersklasse der über 60-Jährigen entwickelten sich die Bevölkerungszahlen in allen Altersgruppen rückläufig. Deutliche Abnahmen verzeichneten insbesondere die Altersklasse der 18–29-Jährigen sowie die der 30–59-Jährigen, deren Zahlen um 3.000 bzw. 4.000 Einwohner zurückgingen. Bei den 18–29-Jährigen und den 30–59-Jährigen sanken die Bevölkerungszahlen massiv zwischen 1993 und 2000. Seitdem stagnieren sie bei rund 31.700 bzw. 56.500. Dagegen sind nur leichte regressivere Tendenzen in den Altersgruppen der 0–5 jährigen sowie der 6–17-Jährigen zu erkennen. 10,9% der Bewohner des Untersuchungsbereichs Bonn sind zwischen 6 und 19 Jahre alt. In Dransdorf und Neu-Tannenbusch sind jeweils rund 20% der Einwohner im schulfähigen Alter. Im Vergleich dazu gibt es verhältnismäßig wenig Einwohner in dieser Altersgruppe in den innerstädtischen Bereichen Zentrum Rheinviertel, Zentrum Münsterviertel, Wichelshof, Bonn Güterbahnhof und Vor dem Koblenzer Tor, deren Bewohner im schulfähigen Alter alle unter 6,4% liegen. Die Bevölkerungsentwicklung der über 60-Jährigen stagniert über den gesamten Zeitraum bei rund 35.700. Ein so deutlicher Aufwärtstrend wie im Stadtbezirk Duisdorf ist hier nicht festzustellen.

Abbildung 23: Altersstruktur Untersuchungsbereich Bonn, 1993–2009



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn und eigener Berechnungen, http://www.w2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

2005 wurden 2.421 Transfer-Empfänger städtischer Leistungen gezählt, 2008 erhöhte sich die Zahl auf 2.810.⁵⁸²

3.5.2.3 Beschäftigungsentwicklung

Die Kaufkraftkennziffer sank von 119, 9 im Jahr 1997 auf 107,6 im Jahr 2009 und hat damit ihren niedrigsten Stand erreicht. Deutlich unterdurchschnittlich ist die Kaufkraft in den Bezirken Alt- und Neu-Tannenbusch (99 und 95,3) sowie im Ellerviertel (96,6). Der statistische Bezirk Venusberg erreicht mit 132,1 den zweithöchsten Wert in Bonn.

Mit 9,1 % hat der Bezirk Bonn-City die höchste Arbeitslosenquote. Eine hohe Quote wurde in den Bezirken Bonn Güterbahnhof (19%), Dransdorf (19,6%) und Neu-Tannenbusch (18,8%) ermittelt die Niedrigste Die niedrigsten Quoten liegen am Venusberg (2,5%), Vor dem Koblenzer Tor (3%) und im Bonner Talviertel (4%).

Bei einem Vergleich der Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen, gemessen an allen Arbeitslosen, liegt der Untersuchungsbereich City mit 7,9% hinter Godesberg aber vor Duisdorf. Das Bonner Talviertel hat mit 2% die niedrigste Anzahl junger Arbeitsloser unter 25, während der Bezirk Zentrum-Münsterviertel mit 19,2% den zweithöchsten Wert in der Stadt Bonn erreicht.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich von 412 im Jahr 1999 auf 472 im Jahr 2008.

3.5.3 Untersuchungsbereich Bad Godesberg

3.5.3.1 Städtebauliche Entwicklung

Die Fläche des Bezirks Bad Godesberg beträgt 32,51 km².⁵⁸³ Am 31.12.2002 wurden 13.308 Wohngebäude mit 3.023.151 m² Wohnfläche gezählt.⁵⁸⁴ Am 31.12.2008 waren es 13.736 Wohngebäude mit 3.157.519 m² Wohnfläche.⁵⁸⁵ Insbesondere im Regierungsviertel ist die Einwohnerzahl, gemessen an den Arbeitsplätzen, äußerst gering. Um dies zu ändern, plant die Stadt den Bau weiterer Wohnungen.⁵⁸⁶ Allerdings ist das ehemalige Regierungsviertel bauplanerisch gemäß § 11 BauNVO als Sondergebiet mit überwiegender Zweckbestimmung Büro und Verwaltung ausgewiesen. Städtebaulich wird mithin in erster Linie das Ziel verfolgt, es zu einem modernen Bürostandort zu entwickeln. Bad Godesberg besitzt, mangels verfügbarer Fläche, über wenig Neubaugebiete. Durch den Regierungsumzug wurden jedoch einige Flächen frei, die ehemals dem Bund vorbehalten waren. Diese Grundstücke wurden von verschiedenen Firmen zum Neubau von Bürogebäuden benutzt, wie beispielsweise Aktion Mensch, Telekom oder Post. Die ehemaligen Diplomatenvillen werden oftmals von den Führungskräften der zugezogenen Firmen als Wohnhäuser genutzt.

In Godesberg wurden für die Regierungsmitarbeiter Bundessiedlungen errichtet. Die Siedlung in Heiderhof wurde in den 1970er Jahren gebaut und wird heute, aufgrund ihrer höherwertigen Ausstattung, hauptsächlich von jüngeren Familien bewohnt. Die in den 1950er und 1960er Jahren erbaute Bundessiedlung in Mehlem wird dagegen vorwiegend von finanziell schlechter gestellten Menschen mit Migrationshintergrund genutzt.

Die ehemaligen Bundessiedlungen Pennenfeld, Mehlem oder Lannesdorf können heute als Problemgebiete bezeichnet werden. Hier trifft eine veraltete Bausubstanz auf einkommensschwächere Familien. Hinzu kommt eine Art der Ghettobildung, in der sich Bewohner mit Migrationshintergrund bündeln. Hier wirkt die städtische Wohnungsgesellschaft mit unterschiedlichen Aktionen auf eine Verbesserung der bestehenden Situation hin. So wurde beispielsweise ein Quartiersmanagement eingerichtet, es wurden Freizeitangebote geschaffen sowie mit einer Renovierung der Gebäude begonnen.

3.5.3.2 Demografische Entwicklung

Bad Godesberg verzeichnet ein stetiges Bevölkerungswachstum. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die in Godesberg wohnhaften Diplomaten im Gegensatz zu den zugezogenen Mitarbeitern der neu angesiedelten Firmen nicht mel-

⁵⁸³ Statistikstelle der Bundesstadt Bonn.

⁵⁸⁴ Statistikstelle der Bundesstadt Bonn.

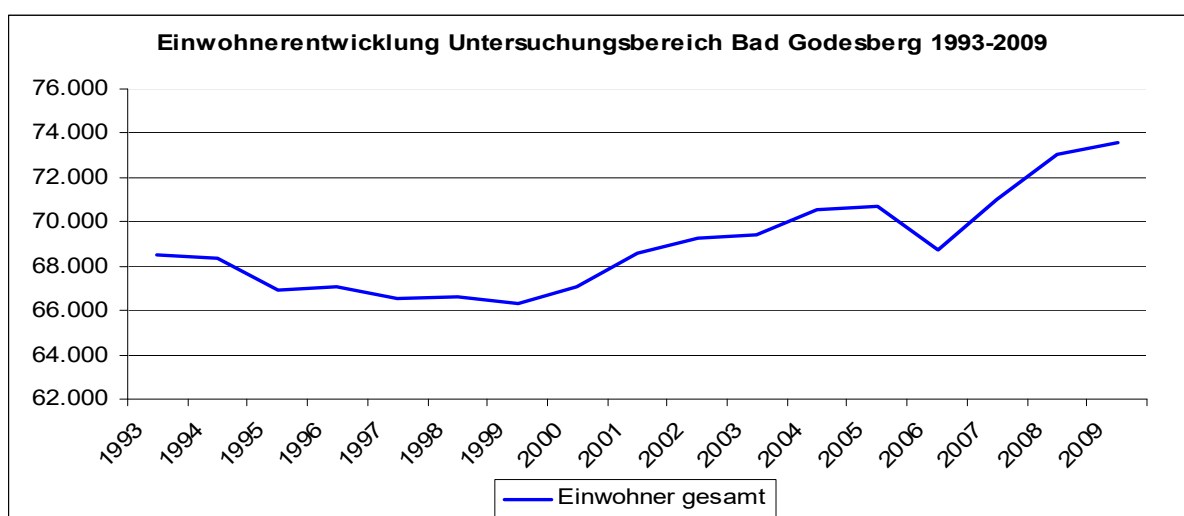
⁵⁸⁵ Statistikstelle der Bundesstadt Bonn.

⁵⁸⁶ Im südlichen Johanniterviertel.

depflichtig waren, sodass hierdurch die Zahlen der Bevölkerungsentwicklung leicht verfälscht werden.

Die Bevölkerung stieg von 68.515 im Jahr 1993 auf 73.563 im Jahr 2009. Allerdings ist bis 1999 ein Rückgang von rund 2.000 Einwohnern festzustellen, der lediglich im Jahr 1996 durch eine leichte Bevölkerungszunahme unterbrochen wurde. Seit 2000 ist die Bevölkerungsentwicklung durch ein konstantes Wachstum gekennzeichnet. Eine Ausnahme stellt das Jahr 2006 dar, in dem die Bevölkerungszahl um rund 2.000 Einwohner sank.

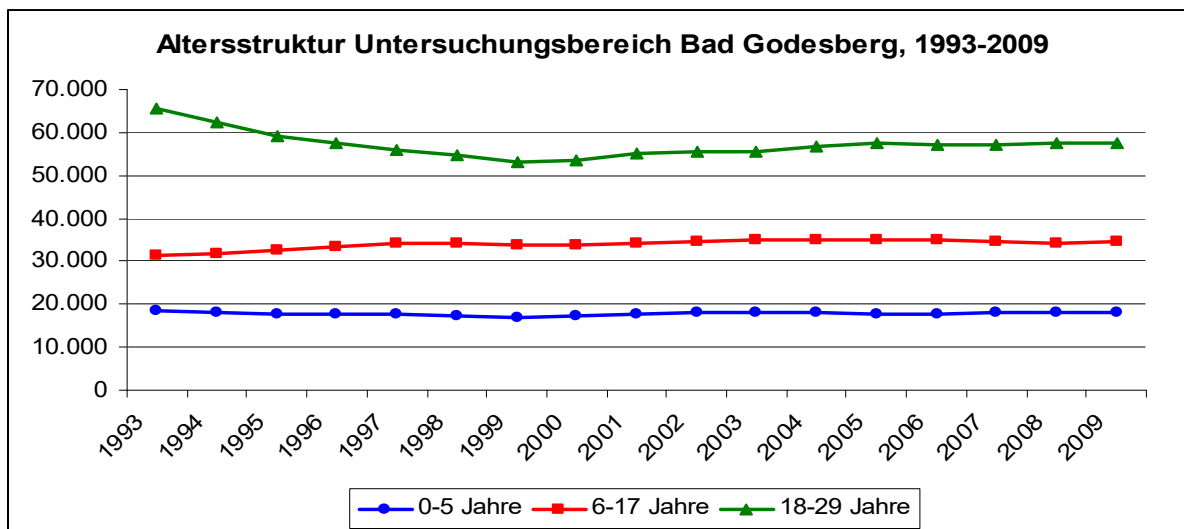
Abbildung 24: Einwohnerentwicklung im Untersuchungsbereich Bad Godesberg, 1993–2009



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn und eigener Berechnungen, http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

Abgesehen von den 18–29-Jährigen, deren Zahl sich um fast 2.000 Einwohner verringerte, kann in allen anderen Alterssegmenten eine leicht schwankende, aber positive Entwicklung verzeichnet werden. Die 6–17-jährige Bevölkerungsgruppe wuchs stetig. Godesberg hat mit 13,6% Einwohner zwischen 6 und 19 Jahren den zweithöchsten Anteil an Schülern in den Untersuchungsbereichen. Im Jahr 2006 entwickelten sich alle Altersklassen allerdings leicht rückläufig. Bei den 30–59-Jährigen ist zudem im Jahr 1999 ein leichter Bevölkerungsrückgang erkennbar, was auf den Regierungsumzug zurückzuführen ist.

Abbildung 25: Altersstruktur Bad Godesberg 1993–2009



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn und eigener Berechnungen, http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

Eine durchweg wachsende Tendenz ist bei den Empfängern städtischer Transferleistungen zu registrieren. Deren Zahl stieg von 879 Empfängern im Jahr 2005 auf 1.249 Empfänger im Jahr 2008.

3.5.3.3 Beschäftigungsentwicklung

Im Jahr 1997 betrug die Kaufkraftkennziffer 129,4 und sank bis 2009 auf 113,9.⁵⁸⁷ Im statistischen Bezirk Gronau-Regierungsviertel beträgt die Kaufkraft sogar 138,4, am Venusberg 132,1. In keinem der anderen statistischen Bezirke wird ein ähnlich hoher Wert erreicht.

Viele Einwohner Godesbergs waren Regierungsbeamte. Die sinkende Kaufkraftkennziffer verdeutlicht damit die Betroffenheit dieses Bezirks. Während sie 1997 noch 128,3 betrug, lag sie zwischen 2001 und 2003 konstant bei 127,2 und fiel ab 2004 stetig von 121,6 auf zuletzt 112,3 im Jahr 2007. In 2009 ist dagegen mit dem Wert von 113,9 wieder ein leichter Aufwärtstrend erkennbar. Dennoch übertraf sie immer, wenn auch marginal, die übrigen Stadtbezirke.

Auch bezüglich der Arbeitslosigkeit hat Godesberg im Vergleich zu den beiden anderen Untersuchungsbereichen den niedrigsten Wert mit 6,6% im Jahr 2000. Dieser Wert stieg auf 7,7% im Jahr 2009. Über den gesamten Zeitraum wurden die niedrigsten Werte in Godesberg-Kurviertel (2,5%), im Hochkreuz-Regierungsviertel (3%) und in Schweinheim (3,2%) gemessen. Hohe Arbeitslosenwerte erreichten im genannten Zeitraum dagegen Godesberg-Zentrum (von 10,2 auf 11,6%), Pennenfeld

⁵⁸⁷ Statistikstelle der Stadt Bonn. Kaufkraftkennziffer für 2007 ist für Bonn und Hardtberg zusammengefasst.

(von 11,3 auf 13,1%), Lannesdorf (von 10,5 auf 13,5%) sowie Mehlem-Rheinaue (von 10 auf 15,1%).

Die Prozentzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren erhöhte sich in den letzten neun Jahren um 0,4 Prozentpunkte. Das Hochkreuz-Regierungsviertel erreicht mit 22,2% der unter 25-jährigen Arbeitslosen – gemessen an den Arbeitslosen insgesamt – den höchsten Wert. Im Jahr 2000 betrug die Prozentzahl mit 9,1% noch weniger als die Hälfte. Im Gegensatz dazu verringerte sich die Zahl der unter 25-jährigen Arbeitslosen im Gronau-Regierungsviertel von 4 auf 0%.

Mit 493 sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen je 1.000 Einwohnern hat Godesberg die Spitzenposition in einem direkten Vergleich der drei Untersuchungsgebiete. Mit 1.350 sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen bietet der statistische Bezirk Gronau-Regierungsviertel mit Abstand die meisten Arbeitsplätze.

3.6 Zusammenfassung der Ergebnisse

3.6.1 Städtebau

Maßgeblich für städtebauliche Entwicklungen sind die Bereiche Wohn- und Funktionsbebauung. Im Gegensatz zur Funktionsbebauung hat die Wohnbebauung in den drei zu untersuchenden Bereichen erheblich zugenommen. Der Wohnungsbestand stieg zwischen 2001 und 2009 in den Stadtbezirken Bonn, Bad Godesberg und Duisdorf um jeweils mindestens 500 Wohnungen an.⁵⁸⁸ Weitere Neubauten sind geplant. Im Bereich Duisdorf sind die ursprünglichen Kasernen einer Nutzungsänderung zugeführt worden. Dieser Raum wurde verschiedenen Bundesbehörden zur Verfügung gestellt.

Gerade im Bereich der Wohnbebauung ist städtebauliche Kriminalprävention eine polizeiliche Vorbeugungsarbeit, die hilft, Angsträume zu entschärfen und Kriminalitätsbrennpunkte zu vermeiden. Zwei Wohngebiete, die ein gelungenes Modell für städtebauliche Kriminalprävention sind, sollen im Folgenden beispielhaft vorgestellt werden.

Das Wohngebiet Dransdorf im Stadtbezirk Bonn ist in den 1960er und 1970er Jahren als Neubaugebiet entstanden. Es handelt sich um weitläufige, dreigeschossige Zeilenbebauung, ein- bis zweigeschossige Einfamilienhausbebauung, eine Siedlung im Geschosswohnungsbau sowie zweigeschossige Einfamilienreihenhäuser. Zu Beginn der 1980er Jahre war dieses Gebiet gekennzeichnet von einer schlechten Bau-substanz, verwahrlostem Wohnumfeld, einem hohen Arbeitslosenanteil, einer unglücklichen Belegungspolitik sowie hohem sozialen Konfliktpotential. Hieraus resultierte ein schlechtes Image des gesamten Ortsteils sowie eine hohe subjektive

⁵⁸⁸ Stadtbezirk Bonn: Anstieg des Wohnungsbestandes um 2.536; Stadtbezirk Bad Godesberg: Anstieg des Wohnungsbestandes um 1.687; Stadtbezirk Duisdorf: Anstieg des Wohnungsbestandes um 556.

Kriminalitätsfurcht. Mit einem integrierten Handlungskonzept gelang es, dieses Problemgebiet innerhalb von vier Jahren zu entschärfen. Um eine Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnumfeld zu fördern, wurden diese in die Mitgestaltung des Gebietes – beispielsweise durch gemeinsame Renovierungsmaßnahmen – aktiv einbezogen. Die Bewohner fühlen sich dadurch für die Gemeinschaftsanlagen verantwortlich, sodass es heute keinen Vandalismus und keine Anzeichen von Verwahrlosung mehr gibt. Dieser Ansatz beruht auf der sog. Broken-Windows Theorie. Weiterhin wurden Hochhäuser umgebaut, um die dort herrschende Anonymität zu beseitigen. Ein Spielplatz für die Kleinen und ein Multimediatreff für die Jugendlichen bieten sinnvolle Beschäftigungen für die jüngeren Bewohner und verhindern damit das „Herumlungern“ und die daraus resultierende Gefahr des delinquenten Verhaltens. Erholungsanlagen, die Eröffnung der Stadtteilbegegnungsstätte und einer Selbsthilfe-Fahrradwerkstatt bieten Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Ein Beispiel für eine gelungene städtebauliche Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Kriminalprävention.

Beispiel eines gelungenen Neubaugebiets ist „Im Rosenfeld“, Stadtteil des Stadtbezirks Bonn, das gemeinsam mit Polizeiexperten entwickelt wurde. Die ursprünglich für Familien mit Kindern geplante Siedlung wurde um seniorengerechte Häusertypen bereichert, um auch für diesen Personenkreis attraktiv zu werden. Hierdurch ist die Siedlung auch tagsüber belebt, Einbrecher werden abgeschreckt. Ein Kinderspielplatz wurde so in die Siedlung integriert, dass die Kinder diesen problemlos alleine erreichen und von den Eltern aus den Häusern beaufsichtigt werden können. Der Vermeidung von Angsträumen dient eine gute und ausreichende Beleuchtung, die eine Überschaubarkeit des öffentlichen Raumes fördert. Die Pflanzhöhe bei Hecken und Büschen wird begrenzt, ein ausreichender Abstand der Pflanzen zu den Wegen und Gebäuden eingehalten und auf Unterführungen verzichtet.

Für die drei zu untersuchenden Gebiete gab es nur teilweise derart günstige Voraussetzungen. Im Untersuchungsbereich Duisdorf sind Neubaugebiete geplant, von denen zu hoffen ist, dass sie diese Aspekte berücksichtigen. Der Umbau der Kasernen war als zu nutzendes Wohngebiet nicht vorgesehen. Hier wurden Bundesbehörden angesiedelt. Im Untersuchungsgebiet Bonn waren Ansätze möglich, die wie oben beschrieben auch teilweise umgesetzt wurden. Auch im Bereich des Untersuchungsbezirks Godesberg gibt es Ansätze gelungener Kriminalprävention, wie sie in 3.5.1.1. beschrieben wurden.

3.6.2 Demografische Entwicklung

Für die gesamte Stadt Bonn gelten für den Untersuchungszeitraum folgende Zahlen: Auffällige Veränderungen sind bei den 18–29-Jährigen zu beobachten. Bei dieser Altersgruppe sank die Zahl von 65.664 im Jahr 2003 auf 57.480 im Jahr 2009. Ihren Tiefstand erreichte sie im Jahr 1999, also dem Jahr des Regierungsumzuges mit 53.278 Einwohnern zwischen 18 und 29 Jahren. Seitdem ist ein konstanter Aufwärtstrend erkennbar. Die Anzahl der 30–59-Jährigen stieg in dem untersuchten

Zeitraum von 148.477 auf 150.534, wobei sie im Jahr 1998 mit 155.213 ihren Höchststand erreichte. Während sich die Zahl der 0-5-Jährigen relativ stabil zwischen etwa 17.000 und 18.200 bewegt, stieg die Bevölkerungsgruppe der 6–17-Jährigen sowie der über 60-Jährigen konstant an.

Die Zahl der städtischen Transferempfänger nach dem SGB XII stieg zwischen 2001 und 2009 von 46,1 auf 89,7 je 1.000 Einwohner.⁵⁸⁹ Für die drei Untersuchungsbereiche bedeutet dies, dass auch hier die Zahl der Empfänger städtischer Transferleistungen nach dem SGB XII zwischen 2001 und 2009 angestiegen ist. Im Stadtbezirk Bonn erhöhte sich die Empfängerzahl je 1.000 Einwohner von 52,8 auf 95,3, in Bad Godesberg von 31,7 auf 82,9 und in Duisdorf von 51,1 auf 109,4.

Duisdorf ist der Untersuchungsbereich mit der größten Bevölkerungsdichte. Im Juli 2009 waren es 2.520 Einwohner je Hektar, die sich mit 5.029 auf Duisdorf-Zentrum und 4.844 auf Neu-Duisdorf konzentrierten.

Der am dichtesten besiedelte Bereich in Bonn ist der Bezirk „Vor dem Sterntor“ mit 16.455 Einwohnern pro Hektar, gefolgt von dem benachbarten Bezirk Wichelshof mit 11.518 Einwohnern. Diese beiden Bezirke grenzen ringförmig an Zentrum-Rheinviertel und Zentrum-Münsterviertel. Mit 526 Einwohnern auf einem Hektar ist der Venusberg der am geringsten bewohnte Bereich in Bonn.

Godesberg ist der statistische Bezirk mit der geringsten Bevölkerungsdichte je Hektar mit durchschnittlich 2.346 Einwohnern. Die dichteste Besiedelung herrscht in Godesberg-Zentrum mit 7.215 Einwohnern, während das Gronau- und Hochkreuz-Regierungsviertel mit 723 bzw. 844 Einwohnern pro Hektar am geringsten besiedelt ist.

3.6.3 Beschäftigungsentwicklung

In der Stadt Bonn entwickelte sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1999 und 2008 von 450 auf 475 je 1000 Einwohner. Gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitsplätze von 183.077 im Jahr 1998 auf 203.865 im Jahr 2009. In 1998 entfielen 12,2% der Arbeitsplätze auf den primären und sekundären Sektor sowie 87,8% auf den Dienstleistungssektor. Zu Lasten des Dienstleistungssektors steigerte sich der primäre und sekundäre Sektor bis 2009 auf 13,9% der Arbeitsplätze. Die lokale Kaufkraft⁵⁹⁰ sank im Zeitraum zwischen 1997 und 2009 von 120,9 auf 111,1.

Vergleichbare Entwicklungen vollzogen sich in den drei Untersuchungsbereichen: In Bonn stieg die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter je 1.000 Einwohner am Wohnort zwischen 1999 und 2008 von 412 auf 472, im Bezirk Bad Godesberg von 402 auf 443 und in Duisdorf von 438 auf 483. Für die Anzahl der Arbeitsplätze bedeutet dies im Stadtbezirk Bonn eine Zunahme von knapp 10.000 auf

⁵⁸⁹ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog 2001 und 2009.

⁵⁹⁰ Deutschland = 100.

101.984 und für Bad Godesberg eine Steigerung von rund 2.800 auf 54.604. Der Untersuchungsbereich Duisdorf verlor dagegen 714 Arbeitsplätze und hat damit noch 18.355. Auch die sektorale Einteilung der Arbeitsplätze veränderte sich. Waren im Untersuchungsbereich Bonn im Jahr 1999 noch 90,1% der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor angesiedelt, waren es 2008 nur noch 89,4%. Ähnliche Entwicklungen erlebte Bad Godesberg, wo der Anteil der Arbeitsplätze im tertiären Sektor um 1,8 Prozentpunkte auf 82,6% schrumpfte. In Duisdorf verlor der Dienstleistungssektor zu Lasten des primären und sekundären Sektors 2,1 Prozentpunkte. Mit 90,1% aller Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich übersteigt Duisdorf immer noch die anderen beiden Bezirke.

Das BIP je Einwohner stieg von 34.743 im Jahr 1992 auf 42.388 Euro im Jahr 2009. Rückläufige Tendenzen wurden 1996, 1997, 2000 sowie 2003 erfasst.

4. Kapitel: Jugendkriminalität

Im Folgenden wird die Entwicklung der Jugendkriminalität der letzten 23 Jahre in Bonn anhand einer Längsschnittanalyse dargestellt, welche auf drei Jahresmesspunkten basiert – 1985, 1990 und 2008. Es wird der Zeitpunkt unmittelbar vor dem Hauptstadtbeschluss (1985–1990) zugrunde gelegt sowie die sich anschließende Zeitspanne von 1990 bis 2008, die den Strukturwandel umfasst.

Um die Entwicklung der Jugendkriminalität während der Ausübung der Hauptstadtfunktion mit den möglichen Veränderungen nach Einsetzen des Strukturwandels vergleichen zu können, wird zunächst die Kriminalitätsbelastung in den Jahren 1985 und 1990 dargestellt. Bis 1984 verwendete die polizeiliche Kriminalstatistik (nachfolgend: PKS) noch nicht die „echte Tatverdächtigenzählung“. Zum Zwecke einer größtmöglichen Vergleichbarkeit mit den folgenden Jahresmesspunkten wurde in dieser Arbeit deshalb als Untersuchungsbeginn das Jahr 1985 gewählt.

Für die zweite Phase wird 1990 und nicht 1991 als Ausgangspunkt genommen. Die letzten sicheren Daten vor dem Hauptstadtbeschluss liegen für das Jahr 1990 vor. Das Folgejahr 1991 muss bereits der Zeit des Strukturwandels zugerechnet werden, da es den Strukturwandel einleitet. Die Darstellung des Berichtsjahres 2008 ist aufschlussreich, da es sich um die aktuellsten Daten handelt und daher die gegenwärtige Situation aufgezeigt werden kann. Dabei liegt die Annahme zugrunde, dass der Strukturwandel in Bonn noch nicht abgeschlossen ist. Zwar lief die finanzielle Förderung 2005 aus. Das lässt aber nicht den Schluss zu, dass die strukturellen Veränderungen gleichzeitig vollständig beendet waren.

Um die Kriminalitätsentwicklung der Stadt zu verdeutlichen, werden als Vergleichsgröße die entsprechenden Daten für die Bundesrepublik und das Land Nordrhein-Westfalen herangezogen. Zudem werden die Werte Bonns auch zu verschiedenen Großstädten in Beziehung gesetzt um dadurch eine interkommunale Einordnung zu ermöglichen, wobei allerdings nur auf die Kriminalitätsentwicklung insgesamt abgestellt wird. Das erscheint ausreichend, um die Stellung der Hauptstadt bzw. Bundesstadt mit vergleichbaren Großstädten zu verdeutlichen. Hintergrund ist die Schwierigkeit, die in Bonn stattgefundenen Kriminalitätsveränderungen kausal auf die Besonderheiten des durchlaufenen Strukturwandels zurückzuführen. Es besteht vielmehr Möglichkeit, dass die Bonner Kriminalitätsentwicklung als 'allgemeine' Kriminalitätsentwicklung einzustufen ist und gerade nicht Folge der strukturellen Veränderungen.

4.1 Einführung

Als Grundlage für die Darstellung des aktuellen Standes sowie der Entwicklung der Kriminalität dient die PKS. Diese wird vom Bundeskriminalamt, den Landeskriminalämtern sowie den einzelnen Polizeipräsidien seit 1953 herausgegeben und erfasst alle von der Polizei bearbeiteten Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten

Versuche und der vom Zoll bearbeiteten Rauschgiftdelikte.⁵⁹¹ Die PKS erscheint nach den seit dem 01. Januar 2008 geltenden Richtlinien als „eine Zusammenstellung aller der Polizei bekannt gewordenen strafrechtlichen Sachverhalte unter Beschränkung auf ihre erfassbaren wesentlichen Inhalte. Sie soll damit im Interesse einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung zu einem überschaubaren und möglichst verzerrungsfreien Bild der angezeigten Kriminalität führen.“⁵⁹²

Rechtsgrundlage der PKS auf Bundesebene ist das Gesetz „über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten“. Das BKA hat gemäß § 2 Abs. 6 Ziff. 2 dieses Gesetzes „als Zentralstelle ... kriminalpolizeiliche Analysen und Statistiken einschließlich der Kriminalstatistik zu erstellen und hierfür die Entwicklung der Kriminalität zu beobachten.“⁵⁹³

Für das Berichtsjahr 1953 veröffentlichte das Bundeskriminalamt erstmals das Jahrbuch der PKS für die Bundesrepublik Deutschland.⁵⁹⁴ Am 01. Januar 1971 wurde die polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt. Dies ermöglichte eine stärkere Differenzierung des Straftatenkataloges. Zudem wurde bundeseinheitlich die sog. Ausgangsstatistik eingeführt, also eine Erfassung nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen.⁵⁹⁵ Zum 01. Januar 1984 fand eine grundlegende Reform der PKS statt, indem u.a. die „echte Tatverdächtigenzählung“ eingeführt wurde. So konnte die bisherige Mehrfachzählung vermieden werden, die zu überhöhten Tatverdächtigenzahlen und somit einer Verzerrung der Tatverdächtigenstruktur führte.⁵⁹⁶ Mit der Wiedervereinigung sollten ab dem 01. Januar 1991 die DDR-Statistiken ohne Unterbrechung in die PKS der Bundesrepublik Deutschland einbezogen werden. Aufgrund personeller Veränderungen wurde jedoch erst 1993 eine vergleichbare Erfassung ermöglicht.

Das Bonner Polizeipräsidium ist die südlichst gelegene der 50 Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen mit direkter Grenze zu Rheinland-Pfalz. Die Kreispolizeibehörde deckt ein Gebiet von ungefähr 600 km² ab und ist für mehr als eine halbe Million Einwohner zuständig. Der Aufgabenbereich des Polizeipräsidiums Bonn erstreckt sich auf die Kommunen Bonn, Alfter, Bad Honnef, Bornheim, Königswinter, Meckenheim, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg.

4.1.1 Erläuterung der verwendeten Begriffe

Ein Vergleich der Kriminalitätsbelastung zwischen den verschiedenen Untersuchungsgebieten erfordert die Zugrundelegung einer gemeinsamen Bezugsgröße. Herkömmlicherweise werden die ermittelten Straftaten in Beziehung zu der Wohn-

⁵⁹¹ *Schwind*, Kriminologie, S. 17.

⁵⁹² BKA, PKS 2005, S. 7.

⁵⁹³ BKA, PKS 2008, S. IV.

⁵⁹⁴ BKA, PKS 2008, S. II.

⁵⁹⁵ BKA, PKS 2008, S. III.

⁵⁹⁶ BKA, PKS 2008, S. III.

bevölkerung gesetzt, die sog. Häufigkeitszahl (HZ= erfasste Fälle mal 100.000 / Einwohnerzahl). Da sich diese immer auf die gleiche Bezugsgröße (100.000 Einwohner) beziehen, können Bevölkerungsschwankungen ausgeglichen werden.

Die Aufklärungsquote bezeichnet das prozentuale Verhältnis von aufgeklärten zu bekannt gewordenen Fällen im Berichtszeitraum⁵⁹⁷ (Aufklärungsquote = Aufgeklärte Fälle mal 100 / bekannt gewordene Fälle).

Tatverdächtig ist jeder, der nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, eine rechtswidrige (Straf-)Tat begangen zu haben – inklusive Mittäter, Anstifter und Gehilfen.⁵⁹⁸

Die Tatverdächtigenbelastungszahl⁵⁹⁹ (TVBZ) gibt die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen jeweils ohne Kinder unter 8 Jahren wieder, errechnet auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils (TVBZ = Tatverdächtige ab 8 Jahren mal 100.000 / Einwohnerzahl ab 8 Jahren). Die TVBZ kann keine Aussage über die tatsächliche Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung treffen, da die Aussagekraft durch ein doppeltes Dunkelfeld in der Bevölkerungsstatistik und in der polizeilichen Kriminalstatistik eingeschränkt ist.⁶⁰⁰

Reale TVBZ können für die nichtdeutschen Tatverdächtigen nicht errechnet werden, denn in der Einwohnerstatistik fehlen die amtlich nicht gemeldeten Ausländer, die sich hier legal (z.B. als Touristen, Geschäftsreisende, grenzüberschreitende Berufspendler oder Diplomaten und ihre Familienangehörigen) oder illegal aufhalten.⁶⁰¹ Diese nicht meldepflichtigen bzw. zwar meldepflichtigen, aber nicht gemeldeten Personen führen zu einer Unterschätzung der Bezugsgröße, da sie in der Wohnbevölkerung nicht berücksichtigt sind. Im Jahr 2002 waren laut der PKS zwischen 30% und 50% der im Bundesgebiet registrierten nichtdeutschen Tatverdächtigen melderechtlich nicht erfasst.⁶⁰² Je stärker aber die altersgleiche Bezugsbevölkerung unterschätzt wird, umso höher ist die Überschätzung der Kriminalitätsbelastung.

Nichtdeutsche Tatverdächtige sind Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, Staatenlose und Personen, bei denen die Staatsangehörigkeit ungeklärt ist.⁶⁰³ Zu beachten ist, dass die Nationalität von Tatverdächtigen nur bei den Delikten erfasst wird, die aufgeklärt werden konnten. 2008 betrug die Aufklärungsquote aller registrierten Straftaten 54,8%. Somit kann etwa zur Hälfte der bekannt gewordenen Fälle keine Aussage über die Tatverdächtigen getroffen werden. Die durch die aufgeklär-

⁵⁹⁷ BKA, PKS 2008, S. 14.

⁵⁹⁸ BKA, PKS 2008, S. 20.

⁵⁹⁹ Bis 1990 verwendet die PKS den Begriff „Kriminalitätsbelastungszahl“. Dieser Begriff ist identisch mit der TVBZ, vgl. BKA, PKS 1980, S. 7.

⁶⁰⁰ BKA, PKS 2008, S. 15.

⁶⁰¹ BKA, PKS 2008, S. 97.

⁶⁰² BKA, PKS 2002, S. 118: illegaler Aufenthalt (19,9%), Touristen/Durchreisende (7,5%), sonstige (30,2%).

⁶⁰³ BKA, PKS 2008, S. 21.

ten Fälle bekannt gewordenen Tatverdächtigendaten sind auf die unaufgeklärten Fälle nicht übertragbar oder zu diesen in Relation zu sehen.⁶⁰⁴

In Bezug auf Ausländer muss darauf hingewiesen werden, dass ein Vergleich der Tatverdächtigenzahlen Deutscher und Nichtdeutscher eigentlich nicht möglich ist.⁶⁰⁵ „Deutsche und Nichtdeutsche weisen eine strukturell deutlich unterschiedliche Zusammensetzung auf. Alle strukturellen Unterschiede (...Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur, Arbeitslosenquote, Ausbildung und räumliche Verteilung) erhöhen nach kriminologischer Erfahrung die Gefahr der Kriminalitätsbegehung. Wenn zum Beispiel 48% der Ausländer (aber nur 29% der Deutschen) in großstädtischen Ballungsgebieten leben, in denen auch die deutsche Bevölkerung eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überproportional hohe Kriminalitätsbelastung aufweist, ist schon strukturell eine höhere Tatverdächtigenrate bei Ausländern erwartbar.“⁶⁰⁶ Daneben muss als weiterer Verzerrungsfaktor berücksichtigt werden, dass bestimmte Delikte, wie die meisten Verstöße gegen das Ausländer- und das Asylverfahrensgesetz nur von Nichtdeutschen täterschaftlich begangen werden können. Bei Nichtdeutschen wird zudem eine höhere Anzeigebereitschaft der einheimischen Bevölkerung angenommen.⁶⁰⁷ Männer stellen im Vergleich zu Frauen etwa dreimal so viele Tatverdächtige.⁶⁰⁸ In der deutschen Wohnbevölkerung stellen Männer die Minderheit, während sie in der ausländischen die deutliche Mehrheit haben.

Dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem Jugendgerichtsgesetz lässt sich eine rechtliche Klassifizierung nach verschiedenen Altersstufen entnehmen:

Kinder sind Personen unter 14 Jahren. Sie können nicht bestraft, sondern nur Erziehungsmaßnahmen unterworfen werden.

Jugendliche sind Personen zwischen 14 und unter 18 Jahren. Sie sind bedingt strafmündig und unterliegen dem Jugendgerichtsgesetz.

Heranwachsende sind alle Personen zwischen 18 und unter 21 Jahren. Sie sind strafmündig, wobei aber ihr individueller Entwicklungsstand berücksichtigt werden muss. Im Zweifel findet das Jugendstrafrecht Anwendung. Wird in dieser Arbeit pauschal der Begriff der Jugendkriminalität verwendet, so ist damit die Altersgruppe der Heranwachsenden mit eingeschlossen.

Tatverdächtige die älter als 21 Jahre sind, werden als Erwachsene bezeichnet.

⁶⁰⁴ LKA NRW, Statistisches Jahrbuch zur Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in NRW, S. 95.

⁶⁰⁵ BKA, PKS 2008, S. 51; *Seeliger*, Entwicklung der Kinderdelinquenz, S. 29.

⁶⁰⁶ Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium der Justiz, Erster Periodischer Sicherheitsbericht, S. 313; *Feldmann*, Soziologie Kompakt, S. 79; *Griese/Mansel*, Sozialwissenschaftliche Jugendforschung, S. 169, 180 ff.; *Neuhöfer*, Überforderte Nachbarschaften, S. 35, 37.

⁶⁰⁷ *Göppinger*, Kriminologie, S. 535; *Schwind et al.*, Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich, S. 211.

⁶⁰⁸ BKA, PKS 2008, S. 73.

4.1.2 Überblick über die erfassten Delikte und die Klassifizierung der Tatverdächtigen

Die polizeiliche Kriminalstatistik der Stadt Bonn weist für unter 21-jährige Tatverdächtige zwei Deliktgruppen auf: die Gewalt- und die Straßenkriminalität, die im Folgenden begrifflich definiert werden. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird die Entwicklung dieser beiden Deliktgruppen ausführlich untersucht. Daneben erfolgt hier eine kurze Darstellung anderer, für diese Arbeit bedeutsamer Deliktarten.

Gewaltkriminalität (Summenschlüssel: 892000) umfasst: Mord; Totschlag und Tötung auf Verlangen; Vergewaltigung; Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer; Körperverletzung mit Todesfolge; gefährliche und schwere Körperverletzung; erpresserischer Menschenraub; Geiselnahme und Angriff auf den Luftverkehr.⁶⁰⁹

Unter Straßenkriminalität (Summenschlüssel: 899000) „versteht man Straftaten, die in ihrer Tatphase ausschließlich oder überwiegend auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen – einschließlich öffentliche Verkehrsmittel – begangen werden“.⁶¹⁰ Zu diesem Summenschlüssel gehören: Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung; exhibitionistische Handlungen und Erregung öffentlichen Ärgernisses; Raub, räuberische Erpressung auf Geld- und Werttransporte; räuberischer Angriff auf Kraftfahrer; Zechanschlussraub; Handtaschenraub; sonstige Raubüberfälle auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen; gefährliche und schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen; erpresserischer Menschenraub i. V. m. Raubüberfall auf Geld- und Werttransporte; Diebstahl in/aus Kiosken; Diebstahl in/aus Schaufenstern, Schaukästen, Vitrinen; Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen; Taschendiebstahl; Diebstahl von Kraftwagen; Diebstahl von Mopeds und Krafträdern; Diebstahl von Fahrrädern; Diebstahl von/aus Automaten; Landfriedensbruch; Sachbeschädigung an Kraftfahrzeugen; sonstige Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen oder Plätzen.⁶¹¹

Jugendliche und heranwachsende Tatverdächtige begehen häufig weniger schwerwiegende Delikte. Jugendtypische Delikte sind insbesondere Diebstahlstaten, Betrug, Sachbeschädigung und einfache Gewaltdelikte. Diese Delikte werden hier detailliert dargestellt, da sie in den folgenden Abschnitten verwendet werden.

Diebstahl ohne erschwerende Umstände oder einfacher Diebstahl vereint folgende Straftatbestände des StGB: Diebstahl § 242 StGB; Haus- und Familiendiebstahl § 247 StGB; Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen § 248 a StGB; unbefugter Gebrauch eines Fahrzeugs § 248 b StGB und Entziehung elektrischer Energie § 248 c StGB.⁶¹²

⁶⁰⁹ PP Bonn, PKS 2008, S. 9.

⁶¹⁰ PP Bonn, PKS 2008, S. 9.

⁶¹¹ PP Bonn, PKS 2008, S. 9.

⁶¹² BKA, PKS 2008, S. 32, Summenschlüssel 3***00.

Ladendiebstahl sind alle Diebstahlsfälle von ausgelegten Waren durch Kunden während der Geschäftszeit.⁶¹³

Diebstahl unter erschwerenden Umständen oder schwerer Diebstahl umfasst den besonders schweren Fall des Diebstahls § 243 StGB; Diebstahl mit Waffen; Bandendiebstahl; Wohnungseinbruchsdiebstahl § 244 StGB und schwerer Bandendiebstahl § 244 a StGB.⁶¹⁴

Raub umfasst Raub § 249 StGB; schweren Raub § 250 StGB; Raub mit Todesfolge § 251 StGB; räuberischen Diebstahl § 252 StGB; räuberische Erpressung § 255 StGB und räuberischen Angriff auf Kraftfahrer § 316 a StGB.⁶¹⁵

4.2 Analyse der Entwicklung der Jugendkriminalität anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik

Diese Arbeit beschränkt sich auf die Darstellung der registrierten Kriminalitätslage, d.h. die Abbildung des Umfangs der offiziell erfassten Kriminalität in der Stadt Bonn. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung der Jugend- und Heranwachsendenkriminalität. Als Basis der Analyse dienen die absoluten Zahlen sowie die Häufigkeits- und Tatverdächtigenbelastungszahlen der PKS.⁶¹⁶ Durch die Unterscheidung nach Alter, Nationalität, Geschlecht und den verschiedenen Delikten ermöglicht die PKS eine differenzierte Analyse ermöglicht. Dies gilt für die drei Untersuchungsbereiche allerdings nur in eingeschränktem Maße.

Die für die Jahre 1985 und 1990 verwendeten Daten der PKS Bonn beziehen sich auf die gesamte Kreispolizeibehörde Bonn, also die Stadt Bonn und den gesamten, eher ländlich geprägten Rhein-Sieg-Kreis. Um die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Kriminalitätsentwicklung einschätzen zu können, müssen konsequenterweise auch die Zahlen für 2008 die gesamte Kreispolizeibehörde mit einschließen. Wegen des größeren Bezugsrahmens – die Kreispolizeibehörde Bonn betreut auf einer Fläche von 599,65 km² fast 550.000 Einwohner – ist eine Vergleichbarkeit zwischen Bonn und den anderen Städten über das Instrument der Häufigkeitszahlen dennoch möglich.

In Bonn besteht die Besonderheit, dass bis zum Jahr 1995 die Kriminalität für die Stadt selbst nicht eigens ausgewiesen wurde. Die Daten der Kreispolizeibehörde umfassen sowohl die Stadt Bonn als auch kleinere Dörfer und eher ländlich geprägte Gemeinden. Die Kriminalitätsdaten können nicht ausschließlich an anderen Städten gemessen werden, da diese als Ballungsgebiete einen anderen Charakter aufweisen. Bei einem Vergleich mit den Daten von Nordrhein-Westfalen und der Bundes-

⁶¹³ BKA, PKS 2008, S. 33, Summenschlüssel 326*00.

⁶¹⁴ BKA, PKS 2008, S. 32, Summenschlüssel 4***00.

⁶¹⁵ BKA, PKS 2008, S. 32, Deliktschlüssel 210000.

⁶¹⁶ Daten der Strafverfolgungsstatistik können nicht herangezogen werden, denn diese weisen nicht speziell die Stadt Bonn aus, sondern beziehen sich auf den gesamten Landgerichtsbezirk Bonn.

republik entstehen ähnliche Schwierigkeiten, da diese zwar auch ländliche Gebiete mit einschließen, dem städtischen Charakter aber nicht ausreichend Rechnung tragen. Da es sich bei dem Einzugsbereich der Kreispolizeibehörde Bonn weder um ein reines Ballungsgebiet noch um ein rein ländlich geprägtes Gebiet handelt, untersucht diese Arbeit sowohl die Entwicklung der Häufigkeitszahlen für den Mittelwert verschiedener Städte, als auch für die Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalen.

4.2.1 Hellfelddaten und Dunkelfeld

Die PKS basiert auf der registrierten Kriminalität. Hier sind Vergehen und Verbrechen enthalten, die der Polizei durch Anzeigen oder als Ergebnis polizeilicher Kontrolle bekannt geworden sind.⁶¹⁷ Damit erfüllt sie für die Polizei wichtige Aufgaben: so dient sie als Basis für Lageberichte, ist Messinstrument für die Arbeitsbelastung der Polizei und Planungsinstrument für organisatorische und personelle Entscheidungen.⁶¹⁸

Es ist allerdings problematisch, die Zahlen der PKS als Indikator für die Summe der tatsächlich begangenen Verstöße gegen die Tatbestände des Strafgesetzbuches zu benutzen. Eingang in die Statistik finden nämlich nur die der Polizei bekannt gewordenen gesetzeswidrigen Handlungen, das sog. Hellfeld. Die den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt gewordenen – und daher in der PKS auch nicht berücksichtigten – strafbaren Handlungen bilden das sog. Dunkelfeld.⁶¹⁹ Die Aussagekraft der Statistik bezüglich des tatsächlichen Ausmaßes der Jugendkriminalität erscheint deshalb ebenso fraglich, wie die Vergleichbarkeit verschiedener Jahre.

Unabhängig vom Dunkelfeld beeinträchtigen weitere Faktoren die Aussagekraft der PKS. Sie enthält vor allem die durch Anzeigeerstattung bekannten Taten, die wiederum vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung abhängen. Die Anzeigebereitschaft wird maßgeblich durch die Schwere des erlittenen Schadens beeinflusst, sodass in der Statistik die schwereren Deliktsformen überrepräsentiert sind.⁶²⁰ Insbesondere bei der Jugendkriminalität kann die Öffentlichkeit durch eine selektive Darstellung gravierender Einzelfälle sensibilisiert werden, was zu einer erhöhten Registrierung und Anzeigebereitschaft führt.⁶²¹ Die registrierte Kriminalität entspricht also mehr der Reaktion der Opfer auf Gesetzesverletzungen, als dass sie polizeiliches Handeln

⁶¹⁷ *Sellin*, Die Bedeutung von Kriminalstatistiken, S. 41.

⁶¹⁸ *Gundlach/Menzel*, Polizeiliche Kriminalstatistik, S. 121.

⁶¹⁹ *Schwind*, Kriminologie, S. 27 f.

⁶²⁰ *Baier et al.*, Jugendgewalt in Deutschland, S. 325, 328; *Heinz*, Kriminalität von Deutschen, S. 5.

⁶²¹ *Rüther*, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 26; Das Anzeigeverhalten untersuchten *Köllisch/Oberwittler*, Sozialer Wandel, S. 56 ff.

widerspiegelt.⁶²² Der Anteil der Eigenaufklärung durch die Polizei ist relativ gering.⁶²³

Weiterhin beeinflusst die Einführung neuer Straftatbestände, die sog. Neukriminalisierung, die Entwicklung der Hellfeldstatistik.⁶²⁴ Aufgrund neu geschaffener Straftatbestände (z.B. Computerbetrug) erhöht sich die Zahl der bekannt gewordenen Fälle, ohne dass sich die Anzahl der sozialschädlichen Verhaltensweisen verändert.

Auch intensive Ermittlungen in ausgewählten Bereichen führen regelmäßig zu einer erhöhten Aufklärungsquote und damit zu einem Anstieg der registrierten Straftaten. Insbesondere bei Kontrolldelikten bestimmen Intensität und Häufigkeit polizeilicher Überprüfungen den Umfang der erfassten Delikte.

Ein weiterer potentieller Einflussfaktor auf die Aussagekraft der PKS ist die qualitative Bewertung der Delikte durch die Polizei. Die Möglichkeit einer Über- bzw. Unterbewertung der Qualität der erfassten Straftaten kann zu einer Verzerrung des Gesamtbildes führen. Die polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Verdachtsstatistik.⁶²⁵ Lässt eine Straftat den ermittelnden Beamten Interpretationsmöglichkeiten zu, so „wird der polizeiliche Sachbearbeiter die Bewertung nach dem jeweils schwereren Delikt vornehmen, für das ein Verdacht gegeben ist.“⁶²⁶ Diese Überbewertung wird grundsätzlich durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte zurückgenommen, was die Statistik jedoch nicht mehr berührt.

In einem Zeitraum von über 20 Jahren sind die Kriminalitätsdaten nicht uneingeschränkt vergleichbar. Zum einen hat es strafrechtliche Änderungen⁶²⁷ gegeben, zum anderen veränderte auch der technische Fortschritt⁶²⁸ das Deliktsaufkommen. Aussagen über die Entwicklung von „registrierter“ Kriminalität (Hellfelddaten) müssen deshalb kritisch daraufhin hinterfragt werden, ob die statistischen Zahlen die Entwicklung der „Kriminalitätswirklichkeit“ widerspiegeln oder ob sie nicht nur das Resultat einer Verschiebung der Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld sind.⁶²⁹ Ein Rückschluss auf die Entwicklung des tatsächlichen Kriminalitätsaufkommens ist

⁶²² Projektgruppe Prognose Gremium, Jugenddelinquenz, S. 3.

⁶²³ Vgl. *Steffen*, Veränderungen in der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung, S. 107, 112 f.: Sie stellte in ihrer 1982 durchgeführten Auswertung eine Quote von 3 % fest; ebenso *Schwind*, Verteilung der den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt gewordenen Straftaten, S. 186, 190 von 2%; anders *Feltes*, Aussagewert der polizeilichen Aufklärungsquote, S. 36, 38: Feltes geht von einer Eigenaufklärungsrate von unter 10 % aus; ähnlich *Blankenburg* et al., Die Staatsanwaltschaft, S. 12: 8%; ähnlich auch *Paasch*, Jugendkriminalität, S. 447, der 10% annimmt.

⁶²⁴ *Schwind* et al., Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich, S. 54.

⁶²⁵ *Dörmann*, Zahlen sprechen nicht für sich, S. 407.

⁶²⁶ *Herold*, Ist die Kriminalitätsentwicklung – und damit die Sicherheitslage – verlässlich zu beurteilen, S. 337, 340; ähnlich: *Gundlach/Menzel* Polizeiliche Kriminalstatistik, S. 121, 122 f.: die u.a. erhebliche Subsumtionsfehler der Beamten feststellten.

⁶²⁷ Z.B. die Strafrechtsänderungsgesetze (21. StrÄndG vom 13. Juni 1985 bis heute, 41. StrÄndG).

⁶²⁸ Z.B. Internetkriminalität, Umweltbewusstsein, technische Sicherungssysteme.

⁶²⁹ *Lehne*, Zu den Konstruktionsprinzipien, S. 153, 155; *Neubacher* et al., Juvenile Delinquency, S. 533, 534; *Heinz*, Jugendkriminalität in Deutschland, S. 18.

deshalb nur unter der Annahme möglich, dass sämtliche Einflussfaktoren im Untersuchungszeitraum im Wesentlichen konstant geblieben sind. Es dürften beispielsweise keine Veränderung der Anzeigebereitschaft, der Verfolgungsintensität, der Gesetzgebung und Rechtsprechung oder der Erfassungsgrundsätze für die Statistiken stattgefunden haben.⁶³⁰ Ein Anstieg der in der PKS registrierten Kriminalität darf deshalb nicht zwangsläufig mit einem ebenso hohen Anstieg der realen Kriminalität gleichgesetzt werden. Aufgrund der aufgezeigten Verzerrungsfaktoren kann die PKS nur einen begrenzten Ausschnitt der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung verdeutlichen.

Dunkelfeldstudien⁶³¹ suchten Erkenntnisse über das Kriminalitätsaufkommen durch Täter- und Opferbefragungen und kamen zu dem Ergebnis, dass das Dunkelfeld umso größer ist, je leichter das Delikt bewertet wird. Bagatellkriminalität weist also ein höheres Dunkelfeld auf als schwere Taten, weil die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung und strafrechtlichen Verfolgung mit Häufigkeit und Schwere des verübten Deliktes steigt.⁶³² Die typische Jugendkriminalität ist in der Regel Bagatellkriminalität.⁶³³ Jugendliche weisen also eine hohe Beteiligung an vergleichsweise nicht so schwerwiegenden Delikten auf. Es ist deshalb anzunehmen, dass Jugendkriminalität weiter verbreitet ist, als die PKS aufweist.⁶³⁴ Obwohl die PKS also nur einen Ausschnitt der Verbrechenswirklichkeit widerspiegelt, besitzt sie für Massendelikte grundsätzlich eine gute Indikationsfunktion.⁶³⁵

4.2.2 Jugendkriminalität in Bonn 1985

Die Zuständigkeit des Polizeipräsidiums Bonn erstreckt sich auf die Kommunen Bonn, Alfter, Bad Honnef, Bornheim, Königswinter, Meckenheim, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg. Die PKS des Polizeipräsidiums Bonn differenziert nur vereinzelt Daten für fünf verschiedene geografische Zonen. Diese sind die Kreispolizeibehörde Bonn,⁶³⁶ die Stadt Bonn⁶³⁷ und der gesamte Rhein-Sieg-Kreis,⁶³⁸ der

⁶³⁰ Heinz, *Kriminalität von Deutschen nach Alter und Geschlecht*, S. 7.

⁶³¹ Z.B. Boers/Reinecke (2007), *Delinquenz im Jugendalter*; Fuchs et al. (2005), *Gewalt an Schulen*; Baier et al. (2009), *Jugendliche in Deutschland*.

⁶³² Rössner, *Bagatellkriminalität*, S. 48, 50; Wetzels/Brettfeld, *Gewalt und Delinquenz junger Menschen*, S. 25, 27; Hindelang, *Opferbefragungen*, S. 115, 117; Feltes, *Kommunale Kriminalprävention*, S. 11; Lösel et al., *Hat die Delinquenz von Schülern zugenommen*, S. 115, 122.

⁶³³ Dölling, *Grundstrukturen der Jugenddelinquenz*, S. 155, 156 ff.; Walter, *Jugendkriminalität*, S. 245; Hirschi/Gottfredson, *Age and the Explanation of Crime*, S. 552, 558 ff.; Greenberg, *Delinquency and the Age Structure of Society*, S. 189, 191; Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz, *Erster Periodischer Sicherheitsbericht*, S. 475.

⁶³⁴ Paasch, *Jugendkriminalität*, S. 447; Bannenberg/Rössner, *Kriminalität in Deutschland*, S. 40.

⁶³⁵ Plate et al., *Strukturen der Kriminalität in Solingen*, S. 17 f.

⁶³⁶ Stadt Bonn plus 8 Kommunen (Alfter, Bad Honnef, Bornheim, Königswinter, Meckenheim, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg).

⁶³⁷ Bestehend aus den vier Bezirken Innenstadt – Beuel, Holzlar, Oberkassel – Bad Godesberg und Duisdorf.

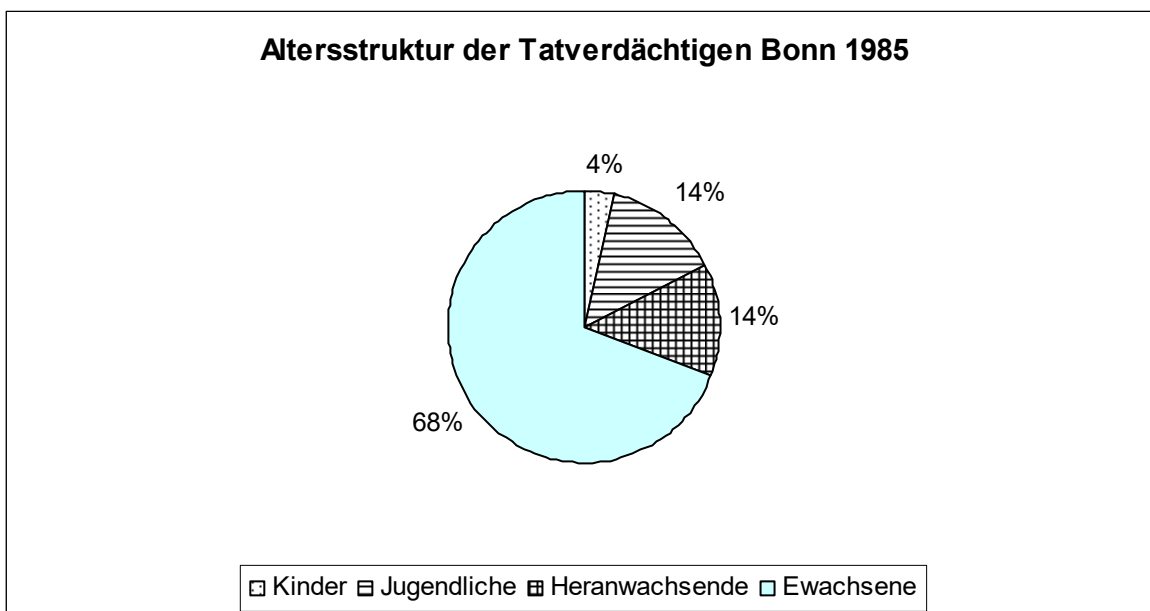
⁶³⁸ De 8 Kommunen.

sich zusätzlich in einen rechts⁶³⁹- und linksrheinischen⁶⁴⁰ Bereich gliedert. Ansonsten beziehen sich die in der PKS Bonn aufgeführten Daten auf die gesamte Kreispolizeibehörde Bonn mit den oben genannten Ausmaßen. Eine Differenzierung für die Stadt Bonn ist nur vereinzelt möglich.

Im Berichtsjahr 1985 wurden in der Kreispolizeibehörde Bonn insgesamt 30.734 Straftaten⁶⁴¹ und 9.332 Tatverdächtige⁶⁴² erfasst. Auf die Stadt Bonn entfielen hiervon 4.794 Tatverdächtige und 9.106 registrierte Straftaten. Für Aussagen über die Entwicklung oder die Häufigkeit von registrierter Kriminalität sind absolute Zahlen über die bekannt gewordenen Straftaten oder die erfassten Tatverdächtigen grundsätzlich nur eingeschränkt verwertbar und bedürfen einer Analyse.⁶⁴³ Das Kriminalitätsaufkommen ist in hohem Maße abhängig vom Alter und vom Geschlecht und ist deshalb nicht gleichmäßig über die Bevölkerungsgruppen verteilt. Die PKS berücksichtigt demografische Veränderungen dadurch, dass die absoluten Zahlen jeweils zur Größe der Wohnbevölkerung in Bezug gesetzt werden – sog. Häufigkeitszahlen und Tatverdächtigenbelastungszahlen. Die Häufigkeitszahl betrug 6.484,⁶⁴⁴ die Kriminalitätsbelastungszahl 1.982. Die Aufklärungsquote lag bei 41,5%.

30,9% der ermittelten Tatverdächtigen waren unter 21 Jahren. Differenziert nach ihrer Altersstruktur waren 13,9% aller Tatverdächtigen zwischen 14 und 18 Jahren und 13,5% zwischen 18 und 21 Jahre alt.

Abbildung 26: Altersstruktur der Tatverdächtigen Bonn 1985



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985, S. 23.

⁶³⁹ Königswinter und Bad Honnef.

⁶⁴⁰ Alfter, Bornheim Meckenheim, Rheinbach, Swisttal und Wachtberg.

⁶⁴¹ PP Bonn, PKS 1985, S. 8.

⁶⁴² PP Bonn, PKS 1985, S. 12.

⁶⁴³ *Dörrmann*, Zahlen sprechen nicht für sich, S. 388.

⁶⁴⁴ PP Bonn, PKS 1985, S. 6 ff.

Eine Differenzierung nach Geschlecht ergibt einen beträchtlich höheren Anteil männlicher Delinquenten. So wurden absolut 924 männliche Jugendliche als Tatverdächtige registriert, aber nur 373 weibliche. Prozentual gesehen waren 71,2% der jugendlichen Tatverdächtigen männlichen und 28,8% weiblichen Geschlechts.⁶⁴⁵ Von den insgesamt 1.261 ermittelten Heranwachsenden wurden absolut 314 weibliche und 947 männliche Tatverdächtige erfasst. Damit waren 75,1% männlichen Geschlechts.

Die insgesamt 9.332 registrierten Tatverdächtigen teilen sich auf in 7.382 deutsche und 1.945 nichtdeutsche Personen. Damit besaßen 79,2% der Tatverdächtigen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Im Bereich der Jugendkriminalität ist eine Differenzierung nach Deliktbereichen erforderlich, weil die Medien häufig von zunehmender Gewaltkriminalität und wachsender Brutalität berichten. Diese Extremfälle werden als Aufreißer benutzt, wobei der singuläre Charakter nicht zum Ausdruck gebracht wird.⁶⁴⁶

Betrachtet man die Altersstruktur der Tatverdächtigen bei den einzelnen Straftaten, so verübten Jugendliche 28,3% aller Diebstähle unter erschwerenden Umständen und 21% aller Raubdelikte.⁶⁴⁷ 21,7% der Diebstähle unter erschwerenden Bedingungen wurden von Heranwachsenden begangen. Diese hatten mit 21,1% ebenfalls einen großen Anteil an Rauschgiftdelikten.⁶⁴⁸

Wie in Abbildung 27 verdeutlicht, waren Diebstahls- und Betrugsdelikte die am häufigsten begangenen Straftaten von Jugendlichen.⁶⁴⁹ Danach folgen mit deutlichem Abstand die gefährliche und schwerere Körperverletzung sowie Verstöße gegen das BtmG.

Bei den Heranwachsenden reduzieren sich die Diebstahlsdelikte zugunsten von Betrugstaten. Mehr Gewicht gewinnen Verstöße gegen das BtmG.

⁶⁴⁵ PP Bonn, PKS 1985, S. 25, 36.

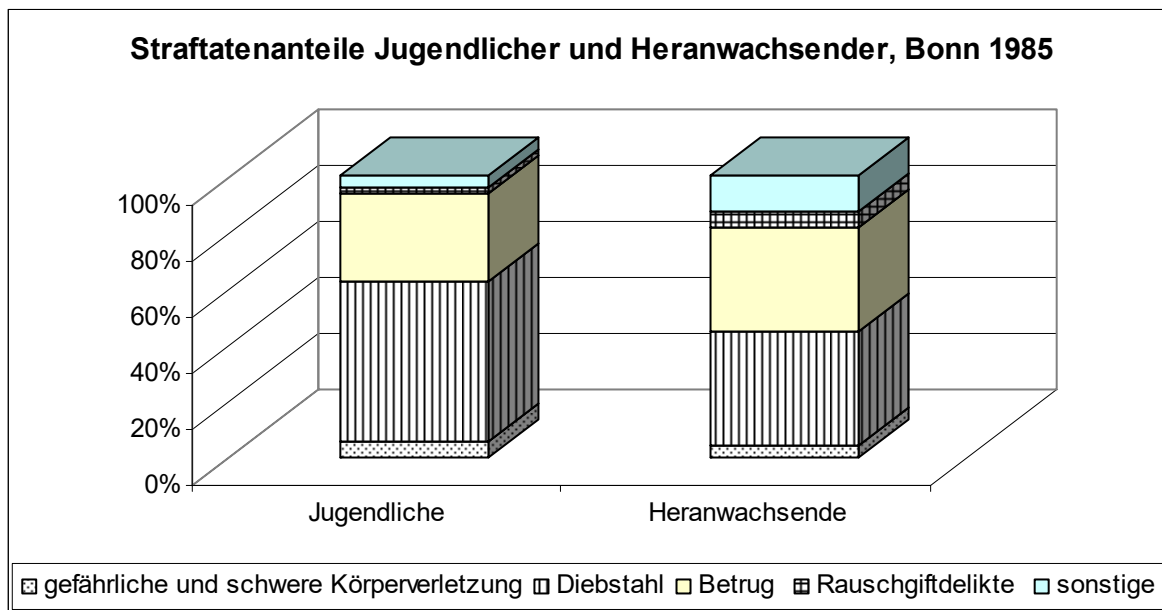
⁶⁴⁶ *Seeliger*, Entwicklung der Kinderdelinquenz, S. 61.

⁶⁴⁷ PP Bonn, PKS 1985, S. 32.

⁶⁴⁸ PP Bonn, PKS 1985, S. 33.

⁶⁴⁹ Eigene Berechnung.

Abbildung 27: Straftatenanteile Jugendlicher und Heranwachsender, Bonn 1985



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985, S. 31 ff. und eigener Berechnungen.

Bonner Jugendliche begingen also im Vergleich zu den Jugendlichen Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik überdurchschnittlich häufig Betrugsstraftaten.

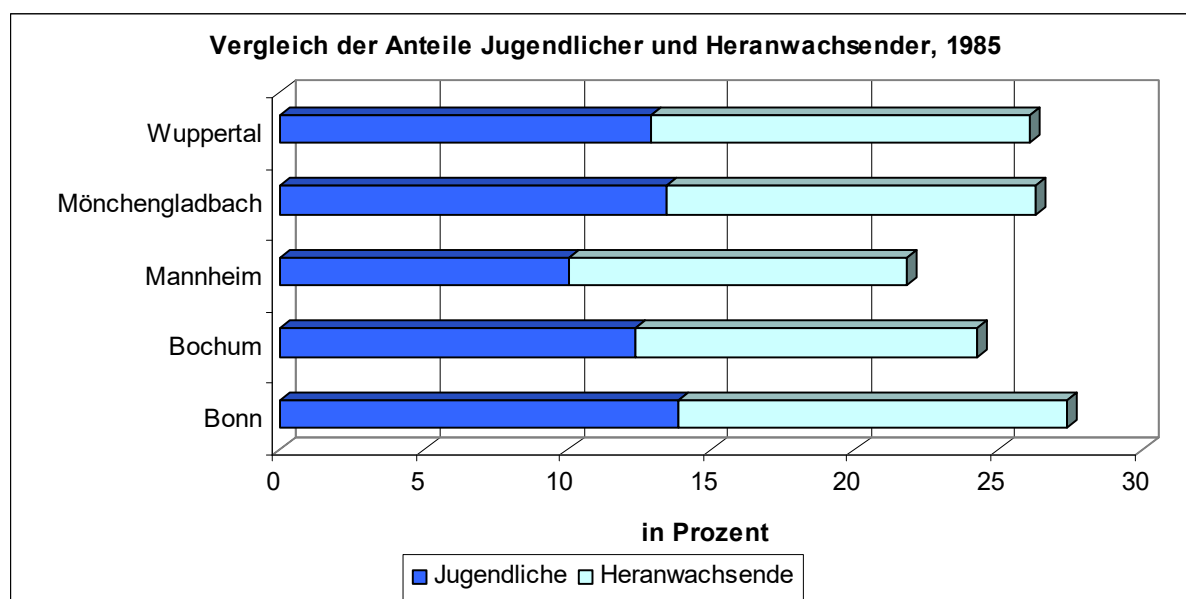
4.2.2.1 Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit anderen Städten

Im Folgenden werden die Häufigkeitszahlen ausgewählter Delikte für Bonn vier weiteren Städten gegenübergestellt. Bochum, Mannheim, Mönchengladbach und Wuppertal entsprechen der Bundesstadt weitgehend in ihrer flächenmäßigen Ausdehnung und ihrer Einwohnerzahl sodass sie für eine vergleichende Darstellung herangezogen werden können

Junge Menschen unter 21 Jahren weisen in jeder Gesellschaft eine deutlich höhere Belastung von registrierter Kriminalität auf als Erwachsene und sind auch bei den Tatverdächtigen überproportional vertreten.⁶⁵⁰ Von allen in Bonn erfassten Tatverdächtigen ist der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden mit 27,4% aller registrierten Tatverdächtigen aber prozentual hoch, insbesondere verglichen mit Mannheim, wo der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden insgesamt nur 21,8% beträgt.

⁶⁵⁰ BKA, PKS 2008, S. 72.

Abbildung 28: Vergleich der Anteile Jugendlicher und Heranwachsender an allen Tatverdächtigen, 1985

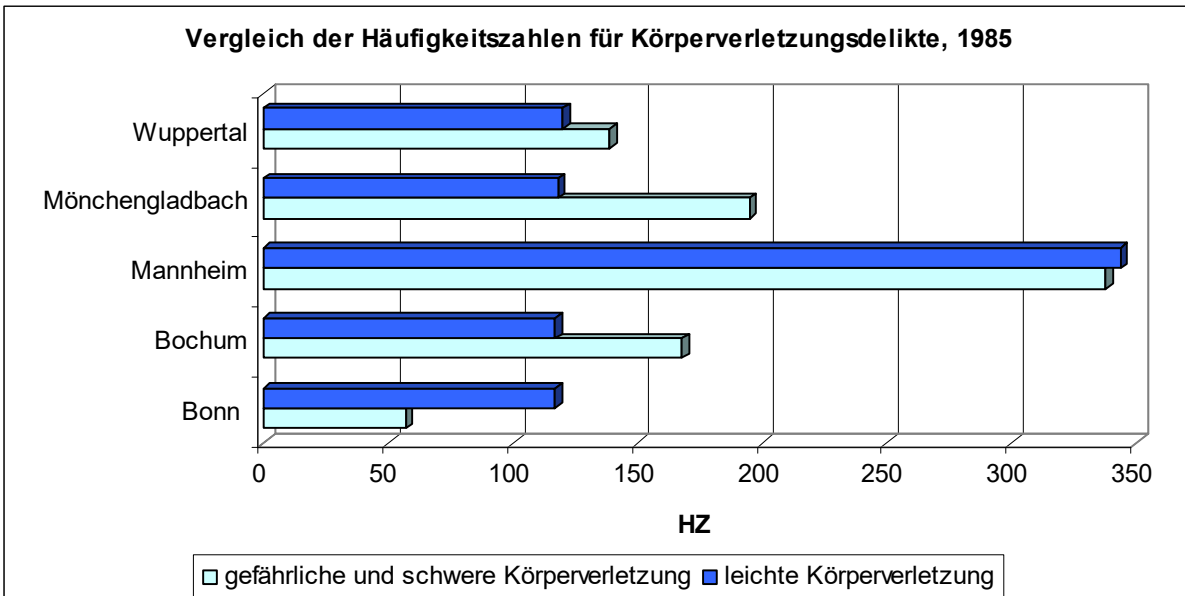


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1985, S. 46.

Die prozentualen Anteile jugendlicher und heranwachsender Tatverdächtiger (Abbildung 28) und die für die Deliktarten (leichte, gefährliche und schwere Körperverletzung, Diebstahl, Ladendiebstahl, Betrug und Rauschgift) genannten Häufigkeitszahlen in den Abbildungen 29–31 lassen aufgrund der unterschiedlichen Bezugsgrößen eine vergleichende Interpretation nicht zu. Dennoch vermitteln diese vier Statistiken einen Eindruck über die Stellung Bonns im Bezug zu vergleichbaren Großstädten. Es zeigt sich, dass Bonn für diese Delikte ein durchschnittliches bis unterdurchschnittliches Kriminalitätsaufkommen aufweist. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich die verwendeten Daten auf die gesamte Kreispolizeibehörde und nicht allein auf die Stadt Bonn beziehen.⁶⁵¹ Durch die Einbeziehung ländlicher Bereiche sind die Bonner Daten vermutlich etwas niedriger angegeben, als sie tatsächlich waren. Seit 1995 werden die Kriminalitätsdaten durch die PKS für das Stadtgebiet differenziert erfasst. Dadurch wurde deutlich, dass dort die Kriminalitätsbelastung deutlich höher ist als im ländlichen Umfeld.

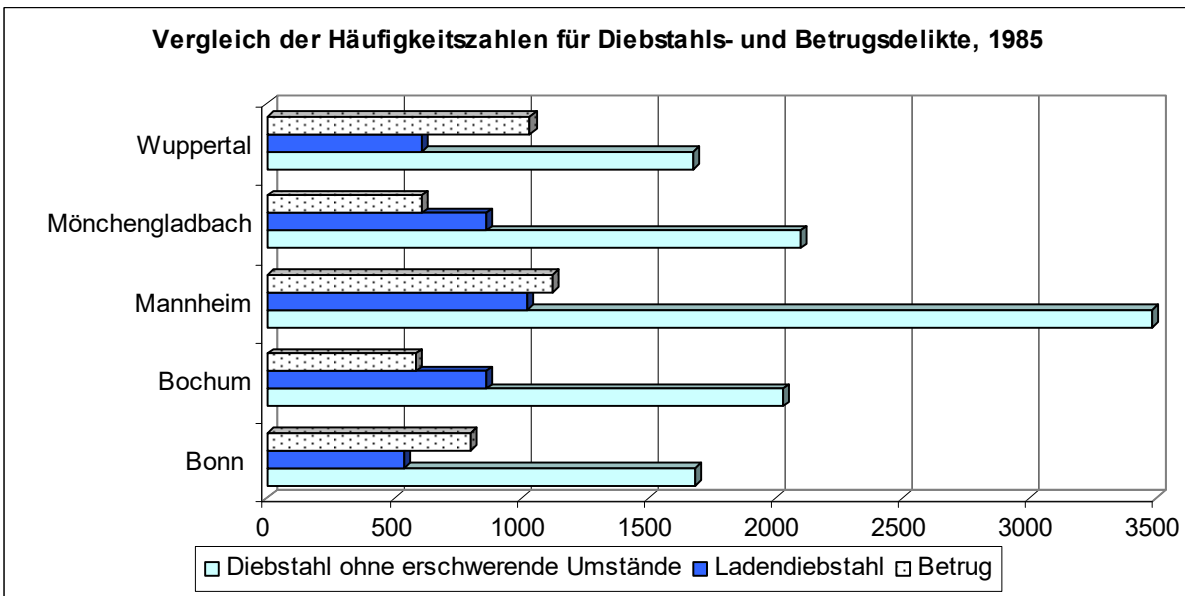
⁶⁵¹ PP Bonn, PKS 1985, S. 14 ff.

Abbildung 29: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Körperverletzungsdelikte, 1985



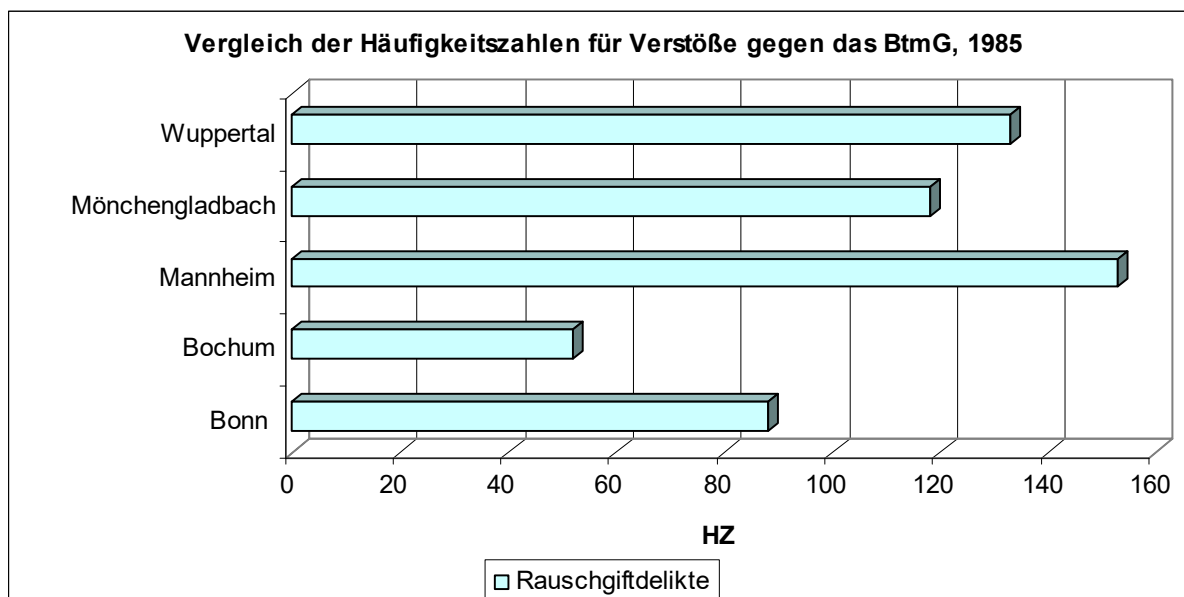
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1985, S. 93 f.

Abbildung 30: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Diebstahls- und Betrugsdelikte, 1985



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1985, S. 100 f., 128.

Abbildung 31: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Verstöße gegen das BtmG, 1985



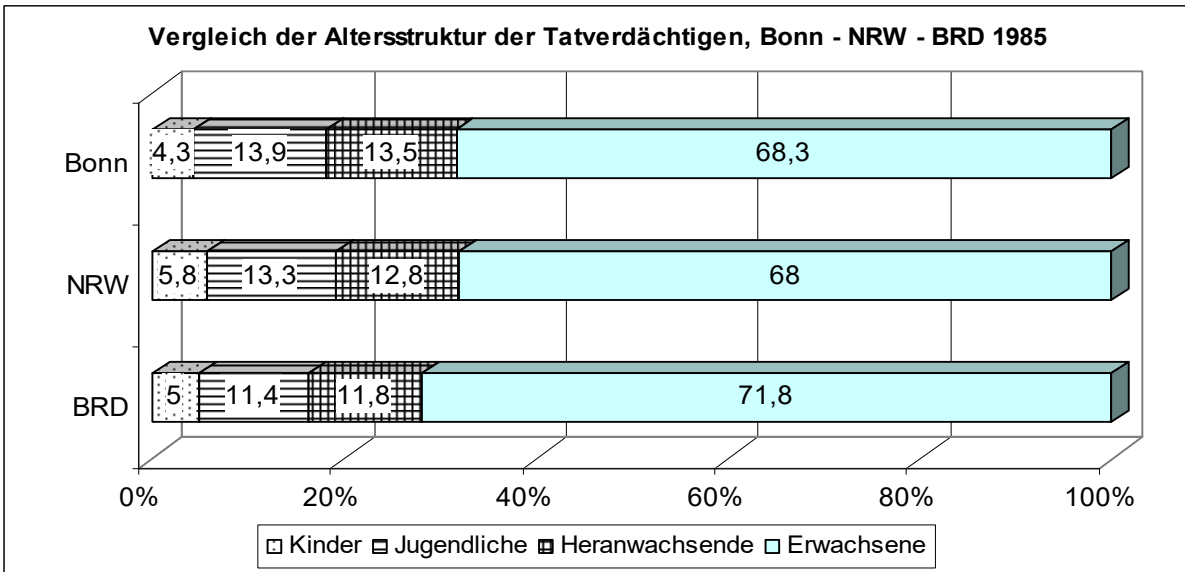
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1985, S. 155.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Bonn verglichen mit den anderen Städten prozentual mit der höchsten Jugendlichen- und Heranwachsendenkriminalität belastet ist. Dennoch weist Bonn bei einem Vergleich der Häufigkeitszahlen ausgewählter Delikte eine eher geringe Belastung auf.

4.2.2.2 Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalen

Abbildung 32 verdeutlicht, dass Bonn mehr Jugendlichen- und Heranwachsendenkriminalität aufweist als die Bundesrepublik oder Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht überraschend, da die Werte auch im Vergleich zu den anderen genannten Städten prozentual höher sind.

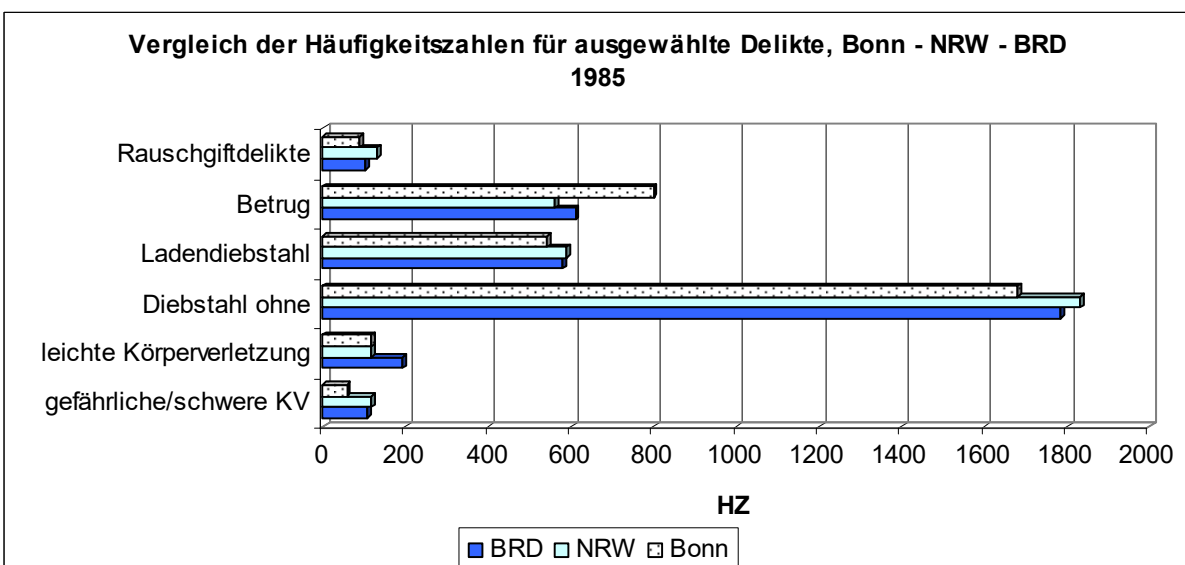
Abbildung 32: Vergleich der Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn – NRW – BRD 1985



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1985, S. 29, 45 f.

Abbildung 33 verdeutlicht, dass Bonn im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik eine deutlich höhere Häufigkeitszahl bei Betrugsfällen hat. Ungefähr 40% dieser Delikte lassen sich jedoch dem Bereich der Leistungerschleichung im öffentlichen Verkehrsbetrieb zuordnen. Diese sog. Kontrolldelikte hängen maßgeblich von der Überprüfungsintensität der Verkehrsbetriebe ab. In Bonn scheint diese sehr hoch zu sein. Im Vergleich mit den anderen Städten ist die Häufigkeitszahl für Betrugsdelikte durchschnittlich. Ansonsten weist Bonn keine auffällige Kriminalitätsbelastung auf.

Abbildung 33: Vergleich der Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte, Bonn – NRW – BRD 1985

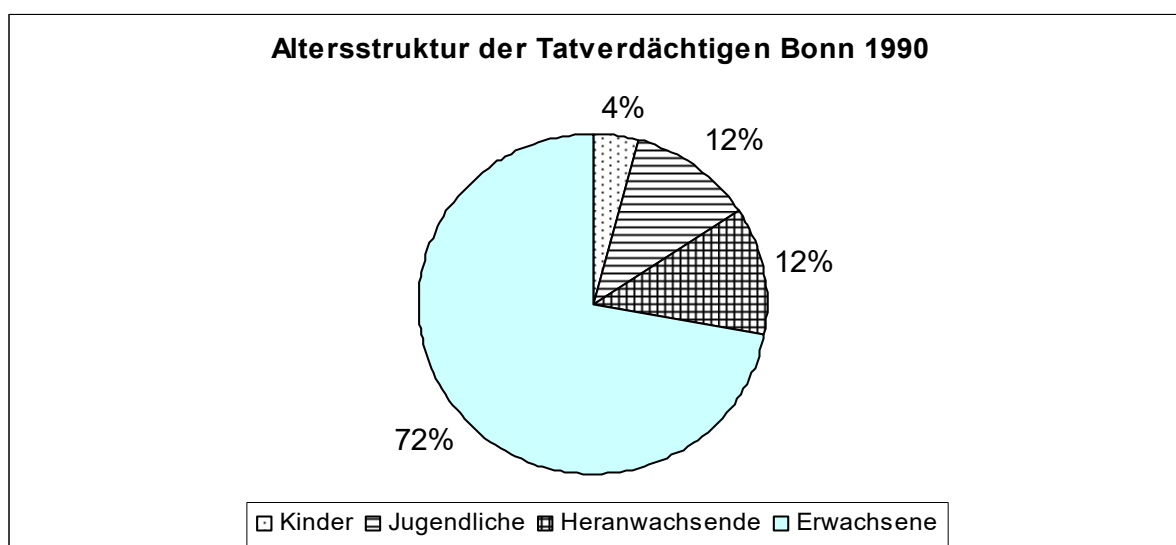


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1985, S. 93 f., 100 f., 128, 155.

4.2.3 Jugendkriminalität in Bonn 1990

Im Berichtsjahr 1990 wurden in der Kreispolizeibehörde Bonn 32.475 Straftaten⁶⁵² sowie 11.133 Tatverdächtige registriert. Die Häufigkeitszahl betrug 6.719 bei insgesamt 483.299 Einwohnern⁶⁵³ im Bereich des Polizeipräsidenten. Die Kriminalitätsbelastungszahl betrug 2.303,⁶⁵⁴ die Aufklärungsquote 44,7%. Auf die Stadt Bonn entfielen hiervon 6.058 Tatverdächtige und 10.477 gemeldete Straftaten. 27,7% aller Tatverdächtigen waren unter 21 Jahren.

Abbildung 34: Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1990, S. 20 ff.

In allen Altersklassen dominierte der Anteil männlicher Tatverdächtiger. Es wurden 951 männliche und 370 weibliche Jugendliche sowie 999 männliche und 316 weibliche Heranwachsende registriert. Prozentual gesehen waren damit 72% der tatverdächtigen Jugendlichen und 76% der tatverdächtigen Heranwachsenden männlich.

Es wurden 3.749 nichtdeutsche Tatverdächtige ermittelt, deren prozentualer Anteil 33,7% betrug.

Der Anteil Jugendlicher an der Deliktgruppe Raub und räuberische Erpressung lag bei 16,3%. Jugendliche begingen 22,8% der registrierten Diebstähle unter erschwerenden Umständen, 16,4% der gefährlichen und schweren Körperverletzungen sowie 15,7% der Sachbeschädigungen.

Der Anteil Heranwachsender an den Diebstählen unter erschwerenden Umständen betrug 20,2%, an der gefährlichen und schweren Körperverletzung 18,1%, an den Rauschgiftdelikten 19,2% und 17% an den Raubdelikten.

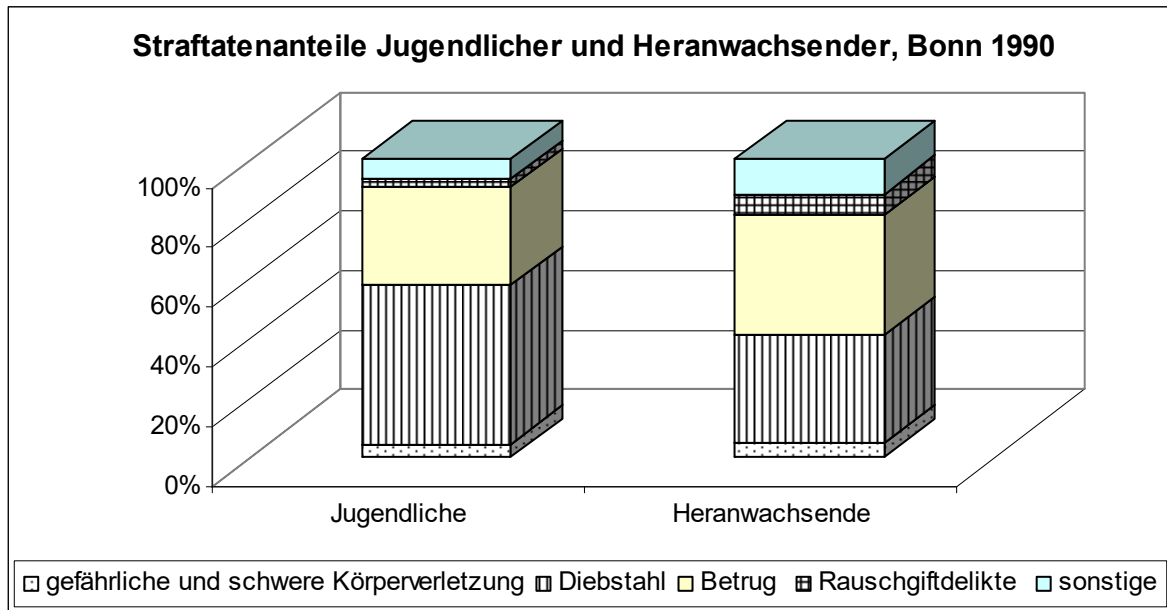
⁶⁵² PP Bonn, PKS 1990, S. 8, 12.

⁶⁵³ 286.784 Einwohner in der Stadt Bonn, 196.515 im Teilgebiet Rhein-Sieg-Kreis.

⁶⁵⁴ PP Bonn, PKS 1990, S. 6, 15, 25 ff.

Hier ist eine ähnliche Verteilung der Straftatenanteile wie im Jahr 1985 zu beobachten. Knapp über 50% der von Jugendlichen begangenen Delikte waren Diebstähle, gefolgt von Betrugsdelikten. Körperverletzungs- und Rauschgiftdelikte fallen dagegen nicht ins Gewicht. Bei Heranwachsenden spielen Betrugsdelikte eine größere Rolle als Diebstähle. Hiernach folgen sonstige Straftaten und Rauschgiftdelikte.

Abbildung 35: Straftatenanteile Jugendlicher und Heranwachsender, Bonn 1990

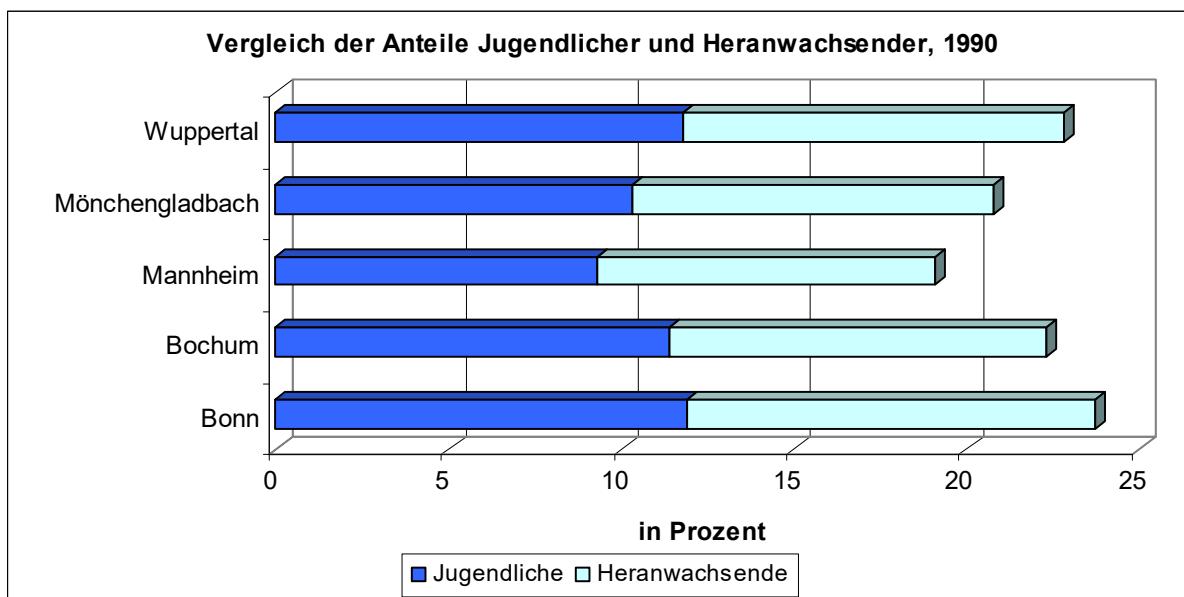


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1990, S. 33 ff.

4.2.3.1 Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit anderen Städten

Dargestellt wird die Zunahme der Jugendkriminalität in Bonn im Jahre 1990 im Vergleich zu 1985. Hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Abbildungen 36–38 gilt das in 4.2.2.1 Gesagte. Verglichen mit den anderen Städten weist Bonn für das Jahr 1990 wieder eine hohe Belastung durch Jugend- und Heranwachsendenkriminalität auf. In keiner der Vergleichsstädte nimmt diese Altersgruppe prozentual einen höheren Anteil an allen Tatverdächtigen ein. Dennoch konnte Bonn in diesem Zeitraum einen Rückgang von 3,7 Prozentpunkten verzeichnen.

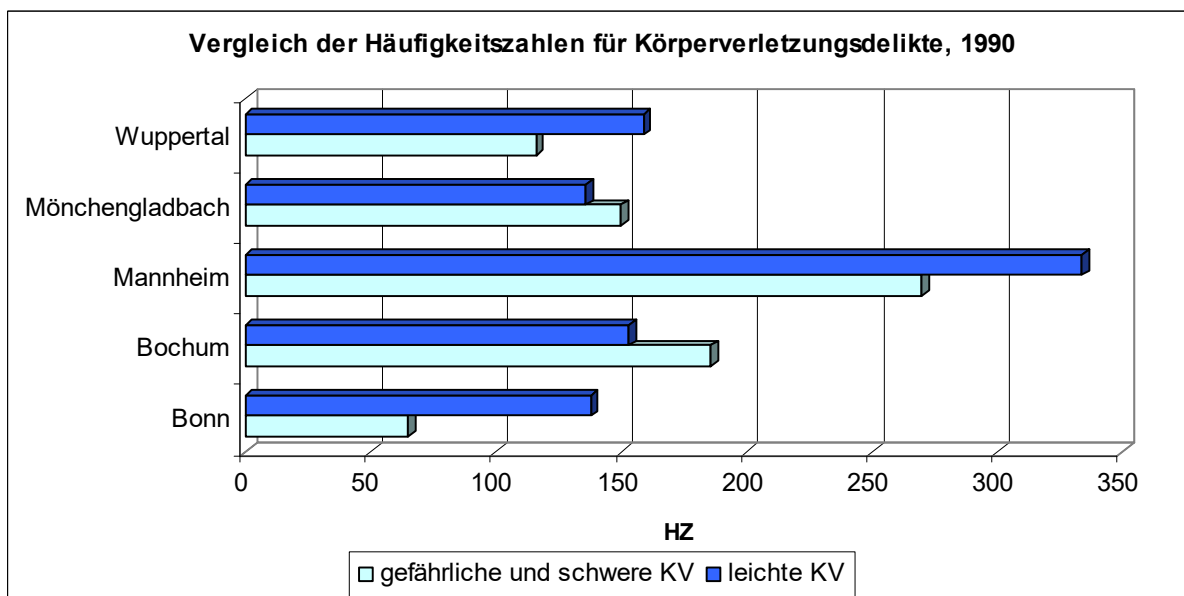
Abbildung 36: Vergleich der Anteile Jugendlicher und Heranwachsender, 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 31, 62 ff.

In dem Zeitraum seit 1985 stieg die Zahl der leichten Körperverletzungen in Bonn um 15% an, die gefährliche und schwere Körperverletzung verzeichnete eine Steigerung von 12%.

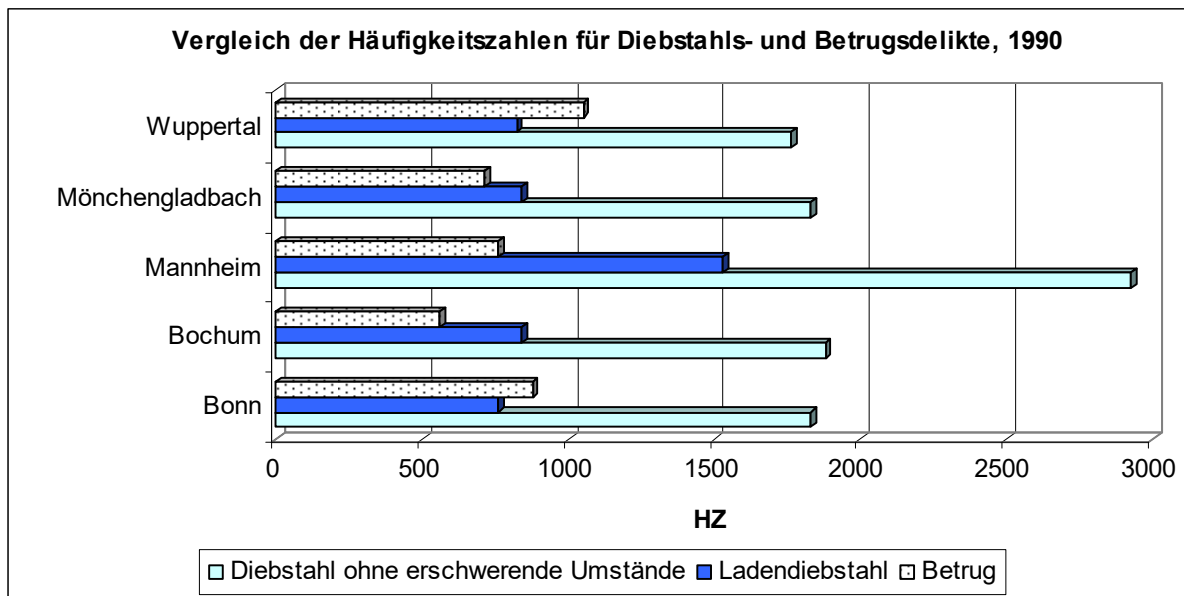
Abbildung 37: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Körperverletzungsdelikte, 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 134 f.

Im Bereich der Häufigkeitszahlen ergeben sich für Bonn hinsichtlich Diebstahl und Betrug im Vergleich zu 1985 folgende Prozentzahlen: Betrug – Steigerung um 9%, Ladendiebstahl – Steigerung um 29% und Diebstahl ohne erschwerte Umstände – Steigerung um 8%.

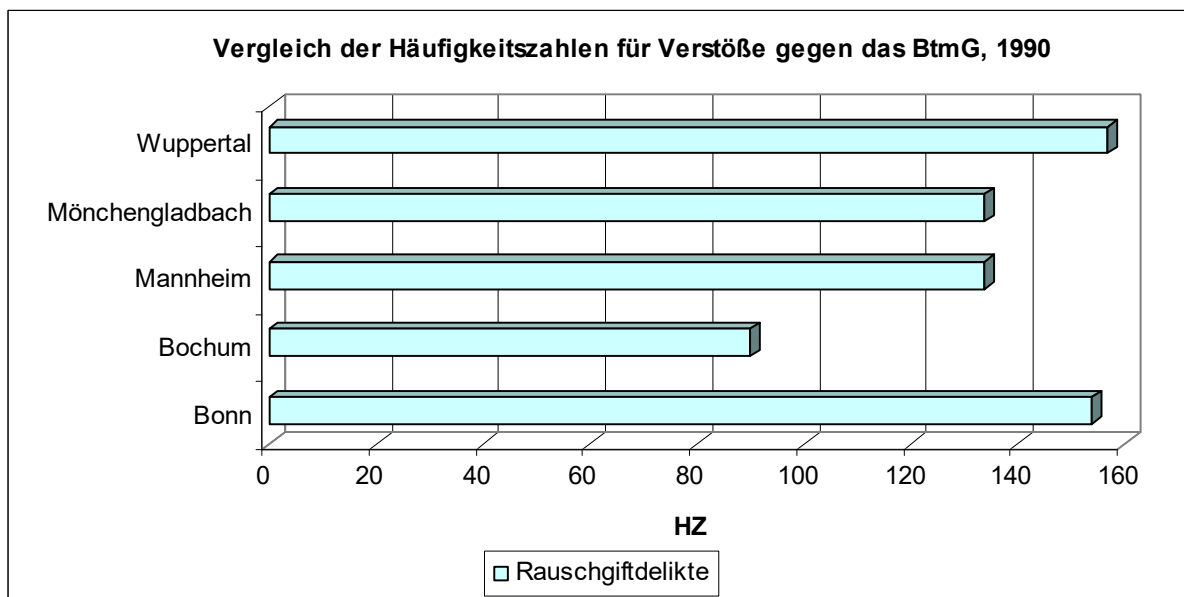
Abbildung 38: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Diebstahls- und Betrugsdelikte, 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 142 f., 163.

In Bonn erfolgte eine erhebliche Steigerung bei den Verstößen gegen das BtmG. Seit 1985 erhöhte sich die Häufigkeitszahl um 43%.

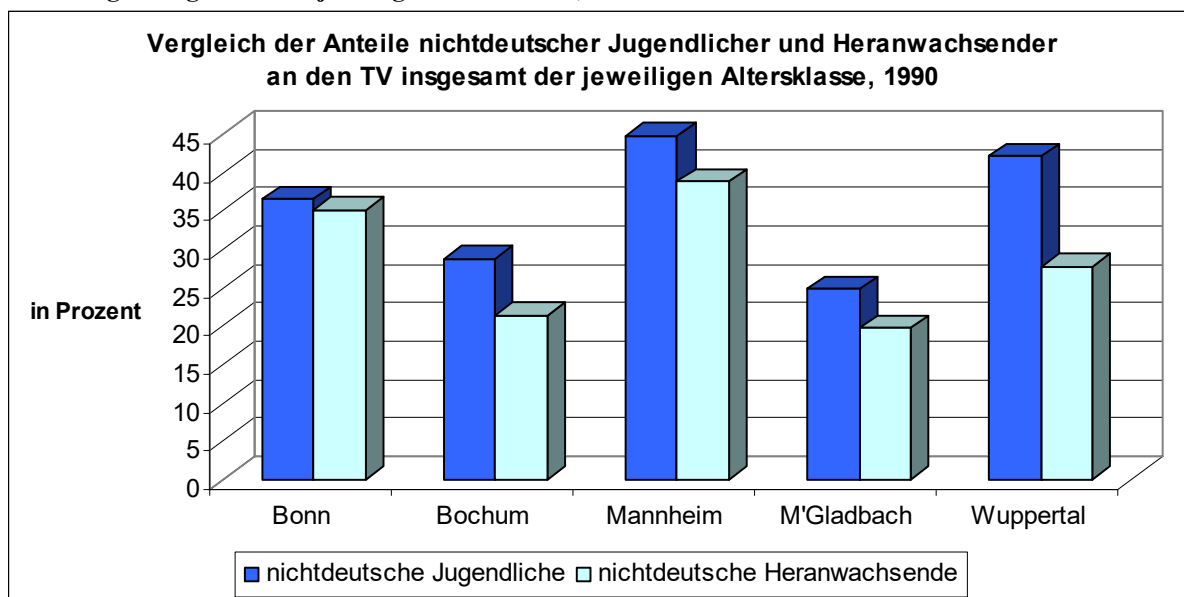
Abbildung 39: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Verstöße gegen das BtmG, 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 196.

Interessant ist auch die Verteilung der tatverdächtigen Jugendlichen und Heranwachsenden auf Deutsche und Nichtdeutsche. In allen Vergleichsstädten zeigt sich, dass nichtdeutsche Jugendliche – gemessen an der Gesamtzahl der Jugendlichen der jeweiligen Altersgruppe – häufiger in Erscheinung treten als die Gruppe der Heranwachsenden.

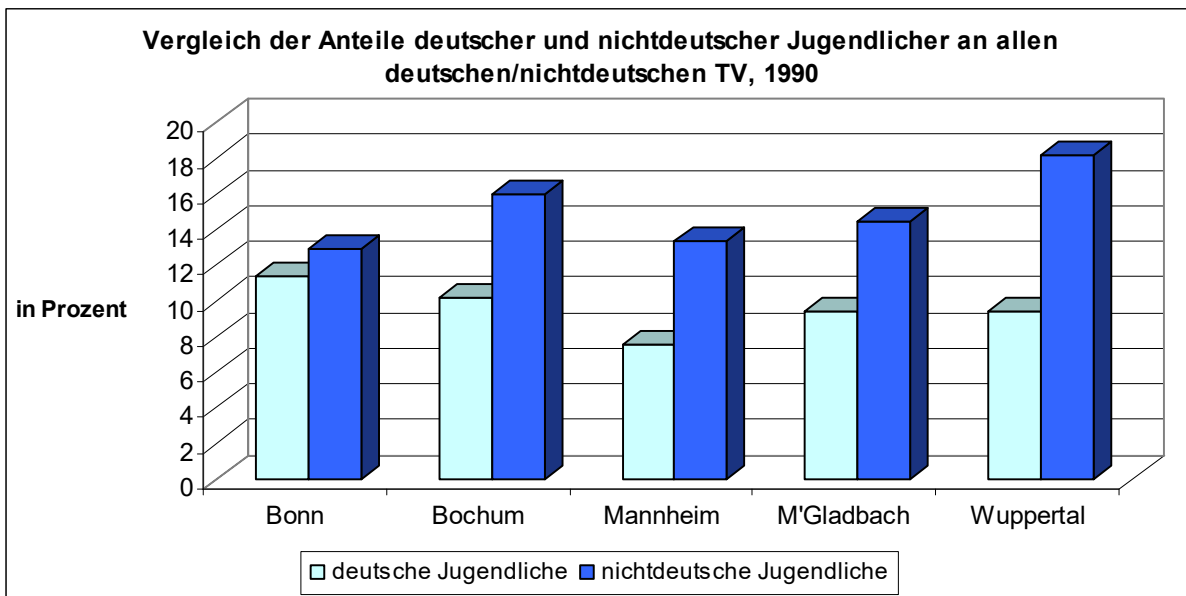
Abbildung 40: Vergleich der Anteile nichtdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender an den Tatverdächtigen insgesamt der jeweiligen Altersklasse, 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 81.

Verglichen mit den aufgeführten Städten wurden in Bonn überdurchschnittlich viele deutsche Jugendliche als Tatverdächtige registriert. Im Bereich der nichtdeutschen Jugendlichen liegt Bonn im Vergleich zu den anderen Städten dagegen prozentual am günstigsten.

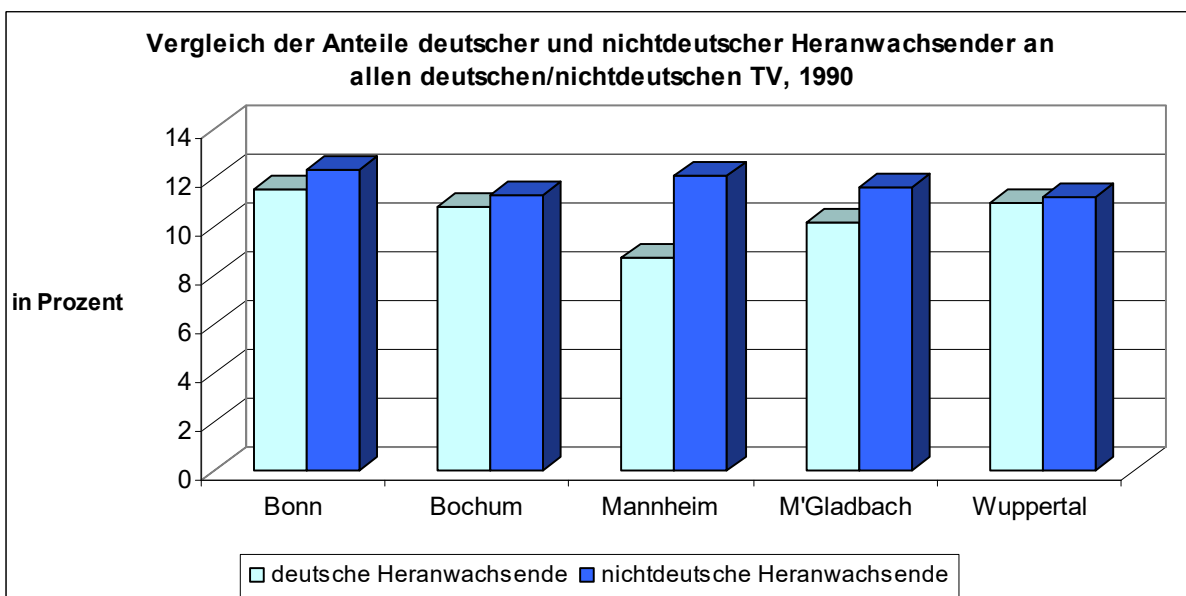
Abbildung 41: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher an allen deutschen/nichtdeutschen Tatverdächtigen, 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 62 ff.

Bei den Heranwachsenden zeigt sich ein anderes Bild. Hier weist Bonn, verglichen mit den anderen Städten, prozentual eine höhere Kriminalitätsbelastung sowohl bei den deutschen als auch den nichtdeutschen Heranwachsenden auf.

Abbildung 42: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Heranwachsender an allen deutschen/nichtdeutschen Tatverdächtigen, 1990



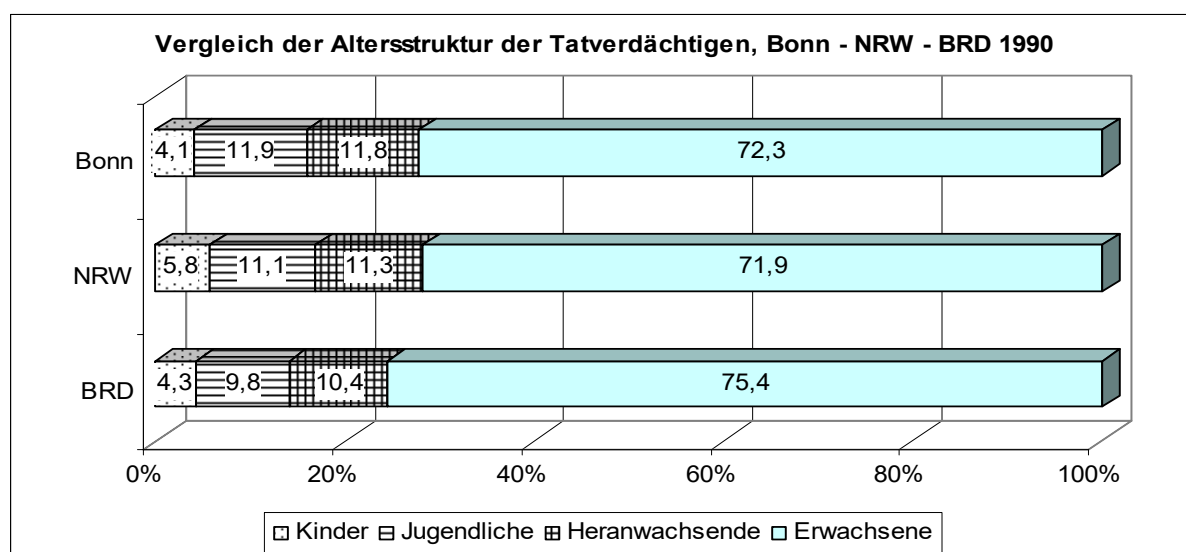
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 62 ff.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Jahr 1990 in Bonn – verglichen mit den anderen Städten – die höchste Belastung durch jugendliche und heranwachsende Tatverdächtige registriert wurde. Dennoch registrierte Bonn seit 1985 einen starken Rückgang der unter 21-Jährigen. Ein Vergleich der Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte ergibt für Bonn eine eher geringe Belastung – mit Ausnahme der Rauschgiftdelikte, deren erfasste Werte seit 1985 stark angestiegen sind.

4.2.3.2 Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalen

Wie in Abbildung 43 ersichtlich, weist Bonn auch im Jahr 1990 die höchste Kriminalitätsbelastung durch Jugendliche und Heranwachsende auf. Dennoch ist ein positiver Trend erkennbar, da der Anteil Jugendlicher an allen Tatverdächtigen um 2 Prozentpunkte und der Anteil Heranwachsender um 1,7 Prozentpunkte sank. Auch in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland sanken seit 1985 die Anteile tatverdächtiger Jugendlicher und Heranwachsender.

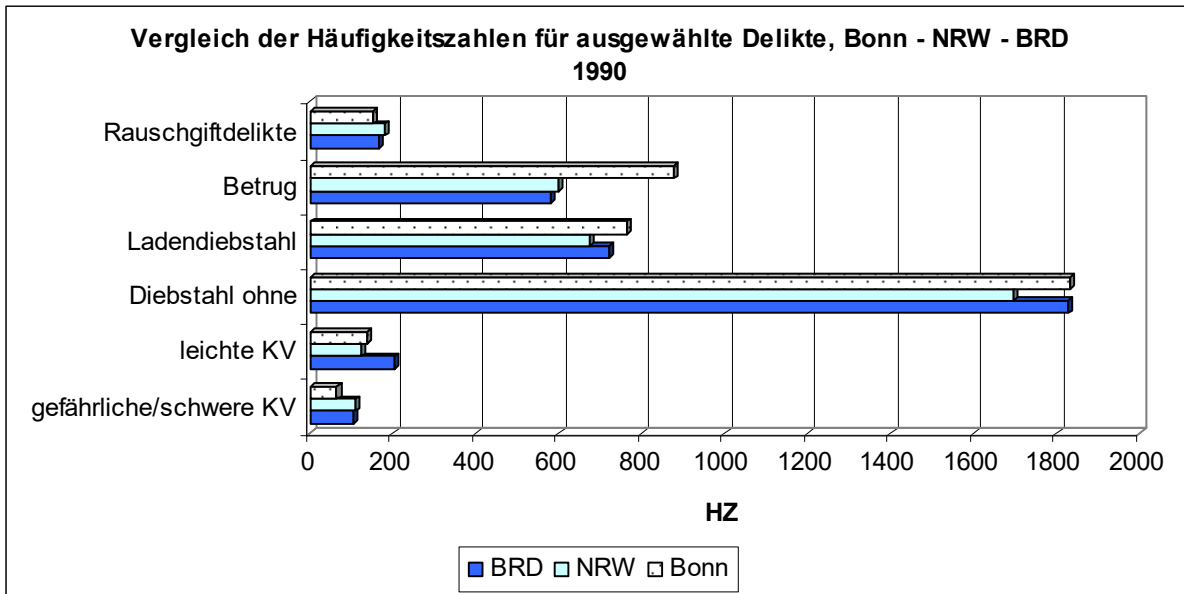
Abbildung 43: Vergleich der Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn – NRW – BRD 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 61.

Bonn weist im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Betrugsfällen auf. Die Häufigkeitszahl ist seit 1985 um gut 100 gestiegen. Auch die Häufigkeitszahl der in Nordrhein-Westfalen registrierten Betrugstaten stieg an, allerdings nur leicht. Zudem stieg in Bonn seit 1985 die Häufigkeitszahl für Ladendiebstähle, die 1990 die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland und der in Nordrhein-Westfalen registrierten Taten knapp überstieg. In Bonn und der Bundesrepublik erhöhte sich zudem die Häufigkeitszahl für einfache Diebstähle. In Nordrhein-Westfalen sank diese dagegen.

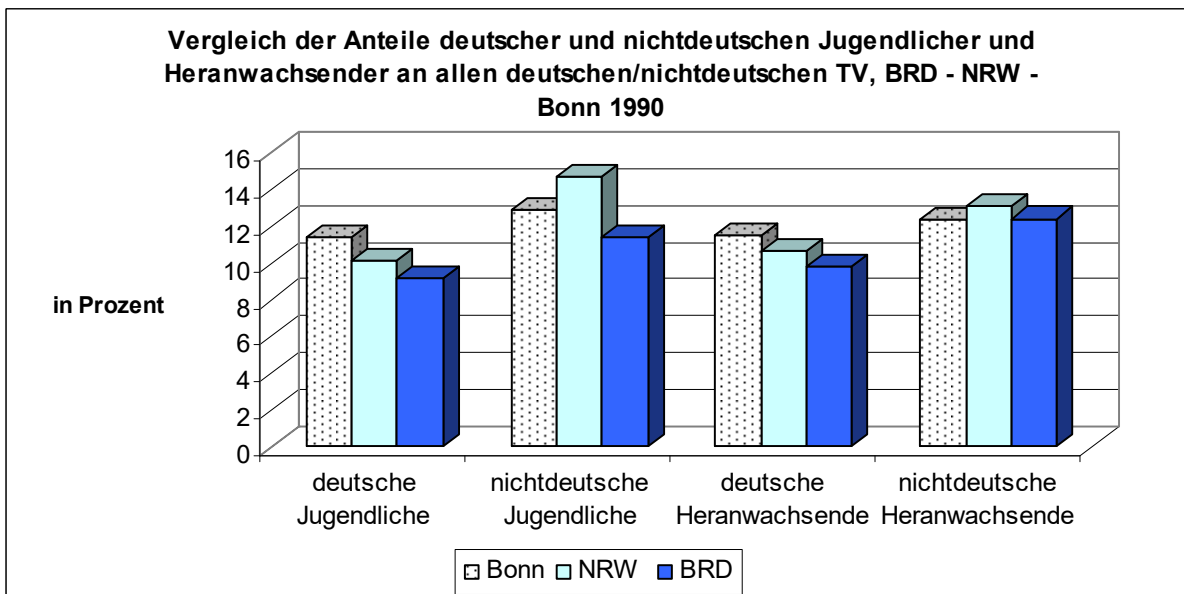
Abbildung 44: Vergleich der Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte, Bonn – NRW – BRD 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 124 ff.

Es wird deutlich, dass in Bonn die Zahl der tatverdächtigen nichtdeutschen Jugendlichen und Heranwachsenden die Zahl der tatverdächtigen deutschen Jugendlichen und Heranwachsenden übersteigt. Dieser Trend ist in Nordrhein-Westfalen allerdings deutlicher ausgeprägt.

Abbildung 45: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender an allen deutschen/ nichtdeutschen Tatverdächtigen, BRD – NRW – Bonn 1990



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1990, S. 81.

4.2.4 Jugendkriminalität in den drei Untersuchungsbereichen, insbesondere im Vergleich mit der Stadt Bonn

Die PKS des Polizeipräsidiums Bonn weist für die Jahre 1985 und 1990 fünf verschiedene Schutzbereiche einzeln aus. Schutzbereich I und IV entsprechen etwa dem heutigen Bonn Zentrum. Der Schutzbereich II umfasst Teile von Bad Godesberg sowie Wachtberg. Schutzbereich III bilden die fünf Kommunen Bornheim, Alfter, Swisttal, Rheinbach und Meckenheim und Schutzbereich V bildet sich aus dem Kommunen Königswinter, Bad Honnef sowie Bonn Beuel.⁶⁵⁵ Mangels übereinstimmender Untersuchungsbereiche ist eine Vergleichbarkeit der Kriminalitätsentwicklung nicht gegeben. Die vorhandenen Daten für die Schutzbereiche I und IV, also für das Gebiet des heutigen Untersuchungsbereiches Bonn-Innenstadt, sind nicht sehr aussagekräftig. 1985 wurden hier 15.093 Straftaten erfasst. Der Anteil an der Gesamtkriminalität der Kreispolizeibehörde Bonn betrug 49,1%.⁶⁵⁶

Für die drei Untersuchungsbereiche liegen hinsichtlich der Jahresmesspunkte 1985 und 1990 keine verwertbaren Daten vor. Das Polizeipräsidium Bonn stellte seine PKS erst Mitte der 1990er Jahre so um, dass die Stadt Bonn ebenso wie gesonderte kriminalstatistische Erfassungsbereiche ausgewiesen wird. Bis dahin bezogen sich die Daten auf die gesamte Kreispolizeibehörde und es fand nur eine Unterteilung in die oben genannten fünf Schutzbereiche statt. Mangels Datenbasis lässt sich bezüglich der einzelnen Untersuchungsbereiche für den Zeitraum vor dem Strukturwandel (1985–1990) keine Aussage treffen. Damit scheidet gleichzeitig die Möglichkeit aus, die Untersuchungsbereiche über den gesamten Zeitraum des Strukturwandels (also 1990–2008) zu analysieren. Für die Stadt Bonn besteht diese Möglichkeit, wenn sie auch wegen der erst später eingetretenen Differenzierung zwischen Stadt und Kreispolizeibehörde Bonn eingeschränkt ist. Um die Untersuchungsbereiche dennoch einer möglichst aussagekräftigen Analyse zugänglich zu machen, wird 1999 als „Hilfsjahr“ eingesetzt. Das eröffnet die Möglichkeit, die Entwicklung der Bereiche zumindest während der letzten 10 Jahre zu beobachten. Das Jahr 1999 gewählt, weil zu diesem Zeitpunkt der Wegzug der Bundesregierung abgeschlossen war. Gleichzeitig waren in Bonn schon Teile des Strukturwandels vollzogen, sodass eine ausführliche Betrachtung dieses Berichtsjahres sinnvoll erscheint.

4.2.5 Zusammenfassung der Jugendkriminalitätsentwicklung in Bonn zwischen 1985 und 1990

Zwischen 1985 und 1990 erhöhten sich in der Kreispolizeibehörde Bonn die ermittelten Straftaten absolut um rund 1.700. Das bedeutet, dass die Zahl der erfassten Straftaten in diesem Zeitraum um 5,4% und die Zahl der erfassten Tatverdächtigen um 16,2% zunahm. Auch die Häufigkeitszahl stieg um 3,5% an.

⁶⁵⁵ PP Bonn, PKS 1985, S. 5.

⁶⁵⁶ PP Bonn, PKS 1985, S. 18.

Der Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen nahm um 10,4% ab. Der Anteil jugendlicher Tatverdächtiger sank in diesem Zeitraum um 1,8%, der der Heranwachsenden um 4,1%. Männliche Jugendliche und Heranwachsende bleiben allerdings überrepräsentiert. Seit 1985 stieg der Anteil männlicher Jugendlicher leicht um 1,1% an, der der männlichen Heranwachsenden um 1,2%. Der Anteil weiblicher Jugendlicher sank dagegen um 2,8%, der der weiblichen Heranwachsenden fiel um 3,6%. Diebstahl und Betrug waren die von Jugendlichen und Heranwachsenden am häufigsten begangenen Delikte.

Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger stieg um rund 13 Prozentpunkte auf 33,7% der registrierten Tatverdächtigen.

Der überwiegende Anteil der Tatverdächtigen wohnt in der Nähe des Tatortes (Tatortgemeinde = 62,5%).⁶⁵⁷ Ein erheblicher Anteil der Tatverdächtigen (25,2%)⁶⁵⁸ kommt aus dem eigenen Bundesland. Die Herkunft der Tatverdächtigen aus dem Landkreis (0,3%) sowie aus dem übrigen Bundesgebiet (4,9%) ist gering.⁶⁵⁹ Für 1990 ergeben sich vergleichbare Zahlen. Der Anteil der Tatverdächtigen mit Wohnsitz in der Tatortgemeinde ist leicht um 4% gestiegen, der im eigenen Bundesland ist um 16% gefallen. Für die beiden anderen genannten Bereiche ergaben sich kaum Unterschiede. In dem Zeitraum zwischen 1985 und 1990 ist der Anteil der Tatverdächtigen mit Wohnsitz in der Stadt Bonn um knapp 1.300 gestiegen (=21%).⁶⁶⁰

Verglichen mit den Bundes- und Landeswerten hatte Bonn sowohl 1985 als auch 1990 die niedrigste Häufigkeitszahl aller registrierten Delikte. Dennoch verzeichnete die Kreispolizeibehörde Bonn in diesem Zeitraum eine Zunahme der Straftaten von 5,4% und der Häufigkeitszahl von 3,5%. In der Bundesrepublik stieg die Zahl der Straftaten ebenfalls um 5,4% an, die Häufigkeitszahl erhöhte sich jedoch nur um 2,8%. In Nordrhein-Westfalen steigerte sich die Zahl der registrierten Fälle um 4,9% und die Häufigkeitszahl um 1,5%. Ebenso wie in Nordrhein-Westfalen ist zwischen 1985 und 1990 auch in Bonn die Zahl der registrierten Rauschgift- und Ladendiebstahlsdelikte gestiegen. Hinsichtlich des einfachen Diebstahls ist für Bonn ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen, während in Nordrhein-Westfalen ein Rückgang beobachtet werden konnte.

Werden Bonn und die Vergleichsstädte gegenübergestellt, so wird die Bonner Häufigkeitszahl mit 6.719 nur von Wuppertal untertroffen. Während die Häufigkeitszahl von Bochum, Mannheim und Mönchengladbach zurückgingen, erhöhte sich nur die Zahl Wuppertals um 2,6%. Bei den erfassten Straftaten verhält es sich ähnlich. Hier verzeichneten nur Mannheim und Mönchengladbach einen Rückgang. Bochum registrierte eine Steigerung von 1,9% und Wuppertal von 2,6%. Bonns Steigerung der

⁶⁵⁷ PP Bonn, PKS 1985, S. 26.

⁶⁵⁸ PP Bonn, PKS 1990, S. 26.

⁶⁵⁹ PP Bonn, PKS 1990, S. 26.

⁶⁶⁰ PP Bonn, PKS 1985, S. 34.

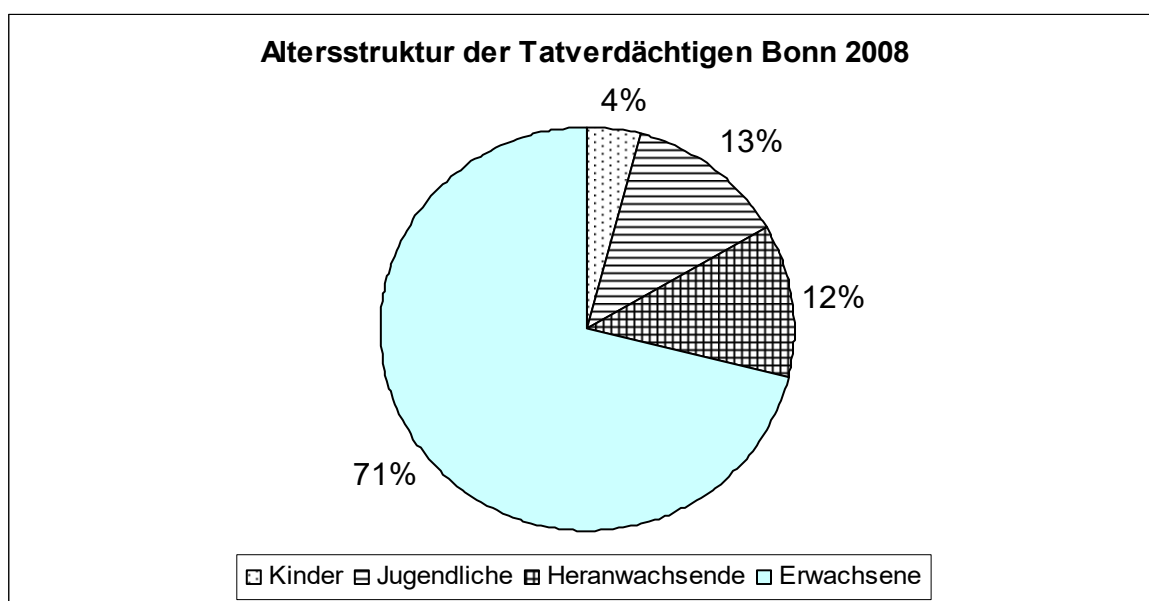
Häufigkeitszahl und der Zahl der erfassten Straftaten übertrifft damit auch die Vergleichsstädte.

4.2.6 Jugendkriminalität in Bonn 2008

Im Berichtsjahr 2008 wurden in der Kreispolizeibehörde Bonn 46.439 Straftaten⁶⁶¹ und 14.566 Tatverdächtige ermittelt. Die Häufigkeitszahl der Kreispolizeibehörde betrug 8.539, die TVBZ 2.893. Die Aufklärungsquote der Kreispolizeibehörde Bonn betrug 43,7 %.

Im Jahr 2008 wurden in der Stadt Bonn 34.425 Straftaten gezählt. Die Häufigkeitszahl lag bei 10.880 und die TVBZ 3.758. Davon wurden 74,1% der Straftaten in der Stadt Bonn registriert und nur 25,1% im Rhein-Sieg-Kreis, der mit 458,4 m² Fläche mehr als dreimal so groß ist. Der Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen, gemessen an allen Tatverdächtigen, betrug 28,9%.

Abbildung 46: Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 75.

In Bonn wurden insgesamt 1.312 männliche und 538 weibliche Jugendliche als tatverdächtig erfasst. Damit überwiegen die männlichen Jugendlichen mit einem prozentualen Anteil von 70,9% deutlich die weiblichen, die einen Anteil von 29,1% einnehmen. Bei den Heranwachsenden waren 1.333 männlichen und 425 weiblichen Geschlechts. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 75,8% zu 24,2%.

2008 wurden insgesamt 3.446 nichtdeutsche Tatverdächtige ermittelt. Das entspricht einem Anteil von 23,7%.⁶⁶² Ein Vergleich zwischen deutschen und nicht-

⁶⁶¹ PP Bonn, PKS 2008, S. 14 ff.

⁶⁶² PP Bonn, PKS 2008, S. 94 f.

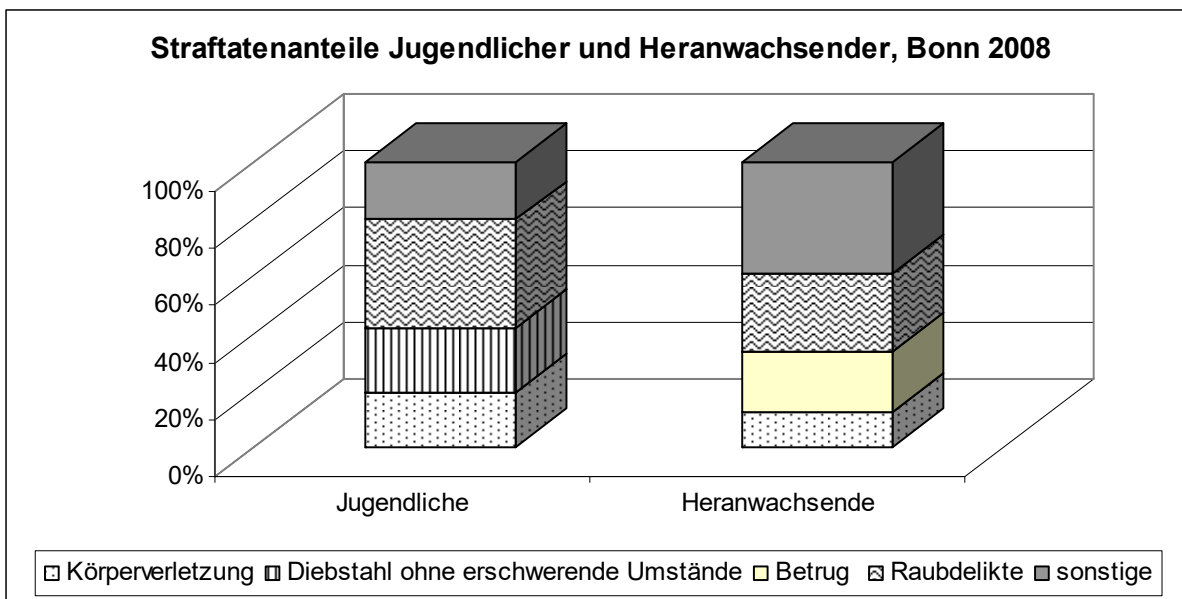
deutschen Tatverdächtigen ergibt einen größeren Anteil straffälliger deutscher Jugendlicher. So nahmen nichtdeutsche Jugendliche 11,1% und Heranwachsende 11,5% an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen ein. Der Anteil der tatverdächtigen Jugendlichen mit deutschem Pass an allen deutschen Tatverdächtigen lag dagegen bei 13,2%, der der Heranwachsenden bei 12,2%.⁶⁶³

Die 4.204 unter 21-jährigen Tatverdächtigen begingen insgesamt 3.787 Straftaten.⁶⁶⁴ Prozentual gesehen waren das 25,7% aller in der Kreispolizeibehörde Bonn erfassten Delikte.

Bei der deliktsbezogenen Verteilung der tatverdächtigen Jugendlichen belegen Raubdelikte mit 33,6% den vordersten Platz. Hiernach folgen die Diebstähle ohne erschwerende Umstände sowie Körperverletzungsdelikte.

Die Heranwachsenden begingen am häufigsten sonstige Delikte, gefolgt von Raubdelikten und Betrugstaten.⁶⁶⁵

Abbildung 47: Straftatenanteile Jugendlicher und Heranwachsender, Bonn 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 86 ff.

4.2.6.1 Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit anderen Städten

Im Vergleich zu den ausgewählten Städten ist Bonn auch 2008 stärker mit Heranwachsendenkriminalität belastet. 12,1% der Tatverdächtigen im Jahr 2008 waren im Alter zwischen 18 und unter 21 Jahren alt. In Bochum wurde der niedrigste Wert mit 10,2% registriert und in Mönchengladbach der zweithöchste mit 11,8%. Bei einem Vergleich des Anteils der jugendlichen Tatverdächtigen liegt Bonn mit 12,7% auf Platz zwei hinter Mönchengladbach (12,8%).

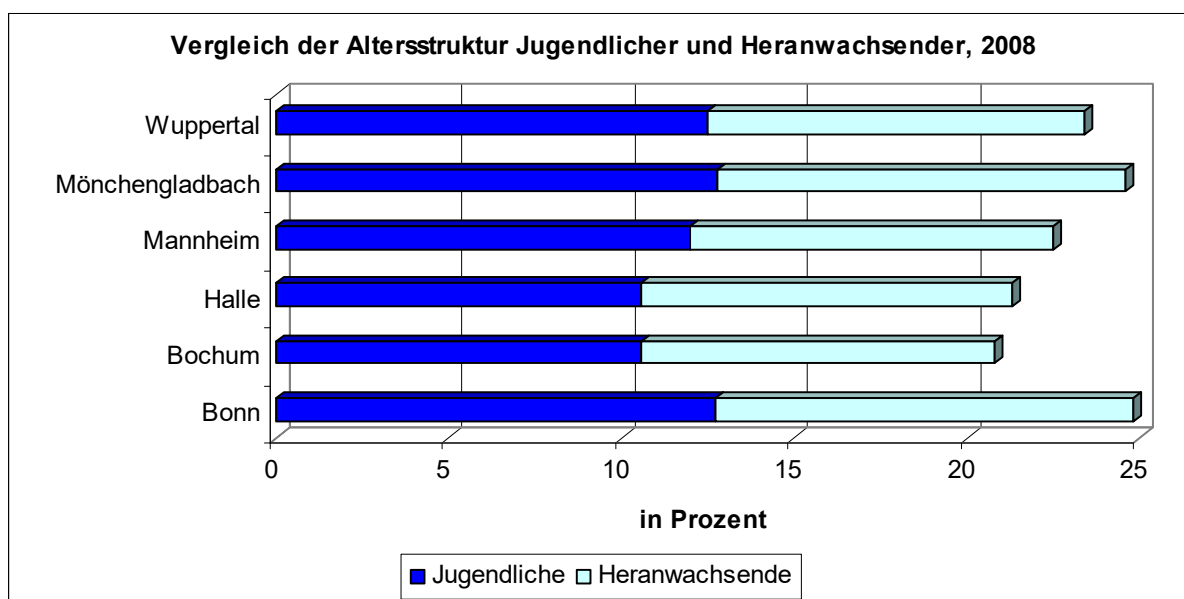
⁶⁶³ PP Bonn, PKS 2008, S. 96, eigene Berechnung.

⁶⁶⁴ PP Bonn, PKS 2008, S. 74, 91.

⁶⁶⁵ PP Bonn, PKS 2008, S. 91 f.

Der Trend einer leicht überdurchschnittlichen Belastung Bonns in der Jugend- und Heranwachsendenkriminalität hat sich auch bis zum Jahr 2008 fortgesetzt. Im Vergleich zu 1990 ist in Bonn der Anteil der tatverdächtigen Jugendlichen von 11,9% auf 12,7% gestiegen. Ebenfalls zugenommen hat der Anteil der tatverdächtigen Heranwachsenden: von 11,8% auf 12,1%.

Abbildung 48: Vergleich der Altersstruktur Jugendlicher und Heranwachsender, 2008

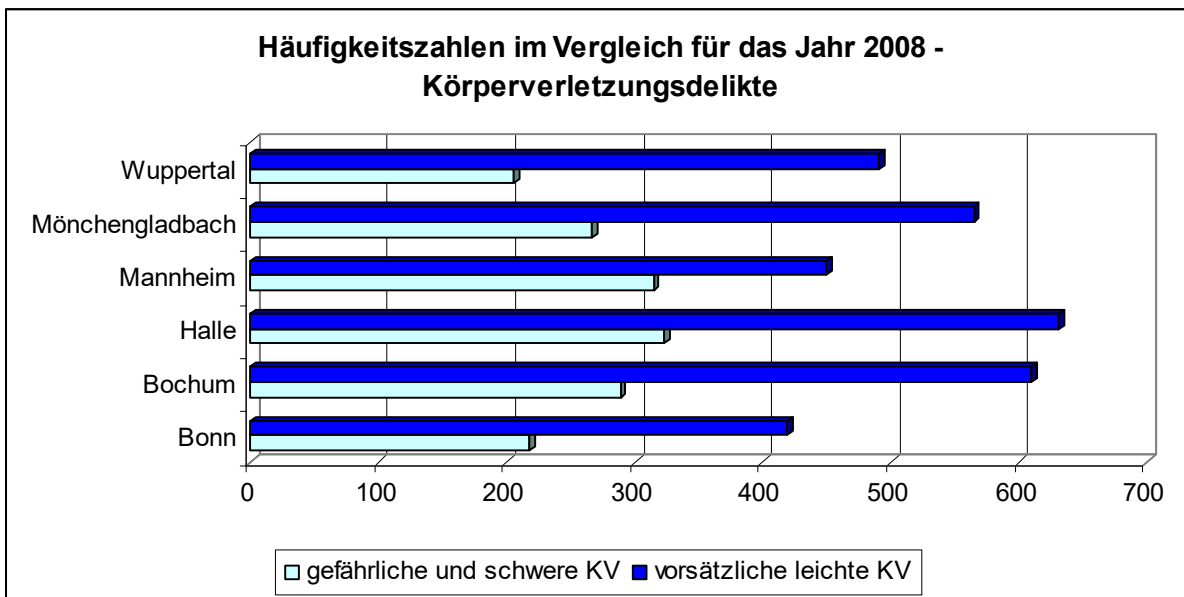


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 2008, S. 94.

Seit 1990 traten in Bonn verschiedene Veränderungen des Ausmaßes der registrierten Kriminalität ein, die im Folgenden dargestellt werden. Aufgrund der zum Teil erheblichen Steigerung der Häufigkeitszahlen bei einigen Delikten, ist eine Einordnung dieser Zahlen durch einen interkommunalen Vergleich interessant. Bei einer Gegenüberstellung Bonns hinsichtlich ausgewählter Straftaten mit anderen vergleichbaren Städten in der Bundesrepublik ist die Kriminalitätsbelastung in Bonn – trotz des zum Teil deutlichen Anstiegs der Häufigkeitszahlen – im durchschnittlichen bis unterdurchschnittlichen Bereich.

In der Zeit von 1990 bis 2008, also der Zeit des Strukturwandels, hat sich in der Stadt Bonn die Häufigkeitszahl für die vorsätzliche leichte Körperverletzung um 67% gesteigert, die der gefährlichen schweren Körperverletzung ist um 70% gestiegen. Verglichen mit den anderen Städten weist Bonn für diese Delikte jedoch die geringsten Häufigkeitszahlen auf.

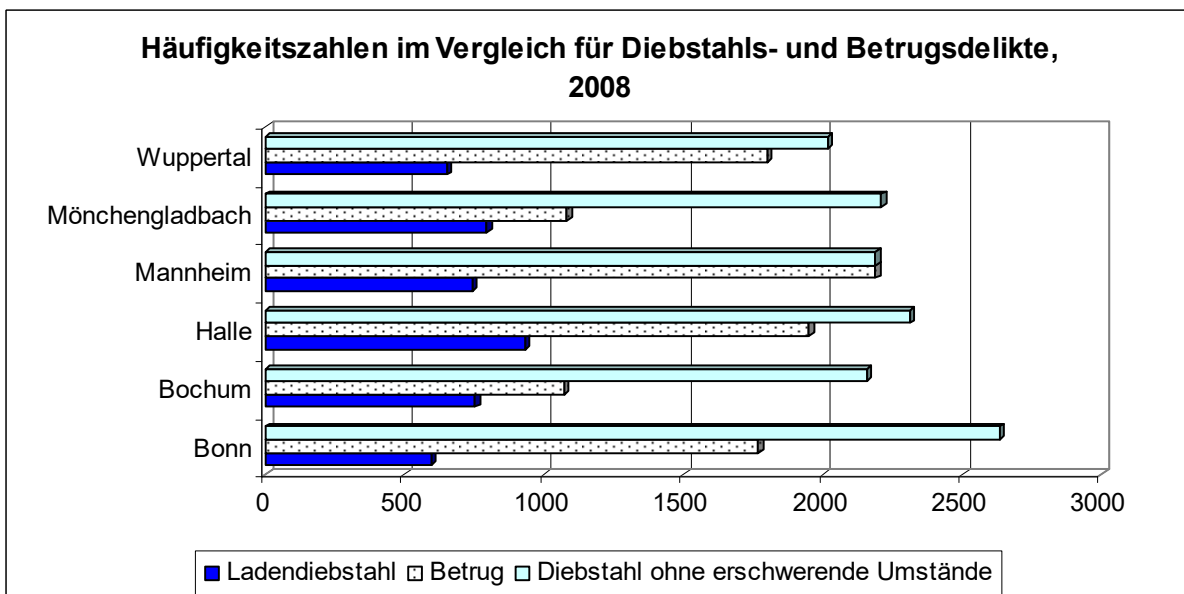
Abbildung 49: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Körperverletzungsdelikte, 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 2008 S. 153, 155.

Die Häufigkeitszahlen in Bezug auf Betrug, Ladendiebstahl und Diebstahl ohne erschwerende Umstände für das Jahr 2008 – verglichen mit den Daten für das Jahr 1990 – ergeben ein unterschiedliches Bild. Diebstahl ohne erschwerende Umstände hat um 30% zugenommen und Betrugsdelikte steigerten sich um 50%. Rückläufig hat sich der Ladendiebstahl entwickelt. Er ist um 22% zurückgegangen. Allerdings weist Bonn bei Diebstahl ohne erschwerende Umstände mit einer Häufigkeitszahl von 2.636 den höchsten Wert der Vergleichsstädte auf.

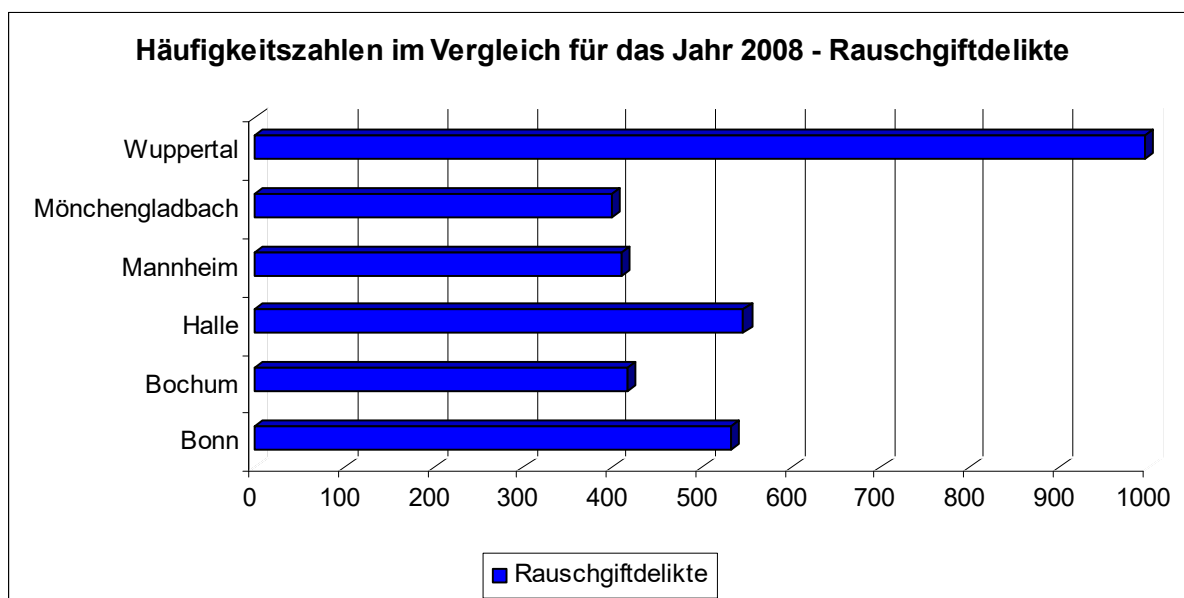
Abbildung 50: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Betrug- und Diebstahlsdelikte, 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 2008, S. 162.

Im Vergleich mit dem Jahr 1990 ist die Häufigkeitszahl für Rauschgiftdelikte um 71% gestiegen.

Abbildung 51: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Rauschgiftdelikte, 2008

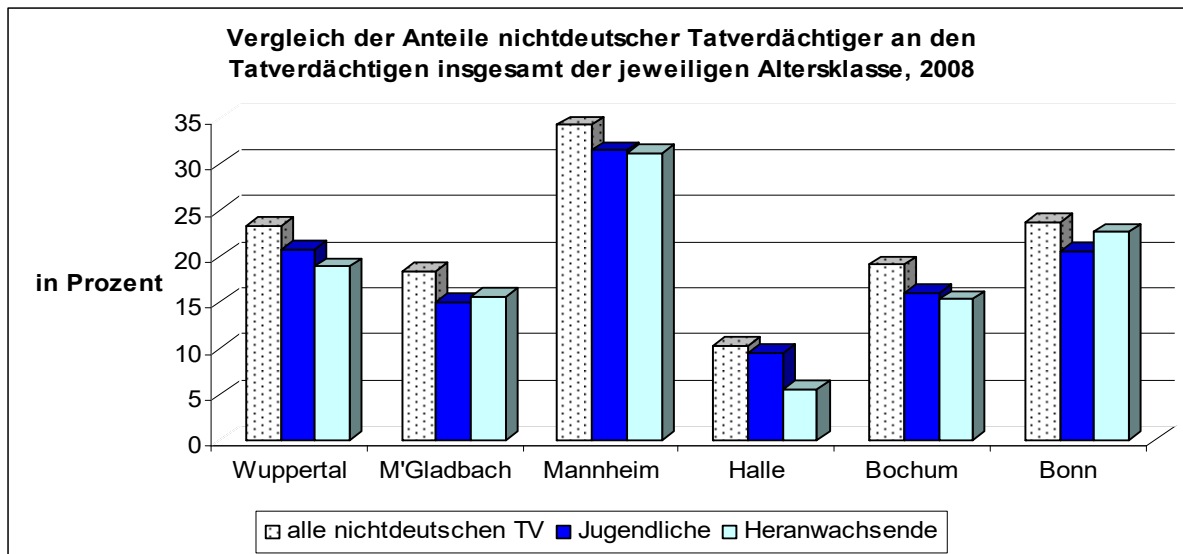


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 2008, S. 223.

Interessant sind auch die Veränderungen der Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger. Mannheim und Bonn weisen die höchsten Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger sowohl insgesamt als auch hinsichtlich der Altersklassen der Jugendlichen und Heranwachsenden auf. Es ist zu berücksichtigen, dass Mannheim auch bundesweit zu den Städten mit der höchste Kriminalität ausländischer Jugendlicher gehört. Die Entwicklung der nichtdeutschen Tatverdächtigen in der Stadt Bonn zeigt, dass seit 1990 der prozentuale Anteil nichtdeutscher Jugendlicher um 43,6% und nichtdeutscher Heranwachsender um 35,8% gesunken ist.⁶⁶⁶ Im Unterschied zu 1990 überwiegt 2008 der Anteil der nichtdeutschen Heranwachsenden an allen Tatverdächtigen dieser Altersgruppe den der nichtdeutschen Jugendlichen.

⁶⁶⁶ A den Tatverdächtigen insgesamt.

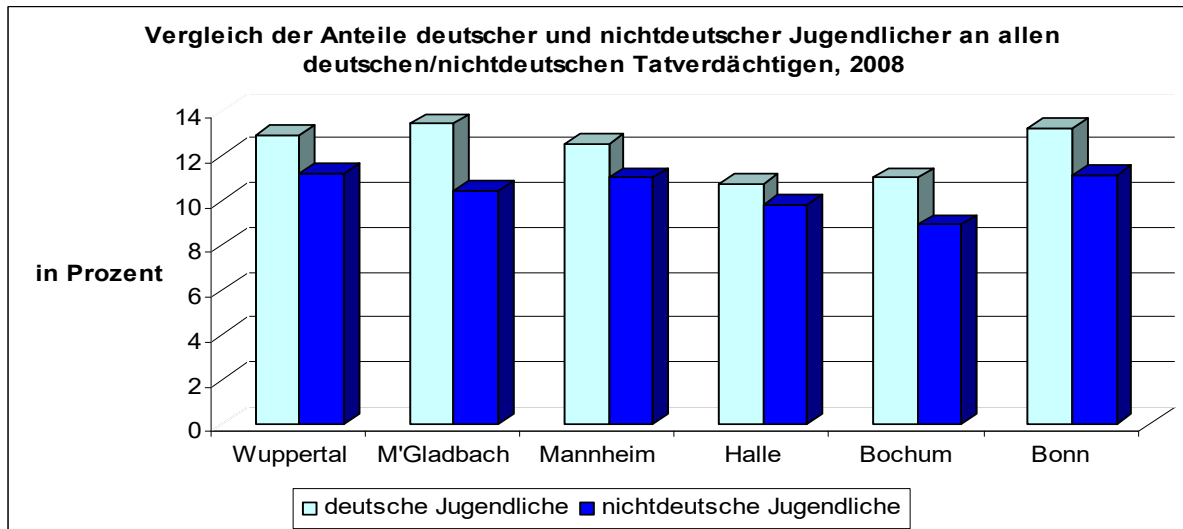
Abbildung 52: Vergleich der Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger an den Tatverdächtigen insgesamt der jeweiligen Altersklasse, 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 2008, S. 84 und des PP Bonn, PKS 2008, S. 95 ff.

In allen Städten überwiegt der Anteil der deutschen Jugendlichen und Heranwachsenden, gemessen an allen deutschen Tatverdächtigen, den der ausländischen Vergleichsgruppe. Bonn liegt dabei im durchschnittlichen Bereich. Hier ist seit 1990 eine deutliche Veränderung eingetreten. Damals überwog der Anteil der nichtdeutschen Jugendlichen, gemessen an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen, den vergleichbaren Anteil der deutschen Jugendlichen. seit 1990 stieg in Bonn der Anteil der deutschen Jugendlichen an allen deutschen Tatverdächtigen um 13,6%. Der Anteil der nichtdeutschen Jugendlichen an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen sank dagegen in diesem Zeitraum um 14%.

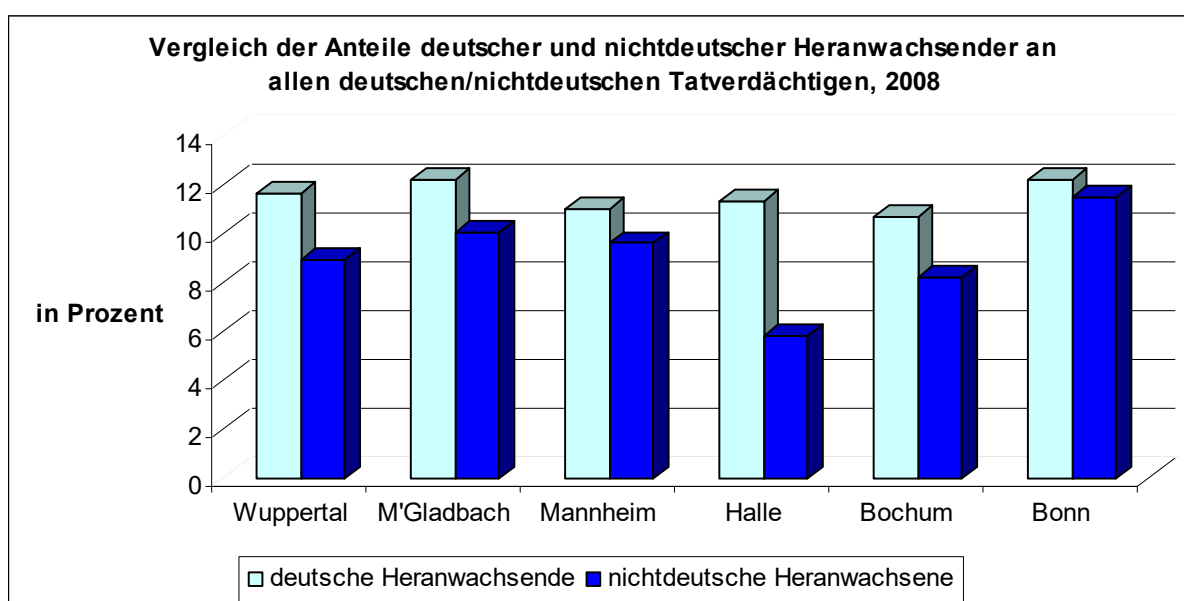
Abbildung 53: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher an allen deutschen / nichtdeutschen Tatverdächtigen, 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 2008, S. 93 f.

Auch bei den 18–21-Jährigen überwiegt im Unterschied zu 1990 der Anteil der deutschen Heranwachsenden. Ein Vergleich mit den anderen Städten zeigt, dass Bonn eine deutlich höhere Heranwachsendenkriminalität hat. Der Anteil der deutschen Heranwachsenden, gemessen an allen deutschen Tatverdächtigen, stieg seit 1990 um 5,7%. Der Anteil der nichtdeutschen Heranwachsenden sank leicht um 6,5%.

Abbildung 54: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Heranwachsender an allen deutschen/ nichtdeutschen Tatverdächtigen, 2008



Quelle: eigene Abbildung BKA, PKS 2008, S. 93 f.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Bonn verglichen mit anderen Städten sowohl 1990 als auch 2008 die höchsten Anteile jugendlicher und heranwachsender Tatverdächtiger aufweist. Trotz einer leichten Erhöhung dieser Werte seit 1990 in Bonn, sind die Zahlen anderer Städte wie z.B. Mönchengladbach in diesem Zeitraum stärker angestiegen. Eine Analyse der deutschen und nichtdeutschen unter 21-jährigen Tatverdächtigen zeigt für Bonn erwartungsgemäß eine vergleichsweise starke Belastung.

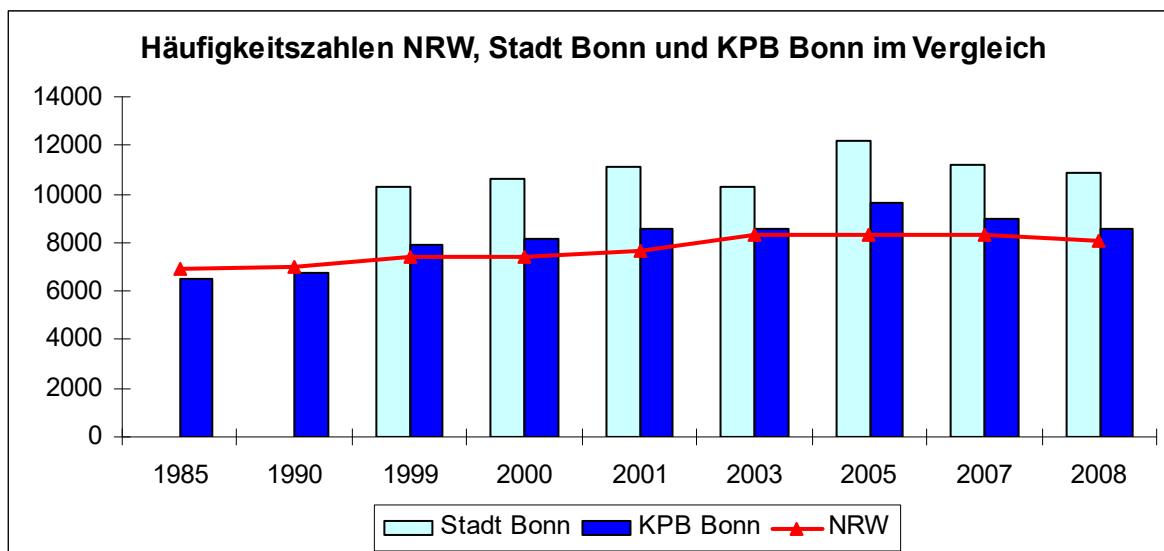
Ein Vergleich der Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte zeigt, dass Bonn eher gering belastet ist. Dies trifft allerdings nicht für Betrugstaten zu, bei denen die Bundesstadt eine überraschend hohe Zahl aufweist und die seit 1990 überproportional angestiegen ist. Die Ursachen für diesen hohen Wert sind in Kapitel 5 zu erläutern.

4.2.6.2 Jugendkriminalität in Bonn im Vergleich mit der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalen

Abbildung 55 verdeutlicht die stärkere Kriminalitätsbelastung der Stadt Bonn gegenüber der Kreispolizeibehörde Bonn. 74,1% aller Straftaten wurden in der Stadt

Bonn begangen. Auf den übrigen Bereich der Kreispolizeibehörde, also den gesamten Rhein-Sieg Kreis, entfielen dagegen nur 25,9% aller registrierten Straftaten. In Häufigkeitszahlen ausgedrückt hat die Stadt Bonn im Jahr 2008 einen Wert von 10.880, der Rhein-Sieg Kreis von 5.283. Für die gesamte Kreispolizeibehörde Bonn ergibt sich damit eine Häufigkeitszahl von 8.539. Die größere Kriminalitätsbelastung Bonns gegenüber der gesamten Kreispolizeibehörde Bonn sowie zum Landesdurchschnitt kann u.a. auf das sog. Stadt-Land-Gefälle der Kriminalität zurückgeführt werden. In Städten werden generell mehr Straftaten verübt als in ländlichen Regionen.⁶⁶⁷ In großen Städten herrschen besondere Tatgelegenheitsstrukturen, größere Tatanreize, bessere Fluchtmöglichkeiten sowie eine geringere informelle Kontrolle.⁶⁶⁸

Abbildung 55: Vergleich der Häufigkeitszahlen, NRW – Stadt Bonn – KPB Bonn, 1985–2008



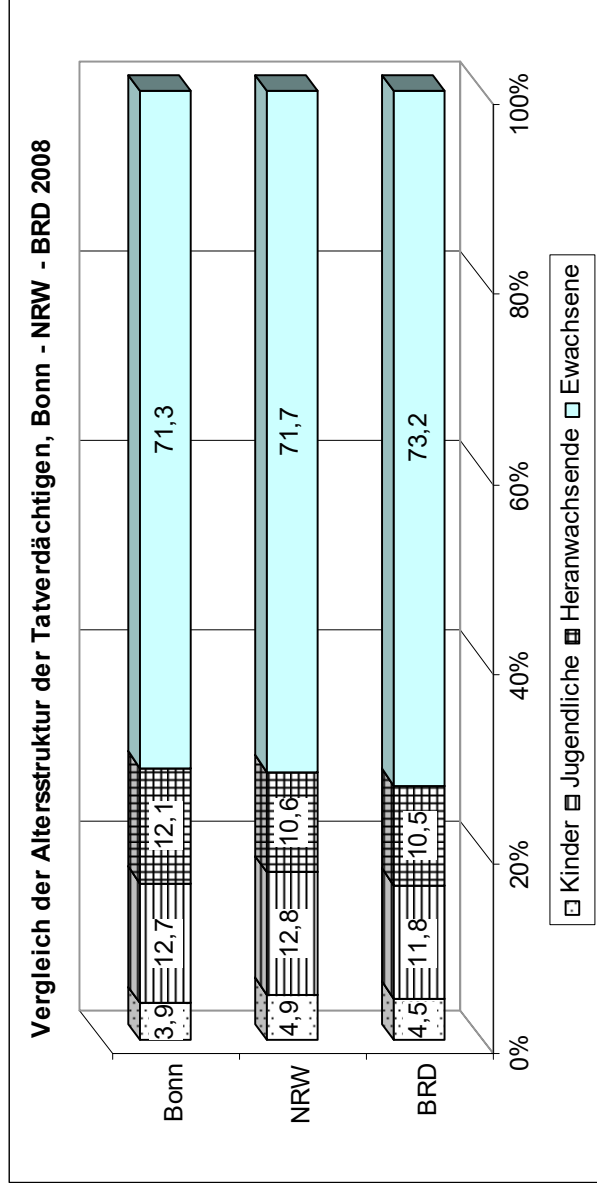
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985, 1990, 2008 und des LKA NRW, zur Verfügung gestellt von Herrn Rockel.

Abbildung 56 zeigt, dass in Bonn 24,8% der Tatverdächtigen zu der Altersgruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden zählen. Damit wurde in Bonn – wie schon in den Jahren 1985 und 1990 – eine höhere Zahl Tatverdächtiger zwischen 14 und unter 21 Jahre registriert als in der Bundesrepublik oder Nordrhein-Westfalen.

⁶⁶⁷ *Schwind*, Kriminologie, S. 24; *Oberwittler/Köllisch*, Jugendkriminalität in Stadt und Land, S. 135, ff.; nach *Baier et al.*, Jugendgewalt in Deutschland, S. 323, 328 ist das Stadt-Land-Gefälle z. T. anzeigebedingt.

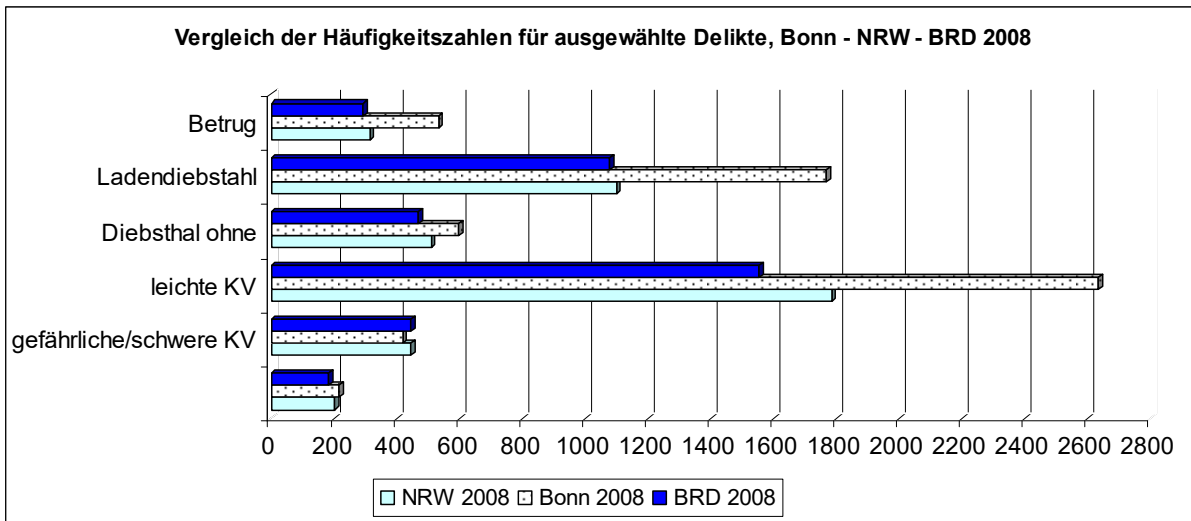
⁶⁶⁸ *Kube*, Städtebau als Aspekt kommunaler Kriminalprävention, S. 847, 854; *Schwind*, Kriminologie, S. 31.

Abbildung 56: Vergleich der Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn – NRW – BRD 2008



Seit 1990 können bei einem Vergleich der Häufigkeitszahlen verschiedene Veränderungen festgestellt werden. So übersteigen die Bonner Häufigkeitszahlen für Rauschgiftdelikte, Betrug, Diebstahl ohne erschwerende Umstände, Ladendiebstahl, gefährliche und schwere Körperverletzung sowie Raub zum Teil massiv die Werte in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen. Einzig die leichte Körperverletzung weist einen niedrigeren Wert auf als die beiden Vergleichsstädte. Vergleicht man die Bonner Häufigkeitszahlen dagegen mit denen der Vergleichsstädte (vgl. Abb. 49–51), so ist die Kriminalitätsbelastung Bonns hinsichtlich der ausgewählten Delikte als durchschnittlich einzustufen. Dies gilt mit Ausnahme des Diebstahls ohne erschwerende Umstände, dessen Häufigkeitszahl in Bonn auch die der Vergleichsstädte übertrifft. Bei einem Vergleich der Kriminalität mit Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland muss immer das typische Stadt-Land-Gefälle der Kriminalität berücksichtigt werden.

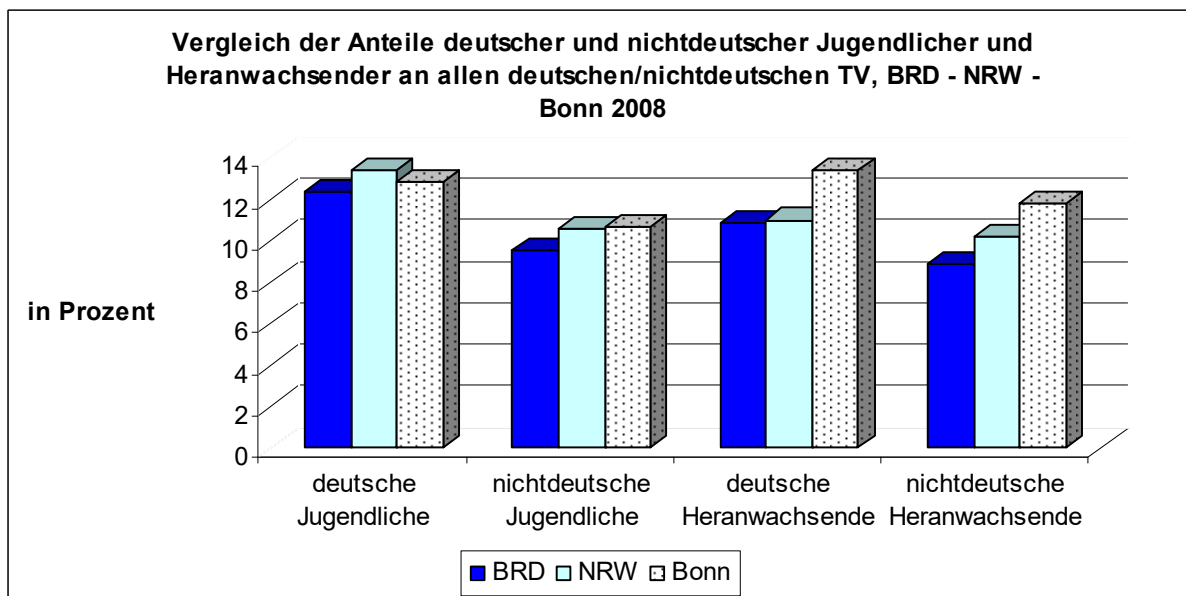
Abbildung 57: Vergleich der Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte, Bonn – NRW – BRD 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 2008, S. 155 ff.

Abbildung 58 verdeutlicht, dass in Bonn mehr Heranwachsende als Tatverdächtige registriert wurden als in Nordrhein-Westfalen oder der Bundesrepublik. Wie schon 1990 weisen deutsche Jugendliche und deutsche Heranwachsende einen höheren Prozentanteil auf, als ihre nichtdeutschen Altersgenossen.

Abbildung 58: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender an allen deutschen/ nichtdeutschen Tatverdächtigen, BRD – NRW – Bonn, 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 2008, S. 93 ff.

4.2.7 Jugendkriminalität in den drei Untersuchungsbereichen

4.2.7.1 Untersuchungsbereich Bonn

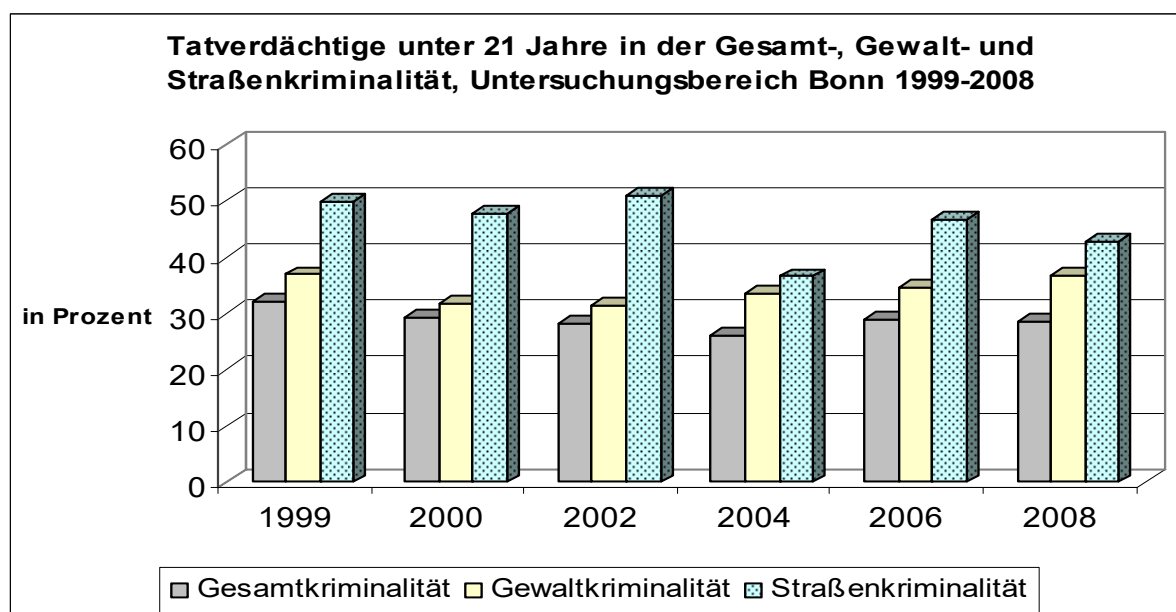
Im Jahr 2008 wurden im Untersuchungsbereich Bonn 19.760 Fälle⁶⁶⁹ sowie 6.717 Tatverdächtige ermittelt. Die Häufigkeitszahl betrug 13.524, die Aufklärungsquote lag bei 47,6 %.

Eine hohe Zahl von Straftaten wurde in den Jahren 2002 sowie 2004 und 2005 festgestellt. Hier lag die Zahl der erfassten Fälle über 21.000, im Jahr 2005 sogar bei 24.425 und damit deutlich über den durchschnittlich 20.534 Straftaten der letzten 10 Jahre. Die Zahl der Tatverdächtigen hatte mit 7.467 ihren höchsten Wert im Jahr 2000 sowie in den Jahren 2004 und 2005 mit jeweils noch knapp über 7.200 Tatverdächtigen.

Im Jahr 2008 waren 1.924 Tatverdächtige unter 21 Jahre. Das entspricht einem prozentualen Anteil an allen Tatverdächtigen von 28,6%. Die unter 21-Jährigen waren mit 36,8% an der registrierten Gewaltkriminalität und 42,9% an der erfassten Straßenkriminalität beteiligt. Im Jahr 1999 betrug der Anteil der registrierten Tatverdächtigen unter 21 Jahre 32%, gemessen an allen Tatverdächtigen. Der Anteil dieser Altersgruppe im Bereich der Gewaltkriminalität lag bei 36,9%, in der Straßenkriminalität bei 49,9%.

In den Jahren 1999 und 2000 wurden fast 2.200 unter 21-jährige Tatverdächtige erfasst. Dieser Wert wurde seitdem nicht mehr überschritten. Zwischen 1999 und 2008 sank die Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahren um rund 10%.

Abbildung 59: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Bonn 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 122

⁶⁶⁹ PP Bonn, PKS 2008, S. 118 ff..

2008 wurden 1.776 nichtdeutsche Tatverdächtige registriert, das sind 26,4% der Gesamtzahl. Von diesen waren 445 unter 21 Jahre alt. Dies entspricht 25,1% aller nichtdeutschen Tatverdächtigen. Deren Anteil an der Gewaltkriminalität lag bei 39,3%, an der Straßenkriminalität bei 44,8%, gemessen an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen. 1999 betrug der Anteil der nichtdeutschen unter 21-Jährigen an der registrierten Kriminalität im Untersuchungsbereich 29,1%. Bis 2004 konnte ein kontinuierlicher Rückgang verzeichnet werden (22,3%), seit 2006 steigt der Wert langsam wieder an. Im Bereich der Gewaltkriminalität wurde 1999 für diese Gruppe ein Anteil von 34,7% verzeichnet, bei der Straßenkriminalität von 46,7%.

Der Anteil der deutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahre, gemessen an allen deutschen Tatverdächtigen, nahm von 33,6% im Jahr 1999 auf 29,9% im Jahr 2008 ab. Ihr Anteil liegt damit trotzdem über dem der nichtdeutschen unter 21-jährigen Tatverdächtigen. 2008 waren in der Gewaltkriminalität 35,6% der Tatverdächtigen unter 21 Jahre, im Bereich der Straßenkriminalität waren es 42,1%.⁶⁷⁰

4.2.7.2 Untersuchungsbereich Duisdorf

Im Jahr 2008 wurden in Duisdorf 3.072 Straftaten und 1.177 Tatverdächtige registriert.⁶⁷¹ Die Häufigkeitszahl lag bei 9.700, die Aufklärungsquote bei 42,1%.

Innerhalb der letzten neun Jahre, von 1999 bis 2008, verzeichnete dieser Untersuchungsbereich einen kontinuierlichen Anstieg der registrierten Straftaten. Einzig in den Jahren 2004 und 2005 waren die Zahlen leicht rückläufig. Auch die Zahl der Tatverdächtigen stieg mit Ausnahme der Jahre 2004 und 2005 stetig an. 2008 erreichten die erfassten Straftaten ihren bisherigen Höchststand.

Im Jahr 2008 waren insgesamt 383 Tatverdächtige jünger als 21 Jahre. Dies entspricht 32,5% aller Tatverdächtigen. 56,7% aller in der Gewaltkriminalität ermittelten Tatverdächtigen waren unter 21 Jahre alt. Der Anteil dieser Altersgruppe in der Straßenkriminalität lag sogar bei 67,9%. In keinem der beiden anderen Untersuchungsbereiche wurden ähnlich hohe Werte ermittelt. Im Jahr 1999 betrug der Anteil der unter 21-Jährigen an der registrierten Kriminalität 32,9%. In diesem Jahr waren 50,8% der Tatverdächtigen in der Gewaltkriminalität sowie 65,2% in der Straßenkriminalität unter 21 Jahre alt.⁶⁷²

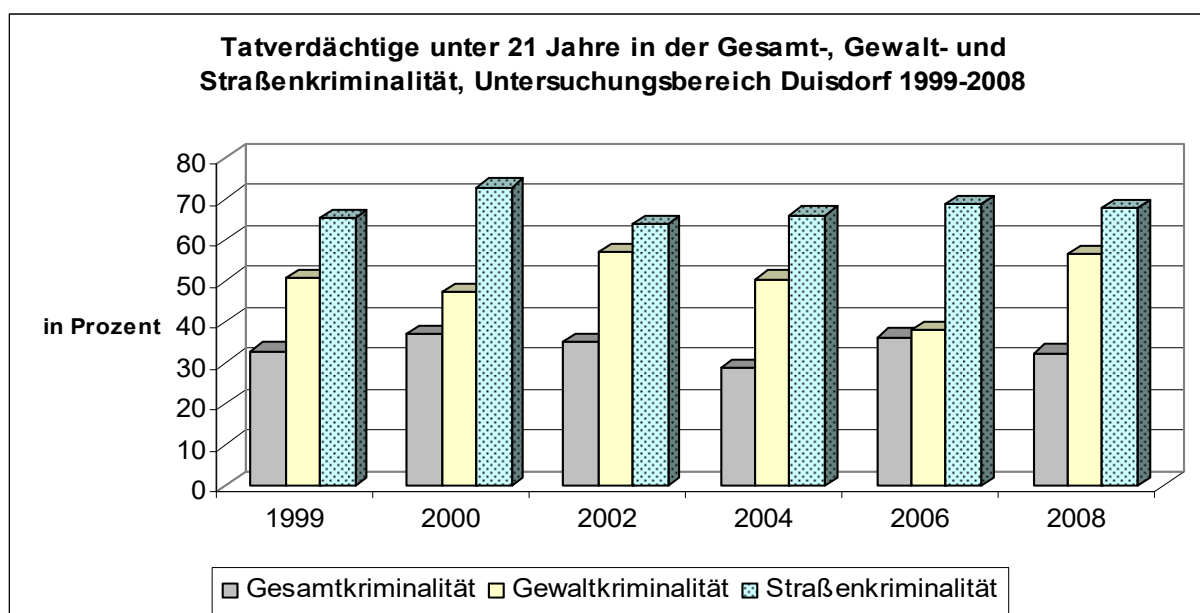
Die Zahl der unter 21-jährigen Tatverdächtigen erhöhte sich zwischen 1999 und 2008 um 25%. Den Höchststand erreichte der Anteil der Anteil dieser Altersgruppe im Jahr 2001 mit 37,7%. Bis 2004 fiel dieser Anteil auf einen Tiefstand von 28,7%. Seitdem schwankt er zwischen 30 und 36%.

⁶⁷⁰ PP Bonn, PKS 2008, S. 122 f., eigene Berechnung.

⁶⁷¹ PP Bonn, PKS 2008, S. 150 ff.

⁶⁷² PP Bonn, PKS 2008, S. 153.

Abbildung 60: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Duisdorf 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 153.

Im Jahr 2008 wurden 240 nichtdeutsche Tatverdächtige erfasst. Hiervon waren 73 unter 21 Jahre. Das entspricht 30,4% aller nichtdeutschen Tatverdächtigen.⁶⁷³ Die ermittelten nichtdeutschen Tatverdächtigen nahmen in den letzten neun Jahren um 8,7% zu, die unter 21-jährigen nichtdeutschen Tatverdächtigen um 17,8%. Im Jahr 2008 waren 57,7% der in der Gewaltkriminalität registrierten nichtdeutschen unter 21 Jahre. Bei der Straßenkriminalität betrug ihr Anteil 66,7%. Im Vergleich zu 1999 ist eine deutliche Zunahme der nichtdeutschen unter 21-Jährigen in beiden Deliktgruppen zu beobachten. 1999 betrug der Anteil dieser Altersgruppe im Bereich der Gewaltkriminalität 38,5% und in der Straßenkriminalität 58,8%.

Die Zahl der deutschen unter 21-jährigen an allen deutschen Tatverdächtigen verringerte sich um 4,6% auf 33,1% im Jahr 2008. Im Bereich der Gewaltkriminalität wurden 56,4% unter 21-jährige Deutsche als tatverdächtig registriert, bei der Straßenkriminalität betrug ihr Anteil 68,2%. Diese Werte entsprechen in etwa denen der nichtdeutschen Vergleichsgruppe.

4.2.7.3 Untersuchungsbereich Bad Godesberg

Im Jahr 2008 wurden in Bad Godesberg 6.044 Straftaten⁶⁷⁴ und 1.931 Tatverdächtige erfasst. Die Häufigkeitszahl betrug 8.515, die Aufklärungsquote 37,9 %.

⁶⁷³ PP Bonn, PKS 2008, S. 154.

⁶⁷⁴ PP Bonn, PKS 2008, S. 143 ff.

Während der letzten zehn Jahre ist die Anzahl der registrierten Straftaten zurückgegangen. Die wenigsten Straffälle wurden in den Jahren 2000 und 2006 dokumentiert. Hier lag die Zahl der Delikte jeweils unter 5.900. Im Jahr 2001 wurden mit 7.247 Straftaten die meisten Verstöße innerhalb der letzten 10 Jahre beobachtet. Die Zahl der Tatverdächtigen entwickelte sich in diesem Zeitraum ebenfalls rückläufig. Im Jahr 2002 wurde mit 1.816 die niedrigste Zahl registriert, 1999 mit über 2.500 Verdächtigen die höchste. Insgesamt pendelt die Zahl um die 2.000.

2008 waren insgesamt 606 der ermittelten Tatverdächtigen unter 21 Jahre alt. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 31,4%.⁶⁷⁵ Die unter 21-jährigen Tatverdächtigen hatten dabei einen Anteil von 44,7% an allen Tatverdächtigen im Bereich der registrierten Gewaltkriminalität sowie 58,1% an der erfassten Straßenkriminalität. Im Jahr 1999 betrug der Anteil der unter 21-Jährigen an allen Tatverdächtigen 31,2%. In diesem Jahr waren 56% der registrierten Tatverdächtigen in der Gewaltkriminalität und 44,9% in der Straßenkriminalität unter 21 Jahre alt.

Abbildung 61: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Bad Godesberg 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 147.

Insgesamt waren 25,2% der ermittelten Tatverdächtigen im Jahr 2008 keine deutschen Staatsbürger. Von diesen 487 nichtdeutschen Tatverdächtigen waren 127 jünger als 21 Jahre. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 26,1%.⁶⁷⁶ Bei der Betrachtung der beiden Deliktgruppen waren 48,4% der in der Gewaltkriminalität sowie 43,8% der in der Straßenkriminalität registrierten Nichtdeutschen unter 21 Jahre alt. Im Jahr 1999 lagen die verzeichneten Anteile noch über diesen Werten.

⁶⁷⁵ PP Bonn, PKS 2008, S. 147.

⁶⁷⁶ PP Bonn, PKS 2008, S. 148.

31% der im Untersuchungsbereich registrierten Tatverdächtigen war unter 21 Jahre alt. Der Anteil dieser Gruppe bei der Gewaltkriminalität betrug 59,7%, in der Straßenkriminalität lag er bei 49,2%.

Die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen verringerte sich nahezu kontinuierlich und erreichte im Jahr 2008 den niedrigsten Stand. Anders verhält es sich mit den nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren. Ihr Anteil hatte mit 38,2% im Jahr 2000 den höchsten Wert erreicht. Am niedrigsten war ihr Anteil im Jahr 2002 mit 25,6%. Die Zahl aller deutschen Tatverdächtigen sank innerhalb der letzten 10 Jahre um rund 11%. Der Anteil der unter 21-jährigen Deutschen an allen deutschen Tatverdächtigen nahm von 31,3% auf 33,2% zu. Ihr Anteil liegt damit über dem der nichtdeutschen unter 21-jährigen Tatverdächtigen. Bei der Gewaltkriminalität wurden 43,6% deutsche Tatverdächtige unter 21 Jahren registriert, bei der Straßenkriminalität betrug der Anteil 64,4%.

4.2.8 Örtliche Verteilung der Kriminalität in Bonn

Bei einem Vergleich der in den Jahren 1998 und 2007 bei der Polizei eingegangenen Strafanzeigen je 1.000 Einwohner können mehrere Unterschiede festgestellt werden. 1998 gingen im Untersuchungsbereich Bonn 120 Strafanzeigen⁶⁷⁷ ein, 2007 waren es 103. In den Untersuchungsbereichen Bad Godesberg und Duisdorf erhöhten sich die aufgenommenen Strafanzeigen für diesen Zeitraum von 62 auf 64 und von 50 auf 58.⁶⁷⁸ Für die gesamte Stadt Bonn bedeutet dies einen Rückgang der erstatteten Strafanzeigen von 85 auf 79 je 1.000 Einwohner.

2007 wurden 63% der in der Stadt Bonn insgesamt registrierten Kriminalität in dem Untersuchungsbereich Innenstadt erfasst,⁶⁷⁹ 19% in Godesberg und 7,5% in Duisdorf. Es ist zu berücksichtigen, dass die einzelnen Stadtteile eine sehr unterschiedliche Struktur im Hinblick auf ihre Wohnbebauung, Flächennutzung und Bevölkerungsstruktur aufweisen. Interessant ist daher die genaue örtliche Verteilung der angezeigten Straftaten. Bei einem intra-kommunalen Vergleich der 62 statistischen Bezirke offenbart sich eine auffallende Konzentration in den innerstädtischen Bezirken, speziell im „Münsterviertel“. Dies ist im Wesentlichen auf das Massendelikt Ladendiebstahl zurückzuführen.

Die stärkste Kriminalitätsbelastung der gesamten Stadt Bonn wies der statistische Bezirk 'Zentrum Münsterviertel' auf, der dem Untersuchungsbereich Bonn zugehörig ist. Hier wurden je 1.000 Einwohner 1.241 Strafanzeigen im Jahr 2007 aufgenommen. Damit sank die Zahl von 1998 um 515 Strafanzeigen. Ebenfalls hohe Kriminalitätsbelastungen lagen 2007 in den dem Untersuchungsbereich Bonn zugehörigen statistischen Bezirken 'Zentrum-Rheinviertel' (350 Strafanzeigen je 1.000

⁶⁷⁷ Je 1.000 EW.

⁶⁷⁸ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog 1998 und 2009.

⁶⁷⁹ Hiervon wurden allein 22% im statistischen Bezirk Münsterviertel gezählt.

EW), `Bonn-Güterbahnhof' (281 Strafanzeigen) und `Vor dem Koblenzer Tor' (167 Strafanzeigen) vor.

Im Jahr 2007 kamen in Godesberg 87 Strafanzeigen bei der Polizei je 1.000 Einwohner. Deutlich über diesem Durchschnitt lagen die drei Bereiche `Gronau-Regierungsviertel' mit 346 Anzeigen, `Hochkreuz-Regierungsviertel' mit 144 Anzeigen sowie `Godesberg-Zentrum' mit 247 Strafanzeigen je 1.000 Einwohner.

Im Untersuchungsbereich Duisdorf wies der statistische Bezirk `Duisdorf-Zentrum' mit 107 Strafanzeigen die höchste Belastung im Jahr 2007 auf. Der statistische Bezirk `Medinghoven' liegt mit 94 Strafanzeigen ebenfalls deutlich über dem Duisdorfer Durchschnitt.

Das innerstädtische Zentrumsgebiet,⁶⁸⁰ das ehemalige Regierungsviertel sowie der Bezirk `Godesberg-Zentrum' liegen mit über 120 Anzeigen je 1.000 Einwohnern deutlich über dem städtischen Durchschnitt (79 Strafanzeigen). Duisdorf-Zentrum liegt mit 107 Strafanzeigen ebenfalls höher als der städtische Durchschnitt und deutlich über dem von Duisdorf. Die hohen Werte in den innenstädtischen Bereichen beruhen hauptsächlich auf Ladendiebstählen. So waren in Godesberg-Zentrum 42%, in Duisdorf-Zentrum 33% und im Zentrum-Münsterviertel sogar 47% der registrierten Delikte Diebstahlsdelikte.

2008 hatten 66,2% der ermittelten Tatverdächtigen ihren Wohnsitz in der Tatortgemeinde, 3,9% im Landkreis des Tatortes, 23,9% in Nordrhein-Westfalen und 9,8% im übrigen Bundesgebiet.⁶⁸¹

4.2.9 Zusammenfassung der Entwicklung der Jugendkriminalität in Bonn und den Untersuchungsbereichen zwischen 1990 und 2008

In der Kreispolizeibehörde Bonn nahm die Zahl der registrierten Straftaten zwischen 1990 und 2008 um 30% zu. Die Zahl der registrierten Tatverdächtigen stieg um 23,6%. Die Häufigkeitszahl erhöhte sich um 21,3%.

Der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren erhöhte sich in diesem Zeitraum um 4,1%. 2008 wurden 6,3% mehr Jugendliche und 2,5% mehr Heranwachsende registriert als 1990. Interessant ist, dass sich die Anteile männlicher Jugendlicher und Heranwachsender leicht rückläufig entwickelten, während die der weiblichen Tatverdächtigen dieser Altersgruppen leicht stiegen. In Prozent ausgedrückt, bedeutet das einen Rückgang des Anteils männlicher Jugendlicher um 1,5% bei einem gleichzeitigen Anstieg des Anteils der weiblichen Jugendlichen um 3,8%.⁶⁸² Der Anteil weiblicher Heranwachsender stieg leicht um 0,8%, der Anteil männlicher Heranwachsender sank minimal um 0,3%.⁶⁸³

⁶⁸⁰ Zentrum-Rheinviertel, Zentrum-Münsterviertel: statistische Bezirke 110, 111.

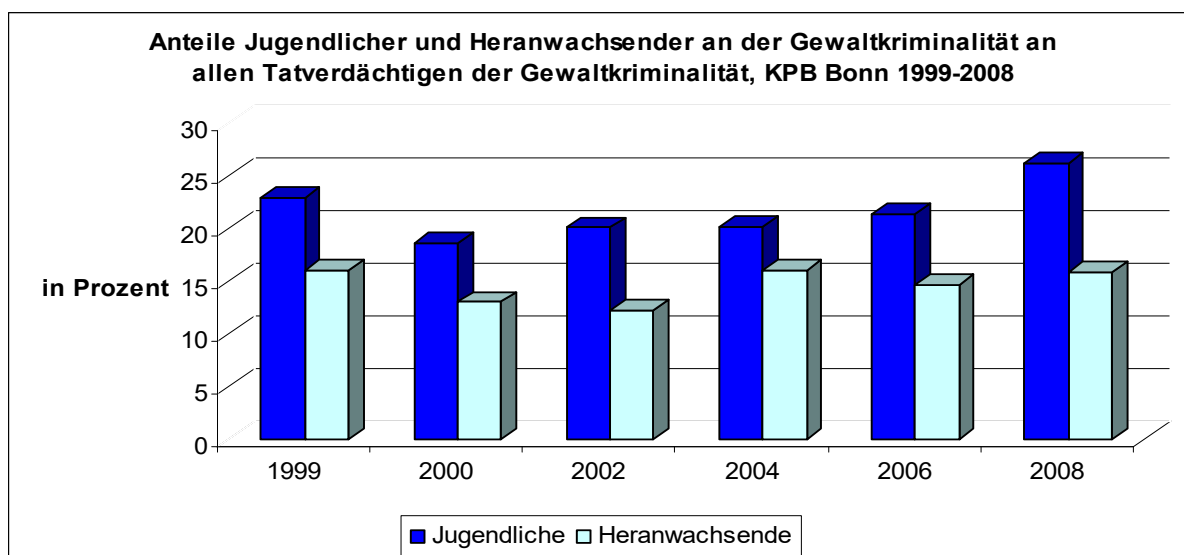
⁶⁸¹ PP Bonn, PKS 2008, S. 77.

⁶⁸² PP Bonn, PKS 2008, S. 75.

⁶⁸³ PP Bonn, PKS 2008, S. 75.

Tatverdächtige unter 21 Jahre hatten 2008 mit einem Anteil von 46,5% an der ermittelten Gewaltkriminalität den höchsten Wert seit 1990 erreicht. Eine ähnliche Entwicklung wurde in der Straßenkriminalität verzeichnet. Auch dort wurde bei den unter 21-jährigen Tatverdächtigen mit einem Anteil von 55,4% ein Höchststand registriert. Werden die Anteile der Jugendlichen an der Gewalt- und Straßenkriminalität fokussiert, fällt auf, dass diese Werte deutlich über den Anteilen der Heranwachsenden liegen.⁶⁸⁴ 2008 hatten die Jugendlichen einen Anteil von 26,2% an allen Tatverdächtigen bei der Gewaltkriminalität, die Heranwachsenden dagegen nur 15,9%. Bei der Straßenkriminalität waren 29,8% der Tatverdächtigen zwischen 14 und unter 18 Jahre alt und 18,8% zwischen 18 und unter 21 Jahre.

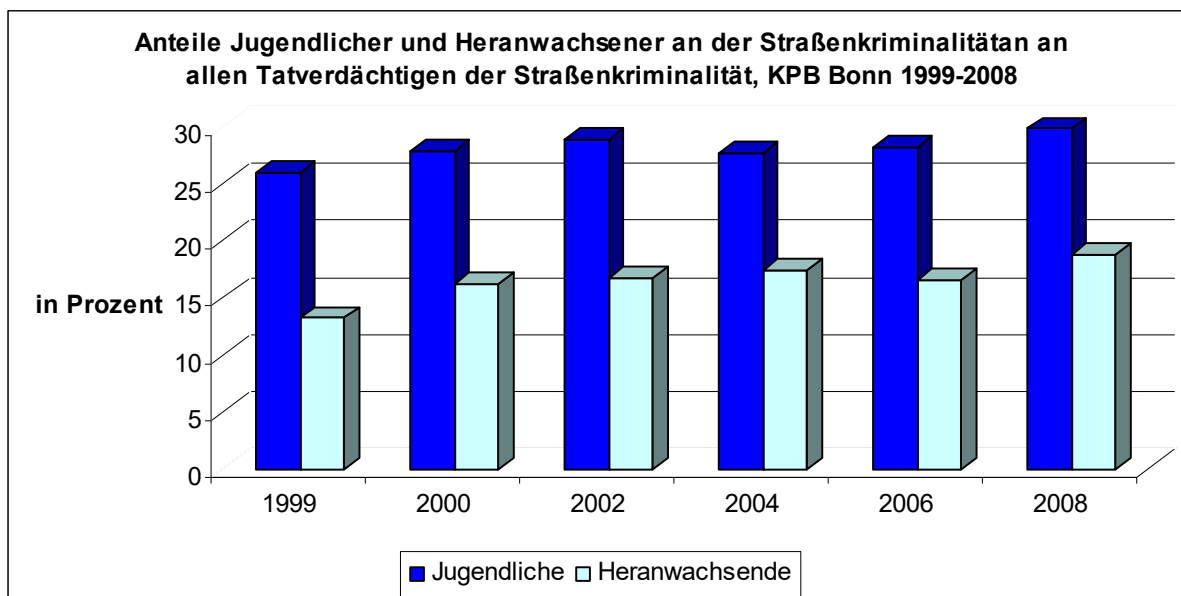
Abbildung 62: Anteile Jugendlicher und Heranwachsender an der Gewaltkriminalität an allen Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität, KPB Bonn 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 84.

⁶⁸⁴ PP Bonn, PKS 2008, S. 84.

Abbildung 63: Anteile Jugendlicher und Heranwachsender an der Straßenkriminalität an allen Tatverdächtigen der Straßenkriminalität, KPB Bonn 1999–2008



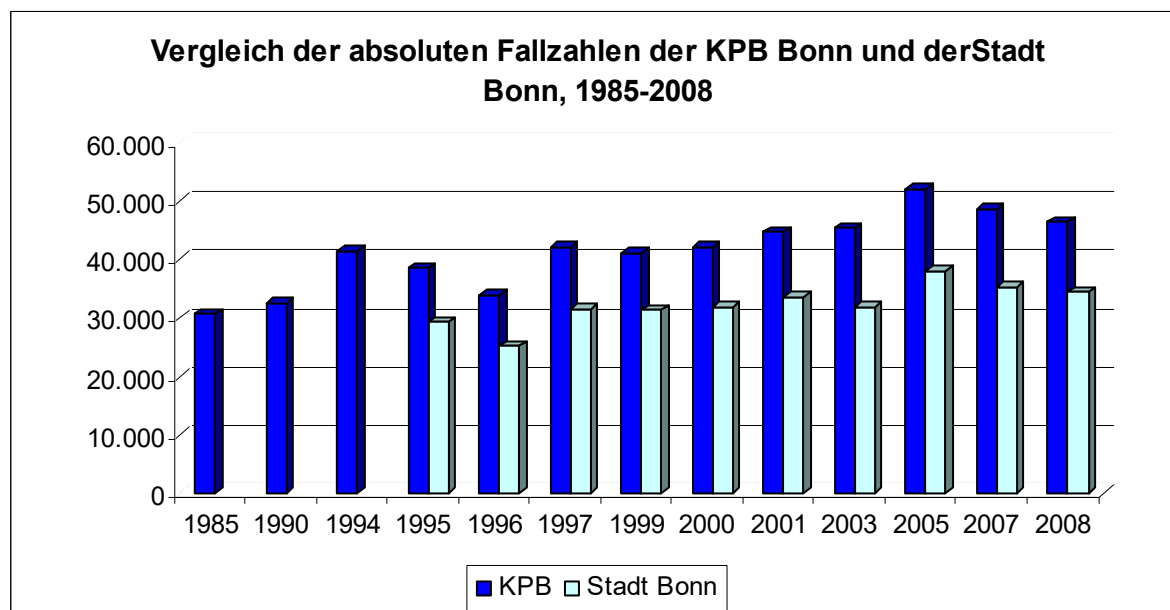
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 85.

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen fiel leicht auf 26,2% im Jahr 2008. Interessant ist, dass der Anteil der nichtdeutschen Heranwachsenden mit 44% den Anteil der nichtdeutschen Jugendlichen (42,3%) übersteigt. Bei Betrachtung der Altersstruktur liegt der Anteil der Jugendlichen (44%) über dem der Heranwachsenden (41,8%). Bei der Altersstruktur nichtdeutscher unter 21-Jähriger im Bereich der Gewalt- und Straßenkriminalität zeigt sich, dass hier die Anteile der Jugendlichen überwiegen. Während an der Gewaltkriminalität 55,4% Jugendliche, gemessen an allen Tatverdächtigen unter 21 Jahren, beteiligt waren, wurden in diesem Bereich nur 36,8% der Heranwachsenden registriert. Bei der Straßenkriminalität offenbaren sich keine so deutlichen Unterschiede. Hier wurden 48,2% der nichtdeutschen Jugendlichen und 41,3% der Heranwachsenden registriert.

Bestimmte Delikte weisen einen auffällig hohen Anteil jugendlicher Tatverdächtiger auf. So wurden bei den Raubdelikten 33,6%, bei den Diebstahlsdelikten 21,3% und bei den Körperverletzungsdelikten 16,9% jugendliche Tatverdächtige registriert. Bei den Heranwachsenden wurden bei den Betrugsdelikten 18,1% und bei den Rauschgiftdelikten 14,3% als tatverdächtig erfasst.

In Abbildung 64 ist zu erkennen, dass 1996 ein extrem niedriger Kriminalitätsstand verzeichnet wurde, während ab 1999 ein stetiger Aufwärtstrend einsetzte, der seinen Höhepunkt im Jahr 2005 erreichte.

Abbildung 64: Vergleich der absoluten Fallzahlen der KPB Bonn und der Stadt Bonn, 1985–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985, 1990, 2008, S. 37

Die PKS-Zahlen sind in den Jahren 1995 und 1996 außergewöhnlich stark zurückgegangen. Diese geringen Werte lassen sich mit einer organisatorischen Veränderung im Polizeipräsidium Bonn erklären. Ab 1995 wurde die Zuständigkeit für die statistische Erfassung und Bearbeitung der PKS-Bögen, die bis dahin im Bereich der Zentralen Kriminalitätsbekämpfung lag, auf die verschiedenen Dienststellen ausgelagert.⁶⁸⁵ Somit sind Auswirkungen dieser Umorganisation hinsichtlich der Erfassungsqualität und –praxis nicht ausgeschlossen.⁶⁸⁶ Im Jahr 1997 fand ein rasanter Anstieg der erfassten Straftaten statt. Wegen der rückläufiger Zahl der registrierten Kriminalität in den Jahren 1995 und 1996 drohte – aufgrund der sog. belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV) – eine Reduzierung des Personals. Um dies zu vermeiden, wurde laut Rüter im Jahr 1997 eine intensiverte Erfassungskontrolle und Erfassungs-Aufklärung betrieben, die zu einer deutlichen Zunahme der registrierten Kriminalität von 24,4 % führte.⁶⁸⁷ Die PKS bietet einen gewissen Gestaltungsspielraum, der nach Rüthers Erkenntnissen „in ausgiebiger und systematischer Weise genutzt worden“ sei.⁶⁸⁸

Bei Betrachtung von Abbildung 64 fällt auf, dass die Zahlen für die Stadt Bonn deutlich höher liegen als die der gesamten Kreispolizeibehörde. Es ist allerdings

⁶⁸⁵ Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 59 f.

⁶⁸⁶ Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 60.

⁶⁸⁷ Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 90.

⁶⁸⁸ Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 87; anders Gundlach/Menzel, Polizeiliche Kriminalstatistik, S. 121, 124, die in ihrer Untersuchung zwar Anhaltspunkte für Manipulation feststellten, aber keine systematische und die Statistik in erheblichem Maße verfälschende Manipulation erkannten.

bekannt, dass in Städten eine größere Kriminalitätsbelastung herrscht als in ländlichen Regionen. Die Kreispolizeibehörde Bonn umfasst auch den ländlichen Rhein-Sieg-Kreis. Große Städte weisen regelmäßig mehr erfasste Straftaten auf als das Umland, weil üblicherweise Massendelikte wie Diebstahl den Kriminalitätsumfang erhöhen.

Wird die Entwicklung bei der Kreispolizeibehörde Bonn mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt verglichen, so ist zwischen 1990 und 2008 eine überdurchschnittliche Kriminalitätsentwicklung in der Stadt zu erkennen. Die Zahl der absoluten Straftaten erhöhte sich in diesem Zeitraum in Nordrhein-Westfalen um 16,6% und in der Bundesrepublik Deutschland um 27,1%, während Bonn eine Zunahme von 30,1% verzeichnete. Die Häufigkeitszahl Bonns steigerte sich um 21,3%, die von Nordrhein-Westfalen um 12,3% und die der Bundesrepublik um 4,4%. Die hohen Werte Bonns beruhen dabei hauptsächlich auf den Delikten Betrug, Ladendiebstahl und Leistungerschleichung. Die beiden Letzteren werden aufgrund der besonderen Gelegenheitsstruktur hauptsächlich in Städten verübt und sind typische Jugenddelikte.⁶⁸⁹

Werden die Vergleichsstädte als Maßstab herangezogen, so verzeichnete Wuppertal eine Steigerung der absoluten Fallzahlen um 19%, Bochum um 12,5% und Mönchengladbach um 12,3%. Einzig Mannheim konnte einen Rückgang der registrierten Straftaten um 3,4% verzeichnen. Bei den Häufigkeitszahlen liegt Wuppertal mit einer Zunahme von 23,7% vor der Häufigkeitszahl Bonns. Bochum registrierte eine Steigerung von 18,1% und Mönchengladbach von 10,9%. In Mannheim sank die Zahl um 4,6% (HZ: 10.063). Trotz der Steigerung liegt die Häufigkeitszahl der Kreispolizeibehörde Bonn mit 8.539 zwar über dem Bundes- und Landesdurchschnitt, ist aber niedriger als die der Vergleichsstädte. Die Häufigkeitszahl der Stadt Bonn übersteigt mit 10.880 allerdings die der anderen Städte. Auch wenn die bundes- und landesweiten Häufigkeitszahlen sowie die der Vergleichsstädte unter den Bonner Werten liegen, gibt es andere Städte, deren Zahlen deutlich höhere Werte aufweisen. Es muss auch berücksichtigt werden, dass bei den Massendelikten, welche u.a. für die hohe Bonner Häufigkeitszahl verantwortlich sind, die Erfassung in den einzelnen Städten aufgrund der Kontrollintensität stark variiert, was zu einer unterschiedlichen Dunkelfeldausschöpfung führt und die Aussagekraft dieser Werte beeinträchtigt.⁶⁹⁰ Dies legt – wie bereits ausgeführt – die Vermutung nahe, dass die Verkehrsbetriebe in Bonn ihre Fahrgäste häufig kontrollieren und Delikte aus dem Bereich der Leistungerschleichung schnell anzeigen.⁶⁹¹ Die hohen Zahlen für das Massendelikt Ladendiebstahl beruhen in Bonn u.a. auf einer gesteigerten Überwachung. Seit 1997 beschäftigen viele innerstädtische Geschäfte einen privaten Sicherheitsdienst mit einer erfolgsorientierten Vergütung.⁶⁹²

⁶⁸⁹ Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 63; Kerner, Jugendkriminalität, S. 28, 29.

⁶⁹⁰ Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 63.

⁶⁹¹ Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 64.

⁶⁹² Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 66.

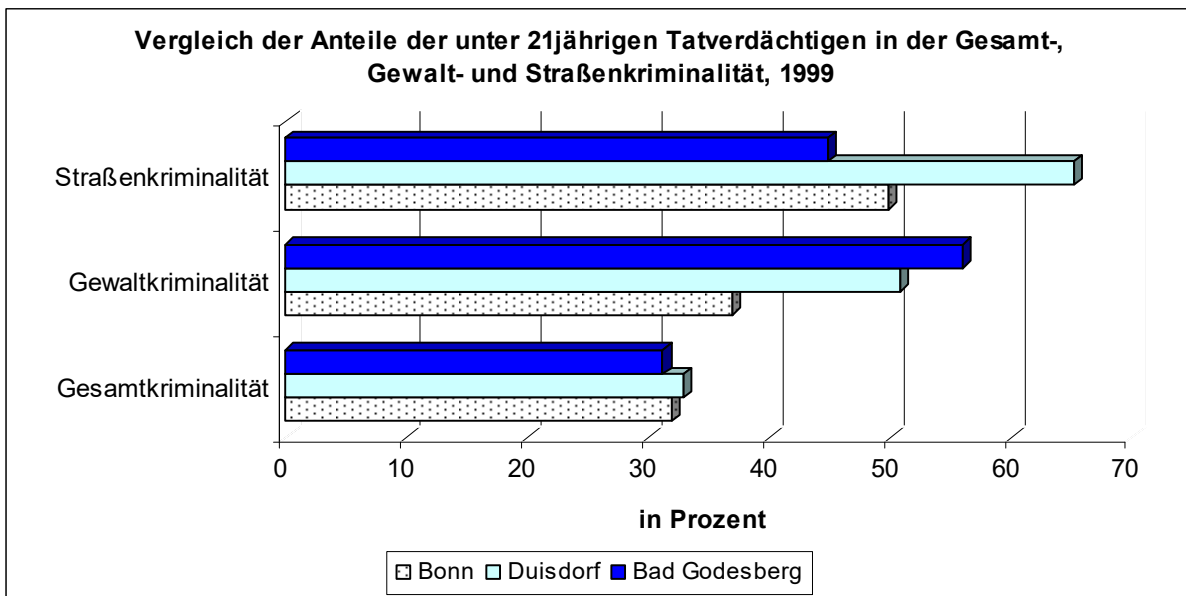
Bei einer Betrachtung der drei Untersuchungsbereiche ist die Entwicklung von Duisdorf am markantesten. Zwischen 1999 und 2008 stieg die Zahl der erfassten Straftaten um 31,8% und die Zahl der registrierten Tatverdächtigen um 25,6%. Der Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen verringerte sich minimal. Allerdings steigerte sich der Anteil der unter 21-Jährigen an der Gewaltkriminalität um 10,4% und in der Straßenkriminalität um 4%. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den nicht-deutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren zu beobachten. Ihr Anteil nahm im oben genannten Zeitraum an der Gewaltkriminalität um 43,3% zu, an der Straßenkriminalität um 11,8%.

Im Untersuchungsbereich Bonn stiegen bei einer stagnierenden Tatverdächtigenzahl die registrierten Straftaten um 14,2%. Der Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen verringerte sich um 10,6%. Im Bereich der Straßenkriminalität sank ihr Anteil um 14,2%. Ihr Anteil in der Gewaltkriminalität stagnierte. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren sank um 13,7%, gemessen an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen. Während der Anteil im Bereich der Gewaltkriminalität um 11,7% anstieg, entwickelte er sich bei der Straßenkriminalität um 4,1% rückläufig.

Im Untersuchungsbereich Bad Godesberg entwickelten sich sowohl die registrierten Straftaten (-15,9%) als auch die erfassten Tatverdächtigen (-23,8%) rückläufig. Bei einem gleichbleibenden Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen sank ihr Anteil bei den Gewaltdelikten um 20,2%. Gleichzeitig stieg ihr Anteil an der Straßenkriminalität um 22,7%. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren sank um 15,2%. Im Bereich der Gewaltkriminalität konnte ein Rückgang dieser Altersgruppe um 18,9% festgestellt werden, bei der Straßenkriminalität um 11%.

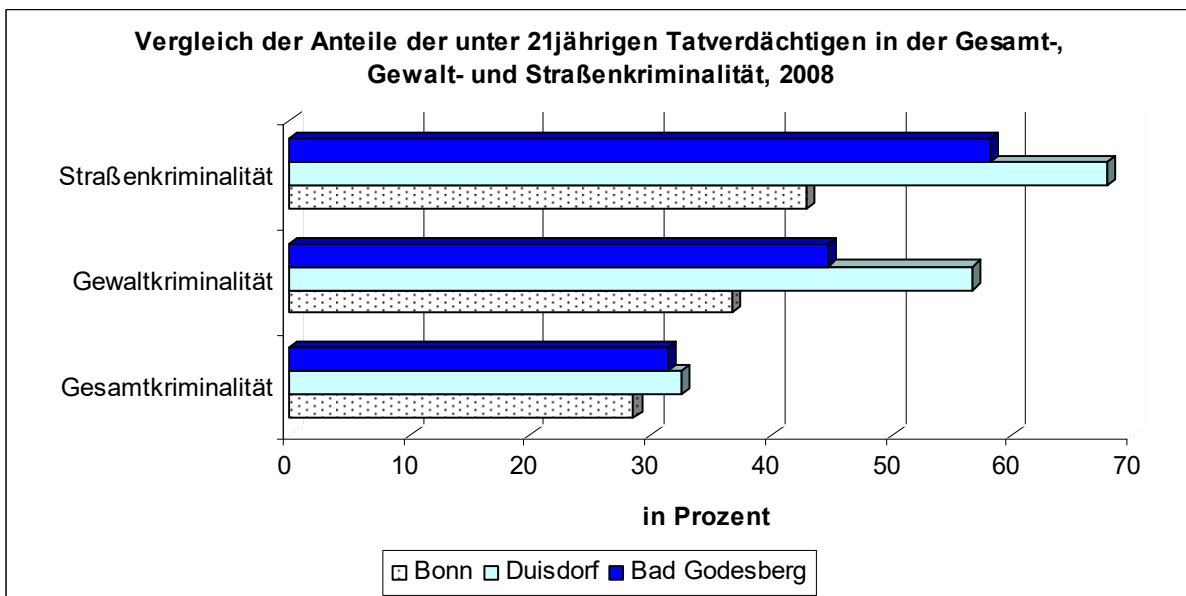
In den drei Untersuchungsbereichen fällt auf, dass Duisdorf den höchsten Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen aufweist. Besonders auffällig sind die hohen Zahlen im Bereich der Straßenkriminalität, die zwischen 1999 und 2008 für diese Altersgruppe um 4% stiegen. In Bad Godesberg war 1999, verglichen mit den beiden anderen Untersuchungsbereichen, der Anteil der unter 21-Jährigen bei den Gewaltdelikten am größten. Hier ist zwischen 1999 und 2008 ein Rückgang von 20,2% zu verzeichnen. In Duisdorf steigerte sich die Gewaltkriminalität zwischen 1999 und 2008 um 10,8% (vgl. Abb. 65).

Abbildung 65: Vergleich der Anteile der unter 21-jährigen Tatverdächtigen in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, 1999



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 153 ff.

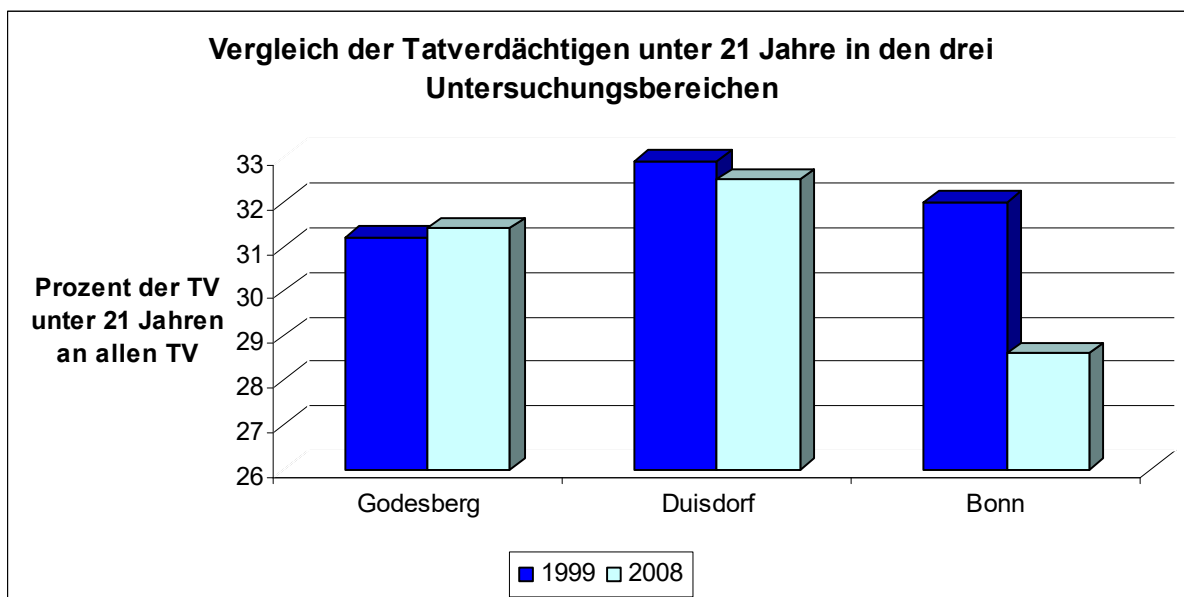
Abbildung 66: Vergleich der Anteile der unter 21-jährigen Tatverdächtigen in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 153 ff.

Der Anteil aller unter 21-jährigen Tatverdächtigen verringerte sich in Bonn zwischen 1999 und 2008 um 10,6% und in Duisdorf leicht um 1,2%. Dennoch ist Duisdorf 2008 mit 32,5% der Tatverdächtigen unter 21 Jahre am höchsten mit Jugendkriminalität belastet. Godesberg verzeichnete eine leichte Zunahme von 0,6% (vgl. Abb. 67).

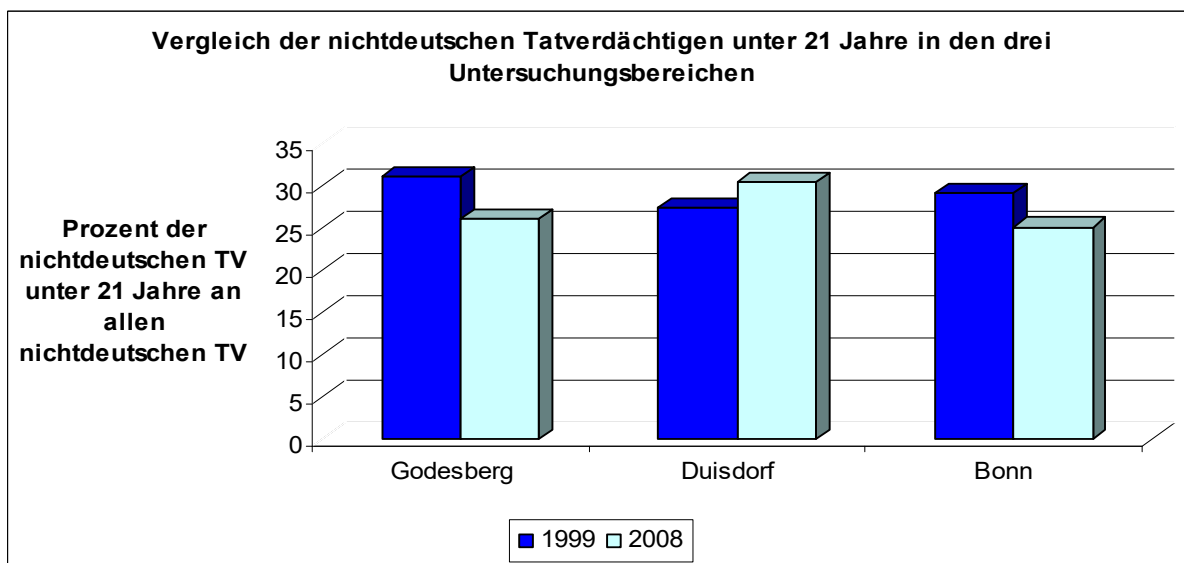
Abbildung 67: Vergleich der Tatverdächtigen unter 21 Jahren in den drei Untersuchungsbereichen



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 121 ff.

Die Untersuchungsbereiche Godesberg und Bonn verzeichneten zwischen 1999 und 2008 einen Rückgang des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger unter 21 Jahren. In Duisdorf steigerte sich deren Anteil dagegen um knapp 10% auf den höchsten Anteil aller Tatverdächtigen dieser Altersgruppe.

Abbildung 68: Vergleich der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren in den drei Untersuchungsbereichen



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 123 ff.

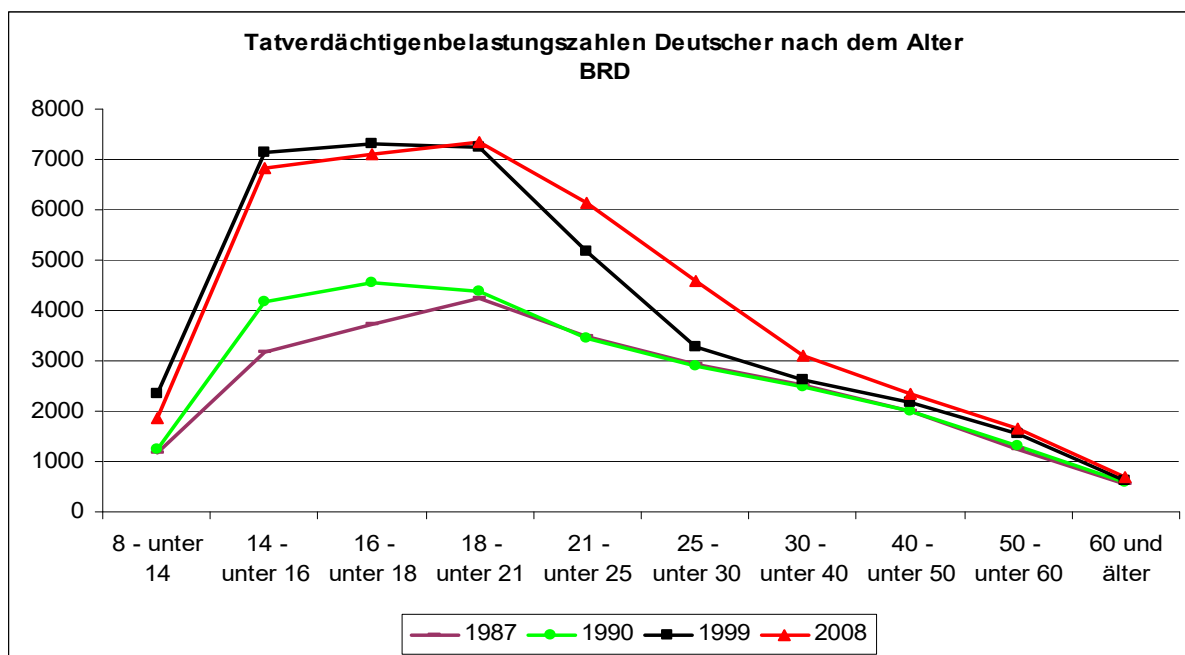
4.2.10 Ergebnis der Auswertung

Bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil weisen Jugendliche und Heranwachsende eine überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung auf. Im Jahr 2008 waren in Bonn 12,7% aller registrierten Tatverdächtigen zwischen 14 und unter 18 sowie 12,1% zwischen 18 und unter 21 Jahre alt. An der Bonner Bevölkerung hatten Jugendliche aber nur einen Anteil von 4,3% bzw. 3,3% bei den Heranwachsenden.⁶⁹³

2008 betrug der Anteil der unter 21-jährigen nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen unter 21 Jahren 21,5%. Ihr Anteil an der Bonner Wohnbevölkerung⁶⁹⁴ betrug lediglich 11,9%. Die Daten über nichtdeutsche Tatverdächtige ermöglichen aber weder fundierte Aussagen zur Kriminalitätsbelastung dieser Gruppe noch einen Vergleich mit den deutschen Tatverdächtigen.

Bei einer Betrachtung der folgenden Abbildung fällt auf, dass junge Menschen eine deutlich höhere Kriminalitätsbelastung aufweisen als ältere.

Abbildung 69: TVBZ Deutscher nach dem Alter für die BRD 1987, 1990, 1999, 2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS Zeitreihen 1987, 1990, 1999, 2008

⁶⁹³ PP Bonn, PKS 2008, S. 175.

⁶⁹⁴ Nichtdeutsche Tatverdächtige unter 21 Jahre.

Die Alterskurve für beide Geschlechter ist hinsichtlich aller Straftaten „links-schief“.⁶⁹⁵ Das bedeutet, dass die Kriminalitätsbelastung ab dem 14. Lebensjahr rasch ansteigt, bei jungen Menschen unter 25 Jahren ihren Höhepunkt erreicht und danach wieder abfällt.⁶⁹⁶ Ab dem 35. Lebensjahr ist die Kurve rückläufig. Junge Menschen sind im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil damit deutlich überrepräsentiert. Die Tatverdächtigenbelastungszahl männlicher Tatverdächtiger erreicht in der Altersspanne zwischen 18 bis unter 21 Jahren ihren Höhepunkt, bei den weiblichen Tatverdächtigen liegt dieser in der Altersgruppe der 14 bis unter 18-Jährigen. Die Alterskurve der Frauen sinkt in geringerem Maß ab als die der Männer.⁶⁹⁷ Bei einem Vergleich der Geschlechter ist bei Männern durchgängig eine höhere Kriminalitätsbelastung zu beobachten als bei Frauen. Besonders auffällig ist dieser Unterschied bei den Gewaltdelikten und dem schweren Diebstahl, am geringsten beim einfachen Diebstahl. Frauen – insbesondere weibliche Jugendliche – werden in der Mehrzahl wegen weniger schwerer Delikte als ihre männlichen Altersgenossen registriert. Hinsichtlich der Delikte begehen weibliche Tatverdächtige unter 21 Jahren anteilig am häufigsten Ladendiebstähle und Schwarzfahrten. Allerdings ist ein zunehmender Anteil bei Körperverletzungsdelikten zu beobachten.

Es ist allerdings umstritten, ob die Kriminalität von Frauen und Mädchen tatsächlich so viel niedriger ist als die der Männer. So zeigen Dunkelfelduntersuchungen, dass Frauen zwar hinsichtlich Häufigkeit und Schwere der Verstöße geringer belastet sind, aber kein derart gravierender Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht.⁶⁹⁸ Ursachen für die geschlechtsspezifischen Differenzen zwischen Männern und Frauen können in biologischen, psychologischen und soziologischen Erklärungen gefunden werden.⁶⁹⁹ Die Unterschiede in der weiblichen und männlichen Sozialisation werden seit den 1960er Jahren unter dem von West und Zimmermann⁷⁰⁰ eingeführten Begriff „doing gender“ zusammengefasst, der besagt, dass geschlechtliche Identität in sozialen Situationen erzeugt wird und Individuen ihr Geschlecht aktiv im Verhalten ausdrücken.⁷⁰¹ Die Emanzipationstheorie nimmt an, dass sich die weibliche Kriminalitätsrate langsam an die männliche angleichen wird, wenn sich

⁶⁹⁵ Harrendorf, Rückfälligkeit, S. 316.

⁶⁹⁶ Schumann (2003), Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz, S. 9, 25; Greenberg, Age, Crime and social Explanation, S. 1, 4 f.; Steffensmeier et al., Age and the Distribution of Crime, S. 803 f.; Steffensmeier/Streif, Age, gender and crime, S. 869, 880; Petts, Family and Religious Characteristics, S. 465; Cohen/Land, Age Structure and Crime, S. 170, 172; andere Ansicht vertreten: Hirschi/Gottfredson, Age and the Explanation of Crime, S. 552, 555.

⁶⁹⁷ Hellmer, Jugendkriminalität, S. 14.

⁶⁹⁸ So: Feest, Frauenkriminalität, S. 142, 143; Hellmer, Jugendkriminalität, S. 15; Schwind/Eger, Untersuchungen zur Dunkelziffer, S. 151, 162, 166; anders: Engel/Hurrelmann, Was Jugendliche wagen, S. 234 ff.; Branger/Liechti, Jugendgewalt und Freizeit, S. 69, 77; Bruhns/Wittmann, Mädchenkriminalität, S. 41, 42; Geißler/Marißen, Junge Frauen und Männer vor Gericht, S. 505, 512.

⁶⁹⁹ Andorka, Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse, S. 270.

⁷⁰⁰ West/Zimmermann, Doing gender, S. 13, 24 ff.

⁷⁰¹ Schumann et al., Lebensverlauf und Delinquenz, S. 1109, 1113 f.; Dollinger/Raithel, Einführung in die Theorien abweichenden Verhaltens, S. 135.

das weibliche Rollenverhalten dem männlichen nähert.⁷⁰² Andere Theoretiker nehmen an, dass Frauen ebenfalls kriminell werden, aber seltener entdeckt, angezeigt und bestraft werden.⁷⁰³ Es ist davon auszugehen, dass die aufgeführten Kriminalitätstheorien grundsätzlich die Ursachen von weiblicher und männlicher Kriminalität erklären möchten.

Die Struktur der registrierten Heranwachsendenkriminalität zeichnet sich allgemein durch weniger schwere Eigentums- und Vermögensdelikte aus und ist insoweit vergleichbar mit der Jugendkriminalität. Allerdings spielen Gewalt- und Btm-Delikte eine größere Rolle.

Die erfassten Straftaten in der Kreispolizeibehörde Bonn haben sich zwischen 1985 und 2008 um 33,8% erhöht. Damit entwickelte sich Bonn im Vergleich zur Bundesrepublik (Erhöhung um 31,1%) und Nordrhein-Westfalen (Erhöhung um 19,9%) überdurchschnittlich. Die Entwicklung der Häufigkeitszahlen der Kreispolizeibehörde Bonn ist mit einer Steigerung von 24,1% ebenfalls überdurchschnittlich. In der Bundesrepublik erhöhte sich die Häufigkeitszahl zwischen 1985 und 2008 um 7,1%, in Nordrhein-Westfalen um 13,6%.

Bei einer Analyse des Verlaufs der Kriminalitätsentwicklung ist keine deutliche Veränderung festzustellen, die an einen bestimmten Zeitpunkt geknüpft werden kann. Auffällig erscheinen nur die Jahre 1994 und 2005, in denen eine verhältnismäßig starke Zunahme an erfassten Straftaten registriert wurde. Zu klären bleibt, ob das Ansteigen der registrierten Kriminalitätszahlen auf den Regierungsumzug und die damit verbundenen strukturellen Veränderungen zurückgeführt werden kann, oder ob es sich lediglich um eine „allgemeine“ Kriminalitätsentwicklung handelt, wie sie auch für die anderen Vergleichsgrößen beschrieben wurde.

Wird die Entwicklung der registrierten absoluten Straftaten in den Vergleichsstädten für den Zeitraum 1985 bis 2008 herangezogen, ist auch hier die Entwicklung Bonns als überdurchschnittlich einzustufen. Im Jahr 2008 wurden in Bochum 22,5% mehr Straftaten registriert als 1985, in Wuppertal waren es 21,1% und in Mönchengladbach 10,9%.⁷⁰⁴ Einzig Mannheim verzeichnet eine sinkende Zahl der erfassten Straftaten. Hier sank die Zahl der Fälle um 15,8%. Bei einem Vergleich der Häufigkeitszahlen verzeichnet einzig Wuppertal mit einer Zunahme von 25,6% eine höhere Steigerung als Bonn. Bochums Häufigkeitszahl nahm um 17,6%, die von

⁷⁰² *Schwind*, Kriminologie, S. 88; *Rabold/Baier*, Delinquentes Verhalten von Jugendlichen, S.20 ermittelten nahezu gleiche Anteile von Mädchen und Jungen beim Schwarzfahren; *Gluba/Wolter*, Nachwuchssorgen, S. 284, 287 ff., berechneten einen Anstieg der weiblichen Tatverdächtigen in Niedersachsen bis 2027 um 30,6% (Anstieg der männlichen Tatverdächtigen dagegen nur um 23,4%), aber dennoch etwa lineare Entwicklung; anders: *Kerner*, Jugendkriminalität, S. 28, 30: Dunkelfelduntersuchungen zeigen Angleichung der Geschlechter nur bei Diebstahl.

⁷⁰³ *Geißler/Marißen*: Junge Männer und Frauen vor Gericht, S. 514 ff; *Geißler/Marißen*, Milde für junge Frauen, S. 549 ff.; *Klein*, Die Geschlechterperspektive, S. 79, 80.

⁷⁰⁴ BKA, PKS 1985, S. 18 und BKA, PKS 2008, S. 55 f.

Mönchengladbach um 9,2% zu. Mannheim kann als einzige der Vergleichsstädte einen Rückgang von 19,7% verzeichnen.

Die Tatortverteilung der städtischen Kriminalität hängt mit der Stadtstruktur zusammen. Eine hohe Kriminalitätsbelastung ist regelmäßig in der Innenstadt zu verzeichnen, weil die dort vorhandene dichte Geschäftsbesiedelung Diebstahlsdelikte begünstigt. Dieses Phänomen ist auch in Bonn zu beobachten. In den drei innerstädtischen Bezirken waren durchschnittlich 40,6% der Straftaten Diebstahlsdelikte. Als Folge der Eingemeindungen entstanden mehrere eigenständige Mittelpunkte, die neben der Bonner Innenstadt (Hauptbahnhof) Cityfunktionen wahrnehmen. Auch die innerstädtischen Zentren von Bad Godesberg und Duisdorf verzeichnen eine überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung, die maßgeblich auf den hohen Diebstahlszahlen beruht. Ein ringförmiger Verlauf der Tatorte von innen nach außen (Zonentheorie⁷⁰⁵) kann aufgrund der durch die Eingemeindungen von 1969 entstandenen Unterzentren nicht festgestellt werden. Die Kriminalitätsschwerpunkte konzentrieren sich somit auf mehrere Bereiche im Stadtgebiet (Mehrkerntheorie).

Seit 1985 ist die Jugendkriminalität fast kontinuierlich angestiegen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass junge Tatverdächtige in der Regel viele, aber weniger schwerwiegende Delikte verüben. Empirische Untersuchungen haben erwiesen, dass während des Übergangsalters kriminelles Verhalten von Jugendlichen aus allen sozialen Schichten in einer gelegentlichen und bagatellhaften Form eine „normale“ und ubiquitäre Erscheinung ist und nur in Ausnahmefällen zu einer fortführenden Kriminalitätsbegehung führt.⁷⁰⁶

Gewaltdelikte sind überwiegend Männerdelikte. allerdings hat sich der Mädchen- und Frauenanteil in diesem Deliktsbereich erhöht. Bei den typisch jugendlichen Straftaten Raub und Körperverletzung ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

⁷⁰⁵ *Shaw/McKay*: Juvenile Delinquency in urban areas, S. 12.

⁷⁰⁶ *Kreuzer*, Jugendkriminalität, S. 182 ff.; *Baier* et al., Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt, S. 15; *Thomas/Stelly*, Kriminologische Verlaufsforschung zu Jugendkriminalität, S. 199, 201; *Pruin*, Die Heranwachsendenregel im deutschen Jugendstrafrecht, S. 123; *Zinnecker* et al., null zoff & voll busy, S. 3; *Albrecht* et al., Neue Ergebnisse zum Dunkelfeld, S. 661, 688; *Kretschmer/Pfarre*, Untersuchung der Einstellung, S. 86; *Rabold/Baier*, Delinquentes Verhalten von Jugendlichen, S. 26.

5. Kapitel: Zusammenhänge zwischen Strukturwandel und regionaler Entwicklung der Jugendkriminalität

Die Darstellung der Kriminalitätsentwicklung anhand der polizeilichen Kriminalstatistik im vorigen Kapitel dient als Grundlage für die nun folgende Ursachenanalyse. Die zentrale Frage dabei ist, ob und welche durch den Strukturwandel bedingten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen die registrierte Entwicklung der Jugendkriminalität beeinflusst haben. Bei der folgenden Analyse wird immer berücksichtigt, dass die Daten der PKS kein realistisches Abbild des realen Kriminalitätsaufkommens zeigen. Veränderungen des Hellfelds müssen nicht zwingend auf einer Veränderung der tatsächlichen Kriminalitätshäufigkeit beruhen, sondern können auch auf eine verstärkte Aufhellung des Dunkelfeldes zurückzuführen sein. Zu Beginn werden mögliche Einflüsse des Strukturwandels auf die Jugendkriminalität in den drei Untersuchungsbereichen aufgezeigt.

5.1 Die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Entwicklung der Jugendkriminalität in den Untersuchungsbereichen

Für die drei Untersuchungsbereiche fehlen valide Daten für die Zeit vor dem Strukturwandel. Die vorhandenen Daten, die einen thematischen Bezug haben und deshalb sinnvoll erscheinen, sind zum Teil nur für unterschiedliche Jahre zu erhalten. Deshalb setzt die Analyse der drei Bereiche erst nach Beginn des Strukturwandels ein.

5.1.1 Untersuchungsbereich Bonn

Im Bereich des Städtebaus ist im Untersuchungsbereich Bonn die Zahl der Wohngebäude zwischen 2002 und 2008 leicht angestiegen.

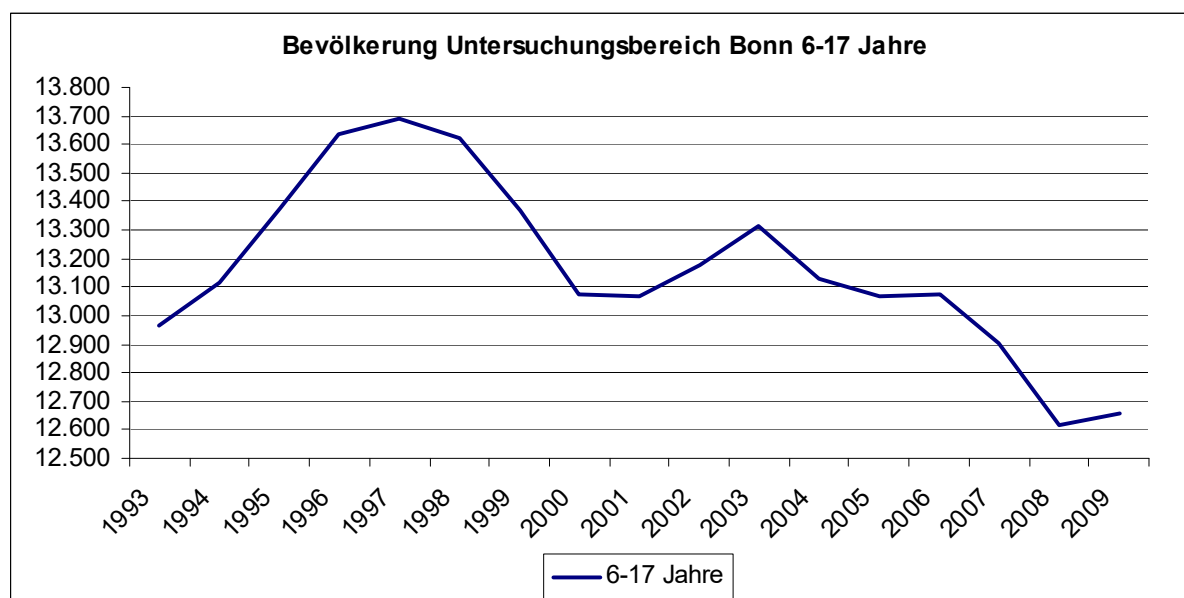
Im Bereich der Bevölkerungs- und Sozialstruktur verzeichnete der Untersuchungsbereich Bonn zwischen 1993 und 2009 eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung von 5,5%. Die Zahl der städtischen Transfer-Empfänger erhöhte sich zwischen 2005 und 2008 um rund 14%.

Interessant ist die grafische Darstellung der 6–17-jährigen Bevölkerung, da diese einen Anhaltspunkt für die zahlenmäßige Entwicklung der minderjährigen Bevölkerung ermöglicht. Problematisch insoweit, dass Polizei und Statistikstelle (6–17-Jährige) eine unterschiedliche Einteilung von Altersgruppen vornimmt. Die PKS Bonn weist für die räumliche Verteilung der Kriminalität nur die Gruppe der unter 21-jährigen Tatverdächtigen aus. Es erfolgt keine Untergliederung in Kinder, Jugendliche oder Heranwachsende.

Ebenso wie die gesamte Bevölkerung im Untersuchungsbereich Bonn, entwickelte sich auch die Zahl der 6–17-Jährigen zwischen 1993 und 2009 rückläufig. Eine starke Zunahme kann bis 1997 festgestellt werden, wobei anschließend ein deutlicher Rückgang einsetzte, der bis zum Jahr 2000 wieder nahezu der Ausgangswert

erreichte. Dem bis zum Jahr 2003 andauernde Aufwärtstrend folgte bis 2008 ein fast kontinuierlicher Rückgang.

Abbildung 70: Bevölkerung im Untersuchungsbereich Bonn im Alter von 6–17 Jahre



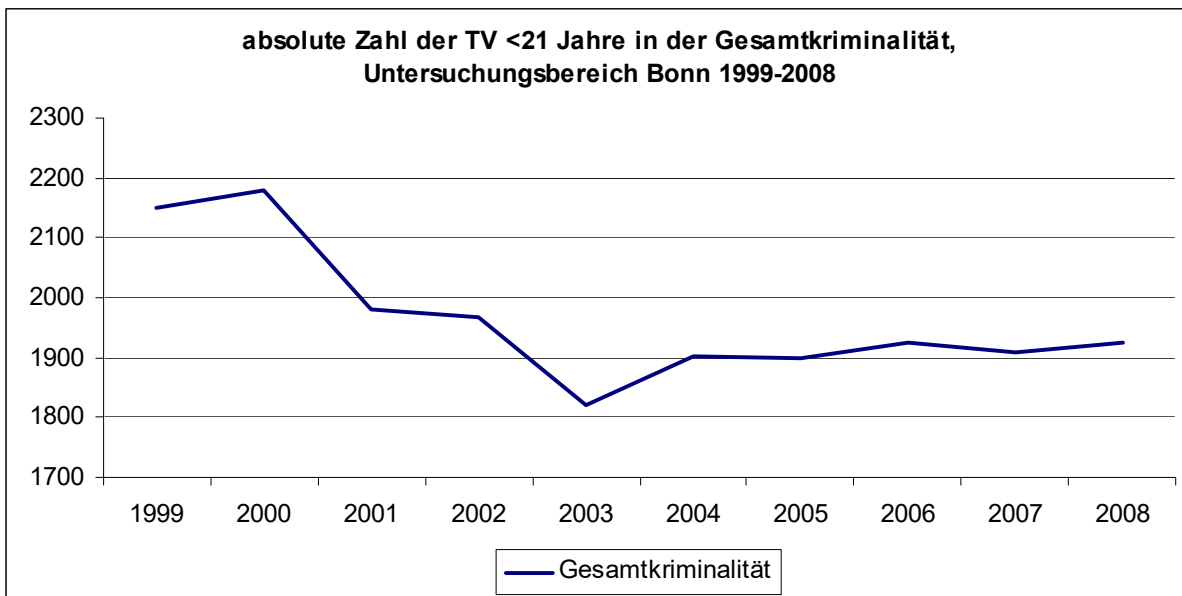
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn
http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung konnte eine sinkende Kaufkraftkennziffer sowie ein Rückgang der Arbeitslosen unter 25 Jahren registriert werden.⁷⁰⁷ Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg dagegen zwischen 1999 und 2008 um fast 13% an.

Die Zahl der absoluten Tatverdächtigen unter 21 Jahren in der Gesamtkriminalität nahm zwischen 2000 und 2003 drastisch ab. Seitdem wird wieder ein leichter Aufwärtstrend erfasst, der aber deutlich unter dem Ausgangsniveau von 1999 liegt (Abb. 71). In der Straßenkriminalität zeigt sich ein vergleichbares Bild. Hier kam es zu einer deutlichen Abnahme zwischen 1999 und 2005, wobei eine leichte Zunahme zwischen 2001 und 2002 festgestellt wurde. Seit 2005 stieg die Zahl der registrierten Tatverdächtigen unter 21 Jahren wieder an. In der Gewaltkriminalität nahm die Zahl der unter 21-Jährigen seit 2002 zu (Abb. 72).

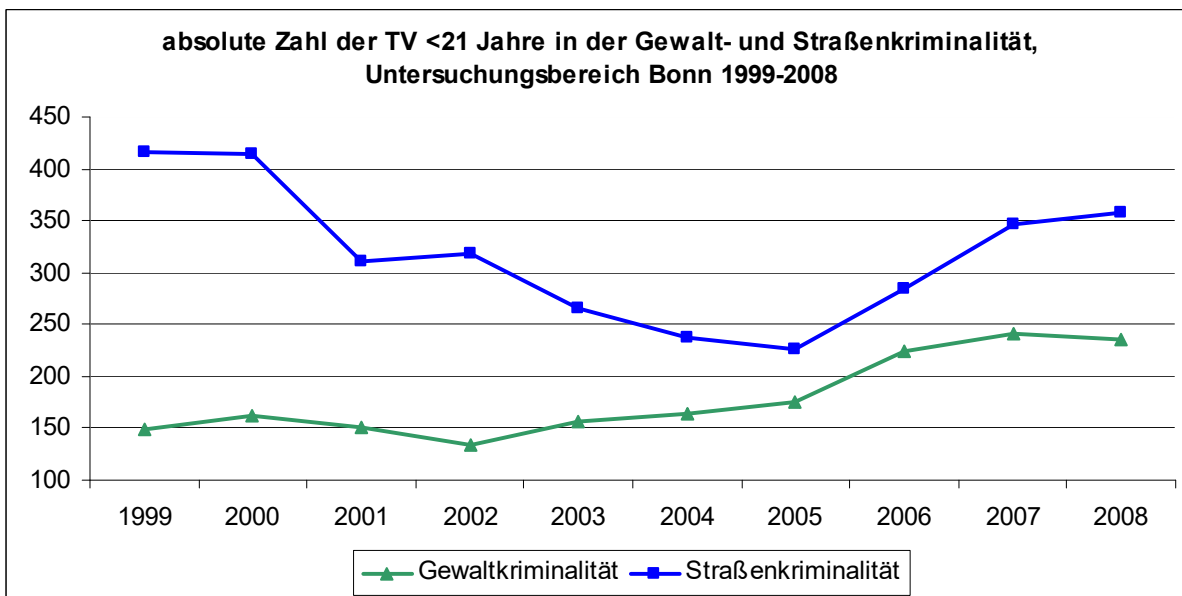
⁷⁰⁷ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog 2009, 1997, zur Verfügung gestellt von Herrn Schmitz

Abbildung 71: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gesamtkriminalität, Untersuchungsbereich Bonn 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 122.

Abbildung 72: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Bonn 1999–2008



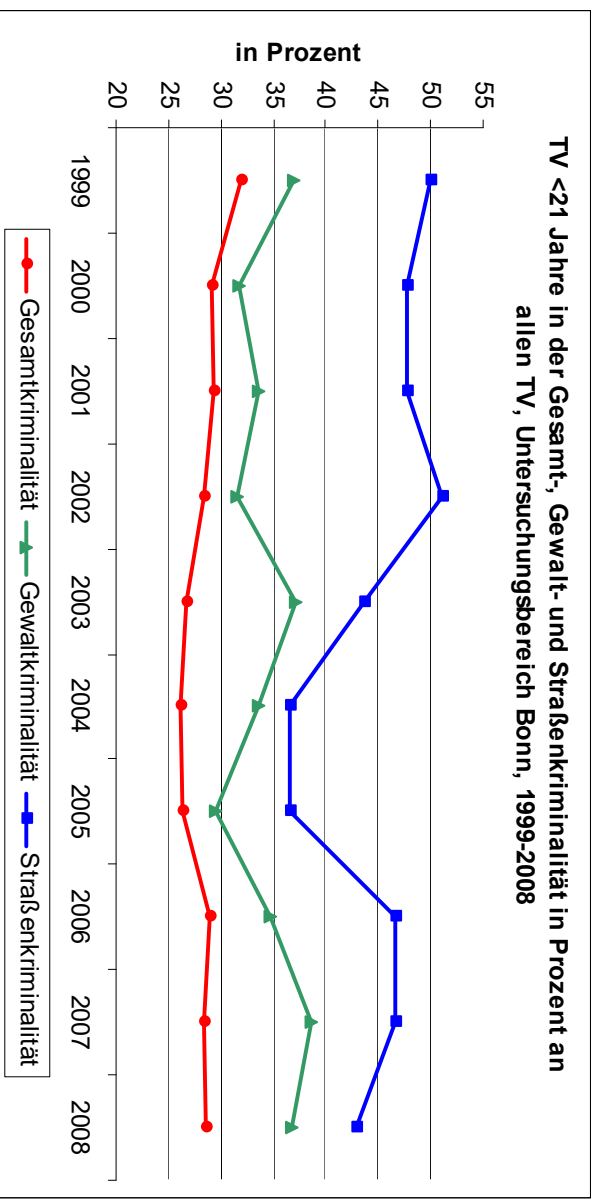
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 122.

Bei einer Betrachtung der prozentualen Anteile der unter 21-jährigen Tatverdächtigen, gemessen an allen Tatverdächtigen der jeweiligen Altersgruppe, fallen verschiedene Besonderheiten auf:

Auffällig ist die sehr stetige Entwicklung der unter 21-jährigen Tatverdächtigen in der Gesamtkriminalität. Ihr Anteil liegt konstant bei 27–29% aller Tatverdächtigen

im Untersuchungsbereich (Ausnahme 1999). Ein leichter Rückgang wurde zwischen 2001 und 2005 erfasst. Demgegenüber stiegen die absoluten Zahlen der registrierten unter 21-Jährigen seit 2003 an (vgl. Abb. 73). Zwischen 2002 und 2004 wurde ein enormer Rückgang des Anteils jugendlicher und heranwachsender Tatverdächtiger in der Straßenkriminalität registriert. Zwischen 2005 und 2007 konnte eine Zunahme der prozentualen Anteile in der Gewalt- und Straßenkriminalität beobachtet werden. Insgesamt setzte im Jahr 2008 ein rückläufiger Trend ein.

Abbildung 73: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität in Prozent an allen Tatverdächtigen, Untersuchungsbereich Bonn, 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 122.

Die abweichende Entwicklung zwischen absolut gezählten Tatverdächtigen und ihrem prozentualen Anteil lässt sich folgendermaßen erklären: Steigt die Anzahl aller erfassten Tatverdächtigen, während die Zahl der unter 21-jährigen Tatverdächtigen nur leicht steigt, stagniert oder sich rückläufig entwickelt, sinkt ihr prozentualer Anteil.

Fraglich ist, welche Ursachen für die Kriminalitätsentwicklung der unter 21-Jährigen verantwortlich sind. Zwischen der Entwicklung der 6–17-jährigen Wohnbevölkerung und dem Kriminalitätsaufkommen scheint keine Verbindung zu bestehen, da sich die Kriminalität hiervon unabhängig entwickelt. Während ab 2003 die Bevölkerungszahlen der 6–17-Jährigen abnahmen (Abb. 70) stieg die Zahl der absolut registrierten Tatverdächtigen unter 21 Jahren an (Abb. 71). Bezüglich der Bevölkerungsentwicklung der Heranwachsenden wird eine ähnliche Tendenz vermutet. Auch der prozentuale Anteil der unter 21-Jährigen an der Gesamtkriminalität stieg trotz der abnehmenden Bevölkerung an. Verglichen mit den beiden anderen Untersuchungsbereichen hat Bonn mit 15,4% einen geringeren prozentualen Anteil an der unter 18-jährigen Bevölkerungsgruppe. Diese Tatsache bietet einen mögli-

chen Erklärungsansatz, warum dieser Stadtbezirk, verglichen mit den beiden anderen Untersuchungsbereichen, die geringsten prozentualen Anteile unter 21-jähriger Tatverdächtiger in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität aufweist.

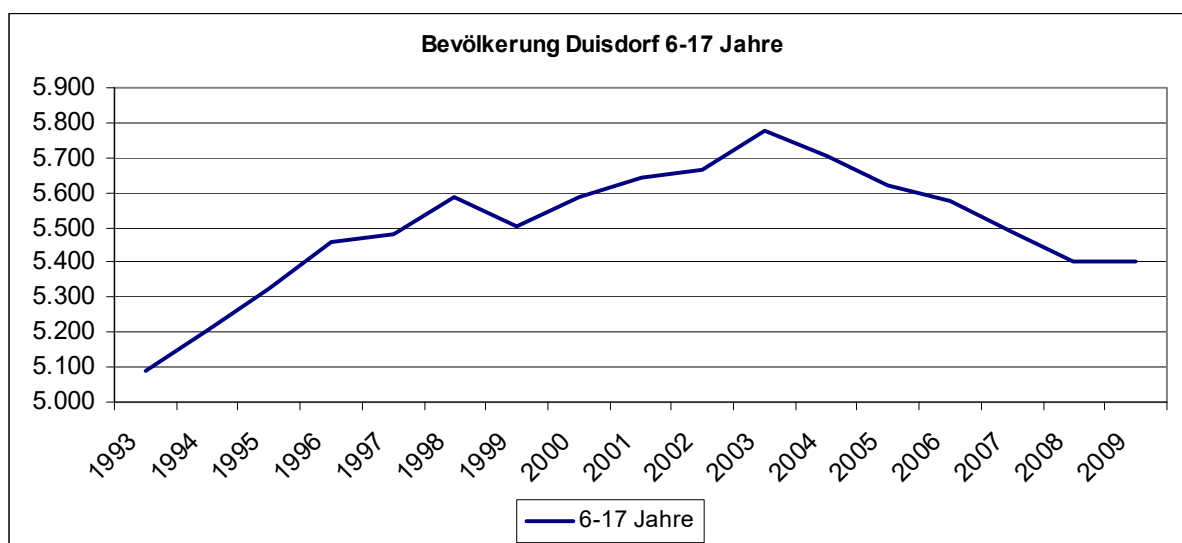
5.1.2 Untersuchungsbereich Duisdorf

Im Bereich der städtebaulichen Entwicklung haben sich die Anzahl der Wohngebäude sowie die Wohnfläche von 2002 bis 2008 leicht erhöht.

Die Bevölkerungsentwicklung verlief positiv mit einem Zuwachs von knapp 2%. Allerdings erhöhte sich die Zahl der städtischen Transferempfänger um fast 30%.

Die Bevölkerungsgruppe der 16–17-Jährigen stieg zwischen 1993 und 2003 fast kontinuierlich an. Lediglich im Jahr 1999 kam es – vermutlich aufgrund des Regierungsumzugs –, zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang. Auch wenn davon die Altersgruppe der 30–59-Jährigen am meisten betroffen war, sank auch die Anzahl der gemeldeten 6–17-Jährigen. Dies ist mit einer unterstellten Eltern-Kind-Beziehung erklärbar. Seit 2003 nimmt die Anzahl der 6–17-Jährigen in der Duisdorfer Bevölkerung wiederum ab.

Abbildung 74: Bevölkerung im Untersuchungsbereich Duisdorf im Alter zwischen 6 und 17 Jahre



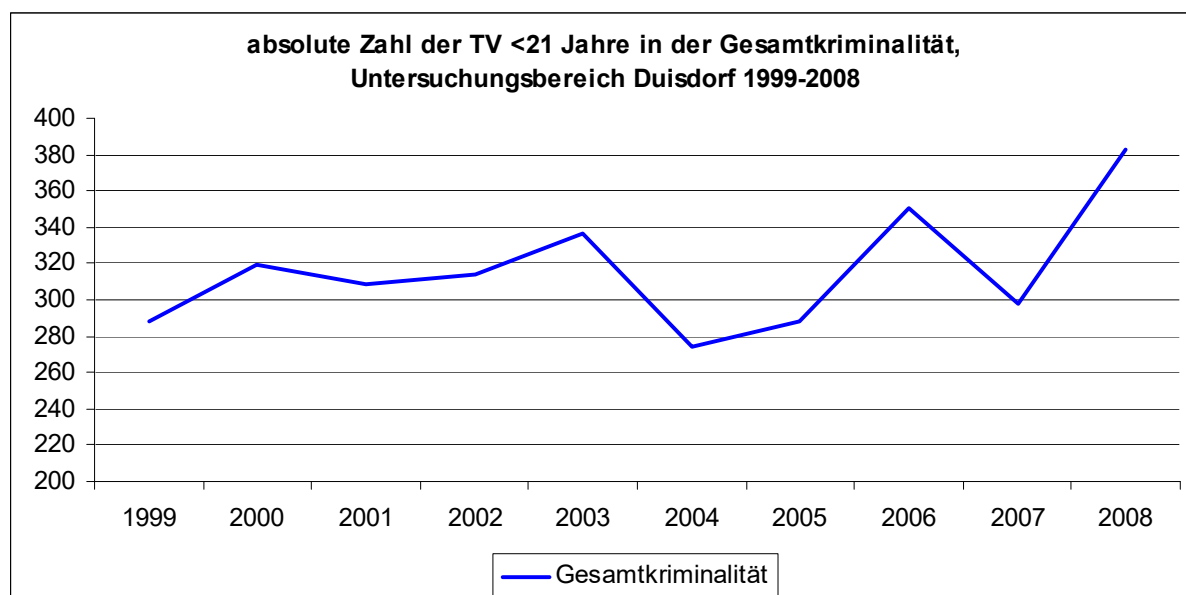
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn
http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung sank analog zum Untersuchungsbereich Bonn die Kaufkraftkennziffer zwischen 1997 und 2009 bei einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosenquote seit dem Jahr 2000.⁷⁰⁸ Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen stieg ebenfalls an. Dennoch erhöhte sich zwischen 1999 und 2008 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

⁷⁰⁸ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog 2009, 1997, zur Verfügung gestellt von Herrn Schmitz.

Zwischen 1999 und 2003 stieg die Anzahl der in Duisdorf lebenden 6–17-Jährigen. Zugleich nahm die absolute Zahl der registrierten Tatverdächtigen unter 21 Jahren in der Gesamtkriminalität zu (Abb. 75). Die seit 2003 rückläufigen Bevölkerungszahlen wirkten sich dagegen nicht auf eine Reduzierung der Tatverdächtigen aus. Zwar nahm die Zahl der absoluten Tatverdächtigen zwischen 2004 und 2007 ab, dazwischen wurden allerdings drastische Zunahmen erfasst, sodass 2008 die höchste Zahl der absoluten Tatverdächtigen im gesamten Untersuchungszeitraum registriert wurde.

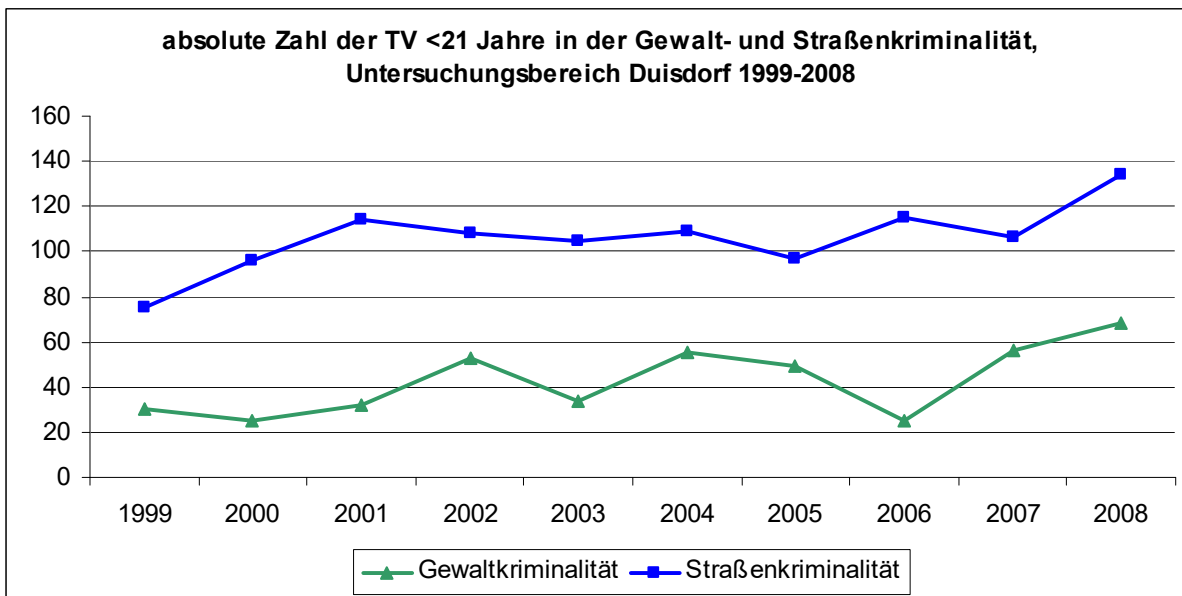
Abbildung 75: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gesamtkriminalität, Untersuchungsbereich Duisdorf 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 154.

Die absolute Zahl der in der Straßenkriminalität registrierten unter 21-jährigen Tatverdächtigen liegt deutlich über der in Gewaltkriminalität erfassten Tatverdächtigen. Im Jahr 2008 erreichten beide Werte ihren bisherigen Höchststand. 2006 wurden verhältnismäßig wenige unter 21-jährige Tatverdächtige in der Gewaltkriminalität registriert.

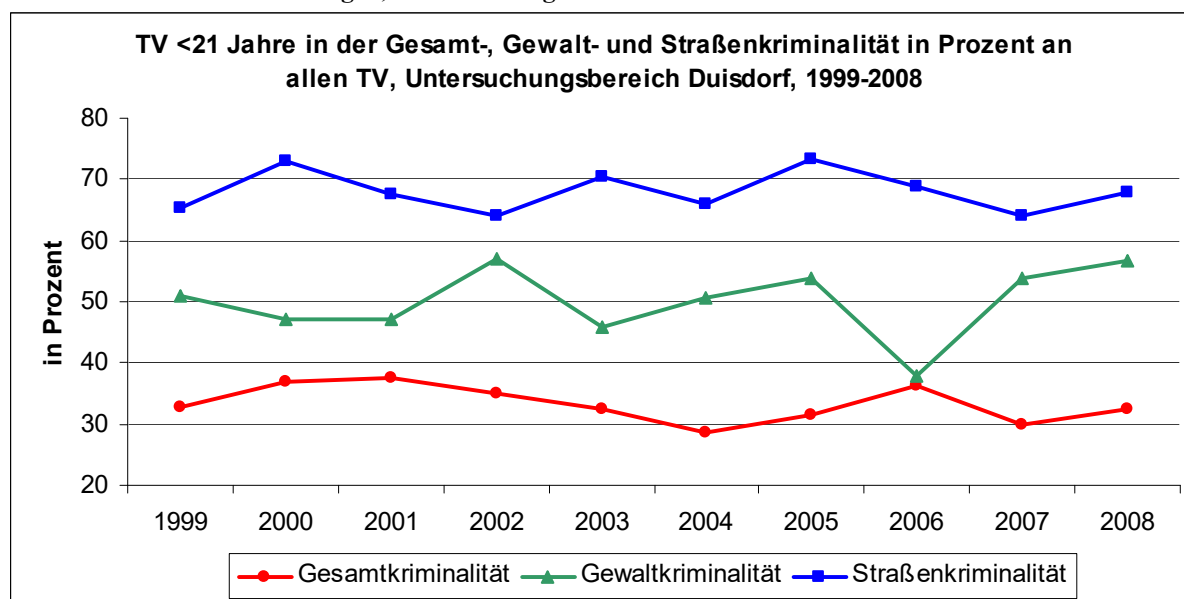
Abbildung 76: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Duisdorf 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 153.

Abbildung 77 zeigt, dass sich der prozentuale Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen an der Gesamtkriminalität zwischen 28,7% (2004) und 37,7% (2001) bewegt. Trotz der deutlich ansteigenden absoluten Zahlen der unter 21-jährigen Tatverdächtigen im Jahr 2008 liegt ihr Anteil an der Gesamtkriminalität mit 32,5% auf einem durchschnittlichen Niveau. Eine leichte Aufwärtsbewegung ist allerdings erkennbar. Diese Entwicklung ist erklärbar mit der starken Zunahme der über 21-jährigen Tatverdächtigen in der Gesamtkriminalität. Auffallend ist, dass etwa die Hälfte der erfassten Tatverdächtigen in der Gewaltkriminalität unter 21 Jahre alt ist. Als Besonderheit kann das Jahr 2006 herausgehoben werden. Hier betrug deren Anteil nur 37,9%. Bei der Straßenkriminalität liegt der Anteil der unter 21-Jährigen mit rund 68% noch über den Werten der Gewaltkriminalität. Im Vergleich mit den anderen Untersuchungsbereichen weist Duisdorf damit den höchsten Anteil unter 21-Jähriger in der Straßenkriminalität auf.

Abbildung 77: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität in Prozent an allen Tatverdächtigen, Untersuchungsbereich Duisdorf 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 153.

Es stellt sich die Frage, warum Duisdorf im Vergleich mit den anderen beiden Bereichen eine so starke Belastung durch unter 21-jährige Tatverdächtige aufweist. Der Anteil der unter 18-jährigen Einwohner beträgt 17,7% und liegt damit über dem städtischen Durchschnitt von 16,6%. Allerdings hat der Untersuchungsbereich Bad Godesberg einen marginal höheren Anteil der unter 18-jährigen Bevölkerung, so dass dies allein keine Erklärung bietet. Der um 30% gestiegene Anteil der Transfer-Empfänger könnte eventuell als Indiz angesehen werden. Darüber hinaus weisen bestimmte statistische Bezirke⁷⁰⁹ in Duisdorf ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen auf, das zwischen 2001 und 2009 erneut deutlich angestiegen ist.

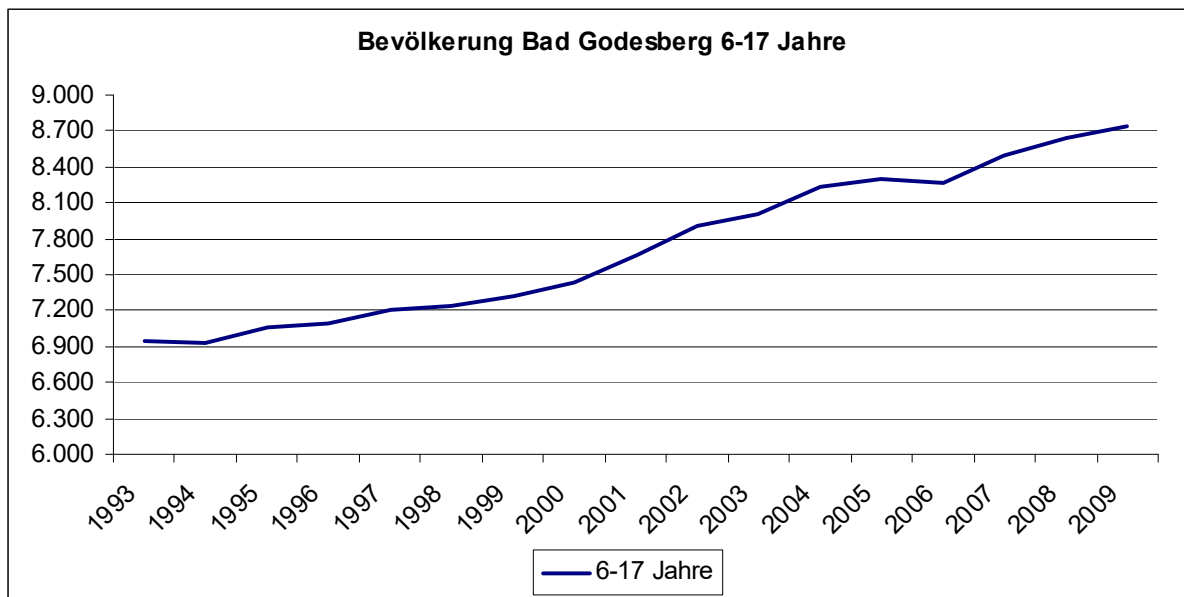
5.1.3 Untersuchungsbereich Bad Godesberg

Im Bereich des Städtebaus kann Godesberg eine positive Entwicklung der Wohngebäude und der Wohnfläche verzeichnen.

Für den Zeitraum von 1993 bis 2009 weist dieser Untersuchungsbereich mit 7% den höchsten Bevölkerungszuwachs auf. Auffallend ist die fast konstante Zunahme der Bevölkerungsgruppe der 6–17-Jährigen. Nur 2006 kann ein leichter Rückgang festgestellt werden. Die städtischen Transferempfänger stiegen auch hier um fast 30%.

⁷⁰⁹ Z.B. Finkenhof oder Medinghoven.

Abbildung 78: Bevölkerung Bad Godesberg im Alter zwischen 6 und 17 Jahre



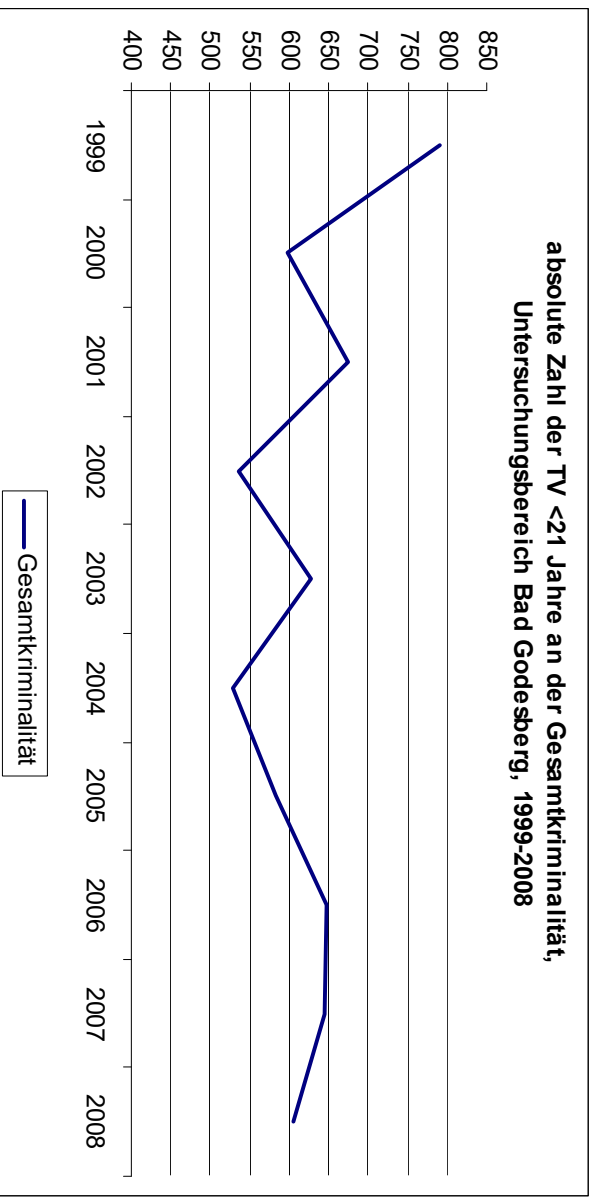
Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn
http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10225, letzter Zugriff: 13.09.2010

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung nahm die Kaufkraftkennziffer deutlich ab.⁷¹⁰ Die allgemeine Arbeitslosenquote sowie die der unter 25-Jährigen stiegen an, obwohl die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine positive Entwicklung verzeichneten.

Die absolute Zahl der unter 21-jährigen Tatverdächtigen in der Gesamtkriminalität entwickelte sich seit 1999 trotz der steigenden Bevölkerungszahlen der 6–17-Jährigen rückläufig, wobei es in den Jahren 2001 und 2003 zu starken Zunahmen kam. 2005 und 2006 stiegen die Werte konstant an und zeigten 2008 wieder eine rückläufige Tendenz. Die auffälligen Werte von 2001 und 2003 finden keine Entsprechung in den anderen Untersuchungsbereichen. Der Aufschwung der Werte im Jahr 2006 konnte ebenso in Duisdorf sowie in abgeschwächter Form auch im Untersuchungsbereich Bonn beobachtet werden.

⁷¹⁰ Statistikstelle der Stadt Bonn, Indikatorenkatalog 2009, 1997, zur Verfügung gestellt von Herrn Schmitz.

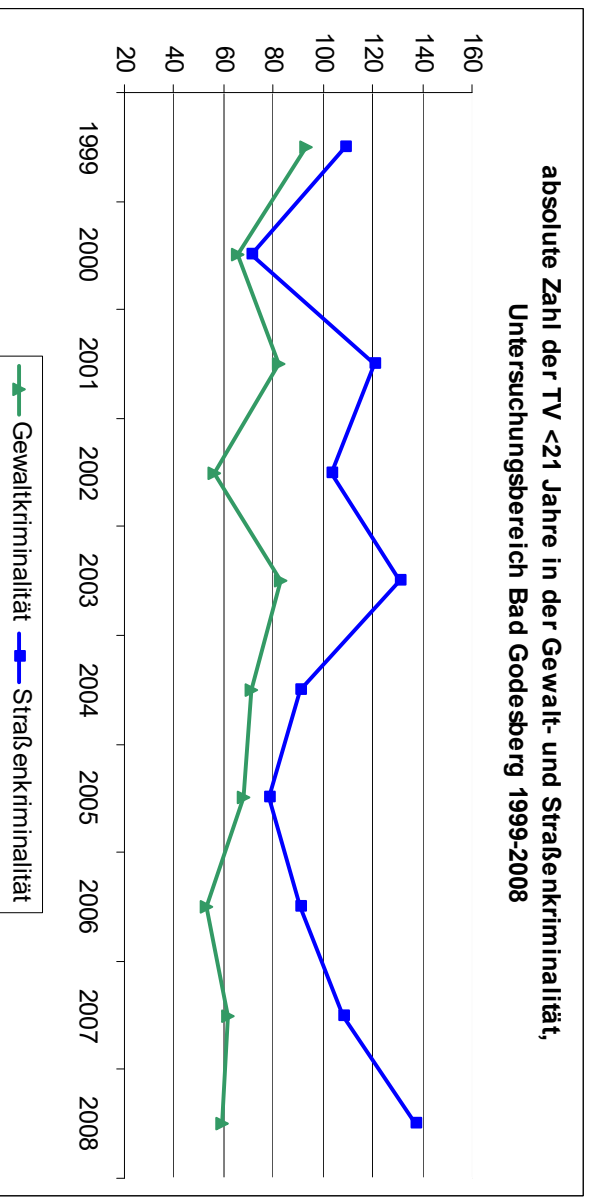
Abbildung 79: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre an der Gesamtkriminalität, Untersuchungsbereich Bad Godesberg 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 147.

Während im Jahr 2000 ein niedriger absoluter Wert der unter 21-jährigen Tatverdächtigen in der Straßenkriminalität erfasst wurde, stiegen die Zahlen in den Jahren 2001 und 2003 drastisch an. Seit 2005 ist ein Aufwärtstrend erkennbar. Die absoluten Tatverdächtigen in der Gewaltkriminalität entwickelten sich mit denen der Straßenkriminalität etwa parallel. In den Jahren 2001 und 2003 wurden Anstiege der absoluten Zahl der Tatverdächtigen registriert.

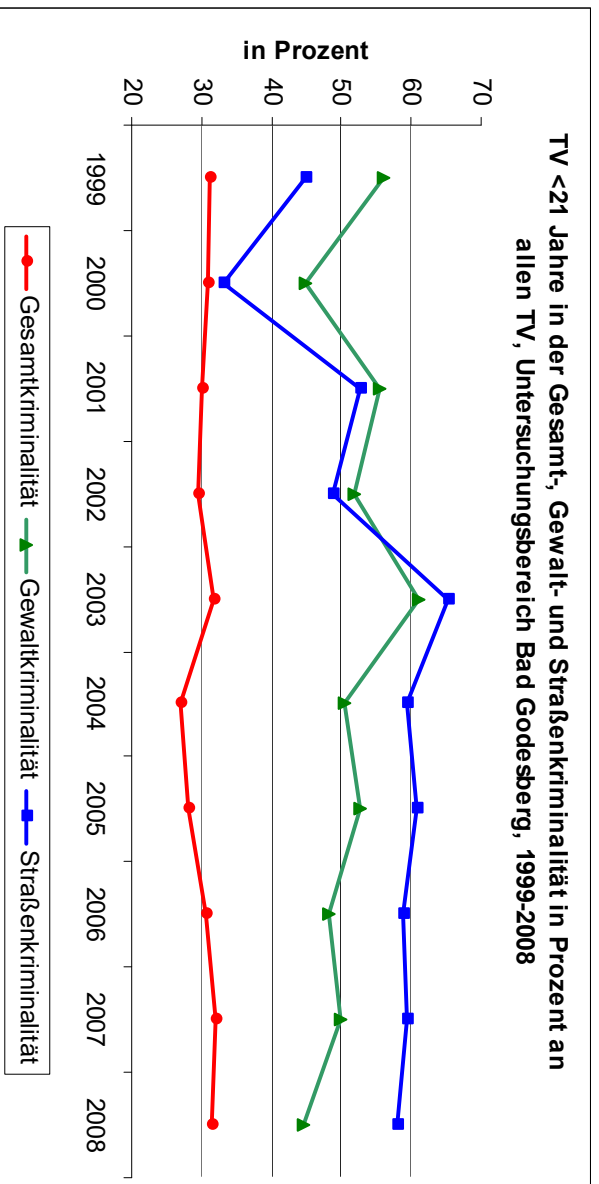
Abbildung 80: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Bad Godesberg 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 147.

Auch hier bleibt der Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen über den gesamten Zeitraum relativ stabil. Nach einer leichten Zunahme im Jahr 2003 folgten in den beiden darauffolgenden Jahren niedrigere Werte. Bemerkenswert ist, dass die Anteile der Tatverdächtigen unter 21 Jahren in der Gewaltkriminalität zwischen 1999–2002 über dem prozentualen Anteil in der Straßenkriminalität lagen. Damit unterschied sich Godesberg von Duisdorf und Bonn. Ab 2003 kann bei beiden Werten eine rückläufige Tendenz beobachtet werden.

Abbildung 81: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität in Prozent an allen Tatverdächtigen, Untersuchungsbereich Bad Godesberg 1999–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 147.

Godesberg ist der einzige Untersuchungsbereich mit einem steigenden Anteil unter 18-jähriger Einwohner.

5.2 Die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Entwicklung der Jugendkriminalität von 1990–2008 in Bonn

Der strukturelle Wandel der Stadt Bonn wurde in Kapitel 3 aufgegliedert in städtebauliche, demografische und wirtschaftliche Veränderungen. Diese Einteilung soll der Übersichtlichkeit wegen auch in diesem Kapitel beibehalten werden so dass möglichen Ursachen für die Kriminalitätsentwicklung in den städtebaulichen, den demografischen und schließlich in den wirtschaftlichen Veränderungen gesucht werden. Die Stadt Bonn hat von 1991 bis heute einen enormen Wandlungsprozess durchlaufen, dessen Folgen sich heute vielfältig auswirken. Nachfolgend werden diese strukturellen Veränderungen mit der Entwicklung der registrierten Kriminalität in Verbindung gebracht.

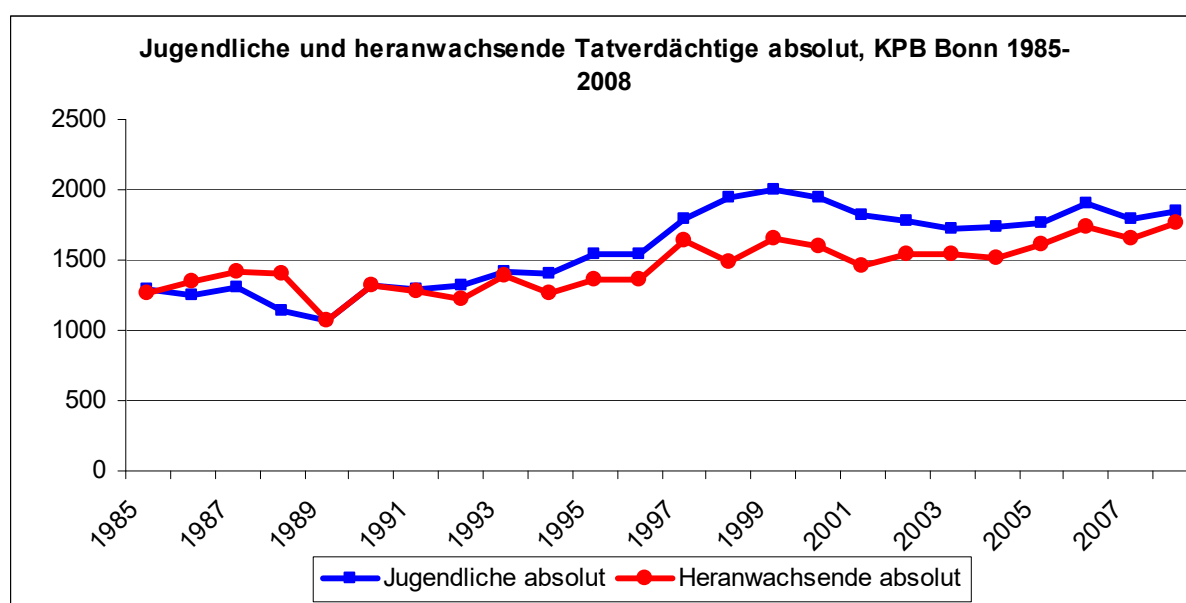
Für den Zeitraum zwischen 1985 und 1990 zeigt Abbildung 82 den Höchststand der registrierten Jugendkriminalität im Jahr 1987 und den Tiefpunkt im Jahr 1989. Bei

den Heranwachsenden kann zwischen 1985 und 1989 eine leichte Aufwärtsbewegung registriert werden. Im Jahr 1989 kommt es bei den registrierten Heranwachsenden zu einem raschen Abfall und dann zu einem sprunghaften Anstieg im darauf folgenden Jahr. Auffällig ist, dass die Heranwachsenden bis 1990 einen höheren Wert als die Jugendlichen aufwiesen.

Für die Zeitspanne 1989 bis 1999 kann eine fast durchgehende Zunahme der registrierten Jugendlichen verzeichnet werden. Bei den Heranwachsenden steigen die registrierten Tatverdächtigen nicht so deutlich an. Insgesamt weist der Verlauf auch stärkere Unregelmäßigkeiten auf. So sind 1993, 1997, 1999 und 2006 Auffälligkeiten in Form sprunghafter Anstiege zu erkennen. Ab 2004 entwickelt sich die Zahl der registrierten Jugendlichen und Heranwachsenden weitgehend parallel.

Seit 1991 liegt die absolute Zahl der registrierten Jugendlichen über der der Heranwachsenden. Die Kurve der Jugendlichen nimmt bis 2008 auch eine deutlichere Aufwärtsbewegung. Bei den Heranwachsenden sind eher sprunghafte Veränderungen zu erkennen, während die Zahl der registrierten Jugendlichen einen gleichmäßigeren Entwicklungsverlauf zeigt. Der größte Unterschied zwischen den absoluten Zahlen ist im Jahr 1998 erkennbar. Hier wird eine entgegengesetzte Entwicklung registriert. Dagegen wurden fast identische absolute Werte in den Jahren 1989, 1990 und 1991 erfasst.

Abbildung 82: Jugendliche und heranwachsende Tatverdächtige absolut, KP B Bonn 1985–2008

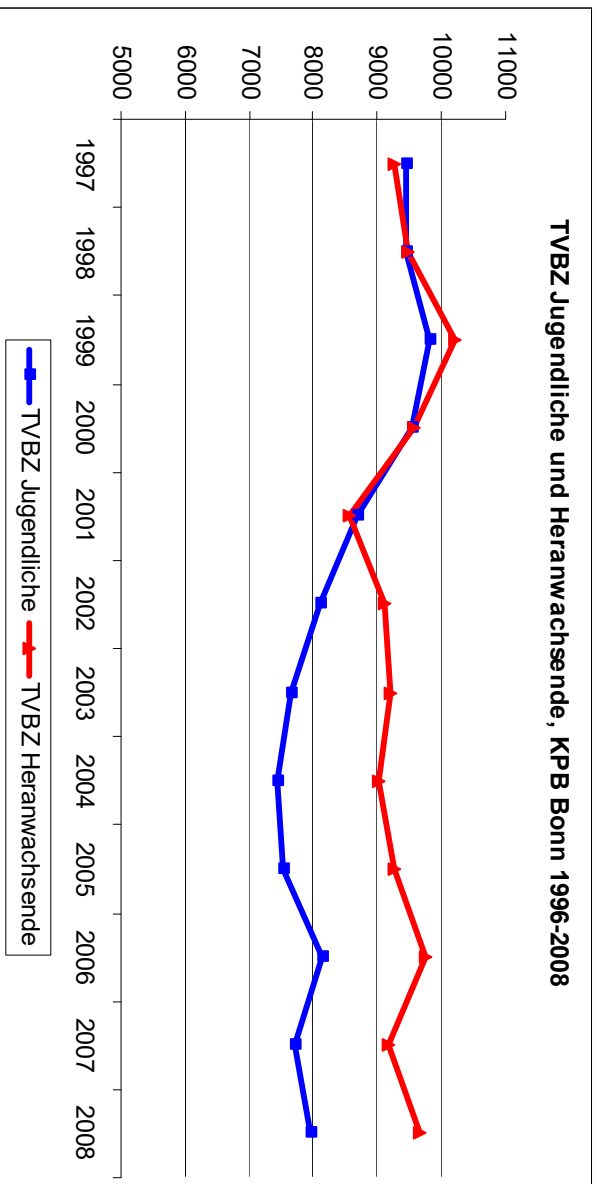


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985–2008

Die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen für Jugendliche und Heranwachsende verdeutlicht die nachfolgende Abbildung. Für den Zeitraum 1997 bis 2001 entwickelten sich die Werte der Jugendlichen und Heranwachsenden synchron. 2002 und 2003 lässt sich eine entgegengesetzte Entwicklung erkennen, bevor ab 2004 wieder ein ähnlicher Verlauf verzeichnet wird. Allerdings weisen die Zah-

len der Heranwachsenden seit 2001 einen deutlich höheren Wert auf. Dies steht im Gegensatz zu den in Abbildung 82 dargestellten absoluten Zahlen. Zwischen 1999 und 2004 sanken die TVBZ der Jugendlichen deutlich ab, während bei den Heranwachsenden seit 2001 ein leichter Aufwärtstrend zu erkennen ist.

Abbildung 83: Tatverdächtigenbelastungszahlen für Jugendliche und Heranwachsende, KPB Bonn 1996–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1997–2008

5.2.1 Auswirkungen durch städtebauliche Veränderungen

Stadtsoziologen gehen davon aus, dass sich die Folgeprobleme des gesellschaftlichen Wandels zunehmend in den Städten konzentrieren.⁷¹¹ Die gesellschaftliche Individualisierung und die wirtschaftliche Transformation innerhalb der letzten Dekaden beeinflussen die Entwicklung der Städte. Eisner benennt drei Prozesse: die Suburbanisierung, die Tertiarisierung sowie die funktionale Entmischung der Innenstädte, die sich auf die Entwicklung der Städte auswirken.⁷¹² Durch anonymisierte Innenstädte, die wachsende Zahl der Zupendler und die gesteigerten potentiellen Ziele erhöhen sich in der Innenstadt die situativen Gelegenheiten für Straftaten.⁷¹³ Während sich die Wohndichte verringerte, weitete sich der tertiäre Bereich mit Bürohäusern, Geschäften und Lokalen im Zentrumsbereich aus und führt zu einem Zuwachs von Tatobjekten sowie einer Verminderung des Tatrisikos durch den Rückgang der informellen sozialen Kontrolle.⁷¹⁴ Sozioökonomische Entwicklungen, wie die fortschreitende Deindustrialisierung und die daraus resultierenden Arbeits-

⁷¹¹ *Mitscherlich*, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, S. 37 ff., 80; *Wehrli-Schindler*, Lebenswelt Stadt, S. 147 f.; *Goldsmith/Blakey*, Separate Societies, S. 46 ff.

⁷¹² *Eisner*, das Ende der zivilisierten Stadt?, S. 92 f.

⁷¹³ *Eisner*, Das Ende der zivilisierten Stadt?, S. 92.

⁷¹⁴ *Dörmann/Kube*, Städtebau und Prävention, S. 443, 446.

marktprobleme können zu sozialen Benachteiligungen führen, die in unter bestimmten Voraussetzungen in Wohnsiedlungen sichtbar werden können.⁷¹⁵ Suburbanisierung bezeichnet die Verlagerung von Wohnräumen aus der Stadt in das städtische Umland mit der Folge zunehmender Distanz zwischen Wohnort und Arbeitsplatz.⁷¹⁶ Die Bevölkerungszahlen der Stadt Bonn sind während der letzten 25 Jahre kontinuierlich gewachsen. Dasselbe gilt für die erwerbstätige Bevölkerung, die innerhalb der letzten 16 Jahre um über 20% gestiegen ist. Dies spricht sowohl gegen einen Wohlstandsverlust als auch gegen eine steigende Segregation. Dennoch ist auch in Bonn eine Zunahme von Pendlerbewegungen zu erkennen. Dies resultiert aus gehäuften Umzügen in entferntere, ländlichere Regionen, wobei der Bezug zu Bonn durch den Arbeitsplatz und die Nutzung der Stadtfunktionen beibehalten wird. Die funktionsräumliche Trennung der Stadt und die zunehmende Suburbanisierung können zur Ausweitung krimineller Gelegenheitsstrukturen beitragen, da sie zu längeren Abwesenheitszeiten vom eigenen Zuhause, zur Anonymisierung öffentlicher Räume und zum Abbau informeller sozialer Kontrolle führen.⁷¹⁷

Die Zahl der Wohngebäude stieg in Bonn zwischen 1992 und 2009 um 20.532 an. Gleichzeitig kann eine Zunahme der Bürofläche um 1.250.000 m² verzeichnet werden. Es fanden umfangreiche Umgestaltungsmaßnahmen des ehemaligen Regierungsviertels statt. Diese Umgestaltungsmaßnahmen sind bis heute nicht abgeschlossen und sollen die Ansiedlung neuer Unternehmen fördern. Gleichzeitig verliert dieses Viertel seinen rein gewerblichen Nutzungszweck und soll auch der Wohnfunktion zugeführt werden. Bei derartigen Neubauprojekten nutzt die Stadt Bonn zunehmend die Möglichkeiten städtebaulicher Kriminalprävention, wie sie in 3.6.1 an zwei Wohngebieten beispielhaft dargestellt wurde. In gleicher Form werden auch Altbestände, die als Kriminalitätsbrennpunkte gelten, nach neuesten kriminalpräventiven Gesichtspunkten saniert.

Die beschriebenen städtebaulichen Veränderungen lassen nicht den Schluss zu, dass diese Maßnahmen das Kriminalitätsaufkommen deutlich positiv oder negativ beeinflusst haben. Mangels ausreichender Daten lassen sich keine Anhaltspunkte erkennen, die einen zwingenden Zusammenhang zwischen den beschriebenen städtebaulichen Veränderungen und registrierter Jugendkriminalität zulassen. Die demografischen Veränderungen, als Folge der städtebaulichen Entwicklung, bieten möglicherweise bessere Anhaltspunkte. Eine kriminalitätsfördernde Bebauung würde sich auf die Entwicklung der Kriminalität nur dann nachdrücklich auswirken, wenn diese Form der Bebauung in großem Maße erfolgt wäre

⁷¹⁵ Oberwittler, Täter, Opfer, Tatorte, S. 121, 122.

⁷¹⁶ Friedrichs, Stadtanalyse, S. 170.

⁷¹⁷ Franke, Lebenswerte Städte, S. 33.

5.2.2 Auswirkungen durch demografische Veränderungen

Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen Veränderungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur und der Entwicklung der Jugendkriminalität analysiert. Seit 1991 haben sich zahlreiche demografische Aspekte geändert.

5.2.2.1 allgemeine Bevölkerungsentwicklung 1990–2008

Die Bevölkerung der Stadt Bonn stieg seit 1991 kontinuierlich an und erreichte 1994 einen Stand von 313.297. Wie in Abschnitt 3.1.2 gezeigt, begann der Bevölkerungszuwachs schon deutlich vor dem Beginn des Strukturwandels, nämlich im Jahr 1987. Zwischen 1995 und 1998 stagnierte die Einwohnerzahl bei rund 310.500 und fiel 1999 auf 306.826 Einwohner ab. Seitdem wird ein stetiger Bevölkerungszuwachs verzeichnet mit einem Höchststand von 317.380 Einwohnern im Jahr 2009.

Die Bevölkerungsdichte entwickelte sich entsprechend. Ein Aufwärtstrend der Einwohnerdichte wurde zwischen 1987 und 1992 registriert, gefolgt von einem Rückgang bis 1995. Seit 1996 stiegen die Zahlen wieder an und entwickelten sich bis 1999 wiederum leicht rückläufig. Seitdem kann eine stetige Zunahme der Bevölkerungsdichte verzeichnet werden. Erkennbare Rückgänge der Einwohnerdichte wurden also in den Jahren 1995 und 1999 festgestellt.

Fraglich ist zunächst, ob die Bevölkerungsentwicklung durch den Strukturwandel begründet ist. Der deutliche Bevölkerungsrückgang im Jahr 1999 lässt den Schluss zu, dass hier ein Zusammenhang mit dem Regierungswegzug besteht. Da die Bevölkerung aber seit 1987 stetig anwuchs, lässt sich kein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Strukturwandel herstellen. Möglicherweise ist das Nichteintreten einer negativen Bevölkerungsentwicklung auch dem konsequenten und erfolgreichen Gegensteuern der Stadt Bonn geschuldet.

5.2.2.2 Zusammenhang zwischen allgemeiner Bevölkerungsentwicklung und registrierter Kriminalität

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der absoluten Fallzahlen der Kreispolizeibehörde Bonn und der Stadt Bonn. Erkennbar ist die größtenteils vorhandene Parallelität zwischen den Werten der Stadt und denen der gesamten Kreispolizeibehörde, wobei deren absolute Fallzahlen leicht über denen der Stadt Bonn liegen. Dies ist nicht verwunderlich, da etwa 75% der in der gesamten Kreispolizeibehörde Bonn registrierten Straftaten auf das Stadtgebiet entfallen.

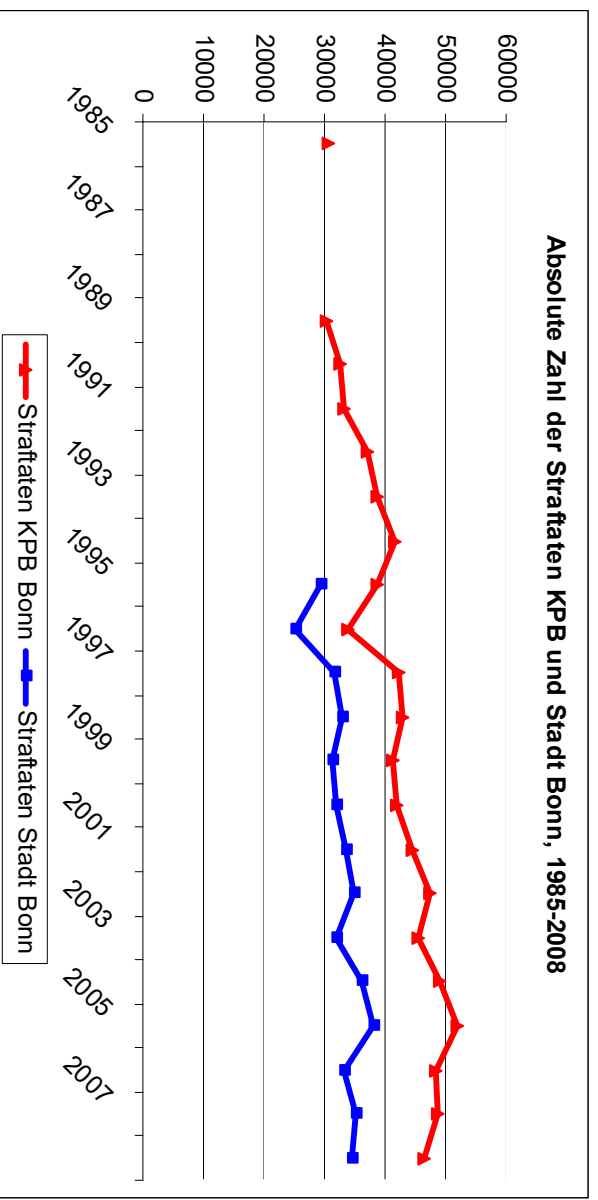
Im Jahr 1999 wurde ein erkennbarer Rückgang der registrierten absoluten Fallzahlen verzeichnet. Das ist nicht erstaunlich, denn die auftretende Kriminalität hängt in der Regel mit der Zahl der Einwohner zusammen.⁷¹⁸ Je weniger Einwohner in einer Gesellschaft zusammenleben, desto geringer ist regelmäßig die gemessene Krimina-

⁷¹⁸ *Schwind et al.*, Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich, S. 53.

lität.⁷¹⁹ Aus diesem Grund wird später die Entwicklung der Häufigkeitszahlen untersucht, die die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigen.

Die 1987 beginnende und bis 1994 andauernde Bevölkerungszunahme deutet ebenfalls auf einen Zusammenhang mit dem kontinuierlichen Anstieg der absoluten Fallzahlen in der Kreispolizeibehörde Bonn hin. Dennoch gibt es keine konkreten Anhaltspunkte, um den konstanten Anstieg der Zahlen ausschließlich mit der Zunahme der Bevölkerung zu erklären. Vielmehr können auch andere Einflüsse des Strukturwandels auf die Kriminalitätsentwicklung nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Abbildung 84: Absolute Zahl der Straftaten der Kreispolizeibehörde Bonn und der Stadt Bonn, 1985–2008

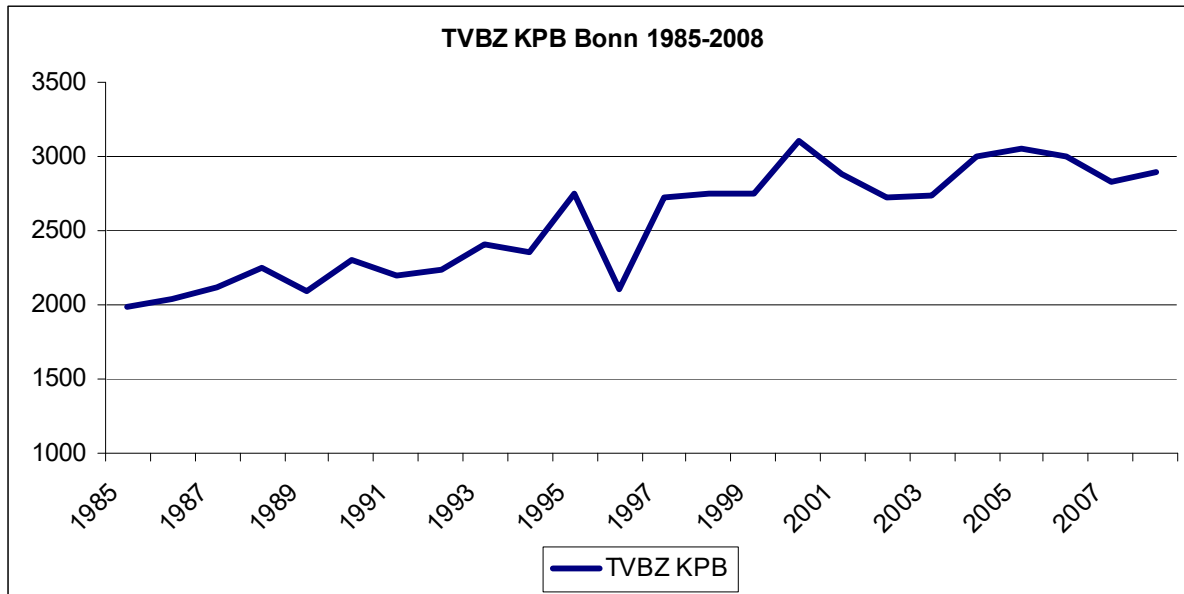


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985–2008

Die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen in Abb. 85 zeigen einen ähnlichen Verlauf wie die absoluten Daten in Abbildung 84. Deutlich erkennbar sind die niedrigen Werte in den Jahren 1997 und 2003.

⁷¹⁹ Bojanovski/Moschel, Kriminalitätsraten westdeutscher Großstädte, S. 18, 26 ff.

Abbildung 85: Tatverdächtigenbelastungszahlen der Kreispolizeibehörde Bonn 1985–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985–2008

5.2.2.3 Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Jugendkriminalität

Die oben getroffenen Feststellungen zur Entwicklung der Gesamtkriminalität können nicht auf die absoluten Zahlen der jugendlichen und heranwachsenden Tatverdächtigen (Abb. 82) übertragen werden. Mit annähernd 2.000 registrierten tatverdächtigen Jugendlichen wurde im Jahr 1999 der höchste Wert des gesamten Untersuchungszeitraums gemessen. Die Bevölkerungszunahme zwischen 1991 und 1994 korreliert dagegen mit den Zahlen der registrierten jugendlichen Tatverdächtigen. Mit anderen Worten: Während des Bevölkerungswachstums zwischen 1991 und 1994 stieg auch die Zahl der registrierten tatverdächtigen Jugendlichen, während des Bevölkerungsrückgangs im Jahr 1999 erhöhte sich diese Zahl dennoch.

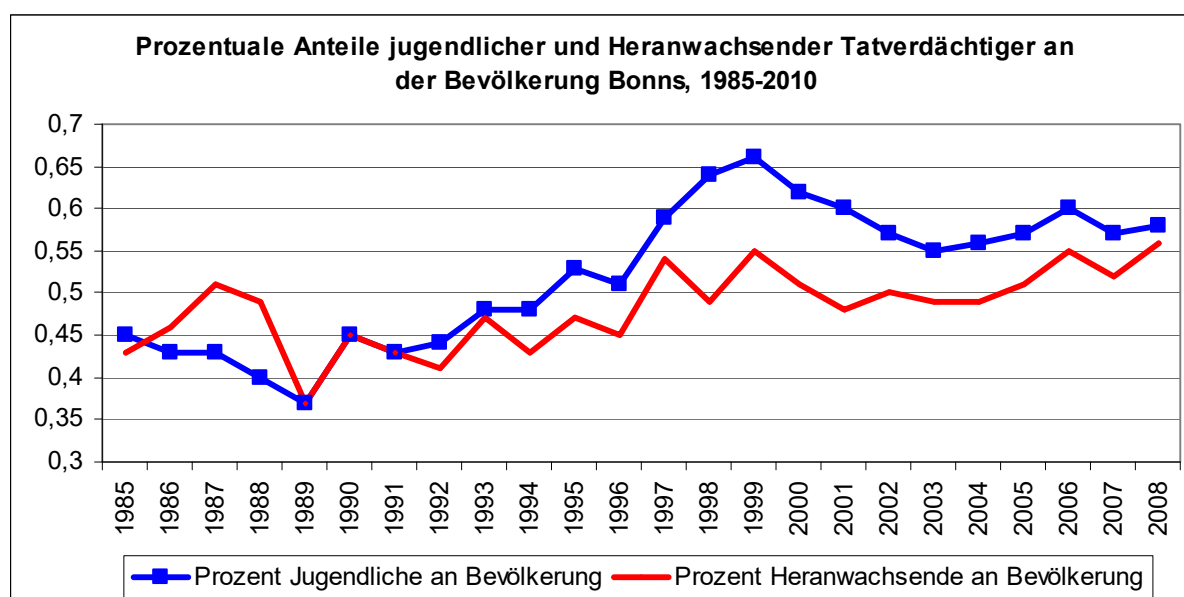
Es besteht nun die Schwierigkeit, diese Werte in Beziehung zu den strukturellen Veränderungen zu setzen. Eine Betrachtung der absoluten Tatverdächtigenzahlen genügt hierfür nicht. Es bietet es sich daher an, die absoluten Zahlen in direkte Verbindung mit der Bevölkerungsentwicklung zu setzen.

Abbildung 86 zeigt einen stetigen Aufwärtstrend der prozentualen Anteile registrierter jugendlicher Tatverdächtiger seit 1989, der seinen höchsten Punkt im Jahr 1999 erreicht. Das bedeutet, dass überdurchschnittlich viele Jugendliche, gemessen an der gesamten Bonner Bevölkerung, als Tatverdächtige registriert wurden. Der hohe Wert im Jahr 1999 korrespondiert nicht mit einer hohen Zahl an Jugendlichen. Die Anteile der Jugendlichen an der gesamten Bevölkerung Bonns im Jahr 1999 wiesen einen vergleichsweise niedrigen Wert von 3,9% auf. Der hohe Anteil jugendlicher Tatverdächtiger in diesem Jahr resultiert also aus einer hohen Anzahl Tatverdächtiger bei einem vergleichsweise geringen Bevölkerungsanteil der 14–18-

Jährigen und kann daher nicht mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung erklärt werden.

Die 1.653 erfassten heranwachsenden Tatverdächtigen im Jahr 1999 stellen zwar einen relativ hohen Wert dar, der aber von den Werten in den Jahren 2006 bis 2008 noch übertroffen wird. Die Kurven der Jugendlichen und Heranwachsenden gleichen sich seit 2002 an und verlaufen etwa parallel. Gemessen an der gesamten Bonner Bevölkerung fällt auf, dass der Anteil der heranwachsenden Tatverdächtigen seit 1991 geringer ist als der der Jugendlichen. Zwischen 1985 und 1990 war dies noch umgekehrt.

Abbildung 86: Prozentuale Anteile jugendlicher und heranwachsender Tatverdächtiger an der Bevölkerung Bonns, 1985–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985–2008.

Die Zahl der jugendlichen Einwohner Bonns hielt 1997 und 1998 ein konstantes Niveau. In den Jahren 1999 und 2000 konnte ein leichter Rückgang festgestellt werden, bevor die Zahl zwischen 2000 und 2005 deutlich anstieg.

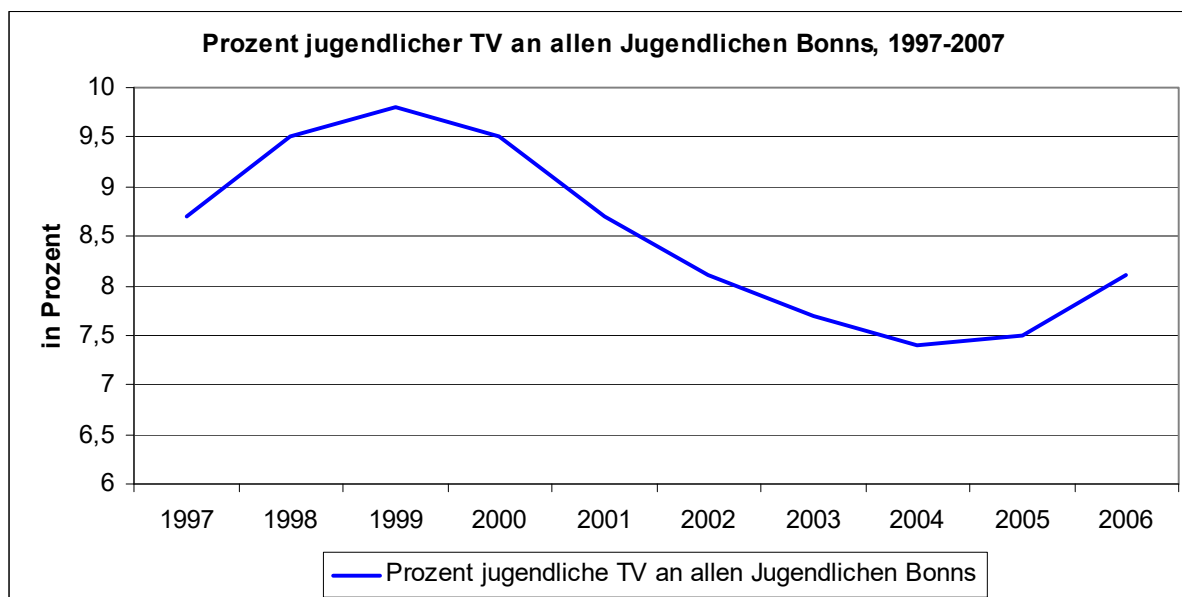
Bis 1996 wies die PKS nur Daten aus, die auf die gesamte Bonner Bevölkerung bezogen waren. Die Altersgruppe der Jugendlichen wurde nicht separat aufgeführt. Deshalb können auch erst ab diesem Zeitpunkt die Tatverdächtigen dieser Altersgruppe an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe gemessen werden (Abb. 87). Auch die Daten der Statistikstelle können bis 1996 nicht herangezogen werden, da diese keine der Definition entsprechende Unterteilung zwischen Jugendlichen und Heranwachsenden vornimmt. Der in Abbildung 86 gezeigte Ausschnitt zwischen 1997 und 2006 ähnelt der Kurve in Abbildung 86.

Die auf Seite 94 beschriebene leicht negative Bevölkerungsentwicklung der Jugendlichen zwischen 1998 und 2000 findet keine Entsprechung bei der Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht, dass zwischen

1997 und 1999 die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen zunahm. Wie später gezeigt wird, kann die Zunahme der registrierten Tatverdächtigen in diesem Zeitraum relativ einfach erklärt werden. 2000 bis 2004 ist eine deutliche Bevölkerungszunahme zu beobachten bei gleichzeitiger Abnahme der prozentualen Anteile jugendlicher Tatverdächtiger an allen Jugendlichen. Der Anteil der absolut registrierten Tatverdächtigen sinkt bei einem gleichzeitigen Anstieg der gesamten Bevölkerung.

Im Jahr 1999 wurden überdurchschnittlich viele Tatverdächtige zwischen 14 und 18 Jahren erfasst.

Abbildung 87: Prozent jugendlicher Tatverdächtiger an allen Jugendlichen Bonns, 1997–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2007, S. 173.

Der Grund für den deutlichen Anstieg der prozentualen und absoluten Werte im Jahr 1999 mag zunächst im Strukturwandel vermutet werden, da dieses Jahr mit dem endgültigen Wegzug der Regierung einen markanten Wechsel demonstrierte. Es ist allerdings ebenfalls möglich und auch naheliegend, der Erklärung Werner Rütters zu folgen, der schon 1998 hohe Kriminalitätswerte für das Folgejahr voraussagte.⁷²⁰ Diese Überlegungen beruhten auf der Tatsache, dass in diesem Jahr aufgrund des Regierungsumzugs eine überraschend günstige Personalsituation bei der Polizei entstand. So konnte das Einsatzkommando „offene Szene“ gebildet werden, das sich um die Kontrolle der Drogenszene in der Bonner Innenstadt kümmerte.⁷²¹ Dieser intensive Einsatz könnte ebenfalls den hohen Anteil der jugendlichen Tatverdächtigen erklären. Diese wurden zwar nur zu geringen Teilen für Drogendelikte erfasst, aber Jugendliche begehen ihre Taten oftmals spontan, ungeplant

⁷²⁰ Rütter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 67.

⁷²¹ Rütter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 67.

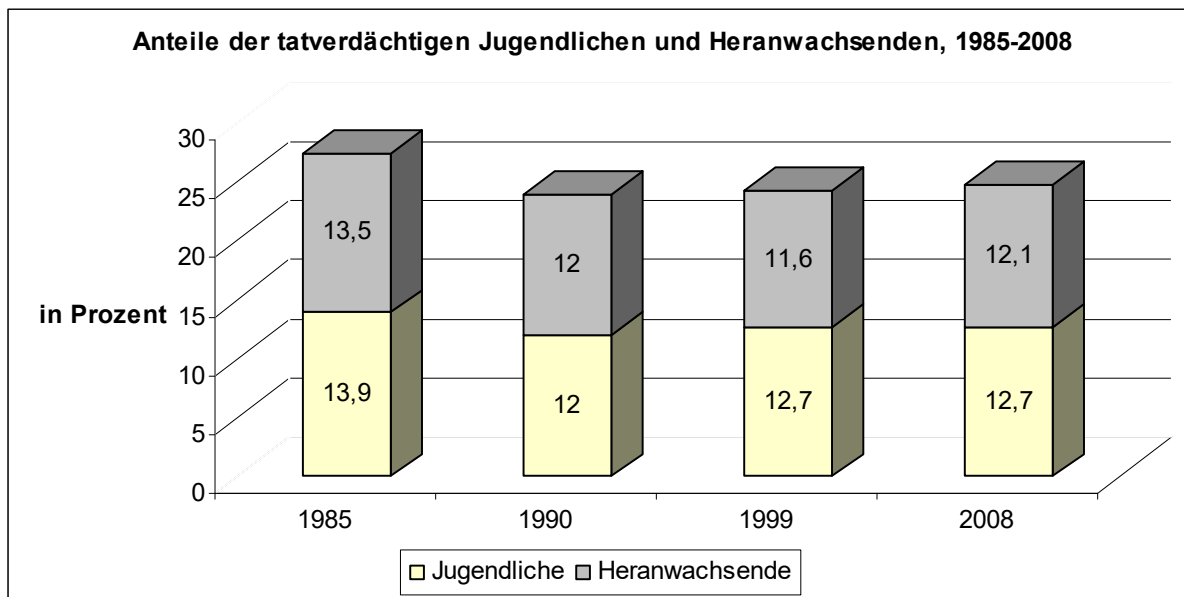
und in der Öffentlichkeit und unterliegen damit einem höheren Erfassungsrisiko.⁷²² Dieses ist umso höher, je mehr Polizisten sich draußen aufhalten, sodass viele Zufallsentdeckungen angenommen werden können. Abgesehen von dieser Spitze ist insbesondere der seit 1990 zu beobachtende stetige Aufwärtstrend interessant.

Der Anteil der jugendlichen Tatverdächtigen, gemessen an allen Tatverdächtigen, war erstaunlicherweise im Jahr 1985 mit 13,9% besonders hoch (Abb. 88). Hierfür findet sich weder eine Entsprechung in den absoluten Zahlen noch in den prozentualen Anteilen, gemessen an der Bonner Bevölkerung. Bis 1990 sank dieser Anteil deutlich auf 12%. Sowohl 1999 als auch 2008 wurde der hohe Prozentsatz von 1985 nicht mehr erreicht. Vergleichbares lässt sich über die Entwicklung der tatverdächtigen Heranwachsenden sagen. Der Rückgang von 1985–1990 war hier ebenfalls markant. Bis 1999 sank der Prozentsatz sogar noch weiter ab, um bis 2008 wieder leicht anzusteigen. Es wurden im Jahr 1999 mit fast 2.000 Tatverdächtigen zwischen 14 und 18 Jahren zwar überdurchschnittlich viele Jugendliche erfasst, ihr Anteil an allen Tatverdächtigen betrug aber `nur` 12,7% und ist damit durchschnittlich. Im Jahr 2004 kam es bei einer Zunahme der jugendlichen Einwohner Bonns zu einer gleichzeitigen Abnahme der tatverdächtigen Jugendlichen auf 11,9%. Dieser temporäre günstige Verlauf zeigt sich im Jahr 2008 nicht mehr. Der Anteil der jugendlichen Tatverdächtigen erreicht in diesem Jahr wieder den Stand von 1999. Im Gesamtverlauf von 1990 bis 2008 stieg dieser Wert – gemessen an allen Tatverdächtigen – um 0,7 Prozentpunkte. Der Anteil der heranwachsenden Tatverdächtigen stieg um 0,1 Prozentpunkte.

Abbildung 88 trifft keine Aussagen über die allgemeine Kriminalitätsentwicklung, verdeutlicht aber dass sich der prozentuale Anteil der tatverdächtigen Jugendlichen und Heranwachsenden in der Zeit während des Strukturwandels günstig entwickelt hat.

⁷²² Wikström, *Urban Crime*, S. 18; Feltes, *Jugendkriminalität*, S. 149, tche150; Lamnek, *Kriminalität*, S. 392, 396; Dölling, *Grundstrukturen der Jugenddelinquenz*, S. 155.

Abbildung 88: Anteile der tatverdächtigen Jugendlichen und Heranwachsende, 1985–2008

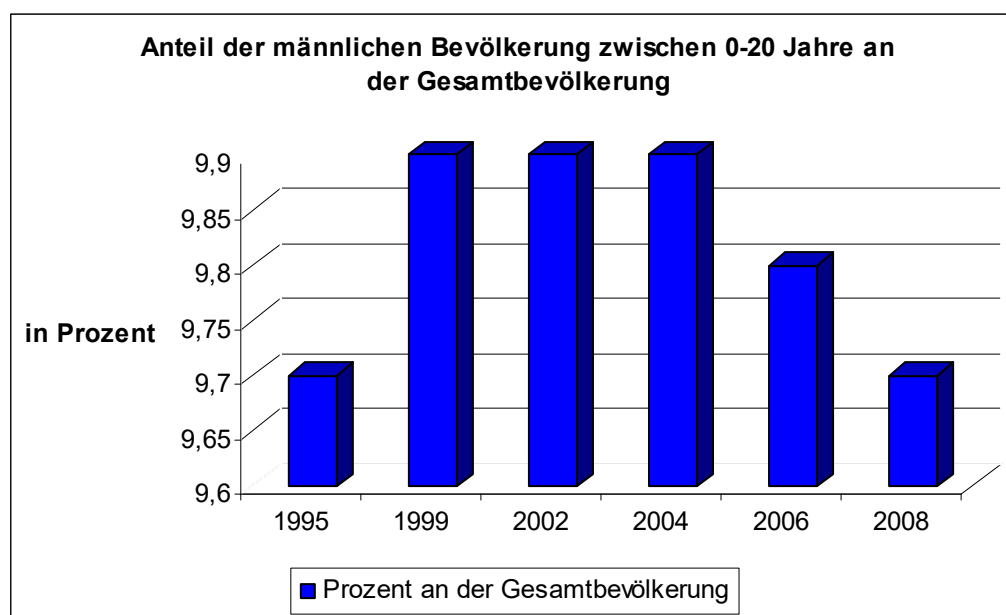


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985–2008

Interessant ist der Anteil der männlichen Bevölkerung, da die Tatverdächtigenbelastung der Männer am höchsten ist. Das lässt vermuten, dass mit wachsendem Anteil junger Männer an der Bevölkerung auch das Kriminalitätsaufkommen steigt.⁷²³ Je größer der Anteil männlicher Nichterwachsener an der Bevölkerung ist, desto mehr Straftaten werden erfasst. Der Anteil junger Männer an der Bevölkerung wirkt sich insbesondere auf die jugendtypischen Delikte Körperverletzung und Diebstahl aus. Die folgende Abbildung zeigt für die Jahre 1999–2004 einen hohen Bevölkerungsanteil männlicher Nichterwachsener, der als Erklärung für die hohe Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen dienen kann.

⁷²³ Beki et al., An Analysis of the Crime Rate, S. 401, 410 f.; Field, Trends in Crime Revisited, S. 7; Carrington, Population Aging and Crime, S. 331, 341 ff.; Macmillan, Changes in the Structure, S. 51, 70 f.; Schissel, The Influence of Economic Factors, S. 405, 425; Bröring, Kriminologische Regionalanalyse, S. 181, 209: geringeres Kriminalitätsaufkommen mit hohem Anteil weiblicher und älterer Einwohner.

Abbildung 89: Anteile der männlichen Bevölkerung zwischen 0–20 Jahre an der Gesamtbevölkerung, Bonn 1995–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des Landesbetriebes für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=6A134F7FDDFA95CCBF532FC3A0CB85D8>, letzter Zugriff: 13.09.2010

In Kapitel 3 wurden auch die Wanderungsbewegungen untersucht, da sie einen maßgeblichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung haben und sich daher mittelbar auch auf das Kriminalitätsaufkommen auswirken. Hervorstechend sind hier das Jahr 1996 durch die hohe Zahl der Zuzüge sowie das Jahr 1999 durch die vielen Wegzüge. Dieses Jahr stellt, wie bereits angesprochen, in mehreren Hinsichten eine Besonderheit dar, die eventuell auf den Strukturwandel zurückgeführt werden kann. Inwieweit sich diese Besonderheiten auf die Jugendkriminalität ausgewirkt haben, ist allerdings fraglich.

Die seit 1990 ansteigende Jugendkriminalität, hergeleitet aus den absoluten Tatverdächtigenzahlen der Jugendlichen lässt sich nicht eindeutig auf die Bevölkerungsentwicklung zurückführen. Die Frage ist, ob wenigstens die besondere Entwicklung der Jugendkriminalität mit seinem Höhepunkt im Jahr 1999 mit dem Strukturwandel begründet werden kann. Auffällig ist, dass der Regierungsumzug einen Bevölkerungsrückgang zur Folge hatte. Gerade zu diesem Zeitpunkt stiegen aber die absoluten Zahlen der registrierten jugendlichen Tatverdächtigen deutlich an. Im Jahr 1999 stieg die Anzahl dieser Jugendlichen trotz sinkender Bevölkerungszahlen und sinkender Häufigkeitszahlen in der Gesamtkriminalität. Für die Jugendlichen kann deshalb kein Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsentwicklung und den Tatverdächtigenzahlen hergestellt werden. Ein Rückschluss auf den Strukturwandel ist auch deshalb nicht zwingend anzunehmen, da hier auch andere Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben können. So sind weitere örtliche und zeitliche Indikatoren denkbar, die nicht bekannt sind und zu diesem Anstieg geführt haben können. Im

Ergebnis lässt sich der Anstieg der absoluten Zahlen der Jugendkriminalität weder allein noch hauptsächlich der Bevölkerungsentwicklung zuordnen, weil ein stringenter Begründungszusammenhang nicht ersichtlich ist. Es muss auch immer berücksichtigt werden, dass die Daten der PKS kein deckungsgleiches Abbild des tatsächlichen Kriminalitätsaufkommens darstellen, sondern die Realität nur eingeschränkt widerspiegeln. Die Annahme liegt deshalb nahe, dass die Kriminalitätserhöhung im Jahr 1999 nicht auf einen tatsächlichen Kriminalitätsanstieg zurückzuführen ist, sondern auf eine Verschiebung zwischen Hell- und Dunkelfeld.

5.2.2.4 Zusammenhang zwischen ausländischer Bevölkerungsentwicklung und Kriminalitätsentwicklung

Als weiterer Indikator der Sozialstruktur wurden die Veränderungen der ausländischen Bevölkerung in Bonn untersucht. Für die Zeitspanne 1985 bis 1997 kann die Gruppe der jugendlichen und heranwachsenden Bevölkerung nicht separat ausgewiesen werden, sodass auf die gesamte ausländische Bevölkerung zurückgegriffen werden muss, um eine ungefähres Bild der Entwicklung zu erhalten. Bei der Untersuchung der ausländischen Tatverdächtigen muss beachtet werden, dass die Staatsangehörigkeit allein noch kein kriminelles Verhalten begründet. Vielmehr müssen die soziale Situation, die Lebenslage oder eventuelle Integrationsprobleme der Nichtdeutschen berücksichtigt werden.⁷²⁴ Die ausländische Wohnbevölkerung ist nicht zwingend ursächlich für eine möglicherweise erhöhte Kriminalitätsrate in ihren Wohngebieten. Entscheidend ist vielmehr, dass Ausländer häufig in Vierteln wohnen, in denen die Bedingungen für ein erhöhtes Kriminalitätsniveau bereits vorhanden sind.⁷²⁵ Zudem ergaben verschiedene Untersuchungen, dass die Anzeigebereitschaft größer ist, wenn der Täter einer anderen Ethnie angehört.⁷²⁶

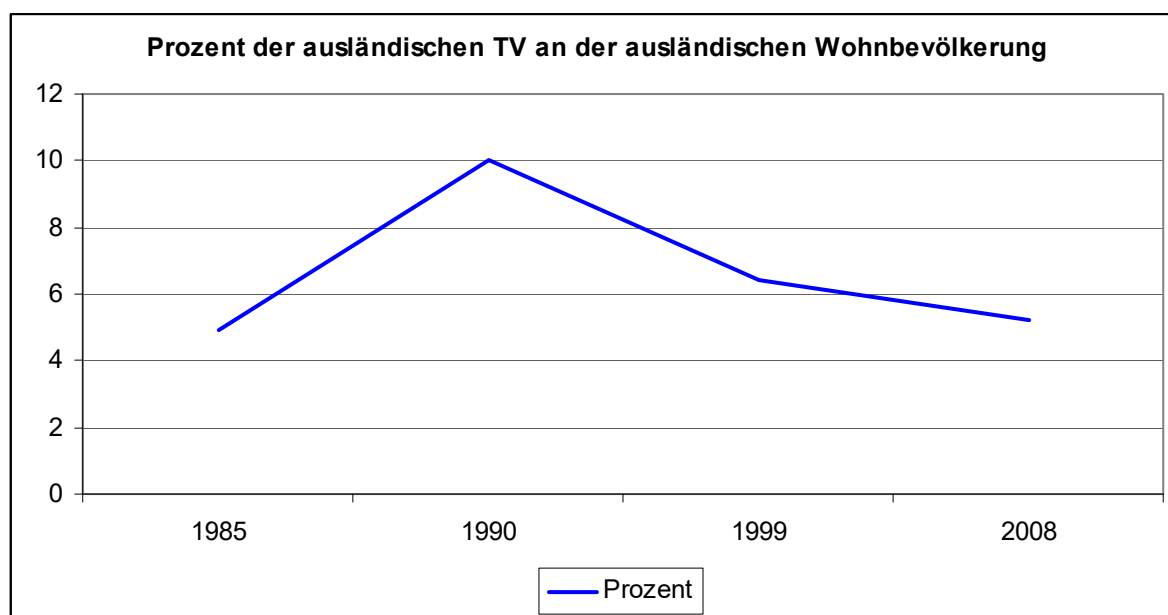
Abbildung 90 zeigt die Entwicklung der Zahl der ausländischen Tatverdächtigen, gemessen an der ausländischen Wohnbevölkerung. Im Jahr 1990 wurden knapp 10% der ausländischen Bevölkerung als tatverdächtig erfasst. Seitdem sank die Zahl auf zuletzt 5,1% und erreichte damit ungefähr den Ausgangswert aus dem Jahr 1985 (5,04%).

⁷²⁴ Heinz, Jugendkriminalität, S. 3.

⁷²⁵ Frehsee, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 276; Baldwin/Bottoms, The urban criminal, S. 37 f.

⁷²⁶ Oberwittler et al., Soziale Lebenslagen und Delinquenz, S. 371; Pfeiffer/Delzer, Wird die Jugend immer brutaler?, S. 701, 714 ff.; Wetzels et al., Jugend und Gewalt, S. 155 f.; Feltes, Auswertung der polizeilichen Aufklärungsquote, S. 36, 37: nimmt eine Benachteiligung von Minderheiten durch die Polizei an; Baier et al., Jugendgewalt in Deutschland, S. 325, 328.

Abbildung 90: Prozent der ausländischen Tatverdächtigen an der ausländischen Wohnbevölkerung, Bonn 1985–2008

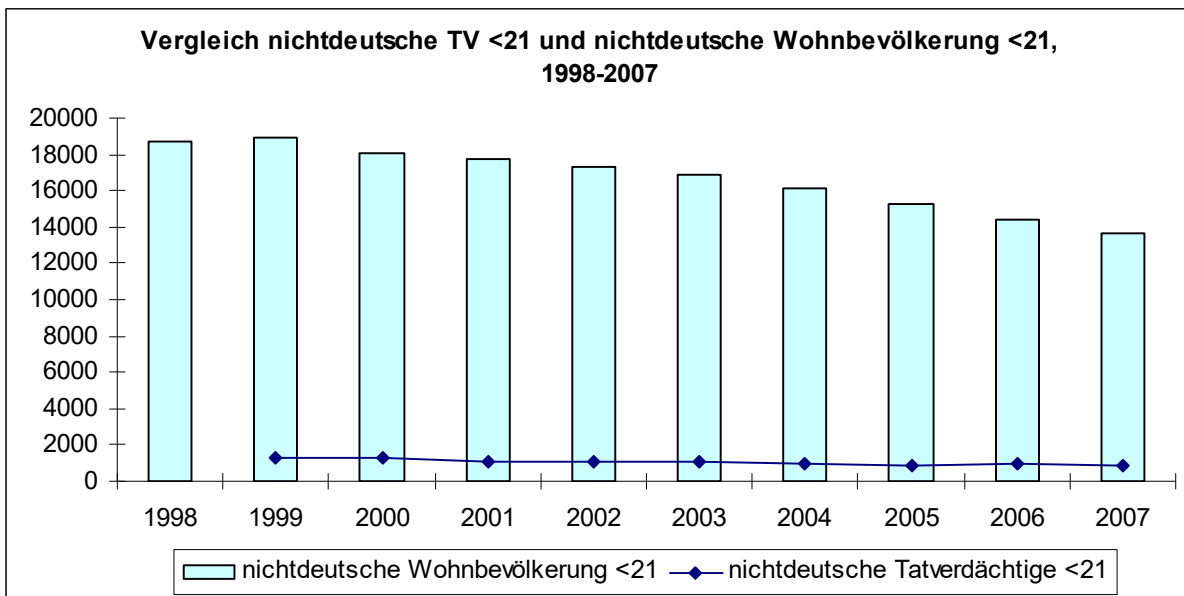


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985, 1990, 1999, 2008, S. 94, 177.

Trotz der deutlichen Zunahme ausländischer Einwohner zwischen 1993 und 1998 hat der Anteil ausländischer Tatverdächtiger, gemessen an der ausländischen Wohnbevölkerung in Prozent einen sehr günstigen Verlauf genommen. Die dafür ausschlaggebenden Gründe können im Einzelnen nicht beurteilt werden. Einflüsse des Strukturwandels können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Die Entwicklung der ausländischen Jugendkriminalität spiegelt die Bevölkerungsschwankungen nur bedingt wider. Die Zahl der nichtdeutschen Wohnbevölkerung unter 21 Jahren nahm zwar seit 1998 um knapp 17% ab. Die absolute Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren sank um fast 30% ab.

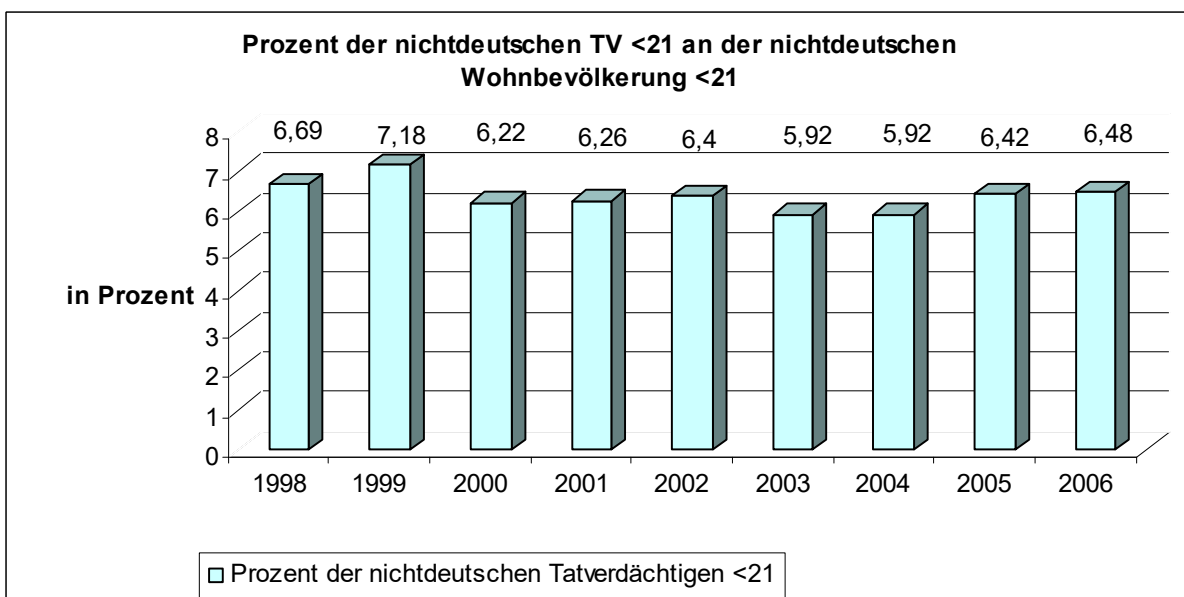
Abbildung 91: Vergleich nichtdeutscher Tatverdächtiger unter 21 Jahre und nichtdeutscher Wohnbevölkerung unter 21 Jahre, Bonn 1998–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 94, 177

Abbildung 92 verdeutlicht, dass sich der prozentuale Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren nur leicht verringerte.

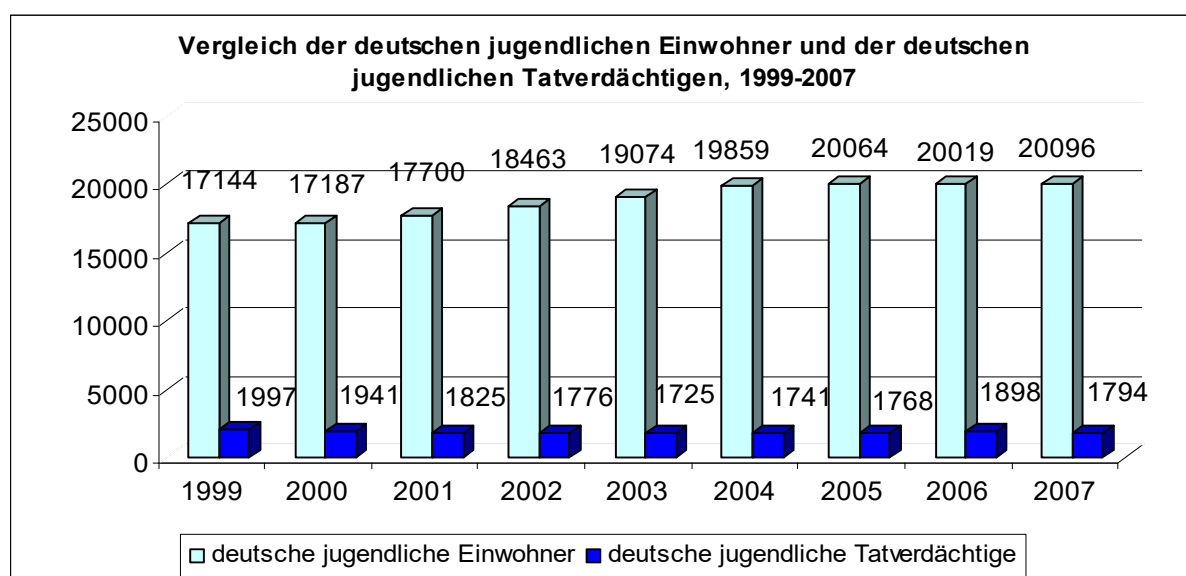
Abbildung 92: Prozent der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahre an der nichtdeutschen Wohnbevölkerung unter 21 Jahre, Bonn 1999–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 94, 177.

Abbildung 93 und 94 zeigen, wie sich die Bevölkerungsentwicklung der Jugendlichen und Heranwachsenden auf die Tatverdächtigenzahlen dieser Altersgruppen auswirkt. Die Zahl der deutschen Jugendlichen ist fast kontinuierlich gestiegen und erreichte im Jahr 2007 mit 20.096 einen Höchststand. Die absolute Zahl der registrierten deutschen Tatverdächtigen zwischen 14 und 18 Jahre sank dagegen fast stetig mit Ausnahme der Jahre 2004 bis 2006. Der niedrigste Wert wurde im Jahr 2003 erreicht.

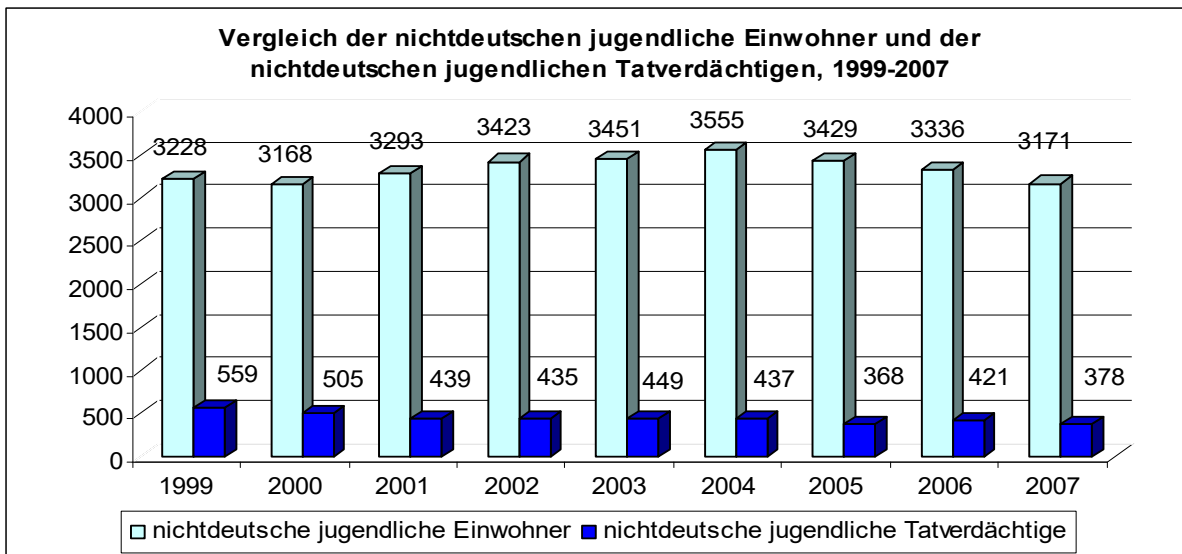
Abbildung 93: Vergleich der deutschen jugendlichen Einwohner und der deutschen jugendlichen Tatverdächtigen, Bonn 1999–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 83, 176.

Bei den nichtdeutschen Jugendlichen zeigt sich eine andere Entwicklung. Die absolute Zahl der nichtdeutschen Jugendlichen stieg seit dem Jahr 2000 an und erreichte ihren Höchststand im Jahr 2004. Seitdem verringerte sich diese Einwohnerzahl stetig. Die Entwicklung der nichtdeutschen Tatverdächtigen verhält sich dazu nicht parallel. Während die Einwohnerzahl bis 2004 stieg, sank die Zahl der registrierten Tatverdächtigen. Im Jahr 2006 stiegen die Tatverdächtigen jedoch trotz der sinkenden Einwohnerzahlen leicht an.

Abbildung 94: Vergleich der nichtdeutschen jugendlichen Einwohner und der nichtdeutschen jugendlichen Tatverdächtigen, Bonn 1999–2007

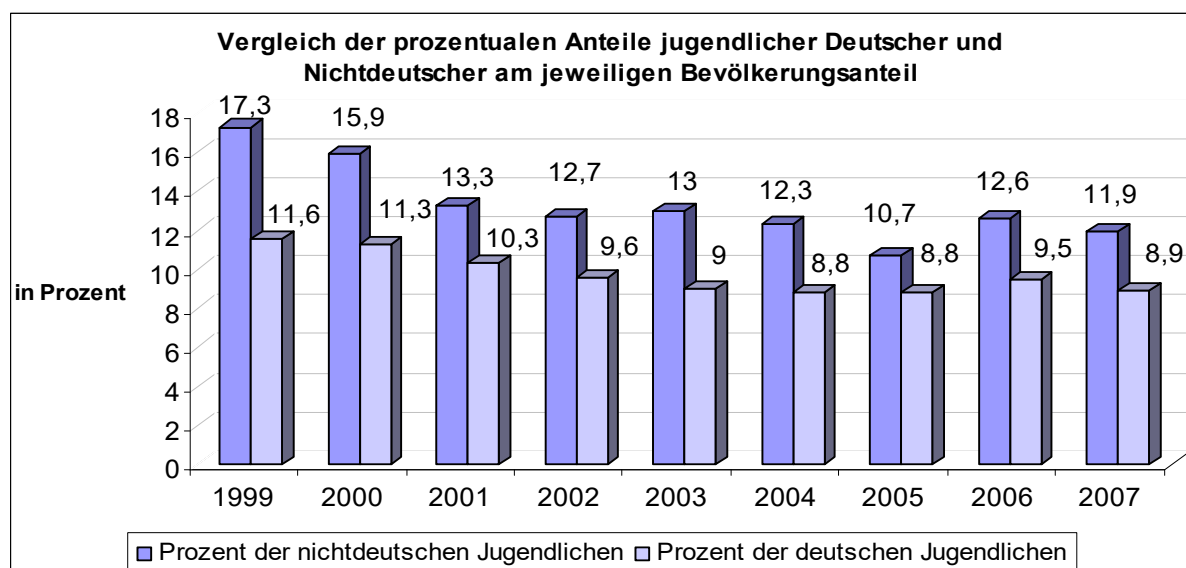


Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 98, 177.

Abbildung 93 und 94 zeigen nur die absoluten Zahlen der Tatverdächtigen und der Wohnbevölkerung der unter 21-jährigen Deutschen und Nichtdeutschen. Interessant ist daher, diese miteinander in Beziehung zu setzen, um die demografischen Veränderungen berücksichtigen zu können. In Abbildung 95 ist deutlich erkennbar, dass die tatverdächtigen nichtdeutschen Jugendlichen einen sehr hohen Anteil an allen nichtdeutschen Jugendlichen einnehmen. Von dieser Bevölkerungsgruppe wurden im Jahr 1999 über 17% als tatverdächtig erfasst. Fast jeder sechste nichtdeutsche Jugendliche wurde also in diesem Jahr polizeilich registriert. Bei den Deutschen wurden nahezu 12% aller Jugendlichen als tatverdächtig erfasst. Diese im Jahr 1999 noch deutliche Differenz hat sich bis 2008 abgeschwächt. Die Anteile der ausländischen Bevölkerung gingen deutlich zurück. Auffällig ist das Jahr 2005, in dem mit 10,5% registrierten ausländischen Jugendlichen ein erstaunlich niedriger Wert verzeichnet wurde. Der starke Rückgang des Anteils nichtdeutscher Jugendlicher findet keine Entsprechung bei den deutschen Jugendlichen, deren Anteil in diesem Jahr unverändert geblieben ist.

Diese Entwicklung wird ihre Ursachen auch in der strukturellen Veränderung haben, wie sie seit 1991 zu beobachten ist. Auffällig ist dabei, dass sich die prozentualen Anteile bei den Nichtdeutschen günstiger entwickelt haben als bei den Deutschen. Insgesamt ist eine günstige Entwicklung der nichtdeutschen Tatverdächtigen zu beobachten.

Abbildung 95: Vergleich der prozentualen Anteile jugendlicher Deutscher und Nichtdeutscher am jeweiligen Bevölkerungsanteil, 1999–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 176 f. und eigener Berechnungen.

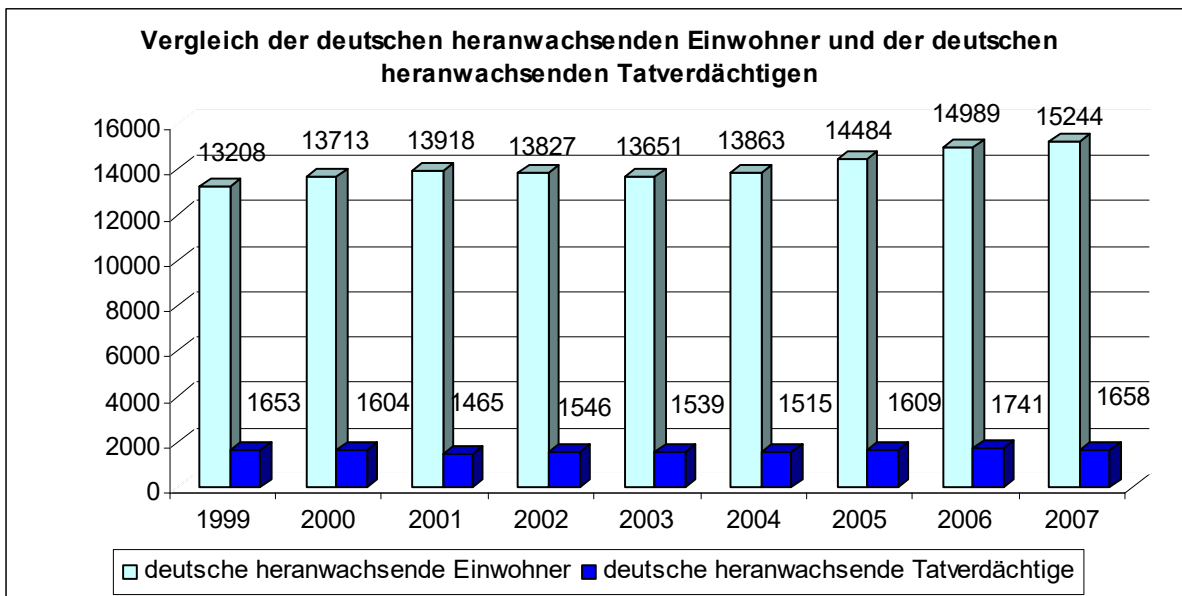
Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil werden ausländische Jugendliche allerdings häufiger als Tatverdächtige registriert als die entsprechende deutsche Altersgruppe.⁷²⁷ Diese allgemeine Beobachtung trifft für Bonn ebenso wie für andere Städte zu und kann deshalb nicht auf den Strukturwandel zurückgeführt werden. Es muss immer berücksichtigt werden, dass Deutsche und Nichtdeutsche aufgrund ihrer strukturellen Unterschiede nicht miteinander vergleichbar sind (vgl. Abschnitt 4.1). Bei der ausländischen Bevölkerung kumulieren oftmals verschiedenste belastende Lebensumstände, die die Begehung von Kriminalität begünstigen können. Zusätzlich zu den generellen Reifungsproblemen dieser Altersgruppe können bei ausländischen Jugendlichen ihre kulturellen Unterschiede sowie ihre Minderheitensituation subkulturelle Verhaltensweisen unterstützen.⁷²⁸

Abbildung 96 und 97 zeigen die unterschiedliche Entwicklung bei den Heranwachsenden. Die Bevölkerungszahlen der deutschen Heranwachsenden stiegen stetig an. Bei den nichtdeutschen Heranwachsenden nahm die Zahl dagegen fast konstant ab.

⁷²⁷ Vgl. z.B. *Baier et al.*, Jugendgewalt in Deutschland, S. 325 ff.: auch höhere Registrierung im Dunkelfeld; anders: *Reuter*, Hohe Ausländerkriminalität, S. 559, 560 ff.

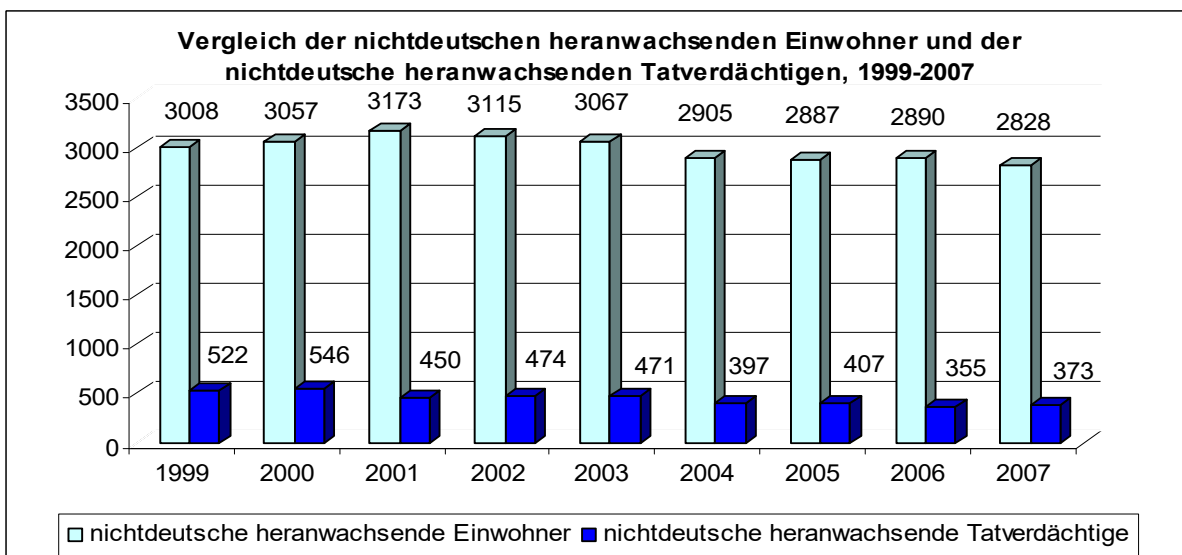
⁷²⁸ *Göppinger*, Kriminologie, S. 540.

Abbildung 96: Vergleich der deutschen heranwachsenden Einwohner und der deutschen heranwachsenden Tatverdächtigen, 1999–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 83, 176.

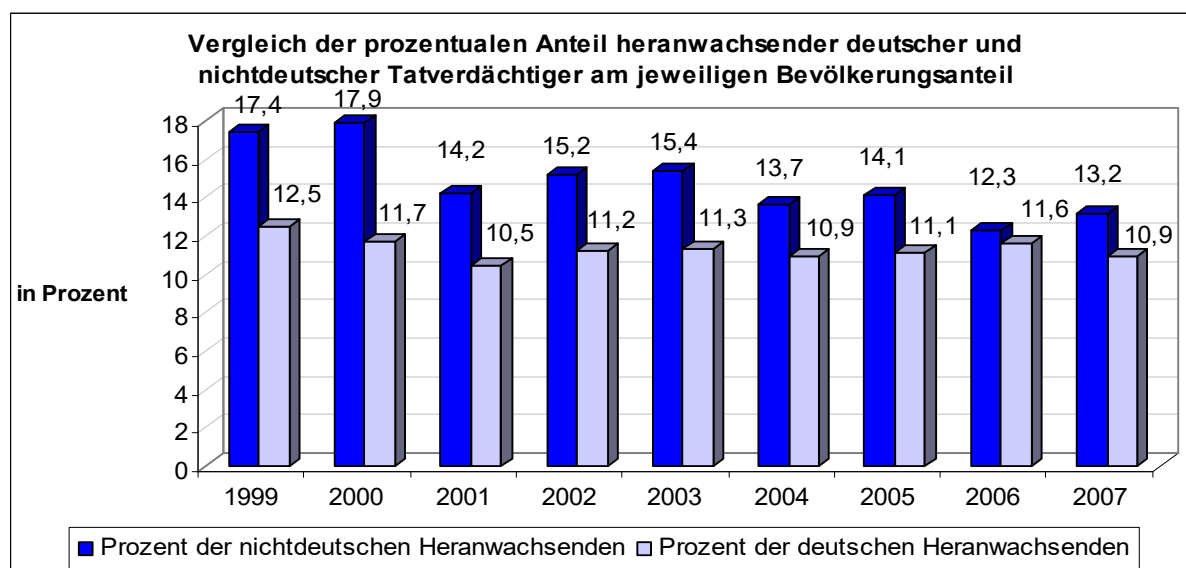
Abbildung 97: Vergleich der nichtdeutschen heranwachsenden Einwohner und der nichtdeutschen heranwachsenden Tatverdächtigen, 1999–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 177, 98.

Abbildung 98 verdeutlicht die noch sehr hohen Anteile nichtdeutscher heranwachsender Tatverdächtiger in den Jahren 1999 und 2000 mit über 17%. Trotz rückläufiger Werte liegen die Anteile über denen der deutschen Heranwachsenden. Es muss jedoch auch hier berücksichtigt werden, dass Deutsche und Nichtdeutsche aufgrund ihrer strukturellen Unterschiede nicht miteinander vergleichbar sind.

Abbildung 98: Vergleich der prozentualen Anteile heranwachsender deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger am jeweiligen Bevölkerungsanteil



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 2008, S. 83, 98, 176 f.

Abbildung 16 in Abschnitt 3.5.1.2 zeigt eine abnehmende Tendenz ausländischer Gymnasiasten. Während bei diesen ein Rückgang um 60% registriert wurde, erhöhte sich der Anteil deutscher Gymnasiasten um 13%. Ein Erklärungsansatz für den sinkenden Anteil ausländischer Gymnasiasten könnte eine stark rückläufige Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung in diesem Zeitraum sein. Die Zahlen der ausländischen Wohnbevölkerung im schulfähigen Alter nahmen zwar ebenfalls ab, von 18.895 (1999) auf 14.443 (2006), allerdings liegt keine synchrone Abnahme der prozentualen Anteile von Bevölkerungsrückgang und sinkenden Gymnasiastenzahlen vor. Im Jahr 1999 waren es 6,9% ausländische Gymnasiasten, im Jahr 2004 waren es noch 5,8%. Ein möglicher Erklärungsansatz wäre, dass es durch den Regierungsumzug zu einem verstärkten Wegzug bildungsnaher Ausländer gekommen ist. Da die Zahlen der ausländischen Bevölkerung für diesen Zeitraum stabil blieben, müsste der Wegzug bildungsnaher Ausländer durch den Zuzug bildungsfernerer ausgeglichen worden sein. Dieser beobachtete Trend hat aber offensichtlich keinen negativen Einfluss auf die günstige Kriminalitätsentwicklung der ausländischen Jugendlichen genommen.

Im Untersuchungszeitraum hat es deutliche demografische Veränderungen gegeben. Allerdings ist es schwierig, diese monokausal auf den Strukturwandel zurückzuführen, da die Sozialstruktur einer Gesellschaft permanenten Wandlungsprozessen unterliegt. Diese Veränderungen haben sich zumindest nicht offensichtlich auf eine Kriminalitätsentwicklung im negativen Sinne ausgewirkt. Bei all den beschriebenen strukturellen Veränderungen bleibt festzuhalten, dass zwischen 2000 und 2004 die Zahl jugendlicher Einwohner in Bonn deutlich zugenommen hat. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil jugendlicher Tatverdächtiger, gemessen an allen Jugendlichen

Bonns, prozentual deutlich zurück. Das weist darauf hin, dass sich der Strukturwandel durch demografische Veränderungen nicht negativ auf die Jugendkriminalität ausgewirkt hat. Zu beobachten ist eher ein positiver Trend. Dieser mag auch auf geeignete Maßnahmen zurückzuführen sein, mit denen die Polizei und die Stadt Bonn der Jugendkriminalität begegnet sind.

5.2.3 Auswirkungen durch wirtschaftliche Veränderungen

In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich die Stadt Bonn seit dem Berlin/Bonn-Beschluss positiv entwickelt. Der Strukturwandel wurde als Chance gesehen, um den Umzug der Bundesregierung durch verschiedene Maßnahmen abzufedern. Die einstige Bundeshauptstadt schuf sich durch die Ansiedlung der 19 UN-Organisationen eine neue Grundlage und wurde zur Bundesstadt. Auch die Ansiedlung von über 160 Organisationen und großen Firmen, wie Telekom oder Post, die aus den ehemaligen Ministerien hervorgingen, führten zur Entstehung neuer Arbeitsplätze. Die Stadt Bonn begann unmittelbar nach dem Berlin/Bonn-Beschluss die drohenden negativen Folgen der Hauptstadtverlagerung zu bekämpfen und kann deshalb auf einen erfolgreich gemeisterten Strukturwandel zurückblicken.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen stieg von 134.207 im Jahr 1991 auf 151.310 im Jahr 2009. Im Jahr 1999 wurden 148.130 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verzeichnet. Nach 1999 kam es zu einem anhaltenden Rückgang der Beschäftigten, der nur im Jahr 2002 unterbrochen wurde. Seit 2006 entwickeln sich die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder positiv. Von dem Rückgang der Arbeitsplätze war insbesondere die öffentliche Verwaltung betroffen.

Die Verteilung der Beschäftigten auf die drei Wirtschaftszweige kann auch für das Kriminalitätsaufkommen interessant sein. Günter Albrecht nahm beispielsweise einen positiven Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsrate und einem hohen Anteil des produzierenden Gewerbes an. Dagegen wirke sich ein hoher Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor kriminalitätsmindernd aus.⁷²⁹ Andererseits könnte auch die Annahme zutreffen, dass sich ein struktureller Wandel zum Dienstleistungssektor kriminalitätsfördernd auswirken kann, denn diese Veränderungen könnten prinzipiell zur Entwertung bestehender Qualifikationen sowie zur Verminderung der Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Arbeitskräfte beitragen.⁷³⁰

⁷²⁹ Albrecht, Erkenntnisse der Kriminalgeografie, S. 292, 299; Bröring, Kriminologische Regionalanalyse, S. 181, 209, 213 sieht einen Zusammenhang zwischen großer Landwirtschaftsfläche sowie hohem Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten und einem geringen Kriminalitätsaufkommen an.

⁷³⁰ Eisner, Das Ende der zivilisierten Stadt?, S. 171.

Die Anzahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor stieg zwischen 1987 und 2008, während der Beschäftigungsanteil im produzierenden Gewerbe um über 6 Prozentpunkte zurückging.⁷³¹ Dennoch erhöhte sich in diesem Zeitraum die registrierte Kriminalität, sodass Albrechts Annahmen für Bonn nicht zutreffend sind. Aber auch die Gegenthese ist auf Bonn nicht uneingeschränkt anwendbar. Diese trifft in der Regel nur dann zu, wenn ein sektoraler Wandel zugunsten des Dienstleistungssektors zu einer Verminderung des produzierenden Gewerbes führt. Bonn war aber immer dienstleistungsorientiert. Der Regierungsumzug führte lediglich zu einer innersektoralen Verlagerung innerhalb des tertiären Sektors, von den öffentlichen zu den privaten Dienstleistungen. Da es dennoch zu einem Rückgang im produzierenden Gewerbe kam, kann ein Zutreffen dieser Annahme nicht ausgeschlossen werden.

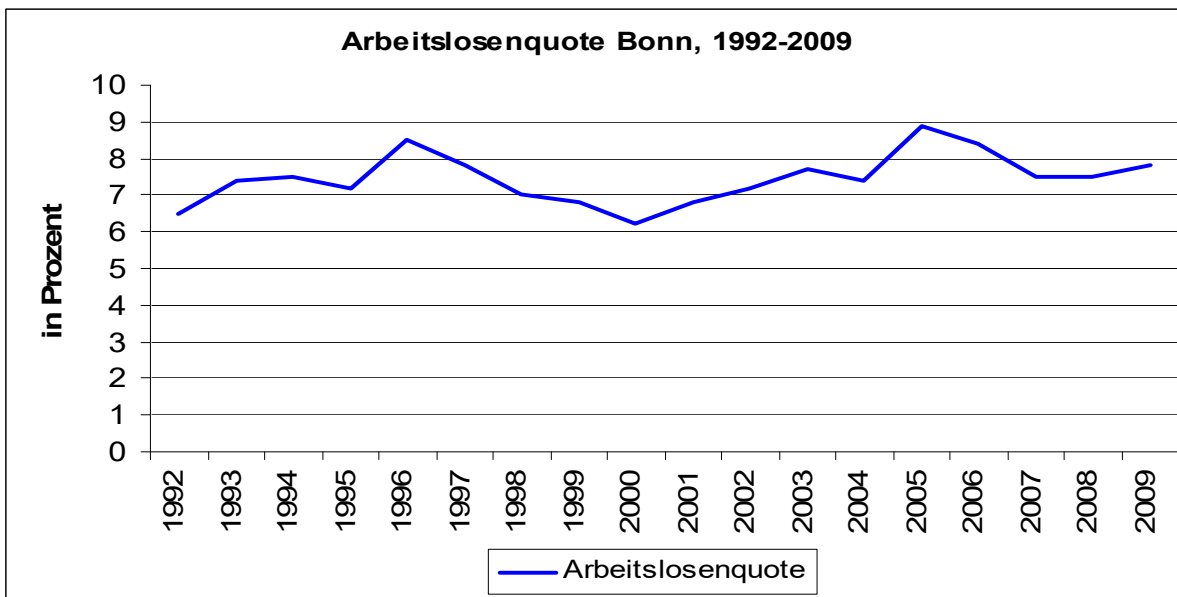
Bei der Arbeitslosenquote handelt es sich ebenfalls um einen Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung, der häufig in empirischen Untersuchungen analysiert wird.⁷³² Die niedrigste Arbeitslosenquote wurde im Jahr 2000 mit 6,2% gemessen. Aber auch die höheren Werte in den Jahren 1996 (8,5%), 2005 (8,9%) und 2006 (8,4%) sind keine besorgniserregenden Zahlen und im Vergleich zu anderen Städten oder mit dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich.

Abbildung 99 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Bonn. Bei einem Vergleich mit Abbildung 83, die die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahlen von Jugendlichen und Heranwachsenden darstellt, können keine Ähnlichkeiten erkannt werden. Aus diesem Grund lässt sich auch kein direkter Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität ableiten.

⁷³¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/online;jsessionid=35931E99B1BB51A7A399DEDCD25F5BDB?operation=begriffsRechercheNextPage&levelindex=1&levelid=1281379737438&lastitem=140>, letzter Zugriff: 6.08.2010.

⁷³² Vgl. Abschnitt 2.4.5.

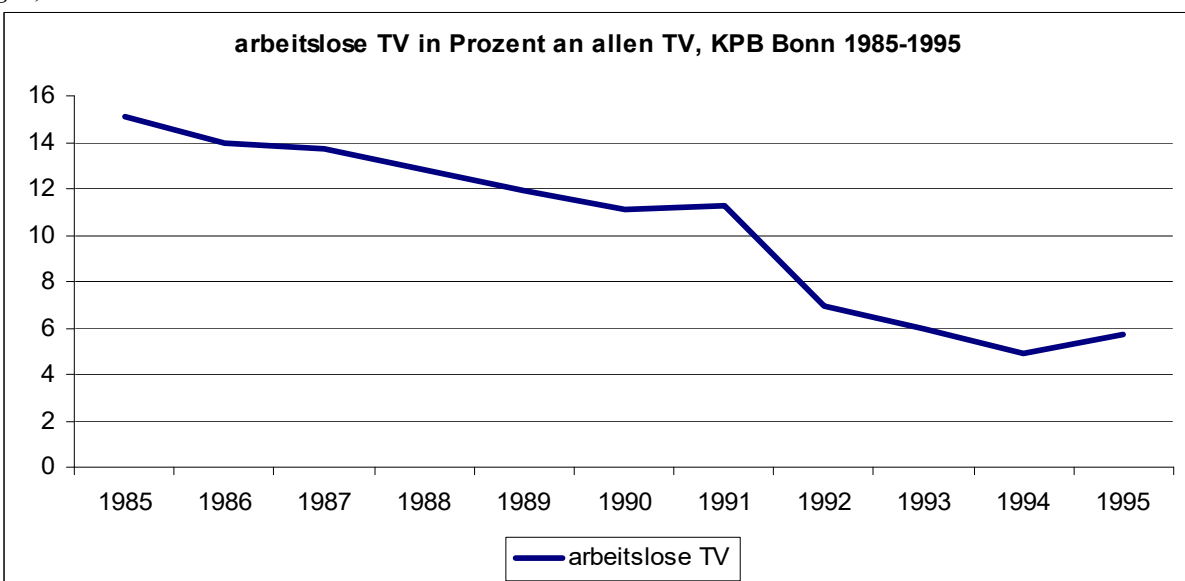
Abbildung 99: Arbeitslosenquote Bonn, 1992–2009



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten der Statistikstelle der Stadt Bonn
http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?10720, letzter Zugriff: 13.09.2010

Für die Jahre 1985 bis 1995 ermittelte das Polizeipräsidium Bonn den prozentualen Anteil aller arbeitslosen Tatverdächtigen über 14 Jahren an allen Tatverdächtigen. Auch hier kann kein direkter Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsaufkommen festgestellt werden.

Abbildung 100: Prozentualer Anteil arbeitsloser Tatverdächtiger über 14 Jahre an allen Tatverdächtigen, KPB Bonn 1985–1995



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des PP Bonn, PKS 1985–1995

Einige Theorien, beispielsweise die Anomietheorie, postulieren einen Kausalzusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Diese These darf aber nicht dahingehend generalisiert werden, dass Arbeitslose grundsätzlich kriminelle Handlungen begehen. Von einigen empirischen Untersuchungen unterstellt wird lediglich der nicht individualisierbare Zusammenhang zwischen einer Erhöhung der Kriminalitätsrate bei steigender Arbeitslosenquote. Wie bereits in 2.4.5 diskutiert, kann Arbeitslosigkeit als kriminogener Faktor fungieren, der sich aber in der Regel nicht monokausal auswirkt.⁷³³ In Deutschland besteht darüber hinaus eine staatliche Unterstützung, die das Bestreiten des Lebensunterhaltes auch während der Arbeitslosigkeit gewährleistet. Bei einer Interpretation der Daten muss deshalb berücksichtigt werden, dass offiziell registrierte Arbeitslose nicht zwangsläufig in wirtschaftlicher Not leben.⁷³⁴

Die Kaufkraft ist ebenfalls ein Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung. Ob und wie sich eine steigende Kaufkraftkennziffer auf das Kriminalitätsaufkommen auswirkt, kann unterschiedlich beurteilt werden.⁷³⁵

So erhöhen gesteigerte Konsumausgaben die Menge der reizvollen Güter. Hierdurch können sich die Anreize sowie die möglichen Tatgelegenheiten für potentielle Täter vergrößern, was zu einem steigenden Kriminalitätsaufkommen führen kann.⁷³⁶ Höhere Konsumausgaben führen regelmäßig auch zu Aktivitäten außerhalb des häuslichen Bereichs. Die Lifestyletheorie besagt, dass mit ansteigenden Aktivitäten außerhalb der häuslichen Sphäre die Kontrolle über die Güter im Wohnungsbereich sinkt und sich gleichzeitig das Viktimisierungsrisiko für die Personen erhöht, da sie mehr Zeit im öffentlichen Raum verbringen.

Andererseits erhöhen sich mit dem Wachstum privater Konsumausgaben auch die Möglichkeiten, Güter legal zu erwerben, sodass sich der Anreiz verringert, die erstrebten Güter auf illegale Weise zu verschaffen.

Ellermann bestätigte einen Zusammenhang zwischen positiver wirtschaftlicher Konjunktur und zunehmender Eigentumskriminalität.⁷³⁷ Auch in Nordrhein-Westfalen konnte ein positiver Zusammenhang zwischen dem Ansteigen der privaten Konsumausgaben und der registrierten Kriminalität festgestellt werden. Dieser Einfluss tritt mit etwa einem Jahr Verspätung zeitverzögert ein.⁷³⁸ Selbst wenn die Kaufkraft der Bevölkerung ansteigt, wirkt sich das nicht zwangsläufig in einer sin-

⁷³³ *Box/Hale*, Unemployment, S. 209 ff.

⁷³⁴ *Eisenberg*, Kriminologie, S. 851.

⁷³⁵ LKA, Trends der Kriminalität in NRW, S. 26; *Field*, Trends in Crime revisited, S. 11 ff., positiver Zusammenhang; *Beki et al.*, An Analysis of the Crime Rate, S. 401, 409 f.

⁷³⁶ *Beki et al.*, An Analysis of the Crime Rate, S. 401.

⁷³⁷ *Ellermann*, Ökonomische Krisen und Eigentumskriminalität, S. 386, 405.

⁷³⁸ LKA NRW, Trends der Kriminalität in NRW, S. 26; *Field*, Trends in Crime revisited, S. 11 ff; *Beki et al.*, An Analysis of the Crime Rate, S. 401, 408 ff.

kenden Rate der Eigentumskriminalität aus. Dies liegt daran, dass das der Kaufkraft zugrunde gelegte Vermögen nicht gleichmäßig auf alle Einwohner verteilt ist.⁷³⁹

All dies kann als Indiz dafür angesehen werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung hinsichtlich der Kriminalitätsentwicklung in Bonn eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat.

5.3 Ergebnisse

In städtebaulicher, demografischer und wirtschaftlicher Hinsicht lassen sich in Bonn verschiedene strukturelle Veränderungen erkennen. So stiegen die Bonner Einwohnerzahlen seit 1990 fast kontinuierlich an. Nur leichte Veränderungen wurden hinsichtlich der Altersstruktur registriert. Wie im gesamten Bundesgebiet ist dies insbesondere eine leichte Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppe. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg in Bonn seit 1990 ebenfalls kontinuierlich an. Hier kann eine Verschiebung von den öffentlichen zu den privaten Dienstleistungen verzeichnet werden. Insbesondere die Ansiedlung der UN-Organisation schuf viele neue Arbeitsplätze und brachte internationale Arbeitnehmer in die Stadt. Bei der Entwicklung der Jugendkriminalität ist seit 1991 eine steigende Tendenz mit Auffälligkeiten in verschiedenen Jahren zu beobachten. So zeigt insbesondere das Jahr 1999 eine deutlich erhöhte absolute und prozentuale Zahl registrierter jugendlicher Tatverdächtiger. Dies steht im Gegensatz zu der allgemeinen Kriminalitätsentwicklung, die sich in diesem Jahr erkennbar rückläufig entwickelte.

Wie in Abschnitten 5.1 und 5.2 gezeigt, lassen sich die Veränderungen in der Jugendkriminalität nur schwer als Folgen des Strukturwandels einordnen. Es gibt keine eindeutigen Anhaltspunkte, die steigenden und auch sinkenden absoluten und prozentualen Werte unzweifelhaft und eindeutig mit dem Strukturwandel in Verbindung zu setzen. Liegen die Ursachen für die Erhöhung des Kriminalitätsaufkommens aber nicht ausschließlich in den strukturellen Veränderungen, bleibt zu klären, warum die Jugendkriminalität seit 1990 angestiegen ist.

Hierfür bieten sich verschiedene mögliche Erklärungsansätze an:

Die ansteigenden Werte könnten auf einer verstärkten polizeilichen Kontrolle beruhen. Für das Jahr 1999 wurde eine höhere Anzahl Beamter zur Erfassung von Straftaten eingesetzt. Die hohen Werte dieses Jahres beruhten dann nicht auf einer tatsächlichen Kriminalitätssteigerung, sondern auf einer Verschiebung zwischen Hell- und Dunkelfeld. Die in den folgenden Jahren gesunkenen Zahlen können auf dem Rückgang der verstärkten Kontrolltätigkeit der Polizei beruhen, da weniger Jugendliche polizeilich erfasst wurden. Es wäre aber auch möglich, dass die verstärkte polizeiliche Kontrolltätigkeit einen abschreckenden Effekt erzeugt hat und es zu einem tatsächlichen Rückgang der Jugendkriminalität gekommen ist.

⁷³⁹ *Fadaei-Tehrani/Green, Crime and Society, S. 781, 788.*

Für eine Verschiebung zwischen Hell- und Dunkelfeld spricht, dass verschiedene regional- und bundesweit durchgeführte Dunkelfeldanalysen keine deutlichen Anstiege der Jugendkriminalität belegt haben.⁷⁴⁰ Für die Stadt Bonn untersuchte Werner Rüther die ‚objektive Sicherheitslage‘ u.a. anhand der Daten der PKS und die ‚subjektive‘ Sicherheitslage u.a. mit einer durchgeführten Bürgerbefragung. Er kam zu dem Ergebnis, dass sich die Bonner Kriminalitätswerte in einem durchaus normalen Bereich bewegen. Dieser Erkenntnis konnten durch die Bürgerbefragung gestützt werden, da die Bonner Bürger ein vergleichsweise geringes Unsicherheitsgefühl äußerten. Die Ergebnisse über die Viktimisierung im Dunkelfeld zeigen eine hohe Anzeigebereitschaft hinsichtlich gewichtigerer Delikte, mit Ausnahme von Sexualdelikten. Diese Werte sind aber nur bedingt aussagekräftig, da sie sich nur auf einen Zeitpunkt beziehen und nicht über einen längeren Zeitraum verglichen werden können.

Die regional- und bundesweit durchgeführten Dunkelfeldstudien können dennoch mit Indizwirkung für die Stadt Bonn herangezogen werden. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die Jugendkriminalität bundesweit zwischen Mitte der 1980er und 1990er Jahre anstieg, gegen Ende der 1990er Jahre jedoch ein Rückgang einsetzte, sodass diese Ergebnisse die Hellfelderkenntnisse nicht bestätigen. Beruht die registrierte Steigerung des Kriminalitätsaufkommens auf einer Aufhellung des Dunkelfeldes, könnte dies auf einem Anstieg der Anzeigebereitschaft beruhen. Das kann u.a. auf eine gestiegene Sensibilisierung gegenüber Normabweichung zurückgeführt werden,⁷⁴¹ aber auch auf eine Reduzierung von informellen Lösungen.⁷⁴² Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass die Zunahme der registrierten Jugendkriminalität auf die Aufhellung des Dunkelfeldes zurückzuführen ist.⁷⁴³

Die ansteigenden Werte seit 1991 können aber auch Folge eines tatsächlichen, nicht aus dem Strukturwandel resultierenden, Kriminalitätsanstiegs sein. Es würde sich dann um eine allgemeine Kriminalitätsentwicklung handeln, wie sie deutschlandweit seit 1991 beobachtet werden kann.

⁷⁴⁰ Baier et al., Jugendgewalt in Deutschland, S. 323, 330 f.; Dünkel/Geng, Gewalterfahrungen, S. 1, 19 ff., 52; Fuchs et al., Gewalt an Schulen, S. 123; Lösel et al., Hat die Delinquenz von Schülern zugenommen, S. 115 f., 119 f.; Köllisch/Oberwittler, Sozialer Wandel, S. 49, 50 ff., 55 ff.; Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz, Erster Periodischer Sicherheitsbericht, S. 584 ff.; Baier et al., Jugendliche in Deutschland, S. 95ff, 99; Baier et al., Jugendliche in Deutschland, S. 10; Baier/Wetzels, Freizeitverhalten, S. 77; Pöge, Soziale Miliens, S. 89 ff.; so auch Traulsen, Die Entwicklung der Jugendkriminalität, S. 101, 104.

⁷⁴¹ Köllisch/Oberwittler, Sozialer Wandel, S. 49, 56; Schwind et al., Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich, S. 166 ff.; Lehne, Zu den Konstruktionsprinzipien, S. 153, 169; so auch Lösel et al., Hat die Delinquenz von Schüler zugenommen, S. 115, die eine nur mäßige Steigerung im Dunkelfeld ermittelten, aber eine gesteigerte Sensibilisierung der Gesellschaft bei Jugendgewalt annehmen.

⁷⁴² Köllisch/Oberwittler, Sozialer Wandel, S. 49, 58 f.

⁷⁴³ Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle, Trends der Kriminalität in NRW, S. 19; so auch Wetzels/Brettfeld, Gewalt und Delinquenz junger Menschen, S. 3, 5; Neubacher et al., Juvenile Delinquency, S. 533, 534, 544 f.; Wetzels et al., Jugend und Gewalt, S. 149.

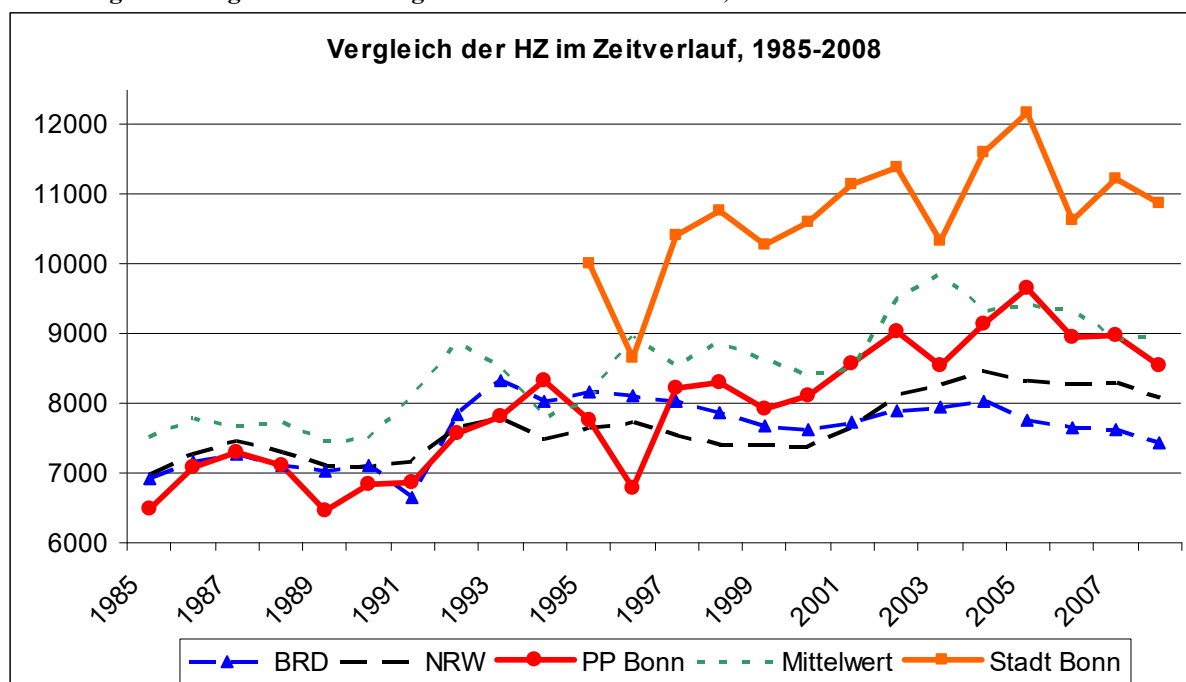
Die nachfolgende Abbildung zeigt einen Vergleich der Bonner Häufigkeitszahlen mit den Werten anderer Städte sowie den Häufigkeitszahlen in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen. Der Vergleich mit den genannten Parametern lässt eine Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung in Bonn zu. Durch die Nutzung der Häufigkeitszahlen, die die Zahl der erfassten Straftaten für eine einheitliche Bevölkerungsmenge berechnen, können auch unterschiedlich große Vergleichsparameter verglichen werden.

Abbildung 101 zeigt die Entwicklung der Häufigkeitszahlen der gesamten Kreispolizeibehörde Bonn für den Zeitraum 1985 bis 2008. Ab 1995 kann auch die Entwicklung der Häufigkeitszahlen speziell für die Stadt Bonn separat ausgewiesen werden.

Bereits in Kapitel 4 wurden die für Bonn ermittelten Zahlen zu den Werten verschiedener Städte sowie der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalens in Verbindung gesetzt, um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Die ausgewählten Städte Bochum, Mannheim, Mönchengladbach und Wuppertal entsprechen Bonn ungefähr hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl und ihrer Größe. Die im Ruhrgebiet befindlichen Städte sind für einen Vergleich durchaus interessant, da auch diese Region einen Wandlungsprozess, wenn auch anderer Art, durchlaufen hat. Aus den Häufigkeitszahlen dieser Städte wurde ein Mittelwert errechnet, um eine übersichtliche Darstellung zu erreichen. Mannheim blieb dabei allerdings unberücksichtigt, weil sich bei der Auswertung der Zahlen herausstellte, dass die Stadt für den Vergleichszeitraum eine deutlich rückläufige Kriminalitätsentwicklung aufweist. Diese Besonderheit passt nicht zu den sonst beobachteten Werten.

Die Bonner Häufigkeitszahlen (Abb. 99) zeigen für den Zeitraum 1985 bis 1990 einen Aufwärtstrend, der im Jahr 1987 seinen höchsten Punkt erreicht. Danach sinkt die Häufigkeitszahl auf ihren Tiefpunkt im Jahr 1989. Bis 1990 steigt die Zahl leicht an, liegt aber unter 7.000. Bei einer Betrachtung der Vergleichsgrößen zeigt sich für diesen Zeitraum eine ähnliche Entwicklung. Zwar sind diese Kurven nicht so deutlich ausgeprägt wie die für Bonn, aber auch in den Vergleichsstädten lag der Tiefpunkt im Jahr 1989.

Abbildung 101: Vergleich der Häufigkeitszahlen im Zeitverlauf, 1985–2008



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten des BKA, PKS 1985–2008, des LKA NRW, PKS 1985–2008 und des PP Bonn, PKS 1985–2008

Für den Zeitraum 1990 bis 2008 zeigt Abbildung 101 einen ungleichmäßigen Verlauf der Häufigkeitszahlen. Ab 1990 steigen die der Kreispolizeibehörde Bonn kontinuierlich an und erreichen im Jahr 1994 mit rund 8.300 ihren vorläufigen Höchststand. Danach fallen sie wieder und gelangen im Jahr 1996 zu einem Tiefpunkt, der mit einem Wert von knapp 6.800 noch unter dem Wert von 1990 liegt. 1997 und 1998 steigen die Werte und entwickeln sich im Jahr 1999 wieder leicht rückläufig. Ab dem Jahr 2000 steigen die Zahlen konstant an und erreichen im Jahr 2002 ihren vorläufig höchsten Wert mit knapp über 9.000. Im Jahr 2003 sinkt die Zahl leicht und steigt in den Jahren 2004 und 2005 wieder an. Mit einer Häufigkeitszahl von fast 9.700 erreicht die Kreispolizeibehörde Bonn im Jahr 2005 den höchsten registrierten Wert. Seitdem kann ein rückläufiger Trend verzeichnet werden.

Bei einer Betrachtung der Häufigkeitszahlen der Stadt Bonn fällt auf, dass sie mit der der gesamten Kreispolizeibehörde nahezu identisch ist. Dies verwundert nicht, entfällt doch ein Großteil der in der Kreispolizeibehörde Bonn registrierten Kriminalität auf die Stadt. Allerdings können auch leichte Abweichungen für einzelne Jahre (z.B. 1998, 2004–2007) festgestellt werden. Diese lassen sich wohl mit den Unterschieden zwischen dem städtischen Ballungsgebiet und den ländlichen Bereichen erklären, die verschiedenartige Tatgelegenheiten und Anlässe für strafbare Handlung ermöglichen. Aufgrund der Konzentration der Straftaten auf verhältnismäßig wenige Einwohner liegt die Häufigkeitszahl der Stadt deutlich höher als die der Kreispolizeibehörde (vgl. Abb. 83).

Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen weisen einen etwas gleichmäßigeren Verlauf der Häufigkeitszahlen als die Vergleichsstädte und Bonn auf, da keine deutlichen Höchst- oder Tiefstände erkennbar sind. Seit 2004 ist bei diesen Größen ebenfalls eine leicht rückläufige Entwicklung zu erkennen, die nicht so deutlich ausgeprägt ist wie in Bonn oder bei den Vergleichsstädten. Der sprunghafte Anstieg der Werte der Bundesrepublik zwischen 1991 und 1993 beruht auf den durch die Wiedervereinigung gestiegenen Zahlen.⁷⁴⁴

Auch der Mittelwert der Städte verzeichnet einen Aufwärtstrend in unstetiger Form mit Höchstständen in den Jahren 1992 und 1996. Den Höhepunkt erreichten die Städte im Jahr 2003 mit einem Wert von rund 9.900. Seitdem ist auch hier ein rückläufiger Trend erkennbar.

Verglichen mit den anderen Städten weist die Kreispolizeibehörde Bonn über den gesamten Zeitraum die niedrigste Häufigkeitszahl auf. Die Häufigkeitszahlen der Stadt Bonn zeigen gegenüber den Vergleichsstädten deutlich höhere Werte. Allerdings konzentriert sich Kriminalität in städtischen Ballungsgebieten, d.h., große Städte sind immer mit mehr Kriminalität belastet als ländliche Gebiete. Hinsichtlich der Häufigkeitszahl hebt sich die Stadt Bonn seit 1996 deutlich von dem Mittelwert der Städte ab. Für die Zeitspanne zwischen 1985 bis 1994 lässt sich mangels vorhandener Daten keine Aussage treffen. Es liegt aber die Vermutung nahe, dass sich die Kriminalität der Stadt ähnlich synchron zur Kriminalität der Kreispolizeibehörde entwickelte wie auch in der Zeit zwischen 1995 und 2008, allerdings auf einem deutlich höheren Niveau. Eine verlässliche Aussage kann aber nicht getroffen werden.

Werden die Bonner Werte mit der Mittelwerte der Städte verglichen, so ist bei beiden trotz starker Schwankungen ein genereller Aufwärtstrend zu verzeichnen. Insofern ist eine Parallelität der Entwicklung zu erkennen. Trotz dieser grundsätzlichen Parallelität zeigen sich sowohl für die Kreispolizeibehörde als auch für die Stadt Bonn zwei Auffälligkeiten. Während sich die Häufigkeitszahlen der Vergleichsstädte ab 1992 rückläufig entwickeln und im Jahr 1994 einen Tiefstand erreichen, verzeichnet Bonn einen gegenläufigen Trend. Bis 1994 steigen die Häufigkeitszahlen der Bundesstadt kontinuierlich an und erreichen in diesem Jahr ihren vorläufigen Höhepunkt. Diese gegenläufige Entwicklung fällt auch in den Jahren 1995, 1996 und 2004 auf. In diesen Zeiträumen verzeichnet Bonn dort allerdings überraschend niedrige Werte.

Die kontinuierlich ansteigenden Fallzahlen Bonns in der ersten Hälfte der 1990er Jahre (bis 1994) liegen im durchschnittlichen Bereich.⁷⁴⁵ Insbesondere lassen sich keine deutlichen Auffälligkeiten beobachten, die einen Zusammenhang mit dem einsetzenden Strukturwandel vermuten lassen. Auffällig ist zudem die relativ ausgeprägte rückläufige Entwicklung mit einer direkt folgenden starken Aufwärtsbe-

⁷⁴⁴ BKA, PKS 1993, S. 14 f.

⁷⁴⁵ Rüter, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 59.

wegung. Die niedrigen Werte in den Jahren 1995 und 1996 lassen sich durch einschneidende organisatorische Veränderungen des Polizeipräsidiums Bonn erklären (vgl. Kapitel 4). Die rasche Aufwärtsbewegung im Jahr 1997 ist laut Rüther Folge eines veränderten, BKV-induzierten Registrierungsverhaltens (BKV = Belastungsbezogene Kräfteverteilung; beeinflusst die behördliche Personalzuweisung).⁷⁴⁶

Ohne die oben beschriebenen Auffälligkeiten ähnelt der Verlauf der Häufigkeitszahlen in Bonn dem der Vergleichsstädte – und weniger deutlich auch dem der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalens. Auffallend ist, dass Bonn im Vergleich mit den anderen Städten bei ähnlichem Verlauf eine Verzögerung der Kriminalitätsentwicklung von etwa zwei Jahren zeigt. Es deutet deshalb einiges darauf hin, die Erhöhung des Kriminalitätsaufkommens mangels entsprechender Anhaltspunkte nicht auf die strukturellen Veränderungen zurückzuführen, sondern dass eine allgemeine Kriminalitätsentwicklung anzunehmen ist. Diese Überlegungen werden von der Entwicklung der Jugendkriminalität gestützt.

Als Ergebnis kann damit festgehalten werden, dass die Kriminalitätsentwicklung in Bonn eine Entwicklung darstellt, wie sie sich auch in anderen Städten sowie in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen vollzogen hat. Dabei sind kleinere Abweichungen und Veränderungen durchaus normal und in der Regel zu erklären. So stellen die meisten der in Bonn festgestellten Auffälligkeiten keinen tatsächlichen Anstieg des Kriminalitätsaufkommens dar, sondern sind – beispielsweise aufgrund verschärfter Kontrollen – Verschiebungen zwischen Hell- und Dunkelfeld.

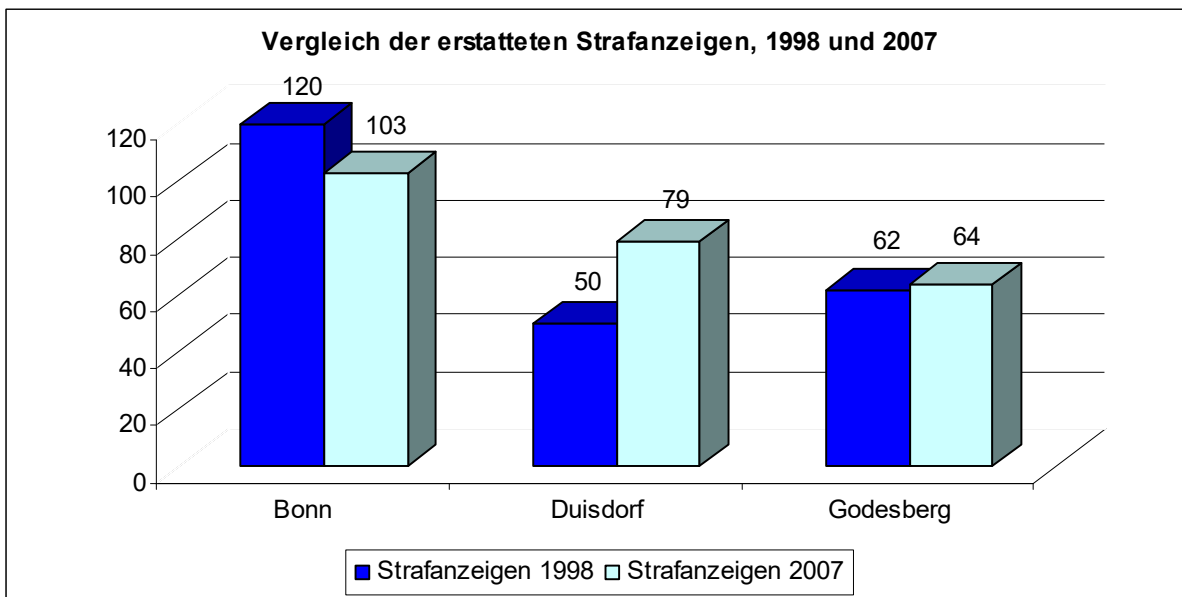
5.4 Örtliche Verteilung der Kriminalität

Auffallend in Bonn ist die ungleiche räumliche Verteilung der Kriminalität. In diesem Abschnitt werden Ursachen für die Häufung krimineller Aktivitäten in bestimmten Stadtgebieten aufgezeigt.

Abbildung 102 verdeutlicht die Entwicklung der bei der Polizei eingegangenen Strafanzeigen im Untersuchungsbereich Bonn. Trotz der vergleichsweise geringen Kriminalitätsbelastung durch unter 21-jährige Tatverdächtige sind hier die meisten Strafanzeigen eingegangen. Dies beruht maßgeblich auf der hohen Zahl der Diebstähle im Zentrum-Münsterviertel.

⁷⁴⁶ Rüther, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 90.

Abbildung 102: Vergleich der erstatteten Strafanzeigen in Bonn, 1998–2007



Quelle: eigene Abbildung anhand der Daten aus dem Indikatorenkatalog 1998, 2007, zur Verfügung gestellt von der Statistikstelle der Stadt Bonn, Herr Schmitz

Der Bereich der Bonner Innenstadt weist eine sehr hohe Kriminalitätsbelastung auf, die schon seit 1985 beobachtet werden kann. Es stellt sich die Frage nach den Ursachen. Die Bonner Innenstadt⁷⁴⁷ erfüllt – auch für die Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises – Zentrumsfunktionen. Sie ist durch Einkaufs- und Geschäftsflächen gekennzeichnet und dient daneben auch der Wohnfunktion. Innenstadtlagen haben aufgrund ihrer räumlichen Begrenztheit bei gleichzeitig starker Nachfrage oftmals einen hohen Mietpreis. Gerade für junge Familien mit Kindern eignen sie sich nur begrenzt als Wohnort. Das erklärt, warum der prozentuale Anteil der unter 18-jährigen Einwohner verhältnismäßig niedrig ist.

Diese Entfamiliarisierung sowie das Verschwinden kleinerer Läden führen regelmäßig zu einer Abnahme der sozialen Kontrolle.⁷⁴⁸ Die hohe Anonymität, die geringe Chance der Identifizierung des Täters sowie gute Fluchtmöglichkeiten begünstigen hier eine Kriminalitätsbegehung. Dies gilt insbesondere für Delikte wie einfache Körperverletzung oder Raub auf Straßen, Wegen und Plätzen, die häufig in der Bonner Innenstadt registriert werden. Täter können hier die situativen Bedingungen wie die hohe Anonymität in Verbindung mit der Verfügbarkeit geeigneter Opfer

⁷⁴⁷ In dieser Arbeit zählen hierzu die statistischen Bezirke 110 – 119.

⁷⁴⁸ Sampson/Groves, *Community Structure and Crime*, S. 774, 778 ff, 781 f.; Davidson, *Micro-environments of violence*, S. 59, 62 ff.; Davidson/Locke, *Local Area Profiles of Crime*, S. 48 ff.

ausnutzen. Innenstadtlagen weisen auch in anderen Städten eine überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsbelastung auf.⁷⁴⁹

Neben den Einkaufsmöglichkeiten bietet die Bonner Innenstadt Freizeitmöglichkeiten in Form von abendlichen Vergnügungsangeboten. Abends und an den Wochenenden ist die Innenstadt ein viel genutzter Vergnügungsort für das gesamte städtische Agglomerationsgebiet.⁷⁵⁰ Mit der Anzahl der anwesenden Personen steigt aber auch das Risiko potentiell konflikt- und gewaltträchtiger Interaktionen.⁷⁵¹

Duisdorf weist die höchste Belastung durch unter 21-jährige Tatverdächtige an der Gesamtkriminalität auf, gefolgt von den Untersuchungsbereichen Bad Godesberg und Bonn. Die einzelnen Werte liegen allerdings eng beieinander. Anders verhält es sich mit der Gewalt- und Straßenkriminalität. Auch hier weist der Untersuchungsbereich Bonn mit rund 33% die deutlich geringste Belastung auf. Godesberg verzeichnet eine rückläufige Entwicklung von 56% im Jahr 1999 auf 44% im Jahr 2008. Der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren in Duisdorf liegt dagegen, bis auf die Ausnahme im Jahr 2006 (37%), durchgängig bei über 50%. Im Bereich der Straßenkriminalität wurden die niedrigsten Anteile der unter 21-Jährigen wieder in Bonn erfasst. Seit 1999 sind die registrierten Werte deutlich gesunken. Dagegen verzeichnete Godesberg eine steigende Tendenz von 44% (1999) auf 58% (2008). Duisdorf weist erneut die höchste Belastung mit konstanten Anteilen der unter 21-jährigen Tatverdächtigen von deutlich über 60% auf.

Die meisten Strafanzeigen im Jahr 1996 wurden im Zentrum-Münsterviertel (5.953) gezählt, gefolgt vom Ellerviertel (1.304), Godesberg-Zentrum (1.234), dem Gronau-Bundesviertel (914) und dem Baumschulviertel (783). Im Jahr 2007 sank die Zahl der im Zentrum-Münsterviertel eingegangenen Strafanzeigen um über 40% auf 3.369. Es folgen Godesberg-Zentrum (1.102), 'Vor dem Sterntor' (884), das Zentrum-Rheinviertel (790) und das Baumschulviertel (734).⁷⁵²

Eine Betrachtung der Häufigkeitszahlen (ZVV-Strafanzeigen auf 100.000 EW) zeigt, dass das Zentrum-Münsterviertel mit einer Häufigkeitszahl von 182.832 die höchste Belastung aufweist. Neben den hohen Belastungen der innerstädtischen Bezirke weist auch das Gronau-Bundesviertel eine sehr hohe Häufigkeitszahl auf.

⁷⁴⁹ Bspw. *Frehsee*, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 170 für Kiel; *Helldörfer*, Nürnberg – Kriminalgeografie, S. 151, 155; *Plate et al.*, Strukturen der Kriminalität in Solingen, S. 134 ff.

⁷⁵⁰ *Eisner*, Das Ende der zivilisierten Stadt?, S. 107.

⁷⁵¹ *Eisner*, Das Ende der zivilisierten Stadt?, S. 107.

⁷⁵² Indikatorenkatalog 1996, 2007, Statistikstelle der Stadt Bonn.

Tabelle 4: auffällige Bezirke in Bonn

Statistischer Bezirk	HZ 1996	Häufigstes Delikt	HZ 2007	Häufigstes Delikt
Zentrum-Rheinviertel (110)	22.080	Ladendiebstahl	34.987	Ladendiebstahl
Zentrum-Münsterviertel (111)	182.832	Ladendiebstahl	124.134	Ladendiebstahl
Ellerviertel (115)	21.920	Leistungser-schleichung	10.636	Wirtschafts-sstraftaten
Bonn-Güterbahnhof (116)	36.329	Ladendiebstahl	28.045	Ladendiebstahl
Baumschulviertel (117)	11.636	Kfz-Delikte	11.647	Wirtschafts-sstraftaten
Gronau-Bundesviertel (141)	52.955	Leistungser-schleichung	34.594	Diebstahl
Hochkreuzbundes-viertel (242)	16.703	Leistungser-schleichung	14.363	Wirtschafts-sstraftaten
Godesberg-Zentrum (251)	25.554	Ladendiebstahl	24.675	Ladendiebstahl
Duisdorf-Zentrum (491)	13.808	Ladendiebstahl	10.651	Ladendiebstahl

Quelle: eigene Tabelle anhand der Daten des Indikatorenkatalog 1996, 2007, zur Verfügung gestellt von der Statistikstelle der Stadt Bonn, Herr Kosack.

Die hohen Werte der innerstädtischen Bezirke beruhen hauptsächlich auf Massendelikten wie Ladendiebstahl und Schwarzfahren. Diese werden vornehmlich in den zentralen Bezirken der Innenstadt registriert, da diese als Geschäftszentren in den Fußgängerzonen den größten Publikumsverkehr aufweisen.⁷⁵³ Das gilt sowohl für die Innenstadt Bonns, als auch für Bad Godesberg. Die Duisdorfer Innenstadt spielt eine etwas untergeordnete Rolle, weist aber die höchste Belastung für den Untersuchungsbereich Duisdorf auf. Diese hohen innerstädtischen Häufigkeitszahlen lassen sich auf viele Ladendiebstähle in den Geschäfts- und Einkaufszentren zurückführen bei einer gleichzeitig geringen Einwohnerzahl. Im Münsterviertel übersteigt die Zahl der Strafanzeigen sogar die Zahl der Einwohner. Auch die statistischen Bezirke Güterbahnhof und Rheinviertel haben eine nur geringe Einwohnerzahl, wodurch

⁷⁵³ So auch *Rabold/Baier*, delinquentes Verhalten von Jugendlichen, S. 20: 70%-80% der befragten Jugendlichen gaben an, schon ein- oder mehrmals schwarzgefahren zu sein. Wesentlich verbreiteter allerdings in städtischen Gebieten.

die hohe Häufigkeitszahl erklärt werden kann. Die hohen Belastungen blieben über den Untersuchungszeitraum konstant.

Ladendiebstahl ist ein räumlich konzentriertes, gelegenheitsorientiertes Delikt, das typisch für innerstädtische Gebiete ist.⁷⁵⁴ Innerstädtische Bezirke bieten aufgrund der zahlreichen Einzelhandelsgeschäfte und Kaufhäuser mit Selbstbedienungsprinzip gute Gelegenheitsstrukturen. Daneben sind natürlich die Kontrollstrukturen für die Aufdeckung und Registrierung entscheidend. Das gilt auch für die Fälle der Leistungerschleichung, die als reine Kontrolldelikte von der Überprüfungstätigkeit der Mitarbeiter abhängig sind. Zu berücksichtigen ist, dass vermutlich ein beträchtlicher Teil der Kriminalität von außen in die statistischen Bezirke gebracht wird. Das bedeutet, dass es sich im Wesentlichen nicht um das im Stadtteil wohnende Täterpotenzial handelt, sondern an Tatobjekte gebundene Kriminalität.

Bei der Untersuchung der räumlichen Verteilung der Kriminalität über das Stadtgebiet interessiert die Frage, ob ein Zusammenhang mit ausgewählten sozialstrukturellen Faktoren aufgezeigt werden kann. Es zeigt sich, dass die beiden Gebiete mit der höchsten Häufigkeitszahl eine überdurchschnittliche Kaufkraft aufweisen. Hinsichtlich des Mietpreisniveaus liegen beide Gebiete im durchschnittlichen Bereich. Das spricht dafür, dass die dort maßgeblichen Delikte (Ladendiebstahl und Leistungerschleichung) keine Aussage über eine schlechte Sozialstruktur oder Bausubstanz zulassen. Vielmehr handelt es um von außen in das Gebiet eingebrachte Kriminalität, die zum Beispiel durch die Theorie der Routine Activity erklärt werden kann. Im Vordergrund stehen nicht die soziale Desorganisation, sondern die situativen Möglichkeiten, die eine Innenstadt zur Kriminalitätsbegehung bietet.

Tabelle 5: ausgewählte sozialstrukturelle Faktoren in auffälligen Bezirken Bonns

	Kaufkraft 1997	Kaufkraft 2009	Arbeitslose <25 2000	Arbeitslose <25 2009	Mietpreis- niveau 2001	Mietpreis- niveau 2009
110	119,4	105,2	6,7	6,2	98,2	114,5
111	145,1	110,6	15,7	19,2	97,1	94,3
115	110,2	96,6	11,4	8	94,3	100,7
117	128,9	110,5	5,4	11,1	101,8	105,5
141	145,1	138,4	4	0	100,9	97,2
242	118	116,6	9,1	22,2	115,1	82,8
251	141	110,1	10,3	5,7	99,1	94,9
491	112	104,3	6,9	8,6	102	105,1

Quelle: Eigene Tabelle anhand des Indikatorenkatalogs 1997, 2009, zur Verfügung gestellt von der Statistikstelle der Stadt Bonn.

⁷⁵⁴ *Frehsee*, Strukturbedingungen urbaner Kriminalität, S. 194.

Die ehemaligen Bundessiedlungen Pennenfeld, Mehlem oder Lannesdorf können heute als Problemgebiete bezeichnet werden. Hier trifft eine veraltete Bausubstanz auf einkommensschwächere Familien. Hinzu kommt eine Art der Ghettobildung, in der sich Bewohner mit Migrationshintergrund bündeln. Zur Erklärung des dort beobachteten erhöhten Kriminalitätsaufkommens können beispielsweise die Theorie der sozialen Desorganisation oder die Broken-Windows Theorie herangezogen werden. Die veraltete Bausubstanz führt zu einem niedrigeren Mietpreisniveau und zieht folglich einkommensschwächere Mieter an. Es droht eine Abschwächung der sozialen Kontrolle, das potentiellen Täter aufgrund einer schwachen Entdeckungs- und Sanktionierungswahrscheinlichkeit Tatgelegenheiten bietet. Hinzu kommt eine ungünstige Belegungspolitik, sodass dort kriminogene Faktoren kumulieren können. Um dies zu vermeiden, wirkt die städtische Wohnungsgesellschaft mit unterschiedlichen Aktionen auf eine Verbesserung der bestehenden Situation hin. So wurde beispielsweise ein Quartiersmanagement eingerichtet, es wurden Freizeitangebote geschaffen sowie mit einer Renovierung der Gebäude unter Berücksichtigung kriminalpräventiver Aspekte begonnen.

5.5 Zusammenfassung

Die Entwicklung der Jugendkriminalität in Bonn lässt keine schlüssigen Hinweise darauf zu, dass sie von dem Strukturwandel beeinflusst wurde. Der Vergleich der Entwicklung von 1985 bis 1990 und dann von 1990 bis 2008 zeigt zwar eine ansteigende Tendenz, dessen Ursache im Strukturwandel begründet sein könnte. Aus der Analyse des vorhandenen Datenmaterials ließ sich aber kein schlüssiger Zusammenhang mit dem stattgefundenen Strukturwandel ableiten. Es gibt keine also Anhaltspunkte, die darauf hinweisen, dass die beschriebene Kriminalitätsentwicklung auf den Strukturwandel zurückzuführen ist. Die langsam ansteigende Kriminalitätsentwicklung bei den jugendlichen Tatverdächtigen entspricht der Entwicklung der allgemeinen Bonner Häufigkeitszahlen. Die Annahme, dass es sich in Bonn um einen allgemeinen Anstieg des städtischen Kriminalitätsaufkommens handelt, wird gestützt durch einen Vergleich mit anderen Städten, der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Im Vergleich der Häufigkeitszahlen Bonns mit dem Mittelwert der ausgewählten Städte ist bei beiden ein tendenzieller Anstieg zu erkennen mit den aufgezeigten Besonderheiten für Bonn. Die deutlich höhere Häufigkeitszahl der Stadt Bonn beruht auf dem städtischen Ballungsgebiet und der Nichtberücksichtigung des ländlichen Bereichs. Massendelikte erhöhen in städtischen Regionen regelmäßig den Kriminalitätsumfang.

Die teilweise abrupten Anstiege der registrierten jugendlichen und heranwachsenden Tatverdächtigenzahlen bedürfen einer zusätzlichen Interpretation. So dürfen insbesondere diese Werte nicht als Abbild des realen Kriminalitätsaufkommens angesehen werden. Gerade plötzliche Anstiege der registrierten Zahlen beruhen wahrscheinlich nicht auf einer realen Kriminalitätssteigerung, sondern auf einer verän-

dernten Erfassungspraxis des Bonner Polizeipräsidiums und damit auf einer Verschiebung der Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld.

Das vergleichsweise hohe Kriminalitätsaufkommen in Bonn beruht zu einem großen Teil auf Massendelikten wie einfachem Diebstahl und Leistungserschleichung. Diese sind zu einem überwiegenden Teil abhängig von dem Kontroll- und Registrierungsverhalten. Die hohen Werte Bonns im Bereich der Leistungserschleichung beweisen folglich ein funktionierendes Kontroll- und Anzeigesystem. Städte, die über ein weniger gutes Kontroll- und Registrierungsverhalten verfügen, sind vermutlich mit einer ebenso hohen Kriminalität belastet, ohne dass diese Eingang in ihre Statistik findet. In der Bonner Innenstadt werden private Sicherheitsdienste zur Bekämpfung von Ladendiebstählen eingesetzt. Diese intensivierten technischen und personellen Kontrollen führen regelmäßig zu einer Häufung angezeigter Delikten. Dabei handelt es sich nicht um eine wirkliche Kriminalitätssteigerung, sondern um eine Verschiebung der Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld.⁷⁵⁵

Zu erklären bleiben schließlich noch die überdurchschnittlich hohen Werte Bonns im Bereich der Betrugsdelikte. Die hohe Aufklärungsquote in diesem Bereich beruht auf dem veränderten Registrierungsverhalten der Polizei, das als Folge des drohenden Personalabzugs seit 1997 verwendet wird.⁷⁵⁶

⁷⁵⁵ So auch *Traulsen*, Die Entwicklung der Jugendkriminalität, S. 101, 103.

⁷⁵⁶ *Rüther*, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 78 f.; vgl. auch Abschnitt 4.2.9.

6. Kapitel: Fazit

Die Ursachen für den Anstieg des Bonner Kriminalitätsaufkommens lassen sich nicht auf die sozialen und ökonomischen Folgeprobleme des Strukturwandels zurückführen.⁷⁵⁷ Bereits bei der Aufarbeitung der theoretischen Grundlagen konnte kein Faktor ausgemacht werden, auf dessen alleinige Wirkung sich delinquentes Verhalten Jugendlicher zurückführen lässt. Jugendkriminalität basiert nicht ausschließlich auf Defiziten in der Persönlichkeitsentwicklung, den Herkunftsbedingungen und dem Wohnumfeld, sondern ist auch das Ergebnis von problematischen Entwicklungen im sozialen Bereich, in der Schule, in Ausbildung und Freizeit.⁷⁵⁸ Ganz wesentlichen Ausschlag geben überdies die Entwicklung der Peer-Group-Beziehungen sowie die soziale Kontrolle durch die Eltern. Jeder dieser Einflüsse ist für sich genommen nicht ausreichend, um delinquentes Verhalten zu begründen. Vielmehr führt in der Regel erst ein kumuliertes Zusammentreffen verschiedener, sich gegenseitig bedingender und verstärkender kriminogener Faktoren zu Kriminalität. Insoweit konnte auch keine der dargestellten Theorien eine umfassende Erklärung für die Ursachen delinquenten Verhaltens Jugendlicher geben. Dennoch sind sie hilfreich, indem sie zumindest für abgegrenzte Bereiche eine Begründung abweichenden bzw. konformen Verhaltens liefern.

Mit der Ernennung zur Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 durchlebte Bonn einen ersten umfassenden Strukturwandel. Es mussten nicht nur Hauptstadteinrichtungen aller Art, sondern auch Wohnraum für die rasch wachsende Zahl der Einwohner geschaffen werden. Dies stellte aufgrund der begrenzten Stadtfläche ein Problem dar, das durch die im Jahr 1969 durchgeführte Eingemeindung der umliegenden Dörfer und Gemeinden gelöst wurde. Das Bonner Stadtgebiet vergrößerte sich um das Vierfache, die Zahl der Einwohner verdoppelte sich auf etwa 300.000.

Ein letzter einschneidender Wandel leitete sich mit dem Beschluss der Bundesregierung ein, Berlin zur Bundeshauptstadt zu bestimmen. Die Bundesstadt Bonn begann unmittelbar nach dem Hauptstadtbeschluss am 20. Juni 1991, die befürchteten negativen Folgen des Verlustes der Hauptstadtfunktion durch ein bewusstes Gegensteuern zu vermeiden. Die Verantwortlichen erarbeiteten hierfür ein umfassendes Konzept, das mit Fördergeldern in Höhe von 1,437 Mrd. Euro zwischen dem 1. Januar 1995 und dem 31.12.2004 finanziert wurde. Dieses Modell legte den Grundstein für den darauf folgenden Strukturwandel, mit dem sich diese Arbeit beschäftigt. Mit den Fördergeldern wurden insgesamt über 70 Ausgleichsprojekte verwirklicht. Als im Sommer 1999 das Parlament und Teile der Regierung von Bonn nach Berlin zogen, waren große Teile des Strukturwandels bereits vollzogen. Insoweit kann weder ein genaues Anfangs- noch Enddatum benannt werden. Es wird angenommen, dass

⁷⁵⁷ So auch Kühnel, Die Bedeutung von sozialen Netzwerken, S. 122, 123.

⁷⁵⁸ Kühnel, Die Bedeutung von sozialen Netzwerken, S. 122, 125.

der Strukturwandel mit dem Hauptstadtbeschluss im Jahr 1991 einsetzte, da die Stadt Bonn seit diesem Zeitpunkt aktiv den erwarteten negativen Folgen entgegensteuerte, indem sie auf der Grundlage des Fünf-Säulen-Modells einen umfassenden Strukturwandel einleitete. Zwar waren große Teile dieses Prozesses mit dem Auslaufen der Fördergelder im Jahr 2004 abgeschlossen, dennoch liegt die Annahme fern, dass der Strukturwandel mit diesem Zeitpunkt endgültig vollendet war. Es handelt sich vielmehr um sukzessive wirtschaftliche und soziale Veränderungen, deren Beginn zwar bewusst eingeleitet wurde, deren Verlauf aber nur zu einem gewissen Grad vorherbestimmt werden kann.

Die erste Leitfrage dieser Arbeit (s. Seite 3) kann dahingehend beantwortet werden, dass in Bonn seit dem Hauptstadtbeschluss zahlreiche Veränderungen in wirtschaftlicher, demografischer und städtebaulicher Hinsicht festgestellt werden können. Bonn war nie eine Industrieregion, sondern immer durch einen starken Dienstleistungssektor gekennzeichnet. Hier hat seit 1991 eine Verschiebung von der öffentlichen Verwaltung zu privaten Dienstleistungen stattgefunden. Die Zahl der Bundesbediensteten sank zwar, es kam dadurch aber nicht zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote. Vielmehr stieg die Zahl der Arbeitsplätze in der Region stetig an. Das Absinken der Kaufkraftkennziffer legt zwar eine Verbindung zum Verlust der Hauptstadtfunktionen nahe, ist aber ähnlich auch in Nordrhein-Westfalen und anderen Städten zu beobachten. Diese positive Wirtschaftsentwicklung erreichte Bonn durch die konsequente Umsetzung verschiedener Maßnahmen. Durch die Schaffung einer neuen Identität als UN- und Bundesstadt sowie als Wissenschaftsstandort kam es zu einer Ansiedelung von Firmen, ehemaligen Staatsunternehmen und Organisationen, die neue Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum sicherten.

In demografischer Hinsicht registriert die Stadt Bonn einen fast konstanten Anstieg der Bevölkerungszahlen. 1996 verzeichnete Bonn ein überdurchschnittlich positives Wanderungssaldo, was vermutlich der Ernennung zur UN-Stadt geschuldet war. Lediglich in den Jahren 1998 und 1999 kam es aufgrund des Regierungsumzuges zu einer hohen Zahl von Fortzügen und damit zu leichten Bevölkerungsrückgängen. Darüber hinaus zeichnet sich die Stadt durch eine verhältnismäßig junge Altersstruktur sowie durch eine überdurchschnittliche Bildungsdichte aus.

Das Bonner Stadtbild ist einerseits durch die Eingemeindungen im Jahr 1969 und andererseits durch die Ausübung der Hauptstadtfunktion geprägt. Deren Übernahme führte zu einem rasanten Anstieg der Einwohnerzahl und damit auch zu einem gesteigerten Wohnungsbedarf. Dieser wurde u.a. durch die Errichtung von Trabanten-siedlungen erreicht, in denen heute oftmals ein verstärktes Kriminalitätsaufkommen festgestellt werden kann. Die Eingemeindungen führten zu der Entwicklung mehrerer Unterzentren, was ebenfalls für die Kriminalitätsverteilung interessant ist. So konzentrieren sich die Delikte zwar in der Bonner Innenstadt, darüber hinaus weisen aber auch die Unterzentren in Duisdorf und Godesberg eine überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung auf.

Die drei Untersuchungsbereiche können ganz unterschiedlich charakterisiert werden. Bonn dient zu großen Teilen der innerstädtischen Funktion. Im Untersuchungsbereich Duisdorf wurden die leerstehenden Kasernen als Ministerienstandort genutzt. Bad Godesberg verfügt wegen der geringen Kriegsschäden über einen schönen alten Baubestand und wurde deshalb als Wohnort für vermögende Einwohner sowie als Standort für Konsulate oder Botschaften genutzt. Insgesamt verteilen sich die Hauptstadteinrichtungen über das gesamte Stadtgebiet. Daneben verfügt Bonn über einen hohen Freizeitwert und ist kulturell gut ausgestattet.

Zur Beantwortung der zweiten Kernfrage wurde die Entwicklung der Jugendkriminalität, basierend auf einer Auswertung der Hellfelddaten untersucht, also der polizeilichen Kriminalstatistik. In Bonn kann ein fast stetiger Anstieg der registrierten Kriminalität festgestellt werden. In dem Untersuchungszeitraum erhöhten sich sowohl die Zahl der erfassten Delikte als auch die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen. Dabei weisen Jugendliche und Heranwachsende – bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil – eine überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung auf. Dies ist insofern aber nicht außergewöhnlich, da junge Menschen immer im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil überrepräsentiert sind. Die Struktur der registrierten Jugendkriminalität zeichnet sich durch weniger schwere Eigentums- und Vermögensdelikte aus. Allerdings nimmt die Qualität und Quantität der erfassten Gewaltdelikte zu. Wie zu erwarten, ist bei den jungen Männern eine deutlich höhere Kriminalitätsbelastung zu beobachten als bei den jungen Frauen. Der auffälligste Unterschied liegt bei den Gewaltdelikten und dem schweren Diebstahl, der geringste Unterschied beim einfachen Diebstahl. Ein großer Anteil des Bonner Kriminalitätsaufkommens beruht auf Betrugsdelikten. Diese hängen als Kontrolldelikte maßgeblich von der Kontrollintensität (insbesondere also des öffentlichen Nahverkehrs) ab und stellen ein typisches Jugenddelikt dar.

Die drei Untersuchungsbereiche weisen eine sehr unterschiedliche Jugendkriminalitätsbelastung auf, die aber keinem eindeutigen Verursachungsfaktor zugeordnet werden konnte. Kriminalitätsdaten für die drei Bereiche standen erst ab 1997 zur Verfügung, sodass der Strukturwandel nicht von Beginn an mit der Kriminalitätsentwicklung in Verbindung gebracht werden konnte. Der Untersuchungsbereich Bonn ist insgesamt mit der geringsten Jugend- und Heranwachsendenkriminalität belastet. Zwar ist die absolute Zahl der registrierten Tatverdächtigen mehr als dreimal so hoch wie die von Godesberg und fast sechsmal höher als die Duisdorfer Werte. Bei der prozentualen Betrachtung der unter 21-jährigen Tatverdächtigen, gemessen an allen Tatverdächtigen, ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Mit einem Anteil von 28,6% an allen Tatverdächtigen in der Gesamtkriminalität, 36,8% in der Gewalt- und 42,9% in der Straßenkriminalität weist der Untersuchungsbereich Bonn die niedrigsten Werte auf. Duisdorf ist dagegen mit den insgesamt höchsten Kriminalitätswerten der unter 21-Jährigen belastet. Der prozentuale Anteil der unter 21-Jährigen an der Gewaltkriminalität betrug 56,7% und in der Straßenkriminalität sogar 67,9%. Bad Godesberg bewegt sich zwischen den anderen beiden Untersuchungsbereichen mit 44,7% in der Gewalt- und 58,1% in der Straßenkriminalität.

Kriminalitätsschwerpunkte liegen in den innerstädtischen Bezirken Bonns, aber auch in den Zentren Godesbergs und Duisdorfs. Das am häufigsten erfasste Delikt in diesen Bereichen ist der Ladendiebstahl. Hierbei handelt es sich um ein gelegentliches Delikt, das typisch für innerstädtische Gebiete ist.

Um die Kriminalitätsentwicklung Bonns einschätzen zu können, wurden die Bonner Häufigkeitszahlen zu denen von Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik in Beziehung gesetzt. Zusätzlich geschah dies mit den Werten in Fläche und Einwohnerzahl vergleichbarer Städte. Es zeigte sich, dass die Stadt Bonn deutlich höhere Häufigkeitszahlen aufwies als die gesamte Kreispolizeibehörde Bonn. Dies ist insofern nicht überraschend, da die Kriminalitätsbelastung in städtischen Ballungsgebieten immer deutlich über der der ländlichen Gemeinden liegt. Allerdings lagen die Häufigkeitszahlen der Bundesstadt auch höher als die der Vergleichsstädte. Die hohen Werte Bonns können zumindest zu einem Teil mit der deutlich überdurchschnittlichen Anzahl von Betrugsdelikten erklärt werden. Diese resultieren aus einer sehr hohen Kontrollintensität und legen die Vermutung eines nur kleinen Dunkelfeldes nahe.

Um die dritte Leitfrage dieser Arbeit zu beantworten, erfolgte im 5. Kapitel eine umfassende Analyse der Zusammenhänge zwischen Strukturwandel und der regionalen Entwicklung der Jugendkriminalität mit dem Ergebnis, dass die Entwicklung der registrierten Jugendkriminalität nicht auf die Auswirkungen der strukturellen Veränderungen in Bonn zurückgeführt werden kann. Die Bonner Häufigkeitszahlen nehmen seit 1991 einen gemäßigt ansteigenden Verlauf. Deutliche Ausreißer im Sinne eines abrupten Anstiegs finden sich zwar in den Jahren 1997 und 2005. Diese können aber ohne Rückgriff auf den Strukturwandel erklärt werden. So beruhen diese sprunghaften Veränderungen wahrscheinlich nicht auf einem tatsächlich angestiegenen Kriminalitätsaufkommen, sondern sind vielmehr das Resultat einer Verschiebung von Hell- und Dunkelfeld und eines veränderten BKV-induzierten Registrierungsverhaltens der Polizei. Obwohl Bonn einen seit 1991 einschneidenden strukturellen Wandlungsprozess durchläuft, lässt sich kein eindeutiger Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung herstellen, denn Veränderungen können zwar, müssen sich aber nicht zwangsläufig auf das Kriminalitätsaufkommen auswirken haben.

Eine Betrachtung der Kriminalitätswerte der Vergleichsstädte zeigt, dass auch hier ein kontinuierlicher Anstieg der Häufigkeitszahlen zu beobachten ist. Insofern ist es naheliegend, das wachsende Kriminalitätsaufkommen in Bonn als eine allgemein zu beobachtende Entwicklung einzustufen und nicht als negative Folge des Strukturwandels.

Diese These wird auch durch verschiedene bundes- und regionalweit durchgeführte Dunkelfeldstudien gestützt, die für die untersuchten Regionen keinen Anstieg der Kriminalitätshäufigkeit festgestellt haben.⁷⁵⁹ Zu einem vergleichbaren Ergebnis kommt auch Werner Rüter, der sowohl die objektive als auch die subjektive Sicherheitslage für Bonn untersuchte.⁷⁶⁰ Die abrupten Veränderungen der Werte in einzelnen Jahren lassen sich einerseits aufgrund gesteigerter Polizeieinsätze auf eine Aufhellung des Dunkelfeldes zurückführen. Andererseits kann auch ein verändertes Registrierungsverhalten der Polizei zu einem raschen Anstieg der registrierten Kriminalität führen.

Die ansteigenden Werte der PKS können auch unter einem positiven Aspekt gewertet werden, denn die Umsetzung und Intensivierung der Präventionsarbeit im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention stärkt die Kontakte und das Vertrauen zu der Polizei. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der Jugendkriminalität. Die Bonner Polizei hat als Schwerpunkt ihrer Arbeit die Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität in ihr Sicherheitsprogramm aufgenommen. Sie bietet seit etwa zehn Jahren verschiedene Projekte zur Gewaltprävention an, die in Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und Spielhäusern durchgeführt werden. Beispielfähig zählen hierzu Selbstbehauptungskurse für Haupt- und Realschüler, Antiaggressions- und Coolnesstraining, das Mädchenprojekt Klettern gegen Gewalt oder ein Rap-Workshop. Es kann deshalb angenommen werden, dass in Folge dieser wachsenden Vertrauensbasis die Polizei über mehr Straftaten informiert und verstärkt Hilfeleistungen von formellen Instanzen in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus initiierte die Bonner Polizei zusammen mit der Stadtverwaltung ein gemeinsames Projekt zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in Brennpunkten. Hierzu zählen die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Gewaltprävention wie Jugendkontaktbeamte (sog. JuKoB) und Hausbesuche ebenso wie die zügige Aufklärung und konsequente Strafverfolgung von jugendkriminellen Verhalten.

Das landesweite Projekt 'Gelbe Karte' für junge Straftäter, das auch in Bonn aktiv verfolgt wird, will eine förmliche Verurteilung der Jugendlichen vermeiden, indem es diese schon wenige Wochen nach ihrer Tat mit Sanktionen konfrontiert und somit einen 'Warnschuss' versetzt. Hierfür werden mit Einverständnis des Jugendlichen ausgewählte Fälle der kleineren Kriminalität von Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und Polizei gemeinsam verhandelt.

⁷⁵⁹ *Baier et al.*, Jugendgewalt in Deutschland, S. 323, 330 f.; *Dünkel/Geng*, Gewalterfahrungen, S. 1, 19 ff., 52; *Fuchs et al.*, Gewalt an Schulen, S. 123; *Lösel et al.*, Hat die Delinquenz von Schülern zugenommen, S. 115 f., 119 f.; *Köllisch/Oberwittler*, Sozialer Wandel, S. 49, 50 ff., 55 ff.; Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz, Erster Periodischer Sicherheitsbericht, S. 584 ff.; *Baier et al.*, Jugendliche in Deutschland, S. 95ff, 99; *Baier et al.*, Jugendliche in Deutschland, S. 10; *Baier/Wetzels*, Freizeitverhalten, S. 69, 77; *Pöge*, Soziale Milieus, S. 89 ff.; so auch *Traulsen*, Die Entwicklung der Jugendkriminalität, S. 101, 104.

⁷⁶⁰ *Rüter*, Kommunale Kriminalitätsanalyse, S. 89 ff.

Das Polizeipräsidium Bonn verfolgt daneben gemeinsam mit der Stadt konsequent Maßnahmen zur städtebaulichen Kriminalprävention. Es sollen Angsträume entschärft und Kriminalitätsbrennpunkte vermieden werden. Hierfür werden sowohl Neubausiedlungen als auch bestehende Wohn- und Gewerbegebiete mit kriminalistisch-kriminologischem Fachwissen gestaltet.

Die Stadt Bonn kann auf eine erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels, der durch den Verlust der Hauptstadtfunktionen ausgelöst wurde zurückblicken. Das Nichteintreten einer drastischen Steigerung der Jugendkriminalitätsraten ist daneben auch der umsichtigen Polizeiarbeit zu verdanken. Insbesondere die gute und enge Zusammenarbeit von Stadt und Polizei, die immer neue Wege beschreiten und vielseitige Präventionsmöglichkeiten erkennen und umsetzen, scheint sich auch für die zukünftige Entwicklung als erfolgreich zu erweisen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die vier Stadtbezirke der Bundesstadt Bonn:	5
Abbildung 2: Aufgliederung der Bundesstadt Bonn durch die Polizei in der PKS	6
Abbildung 3: Bundesstadt Bonn – Statistische Bezirke.....	7
Abbildung 4: Anpassung der Untersuchungsbezirke für diese Arbeit.....	8
Abbildung 5: Bevölkerungsdichte der Stadt Bonn, 1970–1990	74
Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Bonn 1934–1990	75
Abbildung 7: Wanderungsbewegung in der Stadt Bonn, 1977–1991.....	76
Abbildung 8: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Bonn 1975–1991	77
Abbildung 9: Verschuldung der Stadt Bonn 1950–1980	79
Abbildung 10: Bevölkerungsdichte der Stadt Bonn, 1991–2007	93
Abbildung 11: Bevölkerungsentwicklung der Bundesstadt Bonn 1991–2009	94
Abbildung 12: Wanderungsbewegungen der Stadt Bonn 1991–2007.....	95
Abbildung 13: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Bonn nach Geschlecht	95
Abbildung 14: Altersstruktur Bundesstadt Bonn 1993–2009.....	96
Abbildung 15: Entwicklung der jugendlichen Einwohner in Bonn, 1997–2007	97
Abbildung 16: Schüler-/innen an Gymnasien (Klasse 5–13)	98
Abbildung 17: Ausländische Wohnbevölkerung, Bonn 1991–2008	98
Abbildung 18: Entwicklung der nichtdeutschen Wohnbevölkerung unter 21 Jahre	99
Abbildung 19: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bonn, 1991–2008	102
Abbildung 20: Einwohnerentwicklung im Untersuchungsbereich Duisdorf, 1993–2009.....	105
Abbildung 21: Altersstruktur Duisdorf, 1993–2009	106

Abbildung 22: Einwohnerentwicklung im Untersuchungsbereich Bonn, 1993–2009	108
Abbildung 23: Altersstruktur Untersuchungsbereich Bonn, 1993–2009	109
Abbildung 24: Einwohnerentwicklung im Untersuchungsbereich Bad Godesberg, 1993–2009	111
Abbildung 25: Altersstruktur Bad Godesberg 1993–2009	112
Abbildung 26: Altersstruktur der Tatverdächtigen Bonn 1985.....	126
Abbildung 27: Straftatenanteile Jugendlicher und Heranwachsender, Bonn 1985	128
Abbildung 28: Vergleich der Anteile Jugendlicher und Heranwachsender an allen Tatverdächtigen, 1985	129
Abbildung 29: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Körperverletzungsdelikte, 1985	130
Abbildung 30: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Diebstahls- und Betrugsdelikte, 1985	130
Abbildung 31: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Verstöße gegen das BtmG, 1985	131
Abbildung 32: Vergleich der Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn – NRW – BRD 1985	132
Abbildung 33: Vergleich der Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte, Bonn – NRW – BRD 1985	132
Abbildung 34: Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn 1990.....	133
Abbildung 35: Straftatenanteile Jugendlicher und Heranwachsender, Bonn 1990	134
Abbildung 36: Vergleich der Anteile Jugendlicher und Heranwachsender, 1990	135
Abbildung 37: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Körperverletzungsdelikte, 1990	135
Abbildung 38: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Diebstahls- und Betrugsdelikte, 1990.....	136
Abbildung 39: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Verstöße gegen das BtmG, 1990	136
Abbildung 40: Vergleich der Anteile nichtdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender an den Tatverdächtigen insgesamt der jeweiligen Altersklasse, 1990	137

Abbildung 41: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher an allen deutschen/ nichtdeutschen Tatverdächtigen, 1990	138
Abbildung 42: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Heranwachsender an allen deutschen/ nichtdeutschen Tatverdächtigen, 1990	138
Abbildung 43: Vergleich der Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn – NRW – BRD 1990	139
Abbildung 44: Vergleich der Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte, Bonn – NRW – BRD 1990	140
Abbildung 45: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender an allen deutschen/ nichtdeutschen Tatverdächtigen, BRD – NRW – Bonn 1990.....	140
Abbildung 46: Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn 2008	143
Abbildung 47: Straftatenanteile Jugendlicher und Heranwachsender, Bonn 2008.....	144
Abbildung 48: Vergleich der Altersstruktur Jugendlicher und Heranwachsender, 2008	145
Abbildung 49: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Körperverletzungsdelikte, 2008	146
Abbildung 50: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Betrug- und Diebstahlsdelikte, 2008	146
Abbildung 51: Vergleich der Häufigkeitszahlen für Rauschgiftdelikte, 2008.....	147
Abbildung 52: Vergleich der Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger an den Tatverdächtigen insgesamt der jeweiligen Altersklasse, 2008.....	148
Abbildung 53: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher an allen deutschen / nichtdeutschen Tatverdächtigen, 2008	148
Abbildung 54: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Heranwachsender an allen deutschen/ nichtdeutschen Tatverdächtigen, 2008	149
Abbildung 55: Vergleich der Häufigkeitszahlen, NRW – Stadt Bonn – KPBBonn, 1985–2008.....	150
Abbildung 56: Vergleich der Altersstruktur der Tatverdächtigen, Bonn – NRW – BRD 2008.....	151

Abbildung 57: Vergleich der Häufigkeitszahlen für ausgewählte Delikte, Bonn – NRW – BRD 2008	152
Abbildung 58: Vergleich der Anteile deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender an allen deutschen/nichtdeutschen Tatverdächtigen, BRD – NRW – Bonn, 2008.....	152
Abbildung 59: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Bonn 1999–2008	153
Abbildung 60: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Duisdorf 1999–2008	155
Abbildung 61: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Bad Godesberg 1999–2008.....	156
Abbildung 62: Anteile Jugendlicher und Heranwachsender an der Gewaltkriminalität an allen Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität, KPB Bonn 1999–2008	159
Abbildung 63: Anteile Jugendlicher und Heranwachsender an der Straßenkriminalität an allen Tatverdächtigen der Straßenkriminalität, KPB Bonn 1999–2008.....	160
Abbildung 64: Vergleich der absoluten Fallzahlen der KPB Bonn und der Stadt Bonn, 1985–2008	161
Abbildung 65: Vergleich der Anteile der unter 21-jährigen Tatverdächtigen in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, 1999	164
Abbildung 66: Vergleich der Anteile der unter 21-jährigen Tatverdächtigen in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität, 2008	164
Abbildung 67: Vergleich der Tatverdächtigen unter 21 Jahren in den drei Untersuchungsbereichen.....	165
Abbildung 68: Vergleich der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahren in den drei Untersuchungsbereichen.....	165
Abbildung 69: TVBZ Deutscher nach dem Alter für die BRD 1987, 1990, 1999, 2008	166
Abbildung 70: Bevölkerung im Untersuchungsbereich Bonn im Alter von 6–17 Jahre	171

Abbildung 71: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gesamtkriminalität, Untersuchungsbereich Bonn 1999–2008	172
Abbildung 72: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Bonn 1999–2008	172
Abbildung 73: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität in Prozent an allen Tatverdächtigen, Untersuchungsbereich Bonn, 1999–2008	173
Abbildung 74: Bevölkerung im Untersuchungsbereich Duisdorf im Alter zwischen 6 und 17 Jahre	174
Abbildung 75: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gesamtkriminalität, Untersuchungsbereich Duisdorf 1999–2008	175
Abbildung 76: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Duisdorf 1999–2008.....	176
Abbildung 77: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität in Prozent an allen Tatverdächtigen, Untersuchungsbereich Duisdorf 1999–2008.....	177
Abbildung 78: Bevölkerung Bad Godesberg im Alter zwischen 6 und 17 Jahre.....	178
Abbildung 79: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre an der Gesamtkriminalität, Untersuchungsbereich Bad Godesberg 1999–2008.....	179
Abbildung 80: absolute Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre in der Gewalt- und Straßenkriminalität, Untersuchungsbereich Bad Godesberg 1999–2008	179
Abbildung 81: Tatverdächtige unter 21 Jahre in der Gesamt-, Gewalt- und Straßenkriminalität in Prozent an allen Tatverdächtigen, Untersuchungsbereich Bad Godesberg 1999–2008	180
Abbildung 82: Jugendliche und heranwachsende Tatverdächtige absolut, KPB Bonn 1985–2008	181
Abbildung 83: Tatverdächtigenbelastungszahlen für Jugendliche und Heranwachsende, KPB Bonn 1996–2008	182
Abbildung 84: Absolute Zahl der Straftaten der Kreispolizeibehörde Bonn und der Stadt Bonn, 1985–2008.....	185

Abbildung 85: Tatverdächtigenbelastungszahlen der Kreispolizeibehörde Bonn 1985–2008	186
Abbildung 86: Prozentuale Anteile jugendlicher und heranwachsender Tatverdächtiger an der Bevölkerung Bonns, 1985–2008	187
Abbildung 87: Prozent jugendlicher Tatverdächtiger an allen Jugendlichen Bonns, 1997–2007	188
Abbildung 88: Anteile der tatverdächtigen Jugendlichen und Heranwachsende, 1985–2008	190
Abbildung 89: Anteile der männlichen Bevölkerung zwischen 0–20 Jahre an der Gesamtbevölkerung, Bonn 1995–2008	191
Abbildung 90: Prozent der ausländischen Tatverdächtigen an der ausländischen Wohnbevölkerung, Bonn 1985–2008	193
Abbildung 91: Vergleich nichtdeutscher Tatverdächtiger unter 21 Jahre und nichtdeutscher Wohnbevölkerung unter 21 Jahre, Bonn 1998–2007	194
Abbildung 92: Prozent der nichtdeutschen Tatverdächtigen unter 21 Jahre an der nichtdeutschen Wohnbevölkerung unter 21 Jahre, Bonn 1999–2007	194
Abbildung 93: Vergleich der deutschen jugendlichen Einwohner und der deutschen jugendlichen Tatverdächtigen, Bonn 1999–2007	195
Abbildung 94: Vergleich der nichtdeutschen jugendlichen Einwohner und der nichtdeutschen jugendlichen Tatverdächtigen, Bonn 1999–2007	196
Abbildung 95: Vergleich der prozentualen Anteile jugendlicher Deutscher und Nichtdeutscher am jeweiligen Bevölkerungsanteil, 1999–2007	197
Abbildung 96: Vergleich der deutschen heranwachsenden Einwohner und der deutschen heranwachsenden Tatverdächtigen, 1999–2007	198
Abbildung 97: Vergleich der nichtdeutschen heranwachsenden Einwohner und der nichtdeutschen heranwachsenden Tatverdächtigen, 1999–2007	198
Abbildung 98: Vergleich der prozentualen Anteile heranwachsender deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger am jeweiligen Bevölkerungsanteil	199
Abbildung 99: Arbeitslosenquote Bonn, 1992–2009	202

Abbildung 100: Prozentualer Anteil arbeitsloser Tatverdächtiger über 14 Jahre an allen Tatverdächtigen, KPB Bonn 1985–1995	202
Abbildung 101: Vergleich der Häufigkeitszahlen im Zeitverlauf, 1985–2008	207
Abbildung 102: Vergleich der erstatteten Strafanzeigen in Bonn, 1998–2007	210

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wohnungsbau in Bonn 1950–1990.....	71
Tabelle 2: Aufteilung der Ausgleichsmittel	89
Tabelle 3: Wohnungsbau in Bonn 1991–2008.....	92
Tabelle 4: auffällige Bezirke in Bonn	212
Tabelle 5: ausgewählte sozialstrukturelle Faktoren in auffälligen Bezirken Bonns.....	213

Literaturverzeichnis

- Abels, Heinz*: Jugend vor der Moderne. Soziologische und psychologische Theorien des 20. Jahrhunderts, Opladen 1993
- Agnew, Robert*: Foundation for a General Strain Theory of Crime and Delinquency, in: *Criminology* 30/1 (1992), S. 47–87
- Agnew, Robert / White, Helene Raskin*: An Empirical Test of General Strain Theory, in: *Criminology* 30/4 (1992), S. 475–499
- Albrecht, Günter*: Kriminalgeografie, Städtebau und Kriminalität, in: *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*, hrsg. v. Günter Kaiser et al., 3. Auflage, Heidelberg 1993, S. 226–236
- Albrecht, Günter*: Erkenntnisse der Kriminalgeografie als Grundlage für Kriminalitätsbekämpfung, in: *Bewährungshilfe* 4 (1981), S. 292–305
- Albrecht, Günter / Howe, Carl-Werner*: Soziale Schicht und Delinquenz. Verwischte Spuren oder falsche Fährte?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44/4 (1992), S. 697–730
- Albrecht, Günter / Howe, Carl-Werner / Wolterhoff-Neetix, Jochen*: Neue Ergebnisse zum Dunkelfeld der Jugenddelinquenz: Selbstberichtete Delinquenz von Jugendlichen in zwei westdeutschen Großstädte, in: *Kriminologische Forschung in den achtziger Jahren. Projektberichte aus der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 35/2, hrsg. v. Günther Kaiser et al., Freiburg 1988, S. 661–696
- Albrecht, Hans-Jörg*: Arbeitslosigkeit: Exklusion aus dem Erwerbsleben und soziale Desintegration, in: *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter: Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich*, hrsg. v. Jürgen Raithel et al., Weinheim et al. 2003, S. 117–134
- Albrecht, Hans-Jörg*: Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität – Empirische Befunde zu den Beziehungen zwischen zwei sozialen Problemen, in: *Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität: Erkenntnisse, Befunde und praktischer Umgang*, hrsg. v. Johannes Münder et al., Neuwied 1987, S. 41–91
- Albrecht, Peter-Alexis / Lamnek, Siegfried*: Jugendkriminalität im Zerrbild der Statistik, München 1979
- Alfaro, Jose D.*: Report on the Relationship between Child Abuse and Neglect and Later Socially Deviant Behavior, in: *Exploring the Relationship between Child Abuse and Delinquency*, hrsg. v. Robert J. Hunner et al., Montclair 1981, S. 175–219

- Allan, Emilie Andersen / Steffensmeier, Darrell J.:* Youth, Underemployment, and Property Crime: Differential Effects of Job Availability and Job Quality on Juvenile and Young Adult Arrest Rates, in: *American Sociological Review* 54/1 (1989), S. 107–123
- Andorka, Rudolf:* Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse: Ein Studienbuch zur ungarischen Gesellschaft im europäischen Vergleich, Opladen 2001
- Baier, Dirk:* Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Forschungsbericht 104, Hannover 2008
- Baier, Dirk:* Abweichendes Verhalten im Jugendalter: Ein empirischer Vergleich verschiedener Erklärungsansätze, in: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 25/4 (2005), S. 381–398
- Baier, Dirk / Pfeiffer, Christian:* Hauptschulen und Gewalt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28 (2007), S. 17–26
- Baier, Dirk / Pfeiffer, Christian / Rabold, Susann:* Jugendgewalt in Deutschland: Befunde aus Hell- und Dunkelfelduntersuchungen unter besonderer Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden, in: *Kriminalistik* 6 (2009), S. 323–333
- Baier, Dirk / Pfeiffer, Christian / Rabold, Susann / Simonson, Julia / Kappes, Cathleen:* Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum – Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Inneren und des KFN, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Forschungsbericht 109, Hannover 2010
- Baier, Dirk / Pfeiffer, Christian / Simonson, Julia / Rabold, Susann:* Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt – Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Inneren und des KFN, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Forschungsbericht 107, Hannover 2009
- Baier, Dirk / Rabold, Susann / Kappes, Cathleen / Kudlacek, Dominic:* Sicherheit und Kriminalität in Stade: Ergebnisse einer Schüler- und Erwachsenenbefragung, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Forschungsbericht Nr. 106, Hannover 2009, www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb106.pdf, letzter Zugriff: 12.07.2010
- Baier, Dirk / Wetzels Peter:* Freizeitverhalten, Cliquenzugehörigkeit und Gewaltkriminalität: Ergebnisse und Folgerungen aus Schülerbefragungen, in: *Jugend- arbeitslosigkeit und Kriminalität*, Schriftenreihe der Kriminologischen Zentralstelle e.V., Bd. 50, hrsg. v. Axel Dessecker, Wiesbaden 2006, S. 69–97

- Baldwin, J. / Bottoms, A. E.:* The urban criminal, London 1976
- Bannenber, Britta / Rössner, Dieter:* Kriminalität in Deutschland, München 2005
- Beck, Ulrich:* Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986
- Beck, Ulrich:* Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt: Sonderband 2, hrsg. v. Reinhard Kreckel, Göttingen 1983, S. 35–74
- Becker, Gary S.:* Crime and Punishment: An Economic Approach, in: Essays in the Economics of Crime and Punishment, hrsg. v. Gary Becker und William Landes, New York 1974, S. 1–54
- Becker, Rolf / Hecken, Anna:* Berufliche Weiterbildung – arbeitsmarktsoziologische Perspektiven und empirische Befunde, in: Arbeitsmarktsoziologie: Probleme, Theorien, empirische Befunde, hrsg. v. Martin Abraham et al., Wiesbaden 2005, S. 133–168
- Bednarzik, Uwe / Heiland, Hans-Günther:* Arbeitslosigkeit und Kriminalität zwischen soziologischer Relevanz und statistischer Signifikanz, in: Wohlfahrtsstaat und soziale Probleme, hrsg. v. Hans Haferkamp, Opladen 1984, S. 155–191
- Beermann, Frank:* Kooperativer Wohnungsrückbau, Strategien zur Überwindung des free-rider-Problems bei Stadtumbaumaßnahmen, Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen 225, Göttingen 2006
- Beki, Cem / Zeelenberg, Kees / van Montfort, Kees:* An Analysis of the crime rate in the Netherlands 1950–93, in: British Journal of Criminology 39/3 (1999), S. 401–415
- Bellair, Paul E.:* Informal Surveillance and Street Crime: A Complex Relationship, in: Criminology 38/1 (2000), S. 137–169
- Bellair, Paul E.:* Social Interaction and Community Crime: Examining the Importance of Neighbor Networks, in: Criminology, 35/4 (1997), S. 677–703
- Berger, Peter:* Klassenstruktur und soziale Schichtung in: Lehrbuch der Soziologie, hrsg. v. Hans Joas, Frankfurt a. M. 2001, S. 223–43
- Bettinger, Frank:* Kriminalisierung und soziale Ausschließung, in: Handbuch Jugendkriminalität: Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog, hrsg. v. Bernd Dollinger et al., Wiesbaden 2010, S. 441–454
- Blankenburg, E / Sessar, Klaus / Steffen, W:* Die Staatsanwaltschaft im Prozess strafrechtlicher Sozialkontrolle, Berlin 1978
- Blau, Judith R. / Blau, Peter M.:* The Cost of Inequality: Metropolitan Structure and Violent Crime, in: American Sociological Review 47/1 (1982), S. 114–129

- Bochum, Ulrich*: Industrie und Region. Ökonomischer und sozialer Strukturwandel im Ruhrgebiet. Europäische Hochschulschriften, Reihe 22: Soziologie, Bd. 92, Frankfurt a. M. u.a. 1984
- Bock, Michael*: Die Methode der idealtypisch-vergleichenden Einzelfallanalyse, in: Die Täter-Individualprognose: Beiträge zu Stand, Problemen und Perspektiven der kriminologischen Prognoseforschung, Heidelberg 1995, S. 1–28
- Boers, Klaus*: Kriminalitätsfurcht: über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems, Pfaffenweiler 1991
- Boers, Klaus / Reinecke, Jost / Motzke, Katharina / Wittenberg, Jochen*: Wertorientierungen, Freizeitstile und Jugenddelinquenz, in: Neue Kriminalpolitik 4 (2002), S. 141–146
- Bojanovsky, Jiri / Moschel, Günter*: Kriminalitätsraten westdeutscher Großstädte, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 63/1 (1981), S. 18–28
- Bonner Geschichtsblätter Band 26: Bonn 1949–1974. Ein Vierteljahrhundert Bundeshauptstadt, Bonn 1974
- Borooah, Vani K. / Carcach, Carlos A.*: Crime and Fear: Evidence from Australia, in: British Journal of Criminology 37/4 (1997), S. 635–657
- Bott, Klaus*: Kriminalitätsvorstellungen in der Kindheit. Eine explorative, kriminalsoziologische Studie, Wiesbaden 2008
- Box, Steven / Hale, Chris*: Unemployment, Imprisonment and Prison Overcrowding, in: Contemporary Crisis 9/3 (1985), S. 209–228
- Braithwaite, John*: The Myth of Social Class and Criminality Reconsidered, in: American Sociological Review 46/1 (1981), S. 36–57
- Branger, Katja / Liechti, Franziska*: Jugendgewalt und Freizeit, in: Gewalt in der Schweiz: Studien zu Entwicklung, Wahrnehmung und staatlicher Reaktion, hrsg. v. Manuel Eisner et al., Chur/Zürich 1998, S. 69–91
- Braun, Frank*: Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und städtische Lebensräume: Bundesrepublik Deutschland, in: Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und städtische Lebensräume, Literaturbericht zum Forschungsstand in Belgien, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Frank Braun et al., Weinheim/München 1990, S. 125–230
- Breitwieser, Ulrike*: Jugenddelinquenz und Stadtstruktur, in: Stadtstruktur und Sozialplanung, Beiträge zur empirischen Stadtforschung, hrsg. v. Friedrich Fürstenberg et al., Linz 1978, S. 32–50
- Brock, Ditmar / Junge, Matthias*: Die Theorie gesellschaftlicher Modernisierung und das Problem gesellschaftlicher Integration, in: Zeitschrift für Soziologie 24/3 (1995), S. 165–182

- Bröring, Dorothea*: Kriminologische Regionalanalyse des Kreises Lippe, in: Kriminalitätslagebilder: Zur Erstellung überregionaler Kriminalitätslagebilder auf der Basis von Kriminologischen Regionalanalysen, Sonderband der BKA Forschungsreihe, hrsg. Karl-Friedrich Koch, Wiesbaden 1992, S. 181–241
- Brondies, Marc*: Schule als Sozialisations- und Präventionsraum, in: Delinquenz im Jugendalter: Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie, Kriminologie und Kriminalsoziologie, Bd. 3, hrsg. v. Klaus Boers et al., Münster 2007, S. 299–334
- Brown, Barbara / Perkins, Douglas D. / Brown, Graham*: Place attachment in a revitalizing neighborhood: Individual and block levels of analysis, in: Journal of Environmental Psychology 23 (2003), S. 259–271
- Brückert, Oliver / Steinert, Heinz*: Das kriegerische Missverständnis des polizeilichen Gewaltmonopols: Am Beispiel „Aufräumen wie in New York“, in: Die Null-Lösung New Yorker „Zero-Tolerance“-Politik – Das Ende der urbanen Toleranz, hrsg. v. Helmut Ortner et al., Baden-Baden 1998, S. 17–38
- Bruhns, Kirsten / Wittmann, Svendy*: Mädchenkriminalität – Mädchengewalt, in: Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich, hrsg. v. Jürgen Raithel et al., Weinheim 2003, S. 41–63
- Büttner, Thiess / Spengler, Hannes*: Lokale Determinanten der Kriminalität und Tätermobilität: Eine empirische Studie mit Gemeindedaten, in: Kriminalität, Ökonomie und europäischer Sozialstaat, hrsg. v. Hans-Jörg Albrecht et al., Heidelberg 2003, S. 215–240
- Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 2008, Wiesbaden 2009
- Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1999, Wiesbaden 2000
- Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1990, Wiesbaden 1991
- Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1985, Wiesbaden 1986
- Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2001
- Bundesministerium des Inneren / Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006

- Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz. Bisherige Praxis und zukünftige Aufgaben, Schriftenreihe des Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 2: Stadtentwicklung, Heft Nr. 02.035, Bonn 1985
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen: Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29. Juni 1994 (Kompensation für die Folgen des Verlustes des Sitzes von Parlament und Regierung, Bilanz, November 2004, www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/6.pdf, letzter Zugriff: 26.04.2010
- Bursik, Robert J. Jr. / Webb, Tim*: Community Change and Patterns of Delinquency, in: *The American Journal of Sociology* 88/1 (1982), S. 24–42
- Butz, Petra / Bronner, Uta / Reinders, Heinz*: Bedingungsfaktoren jugendlichen Problemverhaltens. Die Verbindung von Schule, Familie und Freizeit, in: *Soziale Arbeit* 47 (1998), S. 348–355
- Cancino, Jeffrey Michael*: The Utility of Social Capital and Collective Efficacy: Social Control Policy in Nonmetropolitan Settings, in: *Criminal Justice Policy Review* 16/3 (2005), S. 387–318
- Cantor, David / Land, Kenneth C.*: Exploring possible Temporal relationships of unemployment and crime: A comment on Hale and Sabbagh, in: *Journal of Research in Crime and Delinquency* 28/4 (1991), S. 418–425
- Cantor, David / Land, Kenneth C.*: Unemployment and Crime Rates in the Post-World War II United States: A Theoretical and Empirical Analysis, in: *American Sociological Review* 50/3 (1985), S. 317–332
- Carrington, Peter J.*: Population Aging and Crime in Canada, 2000–2041, in: *Canadian Journal of Criminology* 43/3 (2001), S. 331–356
- Cloward, Richard A.*: Illegitime Mittel, Anomie und abweichendes Verhalten, in: *Kriminalsoziologie*, hrsg. v. Fritz Sack und René König, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1974, S. 314–338
- Cloward, Richard A. / Ohlin, Lloyd E.*: Illegitimate Means and Delinquent Subcultures, in: *Social Deviance: Readings in Theory and Research*, hrsg. v. Henry N. Pontell, 4. Auflage, New Jersey 2002, S. 45–49
- Cloward, Richard A. / Ohlin, Lloyd E.*: *Delinquency and Opportunity: a Theory of Delinquent Gangs*, London 1960
- Cohen, Lawrence E. / Felson, Marcus*: Social Change and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach, in: *American Sociological Review* 44/4 (1979), S. 588–606

- Cohen, Lawrence E. / Land, Kenneth C.:* Age Structure and Crime: Symmetry versus asymmetry and the projection of crime rates through the 1990s, in: *American Sociological Review* 52/2 (1987), S. 170–183
- Cozens, Paul / Hillier, David / Prescott, Gwyn:* Crime and the design of residential property – exploring the theoretical background: Part 1, in: *Property Management*, 19/2 (2001), S. 136–164
- Currie, Elliott:* Market, Crime and Community: Toward a Mid-Range Theory of Post-Industrial Violence, in *Theoretical Criminology* 1/2 (1997), S. 147–172
- Dahrendorf, Ralf:* Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992
- Dahrendorf, Ralf:* Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957
- Danielli, Giovanni / Backhaus, Norman / Laube, Patrick:* Wirtschaftsgeografie und globalisierter Lebensraum: Lerntext, Aufgaben mit Lösungen und Kurztheorie, 3. Auflage, Merenschwand 2009
- Davidson, R. Norman:* Microenvironments of Violence, in: *The Geography of Crime*, hrsg. v. David Evans und David Herbert, London 1989, S. 59–85
- Davidson, Norman/ Locke, Trevor:* Local Area Profile of Crime: Neighbourhood Crime Patterns in Context, in: *Crime Policing and Place, Essays in Environmental Criminology*, hrsg. v. David Evans et al., London 1992, S. 48–58
- DeKeseredy, Walter S. / Schwartz, Martin D. / Alvi, Shahid / Tomaszewski, E. Andreas:* Perceived collective efficacy and women's victimization in public housing, in: *Criminology and Criminal Justice* 3/1 (2003), S. 5–27
- Dessecker, Axel:* Arbeitsmärkte, Jugendarbeitslosigkeit und Delinquenz: ein Überblick, in: *Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität*, hrsg. v. Axel Dessecker, 2. Auflage, Wiesbaden 2007, S. 21–42
- Dölling, Dieter:* Grundstrukturen der Jugenddelinquenz, in: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie* 3 (2008), S. 155–161
- Dölling, Dieter / Hermann, Dieter:* Werte, Milieus und Kriminalität – theoretische und empirische Aspekte, in: *Kriminologie zwischen Grundlagenwissenschaft und Praxis*, hrsg. v. Volker Dittmann et al., Mönchengladbach 2003, S. 237–261
- Dörmann, Uwe:* Zahlen sprechen nicht für sich: Aufsätze zu Kriminalstatistik, Dunkelfeld und Sicherheitsgefühl aus drei Jahrzehnten, BKA Polizei und Forschung Band 28, München 2004
- Dörmann, Uwe / Kube, Edwin:* Städtebau und Prävention, in: *Präventive Kriminalpolitik. Beiträge zur ressortübergreifenden Kriminalprävention aus Forschung, Praxis und Politik, Kriminologische Forschung, Bd. 1*, hrsg. v. Hans-Dieter Schwind et al., Heidelberg 1980, S. 443–455

- Dolde, Gabriele*: Theorie und Erklärung, in Kleines Kriminologisches Wörterbuch, hrsg. von Günther Kaiser et al., 3. Auflage, Heidelberg 1993, S. 541–549
- Dollinger, Bernd / Raithel, Jürgen*: Einführung in die Theorien abweichenden Verhaltens, Weinheim/Basel 2006
- Dreher, Gunter / Kury, Helmut / Obergfell-Fuchs, Joachim*: Bevölkerungsumfragen in ländlichen und städtischen Regionen – Kriminalitätsanalysen und gezielte proaktive Maßnahmen am Beispiel der Stadt Rottweil, in: Kommunale Kriminalprävention – Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages, 17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart, hrsg. v. Britta Bannenberg et al., Mönchengladbach 2005, S. 169–188
- Dubin, Robert*: Deviant Behavior and Social Structure. Continuities in Social Theory, in: American Sociological Review 24/2 (1959), S. 147–164
- Dünkel, Frieder / Geng, Bernd*: Gewalterfahrungen, gesellschaftliche Orientierungen und Risikofaktoren bei Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald 1998 – 2002: Erste Ergebnisse einer empirischen Langzeitstudie zur Lebenssituation und Delinquenz von Jugendlichen in Greifswald, in: Jugendgewalt und Kriminalprävention: Empirische Befunde zu Gewalterfahrungen von Jugendlichen in Greifswald und Usedom/Vorpommern und ihre Auswirkungen für die kommunale Kriminalprävention, Schriften zum Strafvollzug, Jugendstrafrecht und zur Kriminologie, Bd. 14, hrsg. v. Frieder Dünkel et al., Mönchengladbach 2003, S. 1–55
- Durkheim, Emile*: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt a. M. 1996
- Durkheim, Emile*: Kriminalität als normales Phänomen, in: Kriminalsoziologie, hrsg. v. Fritz Sack et al., 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1974, S. 3–8
- Durkheim, Emile*: Der Selbstmord, Neuwied et al. 1973
- Egg, Rudolf / Rautenberg, Marcus*: Drogenmissbrauch und Kriminalität – Ergebnisse einer vergleichenden Literaturanalyse, in: Sucht 44/6 (1998), S. 399–405
- Eifler, Stefanie*: Kriminalität im Alltag: Eine handlungstheoretische Analyse von Gelegenheiten, Wiesbaden 2009
- Eifler, Stefanie*: Kriminalsoziologie, Bielefeld 2002
- Eisenberg, Ulrich*: Kriminologie, 6. Auflage, München
- Eisner, Manuel*: Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Frankfurt a. M./New York 1997
- Eisner, Manuel*: Die Zunahme von Jugendgewalt – Fakt oder Artefakt?, in: Gewalt in der Schweiz: Studien zu Entwicklung, Wahrnehmung und staatlicher Reaktion, hrsg. v. Manuel Eisner et al., Chur/Zürich 1998, S. 13–40

- Eisner, Manuel*: Kriminalität in der Stadt – Ist Desintegration das Problem?, in: Raum und Kriminalität: Sicherheit der Stadt: Migrationsprobleme, hrsg. v. Jörg-Martin Jehle, Mönchengladbach 2001, S. 3–24
- Elias, Norbert*: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, erster Band, Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes, 26. Auflage, Berlin 1976
- Ellermann, Ludwig*: Ökonomische Krisen und Eigentumskriminalität in Großstädte, in: Deutsche Forschungen zur Kriminalitätsentstehung und Kriminalitätskontrolle, hrsg. v. Hans-Jürgen Kerner et al., Köln et al. 1983, S. 386–407
- Elliott, Delbert S.*: Serious Violent Offenders: Onset, Development Course, and Termination, in: *Criminology* 32/1 (1994), S. 1–21
- Engel, Uwe / Hurrelmann, Klaus*: Was Jugendliche wagen: eine Längsschnittstudie über Drogenkonsum, Stressreaktionen und Delinquenz im Jugendalter, 3. Auflage, Weinheim et al. 1998
- Entorf, Horst / Spengler, Hannes*: Die Ökonomik der Kriminalität: Theoretische Hintergründe und empirische Evidenz, in: *WiSt – Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 27/7 (1998), S. 348–353
- Erhardt, Elmar*: Zur Beschaffungskriminalität von Drogenabhängigen. Ein Forschungsbericht, in: Drogen und Kriminalität. Beiträge, Forschungsberichte und Materialien aus dem Kriminalistischen Institut, hrsg. v. Elmar Erhardt und Heinz Leineweber, Sonderband der BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden 1993
- Erlinghagen, Marcel*: Die Restrukturierung des Arbeitsmarktes: Arbeitsmarktmobilität und Beschäftigungsstabilität im Zeitverlauf, Wiesbaden 2004
- Fadaei-Tehrani, Reza / Green, Thomas M.*: Crime and society, in: *International Journal of Social Economics* 29/10 (2002), S. 781–795
- Farrington, David P.*: Crime and the Family, in: *The Criminologist* 35/2 (2010), S. 1–6
- Feest, Johannes*: Frauenkriminalität, in: *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*, hrsg. v. Günter Kaiser et al., 3. Auflage, Heidelberg 1993, S. 142–146
- Fehre, Horst*: Strukturwandel von der alten zur neuen Stadt Bonn nach den Ergebnissen der letzten Großzählung 1968 und 1970, in: *Aus Geschichte und Volkskunde von Stadt und Raum Bonn. Festschrift für Josef Dietz zum 80. Geburtstag am 8. April 1973*, hrsg. v. Edith Ennen et al., Bonn 1973, S. 507–517
- Feldmann, Klaus*: *Soziologie Kompakt: Eine Einführung*, 3. Auflage, Wiesbaden 2005
- Feltes, Thomas*: Aussagewert der polizeilichen Aufklärungsquote, in: *Kriminalistik* 63/1 (2009), S. 36–41

- Feltes, Thomas*: Vandalismus und Sicherheit im öffentlichen Personenverkehr: Zusammenhänge und Lösungssätze, in: *Kriminalistik* 57/5 (2003), S. 277–285
- Feltes, Thomas*: Kommunale Kriminalprävention: Studien zur Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung als Ansätze zu einer Neuorientierung von Polizeiarbeit, in: *Kommunale Kriminalprävention: Analysen und Perspektiven; Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg*, hrsg. v. Dieter Dölling et al., Holzkirchen/Obb. 2003
- Feltes, Thomas*: Zur Einführung: New York als Modell für eine moderne und effektive Polizeipolitik?, in: *Das Modell New York: Kriminalprävention durch „Zero Tolerance“?*, Beiträge zur aktuellen kriminalpolitischen Diskussion, hrsg. v. Gunther Dreher et al., Holzkirchen 1998, S. 3–15
- Feltes, Thomas*: Jugendkriminalität, in: *Kriminologie Lexikon*, hrsg. v. Hans-Jürgen Kerner, 4. Auflage, Heidelberg 1991, S. 149–155
- Feltes, Thomas*: Jugendkriminalität und Schule. Zum Zusammenhang von Schulbildung, Sozialstatus und abweichendem Verhalten: Konsequenzen für die Schule, in: *Westermanns Pädagogische Beiträge* 31/2 (1979), S. 96–101
- Fetchenhauer, Detlev / Simon, Josef*: Eine experimentelle Überprüfung der „General Theory of Crime“ von Gottfredson und Hirschi, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 81/5 (1998), S. 301–315
- Field, Simon*: Trends in Crime Revisited. A Research, Development and Statistics Directorate Report, Home Office Research Study 195, London 1999, <http://rds.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs/hors195.pdf>, letzter Zugriff: 02.3.2010
- Flade, Antje*: Zur öffentlichen Sicherheit in den ostdeutschen Großsiedlungen, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 79/2 (1996), S. 114–124
- Flade, Antje / Institut Wohnen und Umwelt*: Jugendkriminalität in Neubausiedlungen. Eine empirische Untersuchung, Weinheim 1984
- Flagge, Ingeborg / Stock, Wolfgang J.*: Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, 2. Auflage, Stuttgart 1996
- Franke, Thomas*: Lebenswerte Städte: städtebauliche Strategien für das 21. Jahrhundert. Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21. Juni 2000 Bonn, <http://library.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00958007.htm> letzter Zugriff: 03.05.2010
- Frehsee, Detlev*: Strukturbedingungen urbaner Kriminalität: Eine Kriminalgeografie der Stadt Kiel unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität, *Kriminologische Studien* Band 29, Göttingen 1978
- Friedrichs, Jürgen*: Kriminalität und sozio-ökonomische Struktur von Großstädten, in: *Zeitschrift für Soziologie* 14/1 (1985), S. 50–63

- Friedrichs, Jürgen*: Stadtanalyse – Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, 3. Auflage, Opladen 1983
- Friedrichs, Jürgen*: Mensch und bauliche Umwelt aus Sicht des Soziologen, in: Städtebau und Kriminalität, hrsg. vom Bundeskriminalamt, Wiesbaden 1979, S. 27–33
- Friedrichs, Jürgen / Blasius, Jörg*: Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen 2000
- Fuchs, Marek / Lamnek, Siegfried / Luedtke, Jens / Baur, Nina*: Gewalt an Schulen: 1994–1999–2004, 2. Auflage, Wiesbaden 2009
- Fuchs-Heinritz*: Zukunftsorientierungen und Verhältnis zu den Eltern, in: Jugend 2000, 13. Shell Jugendstudie, Bd. 1, Opladen 2000, S. 23–93
- Geißler, Rainer*: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 5. Auflage, Wiesbaden 2008
- Geißler, Rainer*: Sozialstruktur, in: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, hrsg. v. Bernhard Schäfers et al., 2. Auflage, Opladen 2001, S. 672–681
- Geißler, Rainer*: Kein Abschied von Klasse und Schicht: Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48/2 (1996), S. 319–338
- Geißler, Rainer*: Soziale Schichtung und Kriminalität, in: Soziale Schichtung und Lebenschancen in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Rainer Geißler, Stuttgart 1987, S. 138–161
- Geißler, Rainer / Marißen, Norbert*: Milde für junge Frauen bei der Strafverfolgung: Der Frauenbonus oder das Paradox der geschlechtsspezifischen Gleichbehandlung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44/3 (1992), S. 549–558
- Geißler, Rainer / Marißen, Norbert*: Junge Frauen und Männer vor Gericht: Geschlechtsspezifische Kriminalität und Kriminalisierung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40/3 (1988), S. 505–526
- Geulen, Dieter*: Sozialisation, in Lehrbuch der Soziologie, hrsg. v. Hans Joas, Frankfurt a. M. 2001, S. 123–144
- Giddens, Anthony*: Sociology, 4. Auflage, Cambridge 2001
- Giddens, Anthony*: Soziologie, 2. Auflage, Graz et al. 1991
- Giordano, Peggy C. / Cernkovich, Stephen A. / Pugh, M.D.*: Friendships and Delinquency, in: The American Journal of Sociology 91/5 (1986), S. 1170–1202
- Glatzer, Wolfgang / Ostner, Ilona*: Sozialstruktur und Sozialer Wandel, in: Deutschland im Wandel: Sozialstrukturelle Analysen, hrsg. v. Wolfgang Glatzer et al., Opladen 1999, S. 7–28

- Gluba, Alexander / Wolter, Daniel*: Nachwuchssorgen bei der Kriminalität? Demografische Einflüsse auf die Kriminalitätsentwicklung / Ergebnisse einer Trendextrapolation zur Tatverdächtigenzahl in Niedersachsen bis 2027, in: *Kriminalistik* 63/5 (2009), S. 284–290
- Glueck, S. / Glueck, E.*: Jugendliche Rechtsbrecher: Wege zur Vorbeugung, 2. Auflage, Stuttgart 1972
- Goch, Stephan*: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel: Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Essen 2002
- Göllner, Reinhard (Hrsg.)*: Die Zukunft des Ruhrgebiets: Strukturwandel einer Region und die Mitverantwortung der Kirchen, Münster 2003
- Göppinger, Hans*: Kriminologie, 5. Auflage, München 2005
- Göppinger, Hans*: Der Täter in seinen sozialen Bezügen: Ergebnisse aus der Tübinger Jungtäter-Vergleichsuntersuchung, Berlin u.a. 1983
- Goldsmith, William W. / Blakely, Edward J.*: Separate Societies: Poverty and Inequality in U.S. Cities, Philadelphia 1992
- Granovetter, Mark / Swedberg, Richard*: The Sociology of Economic Life, 2. Auflage, Boulder 2001
- Grau, Helmut*: Einführung in die Soziologie, 4. Auflage, Bad Homburg et al. 1976
- Greenberg, David F.*: Age, Crime, and Social Explanation, in: *The American Journal of Sociology* 91/1 (1985), S. 1–21
- Greenberg, David F.*: Delinquency and the Age Structure of Society, in: *Contemporary Crises* 1 (1977), S. 189–223
- Griese, Hartmut M. / Mansel, Jürgen*: Sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Jugend, Jugendforschung und Jugenddiskurse. Ein Problemaufriss. In: *Soziologische Forschung. Stand und Perspektiven*, hrsg. v. Barbara Orth et al., Opladen 2003, S. 169–194
- Gundlach, Thomas / Menzel, Thomas*: Polizeiliche Kriminalstatistik: Fehlerquellen der PKS und ihre Auswirkungen am Beispiel Hamburgs, in: *Kriminalistik* 47/2 (1993), S. 121–125
- Haas, Hans-Dieter / Neumair, Simon-Martin*: Wirtschaftsgeografie, 2. Auflage, Darmstadt 2008
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter*: Stadtsoziologie: Eine Einführung, Frankfurt a. M., 2004
- Hagemann-White, Carol*: Sozialisation: Weiblich-männlich? Alltag und Biografie von Mädchen, Opladen 1984
- Hale, Chris*: Unemployment and Crime: Differencing is no substitute for modeling, in: *Journal of Research in Crime and Delinquency* 28/4 (1991), S. 426–429

- Hale, Chris / Sabbagh, Dima*: Testing the Relationship between Unemployment and Crime: A Methodological Comment and Empirical Analysis using Time Series Data from England and Wales, in: *Journal of Research in Crime and Delinquency* 28/4 (1991), S 400–416
- Hallbauer, Wilhelm*: Strukturwandel in Stadt und Umland, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Band 34, Bremen-Horn 1958
- Hamburger, Franz / Seus, Lydia / Wolter, Otto*: Zur Delinquenz ausländischer Jugendlicher – Bedingungen der Entstehungen und Prozesse der Verfestigung, in: Sonderband der BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden 1981
- Harary, Frank*: Merton Revisited: A New Classification for Deviant Behavior, in: *American Sociological Review* 31/5 (1966), S. 693–697
- Harrendorf, Stephan*: Rückfälligkeit und kriminelle Karrieren von Gewalttätern – Ergebnisse einer bundesweiten Rückfalluntersuchung, Göttinger Studien zu den Kriminalwissenschaften Bd.1, Göttingen 2007
- Hartmann, Peter H.*: Lebensstilforschung. Darstellung, Kritik und Weiterentwicklung, Opladen 1999
- Hartwig, Marc-Arno* : Geografische Informationssysteme (GIS), in: *Kriminalistik* 55/6 (2001), S. 435–439
- Heinemann, Klaus*: Arbeitslose Jugendliche. Ursachen und individuelle Bewältigung eines sozialen Problems, Neuwied 1978
- Heinz, Wolfgang*: Kriminalität von Deutschen nach Alter und Geschlecht im Spiegel von Polizeilicher Kriminalstatistik und Strafverfolgungsstatistik, Konstanz 2004, Internet-Publikation: www.uni-konstanz.de/rtf/kik, Stand 6/2004, letzter Zugriff: 06.12.2009
- Heinz, Wolfgang*: Jugendkriminalität in Deutschland, Kriminalstatistische und kriminologische Befunde, Konstanz 2003, aktualisierte Ausgabe, Internet-Publikation: www.uni-konstanz.de/rtf/kik, Stand 7/2003, letzter Zugriff: 20.02.2010
- Heinz, Wolfgang*: Kriminalitätstheorien, in Fälle zum Wahlfach Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug, hrsg. von Heike Jung, 2. Auflage, München 1988, S. 16–51
- Heinz, Wolfgang / Spieß, Gerhard*: Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger – Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten, in: *Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg: Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten*, hrsg. v. Thomas Feltes, Holzkirchen/Obb. 1995, S. 2–120

- Heinz, Wolfgang / Spieß, Gerhard*: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten, in: Kommunale Kriminalprävention: Analysen und Perspektiven; Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg, hrsg. v. Dieter Dölling et al., Holzkirchen/Obb. 2003, S. 141–174
- Heitmeyer, Wilhelm / Collmann, Birgit / Conrads, Jutta / Matuschek, Ingo / Kraul, Dietmar / Kühnel, Wolfgang / Möller, Renate / Ulbrich-Herrmann, Matthias*: Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus, Weinheim et al. 1995
- Heitmeyer, Wilhelm / Conrads, Jutta / Kraul, Dietmar / Möller, Renate / Ulbrich-Herrmann, Matthias*: Gewalt in sozialen Milieus: Darstellung eines differenzierten Ursachenkonzeptes, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 15/2 (1995), S. 145–167
- Helldörfer, Heinrich*: Nürnberg – Kriminalgeografie einer Großstadt, in: Stadt und Stadtraum, Bd. 97 der Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1974, S. 151–169
- Hellmer, Joachim*: Regionale Unterschiede in der Jugendkriminalität, in: Beiträge zur Kriminalgeografie, Kriminologische Forschungen, Bd. 12, hrsg. v. Joachim Hellmer, Berlin 1981, S. 57–63
- Hellmer, Joachim*: Jugendkriminalität, 4. Auflage, Neuwied et al. 1978
- Hellmer, Joachim*: Kriminalgeografie und Verbrechensbekämpfung, in: Der Kriminalist 2 (1974), S. 99–103
- Hellmer, Joachim*: Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik Deutschland und West Berlins – Ein Beitrag zur Kriminalgeografie, Wiesbaden 1972
- Hermann, Dieter / Laue, Christian*: Ökologie und Lebensstil – Empirische Analysen zum „broken windows“-Paradigma, in: Raum und Kriminalität: Sicherheit der Stadt; Migrationsprobleme, hrsg. v. Jörg-Martin Jehle, Mönchengladbach 2001, S. 89–120
- Herold, Horst*: Die Bedeutung der Kriminalgeografie für die polizeiliche Praxis, Kriminalistik 31/7 (1977), S. 289–296
- Herold, Horst*: Ist die Kriminalitätsentwicklung – und damit die Sicherheitslage – verlässlich zu beurteilen? In: Kriminalistik 30/8 (1976), S. 337–345
- Herold, Horst*: Kriminalgeografie – Ermittlung und Untersuchung der Beziehungen zwischen Raum und Kriminalität, in: Die Polizei 60/3 (1969), S. 81–87
- Hess, Henner*: Fixing broken windows and bringing down crime: die New Yorker Polizeistrategie der neunziger Jahre, in: Kritische Justiz 32 (1999), S. 32–57

- Hess, Henner / Scheerer, Sebastian*: Theorien der Kriminalität, in: *Soziologie der Kriminalität*, hrsg. v. Dietrich Oberwittler und Susanne Karstedt, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 43/2003, Wiesbaden 2004, S. 69–92
- Himmelstrand, Ulf*: *Interfaces in economic and social analysis*, London/ New York 1992
- Himmel-Kesselring, Jutta*: *Subkulturen und „abweichendes Verhalten“*, Versuch der Kritik eines soziologischen Konzepts der Klärung abweichenden Verhaltens am Beispiel der Jugendkriminalität, München 1972
- Hindelang, Michael J.*: Opferbefragungen in Theorie und Forschung: Eine Einführung in das “National Crime Survey Programm”, in: *Das Verbrechenopfer in der Strafrechtspflege: Psychologische, kriminologische, strafrechtliche und strafverfahrensrechtliche Aspekte: Ausgewählte Referate des Dritten Internationalen Symposiums für Viktimologie 1979 in Münster/Westfalen*, hrsg. v. Hans Joachim Schneider, Berlin et al. 1982, S. 115–131
- Hindelang, Michael J. / Gottfredson, Michael R. / Garofalo, James*: *Victims of personal crime: an empirical foundation for a theory of personal victimization*, Cambridge 1978
- Hindelang, Michael J. / Hirschi, Travis / Weis, Joseph G.*: *Correlates of Delinquency: The Illusion of Discrepancy between Self-Report and Official Measure*, in: *American Sociological Review* 44/6 (1979), S. 995–1014
- Hipp, Christiane*: *Innovationsprozesse im Dienstleistungssektor: Eine theoretisch und empirisch basierte Innovationstypologie*, Schriftenreihe des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, Heidelberg 2000
- Hirschi, Travis / Gottfredson, Michael*: *Age and the Explanation of Crime*, in: *The American Journal of Sociology* 89/3 (1983), S. 552–584
- Höroidt, Dietrich*: *25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn: eine Dokumentation*, Bonn 1974
- Hradil, Stefan*: *Sozialer Wandel. Gesellschaftliche Entwicklungstrends*, in: *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, hrsg. v. Bernhard Schäfers et al., 2. Auflage, Opladen 2001, S. 642–652
- Hradil, Stefan*: *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, 8. Auflage, Opladen 2001
- Hradil, Stefan*: *Die Ungleichheit der „Sozialen Lage“: Eine Alternative zu schichtungssoziologischen Modellen sozialer Ungleichheit*, in: *Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt: Sonderband 2*, hrsg. v. Reinhard Kreckel, Göttingen 1983, S. 101–118
- Huber, Joseph*: *Soziale Bewegungen*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 6 (1988), S. 425–435

- Hurrelmann, Klaus*: Lebensphase Jugend: Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 10. Auflage, Weinheim et al. 2010
- IMK 2008: Bund-Länder-AG: Bericht der 186. Sitzung zu Nr. 4: "Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf städtischen Ballungsräumen", Abschlussbericht zur IMK-Frühjahrssitzung 2008
- Innes, Martin / Fielding, Nigel*: From Community To Communicative Policing: "Signal Crimes" and the Problem of Public Reassurance, in: *Sociological Research Online* 7/2 (2002), www.socresonline.org.uk/7/2/innes.html, letzter Zugriff: 16.06.2010
- Jäger, Wieland / Meyer, Hanns-Joachim*: Sozialer Wandel in soziologischen Theorien der Gegenwart, Wiesbaden 2003
- Jäger, Wieland / Weinzierl, Ulrike*: Moderne soziologische Theorien und sozialer Wandel, Wiesbaden 2007
- Janssen, Helmut*: Sozialer Wandel, in: *Kriminologie Lexikon*, hrsg. v. Hans-Jürgen Kerner, 4. Auflage, Heidelberg 1991, S. 306–308
- Jenkins, Patricia H.*: School delinquency and the school social bond, in: *Journal of Research in Crime and Delinquency* 34/3 (1997), S. 337–367
- Joas, Hans*: Die soziologische Perspektive, in: *Lehrbuch der Soziologie*, hrsg. v. Hans Joas, Frankfurt a. M. 2001, S. 11–38
- Jung, Heike*: Kriminalsoziologie, Baden-Baden 2005
- Kähling, Kerstin*: Aufgelockert und gegliedert: Städte- und Siedlungsbau der fünfziger und frühen sechziger Jahre in der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn, Bonn 2003
- Kaiser, Günther*: *Kriminologie. Ein Lehrbuch*, 3. Auflage, Heidelberg 1996
- Kaiser, Günther*: *Jugendkriminalität*, Weinheim et al. 1982
- Kaiser, Günther*: *Randalierende Jugend*, Heidelberg 1959
- Kaplan, Howard / Liu, Xiaoru*: Longitudinal Analysis of Mediating Variables in the Drug Use-Dropping Out Relationship, in: *Criminology* 32/3 (1994), S. 415–439
- Kasperzak, Thomas*: Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht. Darstellung, Analyse und Kritik verbrechensvorbeugender Maßnahmen im Spannungsfeld kriminalgeographischer Erkenntnisse und bauplanerischer Praxis, *Empirische Polizeiforschung*, Bd. 14, Holzkirchen/Obb. 2000
- Kaufman, Jeanne G. / Widom, Cathy Spatz*: Childhood Victimization, Running Away, and Delinquency, in: *Journal of Research in Crime and Delinquency* 36/4 (1999), S. 347–370

- Keim, Karl-Dieter*: Gewalt – Kriminalität, in: Großstadt. Soziologische Stichworte, hrsg. v. Hartmut Häußermann, 3. Auflage, Wiesbaden 2007, S. 67–78
- Kerner, Hans-Jürgen*: Jugendkriminalität zwischen Massenerscheinung und krimineller Karriere, in: Sozialarbeit und Kriminalpolitik, hrsg. v. Werner Nickolai et al., Freiburg i. Br. 1993, S. 28–62
- Kerner, Hans-Jürgen*: Drogen und Kriminalität, in: Kleines Kriminologisches Wörterbuch, hrsg. v. Günther Kaiser et al., 3. Auflage, Heidelberg 1993, S. 93–99
- Kerscher, Ignatz*: Sozialwissenschaftliche Kriminalitätstheorien: eine Einführung, 3. Auflage, Weinheim et al. 1981
- Klages, Helmut*: Werte- und Wertewandel, in: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, hrsg. v. Bernhard Schäfers et al., 2. Auflage, Bonn 2001, S. 726–738
- Klein, Uta*: Die Geschlechterperspektive in der Kriminalsoziologie am Beispiel der Straffälligkeit von Frauen, in: Spezielle Soziologie (Soziologie – Zugänge zur Gesellschaft 2), hrsg. v. Georg Kneer et al., S. 79–99
- Köllisch, Tilman / Oberwittler, Dietrich*: Sozialer Wandel des Risikomanagements bei Kindern und Jugendlichen: Eine Replikationsstudie zur langfristigen Zunahme des Anzeigeverhaltens, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 24/1 (2004), S. 49–72
- König, René*: Soziale Kontrolle, in: Soziologie (Das Fischer Lexikon, Bd. 10), hrsg. v. René König, Frankfurt a. M. 1958, S. 253–257
- Kofler, Rolf*: Beruf und Kriminalität. Eine empirische Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Beruf und Straffälligkeit bei den Probanden der Tübinger Jugendtäter-Vergleichsuntersuchung, München 1980
- Kohn, Melvin L.*: Unresolved Interpretive Issues, in: Work and personality. An inquiry into the impact of social stratification, hrsg. v. Melvin Kohn et al., Norwood/N.J. 1983, S. 296
- Kohn, Melvin L. / Schoenbach, Carrie*: Class, Stratification, and Psychological Function, in: Work and personality. An inquiry into the impact of social stratification, hrsg. v. Melvin Kohn et al., Norwood/N.J. 1983, S. 154–189
- Kraft, Maria*: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaft Deutschland: Daten – Analysen – Fakten, hrsg. v. Helmut Keim et al., Köln 2000, S. 291–356
- Kreppner, Kurt*: Sozialisation in der Familie, in: Handbuch der Sozialisationsforschung, hrsg. v. Klaus Hurrelmann et al., 5. Auflage, Weinheim/Basel 1998, S. 321–334

- Kretschmer, K. / Pfarre, J.*: Untersuchung der Einstellung von Kindern und Jugendlichen zur Delinquenz sowie den formellen und informellen Reaktionen auf dieses Problem, in: Handlungsorientierte Analyse von Kinder- und Jugenddelinquenz: Autorengruppe Jugenddelinquenz, hrsg. v. dem Rektor der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, 3. Auflage, Berlin 1984
- Kreuzer, Arthur*: Jugendkriminalität, in: Kleines Kriminologisches Wörterbuch, hrsg. v. Günther Kaiser et al., 3. Auflage, Heidelberg 1993, S. 182–191
- Kreuzer, Arthur*: 'Endstation' Sucht? – Wege aus der Sucht, in: Mehrfach Auffällige – Mehrfach Betroffene: Erlebnisweisen und Reaktionsformen, Dokumentation des 21. Deutschen Jugendgerichtstages vom 30. September bis 4. Oktober 1989 in Göttingen, Bd. 18, hrsg. v. Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen, Bonn 1990, S. 276–297
- Kreuzer, Arthur*: Drogen und Delinquenz. Eine jugendkriminologisch-empirische Untersuchung der Erscheinungsformen und Zusammenhänge, Wiesbaden 1975
- Krol, Gerd-Jan / Schmid, Alfons*: Volkswirtschaftslehre, eine problemorientierte Einführung, 21. Auflage, Tübingen 2002
- Kube, Edwin*: Städtebau als Aspekt kommunaler Kriminalprävention, in: Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht: Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Hans-Jörg Albrecht et al., erster Halbbd., Berlin 1998, S. 847–858
- Kube, Edwin*: Städtebau, Wohnhausarchitektur und Kriminalität: Prävention statt Reaktion, in: Kriminalistik Band 15, Heidelberg 1982
- Kube, Edwin / Erhardt, Elmar*: Welchen Beitrag kann kriminalistisch-kriminologische Forschung zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität leisten? Ein praxisorientierter Ansatz, in: Drogen und Kriminalität, Beiträge, Forschungsberichte und Materialien aus dem kriminalistischen Institut, hrsg. v. Elmar Erhardt et al., Sonderband der BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden 1993
- Kubrin, Charis E. / Weitzer, Ronald*: New Directions in Social Disorganization Theory, in: Journal of Research in Crime and Delinquency 40/4 (2003), S. 374–402
- Kühnel, Wolfgang*: Die Bedeutung von sozialen Netzwerken und Peer-Group-Beziehungen für Gewalt im Jugendalter, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 15/2 (1995), S. 122–144
- Kuls, Wolfgang*: Bonn als Bundeshauptstadt, in: Bonn. Stadt und Umland. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Gesellschaft für Erd- und Völkerkunde zu Bonn, hrsg. v. Eberhard Mayer et al., Bonn 1988, S. 5–18

- Kury, Helmut*: Die Bedeutung der familialen Sozialisation für die Entstehung krimineller Verhaltensweisen, in: Präventive Kriminalpolitik. Beiträge zur ressortübergreifenden Kriminalprävention aus Forschung, Praxis und Politik, Kriminologische Forschung, Bd. 1, hrsg. v. Hans-Dieter Schwind et al., Heidelberg 1980, S. 147–163
- Lamnek, Siegfried*: Theorien abweichenden Verhaltens I – „klassische“ Ansätze, 8. Auflage, Paderborn 2007
- Lamnek, Siegfried*: Theorien abweichenden Verhaltens II – „moderne“ Ansätze, 3. Auflage, München 2008
- Lamnek, Siegfried*: Kriminalität, in: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, hrsg. v. Bernhard Schäfers und Wolfgang Zapf, 2. Auflage, Opladen 2001, S. 392–402
- Lamnek, Siegfried*: Soziale Randständigkeit und registrierte Jugendkriminalität, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 64 1/2 (1981), S. 1–17
- Land, Kenneth C. / Cantor, David / Russell Stephen T.*: Unemployment and Crime Rate Fluctuations in the Post-World-War II United States, in: Crime and Inequality, hrsg. v. John Hagan et al., Stanford 1995, S. 55–79
- Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen, Berichtsjahr 1990, Düsseldorf 1991
- Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen, Berichtsjahr 1999, Düsseldorf 2000
- Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen, Berichtsjahr 2008, Düsseldorf 2009
- Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Trends der Kriminalität in NRW. Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demografischer und ökonomischer Entwicklungen, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle, Forschungsbericht Nr. 3/2006, Düsseldorf 2006
- Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch zur Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Nordrhein-Westfalen 2001, Düsseldorf 2002
- Langer, Peter*: Kriminalität als Indikator sozialgeographischer Raumstrukturen – dargestellt am Beispiel der Straßenkriminalität in München, zugl. Diss. rer. pol. (Universität München 1982), Neuwied 1983
- Langner, Winfried / Sturzbecher, Dietmar*: „Aufklatschen, plattmachen, Zecken jagen!“ – Jugendgewalt in Brandenburg, in: Jugend und Gewalt in Ostdeutschland – Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie, hrsg. v. Dietmar Sturzbecher, Göttingen et al. 1997, S. 170–208

- Lansford, Jennifer E. / Miller-Johnson, Sharl / Berlin, Lisa J. / Dodge, Kenneth A. / Bates, John E. / Pettit, Gregory S.*: Early Physical Abuse and Later Violent Delinquency: A Prospective Longitudinal Study, in: *Child Maltreatment* 12/3 (2007), S. 233–245
- Legnaro, Aldo / Sack, Fritz (Hrsg.)*: Materialien zur Kriminalsoziologie, Rene König Schriften, Bd. 13, Wiesbaden 2005
- Lehne, Werner*: Zu den Konstruktionsprinzipien der polizeilichen Kriminalstatistik am Beispiel der Jugendkriminalität, in: *Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität*, hrsg. v. Wilfried Breyvogel, Bonn 1981, S. 153–171
- Leyendecker, Bernd*: Post und Business statt Politik und Beamte, in: *General-Anzeiger Bonn* vom 3./4. Januar 2009, S. 3
- Leyendecker, Bernd*: Dieckmann: Bonn wird die Krise bewältigen, in: *General-Anzeiger Bonn* vom 27. Januar 2009, S. 17
- Leyendecker, Bernd*: Bonns neue Mitte, in: *General-Anzeiger Bonn*, 3.11.2006, www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=238837, letzter Zugriff: 13.12.2009
- Leyendecker, Bernd*: Ministerien befürchten neue Umzugswelle, in: *General-Anzeiger Bonn*, 20.11.2002, www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10001&detailid=52332, letzter Zugriff: 02.05.2009
- Lösel, Friedrich*: Freizeitverhalten und Delinquenz – unter besonderer Berücksichtigung pädagogisch-psychologischer Aspekte, in: *Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe*, 32/2 (1983), S. 74–81
- Lösel, Friedrich / Bliesener, Thomas*: Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen: Untersuchungen von kognitiven und sozialen Bedingungen, in: *BKA Polizei und Forschung*, Band 20, München et al. 2003
- Lösel, Friedrich / Bliesener, Thomas / Averbek, Mechthild*: Hat die Delinquenz von Schülern zugenommen? Ein Vergleich im Dunkelfeld nach 22 Jahren, in: *DVJJ-Journal* 160/2 (1998), S. 115–125
- Loll, Bernd-Uwe*: Prognose der Jugendkriminalität von Deutschen und Ausländern, in: *BKA-Forschungsreihe, Sonderband*, Wiesbaden 1990
- Lowenkamp, Christopher T. / Cullen, Francis T. / Pratt, Travis C.*: Replicating Sampson and Groves's Test of Social Disorganization Theory: Revisiting a Criminological Classic, in: *Journal of Research in Crime and Delinquency* 40/4 (2003), S. 351–373
- Lüdemann, Christian / Ohlemacher, Thomas*: Soziologie der Kriminalität: Theoretische und Empirische Perspektiven, Weinheim/München 2002

- Lüdemann, Christian / Peter, Sascha*: Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil – Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten von Viktimisierungen, in: *Zeitschrift für Soziologie* 36/1 (2007), S. 25–42
- Luedtke, Jens*: Illegaler Drogenumgang und Beschaffungskriminalität im Jugend- und Heranwachsendenalter, in: *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich*, hrsg. v. Jürgen Raithel et al., Weinheim 2003, S. 241–263
- Luedtke, Jens*: Drogen und Gewalt in den 90er Jahren – zur Lage an bayerischen Schulen, in: *Soziale Probleme* 10/2 (1999), S. 115–143
- Lukáts, E. / Luthe, R. / Barth, E.*: Voraussetzungen und vorläufige Ergebnisse einer Reihenuntersuchung jugendlicher und heranwachsender Straftäter, in: *Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 56/1 (1973), S. 28–33
- Lux, E.*: *Jugendgerichtshilfestatistik*, Neuwied 1993
- Macmillan, Ross*: Changes in the Structure of Life Course and the Decline of Social Capital in Canadian Society: A Time Series Analysis of Property Crime Rates, in: *Canadian Journal of Sociology* 20/1 (1995), S. 51–79
- Mansel, Jürgen*: *Angst vor Gewalt: Eine Untersuchung zu jugendlichen Opfern und Tätern*, Weinheim/München 2001
- Mansel, Jürgen / Hurrelmann, Klaus*: Aggressives und delinquentes Verhalten Jugendlicher im Zeitvergleich. Befunde aus 'Dunkelfeldforschungen' aus den Jahren 1988, 1990 und 1996, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50/1 (1998), S. 78–109
- Mansel, Jürgen / Hurrelmann, Klaus*: Außen- und innengerichtete Formen der Problemverarbeitung Jugendlicher. Aggressivität und psychosomatische Beschwerden, in: *Soziale Welt* 45/2 (1994), S. 147–179
- Martens, Ulrich*: *Wirtschaftliche Krise, Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsbewegung. Eine empirische Studie über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession auf das sozialabweichende Verhalten der Bevölkerung am Beispiel der Stadt Mannheim*, Sonderband der BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden 1978
- Mayerhofer, Christoph*: *Der Kraftfahrzeugdiebstahl und verwandte Delikte*, Wien 1961
- Mechler, Achim*: *Studien zur Geschichte der Kriminalsoziologie*, Kriminologische Studien Bd. 5, Göttingen 1979
- Mehlkop, Guido / Becker, Rolf*: Soziale Schichtung und Delinquenz: Eine empirische Anwendung eines Rational-Choice-Ansatzes mit Hilfe von Querschnittdaten des Allbus 1990 und 2000, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56/ 1 (2004), S. 95–126

- Meier, Bernd-Dieter*: „Neue Armut“ und die Entwicklung der Jugendkriminalität – besteht ein Zusammenhang?, in: Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht: Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Hans-Jörg Albrecht et al., 2. Halbbd., Berlin 1998, S. 1069–1083
- Meier, Ulrich*: Aggression und Gewalt in der Schule: zur Dialektik von Schülerpersönlichkeiten, Lernumwelten und schulischem Sozialisationsklima, Münster 2004
- Meier, Ulrich / Melzer, Wolfgang / Schubarth, Wilfried / Tillmann, Klaus-Jürgen*: Schule, Jugend und Gewalt: Ergebnisse einer Schulleiterbefragung in Ost- und Westdeutschland, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 15/2 (1995), S. 168–182
- Mergen, Armand*: Die Kriminologie. Eine systematische Darstellung, 3. Auflage, München 1995
- Merton, Robert K.*: Social Structure and Anomie, in: Social Deviance: Readings in Theory and Research, hrsg. v. Henry N. Pontell, 4. Auflage, New Jersey 2002, S. 37–45
- Merton, Robert K.*: Soziologische Theorie und soziale Struktur, hrsg. v. Volker Meja und Nico Stehr, Berlin/New York 1995
- Merton, Robert K.*: Sozialstruktur und Anomie, in: Kriminalsoziologie, hrsg. v. Fritz Sack et al., 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1979, S. 283–313
- Messner, Steven F. / Raffalovich, Lawrence E. / McMillan, Richard*: Economic Deprivation and Changes in Homicide Arrest Rates for White and Black Youth, 1967–1998: A National Time-Series Analysis, in: Criminology 39/3 (2001), S. 591–613
- Meulemann, Heiner*: Soziologie von Anfang an: eine Einführung in Themen, Ergebnisse und Literatur, Wiesbaden 2006
- Miethé, Terance D. / Meier, Robert F.*: Crime and its social context: Toward and integrated Theory of Offenders, Victims, and Situations, Albany 1994
- Miller, Walter B.*: Die Kultur der Unterschicht als ein Entstehungsmilieu für Bandendelinquenz, in: Kriminalsoziologie, hrsg. v. Fritz Sack et al., 3. Auflage, Frankfurt a. M. 1979, S. 339–359
- Mitscherlich, Alexander*: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, 26. Auflage, Frankfurt a. M. 1999
- Morel, Julius / Bauer, Eva / Melegny, Tamás / Niedenzu, Heinz-Jürgen / Preglau, Max / Staubmann, Helmut*: Soziologische Theorien: Abriss der Ansätze ihrer Hauptvertreter, 6. Auflage, München et al. 1999

- Müller-List, Gabriele*: Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden, in: Bonn als Bundeshauptstadt 1949–1989, Bd. 4: Bonn – von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989, hrsg. v. Dietrich Hörold, Bonn 1989, S. 641–774
- Müller-Schneider, Thomas*: Freizeit und Erholung, in: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, hrsg. v. Bernhard Schäfers et al., 2. Auflage, Opladen 2001, S. 227–237
- Neubacher, Frank / Walter, Michael / Válková, Helena / Krajewski, Krzysztof*: Juvenile Delinquency in Central European Cities: A Comparison of Registration and Processing Structures in the 1990s, in: European Journal on Criminal Policy and Research 7 (1999), S. 533–588
- Neuhöfer, Manfred*: Überforderte Nachbarschaften: Eine Analyse von Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus und die Wohnsituation von Migranten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49/98 (1998), S. 35–45
- Neumann, Karl*: Strukturwandel und Strukturpolitik, Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Wirtschaftspolitik 2, Köln et al. 1976
- Newman, Oscar*: Defensible Space. Crime Prevention through Urban Design, New York 1972
- Noelle-Neumann, Elisabeth*: Die Schweigespirale: öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, München 1980
- Oberwittler, Dietrich*: Jugendkriminalität in sozialen Kontexten – Zur Rolle von Wohngebieten und Schulen bei der Verstärkung von abweichendem Verhalten Jugendlicher, in: Handbuch Jugendkriminalität: Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog, hrsg. v. Bernd Dollinger et al., Wiesbaden 2010, S. 213–228
- Oberwittler, Dietrich*: Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz: Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz, in: Soziologie der Kriminalität, Sonderheft 43, hrsg. v. Dietrich Oberwittler et al., Wiesbaden 2004, S. 135–170
- Oberwittler, Dietrich*: Täter, Opfer, Tatorte. Zu den innerstädtischen Verteilungsmustern der registrierten Gewaltkriminalität und ihren sozialen Korrelaten am Beispiel Kölns, in: Raum und Kriminalität: Sicherheit der Stadt; Migrationsprobleme, hrsg. v. Jörg-Martin Jehle, Mönchengladbach 2001, S. 121–146
- Oberwittler, Dietrich*: Soziale Probleme, Gewalt- und Jugenddelinquenz in der Stadt: Ansätze einer sozialökologischen Forschung, in: Forschungen zu Kriminalität und Kriminalitätskontrolle am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, hrsg. v. Hans-Jörg Albrecht, Freiburg i.Br. 1999, S. 403–419

- Oberwittler, Dietrich / Blank, Thomas / Köllisch, Tilman / Naplava, Thomas*: Soziale Lebenslangen und Delinquenz von Jugendlichen, Ergebnisse der MPI-Schulbefragung 1999 in Freiburg und Köln, Arbeitsbericht 1/2002, Freiburg i. Br. 2001
- Oberwittler, Dietrich / Köllisch, Tilman*: Jugendkriminalität in Stadt und Land. Sozialräumliche Unterschiede im Delinquenzverhalten und Registrierungsrisiko, in: *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter: Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich*, hrsg. v. Jürgen Raithel et al., Weinheim et al. 2003, S. 135–160
- Ohlemacher, Thomas*: Eine ökologische Regressionsanalyse von Kriminalitätsziffern und Armutsraten – Fehlschluss par excellence?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47/4 (1995), S. 706–726
- Opaschowski, Horst W.*: Soziale Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen. Streetwork und Aktionsforschung im Wohnbereich, Opladen 1976
- Opp, Karl-Dieter*: Abweichendes Verhalten und Gesellschaftsstruktur, Darmstadt et al. 1974
- Opp, Karl-Dieter*: Zur Erklärung delinquenten Verhaltens von Kindern und Jugendlichen. Eine ökologische Analyse der Kinder- und Jugenddelinquenz in Köln und eine Kritik des kriminalökologischen Ansatzes, zugl. Dissertation der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. (Uni Köln 1967), Köln 1967
- Ortmann, Rüdiger*: Abweichendes Verhalten und Anomie: Entwicklung und Veränderung abweichenden Verhaltens im Kontext der Anomietheorie von Durkheim und Merton, *Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht*, Bd. 89, Freiburg i. Br. 2000
- Paasch, Erhard*: Jugendkriminalität – ganzheitliche Ursachenanalyse und Staatliche Reaktionsmöglichkeiten, in: *Kriminalistik* 55/6 (2001), S. 447–450
- Pagenkopf, Oliver*: Die Hauptstadt in der deutschen Rechtsgeschichte, Stuttgart 2004
- Park, Robert Ezra*: The City. Suggestion for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment, in: *The City. Suggestion for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment*, hrsg. v. Robert Park et al., Chicago 1967, S. 1–46
- Parsons, Talcott*: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: *Theorien des sozialen Wandels*, Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 31, hrsg. v. Wolfgang Zapf, 4. Auflage, Königstein/Ts 1979, S. 55–74
- Paternoster, Raymond / Bushway, Shawn D.*: Theoretical and Empirical Work on the Relationship Between Unemployment and Crime, in: *Journal of Quantitative Criminology* 17/4 (2001), S. 391–407

- Peters, Hans-Rudolf*: Wirtschaftspolitik, 3. Auflage, München/Wien 2000
- Peters, Helge*, Devianz und soziale Kontrolle. Eine Einführung in die Soziologie abweichenden Verhaltens, 3. Auflage, Weinheim et al. 2009
- Petts, Richard J.*: Family and Religious Characteristics' Influence on Delinquency Trajectories from Adolescence to Young Adulthood, in: American Sociological Review 74/3 (2009), S. 465–483
- Peuckert, Rüdiger*: Familienformen im sozialen Wandel, 7. Auflage, Wiesbaden 2008
- Pfeiffer, Christian*: Anstieg der Jugendkriminalität, in: Kinder- und Jugendkriminalität in Deutschland: Ursachen, Erscheinungsformen, Gegensteuerung, hrsg. v. Axel Schmidt-Gödelitz et al., Lüneburg 1997, S. 101–125
- Pfeiffer, Christian / Baier, Dirk*: Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche: Aktuelle Befunde aus der KFN-Schülerbefragung 2005, in: Hamburger Ärzteblatt 4 (2006), S. 194–196
- Pfeiffer, Christian / Delzer, Ingo*: Wird die Jugend immer brutaler? Erste Befunde einer regionalen Aktenanalyse zur Jugendgewalt, in: Festschrift für Alexander Böhm zum 70. Geburtstag am 14. Juni 1999, hrsg. v. Wolfgang Feuerhelm et al., Berlin/New York 1999, S. 701–720
- Pfeiffer, Christian / Ohlemacher, Thomas*: Anstieg der (Gewalt-) Kriminalität und der Armut junger Menschen: Gibt es einen Zusammenhang?, in: DVJJ-Journal 2/149 (1995), S. 178–188
- Pfeiffer, Christian / Wetzels, Peter*: The structure and development of juvenile violence in Germany – A proposition paper based on current research findings, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V., Forschungsbericht Nr. 76, Hannover 1999
- Pfeiffer, Christian / Wetzels, Peter / Enzmann, Dirk*: Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und deren Auswirkungen, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., KFN Forschungsbericht Nr. 80, Hannover 1999
- Pierenkemper, Toni*: Wirtschaftsgeschichte: Eine Einführung – oder: Wie wir reich wurden, München 2005
- Plate, Monika / Schwinges, Ulrich / Weiß, Rüdiger*: Strukturen der Kriminalität in Solingen: eine Untersuchung zu Zusammenhängen zwischen baulichen und sozialen Merkmalen und dem Kriminalitätsaufkommen, Sonderband der BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden 1985
- Plewig, Hans-Joachim*: Jugendstrafrecht, Sozialpädagogik und der Faktor Arbeit, in: Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität, hrsg. v. Münder et al., Neuwied 1987, S. 93–113

- Pöge, Andreas*: Soziale Milieus und Kriminalität im Jugendalter: Eine Untersuchung von Werte- und Musiktypologien in Münster und Duisburg, Kriminologie und Kriminalsoziologie, Bd. 5, Münster 2007
- Pommerin, Rainer*: Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945, Köln et al. 1989
- Posner, Christine*: Die Täterbefragung im Kontext „Sozialer Umbruch und Kriminalität“, in: Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland, hrsg. v. Klaus Boers et al., Opladen 1997, S. 157–186
- Pratt, Travis C. / Cullen, Francis T.*: Assessing Macro-Level Predictors and Theories of Crime: A Meta-Analysis, in: Crime and Justice 32 (2005), S. 373–450
- Prein, Gerald / Seus, Lydia*: „Müßiggang ist aller Laster Anfang?“ – Beziehungen zwischen Erwerbslosigkeit und Delinquenz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Ergebnisse einer qualitativen und quantitativen Längsschnittstudie, in: Soziale Problem 10/1 (1999), S. 43–73
- Prognos AG / von Rothkirch, Christoph / Becker, Ingo / Baumann, Manfred*: Stellungnahme zu den Kosten der Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes von Bonn nach Berlin, Kurzgutachten der Prognos AG, Köln 1990
- Projektgruppe Prognose-Gremium / Kriminalistisches Institut*: Jugenddelinquenz bei Deutschen und Ausländern. Betrachtungen zu Stand und Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Gewaltkriminalität, hrsg. vom Bundeskriminalamt, Wiesbaden 1984
- Pruin, Ineke Regina*: Die Heranwachsendenregelung im deutschen Jugendstrafrecht; Jugendkriminologische, entwicklungspsychologische, jugendsoziologischen und rechtsvergleichende Aspekte, Schriften zum Strafvollzug, Jugendstrafrecht und zur Kriminologie, Band 26, Mönchengladbach 2007
- Quetelet, Adolphe*: Physique sociale: ou, Essai sur le Développement des facultés de l'homme, Brüssel u.a. 1869
- Rabold, Susann / Baier, Dirk*: Delinquentes Verhalten von Jugendlichen: Zur differentiellen Bedeutsamkeit verschiedener Bedingungsfaktoren www.kfn.de/versions/kfn/assets/Kriminalsoziologie_2007-2.pdf, letzter Zugriff: 28.06.2010
- Rabold, Susann / Baier, Dirk / Pfeiffer, Christian*: Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover – Aktuelle Befunde und Entwicklungen seit 1998, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Forschungsbericht 105, 2008
- Raithel, Jürgen*: Delinquenz und Lebensstile Jugendlicher, in: Kriminologisches Journal 36/3 (2004), S. 178–196

- Raithel, Jürgen*: Erziehungserfahrungen, Wertorientierungen und Delinquenz Jugendlicher: Befunde zum Zusammenhang von Erziehungsweisen, Mentalitäten und Kriminalität, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 4 (2003), S. 590–601
- Raithel, Jürgen / Mansel, Jürgen*: Delinquenzbegünstigende Bedingungen in der Entwicklung Jugendlicher, in: Kriminalität und Gewalt im Jugendalter, Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich, hrsg. v. Jürgen Raithel et al., Weinheim/ et al. 2003, S. 25–40
- Rautenberg, Marcus*: Zusammenhänge zwischen Devianzbereitschaft, kriminellem Verhalten und Drogenmissbrauch: Eine Expertise der Kriminologischen Zentralstelle e.V. Wiesbaden im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, November 1997, Band 103, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Baden-Baden 1998
- Regionomica*: Potenzialanalyse der Region Bonn / Rhein-Sieg / Ahrweiler, Online Publikation 2005: www.rhein-sieg-kries.de/imperia/md/content/cms100/wirtschaft2/aktuelles/wirtschaftsmeldungen/potenzialanalyse_region_bonn.pdf, letzter Zugriff: 12.07.2010
- Reiterer, Albert F.*: Moderne Gesellschaften. Sozialstruktur und Sozialer Wandel in Österreich, WUV Studienbücher Sozialwissenschaften, Band 3, 2. Auflage, Wien 1998
- Reuband, Karl-Heinz*: Soziale Determinanten des Drogengebrauchs: Eine sozialwissenschaftliche Analyse des Gebrauchs weicher Drogen in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1994
- Reuter, Manfred*: Hohe Ausländerkriminalität – Tatsache oder doch eher Vorurteil?, in: Kriminalistik 62/10 (2008), S. 559–562
- Rössel, Jörg*: Die Erlebnisgesellschaft zwischen Zeitdiagnose und Sozialstrukturanalyse, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 28/3 (2003), S. 82–101
- Rössner, Dieter*: Bagatellkriminalität, in: Kleines Kriminologisches Wörterbuch, hrsg. v. Günther Kaiser et al., 3. Auflage, Heidelberg 1993, S. 48–53
- Rolinski, Klaus*: Wohnhausarchitektur und Kriminalität, BKA-Forschungsreihe, Bd. 13, Wiesbaden 1980
- Roman, Caterina Gouvis*: Schools, neighborhoods, and violence: crime within the daily routines of youth, Maryland 2004
- Rostow, Walt*: Stadien wirtschaftlichen Wachstums – Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1960
- Roth, Tuya*: Hans Schafgans, Fotografien Bonner Architektur der fünfziger und sechziger Jahre, zugl. Diss. phil. (Bonn 2007), elektronische Publikation, 2007 http://hss.ulb.unibonn.de/diss_online, letzter Zugriff: 03.13.2009

- Rüther, Werner*: Kommunale Kriminalitätsanalyse. Auswertung offizieller Kriminalitätsdaten und einer Bürgerbefragung zum Sicherheitsgefühl in der Kommune, Kriminologische Regionalanalyse Bonn, Kassel 2005
- Rushing, William A.*: Class, Culture, and „Social Structure and Anomie“, in: *The American Journal of Sociology* 76/5 (1971), S. 857–872
- Sack, Fritz / Lindenberg, Michael*: Abweichung und Kriminalität, in: *Lehrbuch der Soziologie*, hrsg. v. Hans Joas, Frankfurt a. M. 2001, S. 169–197
- Sampson, Robert J. / Groves, W. Byron*: Community Structure and crime: Testing Social-Disorganization Theory, in: *The American Journal of Sociology* 94/4 (1989), S. 774–802
- Schäfers, Bernhard*: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland, 8. Auflage, Stuttgart 2004
- Schissel, Bernard*: The Influence of Economic Factors and Social Control Policy on Crime Rate Changes in Canada, 1962–1988, in: *Canadian Journal of Sociology* 17/4 (1992), S. 405–428
- Schmid, Holger*: Drogenkonsum bei Jugendliche: zwischen Eigenverantwortung und wahrgenommenen äußeren Einflüssen, in: *Abhängigkeiten* 3 (1997), S. 4–19
- Schnee, Christian*: Bonn: Eine kleine Stadtgeschichte, Erfurt 2007
- Schneider, Hans Joachim*: Kriminologie in Europa und in der Welt: Die kriminologische Hauptrichtung auf der Grundlage der wichtigsten Kongresse – Teil 1, in: *Kriminalistik* 63/11 (2009), S. 639–646
- Schneider, Hans Joachim*: Kriminologie in Europa und in der Welt: Die kriminologische Hauptrichtung auf der Grundlage der wichtigsten Kongresse – Teil 2: Fortsetzung aus Heft 11/2009, in: *Kriminalistik* 63/12 (2009), S. 700–708
- Schneider, Hans Joachim*: Der gegenwärtige Stand der kriminologischen Opferforschung. Kongress- und Literaturreferat über das letzte Jahrzehnt, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 81/5 (1998), S. 316–344
- Schneider, Hans Joachim*: Kriminologie, Berlin et al. 1987
- Schöch, Heinz*: Schule, in: *Kleines kriminologisches Wörterbuch*, hrsg. v. Günther Kaiser et al., 3. Auflage, Heidelberg 1993, S. 457–462
- Schumann, Karl F.*: Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz: Empirische Erkenntnisse und praktische Folgerungen aus einer Bremer Längsschnittstudie, in: *Jugendarbeitslosigkeit und Jugenddelinquenz*, hrsg. v. Axel Dessecker, Wiesbaden 2006, S. 43–68

- Schumann, Karl F.*: Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz – Forschungsstand und offene Fragen, in: *Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz*, Bremer Längsschnittstudie zum Übergang von der Schule in den Beruf bei ehemaligen Hauptschülern, Bd. 1, hrsg. v. Karl F. Schumann, Weinheim et al. 2003, S. 9–44
- Schumann, Karl F. / Prein, Gerald / Sues, Lydia*: Lebensverlauf und Delinquenz in der Jugendphase: Ergebnisse der Bremer Längsschnittstudie über AbgängerInnen aus Haupt- und Sonderschulen, in: *Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht: Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag*, hrsg. v. Hans-Jörg Albrecht et al., zweiter Halbbd., Berlin 1998, S. 1109–1135
- Schwind, Hans-Dieter*: *Kriminologie: eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*, 20. Auflage, Heidelberg 2010
- Schwind, Hans-Dieter*: Wohnumwelt und Kriminalität – Eine pragmatisch orientierte Betrachtung, in: *Raum und Kriminalität: Sicherheit der Stadt; Migrationsprobleme*, hrsg. v. Jörg-Martin Jehle, Mönchengladbach 2001, S. 25–42
- Schwind, Hans-Dieter*: Kriminalgeografie, in: *Die Psychologie des 20. Jahrhunderts*, Bd. 14, Auswirkungen auf die Kriminologie, hrsg. v. Hans Jürgen Schneider, Zürich 1981, S. 248–261
- Schwind, Hans-Dieter*: Kriminalgeografie, in: *Handwörterbuch der Kriminologie*, 4. Bd., Ergänzungsband, hrsg. von Rudolf Sieverts et al., begr. v. Alexander Elster et al., 2. Auflage, Berlin et al. 1979
- Schwind, Hans-Dieter*: Bestandaufnahme: Kurzer Überblick über die bisherigen kriminalgeographischen Untersuchungen im In- und Ausland, in *Empirische Kriminalgeografie, Bestandaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum*, BKA-Forschungsreihe, Band 8, hrsg. v. Schwind et al., Wiesbaden 1978, S. 6–23
- Schwind, Hans-Dieter*: Verteilung der den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt gewordenen Straftaten (Dunkelfeld), in *Empirische Kriminalgeografie, Bestandaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum*, BKA-Forschungsreihe, Band 8, hrsg. v. Schwind et al., Wiesbaden 1978, S. 186–192
- Schwind, Hans-Dieter*: Zum Beitrag der Soziologie und Psychologie, in *Empirische Kriminalgeografie, Bestandaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum*, BKA-Forschungsreihe, Band 8, hrsg. v. Schwind et al., Wiesbaden 1978, S. 376–380
- Schwind, Hans-Dieter / Ahlborn, Wilfried / Weiß, Rene*: *Empirische Kriminalgeographie (Kriminalitätsatlas Bochum)*, BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden 1978

- Schwind, Hans-Dieter / Chiesinger, Norbert*: Kriminalitätsanfall und Arbeitslosigkeit, in: Empirische Kriminalgeografie, Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum, BKA-Forschungsreihe, Band 8, hrsg. v. Schwind et al., Wiesbaden 1978, S. 283–291
- Schwind, Hans-Dieter / Eger, Hans-Jürgen*: Untersuchungen zur Dunkelziffer. Nicht entdeckte Straftaten von Göttinger Jura-Studenten, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 56/4 (1973), S. 151–170
- Schwind, Hans-Dieter / Fetchenhauer, Detlev / Ahlborn, Wilfried / Weiß, René*: Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt: Bochum 1975–1986–1998, hrsg. vom Bundeskriminalamt (BKA) Kriminalistisches Institut, Polizei und Forschung, Bd. 3, Neuwied et al. 2001
- Seeliger, Martina*: Entwicklung der Kinderdelinquenz und Folgerungen im Hinblick auf eine Änderung der Strafmündigkeitsgrenze, Würzburger Schriften zur Kriminalwissenschaft, hrsg. v. Klaus Laubenthal, Bd. II, zugl. Diss. iur. (Universität Würzburg 2003) Frankfurt a. M. 2003
- Seidel, Peter*: Die Vereinten Nationen von Bonn, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 3. Februar 2009, S. 8
- Seitz, Willi*: Familiäre Erziehung und Delinquenz, in: Kriminal- und Rechtspsychologie, hrsg. v. Willi Seitz, München 1983, S. 50–55
- Sellin, Thorsten*: Die Bedeutung von Kriminalstatistiken, in: Kriminalsoziologie, hrsg. v. Fritz Sack et al., 3. Auflage, Frankfurt a. M. 1979, S. 41–59
- Sessar, Klaus*: Zu einer Kriminologie ohne Täter. Oder auch: die kriminogene Tat, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 80/1 (1997), S. 1–24
- Seufert, Heinrich*: Junge Stadt am alten Strom: Rund um die Godesburg, 2. Auflage bearb. von Walter Haentjes, Frankfurt a. M. et al. 1962
- Shaw, Clifford*: Delinquency Areas. A study of the Geographic Distribution of School Truant, Juvenile Delinquents and Adult Offenders in Chicago, Chicago 1929
- Shaw, Clifford R. / McKay, Henry D.*: Juvenile Delinquency and Urban Areas. A Study of Delinquents in Relation to Differential Characteristics of Local Communities in American Cities, The Chicago School of Criminology, Vol. 6, New York 2006
- Shoemaker, Donald J.*: Theories of Delinquency: An Examination of Explanations of Delinquent Behavior, 4. Auflage, New York et al. 2000
- Short, James F. Jr. / Nye, F. Ivan*: Erfragtes Verhalten als Indikator für abweichendes Verhalten, in: Kriminalsoziologie, hrsg. v. Fritz Sack et al., 3. Auflage, Frankfurt a. M. 1979, S. 60–70

- Simons, Ronald L. / Wu, Chyi-In / Gordon, Leslie / Conger, Rand D.:* A Cross-Cultural Examination of the Link between Corporal Punishment and Adolescent Antisocial Behavior, in: *Criminology* 38/1 (2000), S. 47–79
- Smelser, Neil / Swedberg, Richard:* The handbook of economic sociology, 2. Auflage, Princeton 2005
- Smith, Carolyn / Thornberry, Terence:* The relationship between childhood maltreatment and adolescent involvement in delinquency, in: *Criminology* 33/4 (1995), S. 451–481
- Sommerer, Ernst-Otto / Kulosa, Erhard:* Beschreibung der besonders mit Kriminalität bzw. kriminellen Aktivitätensausgängen belasteten Statistischen Wohnplätze, in: *Empirische Kriminalgeografie, Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum, BKA-Forschungsreihe, Band 8*, hrsg. v. Schwind et al., Wiesbaden 1978, S. 115–124
- Spieß, Gerhard:* Arbeitslosigkeit und Kriminalität, in: *Kleines kriminologisches Wörterbuch*, hrsg. v. Günther Kaiser et al., 3. Auflage, Heidelberg 1993, S. 33–38
- Stark, Rodney:* Deviant Places: A Theory of the Ecology of Crime, in: *Criminology* 25/4 (2006), S. 893–910
- Steffen, Wiebke:* Veränderungen in der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung – Gemeinwesenorientierung als moderne Zielperspektive?, in: *Schriftenreihe der Polizeiführungsakademie*, H. 3/4, Münster 1995, S. 107–122
- Steffensmeier, Darrell J. / Allan, Emilie Andersen / Harer, Miles D. / Streifel, Cathy:* Age and the Distribution of Crime, in: *The American Journal of Sociology* 1989, 94/4, S. 803–831
- Steffensmeier, Darrell J. / Streifel, Cathy:* Age, gender and crime across three historical periods: 1935, 1960, and 1985, *Social Forces* 69/3 (1991), S. 869–894
- Steinhilper, Gernot:* Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Lässt sich ein Zusammenhang statistisch belegen?, in: *Kriminalistik* 30/9 (1976), S. 385–389
- Stephan, E.:* Freizeitgestaltung und Jugendkriminalität, in *Kriminal- und Rechtspsychologie*, hrsg. v. Willi Seitz, München 1983, S. 74–77
- Streng, Franz:* Wie weit trägt das broken windows-Paradigma? Annäherungen an einen aktuellen kriminalpolitischen Ansatz, in: *Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht: Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag*, hrsg. v. Hans-Jörg Albrecht et al., zweiter Halbband, Berlin 1998, S. 921–941
- Stummvoll, Günter P.:* Forschungsfeld geografische Kriminalstrukturanalyse, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 2 (2005), S. 91–105

- Sutherland, Edwin H.*: Die Theorie der differentiellen Kontakte, in: *Kriminalsoziologie*, hrsg. v. Fritz Sack et al., 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1974, S. 295–399
- Szabo, Denis*: Urbanisierung und Kriminalität, in: *Kriminalsoziologie*, hrsg. v. Fritz Sack und René König, 3. Auflage Frankfurt a. M. 1979, S. 105–120
- Szydlik, Marc*: Flexibilisierung und die Folgen, in: *Flexibilisierung: Folgen für Arbeit und Familie*, hrsg. v. Marc Szydlik, Wiesbaden 2008, S. 7–22
- Thomas, Jürgen / Stelly, Wolfgang*: Kriminologische Verlaufsforschung zu Jugendkriminalität: Entwicklungen und Befunde, in: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie* 2/3 (2008), S. 199–206
- Thomas, Jürgen / Stelly, Wolfgang / Kerner, Hans-Jürgen / Weitekamp, Elmar G.*: Familie und Delinquenz. Empirische Untersuchungen zur Brauchbarkeit einer entwicklungs-dynamisch orientierten sozialen Kontrolltheorie, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50/2 (1998), S. 130–326
- Thornberry, Terence P. / Lizotte, Alan / Krohn, Marvin D. / Farnworth, Margaret / Jang, Sung Joon*: Delinquent Peers, Beliefs, and Delinquent Behavior; A Longitudinal Test of Interactional Theory, in: *Criminology* 32/1 (1994), S. 47–83
- Tillmann, Klaus-Jürgen / Holler-Nowitzki, Birgit / Holtappels, Heinz Günter / Meier, Ulrich / Popp, Ulrike*: Schülergewalt als Schulproblem: Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven, 3. Auflage, Weinheim et al. 2007
- Tittle, Charles R. / Meier, Robert F.*: Specifying the SES /Delinquency relationship, in: *Criminology* 28/2 (1990), S. 271–299
- Tompa, Gasper*: Ökonomische Ungleichheit und Kriminalität: Zum Verhältnis zwischen Ungleichheit und Vermögenskriminalität in Slowenien, in: *Kriminalistik* 62/5 (2008), S. 307–311
- Traulsen, Monika*: Die Entwicklung der Jugendkriminalität, in: *Kriminalistik* 48/2 (1994), S. 101–105
- Trautmann, Sebastian*: Migration, Kriminalität und Strafrecht: Zur Rolle des Strafrechts im Kontext nationaler Zuwanderungsregelungen – ein Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich, in: *Kölner Schriften zur Kriminologie und Kriminalpolitik*, Band 2, hrsg. v. Michael Walter, zugl. Diss. iur. (Universität Köln 2002), Münster u.a. 2002
- Ulbrich-Herrmann, Matthias*: Lebensstile Jugendlicher und Gewalt. Eine Typologie zur mehrdimensionalen Erklärung eines sozialen Problems, Münster 1998
- Ulbrich-Herrmann, Matthias*: Gewalt bei Jugendlichen unterschiedlicher Lebensstile, in: *Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft*, hrsg. v. Otto G. Schwenk, Opladen 1996, S. 221–234

- Van Dijk, Jan J. M.*: Understanding Crime Rates: On the Interactions between the Rational Choices of Victims and Offenders, in: *British Journal of Criminology* 34/2 (1994), S. 105–121
- Van Rey, Manfred*: Bonner Stadtgeschichte kurzgefasst, 2. Auflage, Bonn 2006
- Vester, Michael / von Oertzen, Peter / Geiling, Heiko / Herman, Thomas / Müller, Dagmar*: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2001
- Villmow, Bernhard / Kaiser, Günther*: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über Ursachen der Kriminalität. Eine problemorientierte Sekundäranalyse, in: *Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität*, hrsg. v. Der regierende Bürgermeister von Berlin, Berlin 1974, Anhang S. 37–38 und 120–125
- Voelzkow, Helmut*: Wirtschaft und Arbeit, in: *Lehrbuch der Soziologie*, hrsg. v. Hans Joas, Frankfurt a. M. 2001, S. 389–415
- Vogt, Helmut*: Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4: Die Anfänge des Bundes in Bonn 1949/50, Bonn 1999
- Vowell, Paul R. / Wells, J. Gipson*: Some Effects of Family and School on the Behavior of Mississippi Youth, *Social Research Report Series 97–2*, Social Science Research Center, Mississippi 1997
- Wacker, Ali*: Arbeitslosigkeit, soziale und psychische Voraussetzungen und Folgen, Frankfurt a. M. 1976
- Wacker, Ali*: Jugendarbeitslosigkeit und Aggression, in: „Du tust mir weh...“, hrsg. v. Martin Furian, Fellbach 1979, S. 163–179
- Walter, Michael*: Jugendkriminalität: Eine systematische Darstellung, 3. Auflage, Stuttgart 2005
- Weber, Hans-Dieter*: Bonn Lexikon (Bonn von A–Z), Bonn 2008
- Weede, Erich*: Mensch und Gesellschaft. Soziologie aus der Perspektive des methodologischen Individualismus, Tübingen 1992
- Wehrli-Schindler, Birgit*: Lebenswelt Stadt, *Berichte zur Lebenssituation in Schweizer Städten*, Zürich 1995
- West, Candace / Zimmerman, Don H.*: Doing Gender, in: *The social Construction of Gender*, hrsg. v. Judith Lorber et al., Newbury Park 1991, S. 13–37
- Wetzels, Peter*: Gewalterfahrungen in der Kindheit: sexueller Missbrauch, körperliche Misshandlungen und deren langfristige Konsequenzen, zugl. Diss. iur. (Bremen 1997) Baden-Baden 1997

- Wetzels, Peter / Brettfeld, Katrin*: Gewalt und Delinquenz junger Menschen in Bremen 2008–2010: Stichprobenmerkmale und ausgewählte deskriptive Ergebnisse der ersten Erhebungswelle der Dunkelfeldbefragungen in Bremen 2008, Hamburg 2009, www2.jura.uni-hamburg.de/instkrim/kriminologie/Projekte/Bremen/R%FCckmeldung%20Schulen%202008%20Endversion%20Bremen%20korr.pdf, letzter Zugriff: 06.06.2010
- Wetzels, Peter / Enzmann, Dirk*: Die Bedeutung der Zugehörigkeit zu devianten Cliques und der Normen Gleichaltriger für die Erklärung jugendlichen Gewalthandelns, in: DVJJ-Journal 2/164 (1999), S. 116–131
- Wetzels, Peter / Enzmann, Dirk / Mecklenburg, Eberhard / Pfeiffer, Christian*: Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten, Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung, Bd. 17, Baden-Baden 2001
- Wetzels, Peter / Enzmann, Dirk / Mecklenburg, Eberhard / Pfeiffer, Christian*: Gewalt im Leben Münchner Schüler: Abschlussbericht über die Ergebnisse einer repräsentativen Dunkelfeldbefragung von Schülern der 9. Jahrgangsstufe und des Berufsvorbereitungsjahres, Hannover 1999
- Weymann, Ansgar*: Interaktion, Sozialstruktur und Gesellschaft, in: Lehrbuch der Soziologie, hrsg. v. Hans Joas, Frankfurt a. M. 2001, S. 93–121
- Weymann, Ansgar*: Sozialer Wandel: Theorien zur Dynamik der modernen Gesellschaft, Weinheim/München 1998
- Wienert, Helmut*: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Band 2: Makroökonomie, Stuttgart u.a. 2001
- Wikström, Per-Olof*: Urban Crime, Criminals, and Victims, New York et al. 1991
- Wilamowitz-Möllendorff, Ulrich von*: Zusammenhänge zwischen Dichte und der Erwachsenen- und Jugenddelinquenz in Hamburg, Trier 1981
- Willcke, Holger*: Ein Stadtbezirk im Wandel, in: General-Anzeiger Bonn vom 10/11. Januar 2009, S. 26
- Wilmers, Nicola / Enzmann, Dirk / Schäfer, Dagmar / Herbers, Karin / Greve, Werner / Wetzels, Peter*: Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet?: Ergebnisse wiederholter, repräsentativer Dunkelfelduntersuchungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998–2000, Baden-Baden 2002
- Wilson, James W. / Kelling, George L.*: Broken Windows, in: Deviance and Social Control – A Reader, hrsg. v. Ronald Weitzer, Boston 2002, S. 54–63
- Wiswede, Günter*: Soziologie: Grundlagen und Perspektiven für den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich, 3. Auflage, Landsberg am Lech 1998
- Wiswede, Günter*: Soziologie abweichenden Verhaltens, Stuttgart 1973

- Wittich, Uta / Görgen, Thomas / Kreuzer, Arthur*: Wenn zwei das gleiche berichten. Beiträge zur kriminologischen Dunkelfeldforschung durch vergleichende Delinquenzbefragung bei Studenten und Strafgefangenen, Mönchengladbach 1998
- Wittke, Torsten*: Drogensucht und Drogenkriminalität: Die Situation der Strafverfolgungsbehörden und die Rolle der Gesellschaft, in: *Kriminalistik* 63/8–9 (2009), S. 451–460
- Wolfe, David A.*: Child abuse: implications for child development and psychopathology, Newbury Park 1987
- Wüstendörfer, Werner / Toman, Walter / Lösel, Friedrich*: Freizeitaktivitäten von Jugendlichen mit abweichendem Sozialverhalten, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 59/ 2/3 (1976), S. 133–141
- Yablonsky, Lewis*: Juvenile Delinquency – into the 21st Century, Belmont 2000
- Yexley, Melinda / Bororwsky, Iris / Ireland, Marjorie*: Correlation Between Different Experiences of Intrafamilial Physical Violence and Violent Adolescent Behavior, in: *Journal of Interpersonal Violence*, 17/7 (2002), S. 707–720
- Zänker, Ursel und Jürgen*: Bauen im Bonner Raum 49–69. Versuch einer Bestandsaufnahme, Düsseldorf 1969
- Zenke, Karl G.*: Über den Zusammenhang von elterlicher Arbeitslosigkeit und Schulleistungen der Kinder, in: *Zeitschrift für internationale erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung* 8/1 (1991), S. 67–78
- Zimmermann, Peter*: Bindungsentwicklung von der frühen Kindheit bis zum Jugendalter und ihre Bedeutung für den Aufbau von Freundschaftsbeziehungen, in: *Die Bindungstheorie. Grundlagen, Forschung und Anwendung*, hrsg. v. Gottfried Spangler und Peter Zimmermann, Stuttgart 1995, S. 203–231
- Zingraff, Matthew T. / Leiter, Jeffrey / Myers, Kristen A. / Johnson, Matthew C.*: Child Maltreatment and Youthful Problem Behavior, in: *Criminology* 31/2 (1993), S. 173–202
- Zinnecker, Jürgen / Imbke, Behnken / Maschke, Sabine / Stecher, Ludwig*: null zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrhunderts, Opladen 2003

